

WICHTIGER HINWEIS

WICHTIG: Bevor Sie fortfahren, sind Sie verpflichtet, die folgende Erklärung zu lesen. Die folgende Erklärung gilt für die beigefügte Angebots- und Umtauschangebotsunterlage (die „**Angebotsunterlage**“); Sie sind verpflichtet, diese Erklärung vor der Einsichtnahme in die bzw. dem Lesen oder der anderweitigen Verwendung der Angebotsunterlage sorgfältig zu lesen. Mit Einsichtnahme in die Angebotsunterlage stimmen Sie zu, an die nachfolgenden Konditionen und Bedingungen gebunden zu sein, wann immer Sie Informationen vonseiten des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (der „**Angebotsleger**“), der Republik Österreich (der „**Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber**“), der Citigroup Global Markets Limited („**Citigroup**“), der J.P. Morgan Securities plc („**J.P. Morgan**“ und, zusammen mit der Citigroup, die „**Offer Agents**“) oder der Citibank, N.A., Zweigniederlassung London (der „**Tender Agent**“ und der „**Sicherheitentreuhänder**“), der Citigroup Global Markets Deutschland AG (die „**Registerstelle**“) und der Citicorp Trustee Company Limited (der „**Anleihentreuhänder**“, und zusammen mit der Registerstelle und dem Sicherheitentreuhänder, die „**Agenten der Nullkupon-Anleihen**“) infolge dieser Einsichtnahme erhalten. In dieser Erklärung verwendete definierte Begriffe, die in dieser Erklärung nicht anderweitig definiert sind, haben die ihnen in der Angebotsunterlage zugewiesene Bedeutung.

DIE ANGEBOTSUNTERLAGE WURDE IM ZUSAMMENHANG MIT DEN HIERIN BESCHRIEBENEN ANGEBOTEN ERSTELLT.

KEIN TEIL IN DIESER ELEKTRONISCHEN ÜBERMITTLUNG STELLT EIN ANGEBOT ZUM VERKAUF VON WERTPAPIEREN IN EINER RECHTSORDNUNG DAR, IN DER DIESES ANGEBOT UNZULÄSSIG WÄRE. DIE WERTPAPIERE UND DIE ENTSPRECHENDEN GARANTIEEN WURDEN UND WERDEN NICHT GEMÄSS DEM SECURITIES ACT VON 1933 (DER „SECURITIES ACT“) ODER DEN WERTPAPIERGESETZEN EINES EINZELSTAATES DER VEREINIGTEN STAATEN ODER EINER ANDEREN RECHTSORDNUNG REGISTRIERT UND DÜRFEN NICHT INNERHALB DER VEREINIGTEN STAATEN ANGEBOTEN ODER VERKAUFT WERDEN, ES SEI DENN, DIES ERFOLGT IM RAHMEN EINER BEFREIUNG VON DEN REGISTRIERUNGSPFLICHTEN DES SECURITIES ACT ODER EINSCHLÄGIGEN EINZELSTAATLICHEN ODER KOMMUNALEN WERTPAPIERGESETZEN ODER IM RAHMEN EINER TRANSAKTION, DIE NICHT DEN REGISTRIERUNGSPFLICHTEN DES SECURITIES ACT UND EINSCHLÄGIGER EINZELSTAATLICHER ODER KOMMUNALER WERTPAPIERGESETZE UNTERLIEGT. SOLLTEN SIE TROTZ DER VORSTEHENDEN BESCHRÄNKUNGEN EINSICHTNAHME IN DIESER ÜBERMITTLUNG ERHALTEN HABEN, SIND SIE NICHT ZUM KAUF DER HIERIN BESCHRIEBENEN WERTPAPIERE UND DER ENTSPRECHENDEN GARANTIEEN BERECHTIGT UND WERDEN DIESE NICHT ERWERBEN KÖNNEN.

DIE ANGEBOTSUNTERLAGE DARF WEDER AN DRITTE WEITERGEGEBEN NOCH IN IRGEND EINER FORM VERVIELFÄLTIGT WERDEN. DIE ANGEBOTSUNTERLAGE DARF AUSSCHLIESSLICH AN PERSONEN VERTEILT WERDEN, AN DIE DIE ANGEBOTSUNTERLAGE ANDERWEITIG RECHTMÄSSIG VERSANDT WERDEN DARF. EINE WEITERLEITUNG, VERTEILUNG ODER VERVIELFÄLTIGUNG DER GESAMTEN ODER EINES TEILS DER ANGEBOTSUNTERLAGE IST UNZULÄSSIG. DIE NICHTBEACHTUNG DIESER VORSCHRIFTEN KÖNNTE EINEN VERSTOSS GEGEN ANWENDBARES RECHT ZUR FOLGE HABEN.

Bestätigung Ihrer Zusicherung: Um die Angebotsunterlage einsehen zu dürfen, müssen Sie berechtigt sein, die Angebote des Angebotslegers an

- (a) die Inhaber der in **Anhang A** der Angebotsunterlage beschriebenen Klasse A-Schuldtitel (die „**Klasse A-Schuldtitel**“) der HETA ASSET RESOLUTION AG (die „**Schuldnerin**“) zum (i) Kauf ihrer Klasse A-Schuldtitel gegen Barzahlung (das „**Klasse A-Barangebot**“) oder zum (ii) Umtausch ihrer Klasse A-Schuldtitel in vom Angebotsleger auszugebende und von der Republik Österreich garantierte, besicherte Nullkupon-Anleihen (die „**Nullkupon-Anleihen**“), wie in Anhang D der Angebotsunterlage beschrieben (das „**Klasse A-Umtauschangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse A-Barangebot, das „**Klasse A-Angebot**“); oder
- (b) die Inhaber der in **Anhang B** der Angebotsunterlage beschriebenen Klasse B-Schuldtitel (die „**Klasse B-Schuldtitel**“) und, zusammen mit den Klasse A-Schuldtiteln, die „**Schuldtitel**“) der Schuldnerin zum (i) Kauf ihrer Klasse B-Schuldtitel gegen Barzahlung (das „**Klasse B-Barangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse A-Barangebot, das „**Barangebot**“) oder zum (ii) Umtausch ihrer Klasse B-Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen oder in langfristige Nullkupon-Schuldscheindarlehen der Republik Österreich (die „**Nullkupon-Schuldscheindarlehen**“ und, zusammen mit den Nullkupon-Anleihen, die „**Neuen Schuldtitel**“), wie in Anhang E der Angebotsunterlage beschrieben (das „**Klasse B-Umtauschangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse B-Barangebot, das „**Klasse B-Angebot**“; das Klasse B-Umtauschangebot zusammen mit dem Klasse A-Umtauschangebot das „**Umtauschangebot**“; das Klasse B-Angebot zusammen mit dem Klasse A-Angebot die „**Angebote**“ und jeweils ein „**Angebot**“),

nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in der Angebotsunterlage angegeben sind, einschließlich der auf der Seite 158 ff. dargelegten Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen, rechtmäßig anzunehmen. Insbesondere müssen Sie, um die Angebote anzunehmen, entweder (i) ein qualifizierter institutioneller Käufer (**QIB**) im Sinne von *Rule 144A* des US-amerikanischen *Securities Act* von 1933 (der „*Securities Act*“) sein, der zugleich ein qualifizierter Käufer („**QP**“) im Sinne von Section 2(a)(51) des US-amerikanischen *Investment Company Act* von 1940 in der jeweils geltenden Fassung ist, oder

(ii) eine Person sein, die keine US-Person („**US-Person**“) im Sinne von *Rule 902* der *Regulation S* des *Securities Act* („**Regulation S**“) ist und einen Kauf im Rahmen einer Offshore-Transaktion gemäß *Rule 903* oder *Rule 904* der *Regulation S* tätigt. Personen, bei denen es sich um QIBs handelt, die zugleich QPs sind, werden hiermit davon in Kenntnis gesetzt, dass der Emittent der in der Angebotsunterlage angebotenen Wertpapiere auf die gemäß *Rule 144A* des *Securities Act* gewährte Befreiung von den Bestimmungen in Section 5 des *Securities Act* vertraut. Mit Einsichtnahme in die Angebotsunterlage gelten folgende Zusicherungen als durch Sie gegenüber dem Angebotsleger, dem Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, den Agenten der Nullkupon-Anleihen, den Offer Agents und dem Tender Agent abgegeben:

- (i) Sie sind entweder (i) ein QIB, der zugleich ein QP ist, oder (ii) eine Person, die keine US-Person ist und einen Kauf im Rahmen einer Offshoretransaktion im Sinne von Regulation S tätigt;
- (ii) Sie sind im Falle von Schuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen Inhaber oder wirtschaftlich Berechtigter der maßgeblichen Schuldtitel oder, im Falle von Schuldscheinen und Pfandbriefbank-Ansprüchen, ein Gläubiger der maßgeblichen Schuldtitel wie in der Angebotsunterlage beschrieben;
- (iii) Sie sind eine Person, an die die Zustellung der Angebotsunterlage und/oder die Unterbreitung der Angebote nach dem anwendbaren Recht, einschließlich der vorstehend genannten Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen, rechtmäßig erfolgen kann; und
- (iv) Sie stimmen der Übermittlung der Angebotsunterlage an Sie durch Veröffentlichung auf der Website des Angebotslegers zu.

Sie werden darauf hingewiesen, dass Ihnen die Angebotsunterlage auf der Grundlage übermittelt wurde, dass Sie eine Person sind, in deren Besitz die Angebotsunterlage rechtmäßig nach dem Recht der Rechtsordnung, in der Sie ansässig sind, gelangen darf. Sie sind nicht berechtigt und nicht bevollmächtigt, die Angebotsunterlage an andere Personen zu übermitteln. Die Angebotsunterlage stellt unter keinen Umständen ein Angebot über den Verkauf oder die Aufforderung zur Abgabe von Angeboten für den Kauf dieser Wertpapiere dar und es erfolgt kein Verkauf dieser Wertpapiere in Rechtsordnungen, in denen ein entsprechendes Angebot oder eine solche Aufforderung oder ein solcher Verkauf rechtswidrig wären.

Die Angebotsunterlage wurde Ihnen in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Sie werden darauf hingewiesen, dass über dieses Medium übermittelte Unterlagen während des Übermittlungsvorgangs verändert werden können, und entsprechend übernehmen weder der Angebotsleger noch der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents, der Tender Agent oder eine sonstige Person, die eine der vorgenannten Personen kontrolliert, oder ein Organmitglied, leitender Angestellter, Mitarbeiter, Beauftragter oder ein verbundenes Unternehmen einer dieser Personen irgendeine Haftung oder Verantwortung für einen allfälligen Unterschied zwischen der Ihnen in elektronischer Form zur Verfügung gestellten und der auf der Website des Angebotslegers veröffentlichten Angebotsunterlage.

Sie sind für den Schutz gegen Computerviren und andere Schadsoftware verantwortlich. Die Verwendung der Angebotsunterlage erfolgt auf Ihr eigenes Risiko. Sie sind dafür verantwortlich, durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen sicherzustellen, dass sie frei von Computerviren und anderer Schadsoftware ist.

Jegliche Materialien, die sich auf die Angebote beziehen, stellen an Orten, in denen derartige Angebote gesetzlich nicht zugelassen sind, kein Angebot in jedweder Form dar und dürfen nicht in Verbindung mit derartigen Angeboten verwendet werden. In Rechtsordnungen, in denen ein Angebot durch einen zugelassenen Broker oder Wertpapierhändler zu erfolgen hat und einer der Offer Agents oder eines seiner verbundenen Unternehmen ein solcher zugelassener Börsenmakler oder -händler in der entsprechenden Rechtsordnung ist, gilt dieses Angebot in dieser Rechtsordnung als durch diesen Offer Agent bzw. dessen verbundenes Unternehmen für den Angebotsleger unterbreitet.

Beschränkungen: Kein Teil in dieser elektronischen Übermittlung stellt ein Angebot zum Kauf und/oder Umtausch von Wertpapieren in einer Rechtsordnung dar, in der dieses Angebot nicht rechtmäßig wäre.

Die Verbreitung der Angebotsunterlage kann in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlich eingeschränkt sein. Personen, in deren Besitz die Angebotsunterlage gelangt, sind von dem Angebotsleger, dem Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, den Agenten der Nullkupon-Anleihen, den Offer Agents und dem Tender Agent angehalten, sich über derartige Beschränkungen zu informieren und diese einzuhalten. Die Offer Agents, der Tender Agent, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, die Agenten der Nullkupon-Anleihen und der Angebotsleger haben in keiner Rechtsordnung Maßnahmen ergriffen und werden keine Maßnahmen ergreifen, die ein öffentliches Angebot in einer Rechtsordnung, in der dieses öffentliche Angebot rechtlich nicht zulässig wäre, gestatten würden.

ANGEBOTS- UND UMTAUSCHANGEBOTSUNTERLAGE vom 6. September 2016

Die Verbreitung dieser Angebotsunterlage (die „Angebotsunterlage“) kann in bestimmten Rechtsordnungen (insbesondere in den Vereinigten Staaten, in Australien, Kanada, Japan, im Vereinigten Königreich, in Belgien, Frankreich und Italien) gesetzlich eingeschränkt sein (siehe nachstehende „Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen“). Personen, in deren Besitz diese Angebotsunterlage gelangt, sind verpflichtet, sich über derartige Beschränkungen zu informieren und diese einzuhalten. Der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents und der Tender Agent haben in keiner Rechtsordnung Maßnahmen ergriffen und werden keine Maßnahmen ergreifen, die ein öffentliches Angebot in einer Rechtsordnung, in der dieses öffentliche Angebot rechtlich nicht zulässig wäre, gestatten würden.

DIESES DOKUMENT IST WICHTIG UND SOLLTE SOFORT GELESEN WERDEN

Angebote gemäß § 2a FinStaG des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

(in Österreich gemäß § 2 K-AFG errichtet und im Firmenbuch des Landesgerichts Klagenfurt unter FN 456819v eingetragen)
(der „Angebotsleger“)

an die Inhaber der in **Anhang A** dieser Angebotsunterlage beschriebenen Schuldtitel
(jeweils ein „**Klasse A-Schuldtitel**“ und zusammen die „**Klasse A-Schuldtitel**“)
der HETA ASSET RESOLUTION AG (die „**Schuldnerin**“)

zum (i) Kauf ihrer Klasse A-Schuldtitel gegen Barzahlung (das „**Klasse A-Barangebot**“) oder (ii) Umtausch ihrer Klasse A-Schuldtitel in vom Angebotsleger auszugebende und von der Republik Österreich vollumfänglich und bedingungslos garantierte, besicherte Nullkupon-Anleihen (die „**Nullkupon-Anleihen**“), wie in Anhang D dieser Angebotsunterlage beschrieben (das „**Klasse A-Umtauschangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse A-Barangebot, das „**Klasse A-Angebot**“)

und

an die Inhaber der in **Anhang B** dieser Angebotsunterlage beschriebenen Schuldtitel
(jeweils ein „**Klasse B-Schuldtitel**“ und zusammen die „**Klasse B-Schuldtitel**“ und, zusammen mit den Klasse A-Schuldtiteln, die „**Schuldtitel**“ und jeweils ein „**Schuldtitel**“) der Schuldnerin

zum (i) Kauf ihrer Klasse B-Schuldtitel gegen Barzahlung (das „**Klasse B-Barangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse A-Barangebot, das „**Barangebot**“) oder (ii) Umtausch ihrer Klasse B-Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen oder in langfristige Nullkupon-Schuldscheindarlehen der Republik Österreich (die „**Nullkupon-Schuldscheindarlehen**“ und, zusammen mit den Nullkupon-Anleihen, die „**Neuen Schuldtitel**“), wie in Anhang E dieser Angebotsunterlage beschrieben (das „**Klasse B-Umtauschangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse B-Barangebot, das „**Klasse B-Angebot**“; das Klasse B-Umtauschangebot zusammen mit dem Klasse A-Umtauschangebot das „**Umtauschangebot**“; das Klasse B-Angebot zusammen mit dem Klasse A-Angebot die „**Angebote**“).

Der Angebotsleger bietet an, sämtliche ihm wirksam eingereichten Schuldtitel nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage angegeben sind, sowie vorbehaltlich der Erfüllung der aufschiebenden Bedingung der Transaktionsbedingungen (wie in diesem Dokument definiert) zu erwerben und/oder umzutauschen.

Die Angebote beginnen am 6. September 2016 und enden am 7. Oktober 2016 um 17.00 Uhr MEZ (das „**Ende der Angebotsfrist**“).

GLÄUBIGERN SOLLTE BEWUSST SEIN, DASS DEM TENDER AGENT TENDER ANWEISUNGEN UND FÜR SCHULDSCHINE, NAMENSSCHULDVERSCHREIBUNGEN ODER PFANDBRIEFBANK-ANSPRÜCHE UND JEWEILS KOPIEN DER ORIGINALURKUNDEN DER ENTSPRECHENDEN SCHULDSCHINE, NAMENSSCHULDVERSCHREIBUNGEN BZW. PFANDBRIEFBANK-ANSPRÜCHE BIS 17.00 UHR MEZ AM 5. OKTOBER 2016 ZUGEGANGEN SEIN MÜSSEN (DAS „**ENDE DER FRIST FÜR TENDER ANWEISUNGEN**“), UM SICHERZUSTELLEN, DASS DIE TENDER ANWEISUNGEN VON DEM TENDER AGENT BEARBEITET UND IM RAHMEN DER ANGEBOTE BERÜCKSICHTIGT WERDEN. DER TENDER AGENT KANN NICHT GARANTIEREN, DASS TENDER ANWEISUNGEN, DIE NACH ENDE DER FRIST FÜR TENDER ANWEISUNGEN ZUGEHEN, IM RAHMEN DER ANGEBOTE BERÜCKSICHTIGT WERDEN.

GLÄUBIGERN SOLLTE DES WEITEREN BEWUSST SEIN, DASS IM HINBLICK AUF DEPOTBANKEN, DIREKTE TEILNEHMER UND CLEARINGSYSTEME FRISTEN FÜR DAS EINREICHEN VON ANWEISUNGEN VOR DEM ENDE DER ANGEBOTSFRIST GELTEN; GLÄUBIGER SOLLTEN SICH DAHER BALDMÖGLICHST AN DEN INTERMEDIÄR WENDEN, ÜBER DEN SIE IHRE SCHULDTITEL HALTEN, UM DEN ORDNUNGSGEMÄSSEN UND PÜNKTLICHEN EINGANG VON ANWEISUNGEN SICHERZUSTELLEN.

GLÄUBIGER SIND BERECHTIGT, IHRE TENDER ANWEISUNGEN JEDERZEIT VOR ENDE DER ANGEBOTSFRIST ZU WIDERRUFEN ODER ZU ÄNDERN, WIE DIES IN DEN „**KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – WIDERRUFSRECHTE UND RECHTE ZUR ÄNDERUNG VON TENDER ANWEISUNGEN**“ DARGELEGT IST, VORAUSGESETZT, DASS DIE ANWEISUNGEN ZUM WIDERRUF ODER ZUR ÄNDERUNG DEM TENDER AGENT VOR ENDE DER FRIST FÜR TENDER ANWEISUNGEN ZUGEHEN (VORBEHALTLICH KÜRZERER VON EINEM INTERMEDIÄR ODER EINEM CLEARINGSYSTEM, ÜBER DAS INHABER IHRE SCHULDTITEL HALTEN, AUFERLEGTE FRISTEN).

Die Neuen Schuldtitel und die Garantie der Republik Österreich bezüglich der Nullkupon-Anleihen, die in Anhang F umfassend dargestellt ist (die „Nullkupon-Anleihen-Garantie“) wurden und werden nicht gemäß dem US-amerikanischen *Securities Act* von 1933 in der jeweils geltenden Fassung (der „*Securities Act*“) oder bei einer Wertpapieraufsichtsbehörde eines US-Einzelstaates oder unter einer anderen US-Rechtsordnung registriert. Weder die Neuen Schuldtitel noch die Nullkupon-Anleihen-Garantie dürfen angeboten, verkauft, verpfändet oder anderweitig übertragen werden, es sei denn, dies erfolgt im Rahmen einer Befreiung von den Registrierungspflichten des *Securities Act* oder nach den einschlägigen Wertpapiergesetzen eines Einzelstaates der Vereinigten Staaten oder im Rahmen einer Transaktion, die nicht den Registrierungspflichten des *Securities Act* und nach einschlägigen Wertpapiergesetzen eines Einzelstaates der Vereinigten Staaten unterliegt. Die Umtauschangebote richten sich nur an folgende Personen, und die Nullkupon-Anleihen und die zugehörigen Garantien werden nur folgenden Personen angeboten und ausgestellt: (i) qualifizierte institutionelle Käufer im Sinne von *Rule 144A* des *Securities Act* („QIBs“), die zugleich qualifizierte Käufer (*Qualified Purchasers*) im Sinne von Section 2(a)(51) des US-amerikanischen *Investment Company Act* von 1940 in seiner jeweils geltenden Fassung (der *Investment Company Act*) sind („QPs“), im Rahmen von privaten Transaktionen auf Grundlage der gemäß Section 4(a)(2) des *Securities Act* vorgesehenen Befreiung von den Registrierungspflichten des *Securities Act* oder (ii) Personen, die keine US-Personen im Sinne von *Rule 902* der *Regulation S* des *Securities Act* („*Regulation S*“) sind („US-Personen“), im Rahmen von Offshore-Transaktionen gemäß *Rule 903* oder *Rule 904* der *Regulation S*. Ferner wird angenommen, dass jeder Gläubiger mit seiner Beteiligung am Umtauschangebot bestimmte Zusicherungen, wie im Abschnitt „Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen“ dargelegt, abgegeben hat.

WEDER DIE US-WERTPAPIER- UND BÖRSENAUFSICHTSBEHÖRDE SECURITIES AND EXCHANGE COMMISSION NOCH WERTPAPIERAUFSICHTSBEHÖRDEN EINZELNER BUNDESSTAATEN DER VEREINIGTEN STAATEN HABEN DIESE TRANSAKTION ODER DIESE WERTPAPIERE GEBILLIGT ODER NICHT GEBILLIGT, DEN WERT ODER DIE ANGEMESSENHEIT DER TRANSAKTION BESTÄTIGT ODER FESTGESTELLT, OB DIESE ANGEBOTSUNTERLAGE UND OFFENLEGUNGSERKLÄRUNG WAHRHEITSGEMÄSS ODER VOLLSTÄNDIG IST. EINE GEGENTEILIGE ZUSICHERUNG STELLT IN DEN VEREINIGTEN STAATEN EINE STRAFBARE HANDLUNG DAR.

BITTE BEACHTEN SIE DIE UNTER „**RISIKOFAKTOREN UND ANDERE ÜBERLEGUNGEN**“ AB SEITE 46 DARGESTELLTEN RISIKOFAKTOREN, DIE SIE BEACHTEN SOLLTEN, BEVOR SIE BEZÜGLICH DER ANGEBOTE EINE ENTSCHEIDUNG TREFFEN.

Offer Agents

Citigroup

J.P. Morgan

INHALTSVERZEICHNIS

Inhalt	Seite
WICHTIGE HINWEISE.....	i
ÜBERBLICK	1
ZEITPLAN	9
ZUSAMMENFASSUNG DER NULLKUPON-ANLEIHEN.....	12
ZUSAMMENFASSUNG DER NULLKUPON-SCHULDSCHEINDARLEHEN	19
BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND AUSLEGUNG.....	22
GRÜNDE UND RECHTLICHER RAHMEN DER ANGEBOTE	38
RISIKOFAKTOREN UND ANDERE ÜBERLEGUNGEN	46
KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE	70
VERFAHREN FÜR DIE TEILNAHME AN DEN ANGEBOTEN	90
ZUSAMMENFASSUNG DER BESTIMMUNGEN BETREFFEND DIE NULLKUPON- ANLEIHEN WENN IN GLOBALER FORM.....	108
BESCHREIBUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH	112
RÜCKKAUFVERPFLICHTUNG	116
STEUERLICHE FOLGEN	124
ERMITTLUNG DES KAUFPREISES UND DER GEGENLEISTUNG FÜR DAS UMTAUSCHANGEBOT	147
ERKLÄRUNGEN GEMÄSS § 2A ABS. 2 Z 9 UND Z 10 FINSTAG.....	150
OFFER AGENTS UND TENDER AGENT	156
ANGEBOTS- UND VERBREITUNGSBESCHRÄNKUNGEN	158
FRAGEN UND ANTWORTEN („Q&A“)	165
ANHANG A BESCHREIBUNG DER KLASSE A-SCHULDTITEL	
ANHANG B BESCHREIBUNG DER KLASSE B-SCHULDTITEL	
ANHANG C MUSTER FÜR DIE TENDER ANWEISUNG FÜR SCHULDTITEL MIT AUSNAHME VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN	
ANHANG D KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER NULLKUPON-ANLEIHEN	
ANHANG E KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER NULLKUPON- SCHULDSCHEINDARLEHEN	
ANHANG F KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER NULLKUPON-ANLEIHEN- GARANTIE	
ANHANG G MUSTER DES PFANDVERTRAGS	
ANHANG H TEIL 1 – RUFO-ERKLÄRUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH	
ANHANG H TEIL 2 – RUFO-ERKLÄRUNG DES LANDES KÄRNTEN	
ANHANG I RÜCKKAUFVERPFLICHTUNG	
ANHANG J QIB REPRESENTATION LETTER	

WICHTIGE HINWEISE

In dieser Angebotsunterlage verwendete definierte Begriffe haben die ihnen im nachfolgenden Abschnitt „*Begriffsbestimmungen und Auslegung*“ zugewiesene Bedeutung.

Diese Angebotsunterlage enthält wichtige Informationen, die vor einer Entscheidung bezüglich der Angebote sorgfältig gelesen werden sollten.

Sofern in diesem Dokument nicht anders angegeben, gilt für den Angebotsleger, die Republik Österreich (der „**Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber**“), Citigroup Global Markets Limited („**Citigroup**“), J.P. Morgan Securities plc („**J.P. Morgan**“ und, zusammen mit Citigroup, die „**Offer Agents**“), Citibank N.A., Zweigniederlassung London (der „**Tender Agent**“ und der „**Sicherheitentreuhänder**“), Citigroup Global Markets Deutschland AG (die „**Registerstelle**“) und Citicorp Trustee Company Limited (der „**Anleihentreuhänder**“, und zusammen mit der Registerstelle und dem Sicherheitentreuhänder, die „**Agenten der Nullkupon-Anleihen**“) oder eines bzw. einen ihrer maßgeblichen Organmitglieder, leitenden Angestellten, Mitarbeiter, Beauftragten oder verbundenen Unternehmen, dass sie

- (i) nicht für einen Gläubiger handeln,
- (ii) nicht gegenüber einem Gläubiger zur Erbringung von Schutzmaßnahmen verantwortlich sind, die sie ihren Kunden gewähren würden,
- (iii) nicht gegenüber einem Gläubiger zur Erbringung von Beratungsleistungen im Zusammenhang mit den Angeboten verantwortlich sind,
- (iv) Gläubigern gegenüber keine rechtlichen, wirtschaftlichen, steuerlichen oder sonstigen Beratungsleistungen erbringen; und
- (v) keine Empfehlungen dahingehend abgeben, ob Gläubiger eines der Angebote in Bezug auf von ihnen gehaltene Schuldtitel annehmen sollten.

Jeder Gläubiger ist ausschließlich selbst dafür verantwortlich, seine eigene unabhängige Bewertung sämtlicher ihm sachgemäß erscheinenden Umstände vorzunehmen (einschließlich solcher, die sich auf das maßgebliche Angebot beziehen), und hat bei Bedarf seine eigenen Rechts-, Unternehmens-, Finanz-, Steuer- oder sonstigen Berater zu konsultieren,

- (i) um sich zu der Frage, ob die Annahme eines Angebots gesetzlich zulässig ist, beraten zu lassen;
- (ii) um sich beraten zu lassen, wenn er Zweifel hinsichtlich der von ihm zu ergreifenden Maßnahme hat oder sich über die Auswirkungen der Angebote im Unklaren ist; und
- (iii) um sich bei einer Entscheidung betreffend die Angebote zu einem von ihm gehaltenen Schuldtitel unterstützen zu lassen.

Der Angebotsleger übernimmt die Verantwortung für die in dieser Angebotsunterlage enthaltenen Informationen mit Ausnahme (i) der Aussagen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ausfallsbürgen, wie unter „*Erklärungen gemäß § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG*“ erläutert, (ii) der Erklärungen der Republik Österreich und des Landes Kärnten, die dieser Angebotsanlage als Anhang H beigefügt sind, (iii) der Nullkupon-Anleihen-Garantie, die in Anhang F in Gänze abgedruckt ist und der entsprechenden Beschreibung der Republik Österreich, wie unter „*Beschreibung der Republik Österreich*“ enthalten, und (iv) der Aussagen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der HETA und den Erlösen aus der Abwicklung der HETA, wie unter „*Ermittlung des Kaufpreises und der Gegenleistung für das Umtauschangebot – Bestimmung des*

Gesamtbetrags der HETA-Kompensationszahlung“ erläutert. Der Angebotsleger hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass alle in dieser Angebotsunterlage enthaltenen Informationen nach bestem Wissen den Tatsachen entsprechen und keine wesentlichen Angaben ausgelassen wurden, die eine Änderung des Aussagegehalts wahrscheinlich erscheinen lassen, und dass Angaben, die aus externen Quellen stammen, sorgfältig und angemessen exzerpiert und wiedergegeben wurden.

Weder einer der Offer Agents noch die Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent oder eines bzw. einer seiner maßgeblichen Organmitglieder, Mitarbeiter oder verbundenen Unternehmen haben Informationen, die in dieser Angebotsunterlage, einem Dokument, auf das in dieser Angebotsunterlage Bezug genommen wird, oder einem Nachtrag oder einer Änderungsfassung dieser Angebotsunterlage enthalten sind, überprüft, genehmigt, geben Zusicherungen hinsichtlich deren Richtigkeit oder Vollständigkeit ab oder übernehmen die Verantwortung dafür oder geben irgendeine Zusicherung oder Empfehlung in Bezug auf diese Angebotsunterlage oder die Angebote ab.

Weder einer der Offer Agents noch die Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent wurden in die Strukturierung der Konditionen der Angebote oder der Nullkupon-Anleihen einbezogen; sie schließen daher im rechtlich zulässigen Höchstumfang jegliche Haftung für die Strukturierung der Konditionen der Angebote oder der Neuen Schuldtitel und die in der Angebotsunterlage enthaltenen Informationen aus.

Die Offer Agents und die Agenten der Nullkupon-Anleihen sind nicht für die Abwicklung der Angebote verantwortlich; hierfür ist ausschließlich der Angebotsleger verantwortlich. Die Offer Agents und der Tender Agent sind Beauftragte des Angebotslegers und haben gegenüber keinem Gläubiger Verpflichtungen.

Keiner der Gläubiger, die Partei zum Memorandum of Understanding (wie nachfolgend definiert) sind, noch eines bzw. einer ihrer maßgeblichen Organmitglieder, leitenden Angestellten, Mitarbeiter, verbundenen Unternehmen, Berater oder Gesellschafter hat die Zusicherungen hinsichtlich der Richtigkeit, Angemessenheit des Investments oder Vollständigkeit überprüft, genehmigt oder abgegeben oder übernimmt die Verantwortung für die Bedingungen der Angebote oder der Neuen Schuldtitel oder für die Informationen in dieser Angebotsunterlage, einem in dieser Angebotsunterlage genannten Dokument oder einer Änderung oder Ergänzung hierzu oder jedwede Zusicherungen oder Empfehlungen bezüglich dieser Angebotsunterlage oder der Angebote oder ob Gläubiger ihre Schuldtitel entsprechend dieser Angebotsunterlage einreichen sollten.

Es wurde niemand ermächtigt, im Zusammenhang mit den Angeboten andere als in dieser Angebotsunterlage enthaltene Informationen zu liefern oder Zusicherungen abzugeben; werden dennoch solche Informationen geliefert oder Zusicherungen abgegeben, dürfen sie nicht als vom Angebotsleger, dem Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, den Agenten der Nullkupon-Anleihen, den Offer Agents oder dem Tender Agent genehmigt angesehen werden. Weder die Veröffentlichung dieser Angebotsunterlage noch ein Kauf und/oder Umtausch von Schuldtiteln im Rahmen der Angebote stellt, gleich unter welchen Umständen, eine Zusicherung dar oder impliziert, dass die in dieser Angebotsunterlage enthaltenen Informationen zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Datum dieser Angebotsunterlage zutreffend sind.

DIESE ANGEBOTSUBTERLAGE WURDE NICHT BEI EINER NATIONALEN ODER REGIONALEN WERTPAPIER- ODER AUFSICHTSBEHÖRDE DER VEREINIGTEN STAATEN, AUSTRALIENS, KANADAS, JAPANS, DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS, ÖSTERREICHS, BELGIENS, FRANKREICHS ODER ITALIENS ODER EINER SONSTIGEN RECHTSORDNUNG

EINGEREICHT BZW. NICHT AUF ERSUCHEN DES ANGEBOOTSLEGERS ÜBERPRÜFT, NOCH HAT EINE SOLCHE WERTPAPIER- ODER AUFSICHTSBEHÖRDE DIE RICHTIGKEIT ODER ANGEMESSENHEIT DER ANGEBOTE ÜBERPRÜFT. ANDERSLAUTENDE BEHAUPTUNGEN SIND GESETZWIDRIG UND STELLEN MÖGLICHERWEISE EINE STRAFTAT DAR.

Angebote können ausschließlich nach Maßgabe der unter „*Verfahren für die Beteiligung an den Angeboten*“ erläuterten Verfahren angenommen werden.

Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, deren Tender Anweisungen unwirksam sind oder die ihre Tender Anweisungen wirksam widerrufen, halten ihre Schuldtitel weiterhin gemäß deren maßgeblichen Bedingungen. Jedoch werden die Ansprüche der Gläubiger gegen die Ausfallbürgen unter den Schuldtiteln beeinflusst, sollten die Angebote Erfolg haben. Näheres entnehmen Sie bitte dem Abschnitt „*Risikofaktoren und andere Überlegungen*“.

Gläubiger haben sämtliche an jedem Ort auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften in Bezug auf ihre Schuldtitel, die Angebote oder diese Angebotsunterlage einzuhalten. Gläubiger haben ferner die für die Annahme der Angebote in Bezug auf ihre Schuldtitel erforderlichen Zustimmungen oder Genehmigungen einzuholen. Weder der Angebotsleger noch der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents oder der Tender Agent sind für die Einhaltung dieser Rechtsvorschriften durch die Gläubiger verantwortlich (siehe „*Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen*“).

Eine natürliche Person oder ein Unternehmen, deren bzw. dessen Schuldtitel von einem Intermediär in ihrem bzw. seinem Auftrag gehalten werden, hat sich an diesen Intermediär zu wenden, wenn sie bzw. es ein Angebot bezüglich eines solchen von ihr bzw. ihm gehaltenen Schuldtitels annehmen möchte.

Der Angebotsleger hat diese Angebotsunterlage in englischer und deutscher Sprache erstellt. Bei allfälligen Diskrepanzen zwischen den in dieser deutschsprachigen Fassung und in der englischsprachigen Fassung dieser Angebotsunterlage festgelegten vertraglichen Konditionen und Bedingungen der Angebote ist die deutschsprachige Fassung verbindlich.

HINWEIS FÜR INVESTOREN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Das Umtauschangebot richtet sich nur an Inhaber von Schuldtiteln, und die Neuen Schuldtitel und die Nullkupon-Anleihen-Garantie werden nur Inhabern von Schuldtiteln angeboten und an diese ausgegeben, die (i) QIBs und zugleich QPs sind, im Rahmen einer Privatplatzierung gemäß Section 4(2) des *Securities Act* oder (ii) keine US-Personen sind, im Rahmen von Offshore-Transaktionen auf Grundlage der *Regulation S* des *Securities Act*. Jeder Gläubiger in den Vereinigten Staaten, der an den Angeboten teilnimmt, muss einen *QIB Representation Letter* nach dem dieser Angebotsunterlage beigefügten Anhang J abgeben. Weder die Neuen Schuldtitel noch die Nullkupon-Anleihen-Garantie wurden von einer Bundes- oder einzelstaatlichen Wertpapier- oder Aufsichtsbehörde der Vereinigten Staaten empfohlen. Ferner haben die vorstehend genannten Behörden die Richtigkeit der Angebotsunterlage nicht bestätigt und keine Feststellung bezüglich ihrer Angemessenheit getroffen. Eine gegenteilige Zusicherung stellt in den Vereinigten Staaten eine strafbare Handlung dar.

HINWEIS FÜR INVESTOREN IM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM

Die Neuen Schuldtitel fallen unter den Befreiungen gemäß Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 2003/71/EG (in der jeweils geltenden Fassung, die „**Prospektrichtlinie**“). Dementsprechend erhebt diese Angebotsunterlage nicht den Anspruch, das Format und die Angabepflichten der Prospektrichtlinie und der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission zur Umsetzung der Prospektrichtlinie in der jeweils geltenden Fassung zu erfüllen, und wurde oder wird nicht zur Billigung durch eine zuständige Behörde im Sinne der Prospektrichtlinie eingereicht.

HINWEIS FÜR INVESTOREN IN AUSTRALIEN

Kein im Zusammenhang mit den Neuen Schuldtiteln erstellter Prospekt oder erstelltes anderes Informationsdokument (im Sinne des australischen Corporations Act von 2001 (der **Corporations Act**)) wurde oder wird bei der Australian Securities and Investments Commission („**ASIC**“) eingereicht. Die Neuen Schuldtitel dürfen nicht (weder mittelbar noch unmittelbar) zur Begebung angeboten werden und es dürfen auch keine Aufforderungen zur Begebung oder Zeichnung der Neuen Schuldtitel in, nach oder aus Australien abgegeben werden (einschließlich eines Angebots oder einer Aufforderung, das bzw. die von einer Person in Australien erhalten wird), und keine Angebotsunterlage noch Werbe- oder sonstiges Angebotsmaterial bezüglich der Neuen Schuldtitel darf in Australien verteilt oder veröffentlicht werden, es sei denn, (i) die von jedem Angebotsempfänger oder Aufgeforderten zu zahlende Gegenleistung beträgt insgesamt mindestens AUD 500.000 (oder den Gegenwert in einer anderen Währung, wobei durch den Angebotsleger oder seine assoziierten Unternehmen geliehene Gelder unberücksichtigt bleiben) oder das Angebot oder die Aufforderung muss ansonsten nicht gegenüber Anlegern gemäß Parts 6D.2 oder 7.9 des *Corporations Act* offengelegt werden, (ii) das Angebot oder die Aufforderung stellt kein Angebot an einen Privatkunden (*retail client*) im Sinne von Section 761G des australischen *Corporations Act* dar, (iii) eine solche Maßnahme ist im Einklang mit allen anwendbaren Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien und (iv) eine solche Maßnahme erfordert nicht die Einreichung von Dokumenten bei der ASIC.

HINWEIS FÜR INVESTOREN IN KANADA

Diese Angebotsunterlage stellt keinen Prospekt, keine Kommunikation und kein öffentliches Angebot im Zusammenhang mit den in dieser Angebotsunterlage beschriebenen Wertpapieren in einer der Provinzen oder Territorien Kanadas dar und darf auch unter keinen Umständen als ein solcher bzw. eine solche bzw. ein solches verstanden werden. Keine Effektenkommission oder ähnliche Wertpapieraufsichtsbehörde in Kanada hat diese Angebotsunterlage überprüft, eine Entscheidung darüber erlassen oder eine Beurteilung der in dieser Angebotsunterlage beschriebenen Wertpapiere abgegeben. Jede gegenteilige Behauptung stellt eine strafbare Handlung dar.

HINWEIS FÜR INVESTOREN IN JAPAN

Die Neuen Schuldtitel sind und werden nicht nach dem japanischen *Financial Instruments and Exchange Law* (Gesetz Nr. 25 aus dem Jahr 1948 in der jeweils geltenden Fassung) registriert. Die Neuen Schuldtitel werden nicht und dürfen nicht (weder mittelbar noch unmittelbar) im Hoheitsgebiet von Japan oder an eine in Japan ansässige Person (dieser Begriff umfasst auch nach japanischem Recht errichtete Körperschaften oder Rechtsträger) zum Verkauf angeboten werden und dürfen im Hoheitsgebiet von Japan auch keinem Rechtsträger (weder mittelbar noch unmittelbar) für die Zwecke eines erneuten Angebots oder Weiterverkaufs und keiner in Japan ansässigen Person angeboten werden, es sei denn, dies erfolgt im Rahmen einer Befreiung von den Registrierungspflichten nach dem *Financial Instruments and Exchange Law* oder ansonsten in

Übereinstimmung mit diesem Gesetz oder anderen anwendbaren Gesetzen und Rechtsvorschriften Japans.

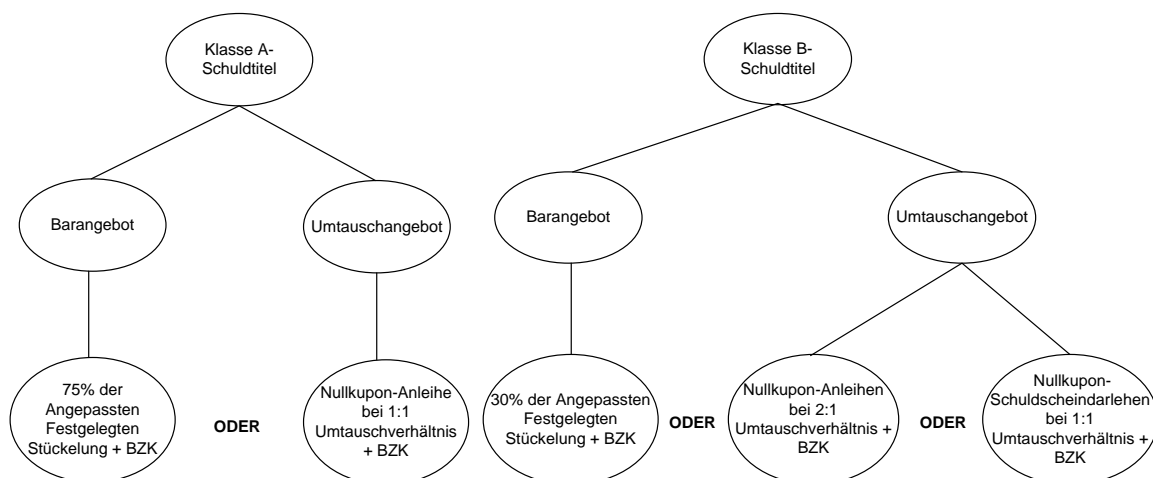
ÜBERBLICK

Dieser Überblick hebt Informationen hervor, die an anderer Stelle in dieser Angebotsunterlage enthalten sind, und enthält nicht sämtliche Informationen, die Sie bei Ihrer Entscheidung bezüglich der Angebote berücksichtigen sollten. Bevor Sie entscheiden, die Angebote anzunehmen, sollten Sie sorgfältig die vollständige Angebotsunterlage lesen, insbesondere die Risiken und Überlegungen, die im Abschnitt „Risikofaktoren und andere Überlegungen“ beschrieben werden. Ein weiterer Überblick über die Angebote ist auch im Abschnitt „Fragen und Antworten („Q&A“)“ auf Seite 165 ff. zu finden. In dieser Angebotsunterlage verwendete definierte Begriffe haben die ihnen im nachfolgenden Abschnitt „Begriffsbestimmungen und Auslegung“ zugewiesene Bedeutung.

Die Angebote

Der Angebotsleger, Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, ist eine juristische Person, welche nach dem Recht des Landes Kärnten (Österreich) errichtet wurde, unterbreitet ein Angebot, nach Wahl des Annehmenden Gläubigers entweder (i) alle in Anhang A genannten Schuldtitel zum Klasse A-Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels sowie alle in Anhang B genannten Schuldtitel zum Klasse B-Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zuzüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zu erwerben oder (ii) (a) alle in Anhang A genannten Schuldtitel zum Klasse A-Umtauschverhältnis gegen Nullkupon-Anleihen und (b) alle in Anhang B genannten Schuldtitel zum maßgeblichen Klasse B-Umtauschverhältnis gegen entweder, nach Wahl des Annehmenden Gläubigers, Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen zuzüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises umzutauschen. Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen. Zudem besteht die Umtauschmöglichkeit von Klasse B-Schuldtiteln für entweder Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu den maßgeblichen Umtauschverhältnissen nur hinsichtlich einer jeden Serie von Klasse B-Schuldtiteln, die im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht wird.

Die folgende grafische Darstellung bietet eine visuelle Beschreibung der Angebote im Hinblick auf die maßgebliche Klasse des Schuldtitels:



Die Angepasste Festgelegte Stückelung der Schuldtitel, die als Grundlage für die Bestimmung der in den Angeboten angebotenen Gegenleistung herangezogen wurde, entspricht bezüglich jedem

Schuldtitel der Summe aus (a) der Festgelegten Stückelung und (ii) den aufgelaufenen und nicht gezahlten Zinsen (einschließlich jeglicher Verzugszinsen) bis zum 1. März 2015 (einschließlich) und in Bezug auf einen HETA Nullkupon-Schuldtitel dessen Amortisiertem Nennbetrag. Die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes einzelnen in diesem Angebot genannten Schuldtitels beinhaltet und berücksichtigt nicht die von der Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 angeordnete Gläubigerbeteiligung.

Gesamtkaufpreis für das Barangebot

Als Gegenleistung für jeden Eingereichten Schuldtitel, der vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworben wird, zahlt der Angebotsleger jedem Annehmendem Gläubiger (i) den maßgeblichen Kaufpreis (wie nachfolgend beschrieben), der am Abwicklungstag zu zahlen ist, und (ii) den maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels, der spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist zu zahlen ist.

Kaufpreis für das Barangebot

Der Angebotsleger bietet den Erwerb der Eingereichten Schuldtitel, die Gegenstand der Angebote sind, zum jeweils maßgeblichen Kaufpreis in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage vorgesehen sind, an. Sofern im Rahmen des Barangebots alle Schuldtitel eingereicht werden, beträgt der Gesamtbetrag des vom Angebotsleger zu zahlenden Kaufpreises für die Schuldtitel insgesamt etwa EUR 7,79 Mrd.

Am Abwicklungstag zahlt der Angebotsleger jedem Annehmenden Gläubiger, der ein Barangebot annimmt, den maßgeblichen Kaufpreis für jeden Eingereichten Schuldtitel in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels. Der Klasse A-Kaufpreis für jeden Klasse A-Schuldtitel ist in der entsprechenden Spalte in Teil 1 von Anhang A angegeben. Der Klasse B-Kaufpreis für jeden Klasse B-Schuldtitel ist in der entsprechenden Spalte in Teil 1 von Anhang B angegeben. Der maßgebliche Kaufpreis für jeden Eingereichten Schuldtitel bestimmt sich nach dem zu zahlenden Betrag hinsichtlich der Angepassten Festgelegten Stückelung eines jeden Eingereichten Schuldtitels.

Nachfolgend ist der Kaufpreis für jede Klasse von Schuldtiteln, ausgedrückt als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung, dargelegt.

Klasse A-Kaufpreis	75 Prozent der Angepassten Festgelegten Stückelung, vorbehaltlich einer Rundung
Klasse B-Kaufpreis	30 Prozent der Angepassten Festgelegten Stückelung, vorbehaltlich einer Rundung

Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis für das Barangebot

Darüber hinaus zahlt der Angebotsleger innerhalb von vier Wochen nach rechtskräftiger Beendigung der Abwicklung der HETA jedem Annehmenden Gläubiger, der das Barangebot annimmt, einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen durch den Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitels. Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis entspricht der Differenz zwischen (i) der HETA Recovery und (ii) dem maßgeblichen Kaufpreis minus der maßgeblichen Ausgleichszahlung (wie in Teil 1 von Anhang A bzw. Anhang B dargelegt) jeweils in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein

Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Kaufpreises und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null.

Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis wird von einer unabhängigen Berechnungsstelle errechnet, die eine unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein und vom Angebotsleger ausgewählt werden wird. Der Angebotsleger wird unter Zugrundelegung eines wirtschaftlich vernünftigen Aufwands den zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis empfangsberechtigten Personen die für die Errechnung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zugrundeliegenden Berechnungen zugänglich machen.

Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot

Als Gegenleistung für die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitels wird der Angebotsleger (i) alle (a) in Anhang A genannten Schuldtitel zum Klasse A-Umtauschverhältnis für die Emission von Nullkupon-Anleihen und (b) in Anhang B genannten Schuldtitel zum maßgeblichen Klasse B-Umtauschverhältnis für die Emission von entweder, nach Wahl des Annehmenden Gläubigers, Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen umtauschen und (ii) den maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist zahlen.

Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot

Der Angebotsleger bietet an, die Klasse A-Schuldtitel und die Klasse B-Schuldtitel zu den folgenden Umtauschverhältnissen in die Neuen Schuldtitel umzutauschen:

Schuldtitel	Umtauschverhältnis pro Euro (gegebenenfalls umgerechnet mit den FMA-Bescheidwechselkursen) der Angepassten Festgelegten Stückelung	
Klasse A-Schuldtitel	1:1	für Nullkupon-Anleihen
Klasse B-Schuldtitel	2:1	für Nullkupon-Anleihen
	1:1	für Nullkupon-Schuldscheindarlehen

Die Nullkupon-Anleihen sind erstrangige besicherte Nullkupon-Anleihen, die durch den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds emittiert werden, vollumfänglich und bedingungslos von der Republik Österreich garantiert werden und durch ein erstrangiges Pfandrecht an (i) allen Eingereichten Schuldtiteln, die der Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots gegen Nullkupon-Anleihen erhalten hat, (ii) dem Wertpapierdepot, auf welchem die Eingereichten Schuldtitel verwahrt werden, (iii) den entsprechenden Verrechnungskonten, (iv) von der Republik Österreich begebenen und vom Angebotsleger unter Verwendung von Mitteln von den unter (iii) genannten Verrechnungskonten erworbenen Anleihen und (v) Ansprüchen des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung besichert sind. Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen wird zwei Bankarbeitstage vor dem Abwicklungstag festgelegt anhand der unter „*KONDITIONEN UND*

BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot – Gegenleistung für das Umtauschangebot“ beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung des Nullkupon-Anleihen-Spread von -8,0 Basispunkten und einem Ausgabepreis in Höhe von 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen. Die Nullkupon-Anleihen werden eine festgelegte Stückelung von EUR 1 haben. Die Nullkupon-Anleihen unterliegen einer Rückkaufverpflichtung des Angebotslegers, nach welcher der Angebotsleger anbieten wird, die Nullkupon-Anleihen zu einem bestimmten Kurs, der täglich für einen Zeitraum von 180 Tagen ab dem 1. Dezember 2016 festgelegt wird, zurückzukaufen. Für weitere Informationen, siehe „Zusammenfassung der Nullkupon-Anleihen“, „Anhang D. Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen“, „Anhang F. Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen-Garantie“ und „Anhang I. Rückkaufverpflichtung“.

Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen sind vorrangige Forderungen aus Nullzins-Schuldscheindarlehen des Angebotslegers gegen die Republik Österreich, die vom Angebotsleger an die Annehmenden Gläubiger, die sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, abgetreten werden. Die Fälligkeit der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird zwei Bankarbeitstage vor dem Abwicklungstag festgelegt anhand der unter „KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot – Gegenleistung für das Umtauschangebot“ beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung eines Ausgabepreises in Höhe von 45% des Nennbetrags der Nullkupon-Schuldscheindarlehen. Ansprüche unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen sind in Gänze oder in Teilbeträgen (jeweils bezogen auf den Nennbetrag) in Höhe von EUR 1.000.000 oder ganzzahligen Vielfachen davon abtretbar. Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen sind nicht besichert und unterliegen keiner Rückkaufverpflichtung des Angebotslegers. Für weitere Informationen, siehe „Zusammenfassung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen“, „Anhang E. Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen“.

Jedem Gläubiger von Klasse A-Schuldtiteln wird angeboten, jeden (wie, soweit einschlägig, nachstehend umgerechnet) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes von ihm Eingereichten Schuldtitels in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen umzutauschen, und zwar auf den nächsten ganzen Euro gerundet, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet.

Jedem Gläubiger von Klasse B-Schuldtiteln wird angeboten, jeden (wie nachstehend beschrieben (soweit notwendig) umgerechneten) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Klasse B-Schuldtitels nach seiner Wahl wie folgt umzutauschen: Entweder (i) in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen, dividiert durch 2 (zwei), gerundet auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet, oder (ii) in einen entsprechenden Betrag der Nullkupon-Schuldscheindarlehen, gerundet auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet. Die Entscheidung, Klasse B-Schuldtitel entweder in Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen zum maßgeblichen Umtauschverhältnis umzutauschen, kann nur in Bezug auf die jeweilige im Umtauschangebot eingereichte Serie von Klasse B-Schuldtiteln getroffen werden.

Sofern dies zur Berechnung der Gegenleistung für das Umtauschangebot erforderlich ist, werden auf CHF und JPY lautende Beträge zu den FMA-Bescheidwechsellkursen (d. h. CHF 1,0636 je EUR 1 und JPY 134,05 je EUR 1) in EUR umgerechnet.

Die genaue Fälligkeit („**Fälligkeit**“) der Nullkupon-Anleihen und der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird zwei Bankarbeitstage vor dem Emissionstag berechnet (der „**Tag der Fälligkeitsbestimmung**“). Die Fälligkeit:

- (i) der Nullkupon-Anleihen wird anhand der unten angeführten Preisformel unter Verwendung eines Spread von -8,0 Basispunkten (festgelegt am 29. August 2016) (der „**Nullkupon-Anleihen-Spread**“) und eines Ausgabepreises in Höhe von 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen ermittelt. Am 29. August 2016 wäre das Fälligkeitsdatum der Nullkupon-Anleihen unter Zugrundelegung der ZCB-Euro-Swap-Rate in Höhe von 0,67% und dem Nullkupon-Anleihen-Spread (und demnach einem Gesamtzins in Höhe von 0,59%) auf den 9. September 2034 gefallen; und
- (ii) der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird anhand der unten angeführten Preisformel unter Verwendung eines Ausgabepreises in Höhe von 45% des Nennbetrags der Nullkupon-Schuldscheindarlehen ermittelt. Am 29. August 2016 wäre das Fälligkeitsdatum der Nullkupon-Schuldscheindarlehen unter Zugrundelegung einer RAGB-Null-Rate in Höhe von 1,456 auf den 8. Januar 2072 gefallen.

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

Dabei gilt:

„**Zinstagequotient Actual/Actual**“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgebliche Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

„**n**“ steht für die Fälligkeit des jeweiligen Neuen Schuldtitels (berechnet in Jahren unter Zugrundelegung des Zinstagequotienten Actual/Actual).

„**Y**“ bezeichnet (i) im Fall der Nullkupon-Anleihen die Summe aus dem Nullkupon-Anleihen-Spread und der ZCB Euro Swap Rate für einen Zeitraum von *n* Jahren und (ii) im Fall der Nullkupon-Schuldscheindarlehen die RAGB-Null-Rate für einen Zeitraum von *n* Jahren.

In dieser Angebotsunterlage bezieht sich der Begriff „Gegenleistung für das Umtauschangebot“ auf den Barwert des Gesamtnennbetrags (der der gesamten Stückelung entspricht) der Nullkupon-Anleihen bzw. des Gesamtnennbetrags der Nullkupon-Schuldscheindarlehen, der hinsichtlich der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes im Rahmen des Umtauschangebots umzutauschenden Eingereichten Schuldtitels geliefert werden muss, und der Begriff „Umtauschwert“ bezieht sich auf den Barwert in der Währung des in solche Neuen Schuldtitel umzutauschenden Eingereichten Schuldtitels unter Anwendung des Fremdwährungswechsellkurses vom 27. Februar 2015, wobei jeweils auf den Tag der Fälligkeitsbestimmung abzustellen ist.

Die Gegenleistung für das Umtauschangebot und der Umtauschwert der Nullkupon-Anleihen in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Klasse A-Schuldtitels kann Anhang A entnommen werden. Die Gegenleistung für das Umtauschangebot und der Umtauschwert der Neuen Schuldtitel jedes Klasse B-Schuldtitels kann Anhang B entnommen werden. Der (Gesamt-) Nennbetrag der Neuen Schuldtitel, die an einen Annehmenden Gläubiger hinsichtlich der

Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels zu liefern und zum jeweils maßgeblichen Umtauschverhältnis gemäß des Umtauschgebots umzutauschen sind, ist in der entsprechenden Spalte in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben.

Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschgebots angenommen werden und dass alle Annehmenden Gläubiger sich für den Erhalt von Nullkupon-Anleihen entscheiden, wird der Angebotsleger am Abwicklungstag Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 10,48 Mrd. begeben. Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschgebots angenommen werden und dass alle Klasse B-Gläubiger sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, wird der Angebotsleger am Abwicklungstag (i) Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 10,01 Mrd. begeben und (ii) Nullkupon-Schuldscheindarlehen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 0,92 Mrd. abgetreten.

Am Abwicklungstag liefert der Angebotsleger jedem Annehmenden Gläubiger, der ein Umtauschangebot annimmt, die der Tender Anweisung des Annehmenden Gläubigers entsprechende Klasse und Nennbetrag der Neuen Schuldtitel oder stellt eine entsprechende Lieferung sicher. Hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen erfolgt die Lieferung (i) im Fall von eingereichten Schuldverschreibungen an das Wertpapierdepot, von dem aus die eingereichten Schuldverschreibungen eingereicht und gesperrt wurden, oder (ii) im Fall von eingereichten Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen an das Wertpapierdepot, das in der Tender Anweisung des Annehmenden Gläubigers angegeben ist. Hinsichtlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird der Angebotsleger seine Ansprüche gegen die Republik Österreich unter dem maßgeblichen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den maßgeblichen Annehmenden Gläubiger abtreten. Die Unterzeichnung des jeweiligen Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger und die Versendung des unterzeichneten Dokuments an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax stellt die Lieferung dar. Bitte beachten Sie, dass der jeweilige Annehmende Gläubiger, um den wirksamen Abschluss des Abtretungsvertrages herbeizuführen, den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie des gegengezeichneten Dokuments unverzüglich an den Angebotsleger per Email an die Adresse office@kaf.gv.at zurücksenden muss; das Original ist nachzusenden. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben.

Voraussetzung für die Abwicklung der Angebote durch den Tender Agent sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung der Angebote für einzelne Annehmende Gläubiger kann sich verzögern, wenn Annehmende Gläubiger dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren.

Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis für das Umtauschangebot

Zusätzlich zahlt der Angebotsleger jedem Annehmenden Gläubiger, der das Umtauschangebot annimmt, innerhalb von vier Wochen nach rechtskräftiger Beendigung der Abwicklung der HETA einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, der durch den Angebotsleger im Rahmen des Umtauschgebots umgetauscht wurde. Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis entspricht der Differenz zwischen (i) sämtlichen durch den Angebotsleger von der HETA unter den maßgeblichen Eingereichten Schuldtiteln wiedererlangten Beträgen und (ii) dem maßgeblichen Umtauschwert minus der maßgeblichen Ausgleichszahlung (wie in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B dargelegt) jeweils

in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Umtauschswerts und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag von null.

Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis wird von einer unabhängigen Berechnungsstelle errechnet, die eine unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein und vom Angebotsleger ausgewählt werden wird. Der Angebotsleger wird unter Zugrundelegung eines wirtschaftlich vernünftigen Aufwands den zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis berechtigten Personen die der Errechnung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zugrundegelegten Berechnungen zugänglich machen.

Keine weiteren Zinsen

Die Angepasste Festgelegte Stückelung enthält (gegebenenfalls) einen Teil der aufgelaufenen und nicht gezahlten Zinsen bis zum 1. März 2015 (einschließlich). Zusätzlich wird der allfällige Bedingte Zusätzliche Kaufpreis Zinsen enthalten, die der Angebotsleger in Bezug auf jeden Eingereichten Schuldtitel erhält.

Außer als Teil des Kaufpreises, der Gegenleistung für das Umtauschangebot oder des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises beabsichtigt der Angebotsleger nicht, für irgendeinen Zeitraum Zinsen in Bezug auf die durch den Angebotsleger im Rahmen der Angebote gekauften und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel zu zahlen.

Transaktionsbedingungen

Der Angebotsleger wird Eingereichte Schuldtitel zum Abwicklungstag nur erwerben und/oder umtauschen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot wurde jeweils von zumindest einem Viertel des kumulierten Gesamtnominales aller vom maßgeblichen Klasse A-Angebot bzw. Klasse B-Angebot jeweils erfassten Schuldtitel angenommen; und
2. eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnominales aller vom Klasse A-Angebot und Klasse B-Angebot gemeinsam erfassten Schuldtitel hat die Angebote angenommen.

Rechtswirkungen der erfolgreich durchgeführten Angebote

Nach § 2a Abs. 5 FinStaG führt die Bekanntmachung des Eintritts der vorstehend dargelegten Transaktionsbedingungen auch zu den folgenden Rechtswirkungen für jene Gläubiger, die die Angebote ablehnen, sowie für Gläubiger, deren Tender Anweisungen unwirksam sind oder wirksam widerrufen werden:

1. Ansprüche aus den Ausfallsbürgschaften auf Zahlung von Kapital und Zinsen und allfällige sonstige unter den maßgeblichen Schuldtiteln fällige Beträge werden auf einen Betrag in Höhe der maßgeblichen Ausgleichszahlung beschränkt; und
2. eine allfällige Zwangsvollstreckung in Bezug auf die Ausfallsbürgschaften ist nur bis zur Höhe der maßgeblichen Ausgleichszahlung zulässig.

Annehmende Gläubiger sollten beachten, dass im Fall des Erwerbs und/oder Umtauschs alle bestehenden und künftigen Haftungs- und Sicherungsansprüche, die sich auf einen Eingereichten

Schuldtitel beziehen und die zwischen dem Gläubiger dieses Eingereichten Schuldtitels und den Ausfallsbürgen als haftende Rechtspersonen bestehen, am Abwicklungstag unwiderruflich auf den Angebotsleger übergehen (Hinweis gemäß § 2a Abs. 2 Z 5 FinStaG).

Der Angebotsleger

Der Angebotsleger, der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, ist eine juristische Person, welche gemäß dem K-AFG errichtet wurde, einem vom Land Kärnten am 5. November 2015 erlassenen Gesetz (in der geänderten Fassung vom 14. Juli 2016), einzig zum Zweck der Durchführung und des Vollzugs der Angebote (Durchführung einer FinStaG Maßnahme), einschließlich des Erwerbs, der Verwaltung und Verwertung von Schuldtitel und, vorbehaltlich der erfolgreichen Durchführung der Angebote, von Ansprüchen aus den Eingereichten Schuldtiteln der Annehmenden Gläubiger sowie zur Zahlungsabwicklung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises (falls einschlägig). Der Angebotsleger ist ferner zur Begebung von Anleihen (einschließlich der Nullkupon-Anleihen), zur Abtretung abtretbarer Ansprüche (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen), zum Umtausch Eingereichter Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen, zum Rückkauf von Nullkupon-Anleihen und zum Erwerb von durch die Republik Österreich begebenen Anleihen befugt.

ZEITPLAN

In der nachstehenden Tabelle sind wichtige Termine für die Angebote enthalten.

Termine und Uhrzeiten	Ereignis
6. September 2016	<p><i>Beginn der Angebote</i></p> <p>Bekanntgabe der Angebote durch Veröffentlichung dieser Angebotsunterlage auf der Website des Angebotslegers (www.kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at) und im Wege von Bekanntmachungen, wie sie im nachstehenden Abschnitt „<i>Konditionen und Bedingungen der Angebote – Bekanntmachungen</i>“ dargelegt sind.</p> <p>Die Angebotsunterlage ist auf der Website des Angebotslegers (www.kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at) verfügbar und vom Tender Agent erhältlich. Muster der Tender Anweisungen für Schuldscheine, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüche sind beim Tender Agent erhältlich und als Anhang C dieser Angebotsunterlage angefügt.</p>
5. Oktober 2016 17.00 Uhr MEZ	<p><i>Abgabezeitpunkt der Tender Anweisungen</i></p> <p>Spätester Abgabezeitpunkt für den Erhalt gültiger Tender Anweisungen durch den Tender Agent (einschließlich der Tender Anweisungen im Original nebst Kopien der Originaldokumente in Bezug auf Schuldscheine, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüche (jeweils soweit einschlägig)) und Rücknahmeanweisungen von den Annehmenden Gläubigern.</p> <p>Der Tender Agent kann nicht garantieren, dass Tender Anweisungen und Rücknahmen, die nach dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen, im Rahmen der Annahme der Angebote berücksichtigt werden.</p>
7. Oktober 2016 17.00 Uhr MEZ	<p><i>Ende der Angebotsfrist</i></p> <p>Endgültige Frist für den Zugang gültiger Tender Anweisungen (einschließlich der Tender Anweisungen im Original und Kopien der Originaldokumente im Zusammenhang mit Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen bzw. Pfandbriefbank-Ansprüchen) und Widerrufe vonseiten der Annehmenden Gläubiger beim Tender Agent.</p>
So bald wie möglich, spätestens jedoch ein Bankarbeitstag nach dem Ende der Angebotsfrist, voraussichtlich am oder um den 10. Oktober 2016	<p><i>Vorläufige Ergebnisbekanntmachung</i></p> <p>Vorläufige Bekanntmachung der Ergebnisse der Angebote, einschließlich Bekanntmachung der Fälligkeit der Neuen Schultitel (zur Klarstellung wird festgehalten, dass diese Bekanntmachung nicht die Bekanntmachung gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG darstellt).</p>
So bald wie möglich,	<p><i>FinStaG-Ergebnisbekanntmachung und Abwicklungstag für</i></p>

Termine und Uhrzeiten	Ereignis
<p>spätestens jedoch zwei Bankarbeitstage nach der Vorläufigen Ergebnisbekanntmachung, voraussichtlich am oder um den 12. Oktober 2016</p>	<p>die Angebote, Zahlung des Kaufpreises und Emissionstag der Nullkupon-Anleihen und Abtretung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen</p> <p>Bekanntmachung der Ergebnisse der Angebote, einschließlich der Bekanntmachung gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG, dass die Transaktionsbedingungen erfüllt sind.</p> <p>Termin, an dem (a) die Zahlung des maßgeblichen Kaufpreises für die vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitel erfolgt und die vom Angebotsleger gemäß dem Barangebot erworbenen Eingereichten Schuldtitel auf den Angebotsleger übergehen, und (b) die Lieferung der Nullkupon-Anleihen und Abtretung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen (durch Ausfertigung der entsprechenden Abtretungsverträge durch den Angebotsleger und Übermittlung jedes der entsprechend unterzeichneten Dokumente an den jeweiligen Annehmenen Gläubiger per E-Mail oder Fax) erfolgt und die vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitel auf den Angebotsleger übergehen.</p>
<p>Am oder um den 1. Dezember 2016</p>	<p>Beginn des Rückkaufzeitraums</p> <p>Termin, an dem der Angebotsleger beginnen wird, nach Maßgabe der Rückkaufverpflichtung in Anhang I der Angebotsunterlage Rückkäufe der Nullkupon-Anleihen zu tätigen.</p>
<p>Am oder um den 30. Mai 2017</p>	<p>Ende des Rückkaufzeitraums</p> <p>Termin, an dem der Angebotsleger keine Rückkäufe der Nullkupon-Anleihen nach Maßgabe der Rückkaufverpflichtung mehr tätigt.</p>
<p>Innerhalb von vier Wochen nach dem Liquidationsstichtag</p>	<p>Zahlung des allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises</p> <p>Zahlung des maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises für die vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel an die Gläubiger.</p>

Voraussetzung für die Abwicklung der Angebote durch den Tender Agent sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung des Umtauschangebots einzelner Annehmender Gläubiger kann sich verzögern, wenn diese dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren.

Bekanntmachungen in Bezug auf die Angebote erfolgen nach Maßgabe der im Abschnitt „Konditionen und Bedingungen der Angebote – Bekanntmachungen“ unten dargelegten Bestimmungen.

Gläubiger werden darauf hingewiesen, dass sie allfällige von Intermediären und Clearingsystemen gesetzte Fristen – wie im Abschnitt „*Konditionen und Bedingungen der Angebote – Von Clearingsystemen und Intermediären gesetzte Fristen*“ dargelegt – einzuhalten haben.

Damit Tender Anweisungen im Rahmen der Angebote angenommen werden können, müssen die Gläubiger den Namen des wirtschaftlich Berechtigten nennen, welcher den Schuldtitel gemäß den Angeboten einreicht. Darüber hinaus müssen Annehmende Gläubiger zur Sicherstellung, dass der Angebotsleger die notwendigen Informationen erhalten hat, um dem Annehmenden Gläubiger den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu zahlen, bei jeder Tender Anweisung die weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen angeben (darunter E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Name der Bank, Sitz der Bank, SWIFT-Code, Name des Bankkontos, Nummer des Bankkontos und die IBAN des Bankkontos). Tender Anweisungen von Gläubigern, die diese weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen nicht angeben, werden dennoch für den Zweck der Annahme der Angebote als rechtswirksam abgegeben anerkannt, jedoch sollten solche Annehmenden Gläubiger zur Kenntnis nehmen, dass sie diese weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen dem Angebotsleger mitteilen müssen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten. Der Angebotsleger wird auf seiner Website (www.kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at) Informationen dazu veröffentlichen, wie diese Angaben nach Vollzug der Angebote aktualisiert oder nachgetragen werden können.

ZUSAMMENFASSUNG DER NULLKUPON-ANLEIHEN

Bedingungen der Nullkupon-Anleihen

Die nachstehende Zusammenfassung enthält die wichtigsten Bedingungen der Nullkupon-Anleihen. Eine vollständige Beschreibung der Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen können „Anhang D: Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen“ entnommen werden.

Emittentin	Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds.
Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber	Republik Österreich.
Festgelegte Währung	EUR.
Gesamtnominalbetrag	Der Gesamtnominalbetrag der Nullkupon-Anleihen ist von der Anzahl der Gläubiger, die das Umtauschangebot annehmen und den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, abhängig. Unter der Annahme, dass alle Gläubiger das Umtauschangebot annehmen und sich für den Erhalt von Nullkupon-Anleihen entscheiden, wird der Gesamtnominalbetrag der Nullkupon-Anleihen am Abwicklungstag EUR 10,48 Mrd. betragen.
Fälligkeitstag	Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen wird am Tag der Fälligkeitsbestimmung festgelegt anhand der unter <i>„KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot – Gegenleistung für das Umtauschangebot“</i> beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung des Nullkupon-Anleihen-Spread und einem Ausgabepreis in Höhe von 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen.
Festgelegte Stückelung	EUR 1 (eins).
Form	Die Nullkupon-Anleihen werden in eingetragener Form sein und durch Zertifikate verbrieft werden, wobei ein Zertifikat in Bezug auf den gesamten Bestand an Nullkupon-Anleihen des maßgeblichen Anleihegläubigers begeben wird. Die Nullkupon-Anleihen werden zunächst durch Globalurkunden die im Namen eines Nominee für einen Wertpapierverwahrer für Euroclear und Clearstream, Luxemburg, eingetragen werden, verbrieft werden. Für weitere Information siehe <i>"Zusammenfassung der Bestimmungen betreffend die Nullkupon-Anleihen wenn in globaler Form"</i> .
Emissionstag	Der Emissionstag ist der Abwicklungstag.

Verzinsung	Nicht anwendbar. Die Nullkupon-Anleihen werden nicht verzinst.
Garantie	<p>Der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber garantiert unbedingt und unwiderruflich die ordnungsgemäße und fristgerechte Zahlung aller vom Angebotsleger im Rahmen der Nullkupon-Anleihen zu zahlenden Beträge gemäß der Nullkupon-Anleihen-Garantie.</p> <p>Am oder um den 6. September 2016 ist der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber gegenüber dem Angebotsleger die unwiderrufliche Verpflichtung eingegangen, die Nullkupon-Anleihen-Garantie am oder vor dem Abwicklungstag abzugeben, einzig bedingt durch die Erfüllung der Transaktionsbedingungen.</p>
Sicherheiten	<p>Als Sicherheit für die Verpflichtungen des Angebotslegers aus den Nullkupon-Anleihen wird dem Sicherheitentreuhänder gemäß eines am oder um den Tag dieser Angebotsunterlage in der unter Anhang G beigefügten Form nach österreichischem Recht abgeschlossenen Verpfändungsvertrags (der „Verpfändungsvertrag“) zwischen dem Angebotsleger, der ABBAG und dem Sicherheitentreuhänder ein erstrangiges Pfandrecht zu seinen Gunsten und zugunsten der Anleihegläubiger an (i) allen Eingereichten Schuldtiteln, die der Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots gegen Nullkupon-Anleihen erhalten hat, (ii) dem Wertpapierdepot, auf dem die entsprechenden Eingereichten Schuldtitel verwahrt werden, (iii) den entsprechenden Verrechnungskonten, (iv) von der Republik Österreich begebenen und vom Angebotsleger unter Verwendung von Mitteln von den unter (iii) genannten Verrechnungskonten erworbenen Anleihen und (v) an Ansprüchen des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung gewährt.</p>
Rang	<p>Die Nullkupon-Anleihen begründen besicherte Verbindlichkeiten des Angebotslegers und sind zu jeder Zeit ohne jegliche Bevorrechtigung <i>pari passu</i> gleichrangig. Die Zahlungsverpflichtungen des Angebotslegers aus den Nullkupon-Anleihen sind – vorbehaltlich von Ausnahmen, die möglicherweise durch geltendes Recht vorgeschrieben werden – zu jeder Zeit mindestens gleichrangig gegenüber allen ihren maßgeblichen anderen gegenwärtigen und künftigen besicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen.</p> <p>Die Verpflichtungen des Nullkupon-Anleihen-Garantiegebers aus der Nullkupon-Anleihen-Garantie</p>

	<p>begründen unmittelbare, unbesicherte, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten des Nullkupon-Anleihen-Garantiegebers, die gegenüber allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten des Nullkupon-Anleihen-Garantiegebers aus jeweils ausstehenden Finanzschulden <i>pari passu</i> gleichrangig sind.</p>
Negativverpflichtung	<p>Die Bedingungen der Nullkupon-Anleihen enthalten eine Negativklärung. Weitere Einzelheiten können Bedingung 6 (<i>Negativverpflichtung</i>) in „Anhang D: Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen“ entnommen werden.</p> <p>Die Nullkupon-Anleihen-Garantie enthält eine Negativklärung. Weitere Einzelheiten können Ziffer 1.9 in „Anhang F. Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen-Garantie“ entnommen werden.</p>
Endgültige Rückzahlung	<p>Sofern sie nicht zuvor zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet wurden, werden die Nullkupon-Anleihen am Fälligkeitstag zu ihrem Nennbetrag zurückgezahlt.</p>
Vorzeitige Rückzahlung	<p>Die Nullkupon-Anleihen werden am zehnten Bankarbeitstag nach dem Eintritt eines dauerhaften Versäumnisses des Rückkäufers, den Rückkauf anzubieten oder durchzuführen, vollständig und nicht bloß teilweise zu ihrem Nennbetrag zurückgezahlt. Weitere Einzelheiten können Bedingung 8(b) (<i>Rückzahlung nach einem Vorzeitigen Rückzahlungsereignis</i>) in „Anhang D: Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen“ entnommen werden.</p>
Bestimmte Auflagen	<p>Die Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen enthalten bestimmte Beschränkungen hinsichtlich der Geschäftstätigkeit des Angebotslegers, solange die Nullkupon-Anleihen ausstehend sind. Weitere Einzelheiten können Bedingung 7 (<i>Beschränkungen</i>) in „Anhang D: Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen“ entnommen werden.</p>
Kündigungsgründe	<p>Die Nullkupon-Anleihen enthalten bestimmte Bestimmungen über Kündigungsgründe, einschließlich einer Bestimmung in Bezug auf die Kündigung und Fälligkeitsstellung von anderen Fremdverbindlichkeiten. Weitere Einzelheiten können Bedingung 11 (<i>Kündigungsgründe</i>) in „Anhang D: Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen“ entnommen werden.</p>

Übertragungsbeschränkungen	Die Nullkupon-Anleihen und die zugehörige Garantie dürfen nicht angeboten, verkauft, verpfändet oder anderweitig übertragen werden, es sei denn dies erfolgt (i) im Rahmen von Transaktionen, die von einer Registrierung gemäß dem <i>Securities Act</i> befreit sind, an eine Person, die ein QIB und zugleich ein QP ist, (ii) im Rahmen einer Offshore-Transaktion gemäß <i>Rule 903</i> oder <i>Rule 904</i> der <i>Regulation S</i> an eine Person, die keine US-Person ist, oder (iii) im Rahmen von Transaktionen, die anderweitig von den Registrierungspflichten des <i>Securities Act</i> befreit sind, jeweils nach Maßgabe der maßgeblichen einzelstaatlichen Wertpapiergesetze der Vereinigten Staaten.
Anwendbares Recht der Nullkupon-Anleihen	englisches Recht.
Anwendbares Recht der Nullkupon-Anleihen-Garantie	deutsches Recht.
Nullkupon-Anleihen Clearingsystem	Euroclear, Clearstream Luxemburg oder ein anderes Clearingsystem („ Alternatives Clearingsystem “).
Börsenzulassung	Die Zulassung zur Notierung und zum Handel der Nullkupon-Anleihen am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse („ Frankfurter Wertpapierbörse “) wird bei der Frankfurter Wertpapierbörse beantragt. In dieser Angebotsunterlage enthaltene Bezugnahmen auf eine „Notierung“ der Nullkupon-Anleihen (und alle ähnlichen Verweise) bedeuten, dass die Nullkupon-Anleihen zum Handel am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen wurden. Der regulierte Markt der Frankfurter Wertpapierbörse ist ein geregelter Markt im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente in der jeweils geltenden Fassung. Unbeschadet des Vorstehenden werden, um maßgeblichen Wertpapiergesetzen der Vereinigten Staaten zu entsprechen, Nullkupon-Anleihen, die an QIBs, die zugleich QPs sind, geliefert wurden, nicht notiert.
Rating	Den Nullkupon-Anleihen wird voraussichtlich bei Begebung ein Rating von „Aa1 (stable)“ durch Moody's Investor Service EMEA Ltd. („ Moody's “) und ein Rating von „AA+(EXP)“ durch Fitch Deutschland GmbH („ Fitch “) verliehen. Derzeit besteht kein Rating für die Kreditwürdigkeit des Angebotslegers. Ein Kreditrating stellt keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren dar und kann von der maßgeblichen

Ratingorganisation jederzeit geändert, aufgehoben oder zurückgenommen werden. Moody's und Fitch sind jeweils Ratingagenturen, die in der Europäischen Gemeinschaft errichtet wurden und gemäß der Richtlinie 1060/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung (die „**Ratingagentur-Verordnung**“) zugelassen sind.

ISIN	REG S:	XS1484645616
	144A:	XS1484645533
Common Code	REG S:	148464561
	144A:	148464553
Anleihetreuhänder	Citicorp Trustee Company Limited.	
Sicherheitentreuhänder	Citibank, N.A., London Branch.	

Rückkaufverpflichtung

Der Angebotsleger räumt gesondert und getrennt von den Bedingungen der Nullkupon-Anleihen jedem wirtschaftlichem Eigentümer, der das Recht hat, über Nullkupon-Anleihen zu verfügen, oder berechtigt ist, zu Verfügungen über Nullkupon-Anleihen anzuweisen, unwiderruflich das Recht ein (das „**Rückverkaufsrecht**“), vom Angebotsleger zu verlangen, dass dieser die Nullkupon-Anleihen während eines Zeitraums von 180 Tagen ab dem 1. Dezember 2016 (der „**Rückkaufzeitraum**“) zurückkauft.

„**Rückkaufpreis**“ ist das Produkt aus (a) dem gesamten Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen, der nach Ausübung des Rückverkaufsrechts zurückgekauft werden soll, und (b) dem folgenden Bruch (der „**Rückkaufpreisbruchteil**“) gerundet auf fünf Dezimalstellen und berechnet am maßgeblichen Feststellungstag:

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

Dabei gilt:

„**Zinstagequotient Actual/Actual**“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgeblichen Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

„**Feststellungstag**“ bezeichnet den Tag, an dem die OeBFA vom Verkäufer eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung und eine idente xls-Datei in Übereinstimmung mit dem Abschnitt „**Rückkaufverpflichtung – Rückverkaufsrecht**“ erhalten hat, wobei gilt, dass, sollte der Erhalt durch die OeBFA nicht auf einen Tag fallen (außer Samstag oder Sonntag), an

dem die Banken in Wien, London und Frankfurt am Main geöffnet haben (ein „**Bankarbeitstag**“), der Feststellungstag auf den folgenden Bankarbeitstag fällt.

„**Euro-Swap-Satz**“ bezeichnet den als Prozentsatz ausgedrückten Jahres-Swap-Satz für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Fälligkeitstag des Längeren Swaps bzw. dem Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps entspricht, der am Feststellungstag um 11.00 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) festgestellt und gegen 11.15 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) auf der Bloomberg-Seite ISDA unter „Fixing Rates – Euribor A“ (oder einer anderen Bildschirmseite von Bloomberg oder eines anderen Informationsdienstes, die die Nachfolgeseite dieser Bloomberg-Seite für die Zwecke der Anzeige des in diesem Absatz beschriebenen maßgeblichen Satzes ist) angezeigt wird. Ist der maßgebliche Satz an dem maßgeblichen Feststellungstag nicht verfügbar, entspricht der maßgebliche Satz dem maßgeblichen Satz an dem unmittelbar dem Feststellungstag vorangegangenen Tag, an dem ein maßgeblicher Satz verfügbar war. Zur Klarstellung: Es erfolgt keine Anpassung des Euro-Swap-Satzes für die Abwicklungsfrist von Rückkäufen.

Der „**Interpolierte Euro-Swap-Satz**“ wird am Feststellungstag durch einfache lineare Interpolation unter Bezugnahme auf zwei Euro-Swap-Sätze, von denen einer der Kürzere Swap-Satz und der andere der Längere Swap-Satz ist, anhand der folgenden Formel bestimmt:

$$I = p \times \text{Kürzerer Swap-Satz} + (1-p) \times \text{Längerer Swap-Satz}$$

Dabei gilt:

I = der Interpolierte Euro-Swap-Satz

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich);

ML = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Längeren Swaps (ausschließlich);

MS = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps (ausschließlich).

„**Längerer Swap-Satz**“ bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum „n“ am nächsten liegt, jedoch länger als dieser ist.

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet den Fälligkeitstag der Nullkupon-Anleihen.

„**Fälligkeitstag des Längeren Swaps**“ bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Längeren Swap-Satz entspricht.

„**Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps**“ bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Kürzeren Swap-Satz entspricht.

„**n**“ steht für den Zeitraum der verbleibenden Laufzeit vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) (berechnet in Jahren anhand des Zinstagequotienten Actual/Actual und auf drei Dezimalstellen gerundet).

„**Kürzerer Swap-Satz**“ bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum „n“ am nächsten liegt, jedoch kürzer als dieser ist.

„**Spread**“ bezeichnet -8,0 Basispunkte.

„**Y**“ steht für die Summe des Spread und des Interpolierten Euro-Swap-Satzes für eine Laufzeit von n Jahren.

„**TARGET-Geschäftstag**“ bezeichnet einen Tag an dem das TARGET System für Zahlungen in Euro geöffnet ist.

„**TARGET System**“ bezeichnet das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System oder einen Nachfolger davon.

Der Rückkaufpreis wird täglich an jedem Handelstag gegen 12.00 Uhr (Ortszeit Frankfurt) auf der Website des Angebotslegers (<http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>) veröffentlicht. Rückkaufanträge werden zu dem gemäß den vorstehenden Bestimmungen festgestellten Preis an dem Tag ihres Eingangs ausgeführt oder, falls dieser Tag kein Bankarbeitstag ist, am darauf folgenden Bankarbeitstag). Rückkaufanträge werden nur angenommen, sofern der Antrag leserlich, vollständig und richtig entsprechend dem vom Angebotsleger veröffentlichten Rückkaufantragsformular ausgefüllt wurde. Die Abwicklung der Rückkäufe erfolgt am achten Bankarbeitstag nach dem Tag, an dem der Rückkaufantrag der OeBFA als Berechnungsstelle des Angebotlegers übermittelt wurde.

Alle gemäß der Rückkaufverpflichtung zurückgekauften Nullkupon-Anleihen werden entwertet.

„Anhang I: Rückkaufverpflichtung“ enthält weitere Informationen zur Rückkaufverpflichtung.

Weder die Offer Agents noch die Agenten der Nullkupon-Anleihen noch der Tender Agent haben bei der Strukturierung der Rückkaufverpflichtung mitgewirkt oder waren daran beteiligt, und weder die Offer Agents noch die Agenten der Nullkupon-Anleihen noch der Tender Agent übernehmen irgendeine Verantwortung in Bezug auf die Rückkaufverpflichtung, einschließlich deren Erfüllung. Alle Fragen bezüglich der Rückkaufverpflichtung sind an den Angebotsleger zu richten.

ZUSAMMENFASSUNG DER NULLKUPON-SCHULDSCHEINDARLEHEN

Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen

Die nachstehende Zusammenfassung enthält die wichtigsten Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen. Eine vollständige Beschreibung der Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen können „Anhang E: Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen“ entnommen werden.

Emittentin (Darlehensnehmerin)	<p>Republik Österreich.</p> <p>Am oder um den 6. September 2016 ist die Republik Österreich gegenüber dem Angebotsleger die unwiderrufliche Verpflichtung eingegangen, sich vor oder am Abwicklungstag Finanzmittel zu den in Annex E beschriebenen Bedingungen der Nullkupon-Anleihen zu leihen, einzig bedingt durch die Erfüllung der Transaktionsbedingungen.</p>
Festgelegte Währung	EUR.
Gesamtnennbetrag	Der Gesamtnennbetrag der Nullkupon-Schuldscheindarlehen ist von der Anzahl der Gläubiger, die das Klasse B-Umtauschangebot annehmen und sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, abhängig. Unter der Annahme, dass alle Gläubiger von Klasse B-Schuldtiteln das Klasse B-Umtauschangebot annehmen und sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, wird der Gesamtnennbetrag der Nullkupon-Schuldscheindarlehen am Abwicklungstag EUR 0,92 Mrd. betragen.
Nennbetrag jedes einzelnen Nullkupon-Schuldscheindarlebens	Der Nennbetrag jedes einzelnen Nullkupon-Schuldscheindarlebens hängt von der Anzahl der vom jeweiligen Gläubiger im Rahmen des Klasse B-Umtauschangebots umgetauschter Schuldtitel und von der Entscheidung des jeweiligen Gläubigers, dafür Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten, ab.
Fälligkeitstag	Die Fälligkeit der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird am Tag der Fälligkeitsbestimmung festgelegt anhand der unter „KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot – Gegenleistung für das Umtauschangebot“ beschriebenen Preisformel unter Zugrundelegung eines Ausgabepreises in Höhe von 45% des Nennbetrags der Nullkupon-Schuldscheindarlehen.
Abtretbarkeit	Ansprüche unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen sind in Gänze oder in Teilbeträgen (jeweils bezogen auf den

	Nennbetrag) in Höhe von EUR 1.000.000 oder ganzzahligen Vielfachen davon abtretbar.
Form	Jedes Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird durch einen Schuldschein als Beweismittel nachgewiesen.
Ausgabetag	Der Ausgabetag liegt auf oder vor dem Abwicklungstag; in jedem Fall erfolgt die Auszahlung vor Abtretung der entsprechenden Nullkupon-Schuldscheindarlehen durch den Angebotsleger an die jeweiligen Annehmenden Gläubiger.
Verzinsung	Nicht anwendbar. Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden nicht verzinst.
Garantie	Keine.
Sicherheiten	Keine.
Rang	Die Verpflichtungen der Republik Österreich aus den Nullkupon-Schuldscheindarlehen begründen unmittelbare, unbesicherte, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Republik Österreich, die gegenüber allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten der Republik Österreich aus jeweils ausstehenden Finanzschulden <i>pari passu</i> gleichrangig sind.
Negativverpflichtung	Die Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen enthalten eine Negativklärung, wonach die Republik Österreich, solange die Nullkupon-Schuldscheindarlehen nicht vollständig zurückgezahlt sind, keine dinglichen Sicherheiten im Hinblick auf Finanzverbindlichkeiten unter Darlehensverträgen oder Anleihen gewähren wird, ohne zuvor oder gleichzeitig die Nullkupon-Schuldscheindarlehen gleichrangig und anteilig zu besichern.
Endgültige Rückzahlung	Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden am Fälligkeitstag zu ihrem Nennbetrag zurückgezahlt.
Vorzeitige Rückzahlung	Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen beinhalten keine Rechte auf vorzeitige Rückzahlung für die Republik Österreich oder den Gläubiger.
Anwendbares Recht der Nullkupon-Schuldscheindarlehen	deutsches Recht.

Börsenzulassung

Eine Zulassung zur Notierung zum Handel der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird nicht beantragt.

Rückkaufverpflichtung

Hinsichtlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen besteht keine Rückkaufverpflichtung.

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN UND AUSLEGUNG

In dieser Angebotsunterlage haben die nachstehenden Begriffe jeweils die folgende Bedeutung:

„ABBAG“	bezeichnet die ABBAG Abbaumanagementgesellschaft des Bundes.
„ABBAG-G“	bezeichnet das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsgesellschaft des Bundes, BGBl. I Nr. 51/2014 in der jeweils geltenden Fassung.
„Abwicklungstag“	bezeichnet den Tag der Veröffentlichung der FinStaG-Ergebnisbekanntmachung, welche am oder um den 12. Oktober 2016 erwartet wird.
„Agenten der Nullkupon-Anleihen“	bezeichnet: <ul style="list-style-type: none"> (i) die Citibank N.A., Zweigniederlassung London, in ihrer Eigenschaft als (a) Emissions- und Zahlstelle, (b) Übertragungsstelle, (c) Authentifizierungsstelle, (d) Berechnungsstelle, (e) Sicherheitentreuhänder und (f) Abwicklungsstelle; (ii) die Citigroup Global Markets Deutschland AG in ihrer Eigenschaft als Registerstelle; und (iii) die Citicorp Trustee Company Limited in ihrer Eigenschaft als Anleihentreuhänder <p>jeweils im Rahmen der Nullkupon-Anleihen.</p>
„Amortisierter Nennbetrag“	bezeichnet für die Festgelegte Stückelung jedes HETA Nullkupon-Schuldtitels den in Anhang A bzw. Anhang B aufgeführten amortisierten Nennbetrag des maßgeblichen HETA Nullkupon-Schuldtitels zum Moratoriumsbeginn ohne Berücksichtigung der von der Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 angeordneten Gläubigerbeteiligung.
„Angebot“	bezeichnet sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot.
„Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen“	bezeichnet die im Abschnitt <i>„Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen“</i> angeführten Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen.
„Angebotsleger“	bezeichnet den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (errichtet in Österreich gemäß § 2 K-AFG als juristische Person mit Rechtspersönlichkeit), Völkermarkter Ring 21–23, A-9020 Klagenfurt am Wörthersee, Österreich, eingetragen im Firmenbuch des Landesgerichts Klagenfurt unter FN 456819v.
„Angepasste Festgelegte Stückelung“	bezeichnet in Bezug auf die einzelnen Schuldtitel (mit Ausnahme von HETA Nullkupon-Schuldtiteln) die Summe aus (a) deren Festgelegter Stückelung und (b) deren aufgelaufener Zinsen sowie in Bezug auf einen HETA Nullkupon-Schuldtitel dessen Amortisierten Nennbetrag. Die Angepasste Festgelegte Stückelung der in diesen Angeboten genannten Schuldtitel beinhaltet und berücksichtigt nicht die von der Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 angeordnete Gläubigerbeteiligung.
„Anleihentreuhänder“	bezeichnet Citicorp Trustee Company Limited.

„Annehmende(r) Gläubiger“	bezeichnet einen Gläubiger, der ein Angebot für die von ihm gehaltenen Schuldtitel gemäß einer gültigen Tender Anweisung annimmt.
„Aufgelaufene Zinsen“	bezeichnet in Bezug auf die maßgebliche Festgelegte Stückelung der einzelnen Schuldtitel (mit Ausnahme von HETA Nullkupon-Schuldtiteln), die vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote gekauft und/oder umgetauscht werden, den Betrag sämtlicher anfallender und nicht gezahlter Zinsen (einschließlich jeglicher Verzugszinsen), die (nach Maßgabe der Bedingungen des betreffenden Schuldtitels) bis zu dem Moratoriumsbeginn (einschließlich) aufgelaufen sind, wie jeweils in Anhang A bzw. Anhang B beschrieben.
„Ausfallsbürgen“	bezeichnet das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger in ihrer Eigenschaft als Ausfallsbürgen aufgrund gesetzlicher Anordnung für die Schuldtitel der Schuldnerin.
„Ausfallsbürgschaft(en)“	bezeichnet die gesetzlichen Ausfallsbürgschaften des Landes Kärnten und der KLH und, nach Abwicklung der KLH, der KLH-Rechtsnachfolger für die Schuldtitel der Schuldnerin gemäß Art. III § 1 Abs. 2 und 3 K-LHG.
„Ausgleichszahlung“	bezeichnet jeweils die Klasse A-Ausgleichszahlung bzw. die Klasse B-Ausgleichszahlung, wie in Anhang A bzw. Anhang B dargelegt.
„Bankarbeitstag“	bezeichnet einen Tag mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen, an dem die Banken in Wien, London und Frankfurt am Main für den Geschäftsverkehr geöffnet sind.
„Barangebot“	bezeichnet das Klasse A-Barangebot und das Klasse B-Barangebot.
„BaSAG“	bezeichnet das österreichische Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken, BGBl. I Nr. 98/2014 in der jeweils geltenden Fassung.
„Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis“ oder „BZK“	<p>bezeichnet:</p> <ul style="list-style-type: none"> (i) im Fall von Gläubigern, die das Barangebot annehmen, die Differenz zwischen (a) der HETA Recovery und (b) dem maßgeblichen Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung (wie in Teil 1 von Anhang A bzw. Anhang B dargelegt) jeweils bezogen auf die Angepasste Festgelegte Stückelung des entsprechenden Eingereichten Schuldtitel. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Kaufpreises und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null; oder (ii) im Fall von Gläubigern, die das Umtauschangebot annehmen, die Differenz zwischen (a) der HETA Recovery und (b) dem maßgeblichen Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung (wie in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B dargelegt) jeweils bezogen auf die Angepasste Festgelegte Stückelung des entsprechenden

Eingereichten Schuldtitel. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Umtauscherts und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null.

„Bedingungen“	bezeichnet (a) in Bezug auf Schuldverschreibungen die Emissionsbedingungen der betreffenden Schuldverschreibungen und (b) in Bezug auf andere Schuldtitel als Schuldverschreibungen die vertraglichen Bedingungen der betreffenden Schuldtitel.
„Beginn der Angebote“	ist der 6. September 2016.
„BRRD“	bezeichnet die Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EC, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates.
„CHF“	bezeichnet den Schweizer Franken.
„Clearing-systeme“	bezeichnet Clearstream Luxemburg, Euroclear, OeKB und SIX SIS AG.
„Clearing-system-Mitteilung“	bezeichnet die Mitteilung „Deadlines and Corporate Events“ oder eine vergleichbare Mitteilung, die von jedem der Clearingsysteme an oder um das Datum dieser Angebotsunterlage an Direkte Teilnehmer übersandt wird, um sie über die Angebote und die für eine Annahme der Angebote einzuhaltenden Verfahren zu informieren.
„Clearstream, Luxemburg“	bezeichnet die Clearstream Banking, société anonyme.
„Direkter Teilnehmer“	bezeichnet jede Person, die in den Unterlagen eines Clearingsystems als Inhaber eines Schuldtitels eingetragen ist (mit Ausnahme eines Clearingsystems in seiner Eigenschaft als Kontoinhaber des anderen Clearingsystems).
„Eingereichter Schuldtitel“	bezeichnet den maßgeblichen Schuldtitel, der von einem Gläubiger im Rahmen eines Angebots gemäß einer gültigen Tender Anweisung eingereicht wird.
„Emissionstag“	bezeichnet den Tag, an dem die Nullkupon-Anleihen begeben und an dem die Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Annehmenden Gläubiger abgetreten werden, d. h. den Abwicklungstag.
„Ende der“	ist 17.00 Uhr MEZ am 7. Oktober 2016.

„Angebotsfrist“	
„Ende der Frist für Tender Anweisungen“	ist der 5. Oktober 2016 und 17.00 Uhr MEZ.
„Endgültige Abwicklungsfrist“	bezeichnet einen vierwöchigen Zeitraum ab dem Liquidationsstichtag (ausschließlich).
„Endgültiger Rückzahlungsbetrag“	bezeichnet den endgültigen Rückzahlungsbetrag, der bei Fälligkeit gemäß den Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen zu zahlen ist, d. h. 100 Prozent der gesamten festgelegten Stückelung der Nullkupon-Anleihen, die der Angebotsleger am Abwicklungstag als Gegenleistung für die im Rahmen des Umtauschangebots in Nullkupon-Anleihen umgetauschten Eingereichten Schuldtitel begeben wird.
„Euro“, „EUR“, „€“	beziehen sich auf die Währung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die die Einheitswährung gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (in seiner jeweils geltenden Fassung) eingeführt haben.
„Euroclear“	bezeichnet die Euroclear Bank SA/NV.
„Festgelegte Stückelung“	bezeichnet in Bezug auf jeden Schuldtitel die in der Spalte <i>„Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)“</i> in Anhang A bzw. Anhang B angeführte festgelegte Stückelung (in der Währung des betreffenden Schuldtitels).
„Financial Promotion Order“	bezeichnet die <i>UK Financial Services and Markets Act 2000 (Financial Promotion) Order 2005</i> in der jeweils geltenden Fassung.
„Finanzierungsrahmen“	bezeichnet die Mittel, die die ABBAG dem Angebotsleger gemäß der Finanzierungsvereinbarung gewährt.
„Finanzierungsvereinbarung“	bezeichnet die auf oder um den 2. September 2016 datierte Vereinbarung zwischen der ABBAG und dem Angebotsleger zur Durchführung einer Maßnahme gemäß § 2 Abs. 2 Z 5 und Z 6 ABBAG-G, die (i) im Fall des Barangebots die Verpflichtung der ABBAG zur Finanzierung des gesamten Kaufpreises abzüglich der gesamten Ausgleichszahlung und (ii) im Fall des Umtauschangebots die Verpflichtung der ABBAG zur Finanzierung (a) eines allfälligen Rückkaufs der Nullkupon-Anleihen durch den Angebotsleger während des Rückkaufzeitraums, (b) der Rückzahlung der Nullkupon-Anleihen zum Zeitpunkt ihrer Endfälligkeit und (c) der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich, welche der Angebotsleger an jeden Annehmenden Gläubiger, der den Erhalt der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wählt, abtreten wird, umfasst.
„FinStaG“	bezeichnet das österreichische Finanzmarktstabilitätsgesetz, das am 26. Oktober 2008 von der Republik Österreich erlassen wurde, BGBl. I Nr. 136/2008 in der jeweils geltenden Fassung.
„FinStaG-Ergebnisbekann“	bezeichnet die Bekanntmachung der Ergebnisse der Angebote, einschließlich der am Abwicklungstag erfolgenden Bekanntmachung gemäß § 2a Abs. 4

„Umtauschmachung“	FinStaG, dass die Transaktionsbedingungen erfüllt wurden.
„FMA“	bezeichnet die Österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde.
„FMA-Bescheid-wechselkurse“	bezeichnet die Wechselkurse vom 27. Februar 2015 für die Umrechnung in EUR, d. h. CHF 1,0636 je EUR 1 und JPY 134,05 je EUR 1.
„Freiwillige Prämie“	bezeichnet die freiwillige Prämie, die in der entsprechenden Spalte in Anhang A bzw. Anhang B angeführt ist.
„Gegenleistung für das Umtauschangebot“	bezeichnet in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitels den Barwert in EUR am Tag der Fälligkeitsbestimmung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel wie in den entsprechenden Spalten „Gegenleistung für das Umtauschangebot/Barwert (EUR)“ in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben, der an den maßgeblichen Annehmenden Gläubiger, der das maßgebliche Umtauschangebot annimmt, zu liefern ist und der die maßgebliche HETA-Kompensationszahlung, die maßgebliche Ausgleichszahlung und die Freiwillige Prämie umfasst.
„Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot“	bezeichnet in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauscht wird, die Gegenleistung für das Umtauschangebot und den maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis, die spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist zu zahlen sind.
„Gesamtkaufpreis für das Barangebot“	bezeichnet in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworben wird, die Summe des maßgeblichen Kaufpreises in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels, der am Abwicklungstag zu zahlen ist, und des maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises, der spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist zu zahlen ist.
„Gesamt-nominale“	bezeichnet im Hinblick auf jeden Schuldtitel das vollständige ausstehende Gesamtnominale eines Schuldtitels (einschließlich des gesamten Amortisierten Nennbetrags des Schuldtitels in Bezug auf HETA Nullkupon-Schuldtitel) zum 1. März 2015, wie in Anhang A bzw. Anhang B jeweils dargelegt, und ohne Berücksichtigung der von der Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 angeordneten Gläubigerbeteiligung.
„Gläubiger“ oder „Inhaber von Schuldtiteln“	<p>Sofern aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes hervorgeht, umfassen Verweise in dieser Angebotsunterlage auf einen „Gläubiger“ oder „Inhaber von Schuldtiteln“:</p> <p>(i) in Bezug auf Schuldverschreibungen: (x) jeden Direkten Teilnehmer, der in den Unterlagen eines Clearingsystems als Inhaber der Schuldtitel ausgewiesen ist, und (y) jeden wirtschaftlich Berechtigten von Schuldtiteln, der diese unmittelbar oder mittelbar auf Konten hält, die auf den Namen eines im Auftrag des wirtschaftlich Berechtigten handelnden Direkten Teilnehmers lauten;</p>

- (ii) in Bezug auf einen Schuldschein jeden Gläubiger von Ansprüchen und Forderungen im Rahmen des betreffenden Schuldscheins gemäß den Bedingungen des betreffenden Schuldscheins;
- (iii) in Bezug auf eine Namensschuldverschreibung jede Person, die Gläubiger der Namensschuldverschreibung gemäß ihren Bedingungen ist, und jeder wirtschaftlich Berechtigte dieser Namensschuldverschreibung; und
- (iv) in Bezug auf einen Pfandbriefbank-Anspruch die Pfandbriefbank bzw. gegebenenfalls den betreffenden Gläubiger eines Pfandbriefbank-Anspruchs.

Für die Zwecke (1) einer Zahlung des maßgeblichen Gesamtaufpreises für das Barangebot an einen Gläubiger und (2) einer Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel an den einreichenden Gläubiger, jeweils für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel gemäß einem Angebot, wird diese Zahlung/Lieferung ausschließlich wie folgt zugunsten des Gläubigers geleistet:

- (i) in Bezug auf Schuldverschreibungen über das maßgebliche Clearingsystem an den maßgeblichen Direkten Teilnehmer; und
- (ii) in Bezug auf alle anderen Schuldtitel als Schuldverschreibungen an die in der maßgeblichen Tender Anweisung genannte Person.

In jedem Fall werden durch die Leistung der Zahlung/die Lieferung durch den Angebotsleger oder in seinem Namen

- (i) an das betreffende Clearingsystem im Fall von Schuldverschreibungen; bzw.
- (ii) auf das in der maßgeblichen Tender Anweisung genannte Verrechnungskonto/Wertpapierdepot im Fall von allen anderen Schuldtiteln als Schuldverschreibungen

die Zahlungs-/Lieferverpflichtungen des Angebotslegers im Hinblick auf den maßgeblichen im Rahmen eines Angebots Eingereichten Schuldtitel erfüllt.

„Haftungsgesetz Kärnten“ bezeichnet das am 1. August 2016 von der Republik Österreich erlassene Haftungsgesetz Kärnten, BGBl. I Nr. 69/2016 in der jeweils geltenden Fassung, veröffentlicht im BGBl. I Nr. 69/2016, das am 3. September 2016 in Kraft getreten ist.

„Haltedauer“ bezeichnet einen Zeitraum von fünfzig (50) Kalendertagen ab dem Emissionstag.

„HETA Recovery“ bezeichnet in Bezug auf die maßgebliche Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der durch den Angebotsleger gemäß der Angebote angekauft und/oder umgetauscht wurde, sämtliche wiedererlangten Beträge (einschließlich aller Beträge in Bezug auf Kapital, Zinsen oder Zahlungsverzug), die der Angebotsleger in Bezug auf die Festgelegte Stückelung dieses Eingereichten Schuldtitels, einschließlich Beträgen aus neuen Schuldtiteln infolge der Anwendung eines Abwicklungsinstruments durch die FMA, aus der Abwicklung der Schuldnerin erhält und die

	(erforderlichenfalls) zu dem am Tag des Erhalts Maßgeblichen Wechselkurs in die maßgebliche Währung des maßgeblichen Schuldtitels umgerechnet werden.
„HETA“	bezeichnet die HETA ASSET RESOLUTION AG.
„HETA-Kompensationszahlung“	bezeichnet jeweils die Klasse A-HETA-Kompensationszahlung bzw. die Klasse B-HETA-Kompensationszahlung, wie in Anhang A bzw. Anhang B dargelegt.
„HETA-Nullkupon-Schuldtitel“	bezeichnet jeden maßgeblichen unter Ziffer 55 in der Tabelle in Anhang A und unter Ziffer 13 in Anhang B aufgeführten Nullkupon-Schuldtitel.
„Intermediär“	bezeichnet jede Bank, jeden Makler, jede Depotbank, jeden Händler, jeden Treuhänder, jeden Nominee, jede Treuhandgesellschaft und jeden Direkten Teilnehmer eines Clearingsystems, die bzw. der Schuldtitel oder Rechte an Schuldtiteln im Namen einer anderen Person hält.
„JPY“	bezeichnet den japanischen Yen.
„Klasse“	bezeichnet die Klasse A bzw. die Klasse B.
„K-AFG“	bezeichnet das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz, das am 5. November 2015 vom Land Kärnten erlassen wurde, LGBI. Nr. 65/2015 in der Fassung vom 14. Juli 2016.
„Kaufpreis“	bezeichnet den Klasse A-Kaufpreis bzw. den Klasse B-Kaufpreis.
„Klasse A“	bezeichnet die in Anhang A angeführte Klasse vorrangiger Schuldtitel.
„Klasse A-Angebot“	bezeichnet das Klasse A-Barangebot und das Klasse A-Umtauschangebot.
„Klasse A-Ausgleichszahlung“	bezeichnet (i) im Fall des Barangebots die Ausgleichszahlung in Barmitteln, die vom Angebotsleger für jeden von ihm im Rahmen des Barangebots erworbenen Klasse A-Schuldtitel zu leisten ist und die (vorbehaltlich einer Rundung) 10,97 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, oder (ii) im Fall des Umtauschangebots die Ausgleichszahlung, die (vorbehaltlich einer Rundung) 10,97 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, jeweils wie in der Spalte „Ausgleichszahlung (Währung des Schuldtitels)“ in Anhang A angegeben.
„Klasse A-Barangebot“	bezeichnet das Angebot des Angebotslegers an die Inhaber der Klasse A-Schuldtitel zum Kauf ihrer Klasse A-Schuldtitel gegen Barzahlung nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage vorgesehen sind.
„Klasse A-HETA-Kompensationszahlung“	bezeichnet (i) im Fall des Barangebots eine Barzahlung, die vom Angebotsleger für jeden von ihm im Rahmen des Barangebots erworbenen Klasse A-Schuldtitel zu leisten ist und die (vorbehaltlich einer Rundung) 63,80 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, oder (ii) im Fall des Umtauschangebots die HETA-Kompensationszahlung, die (vorbehaltlich einer Rundung) 63,80 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht,

	jeweils wie in der Spalte „HETA-Kompensationszahlung (Währung des Schuldtitels)“ in Anhang A angegeben.
„Klasse A-Kaufpreis“	bezeichnet für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Klasse A-Barangebots erworbenen Klasse A-Schuldtitel eine vom Angebotsleger zu leistende Barzahlung, wie in der Spalte „Kaufpreis (Währung des Schuldtitels)“ in Teil 1 von Anhang A angegeben, die (vorbehaltlich einer Rundung) 75 Prozent der maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht und die die Klasse A-HETA-Kompensationszahlung, die Klasse A-Ausgleichszahlung und die Freiwillige Prämie umfasst.
„Klasse A-Umtauschangebot“	bezeichnet das Angebot des Angebotslegers an die Inhaber der Klasse A-Schuldtitel zum Umtausch ihrer Klasse A-Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage vorgesehen sind.
„Klasse A-Umtauschverhältnis“	bezeichnet ein Verhältnis von 1:1, d. h. jeder (erforderlichenfalls zu den FMA-Bescheidwechselkursen umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels wird in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen umgetauscht, und zwar auf den nächsten ganzen Euro gerundet, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet.
„Klasse B“	bezeichnet die in Anhang B angeführte Klasse nachrangiger Schuldtitel.
„Klasse B-Angebot“	bezeichnet das Klasse B-Barangebot und das Klasse B-Umtauschangebot.
„Klasse B-Ausgleichszahlung“	bezeichnet (i) im Fall des Barangebots die Ausgleichszahlung in Barmitteln, die vom Angebotsleger für jeden von ihm im Rahmen der Barangebote erworbenen Klasse B-Schuldtitel zu leisten ist und die (vorbehaltlich einer Rundung) 10,97 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, oder (ii) im Fall des Umtauschangebots die Ausgleichszahlung, die (vorbehaltlich einer Rundung) 10,97 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, jeweils wie in der Spalte „Ausgleichszahlung (Währung des Schuldtitels)“ in Anhang B angegeben.
„Klasse B-Barangebot“	bezeichnet das Angebot des Angebotslegers an die Inhaber der Klasse B-Schuldtitel zum Kauf ihrer Klasse B-Schuldtitel gegen Barzahlung nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage vorgesehen sind.
„Klasse B-HETA-Kompensationszahlung“	bezeichnet (i) im Fall des Barangebots eine Barzahlung, die vom Angebotsleger für jeden von ihm im Rahmen der Barangebote gekauften Klasse B-Schuldtitel zu leisten ist und die 0,00 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, oder (ii) im Fall des Umtauschangebots die HETA-Kompensationszahlung, die 0,00 Prozent der jeweils maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht, jeweils wie in der Spalte „HETA-Kompensationszahlung (Währung des Schuldtitels)“ in Teil 1, 2 und 3 von Anhang B angegeben.
„Klasse B-“	bezeichnet für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots

Kaufpreis“	erworbenen Klasse B-Schuldtitel eine vom Angebotsleger zu leistende Barzahlung, wie in der Spalte „Kaufpreis (Währung des Schuldtitels“ in Teil 1 von Anhang B angegeben, die (vorbehaltlich einer Rundung) 30 Prozent der maßgeblichen Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht und die die Klasse B-HETA-Kompensationszahlung, die Klasse B-Ausgleichszahlung und die Freiwillige Prämie umfasst.
„Klasse B-Umtauschangebot“	bezeichnet das Angebot des Angebotslegers an die Inhaber der Klasse B-Schuldtitel zum Umtausch ihrer Klasse B-Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage vorgesehen sind.
„Klasse B-Umtauschverhältnis“	bezeichnet (i) im Fall eines Umtauschs von Klasse B-Schuldtiteln in Nullkupon-Anleihen ein Verhältnis von 2:1, d. h. jeder (erforderlichenfalls zu den FMA-Bescheidwechselkursen umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels wird in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen umgetauscht, dividiert durch 2 (zwei), gerundet auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet, und (ii) im Fall eines Umtauschs von Klasse B-Schuldtiteln in Nullkupon-Schuldscheindarlehen ein Verhältnis von 1:1, d. h. jeder (erforderlichenfalls zu den FMA-Bescheidwechselkursen umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels wird in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Schuldscheindarlehen umgetauscht, gerundet auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet.
„KLH“	bezeichnet die Kärntner Landes- und Hypothekenbank Holding (Kärntner Landesholding).
„K-LHG“	bezeichnet das Gesetz vom 28. April 2016, LGBl. Nr. 28/2016, mit dem die Kärntner Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Kärntner Landtags geändert, die Auflösung der Kärntner Landesholding geregelt und das Kärntner Landesholding-Gesetz aufgehoben wird sowie das Gesetz über den Fonds „Sondervermögen Kärnten“ und das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung erlassen sowie das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz und das Kärntner Landesrechnungshofgesetz 1996 geändert werden.
„KLH-Rechtsnachfolger“	bezeichnet die Kärntner Beteiligungsverwaltung, eine Anstalt öffentlichen Rechts, und das „Sondervermögen Kärnten“, die Rechtsnachfolger der KLH.
„Lieferbarer Nennbetrag der Neuen Schuldtitel“	bezeichnet in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, den der Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umtauscht, den am Abwicklungstag zu liefernden Gesamtnennbetrag der Nullkupon-Anleihen (welcher der gesamten festgelegten Stückelung entspricht), bzw. den Gesamtnennbetrag der

Nullkupon-Schuldscheindarlehen. Dieser Betrag, der in den entsprechenden Spalten „Lieferbarer Nennbetrag der Neuen Schuldtitle (EUR)“ in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben ist, ergibt sich durch Anwendung des Umtauschverhältnisses auf die Angepasste Festgelegte Stückelung (erforderlichenfalls zu den FMA-Bescheidwechselkursen in EUR umgerechnet) und Rundung auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet.

„Liquidationsstichtag“	bezeichnet den Tag, an dem die Abwicklung der Schuldnerin rechtskräftig beendet wird.
„LMSS-Portal“	bezeichnet das Liability Management Support Services Portal-System des Tender Agent, d. h. der Citibank, N.A., auf das über das einheitliche Zugangsportal zum Geschäftsbereich Agency & Trust der Citibank mit der Bezeichnung Offeror Services Workstation zugegriffen wird, das berechtigten Depotbanken und Gläubigern das Herunterladen von Angebotsmaterial ermöglicht.
„Maßgeblicher Wechselkurs“	<p>bezeichnet in Bezug auf einen Tag und in Bezug auf die Umrechnung einer Währung in Euro den Referenzkurs der Europäischen Zentralbank für das betreffende Währungspaar an diesem Tag, der auf dem Bloomberg-Informationssystem oder einem anderen Informationssystem, auf dem die maßgeblichen Informationen angezeigt werden, angezeigt oder aus diesem abgeleitet wird.</p> <p>Kann der Maßgebliche Wechselkurs nicht nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen festgestellt werden, ist der Maßgebliche Wechselkurs der Wechselkurs, der nach Maßgabe des vorstehenden Satzes für den letzten Tag vor diesem Tag, an dem eine Feststellung des Wechselkurses möglich ist, festgestellt wird. Kann der Maßgebliche Wechselkurs nicht entsprechend unter Bezugnahme auf die maßgebliche Bildschirmseite festgestellt werden, wird der Maßgebliche Wechselkurs von einem unabhängigen Sachverständigen auf Grundlage der von diesem unabhängigen Sachverständigen für angemessen erachteten Quotierungen oder sonstigen Informationen festgestellt; eine entsprechende Feststellung ist endgültig.</p>
„MEZ“	bedeutet Mitteleuropäische Zeit.
„Moratoriumsbeginn“	ist der 1. März 2015.
„Nachrichtendienst“	bezeichnet einen oder mehrere vom Angebotsleger ausgewählte anerkannte Finanznachrichtendienste (z. B. Reuters/Bloomberg).
„Namensschuldverschreibung(en)“	bezeichnet den Schuldtitle in Form von einer außerhalb eines Clearingsystems verwahrten Namensschuldverschreibung, der in Punkt 5 der Tabelle in Anhang B angeführt ist.
„Neue Schuldtitle“	bezeichnet die Nullkupon-Anleihen und die Nullkupon-Schuldscheindarlehen.
„Nullkupon-“	bezeichnet Euroclear, Clearstream, Luxemburg oder ein anderes

Anleihen Clearingsystem“	Clearingsystem.
„Nullkupon-Anleihen“	bezeichnet die besicherten Nullkupon-Anleihen, die vom Angebotsleger ausschließlich im Umtausch gegen eingereichte Klasse A-Schuldtitel oder Klasse B-Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots gemäß dem maßgeblichen Umtauschverhältnis auszugeben sind und deren Bedingungen und Konditionen in Anhang D dieser Angebotsunterlage dargestellt sind.
„Nullkupon-Anleihen-Garantie“	bezeichnet die Garantie, die der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber zugunsten der Gläubiger der Nullkupon-Anleihen begeben hat und deren Konditionen und Bedingungen in Anhang F aufgeführt sind.
„Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber“	bezeichnet die Republik Österreich.
„Nullkupon-Schuldscheindarlehen“	bezeichnet die Forderungen unter langfristigen Nullkupon-Schuldscheindarlehen des Angebotslegers gegen die Republik Österreich, die vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots ausschließlich gegen eingereichte Klasse B-Schuldtitel gemäß dem maßgeblichen Umtauschverhältnis durch Abtretung eingetauscht werden und deren Bedingungen und Konditionen in Anhang E dieser Angebotsunterlage dargestellt sind.
„OeBFA“	bezeichnet die Österreichische Bundesfinanzagentur Ges.m.b.H., Seilerstätte 24, A-1015 Wien, Österreich (FN 35060i),
„OeKB“	bezeichnet die OeKB CSD GmbH (als Betreiber des österreichischen Clearingsystems).
„Offer Agents“	bezeichnet die Citigroup Global Markets Limited und die J.P. Morgan Securities plc.
„Pfandbriefbank“	bezeichnet die Pfandbriefbank (Österreich) AG.
„Pfandbriefbank-Ansprüche“	bezeichnet sämtliche gegenwärtigen und künftigen Ansprüche und Forderungen der Pfandbriefbank oder solche, die an die österreichischen Landes-Hypothekenbanken oder deren Gewährträger übertragen wurden, gegenüber der Schuldnerin im Zusammenhang mit den durch die Pfandbriefbank emittierten Anleihen und Schuldscheinen (XS0215066720, XS0221101792, XS0221472698, XS0226436490, CH0020769045, XS0241945079, CH0022975624, XS0221826174, CH0016253640, XS0215154005, XS0207820647, XS0143697679, SSD_EUR_3,765%_2005-2017, SSD_JPY_1,525_2005-2017, SSD_EUR_2005-2017), die in den Punkten 148 bis 174 der Tabelle in Anhang A aufgeführt sind.
„RAGB-Null-Rate“	bezeichnet den Zins (ausgedrückt als Prozentsatz) für von der Republik Österreich am Tag der Fälligkeitsbestimmung augegebene Nullkupon-Staatsanleihen mit einem derartigen Fälligkeitstag, dass der Ausgabepreis der Nullkupon-Schuldscheindarlehen unter Zugrundelegung der unter <i>„KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot – Gegenleistung für das</i>

Umtauschangebot“ beschriebenen Preisformel 45% beträgt. Der Zinssatz/die Zinssätze für von der Republik Österreich zu begebene Nullkupon-Staatsanleihen wird/werden am Tag der Fälligkeitsbestimmung um 11.00 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) festgelegt.

„ Registerstelle “	bezeichnet Citigroup Global Markets Deutschland AG.
„ Rückkäufer “	bezeichnet den Angebotsleger.
„ Rückkaufpreis “	bezeichnet den Preis, den der Rückkäufer bei einem Rückkauf von Nullkupon-Anleihen während des Rückkaufzeitraums gemäß den Konditionen und Bedingungen der Rückkaufverpflichtung zu zahlen hat.
„ Rückkaufverpflichtung “	bezeichnet die Verpflichtung des Rückkäufers gemäß der Verpflichtungserklärung des Angebotslegers in Anhang I dieser Angebotsunterlage, Nullkupon-Anleihen während des Rückkaufzeitraums zum Rückkaufpreis zurückzukaufen.
„ Rückkaufzeitraum “	bezeichnet einen Zeitraum von 180 Kalendertagen ab dem 1. Dezember 2016.
„ Rufo-Verpflichtungserklärung “	bezeichnet die Rufo-Verpflichtungserklärung (<i>rights upon future offers</i>) der Republik Österreich und des Landes Kärnten gemäß Anhang H und die entsprechende Verpflichtungserklärung des Angebotslegers gemäß den Konditionen und Bedingungen dieser Angebotsunterlage.
„ Sanktionierte Person “	bezeichnet eine natürliche oder juristische Person (eine „ Person “): <ul style="list-style-type: none"> (a) die eine Person ist oder im Eigentum oder unter der Kontrolle einer Person steht, die auf (i) der aktuellen Fassung der Liste „Specially Designated Nationals and Blocked Persons“ (die zum Datum dieses Dokuments unter http://www.ustreas.gov/offices/enforcement/ofac/sdn/t11sdn.pdf abgerufen werden kann) oder (ii) der aktuellen Fassung der konsolidierten Liste der Personen, Vereinigungen und Einrichtungen, die finanziellen Sanktionen der EU unterliegen („Consolidated list of persons, groups and entities subject to EU financial sanctions“) (die zum Datum dieses Dokuments unter http://eeas.europa.eu/cfsp/sanctions/consol-list/index_en.htm abgerufen werden kann) steht; oder (b) die nicht alleine aufgrund ihrer Aufnahme in eine der folgenden Listen anderweitig Sanktionen unterliegt, die von einer Sanktionsstelle verwaltet oder durchgesetzt werden: <ul style="list-style-type: none"> (i) die jüngste Fassung der Liste „Sectoral Sanctions Identifications“ (die zum Datum dieses Dokuments unter http://www.treasury.gov/resourcecenter/sanctions/SDNList/Pages/ssi_list.aspx abgerufen werden kann) (die „SSI-Liste“); (ii) Anhänge III, IV, V und VI der Verordnung Nr. 833/2014 des Rates in der durch die Verordnung Nr. 960/2014 des Rates geänderten Fassung (die „EU-Anhänge“); oder (iii) eine andere von einer Sanktionsstelle geführte Liste, deren

Wirkung mit derjenigen der SSI-Liste oder der EU-Anhänge vergleichbar ist.

**„Sanktions-
stelle“**

bezeichnet:

- (a) die Regierung der Vereinigten Staaten;
- (b) die Vereinten Nationen;
- (c) die Europäische Union (oder einen ihrer Mitgliedstaaten, darunter die Republik Österreich und das Vereinigte Königreich);
- (d) alle vergleichbaren staatlichen oder regulatorischen Stellen, Institutionen oder Behörden, die Wirtschafts-, Finanz- oder Handelssanktionen verhängen; oder
- (e) die maßgeblichen staatlichen Institutionen und Behörden einer der vorstehenden Stellen, darunter das Amt zur Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (Office of Foreign Assets Control, OFAC) des Finanzministeriums der Vereinigten Staaten, das Außenministerium der Vereinigten Staaten, das Handelsministerium der Vereinigten Staaten, das Finanzministerium des Vereinigten Königreichs und das Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich.

„Schuldnerin“

bezeichnet die HETA.

„Schuldschein“

bezeichnet die Ansprüche und Forderungen von Schuldtiteln in Form von Schuldscheindarlehen, die in den Punkten 63 bis 147 der Tabelle in Anhang A bzw. in den Punkten 16 bis 51 der Tabelle in Anhang B aufgeführt sind.

„Schuldtitel“

bezeichnet die in Anhang A bzw. Anhang B aufgeführten Schuldtitel der einzelnen Serien der Schuldnerin, die Gegenstand der Ausfallsbürgschaften sind. Sofern aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes hervorgeht, umfassen Verweise in dieser Angebotsunterlage auf einen Schuldtitel:

- (i) in Bezug auf Schuldverschreibungen oder Namensschuldverschreibungen die Ansprüche auf Tilgungs- und Zinszahlungen sowie Zahlung von allen sonstigen Beträgen, die dem maßgeblichen Gläubiger der Schuldverschreibungen bzw. Namensschuldverschreibungen geschuldet werden, sowie alle Haftungs- und Sicherheitsansprüche gegen sämtliche haftende Rechtspersonen, einschließlich der Ausfallsbürgen, und alle sonstigen damit verbundenen Rechte und Verpflichtungen, gleich ob kraft Gesetzes oder gemäß den Bedingungen;
- (ii) in Bezug auf Schuldscheine die Ansprüche auf Tilgungs- und Zinszahlungen sowie Zahlung von allen sonstigen Beträgen im Zusammenhang mit dem Gesamtnennbetrag des betreffenden Schuldscheins (oder einem Teil davon), die dem maßgeblichen Gläubiger der betreffenden Ansprüche geschuldet werden, sowie alle Haftungs- und Sicherheitsansprüche gegen sämtliche haftende Rechtspersonen, einschließlich der Ausfallsbürgen, und alle sonstigen damit verbundenen Rechte und Verpflichtungen, gleich ob kraft Gesetzes oder gemäß den Bedingungen; und

	(iii) in Bezug auf Pfandbriefbank-Ansprüche die Ansprüche auf Tilgungs- und Zinszahlungen sowie Zahlung von allen sonstigen Beträgen sowie alle Haftungs- und Sicherungsansprüche gegen sämtliche haftende Rechtspersonen, einschließlich der Ausfallsbürgen, und alle sonstigen Rechte und Verpflichtungen, gleich ob kraft Gesetzes oder gemäß den Bedingungen.
„Schuldverschreibungen“	bezeichnet Schuldtitel in Form von innerhalb eines Clearingsystems verwahrten Inhaberschuldverschreibungen.
„Serie“	bezeichnet jede Serie von Schuldtiteln, die in der Tabelle in Anhang A bzw. Anhang B unter der Spalte „ISIN/ID-Nummer“ aufgeführt ist.
„Sicherheiten-treuhänder“	bezeichnet Citibank, N.A., London Branch.
„SIX SIS AG“	bezeichnet die SIX SIS AG, Olten, Schweiz (als Betreiber des schweizerischen Clearingsystems).
„Tag der Fälligkeitsbestimmung“	bezeichnet den Tag, der zwei Tage vor dem Emissionstag liegt.
„Tender Agent“	bezeichnet die Citibank, N.A., Zweigniederlassung London, in ihrer Eigenschaft als Tender Agent und Umtauschstelle für die Angebote.
„Tender Anweisung“	bezeichnet: <ul style="list-style-type: none"> (a) in Bezug auf Schuldverschreibungen die elektronische Einreichungs- und Sperranweisung in der Form, die in der Clearingsystem-Mitteilung und in Übereinstimmung mit den Anforderungen des betreffenden Clearingsystems für die Übermittlung durch Direkte Teilnehmer an den Tender Agent über das maßgebliche Clearingsystem vorgesehen ist und die für die darin angeführten Schuldverschreibungen die Annahme des Kaufangebots des Angebotslegers zum Gesamtpreis im Barangebot und/oder des Angebots für den Umtausch der darin angeführten Schuldverschreibungen in Neue Schuldtitel gemäß den in dieser Angebotsunterlage vorgesehenen Angebotsbedingungen darstellt; und (b) in Bezug auf andere Schuldtitel als Schuldverschreibungen die Einreichungs- und Sperranweisung in der Form, die im Abschnitt <i>„Verfahren für die Beteiligung an den Angeboten – Tender Anweisungen“</i> und in Anhang C für die Übermittlung durch eingetragene Gläubiger von Schuldscheinen oder Namensschuldverschreibungen oder Pfandbriefbank-Ansprüchen an den Tender Agent per E-Mail (und anschließend im Original (das vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen muss, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisung vom Tender Agent im Rahmen der Angebotsannahme berücksichtigt wird)) beschrieben ist, und die die für die darin angeführten Schuldtitel die Annahme des Kaufangebots des Angebotslegers zum Gesamtpreis im Barangebot und/oder des Angebots für den Umtausch der darin angeführten Schuldtitel zur Gesamtgegenleistung für das

Umtauschangebot gemäß den in dieser Angebotsunterlage vorgesehenen Angebotsbedingungen darstellt.

„Transaktionsbedingungen“	<p>bezeichnet die folgenden Bedingungen, deren Erfüllung Voraussetzung für den Vollzug der Angebote und den Kauf und/oder Umtausch von Eingereichten Schuldtiteln durch den Angebotsleger am Abwicklungstag ist:</p> <ol style="list-style-type: none">1. sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot wurde jeweils von zumindest einem Viertel des kumulierten Gesamtnominales aller vom maßgeblichen Klasse A-Angebot bzw. Klasse B-Angebot jeweils erfassten Schuldtitel angenommen; und2. eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnominales aller vom Klasse A-Angebot und Klasse B-Angebot gemeinsam erfassten Schuldtitel hat die Angebote angenommen.
„Trust Deed“	<p>bezeichnet den am oder um den Abwicklungstag datierten und zwischen dem Angebotsleger, dem Anleihentreuhänder und dem Sicherheitentreuhänder abgeschlossenen <i>trust deed</i>, wonach die Nullkupon-Anleihen begeben werden.</p>
„Umtauschangebot“	<p>bezeichnet das Klasse A-Umtauschangebot und das Klasse B-Umtauschangebot.</p>
„Umtauschverhältnis“	<p>bezeichnet das Klasse A-Umtauschverhältnis und das Klasse B-Umtauschverhältnis.</p>
„Umtauschwert“	<p>bezeichnet die Gegenleistung für das Umtauschangebot jeweils wie in den entsprechenden Spalten „Umtauschwert (Währung des Schuldtitels)“ in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben, wobei Schuldtitel in CHF und JPY zu den FMA-Bescheidwechsellkursen in die Währung des maßgeblichen Schuldtitels umgerechnet wurden.</p>
„Verpfändungsvertrag“	<p>bezeichnet den am oder um den Tag dieser Angebotsunterlage datierten Verpfändungsvertrag zwischen dem Angebotsleger, ABBAG und dem Sicherheitentreuhänder, der unter anderem die Zahlungsverpflichtungen des Angebotslegers unter den Nullkupon-Anleihen besichert und dessen Konditionen und Bedingungen in Anhang G angeführt sind.</p>
„Vorläufige Ergebnisbekanntmachung“	<p>bezeichnet die vorläufige Bekanntmachung der Ergebnisse der Angebote, des voraussichtlichen Abwicklungstags und der Fälligkeit der Neuen Schuldtitel. Zur Klarstellung wird festgehalten, dass diese Bekanntmachung nicht die Bekanntmachung gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG darstellt.</p>
„Widmungsvereinbarung“	<p>bezeichnet die Widmungsvereinbarung zwischen dem Land Kärnten und dem Angebotsleger datiert auf den 2. September 2016.</p>
„Wirtschaftlich Berechtigter Informationen“	<p>bezeichnet in Bezug auf jeden Annehmenden Gläubiger Name, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Name des Kreditinstituts, Ort des Kreditinstituts, SWIFT-Adresse, Name des Kontos, Kontonummer und IBAN-Nummer des Kontos (falls einschlägig) des wirtschaftlich Berechtigten, der einen Schuldtitel im Rahmen der Angebote einreicht.</p>

„ZCB-Euro-Swap-Rate“

bezeichnet den Swap-Satz/die Swap-Sätze für Euro-Swap-Transaktionen (ausgedrückt als Prozentsatz) am Tag der Fälligkeitsbestimmung mit einem derartigen Fälligkeitstag, dass der Ausgabepreis der Nullkupon-Anleihen unter Zugrundelegung der unter „*KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot – Gegenleistung für das Umtauschangebot*“ beschriebenen Preisformel 90% beträgt. Die jährliche(n) Swap-Rate(s) wird/werden für Euro-Swap-Transaktionen um 11.00 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) am Tag der Fälligkeitsbestimmung festgelegt und gegen 11.15 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) am Tag der Fälligkeitsbestimmung auf der Bloomberg-Seite ICAE1 unter „*Fixing Rates – Euribor A*“ (oder auf einer anderen Bildschirmseite von Bloomberg oder von einem anderen Informationsdienst, der als Nachfolger einer solchen Bloomberg-Seite für die in diesem Absatz beschriebene Anzeige entsprechender Sätze fungiert) angezeigt.

„ZCB-Spread“

bezeichnet -8,0 Basispunkte.

GRÜNDE UND RECHTLICHER RAHMEN DER ANGEBOTE

Gründe

Im Dezember 2009 erwarb die Republik Österreich zum Schutz der österreichischen Volkswirtschaft alle Anteile an der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG („HBInt“) nach den Bestimmungen des FinStaG. Am 1. August 2014 wurde die HBInt in eine Abbaueinheit¹ übergeführt und firmiert nunmehr unter HETA ASSET RESOLUTION AG. Am 1. März 2015 verhängte die FMA als zuständige Abwicklungsbehörde unter dem BaSAG ein Moratorium über Forderungen gegen die HETA. Dadurch werden Gläubigeransprüche gegen die HETA später fällig, es sei denn, dass die betreffenden Ansprüche gemäß § 86 Abs. 2 BaSAG/Artikel 44 Abs. 2 BRRD als nicht berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten gelten. Am 10. April 2016 ordnete die Abwicklungsbehörde eine weitere Abwicklungsmaßnahme an und wandte das Instrument der Gläubigerbeteiligung auf alle berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der HETA an. Infolge der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung wurden alle relevanten Kapitalinstrumente (Eigenkapital, Beteiligungskapital, zusätzliches Kapital) sowie alle berücksichtigungsfähigen nachrangigen Verbindlichkeiten der HETA, einschließlich der Zinszahlungsverbindlichkeiten, die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufen waren, auf null herabgeschrieben. Darüber hinaus wurden alle vorrangigen berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der HETA, einschließlich der Zinszahlungsverbindlichkeiten, die bis einschließlich 28. Februar 2015 aufgelaufen waren, auf 46,02 Prozent ihres Nominalbetrags oder ihres ausstehenden Betrags zum 1. März 2015 herabgeschrieben. Die Abwicklungsbehörde machte von ihrem Recht zur Änderung der vertraglichen Bedingungen, die den berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der HETA, die bereits vor dem 1. März 2015 bestanden und zu denen auch die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufenen Zinszahlungsverbindlichkeiten zählen, zugrunde liegen, Gebrauch, indem sie einen neuen Fälligkeitstag – , nämlich, je nachdem welcher Zeitpunkt früher eintritt, (a) mit dem Beschluss, die HETA aufzulösen, oder (b) am 31. Dezember 2023 – für alle berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten anordnete und die Zinssätze für bestimmte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten mit Wirkung vom 1. März 2015 auf null reduzierte. Die Angepasste Festgelegte Stückelung eines jeden Schuldtitels wie im Rahmen der Angebote beinhaltet und berücksichtigt nicht die von der Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 angeordnete Gläubigerbeteiligung, Fälligkeitsverschiebung und Senkung der Zinsen auf null. Das heißt, dass die Schuldtitel mit ihrem Gesamtnominal zuzüglich bis einschließlich 1. März 2015 aufgelaufener Zinsen berücksichtigt werden.

Vor dem Erwerb der HBInt durch die Republik Österreich sind bestimmte Schuldtitel der HETA mit gesetzlichen Ausfallsbürgschaften des Landes Kärnten und der KLH als Ausfallsbürgen begeben/ausgegeben worden. Diese Schuldtitel, die den Gegenstand der Angebote bilden, haben einen Gesamtnennbetrag von ca. EUR 10,8 Mrd. Mit der Inkraftsetzung des K-LHG wurde die KLH am 4. Mai 2016 aufgelöst und gingen die Rechte und Pflichten der KLH auf zwei Rechtsträger über: das „Sondervermögen Kärnten“, ein unter dem K-LHG eingerichteter Fonds öffentlichen Rechts, und die Kärntner Beteiligungsverwaltung. Das Land Kärnten und jeder der KLH-Rechtsnachfolger haben Erklärungen abgegeben, wonach sie die Ansprüche der Gläubiger aus den maßgeblichen Ausfallsbürgschaften wahrscheinlich nicht in voller Höhe befriedigen können, wenn diese fällig und zahlbar werden (siehe „Erklärungen gemäß § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG“).

¹ BGBl. I Nr. 51/2014

Am 21. Januar 2016 gab der Angebotsleger die ersten Angebote nach § 2a FinStaG ab, um die gesetzliche Haftung der Ausfallsbürgen (zu der Zeit das Land Kärnten und die KLH) aus den Ausfallsbürgschaften für die Schuldtitel auf die maßgebliche Ausgleichszahlung zu begrenzen. Dieses Angebot wurde von der erforderlichen Mehrheit der Gläubiger der Schuldnerin jedoch nicht angenommen.

Am 18. Mai 2016 schlossen die Republik Österreich und bestimmte Gläubiger der Schuldnerin, auf die Schuldtitel mit einem Nominalbetrag von EUR 4.938.450.000 entfallen, ein unverbindliches Memorandum of Understanding (das „**Memorandum of Understanding**“) ab. Dazu gehören vorrangige Gläubiger, die insgesamt EUR 4.828.550.000 halten; das entspricht 48,7 Prozent des Gesamtnominales der Klasse A-Schuldtitel. Des Weiteren zählten dazu nachrangige Gläubiger, die insgesamt EUR 109.900.000 halten; das entspricht 12,3 Prozent des Gesamtnominales der Klasse B-Schuldtitel. Laut dem Memorandum of Understanding stellten diese Gläubiger eine ausreichende Mehrheit dar, um die sogenannten Lock-up-Vereinbarungen zu beenden oder abzuändern, die von diesen Gläubigern eingegangen wurden, welche die Annahme der Angebote durch diese Gläubiger verhindern würde. Durch diese Angebotsunterlage werden die nach dem Memorandum of Understanding vereinbarten Bedingungen umgesetzt und der Angebotsleger hat nach Maßgabe des Memorandums of Understanding den Gläubigern, die Partei zum Memorandum of Understanding sind, die Möglichkeit gegeben, die Transaktionsdokumente, einschließlich dieser Angebotsunterlage, welche die Angebote umsetzen, zu überprüfen und zu kommentieren.

Zum Tag dieser Angebotsunterlage hat eine substantielle Anzahl von Gläubigern der Schuldnerin den Angebotsleger und/oder die Republik Österreich darüber informiert, dass sie bereit ist, an den Angeboten teilzunehmen, u.a. durch verbindliche und unverbindliche Zusagen zur Annahme der Angebote. Der Angebotsleger erwartet daher, dass die Angebote mit den gem. § 2a FinStaG gesetzlich erforderlichen Mehrheiten angenommen werden.

Die Angebote werden unterbreitet, um die gesetzliche Haftung der Ausfallsbürgen zu begrenzen und die Ansprüche von HETA Gläubigern aus den Schuldtiteln abzuwickeln, um eine geordnete Abwicklung der Schuldnerin zu ermöglichen, wesentliche Störungen der österreichischen Volkswirtschaft zu vermeiden, das makroökonomische Gleichgewicht zu erhalten und die österreichische Volkswirtschaft zu schützen.

Rechtlicher Rahmen der Angebote

Nach § 2a Abs. 1 FinStaG ist der Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich ermächtigt, bestimmte von einem Rechtsträger ausgegebene Schuldtitel zu erwerben, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten ist und dadurch nach Art. 13 Bundes-Verfassungsgesetz („B-VG“) zur Herstellung oder Sicherstellung des makroökonomischen Gleichgewichts sowie zu nachhaltig geordneten Haushalten beigetragen werden kann. Die Republik Österreich hat beschlossen, von der Ermächtigung, die ihr unter § 2a Abs.1 FinStaG und unter § 2 Abs. 2 Z 5 und Z 6 ABBAG-G, wonach die Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (ABBAG) bestimmte Maßnahmen ergreifen kann, um (i) die Abwicklung einer Abbaugesellschaft bzw. eines Rechtsträgers sicherzustellen oder (ii) öffentliche Interessen zu schützen, jeweils im Sinne von § 1 FinStaG, eingeräumt wird, Gebrauch zu machen. Maßnahmen, die durch die Republik Österreich unter § 2 Abs. 2 Z 5 und Z 6 ABBAG-G vorgenommen werden, müssen erforderlich sein, um eine beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben Österreichs zu beheben, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht sicherzustellen oder die österreichische Volkswirtschaft zu schützen, und sie müssen geeignet sein, wesentlich zur Herstellung nachhaltig geordneter Haushalte im Sinne der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2012 („ÖStP“) beizutragen.

Sofern der Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich beschließt, dass bestimmte Schuldtitel gemäß § 2a FinStaG zu erwerben sind, ist es gemäß § 2a Abs. 2 FinStaG erforderlich, dass ein solcher Erwerb durch öffentliche Bekanntmachung des Angebots eingeleitet wird. Für Schuldtitel, die Verbindlichkeiten gleichen Rangs begründen und für die die identen Rechtspersonen (in Bezug auf die Angebote des Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger) unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen zur Haftung verpflichtet sind, ist jeweils ein Angebot bekanntzumachen.

Der öffentlichen Bekanntmachung müssen nachfolgende Angaben zum Angebot entnommen werden können:

1. die genaue Bezeichnung der vom Angebot erfassten Schuldtitel und der Rang der dadurch jeweils begründeten Verbindlichkeit samt Bezeichnung der vertraglichen Grundlage;
2. die Gegenleistungen für den Erwerb der Schuldtitel und der darauf entfallende Anteil, der als Ausgleichszahlung für den Übergang der durch Gesetz angeordneten Haftungen geleistet wird;
3. der Zeitpunkt der Fälligkeit der Gegenleistung und der darauf entfallenden Ausgleichszahlung;
4. die Erklärung, dass ein im Angebot festgesetzter angemessener Anteil an der Differenz zwischen der Gegenleistung nach Z 2, abzüglich der Ausgleichszahlung, und den Zahlungen aus der Abwicklung des Schuldners vom Erwerber an die Inhaber der Schuldtitel, die das Angebot angenommen haben, binnen vier Wochen nach rechtskräftiger Beendigung der Abwicklung des Rechtsträgers geleistet wird;
5. der Hinweis, dass alle Haftungs- und Sicherungsansprüche, die zwischen dem Inhaber des Schuldtitels und den unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen haftenden Rechtspersonen bestehen, im Erwerbsfall auf den Angebotsleger übergehen;
6. die Frist, die zur Annahme des Angebotes zur Verfügung steht, und die Stelle, der die Annahme innerhalb dieser Frist zugehen muss;
7. Dokumente, die zum Nachweis des Rechts des Inhabers zur Verfügung über die Schuldtitel bereitgestellt werden müssen;
8. allfällige weitere Bedingungen zur Sicherstellung der Gleichbehandlung aller Inhaber der Schuldtitel;
9. eine Erklärung der Rechtspersonen, die für die vom Angebot erfassten Schuldtitel unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen haften, mit dem Angebot und dem darin festgesetzten Ausgleichsbetrag einverstanden zu sein;
10. eine Erklärung der Rechtspersonen, die für die vom Angebot erfassten Schuldtitel unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen haften, dass die im Angebot enthaltene Ausgleichszahlung ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht, und eine Bestätigung des gesetzlich zur Prüfung der Gebarung des Rechtsträgers bestimmten Organs oder eines Wirtschaftsprüfers, dass die Angaben in der Erklärung der Rechtspersonen vollständig sind, und
11. ein ausdrücklicher Hinweis auf die Mehrheiten von Gläubigern, die zur Annahme des Angebots erforderlich sind, sowie die Rechtsfolgen einer solchen Annahme für die angeordneten gesetzlichen Ausfallbürgschaften der betreffenden Rechtsträger in Bezug auf die Schuldtitel.

Gemäß FinStaG muss das Angebot nach öffentlicher Bekanntmachung für eine Dauer von vier bis acht Wochen aufrechterhalten werden. Es ist nicht zulässig, dass Gläubiger die Annahme des Angebots von Bedingungen abhängig machen. Annahmeerklärungen können bis zum Ablauf der gesamten Angebotsfrist zurückgezogen oder geändert werden.

Der Erwerb der Schuldtitle erfordert, dass (i) jedes Angebot jeweils von zumindest einem Viertel des Gesamtnennbetrags der vom Angebot erfassten Schuldtitle angenommen wird, und (ii) dadurch eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnennbetrags der von allen Angeboten umfassten Schuldtitle den Angeboten zustimmt. Inhaber von Schuldtitle, die nicht die Annahme des Angebots erklären, sind dabei als Ablehnung des Angebots zu berücksichtigen. Gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG tritt der Erwerb der Schuldtitle in Kraft, wenn die Annahme durch die vorstehend beschriebenen Mehrheiten auf eine Weise öffentlich angekündigt wird, die der Ankündigung des Angebots vergleichbar ist.

Wird das Angebot angenommen und treten damit die Rechtswirkungen des § 2a FinStaG ein, können die Inhaber von Schuldtitle (einschließlich des Erwerbers der vom Angebot erfassten Schuldtitle) keinen Ausfall mehr geltend machen, der die Ausgleichszahlung übersteigt, die von den unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen haftenden Rechtspersonen für die Schuldtitle geleistet wird.

Der Angebotsleger, die Inhaber der Schuldtitle sowie eine unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen zur Haftung für die Schuldtitle verpflichtete Rechtsperson können ein zuständiges Gericht darum ersuchen, festzustellen, dass

1. die erforderliche Mehrheit der Inhaber das Angebot bzw. die Angebote zum Erwerb der Schuldtitle angenommen haben;
2. den Inhabern, die das Angebot abgelehnt haben, weiterhin gegen den Schuldner ein Anspruch aus dem maßgeblichen Schuldtitle in Höhe des insoweit noch ausstehenden Betrags zusteht und sie einen Anspruch auf die Ausgleichszahlung gegen die aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen gesamtschuldnerisch haftenden Rechtspersonen zur gesamten Hand haben; und
3. die unmittelbar aufgrund landesgesetzlicher Anordnungen haftenden Rechtspersonen in Bezug auf die Schuldtitle, für die das Angebot von der erforderlichen Mehrheit angenommen wurde, insoweit von ihren Verbindlichkeiten befreit sind, für einen die Ausgleichszahlung übersteigenden Ausfall aus den Schuldtitle zu haften, gleichgültig ob die Inhaber das Angebot angenommen oder abgelehnt haben.

Nach dem Haftungsgesetz Kärnten ist der Bundesminister für Finanzen im Namen der Republik Österreich befugt, Haftungen in Form von Garantien bis zu einer Höhe von EUR 11 Mrd. (Kapital zuzüglich Zinsen) für Zahlungsverpflichtungen des Angebotslegers aus den Neuen Schuldtitle zu übernehmen.

Der Angebotsleger

Der Angebotsleger, der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, ist eine juristische Person, welche gemäß dem K-AFG errichtet wurde, einem vom Land Kärnten am 5. November 2015 erlassenen Gesetz (in der geänderten Fassung vom 14. Juli 2016), einzig zum Zweck der Durchführung und des Vollzugs der Angebote (Durchführung einer FinStaG Maßnahme), einschließlich des Erwerbs, der Verwaltung und Verwertung der Schuldtitle und, vorbehaltlich der erfolgreichen Durchführung der Angebote, von Ansprüchen aus den Eingereichten Schuldtitle der Annehmenden Gläubiger sowie zur Zahlungsabwicklung des allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises. Der Angebotsleger ist ferner im Rahmen der Angebote zur Begebung von Anleihen (einschließlich der

Nullkupon-Anleihen), zur Abtretung von Schuldscheindarlehen (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen), zum Umtausch Eingereichter Schuldtitel in Neue Schuldtitel, zum Rückerwerb der Nullkupon-Anleihen und zum Erwerb von durch die Republik Österreich begebene Anleihen und Schuldscheindarlehen (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen) befugt.

Das K-AFG stellt die Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Angebotslegers dar, es bestimmt seine Aufgabe und regelt sowohl seine körperschaftliche Organisation als auch seine Befugnisse als juristische Person. Der Angebotsleger hat keine Gesellschafter. Die Organe des Angebotslegers sind der Vorstand und das Kuratorium. Der Vorstand besteht aus zwei Mitgliedern, führt die Geschäfte des Angebotslegers und vertritt den Angebotsleger im Außenverhältnis. Mitglieder des Vorstands werden vom Kuratorium bestellt. Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern und hat die Aufgabe, die Geschäftsführung des Vorstands zu überwachen. Vier Mitglieder des Kuratoriums werden vom Land Kärnten vorgeschlagen und ein Mitglied des Kuratoriums wird von dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich vorgeschlagen. Ferner unterliegt der Angebotsleger der Aufsicht des Landes Kärnten. Diese Aufsicht erstreckt sich auf die Einhaltung der Rechtsvorschriften sowie auf die Wahrung der Interessen des Landes Kärnten und die aufgabengemäße Verwendung des Vermögens des Angebotslegers. In dieser Hinsicht ist der Aufsichtskommissär des Landes Kärnten zur Teilnahme an allen Sitzungen des Kuratoriums berechtigt und verfügt über bestimmte Einsichts- und Auskunftsrechte.

Sobald der Angebotsleger seine Aufgabe, für die er eingerichtet wurde, vollständig erfüllt hat, wird der Angebotsleger aufgelöst, frühestens jedoch, nachdem der Angebotsleger allen Annehmenden Gläubigern alle allfälligen nach den Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen und im Hinblick auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis fälligen Beträge gezahlt sowie alle Ansprüche vonseiten seiner Gläubiger befriedigt hat, wie insbesondere sämtliche Freistellungsansprüche.

Sonstige Informationen zum Angebotsleger

Der Angebotsleger verfügt über keine wesentlichen Vermögenswerte oder Verpflichtungen und seit seiner Gründung ist der Angebotsleger nicht in größerem Umfang tätig geworden abgesehen von Aktivitäten bezüglich seiner Gründung und solcher hinsichtlich der Angebote. Die Finanz- oder Handelsposition des Angebotslegers hat sich seit seiner Gründung nicht wesentlich geändert; desgleichen sind seit seiner Gründung keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen die Aussichten des Angebotslegers betreffend eingetreten. Die Abschlüsse des Angebotslegers vom 5. November 2015 bis zum 31. Dezember 2015 und für die am 30. Juni geendeten ersten sechs Monate dieses Jahres sind auf seiner Webseite (<http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>) abrufbar; die Abschlüsse werden jedoch nicht durch Bezugnahme Bestandteil dieser Angebotsunterlage.

Der Angebotsleger war seit seiner Gründung an keinem behördlichen, schiedsgerichtlichen oder Rechtsverfahren beteiligt (einschließlich allfälliger anhängiger oder angedrohter Verfahren, soweit der Angebotsleger davon Kenntnis hat), die sich erheblich auf den Angebotsleger und/oder seine finanzielle Position ausgewirkt haben könnten oder sich in der jüngeren Vergangenheit solchermaßen ausgewirkt haben.

Alle wichtigen Verträge des Angebotslegers sind in dieser Angebotsunterlage aufgeführt.

Die Schuldtitel, die Gegenstand der Angebote sind

Bei den Schuldtiteln im Sinne von § 2a FinStaG handelt es sich um Forderungsrechte, die zumindest eine nachrangige Verbindlichkeit aufseiten eines Rechtsträgers im Sinne von § 1 FinStaG begründen und unmittelbar durch eine durch Landesgesetz angeordnete Haftung besichert sind (für weitere Informationen zum FinStaG siehe „– *Rechtlicher Rahmen der*

Angebote“). Die Schuldtitel, die Gegenstand der Angebote sind, stellen Schuldtitel im Sinne von § 2a FinStaG dar.

Finanzierung des Angebotslegers und Kapitalfluss

Finanzierung des Kaufpreises (abzüglich der Ausgleichszahlung): Nach den Bedingungen der Finanzierungsvereinbarung ist die ABBAG verpflichtet, dem Angebotsleger im Rahmen des Barangebots Mittel in der Währung eines jeden Eingereichten Schuldtitels in Höhe von bis zu ca. EUR 6,59 Mrd. zur Zahlung des gesamten Kaufpreises abzüglich der gesamten Ausgleichszahlung zur Verfügung zu stellen.

Die endgültige Höhe des Teils des Finanzierungsrahmens, der auf die Finanzierung des Barangebots entfällt, wird von der Anzahl der im Rahmen des Barangebots eingereichten Schuldtitel abhängen, da der betreffende Teil des Finanzierungsrahmens für jeden Schuldtitel, für den das Barangebot nicht angenommen wurde, anteilig verringert wird.

Als Sicherheit für die Finanzierung des Barangebots und der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen sind die maßgeblichen von dem Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitel und alle Eingereichten Schuldtitel, die gegen Nullkupon-Schuldscheindarlehen umgetauscht wurden, Sicherungsgut eines erstrangigen und ausschließlich zugunsten der ABBAG gewährten Pfandrechts. Nur solche Mittel, die der Angebotsleger im Zusammenhang mit den von ihm erworbenen Eingereichten Schuldtiteln tatsächlich erhält und die im Zusammenhang mit einem Eingereichten Schuldtitel den gesamten Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung übersteigen, dürfen zur Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises an Annehmende Gläubiger genutzt werden; zudem ist die ABBAG die Verpflichtung eingegangen, ihr Pfandrecht insoweit freizugeben wie es zur Finanzierung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erforderlich ist.

Finanzierung des Angebotslegers im Zusammenhang mit den Neuen Schuldtiteln: Die Finanzierungszusage der ABBAG im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung erstreckt sich ferner auf die Bereitstellung von Mitteln bis zu einer Höhe von insgesamt EUR 9,28 Mrd. für die Finanzierung (a) eines allfälligen Rückkaufs der Nullkupon-Anleihen durch den Angebotsleger während des Rückkaufzeitraums, (b) der Rückzahlung der Nullkupon-Anleihen zur Fälligkeit und (c) der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich, die der Angebotsleger an die Annehmenden Gläubiger von Klasse B-Schuldtiteln, die den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen wählen, abtreten wird.

Als Sicherheit für die Finanzierung der Zahlungsverpflichtungen des Angebotslegers unter den Nullkupon-Anleihen wird der ABBAG ein erstrangiges Pfandrecht auf die maßgeblichen Schuldtitel, die im Rahmen des Umtauschangebots in Nullkupon-Anleihen umgetauscht werden, über das Wertpapierdepot, auf welchem die entsprechenden Schuldtitel verwahrt werden, und die entsprechenden Verrechnungskonten (sowie von der Republik Österreich begebene und vom Angebotsleger entsprechend erworbene Anleihen) und über Ansprüche des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung gewährt, das mit einem dem Sicherheitentreuhänder zu seinen Gunsten und zugunsten der Inhaber der Nullkupon-Anleihen gewährten erstrangigen Pfandrecht gleichrangig ist. Gemäß den Bestimmungen des Verpfändungsvertrags ist die ABBAG erst nach der vollständigen Erfüllung aller dem Sicherheitentreuhänder gegenüber besicherten Verbindlichkeiten zur Verwertung ihres Pfandrechts berechtigt. Falls Gläubiger von Nullkupon-Anleihen zum Erhalt eines Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises berechtigt sind, wird das zugunsten der ABBAG und des Sicherheitentreuhänders begründete Pfandrecht zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Gläubiger der Nullkupon-Anleihen von der ABBAG und dem

Sicherheitentreuhänder freigegeben, soweit dies für die Finanzierung dieses Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erforderlich ist.

Darüber hinaus wird das dem Sicherheitentreuhänder gewährte Pfandrecht zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Gläubiger der Nullkupon-Anleihen nach einem Rückkauf der Nullkupon-Anleihen vom Angebotsleger während des Rückkaufzeitraums und nach Rückzahlung der Nullkupon-Anleihen aufgrund Fälligkeit durch den Sicherheitentreuhänder anteilig freigegeben.

Als Sicherheit für die Finanzierung der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen durch den Angebotsleger an die Republik Österreich werden die Eingereichten Schuldtitel, die in Nullkupon-Schuldscheindarlehen umgetauscht werden, Sicherungsgut eines erstrangigen und ausschließlich zugunsten der ABBAG gewährten Pfandrechts. Für den Fall, dass Gläubiger der Nullkupon-Schuldscheindarlehen berechtigt sind, einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten, ist die ABBAG die Verpflichtung eingegangen, ihr Pfandrecht insoweit aufzuheben wie es zur Finanzierung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erforderlich ist.

Die Finanzierungszusagen der ABBAG sind üblichen Bedingungen unterworfen, einschließlich der Erfüllung der Transaktionsbedingungen.

Kündigungsgründe und aufschiebende Bedingungen im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung:

Der Finanzierungsrahmen unterliegt den folgenden Kündigungsrechten sowie Rechten zur vorzeitigen Fälligestellung: unzulässige Mittelverwendung durch den Angebotsleger; Nichtzahlung fälliger und zahlbarer Beträge an die ABBAG; Verstoß des Angebotslegers gegen wesentliche Pflichten nach der Finanzierungsvereinbarung, soweit dies nicht binnen einer Nachfrist von zehn (10) Bankarbeitstagen geheilt wird; Außerkraftsetzung oder Änderung des K-AFG ohne Einwilligung der Republik Österreich; Vorliegen eines Kündigungsgrundes unter den Bedingungen und Konditionen der Neuen Schuldtitel; Eröffnung des Insolvenzverfahrens gegen den Angebotsleger; die Auferlegung von Abwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Schuldnerin durch die FMA als Abwicklungsbehörde, wonach Kauf und/oder Umtausch Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger untersagt wären; bis zur Rechtswirksamkeit der Annahme der Angebote die völlige oder teilweise Außerkraftsetzung von § 2a FinStaG durch den österreichischen Verfassungsgerichtshof, sodass die Rechtsfolgen von § 2a Abs. 5 FinStaG keine Anwendung mehr finden, sowie der Eintritt von Umständen, wonach Kauf und/oder Umtausch Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger rechtlich nicht mehr möglich oder zulässig wäre(n). Die ABBAG verzichtet für den Zeitraum ab Annahme der Angebote durch die gem. § 2a FinStaG erforderlichen Mehrheiten bis zum Vollzug der Angebote gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG auf die Auflösung der Finanzierungsvereinbarung aus wichtigem Grund, es sei denn, der Erwerb und/oder Umtausch der Schuldtitel durch den Angebotsleger wird rechtlich unmöglich oder rechtlich unzulässig.

Auszahlungen aus dem Finanzierungsrahmen unterliegen insbesondere den folgenden aufschiebenden Bedingungen: Es ist kein Kündigungsgrund unter der Kreditrahmenvereinbarung eingetreten, Erfüllung der Transaktionsbedingungen, sowie Leistung der gesamten Ausgleichszahlung in Höhe von EUR 1,2 Mrd. durch das Land Kärnten und Abschluss des Verpfändungsvertrags und Bestellung der darunter geschuldeten Sicherungsrechte. Die Finanzierung der Rückkaufverpflichtung sowie der Endgültige Rückzahlungsbetrag stehen ferner unter dem Vorbehalt einer unbedingten Weisung des Angebotslegers an OeKB, wonach die im Rahmen des Verpfändungsvertrags verpfändeten Eingereichten Schuldtitel anteilig freigegeben und auf die zugunsten der ABBAG verpfändeten Wertpapierkonten überwiesen werden.

Finanzierung der Ausgleichszahlung: Nach den Bedingungen der Widmungsvereinbarung ist das Land Kärnten im eigenen Namen und im Namen der KLH-Rechtsnachfolger unwiderruflich

verpflichtet, dem Angebotsleger Mittel in Höhe von EUR 1,2 Mrd. als gesamte Ausgleichszahlung zur Verfügung zu stellen. Der Angebotsleger hat sich unwiderruflich verpflichtet, den betreffenden Betrag erforderlichenfalls (i) im Rahmen des Barangebots für die Zahlung der maßgeblichen Ausgleichszahlung an die Annehmenden Gläubiger als Teil des Kaufpreises sowie/oder (ii) für die Finanzierung der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen durch den Angebotsleger an die Republik Österreich sowie/oder (iii) für die Finanzierung der Rückkaufverpflichtung sowie/oder (iv) für die Leistung der Ausgleichszahlung an jene Gläubiger, die sich nicht an den Angeboten beteiligen (im Namen des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger), sowie/oder (v) zur Zahlung des Endgültigen Rückzahlungsbetrags zu verwenden (je nach dem, welches dieser Ereignisse früher eintritt). Der Angebotsleger hat sich verpflichtet, unwiderruflich auf alle Ansprüche gegenüber dem Land Kärnten und den KLH-Rechtsnachfolgern aus den maßgeblichen Ausfallsbürgschaften zu verzichten, die sich auf die von ihm im Rahmen der Angebote erworbenen Schuldtitel beziehen. Im Gegenzug hat sich das Land Kärnten verpflichtet, unwiderruflich auf die Rückzahlung der dem Angebotsleger ausgezahlten Mittel zu verzichten. Die Zahlung von EUR 1,2 Mrd. an den Angebotsleger durch das Land Kärnten, im eigenen Namen und im Namen der KLH-Rechtsnachfolger, ist vom Eintritt bestimmter Bedingungen abhängig, einschließlich der Erfüllung der Transaktionsbedingungen.

Die Verpflichtungen der ABBAG und des Landes Kärnten, Mittel in Höhe von insgesamt bis zu ca. EUR 10,48 Mrd. zur Verfügung zu stellen, sind ausreichend, um (i) die Finanzierung des Erwerbs aller Klasse A-Schuldtitel und Klasse B-Schuldtitel im Rahmen des Barangebots zum maßgeblichen Kaufpreis sowie (ii) die Zahlung (a) des Rückkaufpreises, (b) des Endgültigen Rückzahlungsbetrags im Zusammenhang mit den Nullkupon-Anleihen, die gemäß des Umtauschangebots begeben wurden und (c) die Finanzierung der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen durch den Angebotsleger an die Republik Österreich zu sichern.

Vor Abwicklung der Angebote werden die ABBAG und das Land Kärnten veranlassen, dass (i) der Gesamtbetrag des Kaufpreises dem Tender Agent für den Vollzug des Barangebots am Abwicklungstag gemäß der Finanzierungsvereinbarung bzw. der Widmungsvereinbarung ausgezahlt ist und (ii) die Zahlung des maßgeblichen Betrags, der der Republik Österreich vom Angebotsleger unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen eingeräumt wurde, getätigt wird. Der Tender Agent wiederum wird die entsprechenden Zahlungen des Kaufpreises an die Annehmenden Gläubiger (einschließlich der betreffenden Clearingsysteme) in der Währung eines jeden Eingereichten Schuldtitels im Rahmen des Barangebots vornehmen.

Ferner werden die ABBAG und, wenn anwendbar, das Land Kärnten die Auszahlung des gesamten Rückkaufpreises und des Endgültigen Rückzahlungsbetrags an die maßgebliche(n) Zahlstelle(n) im Zusammenhang mit den Nullkupon-Anleihen nach Maßgabe der Finanzierungsvereinbarung und, wenn anwendbar, der Widmungsvereinbarung veranlassen, damit Zahlung im Namen des Angebotslegers (a) für alle Rückkäufe der Nullkupon-Anleihen zum Rückkaufpreis bzw. (b) des Endgültigen Rückzahlungsbetrags geleistet werden kann.

RISIKOFAKTOREN UND ANDERE ÜBERLEGUNGEN

Neben den sonstigen in dieser Angebotsunterlage enthaltenen Informationen sollten Gläubiger die im Folgenden beschriebenen Risikofaktoren und sonstigen Überlegungen sorgfältig abwägen, bevor sie entscheiden, ob sie ein Angebot in Bezug auf die von ihnen gehaltenen Schuldtitel annehmen. Dabei sollten die Gläubiger allerdings bedenken, dass zusätzliche Risiken und Unwägbarkeiten, von denen der Angebotsleger derzeit keine Kenntnis hat bzw. die der Angebotsleger derzeit nicht als wesentlich erachtet, die Angebote ebenfalls beeinflussen könnten. Die Reihenfolge, in der die Risikofaktoren in diesem Abschnitt aufgeführt sind, gibt keinen Aufschluss über die Wahrscheinlichkeit, dass das maßgebliche Risiko eintritt, oder über die Tragweite oder Bedeutung der einzelnen Risiken.

Allgemeines

Es besteht Ungewissheit im Hinblick auf Abwicklungsmaßnahmen der FMA nach BaSAG.

Die FMA war weder in den Prozess der Vorbereitung und der Abgabe der Angebote eingebunden noch hat sie, als Abwicklungsbehörde, weitere Details zum Abwicklungsablauf bezüglich der HETA veröffentlicht (außer in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016).

Das BaSAG, bei dem es sich um das österreichische Umsetzungsgesetz der Bankenabwicklungsrichtlinie BRRD handelt, regelt die Sanierung und Abwicklung u. a. von Kreditinstituten. Es trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt war die HETA bereits kein Kreditinstitut mehr. Gemäß § 162 Abs. 6 BaSAG findet der die Abwicklung u. a. von Kreditinstituten regelnde Teil 4 des BaSAG jedoch auf die HETA Anwendung.

Am 1. März 2015 verhängte die FMA als die nach der – durch das BaSAG umgesetzten – BRRD zuständige österreichische Abwicklungsbehörde ein Moratorium über Forderungen gegen die HETA. Dadurch werden Gläubigeransprüche gegen die HETA nicht vor dem 31. Mai 2016 fällig und zahlbar, es sei denn, dass die betreffenden Ansprüche gemäß § 86 Abs. 2 BaSAG/Artikel 44 Abs. 2 BRRD als nicht berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten gelten.

Am 10. April 2016 ergriff die Abwicklungsbehörde eine weitere Abwicklungsmaßnahme und ordnete die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung auf alle berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der HETA an. Infolge der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung wurden alle relevanten Kapitalinstrumente (Eigenkapital, Beteiligungskapital, zusätzliches Kapital) sowie alle berücksichtigungsfähigen nachrangigen Verbindlichkeiten der HETA, einschließlich der Zinszahlungsverbindlichkeiten, die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufen waren, auf null herabgeschrieben. Darüber hinaus wurden alle vorrangigen berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der HETA, einschließlich der Zinszahlungsverbindlichkeiten, die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufen waren, auf 46,02 Prozent ihres Nominalbetrags oder ihres ausstehenden Betrags zum 1. März 2015 herabgeschrieben. Die Abwicklungsbehörde machte von ihrem Recht zur Änderung der vertraglichen Bedingungen der den berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten der HETA, die bereits vor dem 1. März 2015 bestanden und zu denen auch die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufenen Zinszahlungsverbindlichkeiten zählen, zugrunde liegenden Vereinbarungen Gebrauch, indem sie einen neuen Fälligkeitstag – nämlich, je nachdem welcher Zeitpunkt früher eintritt, (a) mit dem Beschluss, die HETA aufzulösen, oder (b) am 31. Dezember 2023 – anordnete und die Zinssätze auf bestimmte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten auf null mit Wirkung vom 1. März 2015 reduzierte.

Es besteht ein Risiko, dass die FMA weitere Abwicklungsmaßnahmen nach BaSAG (wie beispielsweise eine weitere Gläubigerbeteiligung in Bezug auf die Schuldtitel) zu einem beliebigen

Zeitpunkt, einschließlich vor der Abwicklung der Angebote, anordnen könnte. Es gibt keine Gewähr dafür, dass die nach der Anwendung solcher Abwicklungsmaßnahmen nach BaSAG verbleibenden im Rahmen der Schuldtitel ausstehenden Beträge für die Gläubiger günstiger wären als die Konditionen der Angebote. Sofern weitere Abwicklungsmaßnahmen angewendet werden, könnten Gläubiger, die nicht am Angebot teilnehmen, erhebliche Verluste im Hinblick auf den Kapitalbetrag und die Zinsen der Schuldtitel erleiden.

Ferner gibt es keine Gewähr, dass die FMA vor der erlassenen verlängerten Fälligkeit am 31. Dezember 2023 keine Abwicklungsmaßnahmen nach BaSAG mit Bezug auf die HETA ergreifen wird. Falls die FMA die Verlängerung der Fälligkeit der Schuldtitel bis zum 31. Dezember 2023 noch vor Finanzierung der Angebote aufhebt und die HETA dadurch zahlungsunfähig wird, sind das Land Kärnten und die ABBAG unter Umständen nicht in der Lage, dem Angebotsleger die erforderliche Finanzierung für die Durchführung der Angebote zur Verfügung zu stellen – mit der Folge, dass die Angebote nicht durchgeführt würden.

Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, bzw. alle Gläubiger, falls die Angebote nicht erfolgreich durchgeführt werden, könnten erheblich weniger als die maßgebliche Gegenleistung für ihre Schuldtitel im Rahmen der Angebote erhalten.

Der Kaufpreis und die Gegenleistung für das Umtauschangebot bestehen jeweils aus den folgenden Bestandteilen: der maßgeblichen HETA-Kompensationszahlung, der maßgeblichen Ausgleichszahlung und der Freiwilligen Prämie.

Die HETA-Kompensationszahlung (die für alle Angebote zusammengerechnet einem Gesamtbetrag von ca. EUR 6,39 Mrd. entspricht) wurde durch angemessene Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der HETA gem. § 2a Abs. 2 FinStaG ermittelt mit Unterstützung durch einen unabhängigen Sachverständigen, welcher bestimmte öffentlich verfügbare Angaben, die durch die HETA veröffentlicht wurden, und weitere Angaben im Zusammenhang mit der HETA geprüft hat. Die HETA-Recovery ist möglicherweise erheblich niedriger als (i) der Kaufpreis abzüglich der Ausgleichszahlung oder (ii) die Gegenleistung für das Umtauschangebot abzüglich der Ausgleichszahlung. Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, bzw. alle Gläubiger, falls die Angebote nicht erfolgreich durchgeführt werden, könnten bei der Abwicklung der HETA erheblich weniger als die maßgebliche HETA-Kompensationszahlung erhalten.

Wie in den Erklärungen des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger ausgeführt (siehe nachstehende „*Erklärungen gemäß § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG*“), hat jeder Ausfallsbürge erklärt, dass seine gemeinschaftliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch die gesamte Ausgleichszahlung für jedes Angebot (die für alle Angebote zusammengerechnet einem Gesamtbetrag von EUR 1,2 Mrd. entspricht) berücksichtigt wird. Das Land Kärnten hat dem Angebotsleger als Vorfinanzierung einen dementsprechenden Betrag (i) zur Zahlung der maßgeblichen Ausgleichszahlung als Teil des Kaufpreises an die Annehmenden Gläubiger im Rahmen des Barangebots sowie/oder (ii) für die Finanzierung der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen durch den Angebotsleger an die Republik Österreich sowie/oder (iii) zur Finanzierung der Rückkaufverpflichtung sowie/oder (iv) zur Leistung der Ausgleichszahlung an die nicht an den Angeboten teilnehmenden Gläubiger im Namen des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger sowie/oder (v) für die Zahlung des Endgültigen Rückzahlungsbetrags bereitgestellt (je nach dem, welches dieser Ereignisse früher eintritt). Es gibt keine Garantie dafür, dass, falls die Angebote nicht erfolgreich durchgeführt werden, ein solcher Betrag auch weiterhin Gläubigern zur Verfügung stehen würde, um die Ansprüche aus den Ausfallsbürgschaften zu befriedigen. Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, bzw. alle Gläubiger, falls die Angebote nicht erfolgreich durchgeführt werden, könnten bei Inanspruchnahme ihrer Ausfallsbürgschaften erheblich weniger als die maßgebliche Ausgleichszahlung erhalten.

Daher könnten Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, bzw. alle Gläubiger, falls die Angebote nicht erfolgreich durchgeführt werden, erheblich weniger als die maßgebliche Gegenleistung für ihre Schuldtitel im Rahmen der Angebote erhalten.

Möglicherweise wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger durch die Ausgleichszahlung nicht angemessen berücksichtigt.

Gemäß den Erklärungen nach § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG, die im Abschnitt „*Erklärungen gemäß § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG*“ zusammengefasst sind, berücksichtigt die Ausgleichszahlung für die Schuldtitel angemessen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger. Diese Erklärungen könnten unzutreffend oder unvollständig sein, und der Angebotsleger gibt keine Zusicherung dahingehend ab, dass diese Erklärungen zutreffend und vollständig sind oder, dass das Land Kärnten und/oder die KLH-Rechtsnachfolger nicht einen höheren Betrag für die Erfüllung der Ansprüche der Gläubiger aus den betreffenden Ausfallsbürgschaften zur Verfügung stellen könnten/könnte.

Sollte ein Gericht feststellen, dass das Land Kärnten und/oder die KLH-Rechtsnachfolger seine/ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu gering bewertet hat/haben, weil ihre maßgebliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unzutreffend oder unvollständig ermittelt wurde, hätten die Gläubiger möglicherweise eine Ausgleichszahlung für die Ausfallsbürgschaften erhalten, die nicht dem Maximalbetrag entspricht, den die Ausfallsbürgen hätten aufbringen können. Die Rückgriffsmöglichkeiten der Gläubiger gegen die Ausfallsbürgen, um Schadensersatzforderungen geltend zu machen, können begrenzt sein.

Der Angebotsleger ist ein neu eingerichteter Rechtsträger mit beschränktem Vermögen und keinem eigenen Geschäftsbetrieb und die Angebote, die Erfüllung der Verpflichtungen des Angebotslegers unter den Nullkupon-Anleihen sowie allfällige Rückkäufe von Nullkupon-Anleihen, einschließlich infolge der Rückkaufverpflichtung, werden von Dritten finanziert.

Der Angebotsleger ist eine juristische Person, welche gemäß dem K-AFG mit dem alleinigen Ziel der Durchführung und des Vollzugs der Angebote errichtet wurde, einschließlich des Erwerbs, der Verwaltung und Verwertung der Schuldtitel und, vorbehaltlich der erfolgreichen Durchführung der Angebote, von Ansprüchen aus den Eingereichten Schuldtiteln der Annehmenden Gläubiger sowie zur Abwicklung der Zahlung des allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises. Der Angebotsleger ist ferner zur Begebung von Anleihen (einschließlich der Nullkupon-Anleihen), zur Abtretung von Schuldscheindarlehen (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen), zum Umtausch Eingereichter Schuldtitel gegen Neue Schuldtitel, zum Rückkauf der Nullkupon-Anleihen und zum Erwerb von durch die Republik Österreich begebenen Anleihen und Schuldscheindarlehen (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen) befugt. Der Angebotsleger verfügt über lediglich marginales Vermögen mit Ausnahme der Eingereichten Schuldtitel, welche der Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworben hat, und unterhält keinen Geschäftsbetrieb, durch welchen Erträge erwirtschaftet würden.

Das Land Kärnten und die Republik Österreich haben sich über die ABBAG jeweils bereit erklärt, dem Angebotsleger im Zusammenhang mit den Angeboten und der Rückkaufverpflichtung Mittel bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von ca. EUR 10,48 Mrd. zu gewähren, um die Angebote zu vollziehen, ihre Verpflichtungen aus den Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen zu erfüllen und allfällige Rückkäufe der Nullkupon-Anleihen gemäß der Rückkaufverpflichtung durchzuführen vorausgesetzt, dass u. a. die Transaktionsbedingungen erfüllt werden. Würde diese Finanzierung nicht bereitgestellt, wäre der Angebotsleger nicht zeitgerecht oder gar nicht zum Vollzug der Angebote, zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus den Nullkupon-Anleihen oder zum Rückkauf der Nullkupon-Anleihen gemäß der Rückkaufverpflichtung in der Lage.

Die maßgeblichen von dem Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitel und die Eingereichten Schuldtitel, die gegen Nullkupon-Schuldscheindarlehen umgetauscht wurden, sind Sicherungsgut eines erstrangigen Pfandrechts zugunsten der ABBAG als Sicherheit für die Finanzierung des Barangebots und die Finanzierung der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich. Zudem wird zugunsten der ABBAG ein erstrangiges Pfandrecht an allen Eingereichten Schuldtiteln, die in Nullkupon-Anleihen umgetauscht wurden, an dem Wertpapierdepot, auf welchem die entsprechenden Schuldtitel verwahrt werden, und an den entsprechenden Verrechnungskonten (sowie an von der Republik Österreich begebenen und vom Angebotsleger erworbenen Anleihen) und an Ansprüchen des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung bestellt, welches mit dem erstrangigen Pfandrecht, das dem Sicherheitentreuhänder zu seinen eigenen Gunsten wie auch zu Gunsten der Inhaber der Nullkupon-Anleihen bestellt wurde, gleichrangig ist. Falls Annehmende Gläubiger zum Erhalt eines Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises berechtigt sind, wird (i) das zugunsten der ABBAG als Sicherheit für die Finanzierung des Barangebots begründete Pfandrecht und die Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich durch den Angebotsleger und (ii) das zugunsten der ABBAG und des Sicherheitentreuhänders zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Inhaber der maßgeblichen Nullkupon-Anleihen begründete Pfandrecht freigegeben, sofern dies für die Finanzierung dieses Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erforderlich ist. Weder das Land Kärnten noch die KLH-Rechtsnachfolger, die ABBAG oder die Republik Österreich haben Garantien für Verpflichtungen des Angebotslegers aus den Angeboten übernommen (mit Ausnahme der Nullkupon-Anleihen-Garantie für die Nullkupon-Anleihen des Nullkupon-Anleihen-Garantiegebers).

Die Durchsetzung von Zahlungsansprüchen gegenüber dem Land Kärnten und den KLH-Rechtsnachfolgern im Rahmen der maßgeblichen Ausfallsbürgschaften ist mit Rechtsunsicherheit behaftet und könnte zu zusätzlichen Kosten führen.

Sofern die Angebote nicht vollzogen werden, ist davon auszugehen, dass das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger die Zahlungen aus den Ausfallsbürgschaften bei Fälligkeit nicht leisten können.

In Österreich existieren keine gesetzlichen Vorschriften über die Durchführung von Insolvenzverfahren, die ein österreichisches Bundesland zum Gegenstand haben. Ebenso gibt es in Österreich keine Präzedenzfälle zur Schuldenrestrukturierung von Bundesländern oder sonstigen teilstaatlichen Gebilden. Insofern besteht erhebliche Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Art und Weise, wie das Land Kärnten Zahlungen an die Gläubiger in einer Situation vornehmen kann, in der der Gesamtbetrag der Zahlungsverpflichtungen des Landes Kärnten zu seiner Insolvenz führen würde. Ohne ein formelles Insolvenzverfahren wäre die Durchsetzung von Ansprüchen gegen das Land Kärnten aller Voraussicht nach kostspielig und langwierig und der Ausgang eines solchen Verfahrens ungewiss. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Beschränkungen, denen die Vollstreckung von Ansprüchen nach österreichischem Recht unterliegt, wenn notwendige öffentliche Aufgaben von einem österreichischen Bundesland wahrzunehmen sind. Weiters könnten Gerichte die Ausfallsbürgschaften für unwirksam erklären, beispielsweise aufgrund einer Verletzung von europäischen Beihilferegulungen. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass dem Land Kärnten die Rechtsgrundlage zur Begründung der Ausfallsbürgschaften fehlte, weil argumentiert werden könnte, dass die österreichische Verfassung es erfordert, dass zivilrechtliche Sachverhalte in die Gesetzgebungskompetenz der Republik Österreich und nicht der Länder fallen. Sofern die Angebote nicht vollzogen werden, besteht keine Gewähr, dass die Ansprüche von Gläubigern in Bezug auf die Ausfallsbürgschaften ganz oder teilweise befriedigt werden.

Falls die Angebote erfolgreich sind, müssten zudem Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen oder deren Tender Anweisungen unwirksam sind oder die ihre Tender Anweisungen wirksam widerrufen, ihre Zahlungsansprüche gegenüber dem Land Kärnten und den KLH-Rechtsnachfolgern aus den maßgeblichen Ausfallsbürgschaften (beschränkt auf die maßgebliche Ausgleichszahlung) möglicherweise vollstrecken, was zu zusätzlichen Kosten für Gläubiger und Zahlungsverzögerungen führen könnte und Gläubiger auf andere Weise daran hindern könnte, Zahlungen aus den Ausfallsbürgschaften zu erhalten. Dies könnte dazu führen, dass Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, aus den maßgeblichen Ausfallsbürgschaften weniger erhalten, als sie erhalten hätten, wenn sie die Angebote angenommen hätten.

Mit den Angeboten verbundene Risiken

Gläubigern wird nahegelegt, jedes Angebot sorgfältig unter Einbeziehung ihrer eigenen persönlichen Umstände zu prüfen.

Jeder Gläubiger muss prüfen, ob die Angebote angesichts seiner eigenen persönlichen Umstände für ihn geeignet sind. Insbesondere sollte jeder Gläubiger:

- (i) über ausreichend Sachkenntnis und Erfahrung verfügen, um eine aussagekräftige Bewertung der Angebote sowie der Neuen Schuldtitel, die mit einer Investition in die Neuen Schuldtitel verbundenen Chancen und Risiken und die in dieser Angebotsunterlage enthaltenen oder darin durch Verweis einbezogenen Informationen vornehmen zu können;
- (ii) über Zugang zu angemessenen Analyseverfahren und diesbezügliche Kenntnissen verfügen, um eine Anlage in die Neuen Schuldtitel vor dem Hintergrund seiner persönlichen finanziellen Situation und die Auswirkungen dieser Anlage auf sein Gesamtanlageportfolio bewerten zu können;
- (iii) über ausreichende finanzielle Mittel und Liquidität verfügen, um sämtliche Risiken einer Anlage in die Neuen Schuldtitel tragen zu können;
- (iv) sich über die Konditionen der Angebote vollständig im Klaren sein; und
- (v) (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters) in der Lage sein, verschiedene Szenarien der Konjunktur- oder Zinsentwicklung sowie sonstige Faktoren zu beurteilen, die sich auf seine Anlage und seine Fähigkeit, die maßgeblichen Risiken zu tragen, auswirken können.

Insbesondere sollten Gläubiger beachten, dass hinsichtlich des Klasse A-Angebots die Annahme des Klasse A-Barangebots einen sofortigen Mittelzufluss an die das Klasse A-Barangebot Annehmenden Gläubiger in Höhe von (vorbehaltlich von Rundungen) 75% der Angepassten Festgelegten Stückelung der maßgeblichen Klasse A-Schuldtitel zur Folge hat. Das Klasse A-Umtauschangebot führt zur Ausgabe von Nullkupon-Anleihen mit dem wirtschaftlichen Wert in Höhe von (vorbehaltlich von Rundungen) 90% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen Klasse A-Schuldtitel zum Tag der Fälligkeitsbestimmung. Zudem können Gläubiger nach den Bestimmungen der Rückkaufverpflichtung ihre Nullkupon-Anleihen während eines Zeitraums von 180 Tagen beginnend ab dem 1. Dezember 2016 zu einem nach den Bestimmungen der Rückkaufverpflichtung festzulegenden Preis veräußern, wodurch es Gläubigern ermöglicht wird, im Vergleich zum Barangebot höhere Erlöse für die Nullkupon-Anleihen zu vereinnahmen und entsprechende Mittelzuflüsse kurz nach deren Begebung zu realisieren (vgl. dazu den Abschnitt „Rückkaufverpflichtung“).

Hinsichtlich der Klasse B-Angebote führt die Annahme des Klasse B-Barangebots zu einem sofortigen Mittelzufluss an die das Klasse B-Barangebot Annehmenden Gläubiger in Höhe von (vorbehaltlich von Rundungen) 30% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen

Klasse B-Schuldtitel. Das Klasse B-Umtauschangebot führt zur Ausgabe von Nullkupon-Anleihen mit dem wirtschaftlichen Wert in Höhe von (vorbehaltlich von Rundungen) 45% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen Klasse B-Schuldtitel zum Tag der Fälligkeitsbestimmung. Es wird bezüglich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen keine Verpflichtung zum Rückkauf seitens der Republik Österreich oder seitens des Angebotslegers geben.

Annehmende Gläubiger sollten bedenken, dass auf die Neuen Schuldtitel keine Zinsen entfallen, sondern diese zu einem Disagio bei Unterpariemission begeben werden und dass daher, es sei denn, der Gläubiger eines Neuen Schuldtitels veräußert diesen (worunter auch eine Veräußerung der Nullkupon-Anleihen an den Angebotsleger im Rahmen der Rückkaufverpflichtung fällt), der Gläubiger bis zum maßgeblichen Fälligkeitstag des Neuen Schuldtitels keine Rendite vereinnahmen kann.

Gläubiger sollten nur dann in Nullkupon-Anleihen investieren, wenn sie (selbst oder mit Hilfe eines Finanzberaters) über die erforderliche Sachkenntnis verfügen, um einschätzen zu können, wie die Performance der Nullkupon-Anleihen unter wechselnden Bedingungen sein wird, welche Folgen dies für den Wert der Nullkupon-Anleihen haben wird und wie sich eine solche Anlage auf ihr Gesamtanlageportfolio auswirken wird.

Annehmende Gläubiger haben umfassende Verzichtserklärungen für vergangene, gegenwärtige und künftige Ansprüche gegen den Angebotsleger, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Schuldnerin, die ABBAG und die Republik Österreich sowie weitere Erklärungen abzugeben und auf weitere Rechte zu verzichten.

Mit der Annahme der Angebote sind die Annehmenden Gläubiger verpflichtet, umfassende Verzichtserklärungen für vergangene, gegenwärtige und künftige Ansprüche gegen den Angebotsleger, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Schuldnerin, die ABBAG und die Republik Österreich abzugeben mit Ausnahme von Ansprüchen, die auf vorsätzliches Fehlverhalten zurückzuführen sind. Diese Verzichtserklärungen erstrecken sich u.a. auf die bedingungslose und unwiderrufliche Aufgabe aller Rechte und Ansprüche mit Ausnahme von Ansprüchen, die auf vorsätzliches Fehlverhalten zurückzuführen sind, hinsichtlich aller vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen Schuldtitel, den Verzicht auf alle Rechte oder Ansprüche, die den Annehmenden Gläubigern gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der ABBAG und der Republik Österreich in Bezug auf diese von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel möglicherweise zustehen, den Verzicht auf alle gegenwärtigen oder künftigen Ansprüche (einschließlich aller Ansprüche auf Zahlung von Zinsen sowie auf Kostenerstattung), die ein Annehmender Gläubiger gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin und dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der ABBAG und der Republik Österreich geltend machen kann und die sich aus den von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln ergeben, sich auf diese beziehen oder in irgendeiner Weise mit diesen in Verbindung stehen, unabhängig davon, wie sie entstanden sind. Ansprüche, die sich aus den Neuen Schuldtiteln, der Nullkupon-Anleihen-Garantie, der Rückkaufverpflichtung und dem Verpfändungsvertrag ergeben, bleiben von diesen Verzichtserklärungen unberührt.

Des Weiteren müssen Annehmende Gläubiger sich verpflichten, nach dem Erwerb und/oder Umtausch der Eingereichten Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag keinerlei Verfahren in Verbindung mit den von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der ABBAG und der Republik Österreich bzw. deren ehemaligen oder gegenwärtigen leitenden Angestellten, Organmitgliedern, Mitarbeitern oder

Beauftragten einzuleiten, sowie nach dem Erwerb und/oder Umtausch der Eingereichten Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag alle laufenden Verfahren auszusetzen, an denen der Angebotsleger, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die ABBAG oder die Republik Österreich beteiligt sind und die sich aus den von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln ergeben oder mit diesen im Zusammenhang stehen. Durch Annahme der Angebote müssen die Annehmenden Gläubiger somit weitreichende Verzichtserklärungen und sonstige Erklärungen abgeben, wodurch den Gläubigern möglicherweise wirksame Rechtsansprüche gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der ABBAG und der Republik Österreich entzogen werden.

Der Angebotsleger könnte sein Recht auf den Erhalt von Zahlungen aus den Schuldtiteln durchsetzen müssen, was Auswirkungen auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis haben könnte.

Der Angebotsleger muss möglicherweise sein Recht auf den Erhalt von Zahlungen aus den Eingereichten Schuldtiteln durchsetzen. Das kann zu zusätzlichen Kosten für den Angebotsleger führen und soweit der Angebotsleger bei der Durchsetzung seiner Rechte nicht erfolgreich ist, können sich daraus auch Auswirkungen auf einen allfälligen zahlbaren Betrag des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises ergeben.

Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis hängt von der Abwicklung der HETA ab, sein Wert ist ungewiss und könnte null betragen.

Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis begründet ein Recht des Annehmenden Gläubigers zum Erhalt der Differenz aus der HETA-Recovery und (i) im Fall von im Rahmen des Barangebots erworbener Eingereichter Schuldtitel dem Kaufpreis abzüglich der Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel (wie in Teil 1 von Anhang A und Teil 2 und 3 von Anhang B jeweils ausgeführt) oder (ii) im Fall im Rahmen des Umtauschangebots eingetauschter Eingereichter Schuldtitel des maßgeblichen Tauschwerts abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel (wie in Teil 2 von Anhang A und Anhang B jeweils ausgeführt). Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein in Höhe Höchstbetrag der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) im Fall von im Rahmen des Barangebots erworbener Eingereichter Schuldtitel des maßgeblichen Kaufpreises oder (y) im Fall im Rahmen des Umtauschangebots eingetauschter Eingereichter Schuldtitel des maßgeblichen Umtauschswerts und (z) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null.

Gemäß § 2a Abs. 2 Z 4 FinStaG hängt der Betrag der Zahlung des allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises unter anderem von der Abwicklung der HETA ab. Zum Zeitpunkt der Abgabe der Angebote hat die Abwicklungsbehörde noch keine Angaben zum Abwicklungsablauf gemacht (außer in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016). Der Angebotsleger hat keinen Einfluss auf die Entscheidung, ob und wann die HETA abgewickelt wird. Das führt zu Ungewissheit hinsichtlich des Zeitpunkts und der Höhe der Auszahlung eines Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises. Aller Voraussicht nach werden diese Informationen erst mit Eintritt des Liquidationsstichtags vorliegen.

Erhält der Angebotsleger Zahlungen auf einen Eingereichten Schuldtitel, welche gleich hoch oder niedriger als (i) im Fall von im Rahmen des Barangebots erworbener Eingereichter Schuldtitel der

maßgebliche Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen vom Angebotsleger gezahlten Ausgleichszahlung oder (ii) im Fall im Rahmen des Umtauschangebots eingetauschter Eingereichter Schuldtitel der maßgebliche Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung, jeweils in Bezug auf allfällige Eingereichte Schuldtitel im Rahmen der Angebote, sind oder diesem entsprechen, erhalten die maßgeblichen Annehmenden Gläubiger keinen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis. Dies könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass von dem Angebotsleger aus der Abwicklung der HETA in Bezug auf diesen Eingereichten Schuldtitel erhaltene Beträge unter (i) im Fall von im Rahmen des Barangebots erworbener Eingereichter Schuldtitel dem maßgeblichen Kaufpreis abzüglich der von dem Angebotsleger gezahlten maßgeblichen Ausgleichszahlung oder (ii) im Fall im Rahmen des Umtauschangebots eingetauschter Eingereichter Schuldtitel dem maßgeblichen Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung für diesen Eingereichten Schuldtitel liegen.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Schuldtitel bereits infolge der von der Abwicklungsbehörde angeordneten Gläubigerbeteiligung auf einen niedrigeren Wert als (i) den maßgeblichen Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung oder (ii) den maßgeblichen Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung herabgeschrieben wurde.

Ob der Angebotsleger in der Lage sein wird, Zahlungen aus den Schuldtiteln in Verbindung mit der Abwicklung und Liquidation der HETA zu erhalten, unterliegt einer Vielzahl unbekannter und bekannter Risiken und Unwägbarkeiten, wie unter anderem:

- Ungewissheit im Hinblick auf die weiteren Abwicklungsmaßnahmen nach BaSAG, die die FMA als die Abwicklungsbehörde nach dem BaSAG ergreift, sowie deren Zeitpunkt;
- Auftritt unerwarteter Hindernisse oder Verzögerungen bei der Abwicklung und Liquidation der HETA sowie Unsicherheiten hinsichtlich des Zeitpunkts der Abwicklung und Liquidation der HETA;
- die Höhe der Erlöse, die die HETA bei der Veräußerung von Vermögenswerten erzielt;
- die Kosten und Auslagen für die Abwicklung und Liquidation der HETA;
- der Ausgang von Rechtsstreitigkeiten, an denen die HETA beteiligt ist;
- Eventualverbindlichkeiten der HETA treten ein oder Geschäftspartner der HETA erfüllen ihre Verpflichtungen nicht;
- die Abhängigkeit der Höhe und des Zeitpunktes der Befriedigung der Gläubiger der HETA von weiteren Entscheidungen der FMA als Abwicklungsbehörde;
- der geschätzte Liquiditätsaufbau, der sich aus der indikativen Mittelfristplanung der HETA ergibt, steht unter Umständen nicht oder nicht vollständig zur Befriedigung der Gläubiger der HETA zur Verfügung, weil Zeitpunkt und Höhe der von einem Gläubiger allfällig begetriebenen Beträge ausschließlich von den Abwicklungsmaßnahmen, die von der Abwicklungsbehörde ergriffen wurden oder künftig ergriffen werden, abhängen; oder
- zum Zeitpunkt der Abgabe der Angebote hat die Abwicklungsbehörde noch keine weiteren Angaben zum Abwicklungsablauf gemacht (außer in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016).

Der Eintritt dieser Risiken bzw. Unwägbarkeiten könnte erhebliche negative Auswirkungen auf den Zeitpunkt und die Höhe allfälliger Zahlungen, die der Angebotsleger bei der Abwicklung und Liquidation der HETA aus den Eingereichten Schuldtiteln erhält, und damit auf den Wert des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises haben.

In einem ungünstigen Zinsumfeld könnten Beträge, die der Angebotsleger unter den Eingereichten Schuldtiteln bei Abwicklung und Auflösung der HETA erhalten könnte, Abzügen unterliegen, bevor diese an die Annehmenden Gläubiger, die einen Anspruch auf Erhalt des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises haben, ausgezahlt werden, wenn der Angebotsleger aus irgendeinem Grund nicht in der Lage sein sollte, solche Beträge in von der Republik Österreich begebene Anleihen unter Einhaltung der Bestimmungen des Verpfändungsvertrags zu reinvestieren.

Sofern die HETA-Recovery gleich hoch oder niedriger als (i) im Fall von im Rahmen des Barangebots erworbener Eingereichter Schuldtitel der maßgebliche Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung oder (ii) im Fall im Rahmen des Umtauschangebots eingetauschter Eingereichter Schuldtitel der maßgebliche Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung ist oder diesem entspricht, beläuft sich der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis auf null. Mittel, die der Angebotsleger aus den Eingereichten Schuldtiteln erhält, sind zudem nicht nur zur Zahlung eines allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises vorgesehen und stehen daher zur Befriedigung anderer Ansprüche gegen den Angebotsleger sowie Ausgaben des Angebotslegers zur Verfügung.

Der Zeitpunkt der Zahlung des allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises ist ungewiss und nicht vor 2023 zu erwarten.

Die Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erfolgt nur nach vollständiger Abwicklung der HETA, die nicht vor 2023 erwartet wird.

Daher kann nicht garantiert werden, dass Annehmende Gläubiger den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis – wenn überhaupt – vor 2023 erhalten. Infolgedessen könnte die Höhe des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises geringer ausfallen als ein Gläubiger erwartet und null betragen.

Falls die Angebote erfolgreich sind, beschränken sich die Ansprüche von Gläubigern, die die Angebote nicht annehmen, gegen das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger aus den maßgeblichen Ausfallsbürgschaften auf die maßgebliche Ausgleichszahlung und die Zahlung der maßgeblichen Ausgleichszahlung durch den Angebotsleger unterliegt bestimmten Voraussetzungen.

Falls die Angebote erfolgreich sind, werden Gläubiger, die die Angebote nicht angenommen haben, neben allfälligen Beträgen aus der Abwicklung der HETA in ihrem Recht, von dem Land Kärnten bzw. den KLH-Rechtsnachfolgern, Befriedigung aus den gesetzlich angeordneten Ausfallsbürgschaften zu erlangen, auf einen Betrag beschränkt, welcher der maßgeblichen Ausgleichszahlung im Rahmen der Ausfallsbürgschaft entspricht, und zwar unabhängig davon, ob der Ausfall im Hinblick auf ihre Ansprüche aus den Schuldtiteln nach Einnahme der Erlöse aus der Abwicklung der HETA die maßgebliche Ausgleichszahlung übersteigt.

Zudem könnte der Angebotsleger von Gläubigern, die die Angebote nicht annehmen, verlangen, dass diese entweder (i) ein Urteil gegen das Land Kärnten und/oder die KLH-Rechtsnachfolger erwirken oder (ii) umfassende für den Angebotsleger hinreichende Verzichtserklärungen abgeben, um eine Auszahlung der Ausgleichszahlung vom Angebotsleger zu erhalten.

Der Anspruch der Annehmenden Gläubiger auf die Neuen Schuldtitel und den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis hängt davon ab, ob der Angebotsleger gültige und vollständige Kontoinformationen erhält.

Das Recht der Annehmenden Gläubiger, den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten, ist davon abhängig, ob der Angebotsleger gültige und vollständige Kontoangaben und andere relevante Informationen, die den Annehmenden Gläubiger identifizieren, erhalten hat und ob Gläubiger den Angebotsleger über allfällige Änderungen dieser Informationen informieren.

Das Recht der Annehmenden Gläubiger, die Schuldtitel einreichen, die Neuen Schuldtitel zu erhalten, ist davon abhängig, ob der Angebotsleger und der Tender Agent gültige und vollständige Informationen zum Wertpapierdepot und Übertragungsanweisungen erhalten, um die Übertragung der Neuen Schuldtitel zu ermöglichen.

Annehmende Gläubiger sind in Bezug auf den Angebotsleger einem Kreditrisiko ausgesetzt. Es besteht die Möglichkeit, dass der Angebotsleger nicht in der Lage ist, einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu zahlen oder seine Verpflichtungen aus den Nullkupon-Anleihen zu erfüllen, auch wenn er von der HETA möglicherweise Zahlungen in einer Höhe erhält, durch die die Zahlung eines Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises ausgelöst wird.

Mittel, die der Angebotsleger in Bezug auf die Eingereichten Schuldtitel erhält, werden von der Schuldnerin auf Konten eingezahlt, die (i) im Rahmen des Verpfändungsvertrags oder (ii) an die ABBAG als Sicherheit für die Finanzierung des Barangebots und der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich verpfändet werden; in jedem Fall müssen die Verpfändungen dieser Konten wieder freigegeben werden, um eine Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises (falls einschlägig) zu ermöglichen. Gläubiger sind in Bezug auf den Angebotsleger grundsätzlich einem Kreditrisiko ausgesetzt. Im Fall einer Insolvenz des Angebotslegers erhalten die Annehmenden Gläubiger möglicherweise nicht den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis, und der Angebotsleger ist möglicherweise nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen aus den Nullkupon-Anleihen nachzukommen. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Insolvenzverwalter die zugunsten des Sicherheitentreuhänders und/oder der ABBAG bestellten Pfandrechte anfechten könnte, sodass von dem Angebotsleger unter den Eingereichten Schuldtiteln erhaltene Mittel möglicherweise Teil der Insolvenzmasse des Angebotslegers bilden. Daher kann nicht gewährleistet werden, dass der Angebotsleger in der Lage sein wird, einen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu zahlen oder seine Verpflichtungen aus den Nullkupon-Anleihen zu erfüllen.

Annehmende Gläubiger erhalten unter Umständen für den Zeitraum nach dem 1. März 2015 keine aufgelaufenen Stückzinsen auf die eingereichten und veräußerten Schuldtitel.

Die Angepasste Festgelegte Stückelung, auf der der maßgebliche Kaufpreis bzw. die maßgebliche Gegenleistung für das Umtauschangebot basiert, enthält einen Teil allfälliger angefallener und noch nicht gezahlter Zinsen bis zum 1. März 2015 (einschließlich); die Angebote sehen nicht die Zahlung sonstiger ausstehender aufgelaufener Stückzinsen vor. Sofern dem Angebotsleger für einen beliebigen Zeitraum nach dem 1. März 2015 Zinsen auf die Eingereichten Schuldtitel gezahlt werden, erhalten Annehmende Gläubiger diese Zinszahlungen nur als Teil des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises nach dem Liquidationsstichtag. Der Angebotsleger leitet solche Zinszahlungen nicht bereits dann an einen Annehmenden Gläubiger weiter, wenn er derartige Zinszahlungen erhält.

Der Erwerb und/oder Umtausch der Schuldtitel hängt von Bedingungen ab.

Gläubigern sollte bewusst sein, dass der Angebotsleger die Angebote nur dann durchführt und Eingereichte Schuldtitel nur dann erwirbt oder umtauscht, wenn die Transaktionsbedingungen erfüllt werden.

Der Angebotsleger wird Eingereichte Schuldtitel im Rahmen eines Angebots zum Abwicklungstag nur erwerben und/oder umtauschen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot wurde jeweils von zumindest einem Viertel des kumulierten Gesamtnominales aller vom maßgeblichen Klasse A-Angebot bzw. Klasse B-Angebot jeweils erfassten Schuldtitel angenommen; und
2. eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnominales aller vom Klasse A-Angebot und Klasse B-Angebot gemeinsam erfassten Schuldtitel hat die Angebote angenommen.

Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, werden die Angebote nicht vollzogen, und die Annehmenden Gläubiger erhalten nicht den Gesamtkaufpreis für ihre im Rahmen des Barangebots Eingereichten Schuldtitel oder die Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot für ihre im Rahmen des Umtauschangebots Eingereichten Schuldtitel. Bis der Angebotsleger die Ergebnisse der Angebote sowie die Erfüllung der Transaktionsbedingungen bekannt gibt, kann nicht garantiert werden, dass überhaupt ein Angebot durchgeführt wird, wobei der Gläubiger Beschränkungen im Hinblick auf die Übertragung und/oder Abtretung der betreffenden Eingereichten Schuldtitel unterworfen sein wird (siehe „– *Schuldtitel der Annehmenden Gläubiger werden gesperrt*“).

Schuldtitel der Annehmenden Gläubiger werden gesperrt.

Bei der Entscheidung über die Annahme eines Angebots müssen die Gläubiger auch berücksichtigen, dass Beschränkungen in Bezug auf die Übertragung und/oder Abtretung der entsprechenden Schuldtitel ab dem Zeitpunkt Anwendung finden, an dem der betreffende Gläubiger dem Tender Agent die Tender Anweisung übermittelt. Durch Übermittlung einer Tender Anweisung erklärt sich der Gläubiger damit einverstanden, dass – im Falle von Schuldverschreibungen – der betreffende Schuldtitel in dem maßgeblichen Konto des maßgeblichen Clearingsystems gesperrt wird, und dass bei Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, diese ab dem Tag, an dem die Tender Anweisung durch den Gläubiger an den Tender Agent versandt wird, nicht an Dritte übertragen oder abgetreten werden dürfen, und zwar bis zum jeweils früheren der nachstehend angeführten Ereignisse:

- (a) dem Tag, an dem der Gläubiger die entsprechende Tender Anweisung für den betreffenden Schuldtitel wirksam widerruft (siehe „*Konditionen und Bedingungen der Angebote – Widerrufsrechte und Rechte zur Anpassung der Tender Anweisung*“); und
- (b) dem Tag, an dem der Angebotsleger bekannt gibt und bestätigt, dass die Transaktionsbedingungen nicht erfüllt wurden (beispielsweise am Tag der Vorläufigen Ergebnisbekanntmachung); und
- (c) dem Abwicklungszeitpunkt am Abwicklungstag.

Allfällige Gebühren, die das betreffende Clearingsystem dem Direkten Teilnehmer im Zusammenhang mit der Sperrung (oder Entsperrung) der Schuldtitel oder aus sonstigem Grund in Rechnung stellt, sind entweder vom Direkten Teilnehmer zu tragen oder wie jeweils zwischen dem Direkten Teilnehmer und den maßgeblichen Gläubigern ansonsten vereinbart. Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass Gläubiger im Hinblick auf diese Kosten oder in Bezug auf andere Verluste oder Schäden, die infolge des Unvermögens der Gläubiger, andere Transaktionen im

Hinblick auf die Eingereichten Schuldtitel durchzuführen, solange die vorgenannten Beschränkungen für die Übertragung und/oder Abtretung Anwendung finden, anfallen, keine Rückgriffsrechte gegen den Angebotsleger, die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen oder den Tender Agent haben.

Die Möglichkeit der Angebotsleger, die aus den Eingereichten Schuldtiteln oder der Finanzierungsvereinbarung oder Widmungsvereinbarung vereinnahmten Mittel vor der Zahlung gemäß dem Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis anzulegen, kann durch Gesetz begrenzt sein.

Nach österreichischem Recht benötigen Gesellschaften, die kurzfristige Anlagen in Wertpapieren tätigen möchten, eine Bankenlizenz. Liegt keine Banklizenz vor, könnte der Handel mit Wertpapieren Verwaltungsstrafen der FMA nach sich ziehen. Infolgedessen hat der Angebotsleger möglicherweise nur begrenzte Möglichkeiten, aus den Eingereichten Schuldtiteln oder der Finanzierungsvereinbarung oder Widmungsvereinbarung vereinnahmte Mittel vor der Zahlung gemäß dem Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis oder der Nullkupon-Anleihen in von der Republik Österreich begebene Anleihen unter Einhaltung der Bestimmungen des Verpfändungsvertrags anzulegen. Obwohl der Angebotsleger derzeit beabsichtigt, das Halten von Kontenguthaben möglichst gering zu halten, könnte der Angebotsleger verpflichtet sein, einen wesentlichen Anteil der Mittel auf einem Bankkonto zu belassen, welches wenige, keine oder negative Zinsen abwirft, wodurch die zur Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises und des Endgültigen Rückzahlungsbetrags zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt würde.

Gläubiger sind verantwortlich für die Einhaltung der Angebotsverfahren.

Die Gläubiger sind für die Einhaltung aller Verfahren für die Abgabe gültiger Tender Anweisungen verantwortlich, einschließlich der Einhaltung der maßgeblichen Fristen für die Einreichung von Tender Anweisungen, die in dieser Angebotsunterlage geregelt sind. Voraussetzung für die Abwicklung des Angebots durch den Tender Agent sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung des Angebots für einzelne Annehmende Gläubiger kann sich verzögern, wenn Annehmende Gläubiger dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren. Siehe „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten*“.

Die Angebote unterliegen Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen.

Gläubiger werden hiermit auf die Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen im Abschnitt „*Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen*“ sowie auf die Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen im Abschnitt „*Konditionen und Bedingungen der Angebote*“ verwiesen, die von den Gläubigern bei Abgabe einer Tender Anweisung als abgegeben gelten. Die Nichteinhaltung dieser Beschränkungen könnte u. a. negative Konsequenzen, einschließlich Strafen für Gläubiger, haben. Siehe „*Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen*“.

Gläubiger sollten steuerliche Folgen der Angebote bei ihrer Entscheidung bezüglich der Angebote berücksichtigen.

Nach § 5 FinStaG sind Rechtsgeschäfte, die für die Umsetzung des FinStaG erforderlich sind, von bundesgesetzlich geregelten Abgaben in Österreich befreit. Der Angebotsleger hat eine offizielle an alle Annehmenden Gläubiger gerichtete Stellungnahme des Finanzamts für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel erhalten, dass der Erwerb und/oder Umtausch von Eingereichten

Schuldtiteln (einschließlich der Abtretung von Ansprüchen unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen an das Klasse B-Umtauschangebot Annehmende Gläubiger am Abwicklungstag) keine Rechtsgeschäftsgebühren nach dem österreichischen Gebührengesetz verursacht und hat diese Stellungnahme auf seiner Website (<http://karntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>) veröffentlicht. Zudem hat sich der Angebotsleger mit dem Tender Agent vertraglich darauf verständigt, übliche Maßnahmen zur Minderung des Risikos des Anfalls von Rechtsgeschäftsgebühren im Zusammenhang mit Urkunden, in denen vorherige Abtretungen von Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, beurkundet werden und die im Rahmen einer Tender Anweisung einzureichen sind, zu ergreifen. Insbesondere haben der Angebotsleger und der Tender Agent vereinbart, dass alle Unterlagen in Zusammenhang mit früheren Abtretungen von Eingereichten Schuldtiteln, die Rechtsgeschäftsgebühren auslösen könnten, außerhalb Österreichs verwahrt werden und nur unter sehr engen Voraussetzungen nach Österreich verbracht oder gesendet werden dürfen, insbesondere wenn dies nach maßgeblichen Rechtsvorschriften und/oder aufgrund von Entscheidungen zuständiger Gerichte erforderlich ist.

Trotz dieser vom Angebotsleger ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen ist es dennoch möglich, dass Annehmende Gläubiger und/oder frühere Zessionare oder Zedenten nachteiligen Konsequenzen aufgrund von Steuern oder Rechtsgeschäftsgebühren ausgesetzt sind, weil der Angebotsleger nicht gewährleisten kann, dass er nicht einige oder alle Urkunden betreffend Schuldtitel, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt und in denen vorherige Abtretungen von Schuldtiteln beurkundet sind, nach Österreich senden oder in Österreich verwenden wird müssen. Dies könnte nach dem österreichischen Gebührengesetz (*GebG*) Rechtsgeschäftsgebühren für vorherige Gläubiger von Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, verursachen. Der Angebotsleger übernimmt durch eine Handlung in Verbindung mit solchen Urkunden, in denen vorherige Abtretungen von Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, beurkundet werden, keine Haftung für allfällige rechtliche oder wirtschaftliche Konsequenzen, die dadurch vorherigen Inhabern entstehen.

Im Allgemeinen sind Gläubiger selbst dafür verantwortlich, Steuern bzw. ähnliche Abgaben und Gebühren abzuführen, die ihnen nach dem Recht einer betreffenden Rechtsordnung auferlegt werden. Sie haben in Bezug auf die Steuern, die im Zusammenhang mit den Angeboten anfallen, keine Rückgriffsrechte gegen die Schuldnerin, den Angebotsleger, das Land Kärnten, die KLB-Rechtsnachfolger, die ABBAG, die Republik Österreich, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents oder den Tender Agent. Daher sind Gläubiger gehalten, eigene Berater im Hinblick auf die möglichen steuerlichen Folgen und ihre Depotbank im Hinblick auf den Einbehalt potentieller Quellensteuern nach dem jeweils auf sie oder auf den Verkauf und/oder Umtausch der von ihnen gehaltenen Schuldtitel und den Erhalt des maßgeblichen Kaufpreises in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels oder des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel bzw. im Zusammenhang mit Neuen Schuldtiteln erhaltene Zahlungen sowie eines allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises anwendbaren Rechts in den maßgeblichen Rechtsordnungen zu konsultieren.

Es wurde keine Empfehlung gegeben, ob Gläubiger die Angebote annehmen sollten oder welches der Angebote sie annehmen sollten.

Gläubiger sollten die Konditionen der Angebote eigenständig prüfen, um festzustellen, ob sie gewillt sind, (i) eines dieser Angebote anzunehmen, (ii) das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, falls sie an den Angeboten teilnehmen, oder (iii) ihre Schuldtitel gegen Nullkupon-Anleihen oder gegen Nullkupon-Schuldscheindarlehen im Rahmen des Klasse B-Angebots umzutauschen. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, der Tender Agent, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLB-

Rechtsnachfolger, die ABBAG oder die Republik Österreich haben sich dazu geäußert, ob die Konditionen und Bedingungen der Angebote angemessen sind. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, der Tender Agent, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die ABBAG oder die Republik Österreich geben Empfehlungen dazu ab, ob Gläubiger (i) eines dieser Angebote annehmen sollten, (ii) das Barangebot oder das Umtauschangebot annehmen sollten oder (iii) ihre Schuldtitel gegen Nullkupon-Anleihen oder gegen Nullkupon-Schuldscheindarlehen im Rahmen des Klasse B-Angebots umtauschen sollten und haben auch niemanden ermächtigt, eine solche Empfehlung abzugeben.

Ungewissheit im Hinblick auf den Handelsmarkt für nicht im Angebot eingereichte Schuldtitel.

Soweit der Angebotsleger im Rahmen der Angebote Schuldtitel erworben und/oder umgetauscht hat, sind die Märkte für die noch ausstehenden Schuldtitel der betreffenden Serie, falls überhaupt vorhanden, unter Umständen sehr viel begrenzter. Für diese verbleibenden Schuldtitel wird möglicherweise ein geringerer Markt- oder Börsenpreis gezahlt als für eine vergleichbare Emission von Fremdkapitalinstrumenten oder Schuldtiteln mit höherer Marktliquidität. Ein geringerer Markt- oder Börsenwert könnte auch dazu führen, dass der Marktpreis solcher Schuldtitel volatiler ist. Dies könnte negativen Einfluss auf den Markt- oder Börsenpreis der Schuldtitel der betreffenden Serien, die nach Vollzug der Angebote noch ausstehen, haben. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind verpflichtet, in Bezug auf die nicht im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel einen Handel sicherzustellen.

Rechtliche Risiken

Es können Rechtsmittel gegen die Angebote eingelegt werden, deren Auswirkungen auf die Angebote nicht vorhersehbar sind.

Die Angebote werden unter Anwendung einer neuen gesetzlichen Regelung in der Republik Österreich durchgeführt, die es bestimmten staatlichen und unterstaatlichen Einheiten ermöglicht, nach Landesgesetz bestehende Haftungen für bestimmte Schuldtitel zu beschränken. Es lässt sich nicht vorhersagen, wie sich eine erfolgreiche Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Angebote auf die Angebote auswirken würde. Falls beispielsweise vor Vollzug der Angebote erfolgreich rechtlich gegen diese vorgegangen würde, könnten die Angebote unter Umständen nicht vollzogen werden, da der Angebotsleger nicht die entsprechende Finanzierung für den Vollzug der Angebote erhielte. Sollte ein rechtliches Vorgehen nach Vollzug der Angebote erfolgreich sein, würden die Angebote möglicherweise ganz oder teilweise rückabgewickelt werden, mit ungewissen Konsequenzen für eine oder jede der folgenden Parteien: den Angebotsleger, die Annehmenden Gläubiger oder die Gläubiger, die die Angebote nicht angenommen haben, hinsichtlich ihrer Ansprüche gegenüber der Schuldnerin und den Ausfallsbürgen.

Es könnte sich im Nachhinein herausstellen, dass die Angebote nicht in voller Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen durchgeführt wurden.

Das FinStaG ist ein neues Gesetz und es gibt bislang keinen Präzedenzfall für seine Anwendung und Auslegung. Obwohl der Angebotsleger der Ansicht ist, dass alle Anforderungen des FinStaG erfüllt wurden, gibt es keine Garantie, dass dies auch tatsächlich der Fall ist, und der Angebotsleger muss sich unter Umständen vor Gericht gegen die Behauptung verteidigen, dass die maßgeblichen Bestimmungen des FinStaG nach Vollzug der Angebote nicht vollumfänglich beachtet worden sind. Wenn die Angebote nach Vollzug der Angebote erfolgreich vor Gericht

angefochten werden, ist unklar, ob dies in irgendeiner Weise den Erwerb und Verkauf und/oder Umtausch der Schuldtitel oder die Begebung der Nullkupon-Anleihen durch den Angebotsleger oder die Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich durch den Angebotsleger oder die Abtretungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Annehmenden Gläubiger, der bzw. die bereits im Rahmen der Angebote stattgefunden hat bzw. haben, oder die Sicherheiten, die gemäß dem Verpfändungsvertrag bestellt werden, berühren wird.

Das FinStaG könnte erfolgreich angefochten werden.

Das FinStaG enthält Vorschriften und ein Angebotsverfahren, die – im Zusammenhang mit einem erfolgreichen Angebot – zu einer Begrenzung der Ansprüche von Gläubigern, die die Angebote nicht angenommen haben, und dem Angebotsleger (als Erwerber der Eingereichten Schuldtitel), aus den entsprechenden Ausfallsbürgschaften gegen das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger auf den Betrag der maßgeblichen Ausgleichszahlung führen. Es ist nicht auszuschließen, dass ein Gericht, vor allem der österreichische Verfassungsgerichtshof, die Ansicht vertritt, dass die für die Angebote maßgeblichen Vorschriften wegen Verletzung verfassungsrechtlich geschützter Rechte verfassungswidrig sind. Wird das FinStaG noch vor der Abwicklung der Angebote erfolgreich angefochten, könnte dies die Angebote und ihre Finanzierung gefährden und dazu führen, dass der Angebotsleger die Angebote nicht vollziehen kann. Eine erfolgreiche Anfechtung des FinStaG nach Vollzug der Angebote wird nach Auffassung des Angebotslegers die Ausfallsbürgschaften für Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, vermutlich nicht begrenzen und keine Auswirkungen auf die Gültigkeit eines Erwerbs und/oder Umtauschs von Eingereichten Schuldtiteln durch den Angebotsleger oder auf die gemäß dem Verpfändungsvertrag zu begründenden Sicherungsrechte haben. Es ist jedoch ungewiss, wie sich eine solche Entscheidung nach Vollzug der Angebote auf Annehmende Gläubiger auswirken würde. Eine erfolgreiche Anfechtung des FinStaG nach dem Ende des Rückkaufzeitraums würde voraussichtlich in erster Linie Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen, die ihre Nullkupon-Anleihen nicht während des Rückkaufzeitraums an den Rückkäufer verkauft haben, und Gläubiger der Nullkupon-Schuldscheindarlehen betreffen.

Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat in seinem zuletzt ergangenen Erkenntnis vom 16. Juni 2016 die von bestimmten Gläubigern der Schuldnerin eingereichten Individualanträge aufgrund formaler Anforderungen abgelehnt, ohne über den entscheidungserheblichen Sachverhalt zu entscheiden. Dabei wurde festgestellt, dass die Kläger aufgrund des Umstandes, dass der Versuch des Angebotslegers vom 21. Januar 2016, ein Angebot nach § 2a FinStaG zu legen, nicht erfolgreich war, im Zeitpunkt der Entscheidung des österreichischen Verfassungsgerichtshofs nicht mehr gegenwärtig und unmittelbar beschwert waren. Die klagenden Gläubiger hatten angeführt, dass § 2a und § 9 FinStaG sowie § 3 K-AFG unmittelbar gegen (i) ihre Eigentumsrechte, (ii) den Gleichheitsgrundsatz, (iii) die Kompetenzverteilung der Bundesverfassung und (iv) das Rechtsstaatsprinzip verstoßen. Wenn die Angebote mit den nach § 2a FinStaG erforderlichen Mehrheiten angenommen werden, kann dennoch nicht ausgeschlossen werden, dass Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, erfolgreich argumentieren könnten, dass das FinStaG und/oder das K-AFG unmittelbar und gegenwärtig verfassungsrechtlich garantierte Rechte der HETA Gläubiger verletzt. Sollte dies der Fall sein und der österreichische Verfassungsgerichtshof Bestimmungen des FinStaG und/oder das K-AFG zur Gänze oder teilweise für verfassungswidrig erklären, ist nicht absehbar, inwiefern eine derartige Entscheidung sich auf die Gläubiger (einschließlich der Annehmenden Gläubiger), die keine obsiegenden Kläger sind und hinsichtlich derer die angegriffenen Bestimmungen keine Anwendung finden, auswirken wird.

Die Anwendbarkeit des BaSAG auf die HETA oder von der FMA ergriffene Abwicklungsmaßnahmen könnten erfolgreich angefochten werden.

Das BaSAG, bei dem es sich um das österreichische Umsetzungsgesetz der Bankenabwicklungsrichtlinie BRRD handelt, regelt die Sanierung und Abwicklung u. a. von Kreditinstituten. Es trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt war die HETA bereits kein Kreditinstitut mehr. Gemäß § 162 Abs. 6 BaSAG findet jedoch Teil 4 des BaSAG, der die Abwicklung regelt, auf die HETA Anwendung. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Ausweitung des Anwendungsbereichs des BaSAG auf Rechtsträger, die nicht in Übereinstimmung mit der BRRD als Kreditinstitute oder Wertpapierfirmen bestehen, als Verstoß gegen die Verfassung oder gegen EU-Recht gewertet wird und daher nicht mehr auf die HETA anwendbar ist. Ein Verfahren in Bezug auf die Anwendung des BaSAG auf die HETA ist vor dem Verfassungsgerichtshof anhängig. Darüber hinaus haben ein österreichisches Zivilgericht, das österreichische Bundesverwaltungsgericht und das Frankfurter Landgericht eine Vorabentscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) zu der Frage, ob die Anwendung des BaSAG auf die HETA mit europäischem Recht vereinbar ist, beantragt. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat angekündigt, das anhängige Verfahren solange nicht fortzuführen, bis der EuGH seine Vorabentscheidung getroffen hat.

Ebenso kann jede von der FMA ergriffene Abwicklungsmaßnahme, einschließlich die Gläubigerbeteiligung, und die Verlängerung der Fälligkeit der Schuldtitel bis zum 31. Dezember 2023, erfolgreich angefochten werden. Das hätte zur Folge, dass die von der FMA in Bezug auf die HETA auf Grundlage des BaSAG ergriffenen Maßnahmen, insbesondere die Verlängerung der Fälligkeit der Schuldtitel bis zum 31. Dezember 2023, rückgängig gemacht würden und so möglicherweise zur Insolvenz der HETA führen könnten (siehe „– Es besteht Ungewissheit im Hinblick auf Abwicklungsmaßnahmen der FMA nach BaSAG.“). Eine Insolvenz der HETA könnte die Inanspruchnahme der Ausfallbürgschaften nach sich ziehen. Falls das BaSAG noch vor dem Abwicklungstag der Angebote erfolgreich angefochten wird, sind das Land Kärnten oder die ABBAG unter Umständen nicht in der Lage, den Angebotsleger zu finanzieren, und der Angebotsleger wäre dann möglicherweise außerstande, die Angebote durchzuführen.

Wird nach Vollzug der Angebote die Anwendung des BaSAG auf die HETA erfolgreich angefochten oder ergreift die FMA eine Abwicklungsmaßnahme, wie insbesondere eine weitere Verlängerung der Fälligkeit der Schuldtitel, könnte dies zu einem beschleunigten Verkauf der Vermögenswerte der HETA führen, was eine nachteilige Auswirkung auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis haben könnte.

Die Entscheidung der Europäischen Kommission, dass die Angebote keinen Verstoß gegen europäische Beihilferegeln darstellen, kann vor europäischen Gerichten erfolgreich angefochten werden.

Nach dem Haftungsgesetz Kärnten ist der österreichische Bundesminister für Finanzen im Namen der Republik Österreich ermächtigt, Bundesbürgschaften bis zu einer Höhe von EUR 11 Mrd. (Kapital zuzüglich Zinsen) für Zahlungsverpflichtungen des Angebotslegers aus den Nullkupon-Anleihen zu übernehmen. Das Haftungsgesetz Kärnten bildet damit die gesetzliche Grundlage für eine Haftungsübernahme durch den Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber im Rahmen der Nullkupon-Anleihen-Garantie.

Das Inkrafttreten des Haftungsgesetz Kärnten war von einer positiven Entscheidung der Europäischen Kommission abhängig, dass die Angebote nicht die Kriterien einer staatlichen Beihilfe erfüllen, oder dass, wenn sie die Kriterien einer staatlichen Beihilfe erfüllen, sie mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. In diesem Zusammenhang hat die Republik Österreich der

Europäischen Kommission nach Art. 4 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2015/1589 vom 13. Juli 2015 Mitteilung gemacht und von der Kommission die Feststellung verlangt, dass die angemeldete Maßnahme keine (neue) Beihilfe darstellt oder dass, wenn sie die Kriterien einer staatlichen Beihilfe erfüllen, sie mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Die Europäische Kommission hat am 1. September 2016 festgestellt, dass die Angebote nicht die Kriterien einer neuen staatlichen Beihilfe erfüllen. Mit der Veröffentlichung dieses Beschlusses in Teil III des österreichischen Bundesgesetzblatts Nr. 85/2016 trat das Haftungsgesetz Kärnten in Kraft. Die Republik Österreich, das Land Kärnten, der Angebotsleger und die K LH-Rechtsnachfolger haben eine Erklärung abgegeben, dass sie diese Entscheidung der Europäischen Kommission nicht vor den Gerichten der Europäischen Union anfechten werden.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass Dritte (z. B. Gläubiger, die die Angebote nicht angenommen haben) den Beschluss der Europäischen Kommission vor den Gerichten der Europäischen Union anfechten. Sollte eine solche Anfechtung Erfolg haben und festgestellt werden, dass die Angebote rechtswidrige Beihilfeelemente enthalten, müsste die Europäische Kommission ihre Entscheidung nochmals überprüfen. Es ist ungewiss, welche rechtlichen, praktischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eine solche revidierte Entscheidung der Europäischen Kommission nach Vollzug der Angebote auf die Annehmenden Gläubiger und auf die Nullkupon-Anleihen-Garantie hätte. Insbesondere kann nicht gewährleistet werden, dass die Angebote nicht vollständig oder teilweise rückabgewickelt werden oder dass die Nullkupon-Anleihen-Garantie nicht wegfällt, sodass Gläubiger, die das Umtauschangebot angenommen haben, in Nullkupon-Anleihen investiert haben, die nicht mehr von der Nullkupon-Anleihen-Garantie oder der Rückkaufverpflichtung profitieren.

Risiken im Zusammenhang mit Neuen Schuldtiteln

Die im Rahmen der Nullkupon-Anleihen gewährten Pfandsicherheiten verstoßen möglicherweise gegen bestehende Vereinbarungen des Landes Kärnten.

Wenngleich der Angebotsleger nicht unter der Beherrschung des Landes Kärnten steht, diene die Errichtung des Angebotslegers und die Durchführung der Angebote zur Verringerung der potenziellen zukünftigen Schuldenlast des Landes Kärnten aus den Ausfallsbürgschaften gemäß § 2a FinStaG. Aufgrund dessen könnten Geschäftspartner des Landes Kärnten geltend machen, dass die Angebote im Namen des Landes Kärnten durchgeführt werden und das Land Kärnten als Emittent der Nullkupon-Anleihen zu betrachten sei. In diesem Fall ist es möglich, dass die im Rahmen der Nullkupon-Anleihen gewährten Pfandsicherheiten gegen bestehende Negativverpflichtungen des Landes Kärnten verstoßen. Geschäftspartner des Landes Kärnten könnten eine Verpfändung der Sicherheiten in ihrem Namen anstreben oder ansonsten bestehende Verpflichtungen des Landes Kärnten vorzeitig fällig stellen. Sollten Gegenparteien des Landes Kärnten ihre Ansicht durchsetzen, dass das Land Kärnten als Emittentin der Nullkupon-Anleihen anzusehen ist, und sollten bestehende Finanzierungsvereinbarungen des Landes Kärnten vorzeitig fällig gestellt werden, kann dies einen Kündigungsgrund gemäß der Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen auslösen.

Risiken im Zusammenhang mit Änderungen und Rechtsverzichten.

Da das Haftungsgesetz Kärnten die Anwendung des österreichischen Kuratorenengesetzes vom 24. April 1874 betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte (Kuratorenengesetz) ausdrücklich ausschließt, können sich Inhaber der Nullkupon-Anleihen nicht auf dieses Gesetz berufen. Als Ersatz für die Anwendbarkeit des österreichischen Kuratorenengesetzes

enthalten die Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen Bestimmungen für die Einberufung von Versammlungen der Anleihegläubiger zur Beratung über Angelegenheiten, die ihre Interessen im Allgemeinen berühren, und für die Erzielung schriftlicher Beschlüsse von Anleihegläubigern zu Angelegenheiten betreffend die Nullkupon-Anleihen ohne die Einberufung einer Versammlung. Ein schriftlicher Beschluss, der von oder im Namen von Inhabern von mindestens 75 Prozent des Nennbetrags der Nullkupon-Anleihen unterzeichnet wurde, die jeweils gemäß den Bestimmungen des Trust Deeds zum Erhalt einer Einladung zu einer Versammlung berechtigt sind und deren Nullkupon-Anleihen ausstehen, tritt in jedem Fall als außerordentlicher Beschluss in Kraft.

Solange die Nullkupon-Anleihen in den Nullkupon-Anleihen Clearingsystemen in globaler Form gehalten werden, sind der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und der Anleihtreuhänder (gegebenenfalls) berechtigt, auf Folgendes zu vertrauen:

- (i) sofern die Bestimmungen des Beschlussvorschlags über das/die maßgeblichen Clearingsystem(e) mitgeteilt wurden, auf die Zustimmung zu einem Beschlussvorschlag des Angebotslegers, des Nullkupon-Anleihen-Garantiegebers und des Anleihtreuhänders (gegebenenfalls), die im Wege von mittels elektronischen Kommunikationssystemen der maßgeblichen Clearingsysteme übermittelten elektronischen Zustimmungserklärungen gemäß deren Betriebsvorschriften und -verfahren von den Inhabern (oder in ihrem Namen) von mindestens 75 Prozent des jeweils ausstehenden Kapitalbetrags der Nullkupon-Anleihen gewährt wird; und
- (ii) wenn keine elektronische Zustimmungserklärung angestrebt wird, auf die von Kontoinhabern in den Clearingsystemen mit Anspruchsberechtigung hinsichtlich dieser Globalen Urkunde den Angebotslegern, dem Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und dem Anleihtreuhänder (gegebenenfalls) direkt erteilten schriftlichen Zustimmungen oder Anweisungen, oder, wenn die Kontoinhaber eine solche Berechtigung im Namen einer anderen Person inne hat, auf die schriftliche Zustimmung oder schriftliche Anweisung derjenigen Person, in deren Namen sie diese Anspruchsberechtigung letztendlich wirtschaftlich inne haben (direkt oder über einen oder mehrere Intermediäre), mit der Maßgabe, dass der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und der Anleihtreuhänder jeweils wirtschaftlich angemessenen Beweise zur Feststellung der Rechtsgültigkeit dieser Inhaberschaft eingeholt und angemessene Maßnahmen ergriffen haben, um sicherzustellen, dass diese Inhaberschaft sich nach Erteilung der Zustimmung/Anweisung und dieser Beschlussfassung unverändert bleibt.

Ein schriftlicher Beschluss oder eine elektronische Zustimmung, wie vorstehend beschrieben, kann in Verbindung mit einer Angelegenheit, die die Interessen von Anleihegläubigern – einschließlich Änderungen der Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen, die ansonsten auf einer das Erfordernis für eine besondere Beschlussfähigkeit nach den Bestimmungen des Trust Deeds erfüllenden Versammlung der Anleihegläubiger gefasst werden müsste – berührt, für alle Gründe effektiv wie als außerordentlicher Beschluss einer ordentlichen, ordnungsgemäß eingerufenen und abgehaltenen Versammlung der Anleihegläubiger gefasst werden bzw. erfolgen. Diese Bestimmungen erlauben es bestimmten Mehrheiten, alle Anleihegläubiger zu binden, einschließlich der Anleihegläubiger, die bei der betreffenden Versammlung nicht anwesend waren und/oder ihr Stimmrecht nicht ausgeübt haben, sowie der Anleihegläubiger, die entgegen der Mehrheit abgestimmt haben.

In den Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen ist zudem festgelegt, dass der Anleihtreuhänder ohne die Zustimmung der Anleihegläubiger jeglichen Änderungen der Bestimmungen der Nullkupon-Anleihen oder dem Verzicht auf Rechte hinsichtlich oder der

Genehmigung eines Verstoßes oder vorgesehenen Verstoßes gegen die Bestimmungen der Nullkupon-Anleihen zustimmen kann.

Risiko des anwendbaren Rechts und einer möglichen Änderung dieses Rechts.

Die Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen und der Nullkupon-Schuldscheindarlehen basieren auf dem zum Emissionstag geltenden englischen bzw. deutschen Recht. Gläubiger, die sich entscheiden, am Umtauschangebot teilzunehmen, werden daher darauf hingewiesen, dass das anwendbare Recht möglicherweise nicht dem Recht der Rechtsordnung ihres Heimatlandes entspricht und dass das auf die Nullkupon-Anleihen anwendbare Recht ihnen möglicherweise nicht im gleichen Maße Schutz bietet wie das Recht ihrer Rechtsordnung. Es kann keine Zusicherung bezüglich der Auswirkungen auf die Nullkupon-Anleihen oder einen Gläubiger von Nullkupon-Anleihen durch mögliche Gerichtsentscheidungen oder Änderungen des englischen Rechts in Bezug auf die Nullkupon-Anleihen oder deutschen Rechts in Bezug auf die Nullkupon-Schuldscheindarlehen oder durch die Verwaltungspraxis in einer dieser Rechtsordnungen nach dem Datum der Begebung der Neuen Schuldtitel abgegeben werden.

Es ist ungewiss, ob nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union eine Entscheidung eines englischen Gerichts in Bezug auf die Nullkupon-Anleihen weiterhin in der gleichen Weise wie nach der derzeit geltenden Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 in Österreich durchsetzbar sein wird.

Die Konditionen der Nullkupon-Anleihen-Garantie basieren auf dem zum Datum dieser Angebotsunterlage geltenden deutschen Recht. Gläubiger werden darauf hingewiesen, dass das anwendbare Recht möglicherweise nicht dem Recht der Rechtsordnung ihres Heimatlandes entspricht und dass das auf die Nullkupon-Anleihen-Garantie anwendbare Recht ihnen möglicherweise nicht im gleichen Maße Schutz bietet wie das Recht ihrer Rechtsordnung. Es kann keine Zusicherung bezüglich der Auswirkungen möglicher Gerichtsentscheidungen oder Änderungen des deutschen Rechts oder der Verwaltungspraxis, die nach dem Datum der Nullkupon-Anleihen-Garantie erfolgen, auf die Nullkupon-Anleihen-Garantie oder einen Anleihegläubiger abgegeben werden.

US-Inhaber von Neuen Schuldtiteln unterliegen steuerlichen Belastungen, bevor sie Zahlungen unter den Neuen Schuldtiteln erhalten.

Wird eine Nullkupon-Anleihe nach dem US-Bundeseinkommensteuerrecht zum Disagio bei Unterpariemiission begeben, müssen US-Inhaber (wie unten definiert unter "*Steuerliche Folgen – Überlegungen zum Eigentum von und Verfügungen durch US-Inhabern an Neuen Schuldtiteln*") grundsätzlich das Disagio im Nettoeinkommen unter Zugrundelegung einer gleichbleibenden Rendite berücksichtigen und zwar unabhängig davon, ob die maßgeblichen US-Inhaber Zahlungen auf die Neuen Schuldtitel erhält. Genauere Ausführungen dazu werden im Abschnitt "*Steuerliche Folgen – Überlegungen zum Eigentum von und Verfügungen durch US-Inhabern an Neuen Schuldtiteln*" erläutert.

Risiko des Vertrauens auf die Funktionsfähigkeit des maßgeblichen Nullkupon-Anleihen Clearingsystems.

Die Nullkupon-Anleihen werden in den Nullkupon-Anleihen Clearingsystemen gehalten und über sie gecleart und abgewickelt. Der Angebotsleger übernimmt keine Haftung dafür, dass die Nullkupon-Anleihen tatsächlich in das Wertpapierdepot des maßgeblichen Anlegers übertragen werden. Dementsprechend müssen Anleihegläubiger auf die Funktionsfähigkeit des maßgeblichen Nullkupon-Anleihen Clearingsystems vertrauen, um die Nullkupon-Anleihen und allfällige Zahlungen hieraus tatsächlich zu erhalten.

Die Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen sind nicht in der Lage, ihre Rechte aus dem Verpfändungsvertrag einzeln durchzusetzen.

Die Pfandrechte zur Besicherung der Verpflichtungen der Emittentin aus den Nullkupon-Anleihen werden oder werden vorgeblich nach Maßgabe des Verpfändungsvertrags ausschließlich zugunsten des Sicherheitentreuhänders und nicht direkt zugunsten der einzelnen Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen begründet. Im Verpfändungsvertrag und im Trust Deed wird vorgesehen, dass ausschließlich der Sicherheitentreuhänder das Recht hat, Pfandrechte durchzusetzen, die gemäß dem Verpfändungsvertrag begründet werden oder vorgeblich begründet werden, und dass er keiner Verpflichtung unterliegt, dies zu unternehmen, es sei denn er wird dazu vom Anleihentreuhänder angewiesen (welcher wiederum dazu von dem erforderlichen Quorum der Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen oder durch einen außerordentlichen Beschluss der Anleihegläubiger dazu angehalten worden sein muss) und in jedem solchem Fall müssen der Anleihentreuhänder und der Sicherheitentreuhänder schadlos gehalten und/oder besichert und/oder zu ihrer Befriedigung vorrangig bedient werden. Derartige Pfandrechte stellen zwar für die Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen einen finanziellen Nutzen dar, doch Annehmenden Gläubigern sollte bewusst sein, dass ausschließlich der Sicherheitentreuhänder gemäß den Bedingungen des Verpfändungsvertrags zur Durchsetzung seiner Rechte aus dem Verpfändungsvertrag berechtigt ist. Somit haben einzelne Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen kein Recht, die Pfandrechte, die gemäß dem Verpfändungsvertrag begründet wurden oder werden sollen, direkt durchzusetzen.

Im Trust Deed wird eine unmittelbare Verpflichtung, auf alle unter den Nullkupon-Anleihen fälligen Forderungen zu Händen den Anleihentreuhänders zu zahlen, vorgesehen. Zudem enthalten der Trust Deed und die Nullkupon-Anleihen ein abstraktes Schuldversprechen (die **“Parallelschuld”**) zugunsten des Sicherheitentreuhänders, um dem Sicherheitentreuhänder von Zeit zu Zeit einen gesicherten Anspruch einzuräumen. Die Parallelschuld ist gegenüber dem Sicherheitentreuhänder geschuldet und lautet auf Leistung an den Sicherheitentreuhänder in gleicher Höhe und zur gleichen Zeit wie vom Angebotsleger gegenüber dem Anleihentreuhänder unter dem Trust Deed, dem Verpfändungsvertrag und den Nullkupon-Anleihen geschuldet (die **“Grundpflichten”**). Jegliche Zahlung im Hinblick auf die Grundpflichten reduziert die Parallelschuld und jegliche Zahlung im Hinblick auf die Parallelschuld reduziert die entsprechenden Grundpflichten. Mit dem Verpfändungsvertrag wird unter anderem die Parallelschuld besichert, die Grundpflichten werden aber nicht direkt besichert. Es gibt keine veröffentlichte gerichtliche Entscheidung, die diese Struktur nach österreichischem Recht billigt. Sollten die nach dem Verpfändungsvertrag für die angestrebte Struktur begründeten oder zu begründenden Sicherungsrechte von Dritten erfolgreich angefochten werden, würden die Anleihegläubiger der Nullkupon-Anleihen keine Erlöse aus einer Verwertung der Sicherungsrechte aus dem Verpfändungsvertrag erhalten.

Verwertung der verpfändeten Sicherheiten aus dem Verpfändungsvertrag ist möglicherweise begrenzt.

Die verpfändeten Sicherheiten aus dem Verpfändungsvertrag bestehen aus (i) allen Eingereichten Schuldtiteln, die in Nullkupon-Anleihen umgetauscht wurden, (ii) dem Wertpapierdepot, auf dem die entsprechenden Eingereichten Schuldtitel verwahrt werden, (iii) den entsprechenden Verrechnungskonten, (iv) von der Republik Österreich begebenen und vom Angebotsleger unter Verwendung von Mitteln von den unter (iii) genannten Verrechnungskonten erworbenen Anleihen und (v) den Ansprüchen des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung. Die dem Angebotsleger für die von ihm im Rahmen des Umtauschangebots in Nullkupon-Anleihen umgetauschten Eingereichten Schuldtitel von der Schuldnerin gezahlten Barmittel und die unter anderem von Zeit zu Zeit mit diesen Barmitteln vom Angebotsleger von der Republik Österreich

erworbenen Anleihen können bei Eintritt eines Verwertungsfalls im Rahmen des Verpfändungsvertrags nach österreichischem Recht verwertet werden (auch durch den Verkauf der österreichischen Staatsanleihen zu ihrem Marktpreis). Nach den Bestimmungen des Verpfändungsvertrags dürfen die verpfändeten Eingereichten Schuldtitel jedoch nicht vom Sicherheitentreuhänder auf dem freien Markt (zu ihrem Marktpreis) verkauft werden, sondern die Verwertung wird auf die Einziehung von Zahlungen durch die Schuldnerin im Rahmen dieser verpfändeten Eingereichten Schuldtitel beschränkt. Dies könnte einen geringeren Verwertungserlös als den durch einen Verkauf im Freiverkehr generierten Erlös oder einen verzögerten Erhalt des Verwertungserlöses zur Folge haben.

Gläubiger werden ferner darauf hingewiesen, dass die Finanzierungszusagen der ABBAG in der Finanzierungsvereinbarung bestimmten Kündigungsrechten und aufschiebenden Bedingungen unterliegen, die im Abschnitt „Gründe und rechtlicher Rahmen der Angebote – Finanzierung des Angebotslegers und Kapitalfluss – Kündigungsereignisse und aufschiebende Bedingungen im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung“ näher erläutert sind. Sollte eines dieser Ereignisse eintreten, kann die Verwertung des Pfandrechts möglicherweise nicht den finanziellen Effekt erzielen, der von den Anleihegläubigern der Nullkupon-Anleihen erwartet wurde.

Infolge fehlerhafter Bestellung können die zur Besicherung der Nullkupon-Anleihen begebenen Sicherungsrechte negativ beeinflusst werden.

Abhängig vom jeweils anwendbaren Recht kann die Bestellung von Sicherheiten und deren Rangwahrung zusätzliche Schritte seitens des Angebotslegers als Pfandgeber erfordern. Soweit zur Besicherung der Nullkupon-Anleihen einzuräumende Pfandrechte nicht wirksam bestellt wurden, könnte die Unwirksamkeit der Pfandrechtsbestellung zur Folge haben oder negative Konsequenzen für ihren Rang im Vergleich zu Dritten (einschließlich weiterer Gläubiger), die Anspruch auf ein Sicherungsrecht an demselben Sicherungsgut erheben, nach sich ziehen. Zudem kann es abhängig vom jeweils anwendbaren Recht vorgeschrieben sein, dass bestimmte Vermögensgegenstände und Rechte, die nach der Bestellung einer Sicherheit erworben wurden, erst ab Erwerb oder entsprechender Bestimmbarkeit Teil des maßgeblichen Sicherungsguts werden. Der Sicherheitentreuhänder unterliegt keiner Verpflichtung, die Pfandrechte zu bestellen und wird eine solche Bestellung auch nicht überwachen und es besteht keine Gewissheit, dass der Angebotsleger den Sicherheitentreuhänder über zukünftige Erwerbsvorgänge von Vermögensgegenständen und Rechten, die den die Nullkupon-Anleihen sichernden Pfandrechten unterfallen, in Kenntnis setzen wird, noch dass der Sicherheitentreuhänder solche Erwerbsvorgänge überwacht, noch dass die vorzunehmenden Schritte zur Bestellung der Pfandrechte über das erworbene Sicherungsgut unternommen werden.

Den Sicherheitentreuhänder trifft keine Verpflichtung, den Erwerb von Vermögensgegenständen und Rechten, die den die Nullkupon-Anleihen besichernden Pfandrechten unterfallen, zu überwachen oder entsprechende Sicherheiten zu bestellen. Sollten diese Schritte nicht vorgenommen werden, kann dies zum Untergang des die Nullkupon-Anleihen besichernden Pfandrechts oder zum Rangverlust gegenüber Dritten führen.

Gläubiger, auf die 25% des Nennbetrags der ausstehenden Nullkupon-Anleihen entfällt, dürfen die Nullkupon-Anleihen ohne Einbeziehung des Anleihentreuhänders mit schriftlicher Benachrichtigung an den Angebotsleger nach Eintritt eines Kündigungsgrundes fällig stellen.

Gläubiger, auf die 25% des Nennbetrags der ausstehenden Nullkupon-Anleihen entfällt, dürfen die Nullkupon-Anleihen ohne Einbeziehung des Anleihentreuhänders mit schriftlicher Benachrichtigung an den Angebotsleger nach Eintritt eines Kündigungsgrundes fällig stellen. Den

Gläubigern, auf welche die Mehrheit Gesamtnennbetrags der ausstehenden Nullkupon-Anleihen entfällt, steht es frei, innerhalb von zehn Bankarbeitstagen danach eine solche Fälligestellung zu widerrufen und auf die entsprechenden möglichen Kündigungsgründe und auf die entsprechenden Kündigungsgründe zu verzichten, sollten alle Kündigungsgründe geheilt oder auf diese verzichtet worden sein. Sollte eine solche Fälligestellung jedoch nicht innerhalb von 10 Bankarbeitstagen widerrufen werden, werden alle Nullkupon-Anleihen am zehnten Tag nach der Fälligestellung fällig einschließlich der Nullkupon-Anleihen von Gläubigern, die an der Fälligestellung nicht mitgewirkt oder dieser widersprochen haben.

Weder der Anleihentreuhänder noch der Sicherheitentreuhänder trifft eine Verpflichtung, Schritte hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen oder des Verpfändungsvertrags einzuleiten oder Handlungen zu unternehmen (einschließlich einer vorzeitigen Fälligestellung der Nullkupon-Anleihen oder Vollstreckungshandlungen und einschließlich Verhaltensweisen entsprechend einer Vorfälligestellung durch Gläubiger, auf die 25% des Nennbetrags der ausstehenden Nullkupon-Anleihen entfällt), bis jeweils der Anleihentreuhänder und der Sicherheitentreuhänder (soweit einschlägig) schadlos gehalten und/oder besichert und/oder zu ihrer Befriedigung vorrangig bedient worden sind.

Eine Vollstreckung der Rechte der Gläubiger der Neuen Schuldtitel unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie oder der weiteren Sicherheiten (soweit einschlägig) könnte sich als schwierig erweisen.

Die Nullkupon-Anleihen, die englischem Recht unterliegen, werden vom Angebotsleger begeben, der ein Rechtsträger nach österreichischem Recht ist. Der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber ist ein souveräner Staat und die Nullkupon-Anleihen-Garantie wie auch die Nullkupon-Schuldscheindarlehen unterliegen deutschem Recht. Das die Nullkupon-Anleihen besichernde Sicherungsgut umfasst Wertpapiere und Forderungen nach deutschem und österreichischem Recht und wird unter dem Verpfändungsvertrag verpfändet. Der Verpfändungsvertrag unterliegt österreichischem Recht, wobei die Bestellung dinglicher Sicherheiten an deutschem Recht unterliegenden Vermögensgegenständen deutschem Recht unterliegt. Das Konzept einer solchen geteilten Rechtswahlklausel ist nach der Verordnung EG 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht anerkannt („Rom I“) anerkannt. Die Rückkaufverpflichtung unterliegt englischem Recht. Jegliche Verfahren zur Durchsetzung Ihrer Rechte unter den Nullkupon-Anleihen, der Nullkupon-Schuldscheindarlehen, der Nullkupon-Anleihen-Garantie und der weiteren Sicherheiten (soweit einschlägig) können unter jeder, allen oder jedweder Kombination der oben genannten Rechtsordnungen unternommen werden. Diese Verfahren würden vermutlich kompliziert und kostenintensiv für die jeweiligen Gläubiger und den Sicherheitentreuhänder und könnten ansonsten zu einer erhöhten Rechtsunsicherheit und Verzögerung der Durchsetzung ihrer Rechte führen. Die Anwendung dieser Regelungen oder eventuelle Widersprüche zwischen diesen könnte die Frage aufwerfen, ob die Gesetze einer bestimmten Rechtsordnung Anwendung finden sollen und könnte ihre Möglichkeiten, ihre Rechte unter den Nullkupon-Anleihen, unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen, unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie oder unter den weiteren Sicherheiten (soweit einschlägig) beeinträchtigen oder die an Sie auszuschüttenden Gelder möglicherweise reduzieren. Zudem unterliegen ihre Rechte unter den Nullkupon-Anleihen, unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen, unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie oder unter den weiteren Sicherheiten (soweit einschlägig) den Bestimmungen des Konkurs-, Insolvenz und Verwaltungsrechts und es besteht keine Gewissheit, dass Gläubiger oder der Sicherheitentreuhänder ihre Rechte im Rahmen solch komplexer Verfahren effektiv werden durchsetzen können.

Weder den Anleihentreuhänder noch den Sicherheitentreuhänder trifft eine Verpflichtung, Schritte hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen oder des Verpfändungsvertrags einzuleiten oder Handlungen zu unternehmen (einschließlich die Nullkupon-Anleihen zu vollstrecken oder sonstige Vollstreckungsmaßnahmen einzuleiten und einschließlich Verhaltensweisen entsprechend einer Vorfälligstellung durch Gläubiger, auf die 25% des Nennbetrags der ausstehenden Nullkupon-Anleihen entfällt) bis jeweils der Anleihentreuhänder und der Sicherheitentreuhänder (soweit einschlägig) schadlos gehalten und/oder besichert und/oder zu ihrer Befriedigung vorrangig bedient werden.

Allgemeine Marktrisiken

Risiko der Illiquidität des Sekundärmarktes für Neue Schuldtitel im Allgemeinen.

Für die Neuen Schuldtitel ist bei ihrer Begebung kein etablierter Handelsmarkt vorhanden, und es ist möglich, dass sich ein solcher auch niemals entwickeln wird. Obwohl die Nullkupon-Anleihen am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse notiert werden, werden Nullkupon-Anleihen, die an QIBs, die zugleich QPs sind, geliefert werden, nicht notiert, um maßgeblichen Wertpapiergesetzen der Vereinigten Staaten zu entsprechen. Falls sich ein Markt entwickelt, ist er möglicherweise nicht liquide. Daher kann es sein, dass Investoren ihre Neuen Schuldtitel nur schwer oder nur zu Preisen verkaufen können, mit denen sie eine Rendite erzielen, die mit der Rendite aus vergleichbaren Anlagen, für die ein entwickelter Sekundärmarkt besteht, vergleichbar ist. Illiquidität kann den Marktwert der Neuen Schuldtitel erheblich beeinträchtigen; in der Folge können Neue Schuldtitel negative Auswirkungen auf das Anlageportfolio der potenziellen Investoren insgesamt haben.

Risiko negativer Auswirkungen von Wechselkursen und Devisenkontrollen.

Der Angebotsleger zahlt den Kapitalbetrag der Neuen Schuldtitel in Euro. Dies birgt dann gewisse Risiken im Zusammenhang mit der Währungsumrechnung, wenn die finanziellen Aktivitäten eines Investors überwiegend in einer anderen Währung oder Währungseinheit als dem Euro (die „**Währung der Investoren**“) erfolgen. Hierzu zählen das Risiko einer deutlichen Veränderung der Wechselkurse (etwa aufgrund einer Abwertung des Euro oder einer Aufwertung der Währung der Investoren) und das Risiko, dass die für die Währung der Investoren zuständigen Behörden eine Devisenkontrolle einführen oder modifizieren. Eine Aufwertung der Währung der Investoren gegenüber dem Euro hätte eine Verringerung (1) des Gegenwerts des auf die Neuen Schuldtitel zahlbaren Kapitalbetrags in der Währung der Investoren und (2) des entsprechenden Marktwerts der Neuen Schuldtitel in der Währung der Investoren zur Folge.

Staatliche Stellen und Währungsbehörden können (wie bereits in der Vergangenheit geschehen) Devisenkontrollen einführen, die sich auf maßgebliche Wechselkurse nachteilig auswirken können. Infolgedessen könnten Investoren weniger Kapital als erwartet erhalten, möglicherweise auch keine Kapitalzahlungen.

Risiko einer ungünstigen Entwicklung der Marktpreise der Neuen Schuldtitel.

Die Entwicklung der Marktpreise der Neuen Schuldtitel hängt von verschiedenen Faktoren ab, z. B. Veränderungen der Marktzinssätze, der Geldpolitik der Zentralbanken, allgemeinen wirtschaftlichen Tendenzen, Inflationsraten oder dem Unter- oder Überangebot der maßgeblichen Art von Schuldtitel. Ein Investor ist daher dem Risiko einer ungünstigen Entwicklung der Marktpreise seiner Neuen Schuldtitel ausgesetzt, das eintritt, wenn dieser Investor die Neuen Schuldtitel vor deren Fälligkeit verkauft.

Risiko einer Herabstufung des Kreditratings.

Möglicherweise werden die Nullkupon-Anleihen von einer oder mehreren Ratingagenturen mit einem Rating versehen. Die Ratings oder allfällige unaufgeforderte Ratings spiegeln möglicherweise nicht die potenziellen Auswirkungen sämtlicher Risiken im Hinblick auf die Struktur, den Markt, die vorgenannten zusätzlichen Risikofaktoren und sonstige Faktoren, die den Wert der Nullkupon-Anleihen beeinflussen können, wider. Ein Kreditrating stellt keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren dar und kann von der Ratingagentur jederzeit geändert, aufgehoben oder zurückgenommen werden. Es kann nicht gewährleistet werden, dass ein Kreditrating in einem bestimmten Zeitraum konstant bleiben wird oder dass es nicht von der Ratingagentur herabgestuft oder vollständig entzogen wird, wenn Umstände in der Zukunft dies nach ihrem Ermessen erfordern. Eine Aufhebung, eine Herabstufung oder ein Entzug des für die Nullkupon-Anleihen vergebenen Kreditratings – gleich ob aufgefordert oder unaufgefordert – zu einem gegebenen Zeitpunkt durch eine oder mehrere Ratingagenturen kann nachteilige Auswirkungen auf den Wert der Nullkupon-Anleihen und den Handel mit diesen haben.

Risiko gesetzlicher Vorgaben, die bestimmte Anlagen beschränken.

Die Anlagetätigkeit bestimmter Anleger unterliegt Investmentgesetzen und -vorschriften oder der Überprüfung oder Aufsicht durch bestimmte Behörden. Jeder Gläubiger sollte seine Rechtsberater zurate ziehen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang (i) die Neuen Schuldtitel für ihn zulässige Anlagen darstellen, (ii) die Neuen Schuldtitel zur Besicherung verschiedener Arten von Mittelaufnahmen eingesetzt werden können und (iii) sonstige Beschränkungen für einen Kauf oder eine Verpfändung seiner Neuen Schuldtitel gelten. Finanzinstitute sollten ihre Rechtsberater zurate ziehen oder die zuständigen Aufsichtsbehörden konsultieren, um die angemessene Behandlung der Neuen Schuldtitel im Rahmen maßgeblicher Vorschriften für Risikokapital oder vergleichbarer Vorschriften zu ermitteln.

Risiko der Aussetzung, Unterbrechung oder Beendigung des Handels.

Der Handel mit den Nullkupon-Anleihen kann von der Frankfurter Wertpapierbörse aus vielen Gründen ausgesetzt oder unterbrochen werden, etwa bei einer Überschreitung von Preisbeschränkungen, einem Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften, dem Auftreten von Störungen im Betrieb der Frankfurter Wertpapierbörse oder wenn dies grundsätzlich geboten erscheint, um einen funktionierenden Markt oder die Interessen der Anleger zu schützen. Darüber hinaus kann der Handel mit den Nullkupon-Anleihen beendet werden – bei einem entsprechenden Beschluss der Frankfurter Wertpapierbörse oder einer Aufsichtsbehörde oder auf Antrag des Angebotslegers. Gläubiger werden darauf hingewiesen, dass der Angebotsleger keinen Einfluss auf Aufhebungen oder Unterbrechungen des Handels hat (außer wenn der Handel mit den Nullkupon-Anleihen auf die Entscheidung des Angebotslegers hin beendet wird) und die Anleihegläubiger in jedem Fall die entsprechenden Risiken zu tragen haben. Insbesondere sind Anleihegläubiger möglicherweise nicht in der Lage, bei einer Aussetzung, Unterbrechung oder Beendigung des Handels ihre Nullkupon-Anleihen zu verkaufen, und die Notierungen der Nullkupon-Anleihen an der Frankfurter Wertpapierbörse spiegeln möglicherweise den Preis dieser Nullkupon-Anleihen nicht angemessen wider. Letztendlich sollte Anleihegläubigern bewusst sein, dass auch eine Aussetzung, Unterbrechung oder Beendigung des Handels mit den Nullkupon-Anleihen als Maßnahme möglicherweise weder ausreichend noch angemessen noch rechtzeitig ist, um Preisstörungen vorzubeugen oder um die Interessen der Anleihegläubiger zu wahren. Beispielsweise kann bei einer Aussetzung des Handels mit den Nullkupon-Anleihen nach der Veröffentlichung preissensitiver Informationen bezüglich der Nullkupon-Anleihen der Preis der Nullkupon-Anleihen bereits nachteilig beeinflusst worden sein. Sämtliche dieser Risiken hätten, wenn sie einträten, erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Preis der Nullkupon-Anleihen.

KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE

Einleitung

Nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage angegeben sind, bietet der Angebotsleger (vorbehaltlich der in diesem Dokument enthaltenen Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen) den Gläubigern an, sämtliche Schuldtitel zum maßgeblichen Gesamtkaufpreis für das Barangebot im Rahmen des Barangebots zu erwerben oder (ii) sämtliche Schuldtitel gegen die Gesamtgegenleistung im Rahmen des Umtauschangebots zu erwerben. Bei der Abgabe einer Tender Anweisung für jeden spezifischen Schuldtitel sind die Annehmenden Gläubiger berechtigt, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen oder, im Fall von Klasse B-Schuldtiteln, ihre Klasse B-Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen umzutauschen. Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen. Zudem darf die Entscheidung, Klasse B-Schuldtitel zum maßgeblichen Umtauschverhältnis in entweder Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen umzutauschen nur hinsichtlich jeder Serie von Klasse B-Schuldtiteln, die im Rahmen des Umtauschangebots umgetauscht werden, getroffen werden.

Vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbene Eingereichte Schuldtitel oder vom Angebotsleger umgetauschte Eingereichte Schuldtitel (und sämtliche künftige Ausschüttungen auf Eingereichte Schuldtitel, die vom Angebotsleger erworben und/oder umgetauscht wurden) werden bis zur Rückzahlung des Finanzierungsrahmens für die Barangebote an die ABBAG und bis zur Finanzierung der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich durch den Angebotsleger verpfändet und nicht weiterverkauft.

Für Eingereichte Schuldtitel, die von dem Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots in Nullkupon-Anleihen umgetauscht wurden (und allfällige zukünftige Ausschüttungen aus diesen Eingereichten Schuldtiteln), werden (i) ein erstrangiges Pfandrecht an die ABBAG und (ii) ein erstrangiges Pfandrecht an den Sicherheitentreuhänder zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Gläubiger der Nullkupon-Anleihen gewährt. Obwohl beide Pfandrechte gemäß den Bestimmungen des Verpfändungsvertrags gleichrangig sind, ist die ABBAG erst nach der vollständigen Erfüllung aller dem Sicherheitentreuhänder gegenüber besicherten Verpflichtungen zur Verwertung ihres Pfandrechts berechtigt. Falls Gläubiger von Nullkupon-Anleihen zum Erhalt eines Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises berechtigt sind, wird das der ABBAG und dem Sicherheitentreuhänder zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Gläubiger der Nullkupon-Anleihen begründete Pfandrecht freigegeben, soweit dies für die Finanzierung dieses Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erforderlich ist. Darüber hinaus wird das dem Sicherheitentreuhänder gewährte Pfandrecht zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Gläubiger der Nullkupon-Anleihen nach einem (Rück-)Kauf der Nullkupon-Anleihen anteilig freigegeben.

Hinweis nach § 2a Abs. 2 Z 5 und Z 11 FinStaG

Gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG erfolgt der Erwerb und/oder Umtausch der Schuldtitel mit der Bekanntmachung, dass die folgenden Transaktionsbedingungen eingetreten sind:

- (i) sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot wurde jeweils von zumindest einem Viertel des kumulierten Gesamtnominales aller vom maßgeblichen Klasse A-Angebot bzw. Klasse B-Angebot jeweils erfassten Schuldtitel angenommen,**

und

- (ii) eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnominales aller vom Klasse A-Angebot und Klasse B-Angebot gemeinsam erfassten Schuldtitel hat die Angebote angenommen.

Nach § 2a Abs. 5 FinStaG führt die Bekanntmachung des Eintritts der vorstehend dargelegten Transaktionsbedingungen zu den folgenden Rechtswirkungen – auch für jene Gläubiger, die die Angebote nicht annehmen, sowie Gläubiger, deren Tender Anweisungen unwirksam sind oder wirksam widerrufen werden:

- (i) Ansprüche aus den Ausfallsbürgschaften auf Zahlung von Kapital und Zinsen und allfällige sonstige unter den maßgeblichen Schuldtiteln fälligen Beträge werden auf einen Betrag in Höhe der maßgeblichen Ausgleichszahlung beschränkt; und
- (ii) eine allfällige Zwangsvollstreckung in Bezug auf die Ausfallsbürgschaften ist nur bis zur Höhe der maßgeblichen Ausgleichszahlung zulässig.

Annehmende Gläubiger sollten beachten, dass im Fall des Erwerbs und/oder Umtauschs alle bestehenden und künftigen Haftungs- und Sicherungsansprüche, die sich auf einen Eingereichten Schuldtitel beziehen und die zwischen dem Gläubiger dieses Eingereichten Schuldtitels und den Ausfallsbürgen als haftende Rechtspersonen bestehen, am Abwicklungstag auf den Angebotsleger übergehen (Hinweis gemäß § 2a Abs. 2 Z 5 FinStaG).

Transaktionsbedingungen

Der Angebotsleger wird Eingereichte Schuldtitel im Rahmen eines Angebots zum Abwicklungstag nur erwerben und/oder umtauschen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot wurde jeweils von zumindest einem Viertel des kumulierten Gesamtnominales aller vom maßgeblichen Klasse A-Angebot bzw. Klasse B-Angebot jeweils erfassten Schuldtitel angenommen; und
2. eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnominales der vom Klasse A-Angebot und Klasse B-Angebot gemeinsam erfassten Schuldtitel hat die Angebote angenommen.

Allgemeine Bedingungen der Angebote

In allen Fällen erwirbt und/oder tauscht der Angebotsleger allfällige Schuldtitel gegen Barzahlung im Rahmen des Angebots nur nach Zugang einer gültigen Tender Anweisung beim Tender Agent in Übereinstimmung mit dem im Abschnitt „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten – Tender Anweisungen*“ dargelegten Verfahren um. Zu diesen Verfahren zählen die Sperrung von Schuldtiteln oder – bei Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt – vergleichbare Einschränkungen der Übertragung oder Abtretung wie im Abschnitt „*Risikofaktoren und andere Überlegungen – Schuldtitel der Annehmenden Gläubiger werden gesperrt*“ erläutert.

Der Angebotsleger verpflichtet sich hiermit bedingungslos und unwiderruflich, dass weder er selbst noch ein von ihm beherrschtes oder finanziertes Unternehmen (sofern vorhanden) (i) einem Gläubiger der Schuldnerin ein finanziell günstigeres Angebot für den Erwerb und/oder Umtausch von Schuldtiteln unterbreiten wird, (ii) mit Gläubigern der Schuldnerin auf freiwilliger Basis eine sonstige Transaktion zu finanziell günstigeren Bedingungen bezüglich der Schuldtitel eingehen wird oder (iii) die Beilegung von Gerichtsverfahren bezüglich der Schuldtitel, an denen Gläubiger der Schuldnerin beteiligt sind, zu finanziell günstigeren Bedingungen vereinbaren wird, jeweils im

Vergleich zu den Konditionen und Bedingungen der Angebote. Bitte beachten Sie zu den Rufo-Verpflichtungserklärungen der Republik Österreich und des Landes Kärnten auch Anlage H.

Die vorstehenden Bestimmungen sind nicht anwendbar, wenn allen Annehmenden Gläubigern zeitgleich diese finanziell günstigeren Angebote, Transaktionen oder Beilegungen angeboten werden. Unbeschadet des Vorstehenden sind Zahlungen an Gläubiger der Schuldnerin, die nach Maßgabe einer vollstreckbaren Gerichtsentscheidung erfolgen, erlaubt, sofern diese Entscheidung nicht aus einem Anerkenntnis oder einer nicht erfolgten Ergreifung von nach anwendbarem Recht verfügbarem, vernünftigem Verteidigungsvorbringen oder Rechtsbehelfen resultiert.

Die Republik Österreich und das Land Kärnten haben entsprechend ihren maßgeblichen dieser Angebotsunterlage als Anhang H angehängten Erklärungen vergleichbare Zusagen abgegeben. Die vorstehenden Verpflichtungen des Angebotslegers, der Republik Österreich und des Landes Kärnten entfallen, wenn die Transaktionsbedingungen nach dem Ende der Angebotsfrist nicht erfüllt werden.

Angebotszeitraum

Die Angebote beginnen mit Beginn der Angebotsfrist und enden mit Ende der Angebotsfrist. Sämtliche Tender Anweisungen (einschließlich früherer Tender Anweisungen und Kopien der Originaldokumente in Bezug auf Schuldscheine, Namensschuldverschreibungen bzw. Pfandbriefbank-Ansprüche) müssen dem Tender Agent bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisung vom Tender Agent im Rahmen der Angebotsannahme berücksichtigt wird. Der Tender Agent kann nicht garantieren, dass Tender Anweisungen, die nach dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen, im Rahmen der Annahme der Angebote berücksichtigt werden. Schuldverschreibungsgläubiger werden darauf hingewiesen, dass sie allfällige von Intermediären und Clearingsystemen gesetzte Fristen – wie im nachstehenden Abschnitt „– Von Clearingsystemen und Intermediären gesetzte Fristen“ dargelegt – einzuhalten haben.

Von Clearingsystemen und Intermediären gesetzte Fristen

Schuldverschreibungsgläubigern wird empfohlen, mit jedem Intermediär und/oder Clearingsystem, über den bzw. das die Gläubiger Schuldverschreibungen halten, zu klären, wann diesem Intermediär und/oder dem Clearingsystem Tender Anweisungen oder Widerrufsanweisungen von einem Gläubiger zugehen müssen, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisungen vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen von dem Tender Agent bearbeitet werden. Die von einem solchen Intermediär und jedem Clearingsystem gesetzten Fristen für die Abgabe von Tender Anweisungen und allfälligen Widerrufsanweisungen werden vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen enden.

Gesamtkaufpreis für das Barangebot

Der Angebotsleger zahlt jedem Annehmenden Gläubiger, der ein Barangebot annimmt, in Bezug auf die Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworben wird, die Summe (i) des maßgeblichen Kaufpreises in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der am Abwicklungstag zu zahlen ist, und (ii) des maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist zu zahlen ist.

Kaufpreis für das Barangebot

Nach Maßgabe der in dieser Angebotsunterlage enthaltenen Konditionen und Bedingungen zahlt der Angebotsleger am Abwicklungstag jedem Annehmenden Gläubiger in Bezug auf jede Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen Eingereichten Schuldtitels einen Kaufpreis in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels, bestehend aus (i) der maßgeblichen HETA-Kompensationszahlung, (ii) der maßgeblichen Ausgleichszahlung, wie jeweils in Teil 1 von Anhang A und Anhang B dargelegt, und (iii) der Freiwilligen Prämie. Gemäß § 2a Abs. 2 FinStaG ist in den Angeboten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerin beziehungsweise der Ausfallsbürgen angemessen zu berücksichtigen. Sofern im Rahmen des Barangebots alle Schuldtitel eingereicht werden, beträgt der Gesamtbetrag des vom Angebotsleger zu zahlenden Kaufpreises für die Schuldtitel in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels insgesamt ungefähr EUR 7,79 Mrd. Siehe „*Ermittlung des Kaufpreises und der Gegenleistung für das Umtauschangebot*“.

Der Klasse A-Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels in Bezug auf jeden Klasse A-Schuldtitel sowie die Klasse A-HETA-Kompensationszahlung und die Klasse A-Ausgleichszahlung in Bezug auf jeden Klasse A-Schuldtitel ist in der entsprechenden Spalte in Teil 1 des Anhangs A aufgeführt. Der Klasse B-Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels in Bezug auf jeden Klasse B-Schuldtitel sowie die Klasse B-HETA-Kompensationszahlung, sofern vorhanden, und die Klasse B-Ausgleichszahlung in Bezug auf jeden Klasse B-Schuldtitel ist in der entsprechenden Spalte in Teil 1 des Anhangs B aufgeführt.

Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis für das Barangebot

Am Tag der rechtskräftigen Beendigung der Abwicklung der Schuldnerin oder sobald wie möglich nach diesem Tag legt eine unabhängige Berechnungsstelle, die eine unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein und vom Angebotsleger ausgewählt werden wird, im Auftrag des Angebotslegers den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitel fest. Der Angebotsleger wird unter Zugrundelegung eines wirtschaftlich vernünftigen Aufwands den zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis berechtigten Personen die der Errechnung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zugrundegelegten Berechnungen zugänglich machen.

Nach der erfolgten Festlegung hat der Angebotsleger unverzüglich den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in Bezug auf jede Angepasste Festgelegte Stückelung für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitel im Wege einer Bekanntgabe (wie im nachstehenden Abschnitt „– *Bekanntmachungen*“ dargelegt) bekanntzugeben.

Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot

Gläubiger, die das Umtauschangebot annehmen, erhalten als Gegenleistung für die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes von dem Angebotsleger gemäß dem Umtauschangebot umgetauschten Eingereichten Schuldtitels (i) die für das Umtauschangebot geltende Gegenleistung und (ii) den maßgeblichen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, sofern vorhanden, in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, die spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist zu zahlen ist.

Gegenleistung für das Umtauschangebot

Der Angebotsleger wird die Klasse A-Schuldtitel und die Klasse B-Schuldtitel von Annehmenden Gläubigern, die das Umtauschangebot annehmen, in die Neuen Schuldtitel gemäß dem maßgeblichen Umtauschverhältnis umtauschen:

- jeder (wie nachstehend beschrieben umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Klasse A-Schuldtitels eines Annehmenden Gläubigers im Rahmen des Umtauschangebots wird in einen entsprechenden Barwert der Nullkupon-Anleihen umgetauscht, und zwar auf den nächsten ganzen Euro gerundet, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet; und
- jeder (wie nachstehend beschrieben umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Klasse B-Schuldtitels eines Annehmenden Gläubigers im Rahmen des Umtauschangebots wird, nach Wahl des maßgeblichen das Umtauschangebot Annehmenden Gläubigers, gemäß den Vorgaben der Tender Anweisung (i) in einen entsprechenden Barwert der Nullkupon-Anleihen, dividiert durch 2 (zwei), umgetauscht und auf den nächsten ganzen Euro gerundet, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet, oder (ii) in einen entsprechenden Barwert der Nullkupon-Schuldscheindarlehen, gerundet auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet, umgetauscht. Die Entscheidung, Klasse B-Schuldtitel entweder in Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen zum maßgeblichen Umtauschverhältnis umzutauschen, kann nur in Bezug auf die jeweilige im Umtauschangebot von den einreichenden Gläubiger eingereichte Serie von Klasse B-Schuldtiteln getroffen werden.

Sofern dies zur Berechnung der Gegenleistung für das Umtauschangebot erforderlich ist, werden auf CHF und JPY lautende Beträge zu den FMA-Bescheidwechselkursen (d. h. CHF 1,0636 je EUR 1 und JPY 134,05 je EUR 1) in EUR umgerechnet.

Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen und der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird am Tag der Fälligkeitsbestimmung berechnet. Die Fälligkeit

- (i) der Nullkupon-Anleihen wird anhand der unten angeführten Preisformel unter Verwendung des Nullkupon-Anleihen-Spread und eines Ausgabepreises in Höhe von 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihen ermittelt. Am 29. August 2016 wäre das Fälligkeitsdatum der Nullkupon-Anleihen unter Zugrundelegung der ZCB-Euro-Swap-Rate in Höhe von 0,67% und dem Nullkupon-Anleihen-Spread (und demnach einem Gesamtzins in Höhe von 0,59%) auf den 9. September 2034 gefallen; und
- (ii) der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird anhand der unten angeführten Preisformel unter Verwendung eines Ausgabepreises in Höhe von 45% des Nennbetrags der Nullkupon-Schuldscheindarlehen ermittelt. Am 29. August 2016 wäre das Fälligkeitsdatum der Nullkupon-Schuldscheindarlehen unter Zugrundelegung einer RAGB-Null-Rate in Höhe von 1,456% auf den 8. Januar 2072 gefallen; und

$$\frac{1}{(1+Y)^n}$$

Dabei gilt:

„**Zinstagequotient Actual/Actual**“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgebliche Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

„**n**“ steht für die Fälligkeit des jeweiligen Neuen Schuldtitels (berechnet in Jahren unter Zugrundelegung des Zinstagequotienten Actual/Actual).

„**Y**“ bezeichnet (i) im Fall der Nullkupon-Anleihen die Summe aus dem Nullkupon-Anleihen-Spread und der ZCB Euro Swap Rate für einen Zeitraum von *n* Jahren und (ii) im Fall der Nullkupon-Schuldscheindarlehen die RAGB-Null-Rate für einen Zeitraum von *n* Jahren.

Am Abwicklungstag liefert der Angebotsleger jedem Annehmenden Gläubiger, der ein Umtauschangebot annimmt, in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der von dem Angebotsleger gemäß dem Umtauschangebot umgetauscht wurde, den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel oder stellt die entsprechende Lieferung sicher. Die Lieferung erfolgt hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen (i) im Fall von eingereichten Schuldverschreibungen an das Wertpapierdepot, von dem aus die eingereichten Schuldverschreibungen eingereicht und gesperrt wurden, oder (ii) im Fall von eingereichten Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen an das Wertpapierdepot, das in der Tender Anweisung des Annehmenden Gläubigers angegeben ist. Der Angebotsleger wird seine Ansprüche gegen die Republik Österreich unter den maßgeblichen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den maßgeblichen Annehmenden Gläubiger abtreten. Die Unterzeichnung des jeweiligen Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger und die Versendung des unterzeichneten Dokuments an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax stellt die Lieferung dar. Um den wirksamen Abschluss des Abtretungsvertrages herbeizuführen, muss der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie des gegengezeichneten Dokuments unverzüglich an den Angebotsleger per Email an die Adresse office@kaf.gv.at zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, die sich aus dem maßgeblichen Umtauschverhältnis ergibt, ist in den entsprechenden Spalten in Teil 2 von Anhang A und Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben. Voraussetzung für die Abwicklung der Angebote sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung des Umtauschangebots für einzelne Annehmende Gläubiger kann sich verzögern, wenn Annehmende Gläubiger dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren.

Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis für das Umtauschangebot

Am oder sobald wie möglich nach dem Tag, an dem die Abwicklung der Schuldnerin rechtskräftig wird, legt eine unabhängige Berechnungsstelle, die eine unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein und vom Angebotsleger ausgewählt werden wird, im Auftrag

des Angebotslegers den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitel fest. Der Angebotsleger wird unter Zugrundelegung eines wirtschaftlich vernünftigen Aufwands den zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis berechtigten Personen die der Errechnung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zugrundegelegten Berechnungen zugänglich machen.

Nach der erfolgten Festlegung hat der Angebotsleger unverzüglich den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in Bezug auf jede Angepasste Festgelegte Stückelung für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitel im Wege einer Bekanntgabe (wie im nachstehenden Abschnitt „– *Bekanntmachungen*“ dargelegt) bekanntzugeben.

Sonstige Bedingungen bezüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises, der sowohl für das Bar- als auch für das Umtauschangebot maßgeblich ist

Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises (falls einschlägig) (Erklärung des Angebotslegers gemäß § 2a Abs. 2 Z 4 FinStaG)

Sofern der Angebotsleger gültige und vollständige Kontoangaben und andere relevante Informationen, die den Annehmenden Gläubiger identifizieren, erhalten hat „– *Zahlungsinformationen für die Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises*“, zahlt der Angebotsleger nach dem Liquidationsstichtag, jedoch spätestens am letzten Tag der Endgültigen Abwicklungsfrist, dem Annehmenden Gläubiger für jede Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitels den maßgeblichen allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels.

Keinen Kapitalanteil; keine Zertifikate

Das Recht auf Erhalt des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises (falls einschlägig) stellt keinen Kapitalanteil an der Schuldnerin dar und verleiht Annehmenden Gläubigern weder Stimmrechte in Bezug auf die Schuldnerin noch Ansprüche auf deren Vermögen.

Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis nicht besichert

Mittel, die der Angebotsleger im Rahmen der Eingereichten Schuldtitel erhält, dienen nicht als Sicherungsgut für die Rückzahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises. Die Mittel werden auf Konten gehalten, die entweder zugunsten der ABBAG als Sicherheit für die Finanzierungsvereinbarung und/oder zugunsten des Sicherheitentreuhänders als Sicherheit für die Nullkupon-Anleihen verpfändet sind. Diese verpfändeten Mittel werden zur Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises freigegeben.

Zahlungsinformationen für die Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises

Das Recht der Annehmenden Gläubiger, den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten, ist davon abhängig, ob der Angebotsleger gültige und vollständige Kontoangaben und andere relevante Informationen, die den Annehmenden Gläubiger identifizieren, erhalten hat und ob Annehmende Gläubiger den Angebotsleger über allfällige Änderungen dieser Informationen informieren.

Damit Tender Anweisungen im Rahmen der Angebote angenommen werden können, müssen die Annehmenden Gläubiger den Namen des wirtschaftlich Berechtigten nennen, welcher den Schuldtitel gemäß den Angeboten einreicht. Darüber hinaus müssen Annehmende Gläubiger zur Sicherstellung, dass der Angebotsleger die notwendigen Informationen erhalten hat, um dem

Annehmenden Gläubiger den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu zahlen, bei jeder Tender Anweisung die weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen angeben (darunter E-Mail Adresse, Telefonnummer, Name der Bank, Sitz der Bank, SWIFT-Code, Name des Bankkontos, Nummer des Bankkontos und die IBAN des Bankkontos). Tender Anweisungen von Annehmenden Gläubigern, die diese weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen nicht angeben, werden dennoch für den Zweck der Annahme der Angebote als rechtswirksam abgegeben anerkannt, jedoch sollten solche Annehmenden Gläubiger zur Kenntnis nehmen, dass sie diese weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen dem Angebotsleger mitteilen müssen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten. Der Angebotsleger wird auf seiner Website (www.kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at) Informationen dazu veröffentlichen, wie diese Angaben nach Vollzug der Angebote aktualisiert oder nachgetragen werden können.

Angepasste Festgelegte Stückelung; keine weiteren Zinsen

Die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Schuldtitels entspricht in Bezug auf jeden Schuldtitel außer eines HETA Nullkupon-Schuldtitels der Summe aus (i) der Festgelegten Stückelung jedes Schuldtitels und (ii) den aufgelaufenen und nicht gezahlten Zinsen in Bezug auf die Festgelegte Stückelung jedes Schuldtitels bis einschließlich 1. März 2015 und in Bezug auf einen HETA Nullkupon-Schuldtitel dessen Amortisiertem Nennbetrag bis einschließlich zum 1. März 2015.

Zusätzlich wird der allfällige Bedingte Zusätzliche Kaufpreis Zinsen enthalten, sofern der Angebotsleger solche in Bezug auf jeden Eingereichten Schuldtitel erhält. Weitere Zinszahlungen werden jedoch nicht erwartet, weil die Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 (i) eine Gläubigerbeteiligung an allen Zinszahlungsverpflichtungen der Schuldnerin, die bis einschließlich 28. Februar 2015 aufgelaufen sind, angeordnet hat und (ii) die Bestimmungen aller Schuldtitel derart geändert hat, dass zum 1. März 2015 sämtliche Schuldtitel einen Zinssatz von null haben.

Außer als Teil des Kaufpreises, der Neuen Schuldtitel oder des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises beabsichtigt der Angebotsleger nicht, für irgendeinen Zeitraum Zinsen in Bezug auf die durch den Angebotsleger im Rahmen der Angebote gekauften und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel zu zahlen.

Ergebnisbekanntmachung

Sofern die Transaktionsbedingungen erfüllt sind, werden die endgültigen Ergebnisse der Angebote am Abwicklungstag in der FinStaG-Ergebnisbekanntmachung gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG bekannt gegeben. In der FinStaG-Ergebnisbekanntmachung gibt der Angebotsleger Folgendes bekannt:

- (i) den endgültigen Gesamtnennbetrag der im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel jeder Serie;
- (ii) den endgültigen Gesamtnennbetrag aller im Rahmen aller Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel aller Serien jeder Klasse;
- (iii) den endgültigen Gesamtnennbetrag aller im Rahmen aller Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel aller Serien aller Klassen;
- (iv) dass die Transaktionsbedingungen erfüllt sind; und
- (v) den Nominalbetrag von den zu begebenden Neuen Schuldtiteln sowie deren Fälligkeit.

Die FinStaG-Ergebnisbekanntmachung wird im Wege von Bekanntmachungen, wie sie im nachstehenden Abschnitt „– *Bekanntmachungen*“ dargelegt sind, verbreitet.

Widerrufsrechte und Rechte zur Änderung von Tender Anweisungen

Gläubiger können ihre Tender Anweisungen jederzeit vor Ende der Frist für Tender Anweisungen widerrufen oder ändern, vorausgesetzt, dass die Anweisungen zum Widerruf oder zur Änderung dem Tender Agent vor Ende der Angebotsfrist zugegangen sind. Schuldverschreibungsgläubiger werden darauf hingewiesen, dass sie allfällige von Intermediären und Clearingsystemen gesetzte Fristen – wie im vorstehenden Abschnitt „– *Von Clearingsystemen und Intermediären gesetzte Fristen*“ dargelegt – einzuhalten haben.

Gläubiger, die ihr oben beschriebenes Widerrufsrecht ausüben oder ihre Tender Anweisungen ändern möchten, müssen dies entsprechend den folgenden Vorgaben tun.

Eine Tender Anweisung kann widerrufen oder geändert werden

- (i) in Bezug auf Schuldverschreibungen durch den Gläubiger – oder in seinem Namen den betreffenden Direkten Teilnehmer – durch Abgabe einer gültigen elektronischen Widerrufsanweisung beim entsprechenden Clearingsystem; oder
- (ii) in Bezug auf Schuldtitel, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, durch Abgabe eines ordnungsgemäß unterzeichneten Originals einer gültigen Widerrufsanweisung durch einen Gläubiger an den Tender Agent.

Derartige Widerrufs- oder Änderungsanweisungen müssen folgende Angaben enthalten:

- (i) die gesamte Festgelegte Stückelung der Eingereichten Schuldtitel, auf den sich die ursprüngliche Tender Anweisung bezog; und den einmaligen Referenzcode, der sich auf die ursprüngliche Tender Anweisungen bezieht;
- (ii) in Bezug auf Schuldverschreibungen das Wertpapierdepot, dem die Eingereichten Schuldtitel gutgeschrieben oder auf dem sie freigegeben werden, sowie alle sonstigen vom betreffenden Clearingsystem geforderten Informationen;
- (iii) in Bezug auf alle anderen Schuldtitel außer Schuldverschreibungen alle vom Tender Agent verlangten Informationen.

Gläubiger werden darauf hingewiesen, dass sie allfällige von Intermediären und Clearingsystemen gesetzte Fristen – wie im vorstehenden Abschnitt „– *Von Clearingsystemen und Intermediären gesetzte Fristen*“ dargelegt – einzuhalten haben.

Im Falle des Widerrufs oder einer Änderung einer Tender Anweisungen gilt Folgendes:

- (i) Bei Schuldverschreibungen wird der maßgebliche Schuldtitel im Fall eines Widerrufs im Clearingsystem-Konto des Direkten Teilnehmers freigegeben.
- (ii) Bei Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, darf der maßgebliche Schuldtitel im Fall eines Widerrufs gemäß den Bedingungen dieser Schuldtitel frei abgetreten und/oder übertragen werden, und allfällige Originaldokumente im Zusammenhang mit den Schuldtiteln werden dem Gläubiger wieder ausgehändigt.

Gläubiger, die eine Änderung ihrer Tender Anweisungen in Übereinstimmung mit den obigen Ausführungen vornehmen möchten, haben eine Widerrufsanweisung – wie vorstehend dargelegt – und eine neue Tender Anweisung – wie im nachstehenden Abschnitt „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten – Tender Anweisungen*“ erläutert – abzugeben.

Erwerb Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger

Mit Abgabe einer gültigen Tender Anweisung in Bezug auf das Barangebot gilt Folgendes: Der Gläubiger nimmt das maßgebliche Barangebot des Angebotslegers zum Abschluss eines bindenden Kaufvertrags bezüglich des Eingereichten Schuldtitels (im Umfang der gesamten Festgelegten Stückelung (falls einschlägig)) an. Der Erwerb nach den Bestimmungen des maßgeblichen Barangebots wirksam eingereichter Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger ist unwiderruflich und ist nur bedingt durch (i) die Ausübung von Widerrufs-/Änderungsrechten seitens der Gläubiger vor dem Ende der Angebotsfrist (vorausgesetzt, dass die Anweisungen zum Widerruf oder zur Änderung dem Tender Agent vor Ende der Frist für Tender Anweisungen zugeworfen sein müssen, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisungen vom Tender Agent berücksichtigt werden) und (ii) die aufschiebende Bedingung der Erfüllung der Transaktionsbedingungen.

Umtausch durch den Angebotsleger von Eingereichten Schuldtiteln in Neue Schuldtitel

Mit Abgabe einer gültigen Tender Anweisung in Bezug auf das Umtauschangebot gilt Folgendes: Der Gläubiger nimmt das maßgebliche Umtauschangebot des Angebotslegers zum Abschluss eines bindenden Vertrags bezüglich des Umtauschs des Eingereichten Schuldtitels in Neue Schuldtitel an. Der Umtausch nach den Bestimmungen des maßgeblichen Umtauschangebots für Neue Schuldtitel wirksam eingereichter Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger ist unwiderruflich und ist nur bedingt durch (i) die Ausübung von Widerrufs-/Änderungsrechten seitens der Gläubiger vor dem Ende der Angebotsfrist (vorausgesetzt, dass die Anweisungen zum Widerruf oder zur Änderung dem Tender Agent vor Ende der Frist für Tender Anweisungen zugeworfen sein müssen, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisungen vom Tender Agent berücksichtigt werden) und (ii) die aufschiebende Bedingung der Erfüllung der Transaktionsbedingungen.

Abwicklung aller Erwerbs- und/oder Umtauschhandlungen Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger

Am Abwicklungstag wird der Angebotsleger

- (A) als Gegenleistung für alle Eingereichten Schuldtitel, die von dem Angebotsleger gemäß dem Umtauschangebot umgetauscht werden (siehe „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten*“), den maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel über das Nullkupon-Anleihen Clearingsystem an die Annehmenden Gläubiger, die den Erhalt der Nullkupon-Anleihen gewählt haben, liefern, und zwar an
 - (i) im Fall von Schuldverschreibungsgläubigern – dasselbe Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto des maßgeblichen Annehmenden Gläubigers (falls dieser Gläubiger ein Direkter Teilnehmer ist) oder des im Namen des Annehmenden Gläubigers handelnden Direkten Teilnehmers, auf dem die maßgeblichen eingereichten Schuldverschreibungen jeweils gesperrt waren; oder
 - (ii) im Fall von Gläubigern von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen – das Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto, das dem Tender Agent von diesem Gläubiger in der maßgeblichen Tender Anweisung angegeben wird;und/oder
- (B) als Gegenleistung für alle Eingereichten Schuldtitel, die von dem Angebotsleger gemäß dem Umtauschangebot umgetauscht werden (siehe „*Verfahren für die Teilnahme an den*

Angeboten“), den maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrag der maßgeblichen Neuen Schuldtitel durch Abtretung seiner Ansprüche gegen die Republik Österreich unter den maßgeblichen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Annehmenden Gläubiger, die den Erhalt der Nullkupon-Schuldscheindarlehen gewählt haben, liefern. Die Unterzeichnung des jeweiligen Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger und die Versendung des unterzeichneten Dokuments an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax stellt die Lieferung dar. Um den wirksamen Abschluss des Abtretungsvertrages herbeizuführen, muss der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie des gegengezeichneten Dokuments unverzüglich an den Angebotsleger per Email an die Adresse office@kaf.gv.at zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben; und/oder

- (C) den maßgeblichen Kaufpreis in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels für alle von dem Angebotsleger gemäß dem Barangebot erworbenen Eingereichten Schuldtitel zahlen:
- (i) bei Schuldverschreibungen in sofort verfügbaren Mitteln, die den Clearingsystemen des maßgeblichen Direkten Teilnehmers für Zahlungen an die Konten der maßgeblichen Gläubiger in den Clearingsystemen zugunsten dieser Gläubiger zugeführt werden; oder
 - (ii) bei Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, in sofort verfügbaren Mitteln, die auf die maßgeblichen in der maßgeblichen Tender Anweisung angegebenen Bankkonten der Gläubiger der Eingereichten Schuldtitel überwiesen werden (siehe Abschnitt *„Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten“*).

Nullkupon-Anleihen

Um an dem Umtauschangebot teilnehmen und Nullkupon-Anleihen erhalten zu können, sollten Annehmende Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen sich dessen bewusst sein, dass sie entweder (i) ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten müssen oder (ii) einen direkten Teilnehmer von Euroclear/Clearstream, Luxemburg, der ein solches Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen müssen, in ihren Namen zu handeln. Die Abwicklung des Umtauschangebots erfolgt durch die Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel an dieses Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot durch den Tender Agent am Abwicklungstag. Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen, die einen direkten Teilnehmer, der ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen, müssen dem Tender Agent in der Tender Anweisung die Kontoangaben dieses direkten Teilnehmers zur Verfügung stellen. Damit diese Gläubiger den maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel auf ihr eigenes Wertpapierdepot erhalten, müssen sie mit dem direkten Teilnehmer vereinbaren bzw. durch ihre Verwahrstelle sicherstellen lassen, dass der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in ihr Wertpapierdepot eingebucht wird. Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen, die ihr eigenes Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten, müssen dem Tender Agent diese Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Kontoangaben in der Tender Anweisung zur Verfügung stellen und werden diesen entsprechende Anweisungen des Tender Agents bei Euroclear-/Clearstream, Luxemburg eingeben müssen, damit die Nullkupon-Anleihen geliefert werden.

Nullkupon-Schuldscheindarlehen

Es ist nicht erforderlich, Konten zu unterhalten, um Ansprüche unter dem Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten. Die "Abwicklung" gilt in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tenderanweisung angegeben wurde. Damit der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag wirksam abschließen kann, muss er den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Weitere Bestimmungen bezüglich der Nullkupon-Anleihen und der Nullkupon-Schuldscheindarlehen

In jedem Fall gilt, dass

- (A) die Lieferung des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen an dieses Clearingsystem gemäß dem Umtauschangebot; oder
- (B) die Abtretung des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel hinsichtlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den maßgeblichen Annehmenden Gläubiger; oder
- (C) die Leistung dieser Zahlung durch oder für den Angebotsleger gemäß dem Barangebot
 - (i) an das betreffende Nullkupon-Anleihen Clearingsystem im Fall von Schuldverschreibungen; bzw.
 - (ii) auf das in der maßgeblichen Tender Anweisung angegebene Bankkonto im Fall von allen anderen Schuldtiteln als Schuldverschreibungen

die Verpflichtungen des Angebotslegers aus dem Erwerb und/oder Umtausch des Eingereichten Schuldtitels im Rahmen der Angebote erfüllt, und alle bestehenden und künftigen Haftungs- und Sicherungsansprüche, die sich auf einen Eingereichten Schuldtitel beziehen und die zwischen dem Gläubiger des Eingereichten Schuldtitels und den Ausfallsbürgen als haftende Rechtsperson bestehen, gehen am Abwicklungstag auf den Angebotsleger über (Hinweis gemäß § 2a Abs. 2 Z 5 FinStaG).

Sofern der Angebotsleger in seinem Namen am oder vor dem Abwicklungstag (i) die vollständige Zahlung des Kaufpreises in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels für alle von dem Angebotsleger gemäß dem Barangebot erworbenen Eingereichten Schuldtitel leistet oder geleistet hat und (ii) den vollständigen Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel für alle von dem Angebotsleger gemäß dem Umtauschangebot umgetauschten Eingereichten Schuldtitel liefert oder geliefert hat, werden unter keinen Umständen Zinsen oder sonstige Beträge infolge

einer Verzögerung bei der Übertragung von Geldern oder der Lieferung des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel von den Clearingsystemen oder einem sonstigen Intermediär im Zusammenhang mit diesen Eingereichten Schuldtiteln zahlbar.

Kosten und Auslagen

Allfällige Gebühren, Kosten und Auslagen, die einem Gläubiger im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an den Angeboten entstehen, einschließlich Gläubigern vonseiten eines Intermediärs berechnete Gebühren, Kosten und Auslagen, sind von diesem Gläubiger zu tragen.

Bekanntmachungen

Die FinStaG-Ergebnisbekanntmachung erfolgt

- (i) über die Website des Angebotslegers;
- (ii) durch Veröffentlichung einer Pressemitteilung über einen Nachrichtendienst;
- (iii) im Falle von in Clearingsystemen gehaltenen Schuldverschreibungen durch Mitteilung an die betreffenden Clearingsysteme zur Weiterleitung an Direkte Teilnehmer sowie im Falle von Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, nach Maßgabe der Regelungen für Mitteilungen in den Bedingungen für den betreffenden Schuldtitel;
- (iv) per E-Mail, Fax, über das LMSS-Portal oder auf die ansonsten in den maßgeblichen Bedingungen festgelegte Weise (bei Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt);
- (v) über die Websites der Luxemburger Wertpapierbörse, der Wiener Börse und/oder einer sonstigen Börse, an der die Schuldtitel gegebenenfalls notiert sind, bzw. eine sonstige von diesen Organisationen geforderte Weise; und
- (vi) durch Veröffentlichung einer Pressemitteilung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung, in der Börsen-Zeitung, im Luxemburger Wort und im Tageblatt.

Sofern nicht etwas anderes festgelegt ist, erfolgen alle sonstigen Bekanntmachungen in Verbindung mit den Angeboten

- (i) über die Website des Angebotslegers; und/oder
- (ii) im Falle von in Clearingsystemen gehaltenen Schuldtiteln durch Mitteilung an die betreffenden Clearingsysteme zur Weiterleitung an Direkte Teilnehmer; und/oder
- (iii) durch Veröffentlichung einer Pressemitteilung über einen Nachrichtendienst.

Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen

Mit Abgabe einer rechtsgültigen Tender Anweisung beim Tender Agent oder beim maßgeblichen Clearingsystem gemäß den Standardverfahren dieses Clearingsystems gelten die folgenden Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen als im Zeitpunkt der Abgabe der Tender Anweisung und am Abwicklungstag durch den Gläubiger bzw. den wirtschaftlich Berechtigten der maßgeblichen Schuldtitel (gegebenenfalls über seinen Intermediär, wobei dieser Intermediär die nachstehenden Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen für den maßgeblichen Gläubiger bzw. den wirtschaftlich Berechtigten oder in dessen Namen erbringt) gegenüber dem Angebotsleger, den Offer Agents, den Agenten der Nullkupon-Anleihen und dem Tender Agent

unwiderruflich und bedingungslos abgegeben (falls der Gläubiger dieser Schuldtitel oder der Direkte Teilnehmer nicht in der Lage ist, diese Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen abzugeben, sollte sich dieser Gläubiger oder Direkte Teilnehmer umgehend mit dem Tender Agent in Verbindung setzen). Jeder Gläubiger erkennt an, dass der Angebotsleger, die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, der Tender Agent sowie gegebenenfalls die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Republik Österreich und die ABBAG als begünstigte Dritte sowie jeder ihrer maßgeblichen derzeitigen oder früheren leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten auf die nachstehenden Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen vertrauen werden. Zur Klarstellung wird Folgendes festgehalten: Handelt der Gläubiger in seiner Funktion als Intermediär, hat nicht der Gläubiger, sondern ausschließlich der wirtschaftlich Berechtigte der maßgeblichen Schuldtitel die nachstehend aufgeführten Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen zu erbringen:

- (a) **Unabhängige Prüfung und keine Empfehlung:** Der Gläubiger hat diese Angebotsunterlage geprüft und akzeptiert die Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen, Konditionen, Bedingungen, Risikofaktoren und sonstigen Erwägungen in Verbindung mit den Angeboten, wie jeweils in dieser Angebotsunterlage dargelegt, und hat die Auswirkungen jedes maßgeblichen Angebots sachgerecht und unabhängig von dem Angebotsleger, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der ABBAG, der Republik Österreich, den Agenten der Nullkupon-Anleihen, den Offer Agents oder dem Tender Agent analysiert; er hat keine Empfehlung vonseiten des Angebotslegers, des Landes Kärnten, der KLH-Rechtsnachfolger, der ABBAG, der Republik Österreich, der Agenten der Nullkupon-Anleihen, der Offer Agents oder des Tender Agent erhalten, ob er das Angebot/die Angebote annehmen und Schuldtitel im Rahmen der Angebote einreichen soll; er hat seine eigene Entscheidung bezüglich der Annahme des Angebots/der Angebote und der Einreichung von Schuldtiteln im Rahmen der Angebote auf Grundlage einer rechtlichen, steuerlichen oder finanziellen Beratung, deren Einholung ihm erforderlich erschien, getroffen.
- (b) **Begrenzte Informationen:** Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, die Republik Österreich, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die ABBAG, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger oder der Tender Agent haben dem Gläubiger über die in dieser Angebotsunterlage enthaltenen Informationen hinaus Informationen bezüglich der Angebote übermittelt; der Gläubiger erkennt an und bestätigt, dass (i) bestimmte Informationen, auf die in dieser Angebotsunterlage Bezug genommen wird oder die dieser beigefügt sind, von Dritten erstellt wurden, und dass weder der Angebotsleger, die Offer Agents, die Republik Österreich, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die ABBAG, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger oder der Tender Agent noch einer bzw. eines seiner maßgeblichen leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten Verantwortung dafür übernehmen, dass diese nicht vom Angebotsleger erstellten Informationen vollständig, richtig und nicht irreführend sind, und (ii) der Gläubiger bei seiner Entscheidung darüber, ob er das Angebot/die Angebote annimmt und Schuldtitel im Rahmen der Angebote einreicht, nicht auf Dokumente vertraut, auf die in dieser Angebotsunterlage Bezug genommen wird, die aber nicht Bestandteil der Angebotsunterlage sind; darüber hinaus verpflichtet er sich bedingungslos und unwiderruflich und sichert bedingungslos und unwiderruflich zu, keine Verfahren in Bezug auf das Bestreiten der Vollständigkeit oder Richtigkeit

derartiger in (i) und (ii) genannter Informationen oder Dokumente zu führen, zu verfolgen, vor Gericht zu bringen, einzuleiten oder zu betreiben.

(c) **Identität:**

- (i) In Bezug auf Schuldverschreibungen gilt die Zustimmung des Gläubigers mit der Sperrung der maßgeblichen Schuldtitel im maßgeblichen Clearingsystem – im Fall eines Direkten Teilnehmers – zur Weitergabe von Angaben zu seiner Identität durch das maßgebliche Clearingsystem an den Tender Agent (und zur Weitergabe dieser Angaben durch den Tender Agent an den Angebotsleger und die Offer Agents sowie ihre maßgeblichen Berater) als erteilt, wodurch er zugleich ausdrücklich einen allfälligen Intermediär, den Angebotsleger, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, den Tender Agent und die Offer Agents von sämtlichen maßgeblichen Verpflichtungen zur Wahrung des Bankgeheimnisses befreit, einschließlich derer nach § 38 des österreichischen Bankwesengesetzes; und
- (ii) in Bezug auf Schuldtitel, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, gilt mit Abgabe einer Tender Anweisung die Zustimmung des Gläubigers zur Weitergabe von Angaben zu seiner Identität durch den Angebotsleger und/oder den Tender Agent, an den Angebotsleger, den Tender Agent, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents und ihre maßgeblichen Berater als erteilt, wodurch er zugleich ausdrücklich einen allfälligen Intermediär, den Angebotsleger, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, den Tender Agent und die Offer Agents von sämtlichen maßgeblichen Verpflichtungen zur Wahrung des Bankgeheimnisses befreit, einschließlich derer nach § 38 des österreichischen Bankwesengesetzes.

(d) **Verzicht auf Rechte und Ansprüche:** Zu den Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen des maßgeblichen Angebots, einschließlich der Transaktionsbedingungen,

- (i) dient der Gläubiger in diesem Angebot in Bezug auf Schuldverschreibungen oder Namensschuldverschreibungen die gesamte Festgelegte Stückelung (oder, im Fall von HETA Nullkupon-Schuldtiteln, den gesamten Amortisierten Nennbetrag) des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, in seinem im maßgeblichen Clearingsystem gesperrten Konto (oder, im Fall von Namensschuldverschreibungen, die gesamte Festgelegte Stückelung (oder, im Fall von HETA Nullkupon-Schuldtiteln, den gesamten Amortisierten Nennbetrag) wie in der maßgeblichen Tender Anweisung angegeben) an und verzichtet jeder Gläubiger der Schuldtitel vorbehaltlich und mit Wirkung vom Zeitpunkt des Erwerbs und/oder Umtauschs durch den Angebotsleger am Abwicklungstag der in diesem Clearingsystem-Konto gesperrten Eingereichten Schuldtitel oder (im Fall von Namensschuldverschreibungen) wie in der maßgeblichen Tender Anweisung angegeben, mit dem Erwerb und/oder Umtausch der Eingereichten Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag bedingungslos und unwiderruflich auf sämtliche Rechte und Ansprüche und den Titel an allen diesen vom Angebotsleger im Rahmen dieses Angebots erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln. Der Gläubiger verzichtet auf sämtliche Rechte oder Ansprüche, die er möglicherweise gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der Republik Österreich und der ABBAG in Bezug auf derartige von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten oder diesem Angebot erworbene und/oder umgetauschte Schuldtitel hat, und gibt diese frei, und er verzichtet bedingungslos und unwiderruflich auf sämtliche gegenwärtigen oder

zukünftigen Ansprüche (einschließlich sämtlicher Ansprüche auf Zinsen, Kosten und Kostenentscheidungen), Klagen und klagbaren Ansprüche (bei denen es sich nicht um Ansprüche aufgrund von Vorsatz handelt), gleich welchen Ursprungs und unabhängig davon, ob sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt bekannt oder unbekannt sind (einschließlich solcher, die sich nach Bekanntmachung dieser Angebotsunterlage aus einer Änderung des für die Angebote einschlägigen Rechts ergeben), und gleich, ob sie sich aus ungeschriebenem oder geschriebenem Recht oder einem Vertragsverstoß oder aus einer unerlaubten Handlung oder Unterlassung, einem Irrtum, einer Anfechtung, einer Anpassung, dem Wegfall der Geschäftsgrundlage oder anderweitig (unabhängig davon, ob bereits ein Schaden entstanden ist) ergeben, die er und die jeder bzw. jedes seiner maßgeblichen derzeitigen oder ehemaligen leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten möglicherweise gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der Republik Österreich und der ABBAG hat oder hatte und die sich aus den von dem Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln oder den Angeboten oder aus außervertraglichen Verpflichtungen aus oder in Verbindung mit den von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten oder von den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln ergeben, mit diesen im Zusammenhang stehen oder mit diesen in jedweder Form verbunden sind, und gibt diese bedingungslos und unwiderruflich frei. Diese Rechte und Ansprüche gehen mit dem Erwerb und/oder Umtausch dieses Schuldtitels am Abwicklungstag auf den Angebotsleger über. Des Weiteren verpflichtet er sich bedingungslos und unwiderruflich und sichert bedingungslos und unwiderruflich zu, keine Verfahren in Bezug auf die von dem Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel oder die Angebote oder außervertragliche Verpflichtungen aus oder in Verbindung mit den von dem Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln oder den Angeboten gegen den Angebotsleger, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Republik Österreich und die ABBAG oder einen bzw. eines ihrer maßgeblichen derzeitigen oder ehemaligen leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten nach dem Erwerb und/oder Umtausch der Eingereichten Schuldtitel am Abwicklungstag gemäß den Bestimmungen der Angebote (weiter) zu führen, zu verfolgen, vor Gericht zu bringen, einzuleiten oder zu betreiben – außer bei Ansprüchen, die sich aus einem vorsätzlichen Fehlverhalten ergeben. Er hat ferner sicherzustellen, dass nach dem Erwerb und/oder Umtausch der Eingereichten Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag gemäß den Konditionen und Bedingungen der Angebote allfällige laufende Verfahren (mit Ausnahme von Verfahren bezüglich Ansprüchen aufgrund eines vorsätzlichen Fehlverhaltens), an denen der Angebotsleger, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Republik Österreich oder die ABBAG beteiligt sind und die sich aus oder im Zusammenhang mit den von dem Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln ergeben, endgültig ausgesetzt werden, und derartige Verfahren nach dem für derartige Verfahren geltenden Verfahrensrecht nicht weiter verfolgt werden. Diese Vereinbarung zwischen dem Gläubiger der maßgeblichen Schuldverschreibungen oder Namensschuldverschreibungen und dem Angebotsleger stellt einen Vertrag zugunsten der Schuldnerin, des Landes Kärnten, der KLH-Rechtsnachfolger, der Republik Österreich und der ABBAG als begünstigte Dritte gemäß § 881 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen

Gesetzbuchs (ABGB) dar. Jegliche Ansprüche, die sich aus den Neuen Schuldtiteln, der Nullkupon-Anleihen-Garantie, der Rückkaufverpflichtung und dem Verpfändungsvertrag ergeben, sind nicht in der Verzichtserklärung gemäß diesem Absatz (i) abgedeckt und sind – bis eine gegenteilige Vereinbarung getroffen wird oder dieser Anspruch erlischt – nach wie vor vollständig durchsetzbar – auch im Fall einer Annahme der Angebote –; und

- (ii) dient der Gläubiger in diesem Angebot in Bezug auf Schuldtitel, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen oder Namensschuldverschreibungen handelt, alle Ansprüche auf Kapital-, Zins- und allfällige sonstige Zahlungen in Bezug auf den (vollständigen oder partiellen) diesem Gläubiger im Rahmen des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels geschuldeten und in der maßgeblichen Tender Anweisung angegebenen Gesamtnennbetrag an und verzichtet jeder Gläubiger der Schuldtitel vorbehaltlich und mit Wirkung vom Zeitpunkt des Erwerbs und/oder Umtauschs durch den Angebotsleger an dem in dieser Tender Anweisung angegebenen Abwicklungstag des Schuldtitels bedingungslos und unwiderruflich auf sämtliche Rechte und Ansprüche und den Titel an allen diesen vom Angebotsleger im Rahmen des Angebots am Abwicklungstag erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln. Der Gläubiger verzichtet auf sämtliche Rechte oder Ansprüche, die er möglicherweise gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der Republik Österreich und der ABBAG in Bezug auf derartige von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten bzw. diesem Angebot erworbene und/oder umgetauschte Schuldtitel hat, und gibt diese frei, und verzichtet bedingungslos und unwiderruflich auf sämtliche gegenwärtigen oder zukünftigen Ansprüche (einschließlich sämtlicher Ansprüche auf Zinsen, Kosten und Kostenentscheidungen), Klagen und klagbare Ansprüche (bei denen es sich nicht um Ansprüche aufgrund von Vorsatz handelt), gleich welchen Ursprungs und unabhängig davon, ob sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt bekannt oder unbekannt sind (einschließlich solcher, die sich nach Bekanntmachung dieser Angebotsunterlage aus einer Änderung des für die Angebote einschlägigen Rechts ergeben), und gleich, ob sie sich aus ungeschriebenem oder geschriebenem Recht oder einem Vertragsverstoß oder aus einer unerlaubten Handlung oder Unterlassung, einem Irrtum, einer Anfechtung, einer Anpassung, dem Wegfall der Geschäftsgrundlage oder anderweitig (unabhängig davon, ob bereits ein Schaden entstanden ist) ergeben, die er und die jeder bzw. jedes seiner maßgeblichen derzeitigen oder ehemaligen leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten möglicherweise gegenüber dem Angebotsleger, der Schuldnerin, dem Land Kärnten, den KLH-Rechtsnachfolgern, der Republik Österreich und der ABBAG hat oder hatte und die sich aus den von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln ergeben, mit diesen im Zusammenhang stehen oder mit diesen in jedweder Form verbunden sind oder sich aus außervertraglichen Verpflichtungen aus oder in Verbindung mit den von dem Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln oder den Angeboten ergeben, und gibt diese bedingungslos und unwiderruflich frei. Diese Rechte und Ansprüche gehen mit dem Erwerb und/oder Umtausch dieses Schuldtitels am Abwicklungstag auf den Angebotsleger über. Des Weiteren verpflichtet er sich bedingungslos und unwiderruflich und sichert bedingungslos und unwiderruflich zu, keine Verfahren in Bezug auf die von dem Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel oder die Angebote oder

außervertragliche Verpflichtungen aus oder in Verbindung mit den von dem Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln oder dem Angebot gegen den Angebotsleger, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Republik Österreich und die ABBAG oder einen bzw. eines ihrer maßgeblichen derzeitigen oder ehemaligen leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten nach dem Erwerb und/oder Umtausch des Eingereichten Schuldtitels (oder des maßgeblichen Anteils hiervon) am Abwicklungstag gemäß den Bestimmungen der Angebote (weiter) zu führen, zu verfolgen, vor Gericht zu bringen, einzuleiten oder zu betreiben – außer bei Ansprüchen, die sich aus einem vorsätzlichen Fehlverhalten ergeben. Er hat ferner sicherzustellen, dass nach dem Erwerb und/oder Umtausch der Eingereichten Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag gemäß den Konditionen und Bedingungen der Angebote allfällige laufende Verfahren (mit Ausnahme von Verfahren bezüglich Ansprüchen aufgrund eines vorsätzlichen Fehlverhaltens), an denen der Angebotsleger, die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Republik Österreich oder die ABBAG beteiligt ist und die sich aus oder im Zusammenhang mit den von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtiteln ergeben, endgültig ausgesetzt werden, und derartige Verfahren nach dem für derartige Verfahren geltenden Verfahrensrecht nicht weiter verfolgt werden. Diese Vereinbarung zwischen dem Gläubiger der maßgeblichen von dem Angebotsleger gemäß den Angeboten erworbenen und/oder umgetauschten Schuldtitel und dem Angebotsleger stellt einen Vertrag zugunsten der Schuldnerin, des Landes Kärnten, der KLH-Rechtsnachfolger, der Republik Österreich und der ABBAG als begünstigte Dritte gemäß § 881 des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs (ABGB) dar. Jegliche Ansprüche, die sich aus den Neuen Schuldtiteln, der Nullkupon-Anleihen-Garantie, der Rückkaufverpflichtung und dem Verpfändungsvertrag ergeben, sind nicht in der Verzichtserklärung gemäß diesem Absatz (ii) abgedeckt und sind – bis eine gegenteilige Vereinbarung getroffen wird oder dieser Anspruch erlischt – nach wie vor vollständig durchsetzbar – auch im Fall einer Annahme der Angebote –; und

- (iii) verpflichtet sich der Gläubiger bedingungslos und unwiderruflich und sichert bedingungslos und unwiderruflich zu, keine Verfahren zur Anfechtung des K-AFG, des FinStaG, des Haftungsgesetz-Kärnten, der Anwendung des BaSAG auf die Schuldnerin und/oder zur Anfechtung des Beschlusses der Europäischen Kommission nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (kodifizierter Text), dass die Angebote nicht die Kriterien für staatliche Beihilfen erfüllen oder wie in Teil III des Österreichischen Bundesgesetzblatts, Nr. 85/2016 veröffentlicht, (weiter) zu führen, zu verfolgen, vor Gericht zu bringen, einzuleiten oder zu betreiben und keine sonstigen Maßnahmen zu ergreifen, die die anschließende Ungültigkeit der Angebote zur Folge hätten.

- (e) **Einhaltung gesetzlicher Vorschriften:** Der Gläubiger wird keine Gegenleistung (auch keine für Nullkupon-Anleihen erhaltenen Zahlungen) aus den Angeboten für rechtswidrige Zuwendungen, Geschenke, Unterhaltung oder sonstige rechtswidrige Aufwendungen im Zusammenhang mit politischen Aktivitäten verwenden und kein Angebot, keine Zusage und keine Zustimmung zu unmittelbaren oder mittelbaren rechtswidrigen Zahlungen oder

Leistungen an aus- oder inländische Amtsträger oder Mitarbeiter von Regierungs- oder Aufsichtsbehörden, einschließlich von staatlichen oder staatlich kontrollierten Unternehmen oder internationalen Organisationen, oder an Personen, die in einer amtlichen Funktion für oder im Namen vorstehende(r) Behörden, Unternehmen oder Organisationen handeln, oder an eine politische Partei oder einen Parteifunktionär oder einen Kandidaten für ein politisches Amt in Verbindung mit den Angeboten unterbreiten bzw. erteilen sowie keine Maßnahmen zu deren Förderung ergreifen; in Verbindung mit seiner Teilnahme an den Angeboten wird er für den Erwerb und/oder Umtausch der Schuldtitel erhaltene Entgelte nach Maßgabe anwendbarer Gesetze zur Geldwäsche- und Terrorismus-Bekämpfung verwenden und nicht gegen die Vorschriften des US-amerikanischen *Foreign Corrupt Practices Act of 1977* in seiner maßgeblichen Fassung sowie geltende Gesetze oder Verordnungen zur Umsetzung des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr verstoßen und auch nicht gegen den englischen *Bribery Act 2010* oder sonstige anwendbare Gesetze zur Bekämpfung von Bestechung und Korruption verstoßen und wird keine rechtswidrigen Bestechungen oder sonstigen rechtswidrigen Leistungen, insbesondere Preisnachlässe, Bestechungsgeldzahlungen, Zahlungen zur Einflussnahme, Kickbacks oder sonstige rechtswidrige oder unzulässige Zahlungen oder Leistungen vornehmen, erbringen, anbieten, diesen zustimmen, diese fördern oder Handlungen ausführen, die diese fördern würden.

- (f) **Weitere Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen:** Der Gläubiger macht die Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen wie unten im Abschnitt „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten – Tender Anweisungen – Weitere Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen*“ ausgeführt.

Der Angebotsleger, die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen und der Tender Agent behalten sich jeweils das Recht vor, nach alleinigem Ermessen im Zusammenhang mit einer Einreichung von Schuldtiteln zum Erwerb und/oder Umtausch im Rahmen eines Angebots zu prüfen, ob die maßgebliche durch einen Gläubiger eingegangene bzw. abgegebene Bestätigung, Verpflichtung, Zusicherung, Gewährleistung und Verpflichtungserklärung zutreffend ist; wird eine solche Überprüfung vorgenommen und ist diese Bestätigung, Verpflichtung, Zusicherung, Gewährleistung und Verpflichtungserklärung nach Feststellung des Angebotslegers (gleich aus welchem Grund) unzutreffend, kann die Tender Anweisung abgelehnt werden.

Anwendbares Recht

Diese Angebotsunterlage, die Angebote, jede Tender Anweisung, jede Annahme eines Angebots und jeder Erwerb und/oder jeder Umtausch und jede Lieferung von Eingereichten Schuldtiteln im Rahmen der Angebote und jede außervertragliche Verpflichtung, die sich aus oder in Verbindung mit den Angeboten ergibt, unterliegen österreichischem Recht. Mit Abgabe einer Tender Anweisung erklärt sich der maßgebliche Gläubiger – sofern nach zwingendem anwendbaren Recht zum Verbraucherschutz zulässig – unwiderruflich und bedingungslos damit einverstanden, dass die Gerichte in Klagenfurt im Land Kärnten, Österreich, ausschließlicher Gerichtsstand zur Beilegung von, aus oder in Verbindung mit dem maßgeblichen Angebot oder dieser Tender Anweisung entstehenden Streitigkeiten sind und dass dementsprechend allfällige diesbezügliche Klagen, Prozesse oder Verfahren ausschließlich bei diesen Gerichten anhängig gemacht werden können. Für Gläubiger, die als Verbraucher im Sinne des österreichischen Konsumentenschutzgesetz einzustufen sind, gilt § 14 des österreichischen

Konsumentenschutzgesetzes. Unbeschadet des Vorstehenden unterliegen (i) die Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen und die Rückkaufverpflichtung englischem Recht und dem Gerichtsstand der englischen Gerichte, (ii) die Bürgschaft der Republik Österreich gemäß den Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Anleihen deutschem Recht und dem ausschließlichen Gerichtsstand der Gerichte in Frankfurt am Main, (iii) der Verpfändungsvertrag österreichischem Recht, wobei die Bestellung dinglicher Sicherheiten an deutschem Recht unterliegenden Vermögensgegenständen deutschem Recht unterliegt, und dem ausschließlichen Gerichtsstand der Gerichte in Wien und (iv) die Konditionen und Bedingungen der Nullkupon-Schuldscheindarlehen unterliegen deutschem Recht und dem ausschließlichen Gerichtsstand der Gerichte in Frankfurt am Main.

VERFAHREN FÜR DIE TEILNAHME AN DEN ANGEBOTEN

Gläubiger, die Unterstützung im Hinblick auf das Verfahren für die Annahme der Angebote benötigen, sollten sich an den Tender Agent wenden, dessen Kontaktdaten auf der letzten Seite dieser Angebotsunterlage angegeben sind.

Tender Anweisungen

Der Angebotsleger akzeptiert ausschließlich die Einreichungen von Schuldtiteln im Rahmen der Angebote, die im Wege der Vorlage gültiger Tender Anweisungen in Übereinstimmung mit den in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren und – im Fall von anderen Schuldtiteln als Schuldverschreibungen – dem in Anhang C (im Fall von Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinen und Pfandbriefbank-Ansprüchen) aufgeführten Muster der Tender Anweisung erfolgen.

Allgemeine Bestimmungen

Tender Anweisungen müssen dem Tender Agent bis um 17.00 Uhr MEZ am 5. Oktober 2016 (vorbehaltlich kürzerer von einem Intermediär oder einem Clearingsystem, über das Gläubiger ihre Schuldtitel halten, auferlegter Fristen) zugegangen sein, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisungen von dem Tender Agent bearbeitet und im Rahmen der Angebote berücksichtigt werden. Der Tender Agent kann nicht garantieren, dass Tender Anweisungen, die nach Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen, im Rahmen der Angebote berücksichtigt werden.

Tender Anweisungen in Bezug auf Schuldverschreibungen, die über das maßgebliche Clearingsystem eingereicht werden, müssen die folgenden Angaben enthalten:

- den Namen des wirtschaftlich Berechtigten;*
- die E-Mail-Adresse des wirtschaftlich Berechtigten;*
- die Fax-Nummer des wirtschaftlich Berechtigten;*
- die Telefonnummer des wirtschaftlich Berechtigten;*
- den Namen des Kreditinstituts des wirtschaftlich Berechtigten;*
- den Ort des Kreditinstituts des wirtschaftlich Berechtigten;*
- die SWIFT Adresse des wirtschaftlich Berechtigten;*
- den Namen des Kontos des wirtschaftlich Berechtigten;*
- die Kontonummer des wirtschaftlich Berechtigten;* und
- die IBAN-Nummer des Kontos (falls einschlägig) des wirtschaftlich Berechtigten.*

Zudem müssen die folgenden Angaben für Gläubiger, die das Umtauschangebot annehmen, gemacht werden:

* Beachten Sie bitte, dass diese Angaben für die Abtretung des entsprechenden Nullkupon-Schuldscheindarlehens verwendet wird, wenn Sie sich im Hinblick auf Schuldverschreibungen für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden. Die Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten werden zur Lieferung des entsprechenden Schuldscheins verwendet. In diesem Fall müssen die Bankangaben ein Kreditinstitut innerhalb der Single Euro Payment Area (SEPA) betreffen. Sollte der Platz in Ihrer Anweisung begrenzt sein, sollten Sie eher die zur Abtretung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen erforderlichen Angaben machen als solche zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis, welcher erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert werden könnte.

- im Falle von Klasse B-Gläubigern: deren Entscheidung für entweder Nullkupon-Anleihen oder für Nullkupon-Schuldscheindarlehen;
- im Fall von Gläubigern, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen:
 - (a) deren Entscheidung für die Lieferung von Nullkupon-Anleihen, (i) die einen Gläubiger derselben darauf beschränken, (i) sowohl über QIB- als auch QP-Status zu verfügen, oder (ii) keine US-Person (im Sinne der *Regulation S*) zu sein und bei Offshore-Transaktionen außerhalb der Vereinigten Staaten der *Regulation S* zu entsprechen;
 - (b) für Annehmende Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen: Angaben dazu, ob (a) der Gläubiger selbst oder (b) in seinem Namen ein direkter Teilnehmer an Euroclear oder Clearstream, Luxemburg ein Konto bei Euroclear oder Clearstream, Luxemburg unterhält;
 - (c) für Annehmende Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen: deren eigene Wertpapierdepotnummer bei Euroclear/Clearstream, Luxemburg oder die des direkten Teilnehmers; und
 - (d) für Annehmende Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen: deren eigenen Kontonamen bei Euroclear/Clearstream, Luxemburg oder den des direkten Teilnehmers.
- Im Fall von Gläubigern, die Nullkupon-Schuldscheindarlehen wählen:
 - (a) die Kontaktdaten des wirtschaftlich Berechtigten (einschließlich Ansprechperson) für die Lieferung des Originalschuldscheins; und
 - (b) den Namen des Kreditinstituts des wirtschaftlichen Berechtigten, das ein Kreditinstitut innerhalb der Single Euro Payment Area (SEPA) ist.

Es ist nicht erforderlich, Konten zu unterhalten, um Ansprüche unter dem Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten. Die "Abwicklung" gilt in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tenderanweisung angegeben wurde. Damit der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag wirksam abschließen kann, muss er den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments eingescannt unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Damit Tender Anweisungen im Rahmen der Angebote angenommen werden können, müssen die Gläubiger den Namen des wirtschaftlich Berechtigten nennen, welcher den Schuldtitel gemäß den

Angeboten einreicht. Darüber hinaus müssen Annehmende Gläubiger zur Sicherstellung, dass der Angebotsleger die notwendigen Informationen erhalten hat, um dem Annehmenden Gläubiger den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu zahlen, bei jeder Tender Anweisung die weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen angeben (darunter E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Name der Bank, Sitz der Bank, SWIFT-Code, Name des Bankkontos, Nummer des Bankkontos und die IBAN des Bankkontos). Tender Anweisungen von Gläubigern, die diese weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen nicht angeben, werden dennoch für den Zweck der Annahme der Angebote als rechtswirksam abgegeben anerkannt, jedoch sollten solche Annehmenden Gläubiger zur Kenntnis nehmen, dass sie diese weiteren Wirtschaftlich Berechtigten Informationen dem Angebotsleger mitteilen müssen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten. Der Angebotsleger wird auf seiner Website (www.kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at) Informationen dazu veröffentlichen, wie diese Angaben nach Vollzug der Angebote aktualisiert oder nachgetragen werden können. Siehe auch „*Konditionen und Bedingungen der Angebote – Gesamtkaufpreis für das Barangebot – Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis – Zahlungsinformationen für die Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises*“.

Gläubiger sollten diese Angaben in der entsprechenden Weise machen, wie von den Clearingsystemen angeordnet.

Tender Anweisungen, die den in dieser Angebotsunterlage geregelten Verfahren nicht entsprechen, werden nicht angenommen.

Der Angebotsleger behält sich ausdrücklich das Recht vor, eine Tender Anweisung für einen Schuldtitel im Rahmen eines Angebots abzulehnen,

- (i) um anwendbares Recht einzuhalten; oder
- (ii) wenn er aus berechtigten Gründen annimmt, dass diese Tender Anweisung nicht rechtsgültig ist.

Der Angebotsleger hat auf Antrag des betroffenen Gläubigers diesem eine Begründung oder Rechtfertigung für die Ablehnung einer Tender Anweisung zu erbringen.

Der Zugang einer Tender Anweisung für Schuldverschreibungen beim maßgeblichen Clearingsystem wird entsprechend der üblichen Praxis des betreffenden Clearingsystems bestätigt.

In Bezug auf andere Schuldtitel als Schuldverschreibungen werden vom Angebotsleger oder dem Tender Agent keine Bestätigungen über den Zugang der Tender Anweisungen und/oder anderer Dokumente (oder die Annahme einer Abtretung von anderen Schuldtiteln als Schuldverschreibungen durch den Angebotsleger an ihn am Abwicklungstag) abgegeben.

Gläubiger sind berechtigt, eine gültige Tender Anweisung vor dem Ende der Angebotsfrist gemäß den Erläuterungen im Abschnitt „*Konditionen und Bedingungen der Angebote – Widerrufsrechte und Rechte zur Änderung von Tender Anweisungen*“ zu widerrufen oder zu ändern, vorausgesetzt, dass die Anweisungen zum Widerruf oder zur Änderung dem Tender Agent vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein müssen, um sicherzustellen, dass diese Anweisungen vom Tender Agent bearbeitet werden.

Alle Fragen im Hinblick auf die Gültigkeit, Form und Eignung (einschließlich des Zeitpunkts des Zugangs) von Tender Anweisungen sowie im Hinblick auf den Widerruf oder die Änderung von Tender Anweisungen werden vom Angebotsleger nach alleinigem Ermessen entschieden; eine entsprechende Feststellung ist endgültig und verbindlich.

Der Angebotsleger behält sich das uneingeschränkte Recht vor, alle Tender Anweisungen oder Widerrufs- oder Änderungsanweisungen, die nicht formgerecht sind oder bei denen eine Annahme durch den Gläubiger möglicherweise rechtswidrig ist, abzulehnen.

Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind in irgendeiner Weise verpflichtet, Gläubigern Mängel, Unregelmäßigkeiten oder Verzögerungen beim Zugang oder Nichtzugang von Tender Anweisungen oder Widerrufs- oder Änderungsanweisungen mitzuteilen, und können für die Nichtabgabe einer entsprechenden Mitteilung nicht haftbar gemacht werden.

Schuldverschreibungen

Mit Abgabe einer gültigen Tender Anweisung im Hinblick auf Schuldverschreibungen nimmt der Annehmende Gläubiger das maßgebliche Angebot an.

Ein Gläubiger muss über das maßgebliche Clearingsystem und nach Maßgabe der Anforderungen dieses Clearingsystems eine gültige Tender Anweisung übermitteln oder in seinem Namen übermitteln lassen, die in jedem Fall bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen dem Tender Agent zuzugehen hat. Der Zugang einer solchen Tender Anweisung beim maßgeblichen Clearingsystem wird entsprechend der üblichen Praxis dieses Clearingsystems bestätigt und hat die Sperrung der betreffenden Eingereichten Schuldtitel im Konto des Direkten Teilnehmers bei dem maßgeblichen Clearingsystem zur Folge, sodass im Hinblick auf die betreffenden Schuldtitel keine Übertragungen erfolgen können.

Eine gesonderte Tender Anweisung muss von oder im Namen von jedem Gläubiger für jeden eingereichten Schuldtitel abgegeben werden. Tender Anweisungen sind über einen bestimmten Nennbetrag von Schuldtiteln der maßgeblichen Serie, der mindestens der maßgeblichen Festgelegten Stückelung entspricht, zu übermitteln (und können anschließend in Höhe von ganzen Vielfachen der maßgeblichen Festgelegten Stückelung übermittelt werden). Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen.

Zur Klarstellung wird festgehalten, dass, falls ein Annehmender Gläubiger in seiner Eigenschaft als Intermediär handelt, die Tender Anweisungen im Namen eines jeden wirtschaftlich Berechtigten abgegeben werden müssen. Demgemäß können Annehmende Gläubiger, die als Intermediär handeln, unterschiedliche Tender Anweisungen in Bezug auf jede Serie eines Eingereichten Schuldtitels abgeben (d. h. sie können im Namen der maßgeblichen wirtschaftlich Berechtigten Tender Anweisungen sowohl für das Barangebot als auch für das Umtauschangebot in Bezug auf jede Serie eines Eingereichten Schuldtitels abgeben).

Es ist nicht erforderlich, Konten zu unterhalten, um Ansprüche unter dem Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten. Die "Abwicklung" gilt in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tenderanweisung angegeben wurde. Damit der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag wirksam abschließen kann, muss er den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments eingescannt unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger

zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Schuldverschreibungsgläubiger, die an den Angeboten teilnehmen wollen, müssen außerdem bestätigen, dass sie entweder (i) sowohl über QIB- als auch über QP-Status verfügen oder (ii) eine Person sind, die keine US-Person (im Sinne der *Rule 902 der Regulation S*) ist, und dass sie die Neuen Schuldtitel (soweit einschlägig) im Rahmen von Offshore-Transaktionen gemäß *Rule 903* oder *Rule 904 der Regulation S* des US-amerikanischen *Securities Act* erwerben (eine „**Nicht-US-Person**“).

Gläubiger müssen in Übereinstimmung mit den Anforderungen des maßgeblichen Clearingsystems und den von diesem Clearingsystem vorgeschriebenen Fristen geeignete Maßnahmen über das maßgebliche Clearingsystem ergreifen, dass nach der Übermittlung einer Tender Anweisung und vor dem Zeitpunkt, (i) an dem der Gläubiger die maßgebliche Tender Anweisung für den maßgeblichen Schuldtitel wirksam widerruft (siehe „*Konditionen und Bedingungen der Angebote – Widerrufsrechte und Rechte zur Änderung von Tender Anweisungen*“), (ii) der Bekanntmachung des Angebotslegers, in der bestätigt wird, dass die Transaktionsbedingungen nicht erfüllt sind, oder (iii) der Abwicklung am Abwicklungstag (siehe „*Risikofaktoren und andere Überlegungen – Schuldtitel der Annehmenden Gläubiger werden gesperrt*“) (dem jeweils als erstes eintretenden Zeitpunkt) keine Übertragungen in Bezug auf gesperrte Schuldtitel in Übereinstimmung mit den Anforderungen des maßgeblichen Clearingsystems und den von ihm vorgeschriebenen Fristen durchgeführt werden können.

Durch eine Sperrung der Schuldverschreibungen in dem maßgeblichen Clearingsystem gilt die Zustimmung jedes Direkten Teilnehmers zur Weitergabe von Angaben zur Identität des maßgeblichen Direkten Teilnehmers mitsamt den Wirtschaftlich Berechtigten Informationen durch das maßgebliche Clearingsystem an den Tender Agent (und zur Weitergabe dieser Angaben durch den Tender Agent an den Angebotsleger und die Offer Agents sowie deren maßgeblichen Berater) als erteilt.

Ausschließlich Direkte Teilnehmer können Tender Anweisungen abgeben. Jeder Gläubiger hat (über seinen Intermediär) zu veranlassen, dass der Direkte Teilnehmer, über den er die maßgeblichen Schuldtitel hält, bis zu den vom Clearingsystem genannten Fristen (die vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen liegen können) in seinem Namen eine Tender Anweisung an das maßgebliche Clearingsystem übermittelt und dass diese dem Tender Agent bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugeht.

Schuldscheine

Zur Einreichung seiner Ansprüche und Forderungen aus einem Schuldschein im Rahmen eines Angebots muss der Gläubiger eines Schuldscheins die folgenden Unterlagen übermitteln oder deren Übermittlung in seinem Namen veranlassen:

- (i) eine gültige Tender Anweisung (die dem in Anhang C aufgeführten Muster entspricht), die die folgenden Erklärungen des Gläubigers enthält:

- (x) die Annahme des Barangebots des Angebotslegers für sämtliche Ansprüche und Forderungen des betreffenden Gläubigers aus dem Gesamtnennbetrag des maßgeblichen Schuldscheins, der in der Tender Anweisung angegeben ist, zum Gesamtkaufpreis des Barangebots, oder gegebenenfalls des Angebots für den Umtausch sämtlicher Ansprüche und Forderungen des betreffenden Gläubigers aus dem Gesamtnennbetrag (oder einem Teil davon) des maßgeblichen Schuldscheins, der in der Tender Anweisung angegeben ist, für die Gesamtgegenleistung des Umtauschangebots, sowie die Zustimmung zur Abtretung und Übertragung sämtlicher Ansprüche und Forderungen des Gläubigers daraus an den Angebotsleger am Abwicklungstag und die Bevollmächtigung des Angebotslegers zur Mitteilung der Abtretung an die Schuldnerin in seinem Namen;
 - (y) die in Anhang C aufgeführten Zusicherungen, Verpflichtungserklärungen, Bevollmächtigungen, Zustimmungen und sonstigen Erklärungen; und
 - (z) jegliche einschlägigen US-Steuerformulare,
- und
- (ii) Kopien der Originaldokumente in Bezug auf die Schuldscheine, aus denen Folgendes hervorgeht: (i) der maßgebliche Schuldschein und (ii) der Status des Gläubigers als Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein, der im Rahmen der Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird. Diese Nachweise gelten als erbracht, wenn der Gläubiger Folgendes aushändigt: (x) Kopien der Originaldokumente in Bezug auf die Schuldscheine, einschließlich des Schuldscheins, der das maßgebliche Schuldscheindarlehen nachweist, und (y) falls der Gläubiger der betreffenden Schuldscheine nicht der ursprüngliche Darlehensgeber des betreffenden Schuldscheindarlehens ist, (a) Kopien einer (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus der/denen jeweils hervorgeht, dass der Gläubiger Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein ist, welcher aufgrund der Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird,

jeweils per E-Mail an den Tender Agent (und anschließend in Papierform (die dem Tender Agent vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein müssen) auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers) und gemäß den Anforderungen der Bedingungen der maßgeblichen Schuldscheine und den Konditionen und Bedingungen der Angebote.

Tender Anweisungen in Bezug auf einen Schuldschein sind für sämtliche Ansprüche auf Zahlung von Kapital, Zinsen und sonstigen Beträgen, die dem maßgeblichen Gläubiger aufgrund des betreffenden Schuldscheins geschuldet werden, zu übermitteln. Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen.

Um an dem Umtauschangebot teilnehmen und Nullkupon-Anleihen erhalten zu können, sollten Annehmende Gläubiger von Schuldscheinen sich bewusst sein, dass sie entweder (i) ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten müssen oder (ii) einen direkten Teilnehmer von Euroclear/Clearstream, Luxemburg, der ein solches Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen müssen, in ihrem Namen zu handeln. Die Abwicklung des Umtauschangebots erfolgt durch die Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der

Neuen Schuldtitel an dieses Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot durch den Tender Agent am Abwicklungstag. Gläubiger von Schuldscheinen, die einen direkten Teilnehmer, der ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen, müssen dem Tender Agent in der Tender Anweisung die Kontoangaben dieses direkten Teilnehmers zur Verfügung stellen. Damit diese Gläubiger den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel auf ihr eigenes Wertpapierdepot erhalten, müssen sie mit dem direkten Teilnehmer vereinbaren bzw. durch ihre Verwahrstelle sicherstellen lassen, dass der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in ihr Wertpapierdepot eingebucht wird. Gläubiger von Schuldscheinen, die ihr eigenes Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten, haben dem Tender Agent diese Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Kontoangaben in der Tender Anweisung zur Verfügung zu stellen und werden diesen entsprechende Anweisungen des Tender Agents bei Euroclear-/Clearstream, Luxemburg eingeben müssen, damit die Nullkupon-Anleihen geliefert werden..

Es ist nicht erforderlich, Konten zu unterhalten, um Ansprüche unter dem Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten. Die "Abwicklung" gilt in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tenderanweisung angegeben wurde. Damit der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag wirksam abschließen kann, muss er den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments eingescannt unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Gläubiger von Schuldscheinen, die an den Angeboten teilnehmen wollen, müssen außerdem bestätigen, dass sie entweder (i) sowohl über QIB- als auch über QP-Status verfügen oder (ii) eine Nicht-US-Person sind.

Tender Anweisungen in Bezug auf einen Schuldschein gelten als am jeweils früheren der beiden nachfolgenden Termine abgegeben: am Tag des Zugangs der maßgeblichen Tender Anweisung (und der dazugehörigen Dokumente) beim Tender Agent entweder per E-Mail oder in Papierform. Unabhängig davon müssen zur Feststellung, ob eine gültige Tender Anweisung abgegeben wurde, dem Tender Agent zudem die Tender Anweisung im Original und die Kopien der vorstehend genannten Dokumente in Papierform bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen; Gläubiger müssen daher im Voraus alle allfälligen Vorkehrungen treffen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die betreffenden Dokumente bis zu dem erforderlichen Zeitpunkt ordnungsgemäß zugehen.

Durch Abgabe der Tender Anweisung und Übermittlung der Kopien der Dokumente in Bezug auf die Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein sichert der entsprechende Gläubiger zu, die Ansprüche und Forderungen aus dem betreffenden Schuldschein nicht auf eine andere Person zu übertragen oder an eine andere Person abzutreten.

Durch die Abgabe einer Tender Anweisung gilt die Zustimmung vom maßgeblichen Gläubiger eines Schuldscheins zur Weitergabe von Angaben zu seiner Identität durch den Angebotsleger und/oder den Tender Agent an den Angebotsleger, den Tender Agent, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents, die Schuldnerin und ihre maßgeblichen Berater als erteilt.

Ausschließlich Gläubiger, die entweder in dem maßgeblichen Schuldschein als Gläubiger des Schuldscheins angeführt sind, oder Gläubiger von Ansprüchen und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein, die nicht ursprüngliche Darlehensgeber des betreffenden Schuldscheindarlehens sind und (a) anhand einer (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen anhand einer Kopie des maßgeblichen Handelsregistrauszuges nachweisen können, dass sie Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein sind, können Tender Anweisungen übermitteln. Ein Gläubiger, dessen Name nicht auf dem maßgeblichen Schuldschein eingetragen ist oder der nicht den erforderlichen Nachweis erbringen kann, dass er Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein ist, der beim Angebotsleger eingereicht wird, hat zu veranlassen, dass der in den Unterlagen der Schuldnerin als Gläubiger der betreffenden Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein Ausgewiesene, über den er die maßgeblichen Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein hält, bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen in seinem Namen eine Tender Anweisung an den Tender Agent abgibt.

Namensschuldverschreibungen

Um im Rahmen eines Angebots Namensschuldverschreibungen einzureichen, muss ein Gläubiger von Namensschuldverschreibungen Folgendes selbst übermitteln oder die Übermittlung in seinem Namen veranlassen:

- (i) eine gültige Tender Anweisung (die dem in Anhang C aufgeführten Muster entspricht), die die folgenden Erklärungen des Gläubigers enthält:
 - (x) die Annahme des Barangebots des Angebotslegers für die in der Tender Anweisung angegebene Namensschuldverschreibung zum Gesamtaufpreis des Barangebots, oder gegebenenfalls des Angebots für den Umtausch der in der Tender Anweisung angegebenen Namensschuldverschreibung, für die Gesamtgegenleistung des Umtauschangebots, sowie die Zustimmung zur Abtretung und Übertragung sämtlicher Ansprüche und Forderungen des Gläubigers daraus an den Angebotsleger am Abwicklungstag und die Bevollmächtigung des Angebotslegers zur Mitteilung der Abtretung an die Schuldnerin in seinem Namen;
 - (y) die in Anhang C aufgeführten Zusicherungen, Verpflichtungserklärungen, Zustimmungen und sonstigen Erklärungen; und
 - (z) jegliche einschlägigen US-Steuerformulare;und
- (ii) eine Kopie der Wertpapierurkunde, durch die die maßgebliche Namensschuldverschreibung verbrieft wird und aus der hervorgeht, dass der Gläubiger ein Inhaber der maßgeblichen Namensschuldverschreibung ist, und, falls der Name des Gläubigers nicht in dem Original der Wertpapierurkunde aufgeführt ist, (a) Kopien der (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregistrauszuges, aus der/denen jeweils hervorgeht, dass der Gläubiger Inhaber der Ansprüche und Forderungen

aus der maßgeblichen Namensschuldverschreibung ist, die aufgrund der Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird,

jeweils per E-Mail an den Tender Agent (anschließend in Papierform (die dem Tender Agent vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein müssen) auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers) und gemäß den Anforderungen der Bedingungen der maßgeblichen Namensschuldverschreibung und den Konditionen und Bedingungen der Angebote.

Tender Anweisungen für eine Namensschuldverschreibung sind in Bezug auf alle vom maßgeblichen Gläubiger gehaltenen Ansprüche auf Zahlung von Kapital, Zinsen und sonstigen Beträgen im Hinblick auf den vollständigen Gesamtnennbetrag der Namensschuldverschreibung, die vom Gläubiger gehalten wird, und in jedem Fall in Bezug auf einen Nennbetrag zu übermitteln, der mindestens der Festgelegten Stückelung der maßgeblichen Namensschuldverschreibung entspricht (und können anschließend in Höhe von ganzen Vielfachen der maßgeblichen Festgelegten Stückelung übermittelt werden). Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen.

Um an dem Umtauschangebot teilnehmen und Nullkupon-Anleihen erhalten zu können, sollten Annehmende Gläubiger von Namensschuldverschreibungen sich bewusst sein, dass sie entweder (i) ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten müssen oder (ii) einen direkten Teilnehmer von Euroclear/Clearstream, Luxemburg, der ein solches Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen müssen, in ihrem Namen zu handeln. Die Abwicklung des Umtauschangebots erfolgt durch die Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel an dieses Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot durch den Tender Agent am Abwicklungstag. Gläubiger von Namensschuldverschreibungen, die einen direkten Teilnehmer, der ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen, müssen dem Tender Agent in der Tender Anweisung die Kontoangaben dieses direkten Teilnehmers zur Verfügung stellen. Damit diese Gläubiger den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel auf ihr eigenes Wertpapierdepot erhalten, müssen sie mit dem direkten Teilnehmer vereinbaren bzw. durch ihre Verwahrstelle sicherstellen lassen, dass der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in ihr Wertpapierdepot eingebucht wird. Gläubiger von Namensschuldverschreibungen, die ihr eigenes Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten, müssen dem Tender Agent diese Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Kontoangaben in der Tender Anweisung zur Verfügung stellen und werden diesen entsprechende Anweisungen des Tender Agents bei Euroclear-/Clearstream, Luxemburg eingeben müssen, damit die Nullkupon-Anleihen geliefert werden.

Es ist nicht erforderlich, Konten zu unterhalten, um Ansprüche unter dem Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten. Die "Abwicklung" gilt in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tenderanweisung angegeben wurde. Damit der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag wirksam abschließen kann, muss er den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments eingescannt unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger

zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Gläubiger von Namensschuldverschreibungen, die an den Angeboten teilnehmen wollen, müssen außerdem bestätigen, dass sie entweder (i) sowohl über QIB- als auch über QP-Status verfügen oder (ii) eine Nicht-US-Person sind.

Tender Anweisungen in Bezug auf Namensschuldverschreibungen gelten als am jeweils früheren der beiden nachfolgenden Termine abgegeben: am Tag des Zugangs der maßgeblichen Tender Anweisung (und der dazugehörigen Dokumente) beim Tender Agent entweder per E-Mail oder in Papierform. Unabhängig davon müssen zur Feststellung, ob eine gültige Tender Anweisung abgegeben wurde, dem Tender Agent zudem die Tender Anweisung im Original und die Kopien der vorstehend genannten Dokumente in Papierform bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen; Gläubiger müssen daher im Voraus alle allfälligen Vorkehrungen treffen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die betreffenden Originale bis zu dem erforderlichen Zeitpunkt ordnungsgemäß zugehen.

Durch Abgabe der Tender Anweisung und Übermittlung einer Kopie des Originals der Wertpapierurkunde verpflichtet sich der maßgebliche Gläubiger der maßgeblichen Namensschuldverschreibung dazu, die maßgebliche Namensschuldverschreibung nicht auf eine andere Person zu übertragen oder an eine andere Person abzutreten.

Durch die Abgabe einer Tender Anweisung gilt die Zustimmung vom maßgeblichen Gläubiger einer Namensschuldverschreibung zur Weitergabe von Angaben zu seiner Identität durch den Angebotsleger und/oder den Tender Agent an den Angebotsleger, den Tender Agent, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents, die Schuldnerin und ihre jeweiligen Berater als erteilt.

Ausschließlich Gläubiger, deren Name auf einer Kopie der Wertpapierurkunde als Gläubiger der Namensschuldverschreibungen aufgeführt ist, können Tender Anweisungen abgeben. Ein Gläubiger, dessen Name nicht auf der maßgeblichen Wertpapierurkunde eingetragen ist oder der (a) nicht anhand der (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen anhand einer eine Kopie des maßgeblichen Handelsregistrauszuges nachweisen kann, dass er Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus der maßgeblichen Namensschuldverschreibung ist, die beim Angebotsleger eingereicht wird, hat zu veranlassen, dass der registrierte Gläubiger, über den er die maßgeblichen Namensschuldverschreibungen hält, bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen in seinem Namen eine Tender Anweisung an den Tender Agent abgibt.

Pfandbriefbank-Ansprüche

Um im Rahmen des Klasse A-Angebots Ansprüche und Forderungen aus einem Pfandbriefbank-Anspruch einzureichen, muss ein Gläubiger eines Pfandbriefbank-Anspruchs Folgendes selbst übermitteln oder die Übermittlung in seinem Namen veranlassen:

- (i) eine gültige Tender Anweisung (die dem in Anhang C aufgeführten Muster entspricht), die die folgenden Erklärungen des Gläubigers enthält:

- (x) die Annahme des Barangebots des Angebotslegers für sämtliche Ansprüche und Forderungen des betreffenden Gläubigers aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch, die in der Tender Anweisung angegeben sind, zum Gesamtkaufpreis des Barangebots, oder gegebenenfalls des Angebots für den Umtausch sämtlicher Ansprüche und Forderungen des betreffenden Gläubigers aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch, die in der Tender Anweisung angegeben sind, für die Gesamtgegenleistung des Umtauschangebots, sowie das Abtretungsangebot sämtliche Ansprüche und Forderungen des Gläubigers aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch an den Angebotsleger,
 - (y) die in Anhang C aufgeführten Zusicherungen, Verpflichtungserklärungen, Zustimmung und sonstigen Erklärungen; und
 - (z) jegliche einschlägigen US-Steuerformulare;
- und
- (ii) Kopien der Originaldokumente in Bezug auf den Pfandbriefbank-Anspruch einschließlich allfälliger Bescheinigungen darüber, dass der Gläubiger des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der im Rahmen des Kaufangebots und/oder Umtauschangebots des Angebotslegers eingereicht wird, wobei diese Bescheinigung im Falle der Pfandbriefbank eine rechtsgültige hierauf gerichtete Bestätigung der Pfandbriefbank ist und für den Fall, dass der betreffende Pfandbriefbank-Anspruch von der Pfandbriefbank abgetreten wurde, eine Bestätigung der Pfandbriefbank und des Gläubigers des Pfandbriefbank-Anspruchs, aus der die (Serie von) Abtretungserklärung(en) und die Tatsache, dass der Gläubiger der Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der durch die Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird, hervorgehen,

jeweils per E-Mail an den Tender Agent (anschließend in Papierform (die dem Tender Agent vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein müssen) auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers) und gemäß den Anforderungen der Bedingungen des maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruchs und den Konditionen und Bedingungen der Angebote.

Tender Anweisungen in Bezug auf Pfandbriefbank-Ansprüche sind für sämtliche Ansprüche auf Zahlung von Kapital, Zinsen und sonstigen Beträgen in Bezug auf den Gesamtnennbetrag, die dem maßgeblichen Gläubiger aufgrund des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs geschuldet werden, zu übermitteln. Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen.

Um an dem Umtauschangebot teilnehmen und Nullkupon-Anleihen erhalten zu können, sollten Annehmende Gläubiger von Pfandbriefbank-Ansprüchen sich bewusst sein, dass sie entweder (i) ein Euroclear-/ Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten müssen oder (ii) einen direkten Teilnehmer von Euroclear/Clearstream, Luxemburg, der ein solches Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen müssen, in ihrem Namen zu handeln. Die Abwicklung des Umtauschangebots erfolgt durch die Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel an dieses Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot durch den Tender Agent am Abwicklungstag. Gläubiger von Pfandbriefbank-Ansprüchen, die einen direkten Teilnehmer, der ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen, müssen dem Tender Agent in der Tender Anweisung die Kontoangaben dieses direkten Teilnehmers zur

Verfügung stellen. Damit diese Gläubiger den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel auf ihr eigenes Wertpapierdepot erhalten, müssen sie mit dem direkten Teilnehmer vereinbaren bzw. durch ihre Verwahrstelle sicherstellen lassen, dass der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in ihr Wertpapierdepot eingebucht wird. Gläubiger von Pfandbriefbank-Ansprüchen, die ihr eigenes Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten, müssen dem Tender Agent diese Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Kontoangaben in der Tender Anweisung zur Verfügung stellen und werden diesen entsprechende Anweisungen des Tender Agents bei Euroclear-/Clearstream, Luxemburg eingeben müssen, damit die Nullkupon-Anleihen geliefert werden..

Es ist nicht erforderlich, Konten zu unterhalten, um Ansprüche unter dem Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten. Die "Abwicklung" gilt in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tenderanweisung angegeben wurde. Damit der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag wirksam abschließen kann, muss er den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments eingescannt unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Gläubiger von Pfandbriefbank-Ansprüchen, die an den Angeboten teilnehmen wollen, müssen außerdem bestätigen, dass sie entweder (i) sowohl über QIB- als auch über QP-Status verfügen oder (ii) eine Nicht-US-Person sind.

Tender Anweisungen in Bezug auf einen Pfandbriefbank-Anspruch gelten als am jeweils früheren der beiden nachfolgenden Termine abgegeben: am Tag des Zugangs der maßgeblichen Tender Anweisung (und der dazugehörigen Dokumente) beim Tender Agent per E-Mail oder in Papierform. Unabhängig davon müssen zur Feststellung, ob ein gültiges Angebot abgegeben wurde, dem Tender Agent zudem die Tender Anweisung im Original und die Kopien der vorstehend genannten Dokumente in Papierform bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen; Gläubiger müssen daher im Voraus alle allfälligen Vorkehrungen treffen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die betreffenden Originale bis zu dem erforderlichen Zeitpunkt ordnungsgemäß zugehen.

Durch Abgabe der Tender Anweisung und Übermittlung der Kopien der Dokumente in Bezug auf die Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch verpflichtet sich der maßgebliche Gläubiger eines Pfandbriefbank-Anspruchs dazu, die Ansprüche und Forderungen aus dem betreffenden Pfandbriefbank-Anspruch nicht auf eine andere Person zu übertragen oder an eine andere Person abzutreten.

Weitere Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen

Mit Abgabe einer rechtsgültigen Tender Anweisung beim Tender Agent oder beim maßgeblichen Clearingsystem gemäß den Standardverfahren dieses Clearingsystems gelten die folgenden Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen als im Zeitpunkt der Abgabe der Tender Anweisung und am Abwicklungstag durch den Gläubiger bzw. den wirtschaftlich Berechtigten des maßgeblichen Schuldtitels (gegebenenfalls über seinen Intermediär, wobei dieser Intermediär die nachstehenden Weiteren Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen für den maßgeblichen Gläubiger bzw. den wirtschaftlich Berechtigten oder in dessen Namen erbringt) gegenüber dem Angebotsleger, den Offer Agents, den Agenten der Nullkupon-Anleihen und dem Tender Agent unwiderruflich und bedingungslos abgegeben (falls der Gläubiger dieser Schuldtitel oder der Direkte Teilnehmer nicht in der Lage ist, diese Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen abzugeben, sollte sich dieser Gläubiger oder Direkte Teilnehmer umgehend mit dem Tender Agent in Verbindung setzen). Jeder Gläubiger erkennt an, dass der Angebotsleger, die Offer Agents, der Tender Agent sowie gegebenenfalls die Schuldnerin, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die Republik Österreich und die ABBAG als begünstigte Dritte sowie jeder ihrer maßgeblichen derzeitigen oder früheren leitenden Angestellten, Organmitglieder, Mitarbeiter oder Beauftragten auf die nachstehenden Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen vertrauen werden. Zur Klarstellung wird Folgendes festgehalten: Handelt der Gläubiger in seiner Funktion als Intermediär, hat nicht der Gläubiger, sondern ausschließlich der wirtschaftlich Berechtigte der maßgeblichen Schuldtitel die nachstehend aufgeführten Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen zu erbringen:

- (a) **Genehmigung:** Er verpflichtet sich, alle Handlungen oder Maßnahmen, die vom Angebotsleger, seinen Organmitgliedern oder von durch den Angebotsleger benannten Personen im Rahmen der ordnungsgemäßen Ausübung ihrer Befugnisse und/oder Vollmachten aus dieser Angebotsunterlage möglicherweise vorgenommen bzw. durchgeführt werden und die in jedem Fall für eine(n) ordnungsgemäße(n) Einreichung, Verkauf, Übertragung, Umtausch oder Abtretung der maßgeblichen Schuldtitel beim, an bzw. auf den Angebotsleger oder seinen Beauftragten – jeweils gegen (i) Zahlung des maßgeblichen Kaufpreises in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels oder (ii) Lieferung des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel für die Eingereichten Schuldtitel am Abwicklungstag – erforderlich oder zweckdienlich sind, zu genehmigen und zu bestätigen.
- (b) **Weitere Handlungen:** Er verpflichtet sich, alle erforderlichen Handlungen und Maßnahmen vorzunehmen bzw. zu ergreifen und alle zusätzlichen Dokumente auszufertigen, die der Angebotsleger jeweils für den Vollzug (a) des Verkaufs, der Übertragung, des Umtauschs oder der Abtretung der maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel an bzw. auf den Angebotsleger oder einen Beauftragten (Nominee) am Abwicklungstag und (b) soweit nach dem Abwicklungstag erforderlich und rechtlich möglich, der Abtretung der Parteifähigkeit in einem sich auf die maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel beziehenden Gerichtsverfahren – jeweils gegen (i) Zahlung des maßgeblichen Kaufpreises für die betreffenden Schuldtitel in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels oder (ii) Lieferung des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel für die betreffenden Schuldtitel am Abwicklungstag

– und/oder für das Wirksamwerden der im Rahmen dieser Angebotsunterlage erteilten Vollmachten, für zweckdienlich erachtet.

- (c) **Einhaltung anwendbarer Gesetze:** Er hat die auf ihn anwendbaren Gesetze aller maßgeblichen Rechtsordnungen eingehalten, alle vorgeschriebenen behördlichen, Devisenkontroll- und sonstigen erforderlichen Zustimmungen eingeholt, alle vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt und allfällige Emissions-, Verkehr- oder sonstigen Steuern oder vorgeschriebenen Zahlungen, die von ihm in jedweder Hinsicht im Zusammenhang mit maßgeblichen Angeboten oder der Annahme von maßgeblichen Angeboten in auf ihn anwendbaren Rechtsordnungen zu entrichten bzw. zu leisten sind, entrichtet bzw. geleistet und hat keine Handlungen vorgenommen oder unterlassen, die gegen die Bedingungen des maßgeblichen Angebots verstoßen (können) oder dazu führen (können), dass der Angebotsleger, die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, der Tender Agent oder sonstige Personen im Zusammenhang mit den Angeboten gegen die rechtlichen oder aufsichtsrechtlichen Vorschriften einer entsprechenden Rechtsordnung verstoßen.
- (d) **Rechtsnachfolger und Abtretungsempfänger:** Sämtliche Bevollmächtigungen, die von ihm im Rahmen seiner Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen erteilt werden oder zu deren Erteilung er sich in ihrem Rahmen verpflichtet hat, und alle seine Verpflichtungen sind für seine Rechtsnachfolger, Abtretungsempfänger, Erben, Nachlassverwalter, Insolvenz- oder Konkursverwalter und gesetzlichen Vertreter verbindlich und werden durch seinen Tod oder seine Geschäftsunfähigkeit nicht berührt und bestehen darüber hinaus fort.
- (e) **Steuerliche Folgen:** Ihm wurden vom Angebotsleger, den Offer Agents, dem Tender Agent, dem Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, den Agenten der Nullkupon-Anleihen oder ihren maßgeblichen Organmitgliedern, leitenden Angestellten oder Mitarbeitern keine umfassenden Informationen im Hinblick auf die individuellen steuerlichen Folgen, die sich für Gläubiger von Schuldtiteln infolge des Verkaufs und/oder Umtauschs von Schuldtiteln im Rahmen der Angebote und infolge des Erhalts des maßgeblichen Gesamtkaufpreises für das Barangebot und/oder der Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot ergeben, zur Verfügung gestellt und er bestätigt, dass er alleine zur Entrichtung allfälliger Steuern sowie ähnlicher oder damit zusammenhängender Zahlungen verpflichtet ist, die nach dem Recht einer anwendbaren Rechtsordnung im Zusammenhang mit den Angeboten gegen ihn festgesetzt werden, und er stimmt zu, dass er im Hinblick auf entsprechende Steuern und Zahlungen weder gegenwärtig noch künftig über ein Rückgriffsrecht (weder im Wege einer Erstattung oder Freistellung noch auf sonstigem Wege) gegen den Angebotsleger, die Offer Agents, den Tender Agent, den Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber, die Agenten der Nullkupon-Anleihen oder ihre maßgeblichen Organmitglieder, leitenden Angestellten oder Mitarbeiter oder eine andere Person hat, und erklärt hiermit für den Fall, dass nach geltendem Recht ein Rückgriffsrecht entstehen würde, unwiderruflich und unbedingte seinen Verzicht auf ein entsprechendes Rückgriffsrecht.
- (f) **Kein rechtswidriges Angebot:** Es handelt sich bei ihm nicht um eine Person, der gegenüber die Unterbreitung eines Angebots im Rahmen der Angebote gemäß anwendbaren Wertpapiergesetzen rechtswidrig ist, er hat diese Angebotsunterlage oder andere Dokumente oder Unterlagen im Zusammenhang mit den Angeboten nicht an entsprechende Personen verteilt oder weitergeleitet und hat (vor der Abgabe der Tender Anweisung für den Eingereichten Schuldtitel, den er zum Kauf und/oder

Umtausch einreicht, oder der Veranlassung ihrer Abgabe in seinem Namen) alle im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an dem maßgeblichen Angebot anwendbaren Rechtsvorschriften eingehalten.

- (g) **Vereinigtes Königreich:** Er befindet sich nicht im Vereinigten Königreich oder ist dort ansässig oder, falls er sich im Vereinigten Königreich befindet oder dort ansässig ist, ist er eine Person, (i) die unter die Begriffsbestimmung von Investmentexperten (*investment professionals* – wie in Artikel 19(5) der *Financial Promotion Order* definiert) oder (ii) unter Artikel 49 der *Financial Promotion Order* fällt oder (iii) an die diese Angebotsunterlage und alle sonstigen Dokumente oder Unterlagen im Zusammenhang mit den Angeboten nach Maßgabe der *Financial Promotion Order* rechtmäßig gerichtet werden können.
- (h) **Italien:** Er befindet sich nicht in Italien oder ist dort ansässig oder, falls er sich in Italien befindet, ist er eine zugelassene Person oder dient Schuldtitel über eine zugelassene Person und in Übereinstimmung mit anwendbaren Gesetzen und Vorschriften oder mit von der CONSOB oder einer anderen italienischen Behörde auferlegten Anforderungen an.
- (i) **Frankreich:** Er befindet sich nicht in Frankreich oder ist dort ansässig oder, falls er sich in Frankreich befindet oder dort ansässig ist, ist er (i) ein Anbieter von Investmentdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Portfoliomanagement für Rechnung Dritter (*personne fournissant le service d'investissement de gestion de portefeuille pour compte de tiers*) und/oder (ii) ein qualifizierter Anleger (*investisseur qualifié*) und keine Einzelperson (jeweils nach Maßgabe von und in Übereinstimmung mit Artikel L.411-1, L.411-2 sowie D.411-1 bis D.411-3 des französischen Währungs- und Finanzgesetzes (*Code Monétaire et Financier*)).
- (j) **Belgien:** Er befindet sich nicht in Belgien oder ist dort ansässig oder, falls er sich in Belgien befindet oder dort ansässig ist, ist er ein qualifizierter Anleger im Sinne von Artikel 10 des belgischen Gesetzes vom 16. Juni 2006 über öffentliche Zeichnungsangebote und die Zulassung von Anlageinstrumenten zum Handel an regulierten Märkten.
- (k) **Australien, Kanada und Japan:** Er befindet sich nicht in Australien, Kanada oder Japan oder ist dort ansässig.
- (l) **Vereinigte Staaten:** (i) Er erwirbt die Neuen Schuldtitel und die damit verbundenen Garantien auf seine eigene Rechnung oder auf eine fremde Rechnung, in Bezug auf die er die alleinige Dispositionsbefugnis (*sole investment discretion*) ausübt, und er sichert zu, dass er bzw. die entsprechenden Dritten entweder (A) über QIB- und QP-Status verfügen und dass die Lieferung an ihn im Wege einer Privatplatzierung gemäß *Section 4(2)* des *Securities Act* erfolgt, oder (B) dass es sich dabei um einen Erwerber außerhalb der Vereinigten Staaten handelt, der keine US-Person ist; und (ii) er erkennt an, dass die Neuen Schuldtitel und die Nullkupon-Anleihen-Garantie und die damit verbundenen Garantien nicht gemäß dem *Securities Act* oder bei einer Wertpapieraufsichtsbehörde eines US-Einzelstaates oder unter einer anderen US-Rechtsordnung registriert wurden bzw. werden und ausschließlich auf die nachstehend angegebene Weise angeboten oder verkauft werden dürfen.
- (m) **Sanktionen:** Weder er noch gegebenenfalls allfällige wirtschaftlich Berechtigte, für die er die Eingereichten Schuldtitel hält, sind Sanktionierte Personen (wie in dieser Angebotsunterlage definiert).

- (n) **Keine Belastung:** Falls die betreffenden Schuldtitel vom Angebotsleger im Rahmen des maßgeblichen Angebots erworben und/oder umgetauscht werden, werden diese Schuldtitel mit uneingeschränktem Eigentumsrecht und frei von Pfandrechten, Lasten und Belastungen und frei von Ansprüchen Dritter sowie einschließlich aller dazugehörigen Rechte (darunter Haftungs- und Sicherungsansprüche gegen haftende Rechtspersonen einschließlich der Ausfallsbürgen) auf den Angebotsleger oder an die Order des Angebotslegers unwiderruflich übertragen. Des Weiteren verpflichtet sich der Gläubiger, unverzüglich auf erstes Anfordern alle weiteren Dokumente zeitnah auszufertigen und auszuhändigen und/oder alle sonstigen Handlungen vorzunehmen, die der Angebotsleger für erforderlich oder zweckdienlich erachtet, um den Verkauf, die Übertragung, den Umtausch oder die Abtretung von Eingereichten Schuldtiteln zu vollziehen.
- (o) **Sperrung von Eingereichten Schuldtiteln:**
- (i) In Bezug auf Schuldverschreibungen bestätigt er, dass er (gegebenenfalls über seinen Intermediär) die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Übermittlung der maßgeblichen Tender Anweisung hält und dass er (gegebenenfalls über seinen Intermediär) die maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel in dem maßgeblichen Clearingsystem bis zum früheren der folgenden Zeitpunkte gesperrt halten wird: (A) Zeitpunkt, an dem er seine maßgebliche Tender Anweisung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel wirksam widerruft, (B) Zeitpunkt der Bekanntmachung des Angebotslegers, in der bestätigt wird, dass die Transaktionsbedingungen nicht erfüllt sind, oder (C) Zeitpunkt der Abwicklung am Abwicklungstag, und dass er in Übereinstimmung mit den Anforderungen des maßgeblichen Clearingsystems und innerhalb der vom Clearingsystem vorgeschriebenen Frist die Tender Anweisungen an das entsprechende Clearingsystem übermittelt hat oder ihre Übermittlung an das Clearingsystem veranlasst hat, um die Sperrung der Eingereichten Schuldtitel mit Wirkung vom Tag dieser Übermittlung zu genehmigen, sodass bis zu dem in (A) bis (C) genannten Zeitpunkt zu keiner Zeit Übertragungen der betreffenden Schuldtitel durchgeführt werden können; und
 - (ii) in Bezug auf Schuldtitel mit Ausnahme von Schuldverschreibungen bestätigt er, dass er die Schuldtitel mit Ausnahme von Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Übermittlung der maßgeblichen Tender Anweisung hält und dass er die maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel bis zum früheren der folgenden Zeitpunkte halten wird: (A) Zeitpunkt, an dem er die maßgebliche Tender Anweisung für den maßgeblichen Schuldtitel wirksam widerruft, (B) Zeitpunkt der Bekanntmachung des Angebotslegers, in der bestätigt wird, dass die Transaktionsbedingungen nicht erfüllt sind, oder (C) Zeitpunkt der Abwicklung am Abwicklungstag, sodass bis zu dem in den Punkten (A) bis (C) genannten Zeitpunkt zu keiner Zeit Abtretungen oder Übertragungen des betreffenden Eingereichten Schuldtitels durch den Gläubiger oder in seinem Namen durchgeführt werden können.
- (p) **Richtigkeit der Informationen:** Die vom Gläubiger oder in seinem Namen in der Tender Anweisung zur Verfügung gestellten Informationen sind alle Punkte betreffend wahrheitsgemäß, richtig und nicht irreführend und werden zum Zeitpunkt des Erwerbs und/oder Umtauschs der Eingereichten Schuldtitel, am Abwicklungstag, alle Punkte betreffend wahrheitsgemäß, richtig und nicht irreführend sein.

- (q) **Vorlage von zur Verfügung gestellten Informationen:** Alle vom betreffenden Gläubiger oder in seinem Namen zur Verfügung gestellten Informationen (einschließlich in der Tender Anweisung) können vom Angebotsleger, den Offer Agents, den Agenten der Nullkupon-Anleihen und dem Tender Agent im Falle von Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den Angeboten und/oder Tender Anweisungen erforderlichenfalls vor zuständigen Gerichten oder Verwaltungsbehörden vorgelegt werden.
- (r) **Freistellungsverpflichtung:** Der Angebotsleger, die Offer Agents und der Tender Agent vertrauen auf die Wahrhaftigkeit und Richtigkeit der vorstehend unter (a) bis (q) in diesem Abschnitt „VERFAHREN FÜR DIE TEILNAHME AN DEN ANGEBOTEN – *Weitere Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen*“ aufgeführten Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen; der Gläubiger hat den Angebotsleger, die Offer Agents und den Tender Agent von allen Verlusten, Kosten, Ansprüchen, Verbindlichkeiten, Aufwendungen, Gebühren, Klagen oder Forderungen, die ihnen möglicherweise infolge eines Verstoßes gegen Bedingungen der Angebote oder gegen im Zusammenhang mit den Eingereichten Schuldtiteln in den Angeboten eingegangenen Verpflichtungen oder abgegebenen Zusicherungen, Gewährleistungen und/oder Verpflichtungserklärungen entstehen bzw. die aus diesem Grund gegen sie geltend gemacht oder angestrengt werden, freizustellen.
- (s) **Eingeschränkte Haftung des Tender Agents:** Die Haftung des Tender Agents ist beschränkt auf solche aus grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz und die Haftung des Tender Agent für Folgeschäden oder mittelbare Schäden sowie für Verluste im Zusammenhang mit entgangenem Gewinn, entgangenen Geschäften, Geschäftsmöglichkeiten oder einem entgangenen Geschäftswert des Gläubigers ist, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen. Jeder Gläubiger verzichtet auf das Recht, Folgeschäden oder mittelbare Schäden und Verluste geltend zu machen.

Der Angebotsleger, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents und der Tender Agent behalten sich jeweils das Recht vor, nach alleinigem Ermessen im Zusammenhang mit einer Einreichung von Schuldtiteln zum Erwerb und/oder Umtausch im Rahmen eines Angebots zu prüfen, ob die maßgebliche durch einen Gläubiger eingegangene bzw. abgegebene Bestätigung, Verpflichtung, Zusicherung, Gewährleistung und Verpflichtungserklärung zutreffend ist; wird eine solche Überprüfung vorgenommen und ist diese Bestätigung, Verpflichtung, Zusicherung, Gewährleistung und Verpflichtungserklärung nach Feststellung des Angebotslegers (gleich aus welchem Grund) unzutreffend, kann die Tender Anweisung abgelehnt werden.

In Bezug auf Schuldverschreibungen stellt der Zugang einer rechtsgültigen Tender Anweisung beim maßgeblichen Clearingsystem eine Anweisung dar, das Wertpapierdepot des maßgeblichen Direkten Teilnehmers am Abwicklungstag in Höhe der gesamten Festgelegten Stückelung der beim Angebotsleger eingereichten und vom Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel zu belasten, nach Zugang einer Anweisung des Tender Agent zur Entgegennahme der betreffenden Eingereichten Schuldtitel für Rechnung des Angebotslegers beim Clearingsystem und gegen (i) Gutschrift des maßgeblichen Barbetrags des Angebotslegers in Höhe des am Abwicklungstag zu zahlenden maßgeblichen Kaufpreises in der Währung eines jeden Eingereichten Schuldtitels oder (ii) Lieferung/Abtretung der maßgeblichen Neuen Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag; dies gilt jeweils vorbehaltlich eines rechtsgültigen Widerrufs/einer rechtsgültigen Änderung der betreffenden Tender Anweisung und nur bei Erfüllung der Transaktionsbedingungen. Ansprüche unter den jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen

werden an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger vom Angebotsleger dadurch abgetreten, dass mit dem entsprechenden Annehmenden Gläubiger ein Abtretungsvertrag abgeschlossen wird.

In Bezug auf Schuldtitel mit Ausnahme von Schuldverschreibungen stellt der Zugang einer rechtsgültigen Tender Anweisung beim Tender Agent eine Zustimmung dazu dar, alle Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen beim Angebotsleger eingereichten/an den Angebotsleger abgetretenen und vom Angebotsleger erworbenen und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel am Abwicklungstag abzutreten und zu übertragen oder umzutauschen, und zwar gegen (i) Gutschrift des maßgeblichen Barbetrags des Angebotslegers in Höhe des am Abwicklungstag zu zahlenden maßgeblichen Kaufpreises in der Währung eines jeden Eingereichten Schuldtitels oder (ii) Lieferung/Abtretung der maßgeblichen Neuen Schuldtitel durch den Angebotsleger am Abwicklungstag; dies gilt jeweils vorbehaltlich eines rechtsgültigen Widerrufs/einer rechtsgültigen Änderung der betreffenden Tender Anweisung und der Erfüllung der Transaktionsbedingungen. Ansprüche unter den jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger vom Angebotsleger dadurch abgetreten, dass mit dem entsprechenden Annehmenden Gläubiger ein Abtretungsvertrag abgeschlossen wird.

ZUSAMMENFASSUNG DER BESTIMMUNGEN BETREFFEND DIE NULLKUPON-ANLEIHEN WENN IN GLOBALER FORM

1 Anfängliche Begebung von Zertifikaten:

Jede Globalurkunde wird im Namen eines Nominee (der „**Registrierte Gläubiger**“) für einen Wertpapierverwahrer (Common Safekeeper) für Euroclear und Clearstream, Luxemburg, (der „**Wertpapierverwahrer**“) eingetragen und kann vor oder am Emissionstag der Nullkupon-Anleihen geliefert werden. Die Hinterlegung einer Globalurkunde beim Wertpapierverwahrer bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Nullkupon-Anleihen als notenbankfähige Sicherheiten für geldpolitische Geschäfte und Innertageskredite des Eurosystems anerkannt werden, weder bei Begebung noch zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Laufzeit. Eine entsprechende Anerkennung hängt von der Erfüllung der Kriterien für die Eurosystem-Eignung ab.

Nach Eintragung einer Globalurkunde im Namen eines Nominee für Euroclear und Clearstream, Luxemburg, sowie der Lieferung dieser Globalurkunde an den Wertpapierverwahrer schreibt Euroclear oder Clearstream, Luxemburg, jedem Zeichner einen Nominalbetrag der Nullkupon-Anleihen gut, der dem Nominalbetrag derselben, für den er gezeichnet und bezahlt hat, entspricht.

2 Beziehung der Kontoinhaber mit Clearingsystemen

Jede Person, die in den Aufzeichnungen von Euroclear, Clearstream, Luxemburg, oder einem anderen Alternativen Clearingsystem als Inhaber einer in einer Globalurkunde verbrieften Nullkupon-Anleihe angegeben ist, hat sich für ihren Anteil an jeder vom Angebotsleger an den Inhaber dieser Globalurkunde geleisteten Zahlung und hinsichtlich aller sonstigen Rechte aus dieser Globalurkunde einzig und allein an Euroclear, Clearstream, Luxemburg, oder gegebenenfalls ein solches Alternatives Clearingsystem vorbehalten und nach Maßgabe der jeweils geltenden Regeln und Verfahren von Euroclear, Clearstream, Luxemburg, oder gegebenenfalls eines solchen Alternativen Clearingsystems zu wenden. Solange die Nullkupon-Anleihen durch eine Globalurkunde verbrieft sind und die Verpflichtungen des Angebotslegers durch Zahlung an den Inhaber dieser Globalurkunde in Bezug auf jeden so bezahlten Betrag erfüllt werden, können diese Personen keinen Anspruch auf fällige Zahlungen im Zusammenhang mit den Nullkupon-Anleihen direkt gegenüber dem Angebotsleger geltend machen.

3 Umtausch

Für Übertragungen von Nullkupon-Anleihen, die bei Euroclear oder Clearstream, Luxemburg, oder einem Alternativen Clearingsystem gehalten werden, gilt Folgendes: Durch diese Bestimmungen wird das Handeln mit Eigentumsrechten an den Nullkupon-Anleihen innerhalb eines Clearingsystems, während sie in dessen Namen gehalten werden, zwar nicht verhindert, jedoch werden durch sie die Umstände, unter denen die Nullkupon-Anleihen aus dem maßgeblichen Clearingsystem entnommen werden dürfen, begrenzt.

Übertragungen hinsichtlich des Haltens von Nullkupon-Anleihen, die in einer Globalurkunde gemäß Bedingung 2(a) verbrieft sind, dürfen nur wie folgt erfolgen:

- (i) im Ganzen aber nicht in Teilen, wenn das maßgebliche Clearingsystem für einen fortlaufenden Zeitraum von vierzehn (14) Tagen (außer aufgrund von Urlaubstagen, gesetzlichen oder sonstigen Feiertagen) für den Geschäftsverkehr geschlossen ist oder die Absicht bekundet, seinen Geschäftsbetrieb dauerhaft einzustellen, oder den Geschäftsbetrieb tatsächlich einstellt; oder
- (ii) im Ganzen oder in Teilen mit der Zustimmung des Angebotslegers,

jedoch mit der Maßgabe, dass im Falle einer Übertragung nach vorstehendem Absatz (i) der Registrierte Gläubiger der Registerstelle unter ihrer angegebenen Geschäftsstelle seine Absicht, die Übertragung vorzunehmen, mit einer Frist von mindestens dreißig (30) Tagen angekündigt hat.

4 Änderungen der Bedingungen

Jede Globalurkunde beinhaltet Bestimmungen, die auf die in ihr verbrieften Nullkupon-Anleihen Anwendung finden; einige dieser Bestimmungen verändern die Wirkung der Konditionen und Bedingungen der in dieser Angebotsunterlage aufgeführten Nullkupon-Anleihen. Es folgt eine Zusammenfassung einiger dieser Bestimmungen:

4.1 Zahlungen

Sämtliche Zahlungen auf in einer Globalurkunde verbrieft Nullkupon-Anleihen werden an die (oder an die Order von der) Person geleistet, deren Name in dem Anleiherregister bei Geschäftsschluss am Stichtag, der auf den unmittelbar vor dem Zahlungstag liegenden Clearingsystem-Geschäftstag fällt, eingetragen ist, wobei „Clearingsystem-Geschäftstag“ Montag bis Freitag (einschließlich) mit Ausnahme des 25. Dezember und des 1. Januar bezeichnet.

4.2 Versammlungen

Für die Zwecke von Versammlungen der Anleihegläubiger gilt der Inhaber der durch eine Globalurkunde verbrieften Nullkupon-Anleihen (außer in Fällen, in denen die Globalurkunde nur eine einzige Nullkupon-Anleihe verbrieft) für die Zwecke der Berechnung der Beschlussfähigkeit einer Versammlung der Anleihegläubiger als zwei Personen und als zu einer Stimme für jede integrale Währungseinheit der Währung der Nullkupon-Anleihen berechtigt.

4.3 Befugnisse des Treuhänders

In dem Zeitraum, in dem eine Globalurkunde im Namen von einem Clearingsystem gehalten wird oder im Namen eines Nominee für ein Clearingsystem registriert ist, kann der Anleihentreuhänder unter Einbeziehung der Interessen der Anleihegläubiger jegliche Informationen, die ihm von diesem Clearingsystem oder dessen Betreiber zu der Identität (entweder einzeln oder nach Kategorien) seiner hinsichtlich dieser Globalurkunde anspruchsberechtigten Kontoinhaber bereitgestellt werden, berücksichtigen und diese Interessen in einer Weise berücksichtigen, als wären diese Kontoinhaber die Inhaber der durch diese Globalurkunde verbrieften Nullkupon-Anleihen.

5 Elektronische Zustimmungserklärung und Schriftlicher Beschluss

Während eine Globalurkunde im Namen eines Nominee für ein Clearingsystem registriert ist, gilt Folgendes:

- (a) Die Zustimmung zu einem vom Angebotsleger, vom Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber oder gegebenenfalls vom Anleihentreuhänder vorgeschlagenen Beschluss, die im Wege von mittels elektronischer Kommunikationssysteme des maßgeblichen Nullkupon-Anleihen Clearingsystems bzw. der maßgeblichen Nullkupon-Anleihen Clearingsysteme gemäß dessen bzw. deren Betriebsvorschriften und -verfahren übermittelten elektronischen Zustimmungserklärungen von oder im Namen von den Inhabern von mindestens 75 Prozent des Nominalbetrags der ausstehenden Nullkupon-Anleihen gewährt wird (eine „Elektronische Zustimmungserklärung“ wie im maßgeblichen Trust Deed definiert), tritt für alle Zwecke (einschließlich Angelegenheiten, die ansonsten einen Außerordentlichen Beschluss, der auf einer das Erfordernis für eine Besondere Beschlussfähigkeit erfüllenden Versammlung gefasst wird, erfordern) als Außerordentlicher Beschluss in Kraft, der bei einer ordentlich einberufenen und abgehaltenen Versammlung von Anleihegläubigern gefasst wurde, und ist für alle Anleihegläubiger verbindlich, unabhängig davon, ob diese an der Elektronischen Zustimmungserklärung beteiligt waren oder nicht; und
- (b) wenn keine Elektronische Zustimmungserklärung angestrebt wird, sind – zwecks Feststellung, ob ein Schriftlicher Beschluss (wie im maßgeblichen Trust Deed definiert) wirksam gefasst wurde – der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und/oder gegebenenfalls der Anleihentreuhänder berechtigt, sich auf die schriftliche Zustimmung oder schriftliche Anweisung zu verlassen, die dem Angebotsleger, dem Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber bzw. dem Anleihentreuhänder unmittelbar von Kontoinhabern im Clearingsystem mit Anspruchsberechtigung hinsichtlich dieser Globalen Urkunde, oder, wenn die Kontoinhaber eine solche Berechtigung im Namen einer anderen Person innehaben, auf die schriftliche Zustimmung oder schriftliche Anweisung derjenigen Person, in deren Namen sie diese Anspruchsberechtigung letztendlich inne haben, erteilt wird, unabhängig davon, ob der Berechtigte diese direkt beim Kontoinhaber oder über einen oder mehrere Intermediäre inne hat und mit der Maßgabe, dass der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und der Anleihentreuhänder jeweils wirtschaftlich angemessene Beweise zur Feststellung der Rechtsgültigkeit dieser Inhaberschaft eingeholt und angemessene Maßnahmen ergriffen haben, um sicherzustellen, dass diese Inhaberschaft nach Erteilung der Zustimmung oder Anweisung und vor Durchführung der Änderung unverändert bleibt. Ein auf diese Weise gefasster Beschluss ist für alle Anleihegläubiger verbindlich, selbst wenn die maßgebliche Zustimmung oder Anweisung sich als fehlerhaft erweist. Im Sinne dieses Absatzes umfassen „wirtschaftlich angemessene Beweise“ auch Urkunden oder sonstige Dokumente, die durch Euroclear, Clearstream, Luxemburg, oder ein anderes maßgebliches Clearingsystem ausgegeben wurden oder durch einen Kontoinhaber derselben oder einen Intermediär in einer Verwahrkette im Zusammenhang mit dem Halten von Eigentumsrechten an den Nullkupon-Anleihen ausgegeben werden. Sofern kein offensichtlicher Fehler vorliegt, sind diese Urkunden oder sonstigen Dokumente in jeder Hinsicht endgültig und verbindlich. Derartige Urkunden oder sonstige Dokumente können jegliche Form von Erklärung oder Druckausgabe elektronischer Aufzeichnungen umfassen, die vom maßgeblichen Clearingsystem (einschließlich der EUCLID-Datenbank von Euroclear oder dem CreationOnline-System von Clearstream, Luxemburg) gemäß ihren üblichen Verfahren bereitgestellt werden und in denen der Kontoinhaber eines bestimmten

Nennbetrags oder Nominalbetrags der Nullkupon-Anleihen zusammen mit dem Betrag dieses Bestands eindeutig identifiziert wird. Der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und der Anleihentreuhänder übernehmen keinerlei Haftung gegenüber Personen aufgrund der Tatsache, dass sie Urkunden oder sonstige Dokumente, die vermeintlich durch diese Personen ausgegeben wurden und sich im Nachhinein als gefälscht oder unecht erwiesen haben, als rechtsgültig anerkannt und nicht zurückgewiesen haben.

BESCHREIBUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH

Allgemeines

Die Republik Österreich liegt in Mitteleuropa. Das Land grenzt

- im Westen an die Schweiz und Liechtenstein,
- im Norden an die Bundesrepublik Deutschland, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik,
- im Osten an Ungarn und
- im Süden an Slowenien und Italien.

Laut Schätzungen von Statistik Austria hatte Österreich im Jahr 2015 eine Bevölkerung von rund 8,6 Millionen.

Regierungsform

Nach der österreichischen Bundesverfassung von 1920 in ihrer Fassung von 1929 ist Österreich eine demokratische Republik sowie ein föderaler Bundesstaat. Die Bundesregierung und die neun Bundesländer teilen sich legislative und exekutive Befugnisse.

Die Gesetzgebung des Bundes wird durch eine Zweikammerlegislative bestehend aus Nationalrat und Bundesrat ausgeübt. Der Nationalrat wird auf Basis eines gleichen, unmittelbaren, freien und geheimen Wahlrechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl für eine Legislaturperiode von fünf (5) Jahren gewählt. Der Nationalrat kann sich noch vor Ablauf einer Legislaturperiode von fünf (5) Jahren entweder selbst auflösen oder unter bestimmten Umständen vom Bundespräsidenten aufgelöst werden. Der aktuelle Nationalrat wurde am 29. September 2013 gewählt. Die Mitglieder des Bundesrats werden in regelmäßigen Abständen von den Landeslegislativen der Länder im Verhältnis zur Bevölkerungszahl der neun Länder bestellt.

Die Exekutivgewalt der Bundesregierung wird vom Bundespräsidenten, vom Kanzler und vom Kabinett ausgeübt. Der Bundespräsident wird vom Bundesvolk aufgrund des gleichen, unmittelbaren, persönlichen, freien und geheimen Wahlrechts für eine Amtszeit von sechs (6) Jahren mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl für eine weitere Amtszeit von sechs (6) Jahren gewählt. In der Zeit vom 8. Juli 2004 bis zum 8. Juli 2016 war Heinz Fischer der Bundespräsident. Die Wahl zur nächsten Bundespräsidentschaft fand am 24. April 2016 und die Stichwahl am 22. Mai 2016 statt. Wahlsieger war Alexander van der Bellen, der am 8. Juli 2016 zum Bundespräsidenten vereidigt werden sollte. Da der österreichische Verfassungsgerichtshof das Ergebnis der Stichwahl aufgehoben hat, muss die Stichwahl am 2. Oktober 2016 wiederholt werden. Die wichtigsten verfassungsrechtlichen Befugnisse des Bundespräsidenten sind die Angelobung des Kanzlers und seines Kabinetts sowie die Auflösung des Nationalrats.

Die gegenwärtige Regierung wurde am 16. Dezember 2013 durch eine Koalition der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gebildet. Christian Kern von der SPÖ führt die Regierung als Kanzler, Reinhold Mitterlehner von der ÖVP ist Vizekanzler.

Die rechtsprechende Gewalt wird von den Bundesgerichten ausgeübt. Höchstinstanzliche Gerichte bestehen in den Bereichen Zivilrecht, Strafrecht und Verwaltungsrecht. Fragen der Verfassungsmäßigkeit gesetzgeberischer Maßnahmen oder von Verwaltungsakten der

Bundesregierung und der Landesregierungen werden von einem besonderen Verfassungsgerichtshof entschieden.

Wirtschaft

Österreichs Wirtschaft ist hoch entwickelt und breit gefächert. Auf dem industriellen Sektor, bestehend aus dem verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Baugewerbe sowie der Energie- und Wasserversorgung, entfielen 2015 28,0% der nominalen Bruttowertschöpfung. Die Verfügbarkeit heimischer Stromerzeugungsquellen und Rohstoffe begünstigt die industrielle Entwicklung. Auch Tourismus, Landwirtschaft und Forstwirtschaft spielen eine wichtige Rolle in Österreichs Wirtschaft.

In der nachstehenden Tabelle sind die Bereiche dargestellt, die in den Jahren 2011 bis 2015 die wichtigsten Beiträge zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt geliefert haben. 2015 betrug das nominale Bruttoinlandsprodukt insgesamt EUR 339,9 Mrd.; das bedeutet einen Zuwachs von 2,9% gegenüber 2014. 2015 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (Bezugsjahr 2010) gegenüber 2014 um 1,0 Prozent. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 beruhte vor allem auf Exporten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT⁽¹⁾						Prozentualer Anteil an der gesamten Brutto- wertschöpfung 2015
	2011	2012	2013	2014	2015	
	(in Milliarden Euro auf Nominalbasis)					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei:	4,4	4,3	4,1	4,0	3,9	1,3
Industrie:						
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, verarbeitendes Gewerbe	53,1	54,9	55,0	56,0	58,4	19,3
Elektrizität, Gas- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	7,9	8,2	8,5	8,2	8,0	2,6
Baugewerbe	17,5	18,0	18,6	19,0	19,4	6,4
Industrie gesamt	78,4	81,2	82,1	83,2	85,8	28,3
Dienstleistungen:						
Groß- und Einzelhandel	35,9	36,1	35,2	36,2	36,4	12,0
Transport	15,3	15,7	16,2	16,6	17,1	5,7
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	13,2	13,9	14,4	14,9	15,7	5,2
Information und Kommunikation	9,1	9,3	9,8	10,4	10,7	3,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	12,7	12,1	12,6	12,8	12,8	4,2
Immobilienwirtschaft	25,3	26,3	27,8	28,9	30,6	10,1
Sonstige Geschäftsaktivitäten	24,9	26,0	27,0	27,8	28,4	9,4
Öffentliche Verwaltung ⁽²⁾	47,7	49,1	50,0	51,2	52,7	17,4
Sonstige Dienstleistungen	7,8	8,0	8,1	8,4	8,6	2,8
Dienstleistungen gesamt	192,0	196,5	201,0	207,2	213,0	70,4
Bruttowertschöpfung gesamt	274,9	282,0	287,2	294,4	302,7	100,0
Steuern abzgl. Gütersubventionen	33,8	35,2	35,3	36,0	37,2	
Wert des Bruttoinlandsprodukts	308,6	317,1	322,5	330,4	339,9	
Kettenvolumen Index (2010=100)	102,8	103,6	103,7	104,4	105,4	
Prozentuale Veränderung BIP ggü. Vorjahr						
Wert	4,8	2,7	1,7	2,4	2,9	
Volumen	2,8	0,7	0,1	0,6	1,0	

(1) Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), Basis 2010. Mögliche Abweichungen der Summen kommen durch Rundungsdifferenzen zustande.

(2) Umfasst auch Bildung, Gesundheit und Sozialwesen.

QUELLE: Statistik Austria

Einnahmen und Ausgaben

Das unten dargestellte Bundesbudget für die Jahre 2011 bis 2014 wurde vom Rechnungshof geprüft und vom Nationalrat genehmigt. Das Bundesbudget für das Jahr 2015 wurde vom Rechnungshof geprüft.

ZUSAMMENFASSUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN					
	2011	2012	2013	2014	2015
	(in Millionen Euro)				
I. Hauptkonto					
Einnahmen der Bundesregierung:					
Summe Steuern und Abgaben – brutto	69.858	73.153	76.370	78.503	82.427
Abzügl.: Transfers an Länder, Gemeinden und Fonds	(25.414)	(26.458)	(27.598)	(28.278)	(29.603)
Transfers an EU-Haushalt	(2.512)	(2.888)	(2.971)	(2.752)	(2.452)
Summe Steuern und Abgaben – netto	41.931	43.807	45.801	47.473	50.372
Sonstige Quellen	21.521	22.124	25.563	23.990	22.356
Gesamteinnahmen	63.452	65.931	71.364	71.463	72.728
Gesamtausgaben	67.814	72.880	75.567	74.653	74.589
Budgetdefizit – gekürzt um Rückführung öffentl. Schulden	4.362	6.949	4.203	3.189	1.861
Budgetdefizit – netto als prozentualer Anteil des Bruttoinlandsprodukts	(1,4%)	(2,2%)	(1,3%)	(1,0%)	(0,6%)
Staatsdefizit in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung („Maastricht-Defizit“) als prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt	(2,6%)	(2,2%)	(1,3%)	(2,7%)	(1,2%)
Haushaltsdefizit in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung („Maastricht-Defizit“) als prozentualer Anteil am Bruttoinlandsprodukt	(2,3%)	(2,2%)	(1,4%)	(2,8%)	(1,3%)
II. Außerordentlicher Haushalt					
Ausgaben	63.280	44.007	47.778	65.055	72.060
Einnahmen	67.642	50.956	51.981	68.244	73.921
Überschuss	4.362	6.949	4.203	3.189	1.861

QUELLE: Österreichisches Bundesministerium für Finanzen (www.bmf.gv.at); Österreichischer Rechnungshof (www.rechnungshof.gv.at).

Öffentlicher Schuldenstand

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über Österreichs direkte Inlands- und Auslandsschulden zum 31. Dezember des jeweils angegebenen Jahres.

	2011	2012	2013	2014	2015
Inland.....	190.987	201.671	207.634	207.642	210.540
Ausland ⁽¹⁾	2.624	0	0	0	0
Gesamt	193.611	201.671	207.634	207.642	210.540
Abzgl.: Bestände eigener Anleihen	(10.435)	(12.121)	(13.691)	(11.431)	(11.427)
Gesamt.....	183.176	189.551	193.942	196.212	199.113

(1) Zu den am 31. Dezember des maßgeblichen Jahres geltenden Wechselkursen in Euro umgerechnet.

QUELLE: Österreichische Bundesfinanzierungsagentur

Quellen der Informationen und weitere Informationen:

Die Informationen in der Tabelle unter „—Wirtschaft“ sind den Veröffentlichungen von STATISTIK AUSTRIA entnommen. STATISTIK AUSTRIA ist eine Bundesanstalt der Republik Österreichs.

Die Informationen in der Tabelle unter „—Einnahmen und Ausgaben“ für die Jahre 2011 bis 2014 sind vom österreichischen Rechnungshof geprüft und vom Nationalrat gebilligt worden. Der Bundeshaushalt des Jahres 2015 ist vom österreichischen Rechnungshof geprüft worden. Die Daten wurden vom Österreichischen Bundesministerium für Finanzen zusammengefasst worden.

Die Informationen in der Tabelle unter „—Öffentlicher Schuldenstand“ wurde von der OeBFA zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich zu den oben angeführten Quellen können weitere Informationen zur Republik Österreich den folgenden Websites entnommen werden, von denen keine durch diese Bezugnahme Bestandteil dieser Angebotsunterlage ist:

- STATISTIK AUSTRIA (www.statistik.at);
- Österreichisches Bundesministerium für Finanzen (www.bmf.gv.at);
- OeBFA (www.oebfa.at);
- Österreichische Nationalbank (www.oenb.at);
- Österreichischer Fiskalrat (www.fiskalrat.at);
- Berichte zum Bundesrechnungsabschluss des Österreichischen Rechnungshofs (www.rechnungshof.at/berichte/bundesrechnungsabschluss.html);
- Eurostat (www.europa.eu/eurostat); und
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (www.oecd.org/austria/).

RÜCKKAUFVERPFLICHTUNG

*In dieser „Rückkaufverpflichtung“, bezieht sich der Begriff „**Rückkaufverpflichtung**“ auf die Verpflichtungsurkunde zum Rückkauf vom 6. September 2016 des Angebotslegers, deren Muster in Annex I aufgeführt ist und die auf der Webseite des Angebotslegers unter <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/> veröffentlicht werden wird. Gläubiger von Nullkupon-Anleihen werden darauf hingewiesen, dass Anleihengläubiger zunächst eine Rückkaufmitteilung (wie nachstehend definiert) ausfüllen und mit der identen xls-Datei an die OeBFA übermitteln müssen, um ihr Rückverkaufsrecht (wie nachstehend definiert) ausüben zu können. Zudem müssen Sie ihre depotführende Bank anweisen, Anweisungen zur den Bedingungen der Rückkaufsverpflichtung entsprechenden Lieferung der Rückkaufsanleihen (wie nachstehend definiert) an den Angebotsleger zu geben.*

Rückverkaufsrecht. Der Angebotsleger hat unter der Rückkaufverpflichtung jedem wirtschaftlichen Eigentümer, der dazu berechtigt ist, Nullkupon-Anleihen zu veräußern – oder deren Veräußerung zu veranlassen – (jeweils ein „**Gläubiger**“) unwiderruflich das Recht (das „**Rückverkaufsrecht**“) gewährt, nach Erhalt einer Rückkaufsmittelung („**Rückkaufsmittelung**“), deren Form (zusammen mit der separat dokumentierten Rückkaufverpflichtung) Anhang I entnommen werden kann, durch OeBFA, die im Auftrag des Angebotslegers als Berechnungsstelle agiert (wie hierin beschrieben), vom Angebotsleger den Rückkauf sämtlicher, oder einer bestimmten Menge des von einem Gläubiger gehaltenen Nennbetrags von Nullkupon-Anleihen, wie in der Rückkaufsmittelung bestimmt, zu einem dem Rückkaufpreis (wie nachstehend definiert) entsprechenden Preis, in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht, zu fordern.

Das Rückverkaufsrechts gilt erst zu dem Zeitpunkt als ausgeübt, an dem eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung bei der im Auftrag des Angebotslegers handelnden OeBFA eingegangen ist. Die Rückkaufsmittelung muss lesbar, vollständig und richtig ausgefüllt werden sowie ordnungsgemäß ausgefertigt und von dem das Rückverkaufsrecht ausübenden Gläubiger (ein „**Verkäufer**“) übermittelt werden. Der in der Rückkaufsmittelung angeführte Handelstag muss ident sein mit dem Tag der Übermittlung an die OeBFA. Die rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung muss der OeBFA, die im Namen des Angebotslegers handelt, per E-Mail an die Adresse buyback@oebfa.at übermittelt werden. Der Inhalt der E-Mail ist die ordnungsgemäß unterschriebene Rückkaufsmittelung und eine idente xls-Datei².

Der Gläubiger muss – als Anhang zur Rückkaufsmittelung – einen Nachweis des Eigentums des Gläubigers an den Rückkaufsanleihen übermitteln. Dieser Eigentumsnachweis kann in Form einer SWIFT-Nachricht, die die Bestände an Nullkupon-Anleihen des Verkäufers zeigt, durch einen von einer depotführenden Bank des Gläubigers erstellten Nachweis oder in anderer angemessener Art und Weise erfolgen.

Nach dem hierin beschriebenen Erhalt einer rechtsgültig ausgefüllten Rückkaufsmittelung und der xls-Datei, sind der Angebotsleger und der Verkäufer verpflichtet, den in der Rückkaufsmittelung spezifizierten Rückkauf der Nullkupon-Anleihen (der „**Rückkauf**“) gemäß den in der Rückkaufverpflichtung festgesetzten Bedingungen abzuwickeln (der „**Rückkaufvertrag**“).

Für den Fall das eine unvollständige oder fehlerhafte Rückkaufsmittelung bei der OeBFA eingereicht wird, wird der Angebotsleger und/oder OeBFA angemessene Bemühungen vornehmen, um den Gläubiger oder dessen Vermittler zu kontaktieren, um diesen von der

² Eine xls-Datei der Rückkaufsmittelung findet sich auf der Webseite des Angebotslegers unter <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>

Unvollständigkeit oder Fehlerhaftigkeit zu benachrichtigen. Wenn keine geänderte Rückkaufsmittelung der OeBFA innerhalb von 24 Stunden nach Kontaktaufnahme durch die OeBFA übermittelt wird, führt dies nicht zu einem bindenden Rückkaufvertrag, wie oben aufgeführt. Zur Vermeidung von Missverständnissen wird klargestellt, dass der Erhalt einer unvollständigen oder fehlerhaften Rückkaufsmittelung nicht zu einem bindenden Rückkaufvertrag führt.

„**Rückkaufpreis**“ ist das Produkt aus (a) dem gesamten Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen, der nach Ausübung des Rückverkaufsrechts zurückgekauft werden soll, und (b) dem folgenden Bruch (der „**Rückkaufpreisbruchteil**“) gerundet auf fünf Dezimalstellen und berechnet am maßgeblichen Feststellungstag:

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

Dabei gilt:

„**Zinstagequotient Actual/Actual**“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgeblichen Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

„**Feststellungstag**“ bezeichnet den Tag, an dem die OeBFA vom Verkäufer eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung und eine idente xls-Datei in Übereinstimmung mit dem Abschnitt „– Rückverkaufsrecht“ erhalten hat, wobei gilt, dass, sollte der Erhalt durch die OeBFA nicht auf einen Tag fallen (außer Samstag oder Sonntag), an dem die Banken in Wien, London und Frankfurt am Main geöffnet haben (ein „**Bankarbeitstag**“), der Feststellungstag auf den folgenden Bankarbeitstag fällt.

„**Euro-Swap-Satz**“ bezeichnet den als Prozentsatz ausgedrückten Jahres-Swap-Satz für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Fälligkeitstag des Längeren Swaps bzw. dem Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps entspricht, der am Feststellungstag um 11.00 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) festgestellt und gegen 11.15 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) auf der Bloomberg-Seite ISDA unter „Fixing Rates – Euribor A“ (oder einer anderen Bildschirmseite von Bloomberg oder eines anderen Informationsdienstes, die die Nachfolgeside dieser Bloomberg-Seite für die Zwecke der Anzeige des in diesem Absatz beschriebenen maßgeblichen Satzes ist) angezeigt wird. Ist der maßgebliche Satz an dem maßgeblichen Feststellungstag nicht verfügbar, entspricht der maßgebliche Satz dem maßgeblichen Satz an dem unmittelbar dem Feststellungstag vorangegangenen Tag, an dem ein maßgeblicher Satz verfügbar war. Zur Klarstellung: Es erfolgt keine Anpassung des Euro-Swap-Satzes für die Abwicklungsfrist von Rückkäufen.

Der „**Interpolierte Euro-Swap-Satz**“ wird am Feststellungstag durch einfache lineare Interpolation unter Bezugnahme auf zwei Euro-Swap-Sätze, von denen einer der Kürzere Swap-Satz und der andere der Längere Swap-Satz ist, anhand der folgenden Formel bestimmt:

$$I = p \times \text{Kürzerer Swap-Satz} + (1-p) \times \text{Längerer Swap-Satz}$$

Dabei gilt:

I = der Interpolierte Euro-Swap-Satz

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich);

ML = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Längeren Swaps (ausschließlich);

MS = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps (ausschließlich).

„**Längerer Swap-Satz**“ bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum „ n “ am nächsten liegt, jedoch länger als dieser ist.

„**Fälligkeitstag**“ bezeichnet den Fälligkeitstag der Nullkupon-Anleihen.

„**Fälligkeitstag des Längeren Swaps**“ bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Längeren Swap-Satz entspricht.

„**Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps**“ bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Kürzeren Swap-Satz entspricht.

„ n “ steht für den Zeitraum der verbleibenden Laufzeit vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) (berechnet in Jahren anhand des Zinstagequotienten Actual/Actual und auf drei Dezimalstellen gerundet).

„**Kürzerer Swap-Satz**“ bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum „ n “ am nächsten liegt, jedoch kürzer als dieser ist.

„**Spread**“ bezeichnet -8,0 Basispunkte.

„ Y “ steht für die Summe des Spread und des Interpolierten Euro-Swap-Satzes für eine Laufzeit von n Jahren.

„**TARGET-Geschäftstag**“ bezeichnet einen Tag an dem das TARGET System für Zahlungen in Euro geöffnet ist.

„**TARGET System**“ bezeichnet das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System oder einen Nachfolger davon.

Der Angebotsleger hat OeBFA unwiderruflich damit beauftragt, im Namen des Angebotslegers den Rückkaufpreis im Hinblick auf einen jeden Rückkauf zu berechnen. OeBFA berechnet den Rückkaufpreisbruchteil an jedem Bankarbeitstag während des Rückkaufzeitraums nach der Veröffentlichung der oben beschriebenen erforderlichen Informationen auf Bloomberg um circa 11:15 Uhr mitteleuropäischer Zeit (Ortszeit Frankfurt). Die Veröffentlichung des Rückkaufpreises durch den Angebotsleger erfolgt unter Verwendung des von der OeBFA berechneten Rückkaufpreisbruchteiles und unter Annahme eines gesamten Nennbetrags von Nullkupon-Anleihen in Höhe von EUR 100, an jedem Bankarbeitstag während des Rückkaufzeitraums um

circa 12:00 Uhr Mittag mitteleuropäischer Zeit (Ortszeit Frankfurt) auf seiner Webseite unter <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>. Wenn der Angebotsleger den Rückkaufpreis aufgrund technischer oder anderweitiger Gründe nicht auf seiner Webseite veröffentlicht, muss der Rückkaufpreis auf der Webseite der OeBFA veröffentlicht werden.

Rückkaufzeitraum. Ein Gläubiger ist nur während des Zeitraumes vom 1. Dezember 2016 (einschließlich) bis zum 180. Kalendertag nach dem 1. Dezember 2016 (ausschließlich) in der Lage, das Rückverkaufsrecht auszuüben (der „**Anfängliche Rückkaufzeitraum**“), wobei dieser Zeitraum für jeden Bankarbeitstag, an dem es der Angebotsleger versäumt, den Rückkaufpreis wie unter „**Rückkaufspreis**“ dargestellt zu veröffentlichen oder einen Rückkauf in Übereinstimmung mit „**Closing**“ abzuwickeln, automatisch um einen Bankarbeitstag verlängert wird, vorausgesetzt dass keine dieser Fehler daher resultieren, dass (a) ein Gläubiger oder dessen Vertreter oder Vermittler es unterlassen haben, dem Angebotsleger oder dem jeweiligen Clearingsystem die notwendigen Informationen zukommen zu lassen, um den Rückkauf abzuwickeln, (b) ein Gläubiger oder sein Vertreter oder Vermittler es unterlassen haben, dem Angebotsleger eine rechtmäßig ausgefüllte Rückkaufsmittelung samt xls-Datei in Übereinstimmung mit Abschnitt „– **Rückverkaufsrecht**“ zukommen zu lassen oder (c) die Abwicklung des Rückkaufs rechtswidrig geworden ist (der „**Rückkaufzeitraum**“). Der Angebotsleger veröffentlicht jegliche Erweiterung des Anfänglichen Rückkaufzeitraums auf seiner Webseite: <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at>.

Closing. Die Abwicklung eines jeden Rückkaufs („**Abwicklung**“) erfolgt am achten (8.) Bankarbeitstag nachdem der Angebotsleger eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung samt xls-Datei in Übereinstimmung mit dem Abschnitt „– **Rückverkaufsrecht**“ erhalten hat.

Die Abwicklung erfolgt durch das jeweilige Clearingsystem, in dem die Nullkupon-Anleihen gehalten werden, und in Übereinstimmung mit den Vorschriften und Bestimmungen dieses Clearingsystems. Bei Abwicklung liefert der Verkäufer die dem Rückkauf unterliegenden Nullkupon-Anleihen (die „**Rückkaufsanleihen**“) an den Angebotsleger in das unten bezeichnete Wertpapierdepot gegen Zahlung des Rückkaufpreises an den Verkäufer oder seinen Vermittler im Wege sofort verfügbarer Mittel.

Jeder Verkäufer hat dafür zu sorgen, dass seine depotführende Bank mindestens zwei (2) Bankarbeitstage vor der Abwicklung Anweisungen erteilt, wonach die Rückkaufsanleihen an den Angebotsleger über das Wertpapierdepot-Nr. 67242 der OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Wien, Österreich (FN 428085m; „**OeKB CSD**“) bei Clearstream, Luxemburg (CEDELULLXXX) auf das Wertpapierdepot-Nr. 205600 des Angebotslegers bei OeKB CSD (OCSDATWWXXX) gegen Zahlung des Rückkaufpreises zu liefern sind. Wenn diese Anweisungen nicht erteilt werden und keine Abwicklung innerhalb des oben festgelegten Zeitraumes erfolgt, ist der Angebotsleger – nach eigenem Ermessen – berechtigt, entweder die Lieferung der Rückkaufsanleihen gegen Zahlung des Rückkaufpreises zu verlangen oder den Rückkauf zu annullieren. Jeglicher Ausfall der Abwicklung, der dadurch entsteht, dass der Verkäufer diesen Abschnitt nicht einhält, führt nicht zu einer Verlängerung des unter „**Rückkaufzeitraum**“ dargelegten Anfänglichen Rückkaufzeitraumes.

Zusicherungen, Garantien und Verpflichtungen des Verkäufers. Als Bedingung für die Verpflichtung des Angebotslegers aus der Rückkaufsverpflichtung, erklärt der Verkäufer dem Angebotsleger zu dem Zeitpunkt, an dem der Angebotsleger die Rückkaufsmittelung erhält sowie bei Abwicklung, die folgende Zusicherungen, Garantien und Verpflichtungen:

- (a) der Verkäufer hat diese Rückkaufverpflichtung, einschließlich der hierin enthaltenen Bedingungen und der Rückkaufsmittelung, gelesen, verstanden und akzeptiert;

- (b) der Verkäufer ist (i) der wirtschaftliche Eigentümer der Rückkaufsanleihen oder (ii) ein berechtigter Vermittler des wirtschaftlichen Eigentümers der Rückkaufsanleihen, der die Befugnis hat an Stelle des wirtschaftlichen Eigentümers der Rückkaufsanleihen zu handeln;
- (c) die Rückkaufsanleihen sind frei von jeglichen Pfandrechten, Belastungen und anderen Sicherungsrechten oder anderen Rechten Dritter, einschließlich jeglicher bedingter oder anderweitiger Rechte Dritter zum Kauf oder darauf die Rückkaufsanleihen zum Kauf angeboten zu bekommen;
- (d) der Verkäufer ist rechtmäßiger Eigentümer und hat das Recht und die Befugnis zum Verkauf und zur Übertragung des vollständigen rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentums an den Rückkaufsanleihen in Übereinstimmung mit der Rückkaufspflichtung und durch den Verkauf und die Lieferung der Rückkaufsanleihen gemäß den Bestimmungen der Rückkaufspflichtung wird das vollständige rechtliche und wirtschaftliche Eigentum an den Rückkaufsanleihen auf den Angebotsleger übertragen;
- (e) der Verkäufer hat – mit Ausnahme der Ausfertigung der Rückkaufsmittelteilung und des Abschlusses des Rückkaufvertrags – keinen anderen Vertrag und keine andere Vereinbarung mit irgendeiner anderen Person in Bezug auf den Verkauf der Rückkaufsanleihen geschlossen;
- (f) vorbehaltlich der Vollendung der Abwicklung und keiner Rückabwicklung der Abwicklung im Nachhinein verzichtet der Verkäufer hiermit auf jegliche Ansprüche gegen den Angebotsleger und OeBFA im Zusammenhang mit dem Rückkauf und den Rückkaufsanleihen;
- (g) der Vollzug des Rückkaufs wird weder zur Entstehung oder Auslösung eines Verstoßes gegen oder Verzugsfalls (ob durch Zeitablauf oder auf andere Weise) im Zusammenhang mit den Gesellschaftsdokumenten des Verkäufers, oder sonstigen einschlägigen Verträgen oder geltenden Rechtsvorschriften führen noch zur Auferlegung von Pfandrechten auf Vermögensrechte des Verkäufers oder sonstigen Strafen nach diesen Dokumenten, Verträgen oder Vorschriften, es sei denn ein solcher Verstoß, Verzugsfall oder eine solche Auferlegung von Pfandrechten oder sonstigen Strafen führt im Einzelfall und in der Gesamtschau nicht zur Verhinderung, Einschränkung oder wesentlichen Verzögerung des Vollzugs des Rückkaufs;
- (h) es ist dem Verkäufer nicht gestattet, die durch den Rückkauf erhaltene Gegenleistung für irgendwelche rechtswidrigen Beiträge, Geschenke, Einladungen oder andere unzulässige Ausgaben in Bezug auf politische Aktivitäten zu verwenden und er wird keine Handlung vornehmen, die der Förderung eines Angebots, eines Versprechens oder einer Autorisierung jedweder unmittelbar oder mittelbar rechtswidriger Zahlungen oder Zuwendungen dient, die zugunsten einer ausländischen oder inländischen Regierung oder Amtsperson oder eines Mitarbeiters, einschließlich jeglicher staatseigener oder staatlich kontrollierter Unternehmen oder internationaler Organisationen oder jeglicher Person, die in einer offiziellen Funktion oder im Namen einer der Vorgenannten tätig ist oder jegliche politische Partei oder politischer Parteifunktionär oder Kandidat eines politischen Amtes, im Zusammenhang mit dem Rückkauf getätigt wird; im Zusammenhang mit der Beteiligung am Rückkauf wird jegliche aus dem Rückkauf erhaltene Gegenleistung von ihm in Übereinstimmung mit anwendbaren Geldwäschebekämpfungs- und Antiterrorgesetzen verwendet werden und ohne Verletzung der Vorschriften des US-amerikanischen Gesetzes über korrupte Praktiken im Ausland von 1977, in der jeweils

gültigen Fassung, oder eines jeglichen anderen anwendbaren Gesetzes oder jeglicher anwendbaren Vorschrift in Umsetzung des OECD-Abkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr oder des Begehens einer strafbaren Handlung gemäß des Bestechungsgesetzes von 2010 des Vereinigten Königreiches oder jedweder anderer anwendbaren Anti-Bestechungs- oder Anti-Korruptions-Gesetze und er wird keine Handlung vornehmen, anbieten, verlangen oder einer solchen zustimmen, die eine rechtswidrige Bestechung oder einen anderen ungesetzlichen Vorteil fördert, einschließlich (aber nicht abschließend), der Gewährung eines jeglichen Nachlasses oder von, Schmiergeld-zahlungen, Zahlungen, mit denen die Zahlungsmoral beeinflusst werden soll, Bestechungsgeldern oder jeglichen anderen rechtswidrigen oder unzulässigen Zahlungen oder Zuwendungen; und

- (i) weder der Verkäufer noch irgendein mit ihm verbundenes Unternehmen oder Direktoren, leitende Angestellte oder andere Personen, die für oder im Namen des Verkäufers oder eines der mit ihm verbundenen Unternehmen handeln, ist ein Individuum oder ein Unternehmen („**Person**“), oder gehört einer Person oder wird von einer Person kontrolliert, die: (i) der Gegenstand jedweder Sanktionen ist, die durch die Regierung der Vereinigten Staaten angeordnet oder durchgesetzt worden sind, einschließlich (aber nicht abschließend) durch die Abteilung des US-amerikanischen Finanzbüros zur Kontrolle ausländischer Vermögen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Europäische Union, das Finanzministerium Ihrer Majestät oder jedwede zuständige Behörde mit Sanktionierungsbefugnissen (gemeinsam, „**Sanktionen**“), oder (ii) befindet sich, wurde organisiert oder wohnt/hat seinen Sitz in einem Land oder Territorium, welches selbst – oder dessen Regierung – umfassenden Sanktionen unterliegt.

Zusicherungen und Garantien des Angebotslegers. Der Angebotsleger sichert zu und garantiert dem Verkäufer zu dem Zeitpunkt, an dem der Angebotsleger die Rückkaufsmittel erhält, sowie im Zeitpunkt bei Abwicklung das Folgende:

- (a) der Angebotsleger ist im Vollbesitz der erforderlichen Ermächtigung und Autorisierung, um die Rückkaufverpflichtung einzugehen, jeglichen Rückkaufsvertrag abzuschließen sowie die in der Rückkaufverpflichtung vorgesehenen Transaktionen durchzuführen;
- (b) der Angebotsleger hat alle Handlungen vorgenommen, die zur ordnungsmäßigen Genehmigung im Zusammenhang mit der Ausfertigung und Übermittlung der Rückkaufverpflichtung sowie der Ausführung, der unter der Rückkaufverpflichtung vorgesehen Transaktionen, erforderlich sind;
- (c) der Rückkaufsvertrag wird für den Angebotsleger eine gültige, rechtlich wirksame und verbindliche Verpflichtung begründen, die gegen den Angebotsleger in Übereinstimmung mit den hierin enthaltenen Bedingungen durchsetzbar ist;
- (d) weder die Ausfertigung, Übermittlung oder Ausführung der Rückkaufverpflichtung noch die Durchführung jeglichen Rückkaufs werden dazu führen, dass es zu einem Konflikt mit, einer Verletzung von, einem Verstoß gegen, einem Ausfall (durch Zeitablauf oder auf andere Art und Weise) oder zur Verhängung eines Pfandrechts an einem Vermögenswert des Angebotslegers kommt oder zu irgendeiner Sanktion gemäß der Gesellschaftsdokumente des Angebotslegers sowie jeglicher anderer anwendbaren Vereinbarung oder jeglichen anwendbaren Rechts, mit Ausnahme solcher Konflikte, Verletzungen, Verstöße, Verzugsfälle oder Auferlegung von Strafen, die die Durchführung des Rückkaufs verhindern, beeinträchtigen oder wesentlich erschweren oder verzögern; sowie

- (e) vorbehaltlich der Vollendung der Abwicklung und keiner Rückabwicklung der Abwicklung im Nachhinein verzichten der Angebotsleger und OeBFA hiermit auf jegliche Ansprüche gegen den Verkäufer im Zusammenhang mit dem Rückkauf und den Rückkaufsanleihen.

Beendigung. Diese Rückkaufverpflichtung erlischt automatisch und hat keine weitere rechtliche Wirkung zum früheren Zeitpunkt von entweder (i) der Beendigung und/oder dem Ablauf der Angebote, sofern keine Nullkupon-Anleihen ausgegeben werden oder (ii) sechs (6) Wochen nach dem Ablauf des Rückkaufzeitraums.

Begünstigte der Rückkaufverpflichtung. Die in Anhang I enthaltene Rückkaufverpflichtung entfaltet ihre Wirksamkeit als einseitige Rechtserklärung zugunsten des Gläubigers. Die Rückkaufverpflichtung stellt zugunsten eines jeden Gläubigers die Durchsetzung der Rückkaufverpflichtung gegen den Angebotsleger sicher. Es sind keine weiteren Maßnahmen von Seiten des Angebotslegers erforderlich, damit ein Gläubiger seine direkten Ansprüche gegen den Angebotsleger aus der Rückkaufverpflichtung durchsetzen kann.

Verzichtserklärung. Soweit nach anwendbarem Recht zulässig, verzichten sowohl der Angebotsleger als auch der Verkäufer auf ihr Recht, den Rückkauf wegen Ungültigkeit des Vertrages, Irrtum, Betrug, Wucher, Verjährung oder Änderung des Geschäftsgegenstandes anzufechten.

Keine Aufrechnungsrechte. Im Hinblick auf die Verpflichtung des Angebotslegers, den Rückkaufpreis zu zahlen oder im Hinblick auf die Verpflichtung eines jeden Verkäufers, die Rückkaufsanleihen an den Angebotsleger zu liefern, ist eine Aufrechnung ausgeschlossen.

Salvatorische Klausel. Sollten irgendwelche in der Rückkaufverpflichtung enthaltenen Regelungen unwirksam, rechtswidrig oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so wird die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Regelungen der Rückkaufverpflichtung in keiner Weise hiervon betroffen oder beeinträchtigt. Eine in dieser Weise unwirksame, rechtswidrige oder nicht durchsetzbare Regelung gilt als durch eine wirksame, rechtmäßige und durchsetzbare Bestimmung ersetzt, die wirtschaftlich der unwirksamen, unrechtmäßigen oder nicht durchsetzbaren Regelung am nächsten kommt.

Gesamte Vereinbarung. Es existieren keine anderen Vereinbarungen oder Abreden (egal, ob schriftlicher oder mündlicher Art) mit Bezug auf die Rückkaufverpflichtung. Der Angebotsleger ist nicht berechtigt, die Rückkaufverpflichtung abzuändern, zu widerrufen oder zu beenden, es sei denn dies ist hierin ausdrücklich anders geregelt.

Anwendbares Recht. Die Rückkaufverpflichtung und sämtliche außervertragliche Verpflichtungen, die aus der Rückkaufverpflichtung entstehen oder mit ihr im Zusammenhang stehen, unterliegen englischem Recht und sollen in Übereinstimmung mit diesem ausgelegt werden.

Gerichtsbarkeit. Die Gerichte von England sind für jegliche Streitigkeiten zuständig, die sich aus der Rückkaufverpflichtung ergeben oder im Zusammenhang mit dieser entstehen könnten und dementsprechend können jegliche rechtlichen Schritte oder Verfahren, die wegen oder in Zusammenhang mit der Rückkaufverpflichtung („**Verfahren**“) entstehen vor diesen Gerichten anhängig gemacht werden. Der Angebotsleger unterwirft sich unwiderruflich der Gerichtsbarkeit dieser Gerichte und verzichtet auf jegliche Einwände gegen Verfahren vor solchen Gerichten mit der Begründung des Gerichtsstandes oder mit der Begründung der Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts. Diese Bestimmung kommt jedem Gläubiger zu Gute und stellt keine Beschränkung des Rechts dieses Gläubigers dar, Verfahren bei anderen zuständigen Gericht durchzuführen und auch soll die Verfahrensführung in einer oder mehreren Jurisdiktionen nicht dazu führen, dass

Verfahren in anderen Jurisdiktionen ausgeschlossen sind (egal ob zeitgleich mit diesem oder nicht).

Zustellungsbevollmächtigter. Der Angebotsleger benennt Law Debenture Corporate Services Limited, 5th Floor, 100 Wood Street, London EC2V 7EX, Vereinigtes Königreich unwiderruflich, um für ihn an seiner Stelle, Klagezustellungen für Verfahren in England zu erhalten. Diese Zustellungen gelten bei Aushändigung an diesen Prozessbevollmächtigten als erfolgt (egal, ob das Dokument dem Angebotsleger weitergeleitet wurde und egal ob der Angebotsleger es auch tatsächlich erhalten hat). Dies berührt in keiner Weise das Recht in irgendeiner anderen gesetzlich erlaubten Art und Weise eine Klage zuzustellen.

STEUERLICHE FOLGEN

Die folgenden Erläuterungen beschäftigen sich ausschließlich mit den deutschen und österreichischen quellensteuerlichen Konsequenzen der Annahme des Bar-Angebots, der Annahme des Umtauschangebots, und/oder dem Halten und der Veräußerung von Nullkupon-Anleihen und/oder Veräußerung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen (einschließlich deren Rückzahlung) und den einkommenssteuerlichen Folgen auf US-Bundesebene des Eigentums an Nullkupon-Anleihen und Nullkupon-Schuldscheindarlehen, die in Zusammenhang mit den Angeboten erworben wurden. Dieser Überblick erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige Darstellung sämtlicher (einkommen)steuerlicher Aspekte zu sein, die für die Entscheidung, an den Angeboten teilzunehmen, relevant sein könnten. Insbesondere berücksichtigt dieser Überblick keine konkreten Tatsachen oder Umstände, die für individuelle Gläubiger Anwendung finden könnten.

Da eine Vielzahl von Rechtsordnungen und deren steuerrechtliche Vorschriften auf einen Gläubiger Anwendung finden könnten, werden in dieser Angebotsunterlage die steuerlichen Folgen (einschließlich allfälliger Quellensteuern), die der Erwerb und/oder Umtausch der Schuldtitel durch den Angebotsleger im Rahmen der Angebote für die Gläubiger haben könnten, nicht umfassend erläutert. **Gläubiger sind gehalten, eigene Berater im Hinblick auf die möglichen steuerlichen Folgen und ihre Depotbank im Hinblick auf den Einbehalt potentieller Quellensteuern nach dem jeweils auf sie oder auf den Verkauf und/oder Umtausch der von ihnen gehaltenen Schuldtitel und den Erhalt des maßgeblichen Kaufpreises, der Nullkupon-Anleihen bzw. im Zusammenhang mit den Nullkupon-Anleihen erhaltene Zahlungen sowie eines allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises anwendbaren Rechts in den maßgeblichen Rechtsordnungen zu konsultieren.** Gläubiger sind selbst dafür verantwortlich, Steuern bzw. ähnliche Abgaben und Gebühren abzuführen, die ihnen nach dem Recht einer betreffenden Rechtsordnung auferlegt werden. Sie haben in Bezug auf die Steuern, die im Zusammenhang mit den Angeboten anfallen, keine Rückgriffsrechte gegen die Schuldnerin, den Angebotsleger, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die ABBAG, die Republik Österreich, die Agents für Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents oder den Tender Agent.

Die folgende Darstellung beruht auf den gegenwärtig geltenden Gesetzen, die zum Datum der Angebotsunterlage in Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika Anwendung finden. Diese Gesetze können sich ändern, unter Umständen sogar rückwirkend.

Barangebot

Quellensteuer in der Republik Österreich

Der folgende allgemeine Überblick beschäftigt sich nur mit bestimmten Aspekten der österreichischen Quellenbesteuerung und der EU-Quellensteuer, jedoch nicht mit der Quellenbesteuerung nach den entsprechenden Vereinbarungen zwischen Österreich und der Schweiz und Österreich und Liechtenstein. Auch die Nutzung steuerlicher Verluste im Zusammenhang mit der österreichischen Kapitalertragsteuer bleibt unberücksichtigt. Dieser Überblick behandelt keine Fragen nach österreichischem Einkommensteuerrecht, die für einen Gläubiger von Schuldtiteln, der das Barangebot annimmt, im Hinblick auf seine individuellen Umstände und seine einkommensteuerrechtliche Situation relevant sein könnten. Dieser allgemeine Überblick beruht auf den geltenden österreichischen Gesetzen und Verordnungen zum Quellensteuerrecht. Diese Gesetze und Verordnungen können sich jederzeit – unter Umständen rückwirkend – ändern. Der folgende Überblick unterscheidet zwischen Schuldtiteln, die vor dem

1. April 2012 erworben wurden, und Schuldtiteln, die am oder nach dem 1. April 2012 erworben wurden.

1. Vor dem 1. April 2012 erworbene Schuldtitel

(a) Vor dem 1. April 2012 erworbenes Privatvermögen

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten

Falls Wertpapiere, wie dies bei den Schuldtiteln der Fall ist, die von einem in Österreich ansässigen Emittenten ausgegeben werden, fällt österreichische Kapitalertragsteuer nur bei Verkauf oder Rückzahlung des maßgeblichen Schuldtitels an, sofern es sich bei der Stelle, die die Zinsen auszahlt, um eine inländische auszahlende Stelle handelt. Bei inländischen Wertpapierdepots zieht die Zahlstelle die Quellensteuer ab.

Zahlungen im Rahmen des Barangebots gelten als steuerlicher Gewinn. Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) unterliegen der Quellensteuer. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung, der nicht Gegenstand österreichischer Quellensteuer ist. Mit den Schuldtiteln verbundene Ausgaben dürfen bei der Ermittlung des steuerlichen Wertansatzes nicht berücksichtigt werden.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(b) Vor dem 1. April 2012 erworbenes Betriebsvermögen

ba) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten, werden im Zusammenhang mit der österreichischen Kapitalertragsteuer so behandelt wie in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die solche Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten.

bb) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige nicht natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

Der Verkauf der Schuldtitel gegen bar führt zu einer Gewinnrealisierung. Sofern nicht natürliche Personen als Investoren in Österreich der österreichischen Kapitalertragsteuer unterliegen (siehe unten), so unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) einer Quellensteuer. Mit diesen Schuldtiteln verbundene Ausgaben dürfen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage nicht berücksichtigt werden.

In der Regel fällt in Österreich keine Quellensteuer auf Zinsen oder Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Rückzahlung der maßgeblichen Schuldtitel an, die eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische Person erzielt, sofern bestimmte Anforderungen an die Dokumentation erfüllt sind. Vergleichbare

Ausnahmen von der Quellensteuer gelten im Allgemeinen auch für bestimmte andere Anleger (wie beispielsweise österreichische Privatstiftungen, österreichische Investmentfonds).

Bei Personengesellschaften wird österreichische Kapitalertragsteuer im Allgemeinen auf Zinsen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) erhoben. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung, der nicht Gegenstand österreichischer Quellensteuer ist. Eine Befreiung von der Quellensteuer ist generell möglich, wenn ausschließlich Kapitalgesellschaften Gesellschafter in der Personengesellschaft sind.

Nicht natürliche Personen als Investoren, die in Österreich nur beschränkt steuerpflichtig sind (z. B. staatliche Stellen, gemeinnützige Organisationen) sind natürlichen Personen als Investoren gleichgestellt und unterliegen daher der Quellensteuer. Unter Umständen kommen Ausnahmeregelungen zur Anwendung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(c) In Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel halten

Die Einkünfte, die in Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger aufgrund der maßgeblichen Schuldtitel erzielen, unterliegen im Allgemeinen nicht der österreichischen Kapitalertragsteuer. Natürliche Personen als Investoren und bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren können jedoch entweder

- EU-Quellensteuer; oder
- einer besonderen Form der österreichischen Quellensteuer, der sogenannten Körperschaftsteuer (BEST-KESt)

unterliegen.

EU-Quellensteuer:

Im Rahmen der österreichischen EU-Quellensteuer unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag), die von einer Zahlstelle in Österreich an wirtschaftlich Berechtigte, bei denen es sich um in einem anderen EU-Mitgliedstaat (einschließlich bestimmter abhängiger oder assoziierter Gebiete) unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen handelt, geleistet werden, im Allgemeinen der EU-Quellensteuer. Auch bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren (sogenannte „sonstige Einrichtungen“) unterliegen unter Umständen der EU-Quellensteuer. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung.

Der Steuersatz beträgt gegenwärtig 35 Prozent (für vor dem 1. Juli 2011 angefallene Zinsen gelten unter Umständen niedrigere Sätze). Die EU-Quellensteuer wird nicht erhoben, wenn die maßgeblichen Schuldtitel gegenüber der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates des steuerlichen Wohnsitzes für Steuerzwecke offengelegt werden. Das österreichische EU-Quellensteuergesetz läuft am 31. Dezember 2016 ab. Dies gilt als

Realisierung eines Gewinns, und somit wird die EU-Quellensteuer am 31. Dezember 2016 als Abgeltungsteuer erhoben.

Österreichische Kapitalertragsteuer (BEST-KEST):

Im Hinblick auf in Österreich angefallene Zinserträge (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) ist zu beachten, dass derartige Zinserträge in Österreich nur dann unter der österreichischen Quellenbesteuerung beschränkt steuerbar sind, wenn (i) der Empfänger der Zinserträge eine nicht in Österreich ansässige natürliche Person ist, die (ii) nicht der ab dem 1. Januar 2017 geltenden EU-Quellensteuer und nicht dem automatisierten Informationsaustausch unterliegt (wozu eine besondere Dokumentation erforderlich ist) und (iii) eine österreichische Zahlstelle die Zinsen auszahlt. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

2. Am oder nach dem 1. April 2012 erworbene Schuldtitel

(a) Am oder nach dem 1. April 2012 erworbenes Privatvermögen

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten

Falls Wertpapiere, wie dies bei den Schuldtiteln der Fall ist, von einem in Österreich ansässigen Emittenten ausgegeben werden, fällt österreichische Quellensteuer nur auf den Kapitalertrag (einschließlich aufgelaufener Zinsen) bei Verkauf oder Rückzahlung des Schuldtitels an, falls der maßgebliche Schuldtitel bei einer inländischen depotführenden Stelle gehalten wird oder wenn eine inländische auszahlende Stelle involviert ist.

Kapitalerträge (einschließlich aufgelaufener Zinsen) unterliegen der österreichischen Kapitalertragsteuer. Kapitalerträge gelten allgemein als die Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung oder der Rückzahlung des Schuldtitels und den Erwerbskosten. Eine steuermindernde Anrechnung der im Zusammenhang mit den Schuldtiteln angefallenen Aufwendungen ist für Quellensteuerzwecke unzulässig.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(b) Am oder nach dem 1. April 2012 erworbenes Betriebsvermögen

ba) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten, werden im Zusammenhang mit der österreichischen Kapitalertragsteuer so behandelt wie in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die solche Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten.

bb) **In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige nicht natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten**

Der Verkauf der Schuldtitel gegen bar führt zu einer Gewinnrealisierung. Sofern nicht natürliche Personen als Investoren in Österreich der österreichischen Kapitalertragsteuer unterliegen (siehe unten), unterliegen Zinszahlungen und Kapitalerträge einer Quellensteuer. Mit diesen Schuldtiteln verbundene Ausgaben dürfen bei der Ermittlung der Bemessungsgrenze nicht berücksichtigt werden.

In der Regel fällt in Österreich keine Quellensteuer auf Zinsen oder Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Rückzahlung der maßgeblichen Schuldtitel an, die eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische Person erzielt, sofern bestimmte Anforderungen an die Dokumentation erfüllt sind. Vergleichbare Ausnahmen von der Quellensteuer gelten im Allgemeinen auch für bestimmte andere Anleger (wie beispielsweise österreichische Privatstiftungen, österreichische Investmentfonds).

Bei Personengesellschaften wird österreichische Kapitalertragsteuer im Allgemeinen auf Zinsen und Kapitalerträge erhoben. Eine Befreiung von der Kapitalertragsteuer ist generell möglich, wenn ausschließlich Kapitalgesellschaften Gesellschafter in der Personengesellschaft sind.

Nicht natürliche Personen als Investoren, die in Österreich nur beschränkt steuerpflichtig sind (z. B. staatliche Stellen, gemeinnützige Organisationen) sind natürlichen Personen als Investoren gleichgestellt und unterliegen daher der Quellensteuer. Unter Umständen kommen Ausnahmeregelungen zur Anwendung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(c) **In Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel halten**

Die Einkünfte, die in Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger aufgrund der maßgeblichen Schuldtitel erzielen, unterliegen im Allgemeinen nicht der österreichischen Kapitalertragsteuer. Natürliche Personen als Investoren und bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren können jedoch entweder

- EU-Quellensteuer; oder
- einer besonderen Form der österreichischen Quellensteuer, der sogenannten Kapitalertragsteuer (BEST-KEST)

unterliegen.

EU-Quellensteuer:

Im Rahmen der österreichischen EU-Quellensteuer unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag), die von einer Zahlstelle in Österreich an wirtschaftlich Berechtigte, bei denen es sich um in einem anderen EU-Mitgliedstaat (einschließlich bestimmter abhängiger oder assoziierter Gebiete) unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen handelt, geleistet werden, im Allgemeinen der EU-Quellensteuer. Auch bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren (sogenannte "sonstige Einrichtungen") unterliegen unter Umständen der EU-Quellensteuer.

Der Steuersatz beträgt gegenwärtig 35 Prozent (für vor dem 1. Juli 2011 angefallene Zinsen gelten unter Umständen niedrigere Sätze). Die EU-Quellensteuer wird nicht erhoben, wenn die maßgeblichen Schuldtitel gegenüber der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates des steuerlichen Wohnsitzes für Steuerzwecke offengelegt werden. Das österreichische EU-Quellensteuergesetz läuft am 31. Dezember 2016 ab. Dies gilt als Realisierung eines Gewinns, und somit wird die EU-Quellensteuer am 31. Dezember 2016 als Abgeltungsteuer erhoben.

Österreichische Kapitalertragsteuer (BEST-KEST):

Im Hinblick auf in Österreich angefallene Zinserträge (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) ist zu beachten, dass derartige Zinserträge in Österreich nur dann unter der österreichischen Quellensteuer beschränkt steuerbar sind, wenn (i) der Empfänger der Zinserträge eine nicht in Österreich ansässige natürliche Person ist, die (ii) nicht der ab dem 1. Januar 2017 geltenden EU-Quellensteuer und nicht dem automatisierten Informationsaustausch unterliegt (wozu eine besondere Dokumentation erforderlich ist) und (iii) eine österreichische Zahlstelle die Zinsen auszahlt.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland

Der folgende allgemeine Überblick behandelt nur bestimmte quellensteuerliche Aspekte bezüglich des Barangebots in Deutschland, jedoch keine einkommensteuerrechtlichen Fragen, die für einen Gläubiger von Schuldtiteln, der das Barangebot annimmt, im Hinblick auf seine individuellen Umstände und seine einkommensteuerrechtliche Situation relevant sein könnten. Dieser allgemeine Überblick beruht auf den geltenden deutschen Rechtsvorschriften zum Quellensteuerrecht. Die Rechtsvorschriften können sich jederzeit – unter Umständen rückwirkend – ändern. Insbesondere beschränken sich diese Erläuterungen auf Schuldtitel, die nach dem 31. Dezember 2008 ausgegeben und erworben wurden. Die quellensteuerrechtliche Behandlung von Schuldtiteln, die vor dem 1. Januar 2009 ausgegeben und erworben wurden, kann erheblich von der Beschreibung in dieser Zusammenfassung abweichen.

(a) In Deutschland ansässige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten

Werden Wertpapiere – wie dies bei den Schuldtiteln der Fall ist – von einem nicht in Deutschland ansässigen Emittenten ausgegeben, so wird deutsche Quellensteuer nur auf Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Rückzahlung der maßgeblichen Schuldtitel erhoben, falls der maßgebliche Schuldtitel in einem deutschen Wertpapierdepot bei einem deutschen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut (oder bei einer deutschen Niederlassung eines ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts) oder bei einem deutschen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer deutschen Wertpapierhandelsbank (jeweils eine „**Inländische Zahlstelle**“) gehalten oder verwaltet werden und diese Inländische Zahlstelle die Veräußerung nach Erwerb durchführt und die Kapitalerträge auszahlt oder gutschreibt. In diesem Fall fällt eine Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent zuzüglich eines Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent hierauf an. Im Ergebnis entspricht das einer Quellensteuerbelastung in Höhe von 26,375 Prozent auf die Zahlungen.

Als Kapitalerträge gelten allgemein die Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung oder Rückzahlung der Schuldtitel (einschließlich aufgelaufener Stückzinsen)

und den Anschaffungskosten. Aufwendungen werden bei der Ermittlung des steuerbaren Kapitalertrags insoweit berücksichtigt, als sie in einem unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung oder Rückzahlung stehen. Andernfalls ist der steuerliche Abzug damit verbundener Aufwendungen nicht zulässig.

Wird der maßgebliche Schuldtitel veräußert oder zurückgezahlt, nachdem er in ein anderes Wertpapierdepot bei einer Inländischen Zahlstelle übertragen wurde, so fällt auf 30 Prozent des Veräußerungs- oder Rückzahlungsbetrags Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent (zuzüglich des Solidaritätszuschlags hierauf) an, sofern der Anleger oder die vorherige Depotbank der aktuellen Inländischen Zahlstelle gegenüber zulässigerweise die tatsächlichen Erwerbskosten nicht nachweisen konnte. Der anzuwendende Quellensteuersatz übersteigt den o. g. Satz, wenn für den maßgeblichen Anleger Kirchensteuer (soweit einschlägig) im Wege eines Einbehalts eingezogen wird. Von diesem Verfahren wird nur dann abgewichen, wenn der Inhaber des maßgeblichen Schuldtitels einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern hat eintragen lassen.

(b) In Deutschland ansässige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

In der Regel fällt keine Quellensteuer auf Kapitalerträge an, die Anleger, bei denen es sich um eine in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige juristische Person handelt, aus der Veräußerung oder Rückzahlung der maßgeblichen Schuldtitel erzielen. Auf Antrag gilt dies auch für Anleger, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, wenn sie den maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres deutschen Betriebsvermögens halten und sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Bei Veräußerung oder Rückzahlung der Schuldtitel entstandene Veräußerungsverluste werden für Quellensteuerzwecke nicht berücksichtigt. Quellensteuerabzüge decken nicht die Steuerverbindlichkeiten des betreffenden Anlegers im Hinblick auf die Schuldtitel ab. Dies gilt sowohl für Einkommensteuer- als auch Körperschaftsteuerzwecke. Alle mit den Schuldtiteln erzielten Kapitalerträge sind in die Einkommensteuer- bzw. Körperschaftsteuererklärung des Anlegers aufzunehmen. Deutsche Quellensteuerabzüge (einschließlich Solidaritätszuschlag) sind in der Regel in voller Höhe auf die Steuerverbindlichkeiten des betreffenden Anlegers (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) anrechenbar bzw. erstattungsfähig.

(c) Nicht in Deutschland ansässige Inhaber der maßgeblichen Schuldtitel

Werden Einkünfte von Inhabern der maßgeblichen Schuldtitel erzielt, die in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, unterliegen diese im Allgemeinen nicht der deutschen Einkommensbesteuerung. Es wird keine deutsche Quellensteuer einbehalten. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass (i) der maßgebliche Schuldtitel nicht Teil des Betriebsvermögens einer deutschen Betriebsstätte oder eines ständigen Vertreters des Anlegers in Deutschland ist, (ii) die mit dem maßgeblichen Schuldtitel erzielten Einkünfte auch ansonsten kein in Deutschland erzieltetes Einkommen darstellen (wie beispielsweise – von bestimmten Ausnahmen abgesehen – Einkünfte aus Anleihen, die über deutsche Immobilien oder Schiffe besichert sind, oder Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung bestimmter in Deutschland belegener Immobilien) und (iii) die Einkünfte nicht gegen Vorlage von Zins- oder Dividendenkupons von einer Inländischen Zahlstelle ausgezahlt werden (sogenannte Tafelgeschäfte).

In den Fällen (i) bis (iii) unterliegen die Einkünfte in ähnlicher Weise der deutschen Einkommens- und Quellenbesteuerung, wie dies oben bereits für in Deutschland

ansässige Inhaber der maßgeblichen Schuldtitel ausgeführt wurde. Unter bestimmten Voraussetzungen kommen ausländische Anleger im Rahmen der maßgeblichen Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland in den Genuss von Steuerermäßigungen oder Steuerbefreiungen.

Umtauschangebot

Quellensteuer in der Republik Österreich

Der folgende allgemeine Überblick beschäftigt sich nur mit bestimmten Aspekten der österreichischen Quellenbesteuerung und der EU-Quellensteuer, jedoch nicht mit der Quellenbesteuerung nach den entsprechenden Vereinbarungen zwischen Österreich und der Schweiz und Österreich und Liechtenstein. Auch die Geltendmachung steuerlicher Verluste im Zusammenhang mit der österreichischen Kapitalertragsteuer bleibt unberücksichtigt. Dieser Überblick behandelt keine Fragen nach österreichischem Einkommensteuerrecht, die für einen Gläubiger von Schuldtiteln, der das Umtauschangebot annimmt, im Hinblick auf seine individuellen Umstände und seine einkommensteuerrechtliche Situation relevant sein könnten. Dieser allgemeine Überblick beruht auf den geltenden österreichischen Gesetzen und Verordnungen zum Quellensteuerrecht. Diese Gesetze und Verordnungen können sich jederzeit – unter Umständen rückwirkend – ändern. Der folgende Überblick unterscheidet zwischen Schuldtiteln, die vor dem 1. April 2012 erworben wurden, und Schuldtiteln, die am oder nach dem 1. April 2012 erworben wurden.

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen gilt als steuerlicher Gewinn. Dementsprechend gelten die Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen als nach dem 1. April 2012 erworben.³

1. Vor dem 1. April 2012 erworbene Schuldtitel

(a) Vor dem 1. April 2012 erworbenes Privatvermögen

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten

Falls Wertpapiere, wie dies bei den Schuldtiteln der Fall ist, von einem in Österreich ansässigen Emittenten ausgegeben werden, fällt österreichische Kapitalertragsteuer nur bei Verkauf oder Rückzahlung des maßgeblichen Schuldtitels an, sofern es sich bei der Stelle, die die Zinsen auszahlt, um eine inländische auszahlende Stelle handelt. Bei inländischen Wertpapierdepots zieht die Zahlstelle die Quellensteuer ab.

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen gilt als steuerlicher Gewinn. Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) unterliegen der Quellensteuer. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung, der nicht Gegenstand österreichischer Quellensteuer ist. Mit den

³ Einer früheren Rechtsmeinung des Österreichischen Finanzministeriums nach könnte die analoge Anwendung der Kapitalmaßnahmen-VO (BGBl. II Nr. 322/211) möglich sein, was – im Gegensatz zu sonst allgemein geltenden Grundsätzen österreichischen Einkommensteuerrechts – nicht zur steuerbaren Realisierung, sondern zu einem steuereutralen Austausch von Wertpapieren führte, wobei die historischen Anschaffungskosten und/oder der Erwerbszeitpunkt der umgetauschten Schuldtitel für die erlangten Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen relevant wären.

Schuldtiteln verbundene Ausgaben dürfen bei der Ermittlung des steuerlichen Wertansatzes nicht berücksichtigt werden.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(b) Vor dem 1. April 2012 erworbenes Betriebsvermögen

ba) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten, werden im Zusammenhang mit der österreichischen Kapitalertragsteuer so behandelt wie in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die solche Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten.

bb) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige nicht natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen gilt in Österreich als Gewinnrealisierung. Sofern nicht natürliche Personen als Investoren in Österreich österreichischer Kapitalertragsteuer unterliegen (siehe unten), so unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) einer Quellensteuer. Mit diesen Schuldtiteln verbundene Ausgaben dürfen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage nicht berücksichtigt werden.

In der Regel fällt in Österreich keine Quellensteuer auf Zinsen oder Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Rückzahlung der maßgeblichen Schuldtitel an, die eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische Person erzielt, sofern bestimmte Anforderungen an die Dokumentation erfüllt sind. Vergleichbare Ausnahmen von der Quellensteuer gelten im Allgemeinen auch für bestimmte andere Anleger (wie beispielsweise österreichische Privatstiftungen, österreichische Investmentfonds).

Bei Personengesellschaften wird österreichische Kapitalertragsteuer im Allgemeinen auf Zinsen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) erhoben. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung. Eine Befreiung von der Quellensteuer ist generell möglich, wenn ausschließlich Kapitalgesellschaften Gesellschafter in der Personengesellschaft sind.

Nicht natürliche Personen als Investoren, die in Österreich nur beschränkt steuerpflichtig sind (z. B. staatliche Stellen, gemeinnützige Organisationen) sind natürlichen Personen als Investoren gleichgestellt und unterliegen daher der Quellensteuer. Unter Umständen kommen Ausnahmeregelungen zur Anwendung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(c) In Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel halten

Die Einkünfte, die in Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger aufgrund der maßgeblichen Schuldtitel erzielen, unterliegen im Allgemeinen nicht der österreichischen Kapitalertragsteuer. Natürliche Personen als Investoren und bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren können jedoch entweder

- EU-Quellensteuer; oder
- einer besonderen Form der österreichischen Quellensteuer, der sogenannten Kapitalertragsteuer (BEST-KEST)

unterliegen.

EU-Quellensteuer:

Im Rahmen der österreichischen EU-Quellensteuer unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag), die von einer Zahlstelle in Österreich an wirtschaftlich Berechtigte, bei denen es sich um in einem anderen EU-Mitgliedstaat (einschließlich bestimmter abhängiger oder assoziierter Gebiete) unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen handelt, geleistet werden, im Allgemeinen der EU-Quellensteuer. Auch bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren (sogenannte „sonstige Einrichtungen“) unterliegen unter Umständen der EU-Quellensteuer. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in Sachleistungen), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung.

Der Steuersatz beträgt gegenwärtig 35 Prozent (für vor dem 1. Juli 2011 angefallene Zinsen gelten unter Umständen niedrigere Sätze). Die EU-Quellensteuer wird nicht erhoben, wenn die maßgeblichen Schuldtitel gegenüber der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates des steuerlichen Wohnsitzes für Steuerzwecke offengelegt werden. Das österreichische EU-Quellensteuergesetz läuft am 31. Dezember 2016 ab. Dies gilt als Realisierung eines Gewinns, und somit wird die EU-Quellensteuer am 31. Dezember 2016 als Abgeltungsteuer erhoben.

Österreichische Kapitalertragsteuer (BEST-KEST):

Im Hinblick auf in Österreich angefallene Zinserträge (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) ist zu beachten, dass derartige Zinserträge in Österreich nur dann unter der österreichischen Quellenbesteuerung beschränkt steuerbar sind, wenn der Empfänger der Zinserträge (i) eine nicht in Österreich ansässige natürliche Person ist, die (ii) nicht der ab dem 1. Januar 2017 geltenden EU-Quellensteuer und nicht dem automatisierten Informationsaustausch unterliegt (wozu eine besondere Dokumentation erforderlich ist), und (iii) eine österreichische Zahlstelle die Zinsen auszahlt. Werden aufgelaufene Zinsen sowie investiertes Kapital gemeinsam gezahlt bzw. zurückgezahlt (in bar), so gelten zu Quellensteuerzwecken zunächst die Zinsen als ausgezahlt und nur der verbleibende Betrag gilt als Kapitalrückzahlung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

2. Am oder nach dem 1. April 2012 erworbene Schuldtitel

(a) Am oder nach dem 1. April 2012 erworbenes Privatvermögen

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten

Falls Wertpapiere, wie dies bei den Schuldtiteln der Fall ist, von einem in Österreich ansässigen Emittenten ausgegeben werden, fällt österreichische Quellensteuer nur auf den Kapitalertrag (einschließlich aufgelaufener Zinsen) bei Veräußerung oder Rückzahlung des maßgeblichen Schuldtitels an, falls der maßgebliche Schuldtitel bei einer inländischen depotführenden Stelle gehalten wird oder wenn eine inländische zahlende Stelle involviert ist.

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen gilt als steuerlicher Gewinn. Dementsprechend gelten die Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen als nach dem 1. April 2012 erworben. Kapitalerträge aus dem Umtausch (einschließlich aufgelaufener Zinsen) unterliegen der österreichischen Kapitalertragsteuer. Kapitalerträge gelten allgemein als die Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung oder der Rückzahlung der Schuldtitel und den Erwerbskosten. Eine steuermindernde Anrechnung der im Zusammenhang mit den Schuldtiteln/Nullkupon-Anleihen etc. angefallenen Aufwendungen ist zu Quellensteuerzwecken unzulässig.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(b) Am oder nach dem 1. April 2012 erworbenes Betriebsvermögen

ba) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten, werden im Zusammenhang mit der österreichischen Kapitalertragsteuer so behandelt wie in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die solche Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten.

bb) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige nicht natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen/Nullkupon-Schuldscheindarlehen gilt als steuerlicher Gewinn. Dementsprechend gelten die Nullkupon-Anleihen als nach dem 1. April 2012 erworben. Kapitalerträge aus dem Umtausch (einschließlich aufgelaufener Zinsen) unterliegen der österreichischen Kapitalertragsteuer. Kapitalerträge gelten allgemein als die Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung oder der Rückzahlung der Schuldtitel und den Erwerbskosten. Eine steuermindernde Anrechnung der im Zusammenhang mit den Schuldtiteln/Nullkupon-Anleihen angefallenen Aufwendungen etc. ist zu Quellensteuerzwecken unzulässig.

In der Regel fällt in Österreich jedoch keine Quellensteuer auf Zinsen oder Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Rückzahlung der maßgeblichen Schuldtitel an, die eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische

Person erzielt, sofern bestimmte Anforderungen an die Dokumentation erfüllt sind. Vergleichbare Ausnahmen von der Quellensteuer gelten im Allgemeinen auch für bestimmte andere Anleger (wie beispielsweise österreichische Privatstiftungen, österreichische Investmentfonds).

Bei Personengesellschaften wird österreichische Kapitalertragsteuer im Allgemeinen auf Zinsen erhoben. Eine Befreiung von der Quellensteuer ist generell möglich, wenn ausschließlich Kapitalgesellschaften Gesellschafter in der Personengesellschaft sind.

Nicht natürliche Personen als Investoren, die in Österreich nur beschränkt steuerpflichtig sind (z. B. staatliche Stellen, gemeinnützige Organisationen) sind natürlichen Personen als Investoren gleichgestellt und unterliegen daher der Quellensteuer. Unter Umständen kommen Ausnahmeregelungen zur Anwendung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(c) In Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel halten

Die Einkünfte, die in Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger aufgrund der maßgeblichen Schuldtitel erzielen, unterliegen im Allgemeinen nicht der österreichischen Kapitalertragsteuer. Natürliche Personen als Investoren und bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren können jedoch entweder

- EU-Quellensteuer; oder
- einer besonderen Form der österreichischen Quellensteuer, der sogenannten Kapitalertragsteuer (BESt-KEST)

unterliegen.

EU-Quellensteuer:

Im Rahmen der österreichischen EU-Quellensteuer unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag), die von einer Zahlstelle in Österreich an wirtschaftlich Berechtigte, bei denen es sich um in einem anderen EU-Mitgliedstaat (einschließlich bestimmter abhängiger oder assoziierter Gebiete) unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen handelt, geleistet werden, im Allgemeinen der EU-Quellensteuer. Auch bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren (sogenannte sonstige Einrichtungen) unterliegen unter Umständen der EU-Quellensteuer.

Der Steuersatz beträgt gegenwärtig 35 Prozent (für vor dem 1. Juli 2011 angefallene Zinsen gelten unter Umständen niedrigere Sätze). Die EU-Quellensteuer wird erhoben, wenn die maßgeblichen Schuldtitel gegenüber der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates des steuerlichen Wohnsitzes für Steuerzwecke offengelegt werden. Das österreichische EU-Quellensteuergesetz läuft am 31. Dezember 2016 ab. Dies gilt als Realisierung eines Gewinns, und somit wird die EU-Quellensteuer am 31. Dezember 2016 als Abgeltungsteuer erhoben.

Österreichische Kapitalertragsteuer (BESt-KEST):

Im Hinblick auf in Österreich angefallene Zinserträge (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) ist zu beachten, dass derartige Zinserträge in Österreich nur dann

unter der österreichischen Quellenbesteuerung beschränkt steuerbar sind, wenn der Empfänger der Zinserträge (i) eine nicht in Österreich ansässige natürliche Person ist, die (ii) nicht der ab dem 1. Januar 2017 geltenden EU-Quellensteuer und nicht dem automatisierten Informationsaustausch unterliegt (wozu eine besondere Dokumentation erforderlich ist), und (iii) eine österreichische Zahlstelle die Zinsen auszahlt.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

Besteuerung der Nullkupon-Anleihen und der Nullkupon-Schuldscheindarlehen

1. Nullkupon-Anleihen

Es gibt keine spezifischen österreichischen Quellensteuerregelungen, nach der Quellensteuer, bei Zahlungen unter einer Garantie von einer dritten Partei, einzubehalten ist. Jedoch handelt es sich dadurch, dass die Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie an die Stelle der Zahlungsverpflichtung der Emittentin unter der Nullkupon-Anleihe tritt, bei der Zahlung unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie für die Anleihegläubiger um ein Substitut für Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihe. Aus österreichischer Quellensteuersicht sollten daher die gleichen Regelungen wie im Fall von Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihe auf Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie Anwendung finden.

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen führt zu einer steuerlichen Realisierung. Folglich gelten die Nullkupon-Anleihen als nach dem 1. April 2012 erworben.

(a) Privatvermögen

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Privatvermögens halten

Kapitalerträge (einschließlich aufgelaufener Zinsen) aus dem Verkauf oder der Rückzahlung von Nullkupon-Anleihen unterliegen der österreichischen Quellensteuer, falls die maßgebliche Nullkupon-Anleihe bei einer inländischen depotführenden Stelle gehalten wird oder wenn eine inländische auszahlende Stelle involviert ist. Kapitalerträge gelten allgemein als die Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung oder der Rückzahlung der Nullkupon-Anleihe und den Erwerbskosten. Eine steuermindernde Anrechnung der im Zusammenhang mit der Nullkupon-Anleihe angefallenen Aufwendungen etc. ist für Quellensteuerzwecke unzulässig.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(b) Betriebsvermögen

ba) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die Nullkupon-Anleihen als Teil ihres Betriebsvermögens halten

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen als Investoren, die Nullkupon-Anleihen als Teil ihres Betriebsvermögens halten, werden zu Zwecken der österreichischen Quellensteuer in Österreich unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen als Investoren gleichgestellt, die solche Nullkupon-Anleihen als Teil ihres Privatvermögens halten.

bb) In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige nicht natürliche Personen als Investoren, die die maßgeblichen Schuldtitel als Teil ihres Betriebsvermögens halten

Kapitalerträge (einschließlich aufgelaufener Zinsen) aus dem Verkauf oder der Rückzahlung von Nullkupon-Anleihen unterliegen der österreichischen Quellensteuer, falls die maßgebliche Nullkupon-Anleihe bei einer inländischen depotführenden Stelle gehalten wird oder wenn eine inländische auszahlende Stelle involviert ist. Kapitalerträge gelten allgemein als die Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung oder der Rückzahlung der Nullkupon-Anleihe und den Erwerbskosten. Eine steuermindernde Anrechnung der im Zusammenhang mit der Nullkupon-Anleihe angefallenen Aufwendungen etc. ist für Quellensteuerzwecke unzulässig.

In der Regel fällt in Österreich keine Quellensteuer auf Kapitalerträge (einschließlich aufgelaufener Zinsen) aus der Veräußerung oder Rückzahlung von Nullkupon-Anleihen an, die eine in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige juristische Person erzielt, sofern bestimmte Anforderungen an die Dokumentation erfüllt sind. Vergleichbare Ausnahmen von der Quellensteuer gelten im Allgemeinen auch für bestimmte andere Anleger (wie beispielsweise österreichische Privatstiftungen, österreichische Investmentfonds).

Bei Personengesellschaften wird österreichische Kapitalertragsteuer im Allgemeinen auf Kapitalerträge (einschließlich aufgelaufener Zinsen) erhoben. Eine Befreiung von der Kapitalertragsteuer ist generell möglich, wenn ausschließlich Kapitalgesellschaften Gesellschafter in der Personengesellschaft sind.

Nicht natürliche Personen als Investoren, die in Österreich nur beschränkt steuerpflichtig sind (z. B. staatliche Stellen, gemeinnützige Organisationen) sind natürlichen Personen als Investoren gleichgestellt und unterliegen daher der Quellensteuer. Unter Umständen kommen Ausnahmeregelungen zur Anwendung.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

(c) In Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger, die die maßgeblichen Schuldtitel halten

Die Einkünfte, die in Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleger aufgrund der maßgeblichen Schuldtitel erzielen, unterliegen im Allgemeinen nicht der österreichischen Kapitalertragsteuer. Natürliche Personen als Investoren und bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren können jedoch entweder

- EU-Quellensteuer; oder
- einer besonderen Form der österreichischen Quellensteuer, der sogenannten Kapitalertragsteuer (BEST-KEST)

unterliegen.

EU-Quellensteuer:

Im Rahmen der österreichischen EU-Quellensteuer unterliegen Zinszahlungen (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag), die von einer Zahlstelle in Österreich an wirtschaftlich Berechtigte, bei denen es sich um in einem anderen EU-Mitgliedstaat

(einschließlich bestimmter abhängiger oder assoziierter Gebiete) unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen handelt, geleistet werden, im Allgemeinen der EU-Quellensteuer. Auch bestimmte nicht natürliche Personen als Investoren (sogenannte "sonstige Einrichtungen") unterliegen unter Umständen der EU-Quellensteuer.

Der Steuersatz beträgt gegenwärtig 35 Prozent (für vor dem 1. Juli 2011 angefallene Zinsen gelten unter Umständen niedrigere Sätze). Die EU-Quellensteuer wird nicht erhoben, wenn die maßgeblichen Schuldtitel gegenüber der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates des steuerlichen Wohnsitzes für Steuerzwecke offengelegt werden. Das österreichische EU-Quellensteuergesetz läuft am 31. Dezember 2016 ab. Dies gilt als Realisierung eines Gewinns, und somit wird die EU-Quellensteuer am 31. Dezember 2016 als Abgeltungsteuer erhoben.

Österreichische Kapitalertragsteuer (BEST-KEST):

Im Hinblick auf in Österreich angefallene Zinserträge (einschließlich des Unterschiedsbetrags zwischen Ausgabepreis und dem ursprünglich vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag) ist zu beachten, dass derartige Zinserträge in Österreich nur dann unter der österreichischen Quellenbesteuerung beschränkt steuerbar sind, wenn (i) der Empfänger der Zinserträge eine nicht in Österreich ansässige natürliche Person ist, die (ii) nicht der ab dem 1. Januar 2017 geltenden EU-Quellensteuer und nicht dem automatisierten Informationsaustausch unterliegt (wozu eine besondere Dokumentation erforderlich ist) und (iii) eine österreichische Zahlstelle die Zinsen auszahlt.

Der Quellensteuersatz beträgt 27,5 Prozent.

2. Nullkupon-Schuldscheindarlehen

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Schuldscheindarlehen führt zu einer steuerlichen Realisierung. Folglich gelten die Nullkupon-Schuldscheindarlehen als nach dem 1. April 2012 erworben.

Da es – im Gegensatz zum Fall der Nullkupon-Anleihen – keine öffentliche Platzierung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen gibt, unterliegen Zins-/Kapitaleinkünfte aus den Nullkupon-Schuldscheindarlehen nicht der österreichischen Quellensteuer. Steuerbare Zins-/Kapitaleinkünfte müssen von den Einzelpersonen als Investoren in ihren (Körperschafts-)Steuererklärungen angegeben werden und werden nach den üblichen österreichischen Steuertarifen für Einzelpersonen (progressiver Steuersatz bis zu 55%) oder für Körperschaften (pauschaler Steuersatz von 25%) besteuert.

Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland

Der folgende allgemeine Überblick behandelt nur bestimmte quellensteuerliche Aspekte in Deutschland bezüglich des Umtauschangebots, jedoch keine einkommensteuerrechtlichen Fragestellungen, die für einen Investor, der das Umtauschangebot annimmt, und/oder einen Gläubiger von Nullkupon-Schuldscheindarlehen im Hinblick auf seine individuellen Umstände und einkommensteuerrechtliche Situation relevant sein könnten. Dieser allgemeine Überblick beruht auf den geltenden deutschen Rechtsvorschriften zum Quellensteuerrecht. Die Rechtsvorschriften können sich jederzeit – unter Umständen rückwirkend – ändern.

1. **Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich der Nullkupon-Anleihen**

(a) **In Deutschland ansässige Anleger, die die Nullkupon-Anleihen als Teil ihres Privatvermögens halten**

Werden Wertpapiere – wie dies bei den Nullkupon-Anleihen der Fall ist – von einem nicht in Deutschland ansässigen Emittenten ausgegeben, so wird deutsche Quellensteuer nur auf allfällige anfallende Zinsen erhoben, wenn die Nullkupon-Anleihen in einem deutschen Wertpapierdepot bei einem deutschen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut (oder bei einer deutschen Niederlassung eines ausländischen Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstituts) oder bei einer deutschen Wertpapierhandelsbank (jeweils eine „Inländische Zahlstelle“) gehalten oder verwaltet werden und diese Inländische Zahlstelle die Zinsen auszahlt oder gutschreibt. In diesem Fall fällt eine Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent zuzüglich eines Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent hierauf an. Im Ergebnis entspricht das einer Quellensteuerbelastung von 26,375 Prozent auf die Zinszahlungen. Der anzuwendende Quellensteuersatz übersteigt den o. g. Satz, wenn für den maßgeblichen Anleger Kirchensteuer eingezogen wird. Von dem Kirchensteuereinbehalt wird nur dann abgewichen, wenn der Inhaber der betreffenden Nullkupon-Anleihen einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern hat eintragen lassen.

Veräußerungsgewinne aus der Veräußerung (bzw. Einlösung) von Nullkupon-Anleihen unterliegen ebenfalls einer Quellensteuer von 25 Prozent zuzüglich eines Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 Prozent hierauf, sofern die Nullkupon-Anleihen von einer Inländischen Zahlstelle gehalten oder verwaltet werden, die nach ihrem Erwerb die Veräußerung bzw. Rückzahlung durchführt. Werden die Nullkupon-Anleihen veräußert oder zurückgezahlt, nachdem sie in ein anderes bei einer Inländischen Zahlstelle gehaltenes Wertpapierdepot übertragen wurden, so fällt auf 30 Prozent des Veräußerungs- bzw. Einlösebetrags Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent (zuzüglich des Solidaritätszuschlags hierauf) an, sofern der Anleger oder die vorherige Depotbank der aktuellen Inländischen Zahlstelle gegenüber zulässigerweise die tatsächlichen Erwerbskosten nicht nachweisen konnte. Der anzuwendende Quellensteuersatz übersteigt den o. g. Satz, wenn für den maßgeblichen Anleger Kirchensteuer (soweit einschlägig) im Wege eines Einhalts eingezogen wird. Von diesem Verfahren wird nur dann abgewichen, wenn der Inhaber der betreffenden Nullkupon-Anleihen einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern einreicht.

(b) **In Deutschland ansässige Anleger, die die Nullkupon-Anleihen als Teil ihres Betriebsvermögens halten**

Werden die Nullkupon-Anleihen von einer Inländischen Zahlstelle gehalten oder verwaltet, die allfällige Zinsen auszahlt oder gutschreibt, so fällt im Allgemeinen eine Quellensteuer in Höhe von 25 Prozent zuzüglich eines 5,5%igen Solidaritätszuschlags hierauf an. Im Ergebnis entspricht das einer Quellensteuerbelastung von 26,375 Prozent auf die Zinszahlungen. Der anzuwendende Quellensteuersatz übersteigt den o. g. Satz, wenn für den maßgeblichen Anleger Kirchensteuer (soweit einschlägig) im Wege eines Einhalts eingezogen wird. Von diesem Verfahren wird nur dann abgewichen, wenn der Inhaber der betreffenden Nullkupon-Anleihen einen Sperrvermerk beim Bundeszentralamt für Steuern hat eintragen lassen.

In der Regel fällt keine Quellensteuer auf Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Einlösung von Nullkupon-Anleihen an, die Anleger, bei denen es sich um in Deutschland

unbeschränkt steuerpflichtige juristische Personen handelt, erzielen. Auf Antrag gilt dies auch für Anleger, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, wenn sie die Nullkupon-Anleihen als Teil eines deutschen Betriebsvermögens halten, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind.

Bei Veräußerung oder Einlösung der Nullkupon-Anleihen entstandene Veräußerungsverluste werden für Quellensteuerzwecke nicht berücksichtigt. Quellensteuerabzüge decken nicht die Steuerverbindlichkeiten des betreffenden Anlegers im Hinblick auf die Nullkupon-Anleihen ab. Dies gilt sowohl für Einkommensteuer- als auch Körperschaftsteuerzwecke. Alle mit den Nullkupon-Anleihen erzielten Einkünfte sind in die Einkommensteuer- bzw. Körperschaftsteuererklärung des Anlegers aufzunehmen. Deutsche Quellensteuerabzüge (einschließlich Solidaritätszuschlag) sind in der Regel in voller Höhe auf die Steuerverbindlichkeiten des betreffenden Anlegers (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) anrechenbar bzw. erstattungsfähig.

(c) Nicht in Deutschland ansässige Anleihegläubiger

Werden Einkünfte aus den Nullkupon-Anleihen von Anleihegläubigern erzielt, die in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, unterliegen diese im Allgemeinen nicht der deutschen Einkommensbesteuerung. Es wird keine deutsche Quellensteuer einbehalten. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass (i) die Nullkupon-Anleihen nicht Teil des Betriebsvermögens einer deutschen Betriebsstätte oder eines ständigen Vertreters des Anlegers in Deutschland sind, (ii) die mit den Nullkupon-Anleihen erzielten Einkünfte auch ansonsten kein in Deutschland erzieltetes Einkommen darstellen (wie beispielsweise – von bestimmten Ausnahmen abgesehen – Einkünfte aus Anleihen, die über deutsche Immobilien oder Schiffe besichert sind, oder Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung bestimmter in Deutschland belegener Immobilien) und (iii) die Einkünfte nicht gegen Vorlage der Nullkupon-Anleihen oder von Zinskupons von einer Inländischen Zahlstelle ausbezahlt werden (sogenannte Tafelgeschäfte).

In den Fällen (i) bis (iii) unterliegen die Einkünfte in ähnlicher Weise der deutschen Einkommens- und Quellenbesteuerung, wie dies oben bereits für in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Anleihegläubiger ausgeführt wurde. Unter bestimmten Voraussetzungen kommen ausländische Anleger im Rahmen der maßgeblichen Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland in den Genuss von Steuerermäßigungen oder Steuerbefreiungen.

2. Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie

Es gibt keine spezifischen deutschen Quellensteuerregelungen, nach der Quellensteuer, bei Zahlungen unter einer Garantie von einer dritten Partei, einzubehalten ist. Dadurch, dass die Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie an die Stelle der Zahlungsverpflichtung der Emittentin unter der Nullkupon-Anleihe tritt, handelt sich bei der Zahlung unter der Nullkupon-Anleihen-Garantie für die Anleihegläubiger um ein Substitut für Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihe. Aus deutscher Quellensteuersicht sollten daher die gleichen Regelungen wie im Fall von Zahlungen unter der Nullkupon-Anleihe Anwendung finden. Somit sollten die in dem Abschnitt "*Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland – 1. Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich der Nullkupon-Anleihen*" beschriebenen Grundsätze entsprechende Anwendung finden.

3. **Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen**

Im Allgemeinen sollten die Erlöse aus dem Verkauf (einschließlich der Rückzahlung) keine deutsche Quellensteuer auslösen, sofern die Nullkupon-Schuldscheindarlehen nicht in einem Wertpapierdepot bei einer Inländischen Zahlstelle gehalten oder verwaltet werden. Anderenfalls finden die unter "– *Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland – 1. Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich der Nullkupon-Anleihen*" beschriebenen Grundsätze Anwendung, wenn auch besondere Bestimmungen hinsichtlich der Ermittlung des Kapitalertrags aus den Nullkupon-Schuldscheindarlehen gelten können.

4. **Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich des Umtauschs von Schuldtiteln in Nullkupon-Anleihen bzw. Nullkupon-Schuldscheindarlehen**

Der Umtausch der Schuldtitel in Nullkupon-Anleihen bzw. Nullkupon-Schuldscheindarlehen stellt für Zwecke der deutschen Kapitalertragsteuer eine Veräußerung dar. Demnach finden die oben unter „*Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland – 1. Aspekte deutscher Quellensteuer bezüglich der Nullkupon-Anleihen*“ beschriebenen Grundsätze zu der steuerlichen Behandlung von Veräußerungsgewinnen entsprechende Anwendung, wenn auch besondere Bestimmungen hinsichtlich der Ermittlung des Veräußerungsgewinns für die Schuldtitel und der Anschaffungskosten der Nullkupon-Anleihen bzw. Nullkupon-Schuldscheindarlehen gelten können.

Wenn Kapitalerträge, einschließlich jedwede Veräußerungsgewinne, ganz oder teilweise unbar bestehen und solange zwischen dem Investor und der Inländischen Zahlstelle nichts Abweichendes vereinbart wurde, ist der Investor verpflichtet, der Inländischen Zahlstelle die Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, damit die Inländische Zahlstelle ihrer Verpflichtung zur Abführung der Kapitalertragsteuer nachkommen kann.

Bestimmungen nach U.S.-amerikanischem Bundeseinkommensteuerrecht betreffend das Eigentum an und die Verfügung über Neue Schuldtitel für US-Inhaber

Bei den nachstehenden Erläuterungen handelt es sich um eine Zusammenfassung der Aspekte nach US-Einkommensteuerrecht auf Bundesebene, die zum Datum dieser Angebotsunterlage allgemein für das Eigentum an und die Verfügung über Neue Schuldtitel gelten. Diese Erläuterungen betreffen nur US-Inhaber (wie nachstehend definiert), die Neue Schuldtitel als Kapitalvermögen im Sinne der US-Bundeseinkommensteuervorschriften (allgemein zu Anlagezwecken gehaltene Vermögenswerte) halten und die Neuen Schuldtitel im Rahmen der Angebote erwerben. Diese Erläuterungen gelten nicht für US-Inhaber, die Spezialvorschriften unterliegen, wie beispielsweise:

- Wertpapier- bzw. Devisenhändler;
- Wertpapierhändler, die nach der Marktbewertungsmethode („mark-to-market“) bilanzieren;
- steuerbefreite Rechtsträger;
- Lebensversicherungsgesellschaften;
- Finanzinstitute;
- bestimmte ehemalige Bürger oder langfristig aufenthaltsberechtigte Gebietsansässige der Vereinigten Staaten;
- Personen, die Schuldtitel oder Neue Schuldtitel als Teil einer Straddle- oder Hedging-Transaktion oder einer Umwandlung halten;

- Personen, die Neue Schuldtitle im Hinblick auf Geschäfte, die außerhalb der Vereinigten Staaten getätigt werden, halten; oder
- Personen, deren funktionale Währung nicht der US-Dollar ist.

Dieser Überblick erhebt nicht den Anspruch, eine vollständige Analyse sämtlicher US-bundeseinkommensteuerlicher Aspekte zu sein, die für US-Inhaber in Ansehung ihrer persönlichen Umstände relevant sein könnten. Er beschäftigt sich nicht mit der alternativen Mindestbesteuerung (*alternative minimum tax*), der Medicare-Abgabe auf Nettokapitalerträge oder sonstigen Aspekten ausländischer, bundesstaatlicher oder kommunaler Besteuerung oder der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Jeder Inhaber sollte seinen Steuerberater zu den steuerlichen Folgen nach US-Bundes-, einzelstaatlichem oder kommunalem Recht und nach ausländischem Recht sowie zu den sonstigen steuerlichen Folgen durch die Angebote für und das Eigentum an bzw. die Verfügung über Neue Schuldtitle konsultieren. Die vorliegenden Erläuterungen basieren auf dem amerikanischen Steuergesetzbuch *U.S. Internal Revenue Code* von 1986 in aktueller Fassung (der „Code“), seiner Gesetzeshistorie, den darunter fallenden geltenden und vorgeschlagenen Verordnungen sowie den veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und -urteilen, die zum Datum dieser Angebotsunterlage gelten und gegebenenfalls (unter Umständen rückwirkend) außer Kraft gesetzt, aufgehoben oder geändert werden können, sodass die Folgen nach US-Bundeseinkommensteuerrecht von den nachstehend beschriebenen Folgen abweichen.

Dieser Überblick behandelt keine Fragen zum US-Bundeseinkommensteuerrecht bezüglich des Bedingen Zusätzlichen Kaufpreises. Die steuerliche Behandlung des Umtauschs von Schuldtitlen und des Erhalts des Bedingen Zusätzlichen Kaufpreises sind komplex und birgt Unsicherheiten. Demzufolge sollten US-Inhaber ihre Steuerberater bezüglich der steuerlichen Auswirkungen des Bedingen Zusätzlichen Kaufpreises zu Rate ziehen. Ferner, mit Ausnahme der Beschreibung im nächsten Satz, beschäftigt sich dieser Überblick nicht mit den steuerlichen Konsequenzen, die die Verfügung über Klasse A-Schuldtitle oder Klasse B-Schuldtitle im Rahmen der Angebote nach US-bundesstaatlichem Einkommensteuerrecht haben würde. Der Umtausch von Schuldtitlen in Neue Schuldtitle gemäß der Angebote stellt eine steuerliche Verfügung nach US-Bundeseinkommensteuerrecht dar und US-Inhaber sollten einen Wertansatz annehmen, der dem Ausgabepreis der Neuen Schuldtitle entspricht (wie nachstehend erläutert). Im Hinblick auf die steuerlichen Folgen der Teilnahme an den Angeboten sollten US-Inhaber ihre Steuerberater konsultieren.

In dieser Zusammenfassung ist „US-Inhaber“ jeder wirtschaftliche Eigentümer von Neuen Schuldtitlen, der im Zusammenhang mit US-Bundeseinkommensteuerrecht als (i) natürliche Person gilt, die ein Bürger oder Gebietsansässiger der Vereinigten Staaten ist, (ii) als eine Kapitalgesellschaft (bzw. ein sonstiger nach US-Bundeseinkommensteuerrecht als Kapitalgesellschaft steuerbarer Rechtsträger) gilt, die nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten oder ihrer Bundesstaaten oder des District of Columbia gegründet wurde bzw. besteht; (iii) als ein *estate* gilt, dessen Einkommen unabhängig von seiner Herkunft nach US-Bundesrecht versteuert wird; oder (iv) als ein *trust* gilt, sofern ein Gericht innerhalb der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Aufsicht über die Verwaltung eines solchen *trust* primär zuständig ist und zumindest eine US-Person umfassende Entscheidungsbefugnis über den *trust* ausübt oder wirksam dafür optiert wurde, dass der *trust* als US-Person behandelt wird.

Sofern ein Rechtsträger oder ein Zusammenschluss, der nach US-Bundeseinkommensteuerrecht als Personengesellschaft behandelt wird Neue Schuldtitle hält, hängt die steuerliche Behandlung von Gesellschaftern der Personengesellschaft grundsätzlich vom Status des betreffenden Gesellschafters und den Tätigkeiten der Personengesellschaft ab. Gesellschafter einer Personengesellschaft, die Neue Schuldtitle halten, sollten ihre Steuerberater zu den steuerlichen

Folgen der Angebote sowie zu dem Eigentum an bzw. der Verfügung über Neue Schuldtitel konsultieren.

Bestimmte Vorzeitige Rückzahlungsereignisse für Nullkupon-Anleihen. Wie vorstehend in der „Zusammenfassung der Nullkupon-Anleihen“ beschrieben, unterliegen die Nullkupon-Anleihen einer Rückzahlung in voller Höhe ihres „Rückkaufpreises“, falls der Angebotsleger es unterlässt, bestimmte Maßnahmen durchzuführen. Nach unserer Auffassung ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Rückzahlung stattfindet, nach den einschlägigen U.S. Treasury-Vorschriften gering. Unsere Auffassung, dass die Wahrscheinlichkeit solcher Rückzahlungen gering ist, gilt für jeden US-Inhaber, es sei denn, dass ein US-Inhaber in Übereinstimmung mit den einschlägigen U.S. Treasury-Vorschriften ausdrücklich erklärt hat, einen anderen Standpunkt einnehmen zu wollen. Für die US-Steuerbehörde Internal Revenue Service (der „IRS“) ist unsere Auffassung indes nicht verbindlich. Aufgrund dieser Auffassung haben wir nicht die Absicht, die Möglichkeit einer Rückzahlung so zu behandeln, als würde diese die Höhe und Zeitpunkt der mit den Nullkupon-Anleihen erzielten Erträge sowie die Art der Einkünfte beeinflussen, die bei Verkauf, Umtausch oder Rückzahlung von Nullkupon-Anleihen als angefallen gelten. Falls der IRS insofern eine gegenteilige Auffassung verträte, könnten die Nullkupon-Anleihen den Vorschriften für *contingent payment debt instruments*, also Anleihen, bei denen die Rückzahlung des Nominalbetrags und/oder der Zinsen an den Eintritt eines ungewissen Ereignisses geknüpft ist, unterliegen. In diesem Fall könnten Höhe und Zeitpunkt der mit den Nullkupon-Anleihen erzielten Erträge sowie die Art der Einkünfte, die bei Verkauf, Umtausch oder Rückzahlung solcher Anleihen als angefallen gelten, erheblich und nachteilig von den hierin beschriebenen Folgen abweichen.

Disagio bei Unterpariemiission. Die Neuen Schuldtitel können nach US-Bundeseinkommenssteuerrecht mit einem Disagio bei Unterpariemiission (*original issue discount*, „OID“) begeben werden. Im Allgemeinen müssen US-Inhaber in diesem Fall ein solches OID für US-Bundeseinkommenssteuerzwecke in das Bruttoeinkommen (als ordentliches Einkommen) auf jährlicher Basis unter einer konstanten Zinsmethode einberechnen, unabhängig davon, welche reguläre Rechnungslegungsmethode sie für US-Bundeseinkommenssteuerzwecke anwenden. Im Allgemeinen werden US-Inhaber insofern jede OID vor Erhalt von Geldmitteln, die solchem Einkommen zuzurechnen sind, in das Einkommen einberechnen.

Übersteigt der angegebene Rückzahlungswert bei Fälligkeit eines Neuen Schuldtitels dessen Ausgabepreis um einen dem gesetzlich festgelegten Freibetrag entsprechenden oder höheren Betrag (0,25 Prozent des für Neue Schuldtitel angegebenen Rückzahlungswerts bei Fälligkeit multipliziert mit der Anzahl der vollen Jahre bis zur Fälligkeit ab dem Ausgabebetrag), gilt der betreffende Neue Schuldtitel als mit OID ausgegeben.

Die Neuen Schuldtitel werden aus Sicht des US-Bundeseinkommensteuerrechts samt des Bedingten zusätzlichen Kaufpreises als Teil einer *investment unit* begeben werden. Daher hängt der „Ausgabepreis“ eines Neuen Schuldtitels von den relativen Marktpreisen (*relative fair market values*) der Neuen Schuldtitel und dem maßgeblichen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis sowie davon ab, ob ein wesentlicher Anteil dieser Neuen Schuldtitel oder der Schuldtitel, gegen die er umgetauscht wurde, öffentlich gehandelt werden. Wie vorstehend erläutert, werden die Nullkupon-Anleihen voraussichtlich baldmöglichst nach dem Abwicklungstag an der Frankfurter Wertpapierbörse gelistet; jedoch werden Nullkupon-Anleihen, die an QIBs, die zugleich QPs sind, geliefert werden, nicht notiert, um maßgeblichen Wertpapiergesetzen der Vereinigten Staaten zu entsprechen. Unter der Annahme, dass die Nullkupon-Anleihen zu Zwecken der US-Bundeseinkommensteuer öffentlich gehandelt werden, dürfte der Ausgabepreis (*issue price*) der Nullkupon-Anleihen ihr Marktpreis (*fair market value*) zum Tag der Ausgabe der Nullkupon-Anleihen sein. Wir erwarten, dass die Nullkupon-Anleihen für US-

Bundeseinkommenssteuerzwecke als an der Börse öffentlich gehandelt behandelt werden. Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen sollen nicht an der Frankfurter Wertpapierbörse gelistet werden und wir erwarten nicht, dass die Nullkupon-Schuldscheindarlehen aufgrund anderweitiger Umstände als öffentlich gehandelt für US-bundeseinkommensteuerrechtliche Zwecke betrachtet werden. US-Inhaber von Neuen Schuldtiteln können den Ausgabepreis, den Betrag des OID und den Zins bis zur Fälligkeit sowie weitere Informationen zur Verzinsung des OID der Nullkupon-Anleihen beim Angebotsleger anfragen.

Im Allgemeinen entspricht der angegebene Rückzahlungswert eines Neuen Schuldtitels bei Fälligkeit der Summe aller Zahlungen, die – von qualifiziertem, offen ausgewiesenem Zins abgesehen – im Zusammenhang mit dem betreffenden Neuen Schuldtitel fällig sind. Der angegebene Rückzahlungswert eines Schuldtitels bei Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen bzw. der Nullkupon-Schuldscheindarlehen entspricht generell dem maßgeblichen Nennbetrag. Der Begriff „qualifiziert ausgewiesener Zins“ bezeichnet allgemein Zinsen, die bedingungslos in bar oder Sachwerten (außer Schuldtiteln des Emittenten) während der gesamten Laufzeit des Schuldtitels mindestens jährlich zu einem bestimmten festen Zinssatz zahlbar sind. Auf die Neuen Schuldtitel sollten keine derartigen Zinsen anfallen.

Werden die Neuen Schuldtitel mit einem OID ausgegeben, entspricht der Betrag des OID hinsichtlich der Neuen Schuldtitel, der auf das Bruttoeinkommen eines US-Inhabers anzurechnen ist, der Summe der täglichen Anteile des OID für jeden Tag in dem Steuerjahr oder den Anteilen eines solchen Steuerjahres, in dem der US-Inhaber den betreffenden Neuen Schuldtitel hielt. Der tägliche Anteil wird durch anteilige Zurechnung des betreffenden OID für jeden Tag der Zinslaufzeit ermittelt. Die Zinslaufzeiten können von beliebiger Länge sein und während der Laufzeit des Schuldtitels variieren. Zinslaufzeiten dürfen jedoch nicht länger als ein Jahr sein und die erwartete Zahlung auf Kapitalbeträge des Schuldtitels hat entweder am finalen oder dem ersten Tag einer Zinsperiode zu erfolgen.

Die Höhe, in der der OID jeweils den einzelnen Zinslaufzeiten zuzurechnen ist, entspricht allgemein dem Produkt des angepassten Ausgabepreises des Neuen Schuldtitels zu Beginn der betreffenden Zinslaufzeit multipliziert mit der Endfälligkeitsrendite (angepasst um die Länge der betreffenden Zinslaufzeit). Der angepasste Ausgabepreis eines Neuen Schuldtitels zu Beginn einer Zinslaufzeit entspricht allgemein dem vorstehend definierten Ausgabepreis des Neuen Schuldtitels am oder vor dem ersten Tag der Zinslaufzeit, (i) erhöht um zuvor angefallene OID aus früheren Zinslaufzeiten und (ii) verringert um auf derartige Schuldtitel angefallene Zahlungen. Die Endfälligkeitsrendite eines mit OID ausgegebenen Neuen Schuldtitel entspricht dem Abzinsungsfaktor (entsprechend bereinigt, um die Länge der Zinslaufzeit zu berücksichtigen), nach dessen Zugrundelegung der Barwert zum Ausgabezeitpunkt aller Zahlungen auf die Neuen Schuldtitel dem Ausgabepreis entspricht.

Wenn ein Neuer Schuldtitel mit einem OID ausgegeben wird, hat der entsprechende US-Inhaber den US-Dollar-Betrag zu ermitteln, der für jede Zinslaufzeit als OID in die Einkünfte einzubeziehen ist, indem er (i) den Betrag des OID, der jeder Zinslaufzeit zurechenbar ist, anhand der im vorstehenden Absatz beschriebenen Methode laufzeitkonstanter Erträge in Euro berechnet und (ii) den solchermaßen in Euro erzielten Betrag zum durchschnittlichen, während der Zinslaufzeit (bzw. dem Teil der Zinslaufzeit, der in das Steuerjahr des US-Inhabers fällt) geltenden Devisenkurs umrechnet bzw. nach Wahl des US-Inhabers zu dem Kassakurs am letzten Tag der Zinslaufzeit oder dem letzten Tag des Steuerjahres innerhalb der Zinslaufzeit, falls die Zinslaufzeit länger als das Steuerjahr ist. Zusätzlich hat der US-Inhaber die Wahl, den Eurobetrag am Tag des Erhalts, falls dieses Datum nicht mehr als fünf Geschäftstage nach dem letzten Tag der Zinslaufzeit liegt, umzurechnen.

Sofern ein Neuer Schuldtitel so behandelt wird, als sei er mit einem OID ausgegeben worden, gelten die Zahlungen auf diesen Neuen Schuldtitel generell zunächst als Zahlung eines zuvor angefallenen OID (und zwar zunächst als Zahlung auf den am frühesten angefallenen OID) und sodann als Zahlung auf den Kapitalbetrag. Bei Erhalt eines auf den OID anrechenbaren Betrags (ob im Zusammenhang mit der Zahlung eines Betrags, bei dem es sich nicht um qualifiziert ausgewiesenen Zins oder die Verfügung über einen Neuen Schuldtitel handelt) vereinnahmt ein US-Inhaber ordentliche Einkünfte oder Verluste in Höhe der Differenz zwischen (i) dem eingenommenen Betrag und (ii) dem angefallenen Betrag (wie im vorstehenden Abschnitt erläutert). Der eingenommene Betrag wird zum Kassakurs am Tag des Erhalts der bzw. am Tag der Verfügung über den Neuen Schuldtitel in US-Dollar umgerechnet.

Akquisitionsprämie. Sofern die steuerliche Bemessungsgrundlage eines US-Inhabers im Hinblick auf einen Neuen Schuldtitel anfangs den Ausgabepreis übersteigt, aber den Nennbetrag dieses Schuldtitels unterschreitet bzw. dem Nennbetrag entspricht, gilt der Neue Schuldtitel als mit einer Akquisitionsprämie an den Inhaber ausgegeben. Nach den Vorschriften über die Akquisitionsprämie wird der Betrag des OID, den ein US-Inhaber in die mit dem Neuen Schuldtitel erzielten Bruttoeinkünfte einbeziehen muss, für jedes Steuerjahr um den Anteil der Akquisitionsprämie verringert, der entsprechend dem betreffenden Jahr zuzurechnen ist. Die Akquisitionsprämie wird in Euros errechnet, und die Akquisitionsprämie, die aktuell angerechnet wurde, wird das OID in Euros reduzieren. Zum dem Zeitpunkt, an dem die OID die Akquisitionsprämie ausgleicht, kann ein US-Inhaber US-Devisenkursgewinne oder -verluste (als ordentliches Einkommen oder ordentliche Verluste versteuerbar) erfassen, die sich aus der Differenz des Kassakurses zum diesem Zeitpunkt und zum Zeitpunkt des Erwerbs des Neuen Schuldtitels durch den US-Inhaber ergeben.

Verkauf, Rückzahlung, Tilgung oder andere steuerbare Verfügungen über die Neuen Schuldtitel. Bei Verkauf, Umtausch, Rückzahlung, Tilgung oder einer sonstigen steuerbaren Verfügung über Neue Schuldtitel fällt auf Seiten eines US-Inhabers im Allgemeinen ein steuerbarer Gewinn oder Verlust an, der der Differenz zwischen dem vom US-Inhaber realisierten Betrag und seines angepassten steuerlichen Wertansatzes im Hinblick auf die Neuen Schuldtitel entspricht. In diesem Zusammenhang gilt, dass, wenn außerhalb der USA Steuern auf den Verkauf, den Umtausch, die Rückzahlung, die Tilgung oder eine sonstige steuerbare Verfügungen über die Neuen Schuldtitel einbehalten werden, der realisierte Betrag auch den Bruttobetrag der Erlöse aus der betreffenden Verfügung vor Abzug solcher Steuern umfasst. Der Betrag, der aus dem Verkauf, dem Umtausch, der Rückzahlung, der Tilgung oder einer sonstigen steuerbaren Verfügung eines Neuen Schuldtitels erzielt wird, ist der US-Dollar-Wert dieses Betrags zum Zeitpunkt eines Verkaufs oder einer Tilgung, oder der Zeitpunkt der Abwicklung des Verkaufs, im Falle von Neuen Schuldtitel, die an einem etablierten Wertpapiermarkt gehandelt werden, gemäß den Bestimmung der U.S. Treasury, die durch einen US-Inhaber entsprechend der Geldmittelflüsse (oder periodengerecht, sofern der US-Inhaber dies wählt) veräußert werden. Der angepasste steuerliche Wertansatz eines US-Inhabers entspricht allgemein dem anfänglichen steuerlichen Wertansatz eines Neuen Schuldtitels, der um den zuvor in die Einkünfte einbezogenen OID erhöht wurde (nach Abzug einer Akquisitionsprämie, wie vorstehend erläutert). Mit Ausnahme der nachstehenden Erläuterungen gelten bei Verfügung über einen Neuen Schuldtitel Gewinne bzw. Verluste als langfristiger Kapitalertrag oder -verlust, falls die Haltedauer des betreffenden US-Inhabers für die Neuen Schuldtitel zum Zeitpunkt der Verfügung bereits ein Jahr übersteigt. Für die Besteuerung langfristiger Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, die von natürlichen Personen und anderen US-Inhabern, bei denen es sich nicht um juristische Personen handelt, eingenommen werden, können niedrigere Steuersätze gelten. Kapitalverluste sind nur begrenzt abzugsfähig.

Gewinne oder Verluste, die aufseiten von US-Inhabern bei Verfügung über einen Neuen Schuldtitel anfallen, werden im Allgemeinen als ordentliches Einkommen bzw. ordentlicher Verlust behandelt, sofern der Gewinn oder Verlust Fluktuationen der Devisenkurse in dem Zeitraum zuzurechnen ist, in dem der US-Inhaber die Neuen Schuldtitel hält, wie oben unter „*Disagio bei Unterpariemission*“ erläutert. Die Realisierung von Fremdwährungsgewinnen oder -verlusten ist der Höhe nach auf den Betrag des Gesamtgewinns bzw. Gesamtverlusts begrenzt, der bei Verfügung über die Neuen Schuldtitel realisiert wurde.

In den meisten Fällen werden die aufseiten von US-Inhabern bei Verfügung über die Neuen Schuldtitel angefallenen Gewinne oder Verluste als in den USA angefallene Gewinne oder Verluste behandelt. Daher können US-Inhaber von Neuen Schuldtitel unter Umständen keine ausländischen Steuern anrechnen, die bei Verfügung über die Neuen Schuldtitel abgeführt wurden, es sei denn, dass eine solche Anrechnung (vorbehaltlich bestimmter Obergrenzen) bei Steuern vorgenommen werden kann, die auf Einkünfte anfallen, die als aus ausländischen Quellen stammend angesehen werden.

Anzeige- und Informationsvorschriften zu ausländischem Vermögen. US-Inhaber, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, die ein "bestimmtes ausländisches Finanzvermögen" mit einem Gesamtwert von über USD 50.000 halten, müssen dieses Vermögen bei Einreichen ihrer Steuererklärung generell gesondert melden. Diese Meldepflichten gelten auch im Hinblick auf bestimmte Rechtsträger, die direkt oder indirekt im Eigentum von natürlichen Personen stehen, die so behandelt werden, als sei ihr Zweck das Halten direkter oder indirekter Beteiligungen an bestimmtem ausländischem Finanzvermögen. Versäumt es der Steuerpflichtige, eine solche Meldung einzureichen, so kann dies zur Auferlegung von Bußgeldern führen sowie weitere potenziell nachteilige steuerliche Folgen haben. Neue Schuldtitel, die nicht in einem bei einem Finanzinstitut geführten Konto gehalten werden, gelten im Allgemeinen als bestimmtes ausländisches Finanzvermögen, welches diesen Pflichten unterliegt. Im Hinblick auf die Meldepflichten, die für das Eigentum an den Neuen Schuldtiteln gelten, sollten US-Inhaber ihre Steuerberater konsultieren.

ERMITTLUNG DES KAUFPREISES UND DER GEGENLEISTUNG FÜR DAS UMTAUSCHANGEBOT

Der maßgebliche Kaufpreis für das Barangebot in der Währung der einzelnen Eingereichten Schuldtitel und die maßgebliche Gegenleistung für das Umtauschangebot eines jeden Eingereichten Schuldtitels bestehen aus (i) der allfällig maßgeblichen HETA-Kompensationszahlung, (ii) der maßgeblichen Ausgleichszahlung und (iii) der Freiwilligen Prämie. Gemäß § 2a Abs. 2 FinStaG ist in den Angeboten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerin beziehungsweise der Ausfallsbürgen angemessen zu berücksichtigen. Sofern im Rahmen des Barangebots alle Schuldtitel eingereicht werden, beträgt der Gesamtbetrag des vom Angebotsleger zu zahlenden Kaufpreises für die Schuldtitel in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels insgesamt etwa EUR 7,79 Mrd. Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht werden und dass alle Annehmenden Gläubiger sich für den Erhalt der Nullkupon-Anleihen entscheiden, wird der Angebotsleger Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennwerts von EUR 10,48 Mrd. begeben. Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht werden und dass alle Klasse B-Gläubiger sich für den Erhalt der Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, wird der Angebotsleger (i) Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 10,01 Mrd. begeben und (ii) Nullkupon-Schuldscheindarlehen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 0,92 Mrd. abtreten.

Sofern dies zur Berechnung der Gegenleistung für das Umtauschangebot erforderlich ist, werden auf CHF und JPY lautende Beträge zu den FMA-Bescheidwechselkursen (d. h. CHF 1,0636 je EUR 1 und JPY 134,05 je EUR 1) in EUR umgerechnet.

Bestimmung des Gesamtbetrags der HETA-Kompensationszahlung

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der HETA wurde bei der Bestimmung des Gesamtbetrags der HETA-Kompensationszahlung gemäß § 2a Abs. 2 Satz 2 FinStaG angemessen berücksichtigt. Dies erfolgte durch Beiziehung eines unabhängigen Sachverständigen, der ausschließlich die folgenden öffentlich verfügbaren Informationen betreffend die HETA (zusammen „**Öffentlich Verfügbare HETA-Informationen**“) berücksichtigt hat. Öffentlich Verfügbare HETA-Informationen sind:

- (i) Jahresfinanzbericht der HETA zum 31. Dezember 2015;
- (ii) Halbjahresfinanzbericht der HETA zum 30. Juni 2016;
- (iii) die Unternehmenspräsentation der HETA vom 20. Oktober 2015, einschließlich der indikativen Mittelfristplanung der HETA;
- (iv) die aktualisierte Unternehmenspräsentation der HETA vom 15. Dezember 2015;
- (v) die aktualisierte Unternehmenspräsentation der HETA vom 25. April 2016;
- (vi) die aktualisierte Unternehmenspräsentation der HETA vom 5. August 2016;
- (vii) die 2015 und 2016 veröffentlichten Ad-hoc-Mitteilungen;
- (viii) die 2015 und 2016 veröffentlichten Anlegerinformationen; sowie
- (ix) der Mandatsbescheid und der Vorstellungsbescheid der FMA vom 10. April 2016,

wie in den Fällen (i) bis (viii) jeweils auf der Website der HETA www.heta-asset-resolution.com veröffentlicht, die allerdings nicht durch Bezugnahme Bestandteil dieser Angebotsunterlage wird.

Der Angebotsleger kann die Richtigkeit der ihm zur Verfügung gestellten Informationen betreffend die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der HETA, welche auf den Öffentlich Verfügbaren HETA-Informationen beruhen, nicht prüfen. Der Angebotsleger schließt daher ausdrücklich jegliche Verantwortung aus, falls diese Informationen unzutreffend oder unvollständig sind.

Gläubiger sollten zudem beachten, dass laut den Öffentlich Verfügbaren HETA-Informationen diese Informationen einer Reihe von Annahmen, Beschränkungen und Einschränkungen unterliegen, die jeweils darin aufgeführt sind. Diese Annahmen, Beschränkungen und Einschränkungen beziehen sich insbesondere auf die Prognostizierbarkeit, Zuverlässigkeit und Umsetzbarkeit der Daten, den Zeitpunkt und die Höhe einer allfälligen Befriedigung von Gläubigern (was allein von den Entscheidungen der Abwicklungsbehörde abhängt) sowie auf Prognosen, Pläne, Schätzungen und zukunftsbezogene Aussagen, die auf Erwartungen, Plänen, Schätzungen und Prognosen der HETA zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Öffentlich Verfügbaren HETA-Informationen beruhen. Solche Prognosen, Pläne, Schätzungen und Aussagen sind mit bekannten und unbekannten Risiken, Unwägbarkeiten und Annahmen verbunden, die sich sowohl auf die HETA als auch ihre Abwicklung, ihre Einkünfte oder ihre Entwicklung auswirken können. Sofern derartige Risiken oder Unwägbarkeiten eintreten bzw. Annahmen sich als nicht zutreffend erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse und Werte der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die tatsächliche Finanzlage, die finanzielle Leistung und die Cashflows der HETA deutlich von den aktuellen Prognosen, Plänen, Schätzungen und zukunftsbezogenen Aussagen abweichen, die jeweils in den Öffentlich Verfügbaren HETA-Informationen angegeben sind.

Ganz allgemein sollten Gläubiger beachten, dass die Abwicklung und Liquidation der HETA einer Reihe bekannter und unbekannter Risiken und Unwägbarkeiten unterliegt und von der Richtigkeit verschiedener Annahmen im Hinblick auf Faktoren abhängt, die sich größtenteils oder sogar vollständig der Einflussnahme des Angebotslegers und/oder der HETA entziehen (siehe *„Risikofaktoren und andere Überlegungen – Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis hängt von der Abwicklung der HETA ab, sein Wert ist ungewiss und könnte Null betragen.“*).

Ferner haben die Annehmenden Gläubiger Anspruch auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis. Annehmende Gläubiger haben unter bestimmten Bedingungen daher die Möglichkeit, an einem Zuwachspotenzial aus der Abwicklung der HETA teilzuhaben im Fall, dass der Anteil, der den Forderungen aus den Eingereichten Schuldtiteln, die vom Angebotsleger von Annehmenden Gläubigern erworben und/oder umgetauscht wurden, zugeordnet wurde, die HETA-Kompensationszahlung übersteigt. Es kann jedoch nicht garantiert werden, ob und wann Annehmende Gläubiger den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis erhalten werden (siehe *„Risikofaktoren und andere Überlegungen – Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis hängt von der Abwicklung der HETA ab, sein Wert ist ungewiss und könnte Null betragen.“* und *„Risikofaktoren und andere Überlegungen – Der Zeitpunkt der Zahlung des allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis ist ungewiss und nicht vor 2023 zu erwarten.“*).

Bestimmung der HETA-Kompensationszahlung für jeden Schuldtitel

Die HETA-Kompensationszahlung für jeden Schuldtitel wurde vom Angebotsleger unter Berücksichtigung der zu erwartenden wiedererlangten Beträge für jeden Klasse A-Schuldtitel und Klasse B-Schuldtitel bestimmt. Aufgrund ihres Ranges sollten die Klasse A-Schuldtitel eine

voraussichtliche Einbringlichkeit in Bezug auf alle Klasse A-Schuldtitel haben, und zwar anteilig in Bezug auf die Klasse A-Schuldtitel zugeteilt (und auf volle EUR 0,01, CHF 0,01 oder JPY 0,01 (wie maßgeblich) gerundet), was 63,80 Prozent ihrer Angepassten Festgelegten Stückelung entspricht (vorbehaltlich einer Rundung). Aufgrund ihrer Nachrangigkeit wurde für die Klasse B-Schuldtitel eine voraussichtliche Verwertung von 0 (null) Prozent ermittelt.

Freiwillige Prämie

Um den Gläubigern einen Anreiz zu bieten, ihre Schuldtitel entsprechend den Angeboten einzureichen, bietet der Angebotsleger allen Gläubigern, die ihre Schuldtitel rechtswirksam vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen einreichen und deren Schuldtitel vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworben und/oder umgetauscht werden, den Kaufpreis und/oder die Gegenleistung für das Umtauschangebot an, in denen jeweils die in Anhang A bzw. Anhang B angegebene Freiwillige Prämie enthalten ist.

Bestimmung des Gesamtbetrags der Ausgleichszahlung

Das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger haben den Angebotsleger darauf hingewiesen, dass die unter der Widmungsvereinbarung zur Verfügung gestellten Mittel gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ausfallsbürgen berechnet wurden. Für weitere Informationen siehe „*Erklärungen gemäß § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG*“.

Bestimmung der Ausgleichszahlung für jeden Schuldtitel

Die Ausgleichszahlung für jeden Schuldtitel wurde berechnet durch Multiplikation von

- (i) einem Betrag von EUR 1,2 Mrd., der dem kombinierten vom Land Kärnten und den KLH-Rechtsnachfolgern dem Angebotsleger zur Verfügung gestellten Finanzierungsbetrag entspricht, und
- (ii) dem Bruchteil von
 - (A) der Angepassten Festgelegten Stückelung für jeden Schuldtitel, geteilt durch
 - (B) die gesamte Angepasste Festgelegte Stückelung für die Klasse A-Schuldtitel und die Klasse B-Schuldtitel, zusammengekommen,

und auf volle EUR 0,01, CHF 0,01 oder JPY 0,01 (wie maßgeblich) abgerundet.

Als Folge dieser Zuteilung beträgt die maßgebliche Ausgleichszahlung:

- in Bezug auf die Klasse A-Schuldtitel 10,97 Prozent ihrer Angepassten Festgelegten Stückelung (vorbehaltlich einer Rundung), und
- in Bezug auf die Klasse B-Schuldtitel 10,97 Prozent ihrer Angepassten Festgelegten Stückelung (vorbehaltlich einer Rundung).

ERKLÄRUNGEN GEMÄSS § 2A ABS. 2 Z 9 UND Z 10 FINSTAG

Land Kärnten

Erklärung des Landes Kärnten in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 9 FinStaG

Das Land Kärnten hat sich mit den Angeboten und den damit im Zusammenhang stehenden angebotenen festgesetzten Ausgleichszahlungen einverstanden erklärt.

Erklärung des Landes Kärnten in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG

Am 6. September 2016 veröffentlichte das Land Kärnten eine Erklärung in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG („**Erklärung des Landes Kärnten**“) auf www.ktn.gv.at. Diese Erklärung des Landes Kärnten wird allerdings nicht durch Bezugnahme Bestandteil dieser Angebotsunterlage. Der Angebotsleger hat die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der Erklärung des Landes Kärnten enthaltenen Informationen nicht geprüft und kann diese nicht prüfen und gibt keine Zusicherungen oder Gewährleistungen hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Informationen ab. Dementsprechend schließt der Angebotsleger ausdrücklich jegliche Haftung in Bezug auf diese Informationen aus.

Kurzfassung der Erklärung des Landes Kärnten

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich nicht um eine vollständige Zusammenfassung der Erklärung des Landes Kärnten und sie stehen unter dem Vorbehalt des Wortlauts der Erklärung des Landes Kärnten, welche nicht durch Bezugnahme Bestandteil hiervon wird.

Rechtsgrundlage

Gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG haben die Angebote eine vom Land Kärnten abgegebene Erklärung zu enthalten, dass die gesamte Ausgleichszahlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes Kärnten entspricht.

In den Erläuternden Bemerkungen zu § 2a FinStaG ist festgehalten, dass zur Sicherstellung der wesentlichen staatlichen Funktionen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes Kärnten unter Ausschluss jener Mittel und Vermögensrechte, die für die Erfüllung der nach Bundes- oder Landes(verfassungs)gesetz dem Land Kärnten obliegenden Aufgaben erforderlich sind, zu beurteilen ist.

Unter Anwendung von § 2a FinStaG ist das Land Kärnten verpflichtet, dem Angebotsleger die finanziellen Mittel zur Leistung der maßgeblichen Ausgleichszahlung zur Verfügung zu stellen, die an jene Gläubiger zu leisten sind, die dieser an die Inhaber von Schuldtiteln zu leisten hat.

Die Berechnung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Angebote nach § 2a FinStaG kann daher nur unter der Berücksichtigung jenes Vermögens erfolgen, welches nicht für die Erfüllung der nach Bundes- oder Landes(verfassungs)gesetz dem Land Kärnten obliegenden Aufgaben erforderlich ist. Zudem verlangt § 2a FinStaG, dass die gesamte Ausgleichszahlung im Sinne der Verpflichtung nach § 2a Abs. 2 Z 9 FinStaG an den Erwerber der Schuldtitel zu leisten ist, weshalb die maßgebliche Ausgleichszahlung liquide vorhanden sein muss.

Analyse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Statische Beurteilung der Verschuldensfähigkeit

In der Erklärung des Landes Kärnten hat das Land Kärnten auf Grundlage einer statischen Beurteilung der Verschuldungsfähigkeit erklärt, dass das gesamte wesentliche Vermögen sowie

der Zahlungs- und Rechnungskreislauf des Landes Kärnten der Erfüllung bundes(verfassungs)- und landes(verfassungs)gesetzlicher Aufgaben dienen. Das Land Kärnten hat festgestellt, dass sich die nicht dem Bestands- und Funktionsschutz zugeordneten Vermögensgegenstände auf rund EUR 61 Mio. belaufen.

Dynamische Beurteilung der Verschuldensfähigkeit

In der Erklärung des Landes Kärnten hat das Land Kärnten auf Grundlage einer dynamischen Betrachtung aus der Beurteilung der Verschuldungsfähigkeit unter Zugrundelegung bestimmter in der Erklärung des Landes Kärnten genannten Annahmen, wie beispielsweise der Refinanzierung des Landes Kärnten am Kapitalmarkt sowie einer Widmungsänderung betreffend den Fonds „Sondervermögen Kärnten“ (zuvor „Zukunftsfonds“) und hinsichtlich des Wertes der Beteiligungen der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung, erklärt, dass sich die fiktive Verschuldungsfähigkeit des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger unter Außerachtlassung jener weiterer Vermögenswerte und Zahlungsströme, die dem Bestands- und Funktionsschutz unterliegen, auf circa EUR 800 Mio. beläuft.

Erklärung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Das Land Kärnten hat ebenso wie die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung und der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ erklärt, dass es zum Zeitpunkt der Legung der Angebote nicht in der Lage wäre, durch Veräußerung von Vermögen oder Kreditaufnahme am Kapitalmarkt die für die Leistung der gesamten Ausgleichszahlung für sich und die KLH Rechtsnachfolger im Fall des Erfolgs der Angebote erforderlichen liquiden Mittel zu beschaffen.

Da jedoch die Republik Österreich bereit ist, bei Annahme der Angebote mit den erforderlichen Mehrheiten dem Land Kärnten finanzielle Mittel in Höhe von EUR 1,2 Mrd. gegen Sicherheiten zur Verfügung zu stellen, kann das Land Kärnten die Zahlung der Ausgleichszahlung für sich und die KLH Rechtsnachfolger finanzieren, die substantiell über seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit i.S. des § 2a FinStaG aus der statischen und der dynamischen Beurteilung der Verschuldungsfähigkeit liegt. Im Falle der Annahme der Angebote nach § 2a FinStaG soll der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ unter Berücksichtigung des Werts der übernommenen Beteiligungen der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung durch das Land Kärnten umgewidmet werden. Der vom Land Kärnten an den Angebotsleger zu leistende Betrag von EUR 1,2 Mrd. beinhaltet daher auch die Ausgleichszahlung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ in Höhe des anteiligen Liquidationserlöses und der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung in Höhe des Anteils am Wert des übernommenen Vermögens, womit das Land Kärnten alle Ansprüche einlöst.

Das Land Kärnten hat gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG erklärt, dass der in den Angeboten enthaltene Gesamtbetrag der Ausgleichszahlung unter Berücksichtigung der Finanzierung durch die Republik Österreich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes Kärnten entspricht.

Die Vollständigkeit der Offenlegung unter Punkt 1 der Erklärung war Gegenstand einer Gebarungsüberprüfung des Kärntner Landesrechnungshofs gem. § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG i.V.m. § 8 Abs. 1 lit. a Kärntner Landesrechnungshofgesetz.

KLH-Rechtsnachfolger

Teil A

Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 9 FinStaG

Die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung hat sich mit den Angeboten und den damit im Zusammenhang stehenden angebotenen festgesetzten Ausgleichszahlungen einverstanden erklärt.

Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG

Am 6. September 2016 veröffentlichte die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung eine Erklärung in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z. 10 FinStaG (die „**Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung**“) auf www.sondervermoegen-kaernten.gv.at. Diese Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung wird allerdings nicht durch Bezugnahme Bestandteil dieser Angebotsunterlage. Der Angebotsleger hat die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung enthaltenen Informationen nicht geprüft und kann diese nicht prüfen und gibt keine Zusicherungen oder Gewährleistungen hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen ab. Dementsprechend schließt der Angebotsleger ausdrücklich jegliche Haftung in Bezug auf diese Informationen aus.

Kurzfassung der Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich nicht um eine vollständige Zusammenfassung der Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung und sie stehen unter dem Vorbehalt des Wortlauts der Erklärung der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung.

Rechtsgrundlage

Gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG haben die Angebote eine von der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung abgegebene Erklärung zu enthalten, dass die gesamte Ausgleichszahlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung entspricht.

In den Erläuternden Bemerkungen zu § 2a FinStaG ist festgehalten, dass diese wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unter Ausschluss jener Mittel und Vermögensrechte, die für die Erfüllung der nach Bundes- oder Landes(verfassungs)gesetz der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung obliegenden Aufgaben erforderlich sind, zu beurteilen ist.

Unter Anwendung von § 2a FinStaG und im Zusammenhang mit der Übertragung der Pflichten nach § 2 K-LHG ist die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung verpflichtet, dem Angebotsleger die finanziellen Mittel zur Leistung der maßgeblichen Ausgleichszahlung zur Verfügung zu stellen, die dieser an die Inhaber von Schuldtiteln zu leisten hat.

Bei der Feststellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für die Angebote nach § 2a FinStaG kann daher nur jenes Vermögens berücksichtigt werden, welches durch die Anordnung des § 1409 ABGB haftungsbefangen ist und nicht für die Erfüllung der nach Bundes- oder Landes(verfassungs)gesetz der Kärntner Beteiligungsverwaltung obliegenden Aufgaben erforderlich ist. Zudem verlangt § 2a FinStaG, dass die gesamte Ausgleichszahlung im Sinne der Verpflichtung nach § 2a Abs. 2 Z 9 FinStaG an den Erwerber der Schuldtitel zu leisten ist, weshalb die maßgebliche Ausgleichszahlung liquide vorhanden sein muss.

Analyse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

In der Erklärung der Kärntner Beteiligungsverwaltung hat die Kärntner Beteiligungsverwaltung erklärt, dass das gesamte wesentliche Vermögen der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung der Erfüllung bundes(verfassungs)- und landes(verfassungs)gesetzlicher Aufgaben dient. Daher ist dieses Vermögen nach Ansicht der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung der freien Verfügung der Organe und der Exekution durch Gläubiger entzogen.

Erklärung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Bei Annahme der Angebote nach § 2a FinStaG durch die erforderlichen Mehrheiten ist die Republik Österreich bereit, dem Land Kärnten Mittel in Höhe von EUR 1,2 Mrd. bereitzustellen. In der Erklärung des Landes Kärntens erklärt das Land Kärnten die Absicht, für die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung aus den finanziellen Mitteln der Republik Österreich den Betrag für die Ausgleichszahlung zu leisten und die Ansprüche einzulösen.

Der Betrag der Ausgleichszahlung für die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung wird anteilig ermittelt unter Berücksichtigung aller Gläubiger der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung zum Zeitpunkt der Beteiligungsübertragung. Die vorstehenden Aussagen gehen, für den Fall der Annahme der Angebote von der rechtmäßigen Begründung und dem aufrechten Fortbestand der gesetzlichen Haftungsanordnung aus.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung entspricht dem anteiligen Wert der übertragenen Beteiligungen.

Die Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung hat gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG erklärt, dass der Gesamtbetrag der Ausgleichszahlung in Höhe des Anteils am Wert der übernommenen Beteiligungen zum Zeitpunkt des Beteiligungsüberganges der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Anstalt Kärntner Beteiligungsverwaltung entspricht.

Die Vollständigkeit der Offenlegung unter Punkt 1 der Erklärung war Gegenstand der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer gemäß § 2a Abs 2 Z 10 FinStaG.

Teil B

Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 9 FinStaG

Der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ hat sich mit den Angeboten und den damit im Zusammenhang stehenden angebotenen festgesetzten Ausgleichszahlungen einverstanden erklärt.

Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG

Am 6. September 2016 veröffentlichte der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ eine Erklärung in Bezug auf die Angebote nach § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG (die „**Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“**“) auf www.sondervermoegen-kaernten.gv.at. Diese Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ wird allerdings nicht durch Bezugnahme Bestandteil dieser Angebotsunterlage. Der Angebotsleger hat die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ enthaltenen Informationen nicht geprüft und kann diese nicht prüfen und gibt keine Zusicherungen oder Gewährleistungen hinsichtlich der Richtigkeit und Vollständigkeit der Informationen ab. Dementsprechend schließt der Angebotsleger ausdrücklich jegliche Haftung in Bezug auf diese Informationen aus.

Kurzfassung der Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“

Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich nicht um eine vollständige Zusammenfassung der Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ und sie stehen unter dem Vorbehalt des Wortlauts der Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“.

Rechtsgrundlage

Gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG haben die Angebote eine vom Fonds „Sondervermögen Kärnten“ abgegebene Erklärung zu enthalten, dass die gesamte Ausgleichszahlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ entspricht.

In den Erläuternden Bemerkungen zu § 2a FinStaG ist festgehalten, dass diese wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ unter Ausschluss jener Mittel und Vermögensrechte, die für die Erfüllung der nach Bundes- oder Landes(verfassungs)gesetz dem Fonds „Sondervermögen Kärnten“ obliegenden Aufgaben erforderlich sind, zu beurteilen ist.

Unter Anwendung von § 2a FinStaG ist der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ verpflichtet, dem Angebotsleger die finanziellen Mittel zur Leistung der Ausgleichszahlung zur Verfügung zu stellen, die dieser an die Inhaber von Schuldtiteln zu leisten hat.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die Angebote nach § 2a FinStaG kann daher nur unter Berücksichtigung jener Vermögenswerte ermittelt werden, die nicht zur Erfüllung der nach Bundes- oder Landes(verfassungs)gesetz dem Fonds „Sondervermögen Kärnten“ obliegenden Aufgaben erforderlich sind.

Analyse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

In der Erklärung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ hat der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ erklärt, dass das gesamte wesentliche Vermögen des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ der Erfüllung bundes- oder landes(verfassungs)gesetzlicher Aufgaben dient. Daher ist dieses Vermögen nach Ansicht des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ der freien Verfügung der Organe und der Exekution durch Gläubiger entzogen.

Erklärung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Bei Annahme der Angebote nach § 2a FinStaG durch die erforderlichen Mehrheiten ist die Republik Österreich bereit, dem Land Kärnten Mittel in Höhe von EUR 1,2 Mrd. bereitzustellen. In der Erklärung des Landes Kärnten erklärt das Land Kärnten die Absicht, für den Fonds „Sondervermögen Kärnten“ aus den finanziellen Mitteln der Republik Österreich den Betrag für die Ausgleichszahlung zu leisten und die Ansprüche einzulösen.

Das Land Kärnten wird nach Annahme der Angebote unverzüglich alles Erforderliche unternehmen, um den Fonds „Sondervermögen Kärnten“ abzuwickeln und alle Abwicklungserlöse an die Gläubiger unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auszuschütten. Der Betrag der Ausgleichszahlung des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ wird anteilig ermittelt unter Berücksichtigung aller Gläubiger des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ zum Zeitpunkt der Abwicklung. Die vorstehenden Aussagen gehen, für den Fall der Annahme der Angebote von der rechtmäßigen Begründung und dem aufrechten Fortbestand der gesetzlichen Haftungsanordnung aus.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ entspricht dem anteiligen Liquidationserlös.

Der Fonds „Sondervermögen Kärnten“ hat gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG erklärt, dass der Gesamtbetrag der Ausgleichszahlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Fonds „Sondervermögen Kärnten“ entspricht.

Die Vollständigkeit der Offenlegung unter Punkt 1 der Erklärung war Gegenstand der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer gemäß § 2a Abs 2 Z 10 FinStaG.

OFFER AGENTS UND TENDER AGENT

Der Angebotsleger hat die Citigroup Global Markets Limited und die J.P. Morgan Securities plc als Offer Agents für die Angebote und die Citibank, N.A., Niederlassung London, als Tender Agent bestellt. Der Angebotsleger hat mit den Offer Agents eine Offer-Agency-Vereinbarung abgeschlossen, die bestimmte Regelungen zur Zahlung von Vergütungen, Aufwendungen von Kosten und Freistellungsvereinbarungen in Verbindung mit den Angeboten enthält.

Im Rahmen der Abwicklung des Barangebots am Abwicklungstag wird der Gesamtkaufpreis für alle Eingereichten Schuldtitel, die im Zuge des Barangebots erworben werden, vom Angebotsleger ermittelt. Im Rahmen der Abwicklung des Umtauschangebots am Abwicklungstag wird der Gesamtnominalbetrag der Nullkupon-Anleihe(n) und der der Nullkupon-Schuldscheindarlehen, die als Gegenleistung für die im Zuge des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitel ausgegeben wird/ werden bzw. dazu abgetreten werden, anhand des maßgeblichen Umtauschverhältnisses vom Angebotsleger ermittelt. Ferner wird eine unabhängige Berechnungsstelle, die eine unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein und vom Angebotsleger ausgewählt werden wird, den allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zum Liquidationsstichtag berechnen. Sofern kein offenkundiger Fehler vorliegt, sind diese Berechnungen für den Angebotsleger und die Gläubiger abschließend und verbindlich. Der Angebotsleger wird unter Zugrundelegung eines wirtschaftlich vernünftigen Aufwands den zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis berechtigten Personen die der Errechnung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zugrundegelegten Berechnungen zugänglich machen.

Die Offer Agents und ihre jeweils verbundenen Unternehmen können sich mit den Gläubigern bezüglich der Angebote in Verbindung setzen und können Intermediäre und andere dazu auffordern, diese Angebotsunterlage und zugehörige Unterlagen an die Gläubiger weiterzuleiten.

Die Offer Agents und ihre jeweils verbundenen Unternehmen können für den Angebotsleger bestimmte Investment-Banking-Dienstleistungen erbringen, für die sie die für Leistungen dieser Art übliche Vergütung erhalten.

Die Offer Agents und/oder ihre verbundenen Unternehmen können Bestände an Schuldtiteln halten oder auch von Zeit zu Zeit Beratungs- bzw. sonstige Anlagedienstleistungen in Bezug auf die Schuldtitel erbringen oder Geschäfte tätigen, die die Schuldtitel betreffen. Des Weiteren können die Offer Agents (i) Tender Anweisungen für eigene Rechnung und für Rechnung ihrer verbundenen Unternehmen sowie (ii) (stets unter dem Vorbehalt der Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen) im Namen anderer Gläubiger einreichen.

Weder einer der Offer Agents noch der Tender Agent oder eines bzw. einer ihrer/seiner maßgeblichen Organmitglieder, leitenden Angestellten, Mitarbeiter oder verbundenen Unternehmen hat Informationen, die in dieser Angebotsunterlage oder in einem in dieser Angebotsunterlage erwähnten Dokument bzw. in Nachträgen oder Änderungen dazu enthalten sind, geprüft, genehmigt, eine Zusicherung über die entsprechende Richtigkeit oder Vollständigkeit getroffen oder übernimmt hierfür eine Haftung oder hat Kenntnis über ein Versäumnis aufseiten des Angebotslegers, allfällig eingetretene Ereignisse offenzulegen, die die Bedeutung oder Richtigkeit dieser Informationen beeinflussen könnten.

Weder einer der Offer Agents noch der Tender Agent oder eines bzw. einer ihrer/seiner maßgeblichen Organmitglieder, leitenden Angestellten, Mitarbeiter oder verbundenen Unternehmen erbringt für die Gläubiger in dieser Angebotsunterlage Rechts-, Geschäfts-, Steuer-

oder sonstige Beratung oder gibt Zusicherungen oder Empfehlungen in Bezug auf die Angebote ab oder Empfehlungen dazu, ob die Gläubiger die Angebote annehmen sollten.

Weder einer der Offer Agents noch der Tender Agent wurden in die Strukturierung der Konditionen der Angebote oder der Neuen Schuldtitel einbezogen; sie schließen daher im rechtlich zulässigen Höchstumfang jegliche Haftung für die Strukturierung der Konditionen der Angebote oder der Nullkupon-Anleihen und die in der Angebotsunterlage enthaltenen Informationen aus.

Die Offer Agents sind nicht für die Abwicklung der Angebote verantwortlich; hierfür ist ausschließlich der Angebotsleger verantwortlich.

Die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen und der Tender Agent sind Beauftragte des Angebotslegers und haben gegenüber keinem Gläubiger Verpflichtungen.

ANGEBOTS- UND VERBREITUNGSBESCHRÄNKUNGEN

Diese Angebotsunterlage stellt in keiner Rechtsordnung, wo die Abgabe eines solchen Angebots nach geltendem Wertpapierrecht oder sonstigen Vorschriften oder gegenüber einer Person unzulässig ist, ein Angebot dar. Die Verbreitung dieser Angebotsunterlage kann in bestimmten Rechtsordnungen durch Rechtsvorschriften eingeschränkt sein. Personen, die in den Besitz dieser Angebotsunterlage gelangen, werden vom Angebotsleger, den Offer Agents, den Agenten der Nullkupon-Anleihen und dem Tender Agent angehalten, sich selbst über derartige Beschränkungen zu informieren und diese zu beachten.

Vereinigtes Königreich

Die Übermittlung dieser Angebotsunterlage sowie aller sonstigen Dokumente bzw. Unterlagen in Bezug auf die Angebote erfolgt nicht durch eine befugte Person im Sinne von Section 21 des *Financial Services and Markets Act 2000* in der jeweils geltenden Fassung und solche Dokumente und/oder Unterlagen wurden nicht von einer solchen Person genehmigt. Derartige Dokumente und/oder Unterlagen werden daher im Vereinigten Königreich nicht an die Öffentlichkeit verbreitet und dürfen nicht an diese weitergegeben werden. Die Übermittlung solcher Dokumente und/oder Unterlagen erfolgt als Finanzwerbung nur an (1) Personen, die über berufliche Erfahrung mit Vermögensanlagen verfügen und als professionelle Anleger („investment professionals“) im Sinne von Artikel 19 des *Financial Services and Markets Act 2000 (Financial Promotion) Order 2005* („**Financial Promotion Order**“) gelten; (2) Personen, die unter Artikel 49 des Financial Promotion Order (Gesellschaften mit umfangreichem Vermögen, nicht eingetragene Vereinigungen („high net worth companies, unincorporated associations“ usw.)) fallen, oder (3) alle sonstigen Personen, denen diese Dokumente und/oder Unterlagen im Rahmen des Financial Promotion Order zulässigerweise übermittelt werden dürfen.

Frankreich

Die Angebote erfolgen in der Französischen Republik („**Frankreich**“) weder direkt noch indirekt an die Öffentlichkeit. Weder diese Angebotsunterlage noch allfällige sonstige Dokumente bzw. Unterlagen, die sich auf die Angebote beziehen, wurden oder werden (in Gegenwart oder Zukunft) in Frankreich an die Öffentlichkeit verbreitet und nur (i) Anbieter von Investmentdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Portfoliomanagement für Rechnung Dritter (*personnes fournissant le service d'investissement de gestion de portefeuille pour compte de tiers*) und/oder (ii) qualifizierte Anleger (*investisseurs qualifiés*), bei denen es sich nicht um natürliche Personen handelt und die jeweils für eigene Rechnung handeln und gemäß Artikel L.411-1, L.411-2 sowie D.411-1 bis D.411-3 des französischen Währungs- und Finanzgesetzes (*Code Monétaire et Financier*) handeln sowie darunter definiert sind, sind zur Annahme der Angebote qualifiziert. Diese Angebotsunterlage sowie alle sonstigen Dokumente oder Unterlagen, die sich auf die Angebote beziehen, wurden weder der französischen Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde Autorité des Marchés Financiers zur Genehmigung eingereicht noch von dieser genehmigt und dies wird auch in Zukunft nicht erfolgen.

Belgien

Weder diese Angebotsunterlage noch andere Dokumente oder Unterlagen im Zusammenhang mit den Angeboten wurden oder werden (in Gegenwart oder Zukunft) der belgischen Finanzdienstleistungsaufsichtsbehörde zur Billigung bzw. Anerkennung eingereicht. Dementsprechend dürfen die Angebote in Belgien nicht im Wege eines öffentlichen Angebots im Sinne von Artikel 3 des belgischen Gesetzes vom 1. April 2007 über öffentliche Übernahmeangebote in jeweils geltender Fassung durchgeführt werden. Daher darf für die Angebote in Belgien keine Werbung erfolgen, und die Angebote werden direkt oder indirekt nur

Personen unterbreitet und diese Angebotsunterlage oder andere Dokumente oder Unterlagen in Verbindung mit den Angeboten (einschließlich Memoranden, Informationsrundschriften, Broschüren oder vergleichbarer Dokumente) wurden und werden direkt oder indirekt nur an Personen verteilt oder übermittelt, bei denen es sich um „qualifizierte Anleger“ im Sinne von Artikel 10 des belgischen Gesetzes vom 16. Juni 2006 über öffentliche Angebote von Anlageinstrumenten und die Zulassung von Anlageinstrumenten zum Handel an geregelten Märkten (in der jeweils geltenden Fassung) handelt.

Italien

Weder die Angebote noch diese Angebotsunterlage oder sonstige Dokumente oder Unterlagen, die sich auf die Angebote beziehen, wurden oder werden der italienischen Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde Commissione Nazionale per le Società e la Borsa („**CONSOB**“) zur Genehmigung eingereicht.

In der Italienischen Republik werden die Angebote als befreite Angebote gemäß Artikel 101-bis, Absatz 3-bis der Gesetzesverordnung Nr. 58 vom 24. Februar 1998 in geltender Fassung („**italienisches Finanzdienstleistungsgesetz**“) und Artikel 35-bis, Absatz 4 der CONSOB-Verordnung Nr. 11971 vom 14. Mai 1999 durchgeführt.

Gläubiger bzw. wirtschaftlich Berechtigte der Schuldtitel können ihre Schuldtitel im Rahmen der Angebote ganz oder teilweise durch einen dazu ermächtigten Dritten (wie beispielsweise Investmentfirmen, Banken oder Finanzvermittlern, die zur Verfolgung derartiger Aktivitäten in Italien gemäß dem italienischen Finanzdienstleistungsgesetz, CONSOB-Verordnung Nr. 16190 vom 29. Oktober 2007 in der jeweils geltenden Fassung sowie der Gesetzesverordnung Nr. 385 vom 1. September 1993 in geltender Fassung ermächtigt sind) sowie nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze und Verordnungen und den von der CONSOB oder einer sonstigen italienischen Behörde auferlegten Vorgaben anbieten.

Jeder Finanzintermediär hat die geltenden Gesetze und Verordnungen im Hinblick auf die Informationspflichten gegenüber seinen Kunden im Zusammenhang mit den Schuldtiteln oder den Angeboten einzuhalten.

Vereinigte Staaten

Jeder Gläubiger in den Vereinigten Staaten, der an den Angeboten teilnimmt, muss einen *QIB Representation Letter* nach dem dieser Angebotsunterlage beigefügten Anhang J abgeben.

Jede Person, die eines der Angebote durch Lieferung dieser Angebotsunterlage und, soweit anwendbar, (i) Zahlungen einschließlich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises unter dem Barangebot erhält oder (ii) Neue Schuldtitel (einschließlich, soweit anwendbar, due Nullkupon-Anleihen-Garantie) und den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis annimmt, akzeptiert, wird behandelt als habe sie zugesichert, anerkannt und zur Kenntnis genommen, dass:

1. er bzw. ein Dritter, auf dessen Rechnung er die Mittel erwirbt und hinsichtlich derer er alleinige Dispositionsbefugnis ausübt, (A) ein QIB ist, der auch ein QP ist, und davon in Kenntnis gesetzt ist, dass die Lieferung entsprechender Mittel und des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises an ihn eine Transaktion ist, die von einer Registrierung unter dem Securities Act ausgenommen ist; oder (B) es sich dabei um einen Erwerber außerhalb der Vereinigten Staaten handelt, der keine US-Person ist; und
2. der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und andere sich auf die Wahrheit und Richtigkeit der vorangegangenen Kenntnisaufnahmen, Zusicherungen und Zustimmungen verlassen werden und stimmen zu, dass er, sollte sich herausstellen, dass eine dieser

Kenntnisnahmen, Zusicherungen und Zustimmungen nicht länger zutreffend sind, den Angebotsleger und den Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber darüber unverzüglich benachrichtigen wird. Sollte er die Annahme der Angebote als Treuhänder oder Vertreter eines oder mehrerer Investoren, die QIBs und auch QPs sind, erklären, sichert er zu, dass er das alleinige Investitionsermessen dieser Personen hat und die Vertretungsmacht, um die vorgenannten Kenntnisnahmen, Zusicherungen und Zustimmungen abzugeben.

Jeder Investor der Neuen Schuldtitel der Nullkupon-Anleihen-Garantie und des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises nimmt zur Kenntnis und stimmt zu, dass:

1. die Neuen Schuldtitel, die Nullkupon-Anleihen-Garantie und der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis nicht unter dem Securities Act registriert wurden und auch nicht werden und nicht in den Vereinigten Staaten angeboten oder verkauft werden dürfen ohne entsprechender Registrierung oder Befreiung von der Registrierungspflicht unter dem Securities Act.
2. falls ein wirtschaftlicher Eigentümer Neuer Schuldtitel oder des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises, der über einen QIB-Status verfügen muss und zugleich ein QP ist, zu irgendeinem Zeitpunkt nicht mehr über den QIB-Status verfügt und zugleich ein QP ist, der Angebotsleger (i) von diesem wirtschaftlich Berechtigten verlangen kann, seine Neuen Schuldtitel im Wege einer Offshore-Transaktion im Sinne von Regulation S des Securities Act an jemanden zu veräußern, der keine US-Person ist, oder an jemanden, der sowohl über QIB- als auch QP-Status verfügt und der in jedem Fall ansonsten zum Erwerb solcher Neuer Schuldtitel und des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises im Rahmen eines Rechtsgeschäfts berechtigt ist, das von den Registrierungspflichten nach dem Securities Act befreit ist, oder (ii) von dem wirtschaftlich Berechtigten verlangen kann, die betreffenden Neuen Schuldtitel und den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis an den Angebotsleger oder an eines seiner verbundenen Unternehmen zu einem Preis zu verkaufen, der entweder (x) dem vom wirtschaftlich Berechtigten für die Neuen Schuldtitel und den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gezahlten Kaufpreis oder (y) 100 Prozent des Nennbetrags davon oder (z) dem Marktwert dieser Neuen Schuldtitel und des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises entspricht, je nachdem, welcher Betrag geringer ist. Der Angebotsleger ist berechtigt, die Übertragung von Neuen Schuldtiteln und des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises auf Personen, die nicht gleichzeitig über QIB- und QP-Status verfügen, zu verweigern.
3. falls er ein Erwerber ist (außer einem Erwerber außerhalb der Vereinigten Staaten) und falls er die Neuen Schuldtitel oder den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis innerhalb der in Rule 144(d) des *Securities Act* bestimmten Frist für eine solche Übertragung weiterveräußert oder anderweitig überträgt, dies nur gegenüber dem folgenden Personenkreis geschieht: (a) (i) dem Angebotsleger; (ii) einem QIB, der auch ein QP ist; (iii) außerhalb der Vereinigten Staaten an Nicht-US-Personen nach Maßgabe von Rule 904 der *Regulation S* des *Securities Act* sowie (iv) im Rahmen von Transaktionen, die andernfalls von den Registrierungspflichten des *Securities Act* ausgenommen sind; oder (b) nach Maßgabe eines wirksamen Registration Statement nach dem *Securities Act*, und in jedem Fall in Übereinstimmung mit den geltenden Wertpapiergesetzen aller Einzelstaaten der Vereinigten Staaten;
4. jede veräußerte Nullkupon-Anleihe den folgenden Hinweis enthält, soweit der Angebotsleger und der betreffende Inhaber keine abweichende Vereinbarung treffen (es sei denn, dass die maßgebliche Nullkupon-Anleihe nach Maßgabe eines gemäß dem *Securities Act* als wirksam erklärten Registration Statement veräußert wird):

DIESE ANLEIHE UND DIE DIESBEZÜGLICHEN GARANTIEEN WURDEN NICHT NACH DEM *UNITED STATES SECURITIES ACT* VON 1933 (DER „**SECURITIES ACT**“) REGISTRIERT; DAHER DARF DIESE ANLEIHE NUR NACH MASSGABE DER

FOLGENDEN BESTIMMUNG ANGEBOTEN ODER VERÄUSSERT WERDEN. MIT ERWERB DIESER ANLEIHE SICHERT DER INHABER ZU, DASS (1) ER EIN „QUALIFIED INSTITUTIONAL BUYER“ („QIB“) (IM SINNE VON RULE 144A DES *SECURITIES ACT*) IST, DER ZUGLEICH EIN „QUALIFIED PURCHASER“ („QP“) IM SINNE VON SECTION 2(a)(51)(A) DES *US INVESTMENT COMPANY ACT* VON 1940 (DER „*INVESTMENT COMPANY ACT*“) IST BZW. DASS ER DIESE ANLEIHE (2) IM RAHMEN EINER OFFSHORE-TRANSAKTION GEMÄSS *REGULATION S* DES *SECURITIES ACT* BZW. (3) IM RAHMEN EINER TRANSAKTION, DIE ANDERNFALLS VON DEN REGISTRIERUNGSPFLICHTEN DES *SECURITIES ACT* AUSGENOMMEN IST, ERWIRBT.

DER INHABER ERKLÄRT, DASS ER (1) KEIN BROKER-DEALER IST, DER IM RAHMEN DISKRETIONÄRER MANDATE WENIGER ALS USD 25.000.000 IN WERTPAPIEREN UNVERBUNDENER EMITTENTEN HÄLT ODER INVESTIERT, (2) KEIN TEILNEHMERGERICHTETER ALTERSVORSORGEPLAN (*PARTICIPANT-DIRECTED EMPLOYEE PLAN*) IST, WIE BEISPIELSWEISE EIN 401(k) PLAN, (3) DIE ANLEIHE ENTWEDER FÜR EIGENE RECHNUNG ODER FÜR RECHNUNG DRITTER, DIE EBENFALLS ÜBER QIB- UND QP-STATUS VERFÜGEN, HÄLT; (4) NICHT ZUM ZWECK DER INVESTITION IN DIE ANLEIHEN ODER DIE EMITTENTIN EINGERICHTET WURDE UND (5) SPÄTERE ÜBERTRAGUNGSEMPFÄNGER VON DEN GENANNTEN ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN IN KENNTNIS SETZT. ÜBERTRAGUNGEN, DIE GEGEN DIE VORSTEHENDEN BESTIMMUNGEN VERSTOSSEN, ENTFALTEN KEINE WIRKSAMKEIT, SONDERN SIND VON ANFANG AN NICHTIG UND ÜBERTRAGEN KEINE RECHTE AUF DEN ÜBERTRAGUNGSEMPFÄNGER, UNGEACHTET ALLFÄLLIGER GEGENTEILIGER WEISUNGEN AN DIE EMITTENTIN DIESER ANLEIHE, DEN TREUHÄNDER ODER EINEN INTERMEDIÄR. ES KÖNNEN KEINERLEI ZUSICHERUNGEN GEMACHT WERDEN, OB FÜR DEN WEITERVERKAUF DIESER ANLEIHE AUSNAHMEREGLUNGEN NACH DEM *SECURITIES ACT* BESTEHEN.

DER INHABER ERKLÄRT, DASS ER (1) INNERHALB DER IN RULE 144(D) DES *SECURITIES ACT* GENANNTEN FRIST, DIE FÜR DERARTIGE ÜBERTRAGUNGEN GILT, DIESE ANLEIHE WEDER WEITERVERÄUSSERN NOCH AUF SONSTIGE WEISE ÜBERTRAGEN WIRD, AUSSER (A) (I) AN DEN KÄRNTNER AUSGLEICHSAHLUNGSFONDS, (II) EINEN QIB, DER ZUGLEICH EIN QP IST, ODER (III) AUSSERHALB DER VEREINIGTEN STAATEN IM RAHMEN EINER OFFSHORE-TRANSAKTION AN NICHT-US-PERSONEN NACH MASSGABE VON RULE 904 DER *REGULATION S* DES *SECURITIES ACT*, (IV) IM RAHMEN EINER TRANSAKTION, DIE ANSONSTEN VON DEN REGISTRIERUNGSPFLICHTEN DES *SECURITIES ACT* BEFREIT IST, ODER (B) GEMÄSS EINES WIRKSAMEN REGISTRATION STATEMENT NACH DEM *SECURITIES ACT*, IN JEDEM FALL IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN GELTENDEN EINZELSTAATLICHEN WERTPAPIERGESETZEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN, UND (2) DASS ER DIESEN HINWEIS INHALTLICH IM WESENTLICHEN AN JEDE PERSON WEITERGIBT, AUF DIE DIESE ANLEIHE ÜBERTRAGEN WIRD. IM ZUSAMMENHANG MIT DER ÜBERTRAGUNG DIESER ANLEIHE INNERHALB DER O.G. FRIST HAT DER INHABER DAS ENTSPRECHENDE KÄSTCHEN AUF DER RÜCKSEITE DIESES DOKUMENTS FÜR DIE ART DER ÜBERTRAGUNG ZU MARKIEREN UND DIESE BESCHEINIGUNG DEM TREUHÄNDER EINZUREICHEN. IN DIESEM DOKUMENT HABEN DIE BEGRIFFE „OFFSHORE TRANSACTION“ (OFFSHORE-TRANSAKTION) UND „UNITED STATES“ (VEREINIGTE STAATEN) DIE IHNEN IN *REGULATION S* DES *SECURITIES ACT* ZUGEWIESENE BEDEUTUNG. DER TRUST DEED ENTHÄLT EINE BESTIMMUNG, WONACH DER TREUHÄNDER VERPFLICHTET IST, DIE REGISTRIERUNG EINER ÜBERTRAGUNG DIESER ANLEIHE ABZULEHNEN, FALLS GEGEN DIE O.G. EINSCHRÄNKUNGEN VERSTOSSEN WURDE.

DER DIESBEZÜGLICHE WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTE ERKENNT HIERMIT AN, DASS, FALLS ER WÄHREND DES ZEITRAUMS, AN DEM ER ÜBER ANSPRÜCHE AN DIESER ANLEIHE VERFÜGT, KEIN QIB UND ZUGLEICH EIN QP IST, DIE EMITTENTIN VON IHM VERLANGEN KANN, (A) DASS ER SEINE ANSPRÜCHE AN DIESER

ANLEIHE AN JEMANDEN VERÄUSSERT, (1) DER ZEITGLEICH ÜBER QIB- UND QP-STATUS VERFÜGT UND DER AUCH ANSONSTEN ZUM ERWERB DIESER ANLEIHE IM RAHMEN EINER TRANSAKTION BERECHTIGT IST, DIE VON DEN REGISTRIERUNGSPFLICHTEN NACH DEM *SECURITIES ACT* BEFREIT IST, ODER (2) IM RAHMEN EINER OFFSHORE-TRANSAKTION AN JEMANDEN, DER NACH RULE 903 BZW. 904 DER *REGULATION S* KEINE US-PERSON IST, ODER (B) VOM WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTEN VERLANGEN KANN, SEINE ANSPRÜCHE AN DIESER ANLEIHE AN DIE EMITTENTIN ODER EIN VERBUNDENES UNTERNEHMEN DER EMITTENTIN ZU VERÄUSSERN ODER SEINE ANSPRÜCHE AN DIESER ANLEIHE AUF EINEN VON DER EMITTENTIN BEZEICHNETEN ODER DER EMITTENTIN ANNEHMBAREN DRITTEN ZU ÜBERTRAGEN, UND ZWAR ZU EINEM PREIS, DER ENTWEDER (X) DEM VOM WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTEN FÜR DIE ANLEIHE GEZAHLTEN KAUFPREIS ODER (Y) 100 PROZENT DES NENNBETRAGS DIESER ANLEIHE ODER (Z) DEM MARKTWERT DER ANLEIHE ENTSPRICHT, JE NACHDEM, WELCHER BETRAG GERINGER IST. DIE EMITTENTIN IST BERECHTIGT, DIE ÜBERTRAGUNG VON ANSPRÜCHEN AN DIESER ANLEIHE AUF PERSONEN, DIE NICHT GLEICHZEITIG ÜBER QIB- UND QP-STATUS VERFÜGEN, ZU VERWEIGERN. DIE EMITTENTIN VERFÜGT ÜBER KEINE REGISTRIERUNG NACH DEM *INVESTMENT COMPANY ACT* UND WIRD AUCH KÜNFTIG NICHT SOLCHERMASSEN REGISTRIERT SEIN.

DIE EMITTENTIN KANN VOM WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTEN IN DIESEM ZUSAMMENHANG IN REGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN EINE BESTÄTIGUNG VERLANGEN, DASS ER ZEITGLEICH ÜBER QIB- UND QP-STATUS VERFÜGT.

DURCH DIE ANNAHME DIESER ANLEIHE (BZW. DER DURCH DIESE ANLEIHE VERKÖRPERTEN ANSPRÜCHE) SICHERT JEDER WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTE DIESER ANLEIHE SOWIE JEDER TREUHÄNDER, DER FÜR DEN WIRTSCHAFTLICH BERECHTIGTEN HANDELT (BEIDE JEWEILS ALS NATÜRLICHE BZW. JURISTISCHE PERSONEN HANDELND), ZU, GEWÄHRLEISTET UND ERKLÄRT, DASS ER WÄHREND DER GESAMTEN DAUER DES BESTEHENS VON ANSPRÜCHEN AN DIESER ANLEIHE (1) (A) KEINEN ARBEITNEHMERVERGÜNSTIGUNGSPLAN (NACH SECTION (3)(3) DES *EMPLOYMENT RETIREMENT INCOME SECURITY ACT* VON 1974 IN DER JEWEILS GELTENDEN FASSUNG („ERISA“)) DARSTELLT UND NICHT IM NAMEN EINES SOLCHEN HANDELT (SOLANGE ER DIESE ANLEIHE (BZW. DIESBEZÜGLICHE ANSPRÜCHE) HÄLT), VORBEHALTLICH DER VORSCHRIFTEN IN PART 4 VON SUBTITLE B VON TITLE I ERISA, ODER EINEN PLAN, AUF DEN SECTION 4975 DES U.S. *INTERNAL REVENUE CODE* VON 1986 IN GELTENDER FASSUNG („CODE“) ANWENDUNG FINDET, ODER EINEN RECHTSTRÄGER, DESSEN VERMÖGENSWERTE AUCH „PLAN ASSETS“ GEMÄSS SECTION 3(42) ERISA, 29 C.F.R. SECTION 2510.3-101 UMFASSEN, ODER AUFGRUND DER INVESTITIONEN EINES SOLCHEN ARBEITNEHMERVERGÜNSTIGUNGSPLANS ODER EINES SONSTIGEN PLANS IN EINEN SOLCHEN RECHTSTRÄGER (JEWEILS EIN „BENEFIT PLAN INVESTOR“) ODER EINES STAATLICHEN, KIRCHLICHEN ODER NON-US-PLANS, DER BUNDES-, EINZELSTAATLICHEN BZW. KOMMUNALEN GESETZEN ODER AUSLÄNDISCHEM RECHT UNTERLIEGT, DIE BZW. DAS WEITGEHEND DEN TREUHÄNDERISCHEN PFLICHTEN UND/ODER DEN BESTIMMUNGEN ZU UNZULÄSSIGEN TRANSAKTIONEN NACH ERISA UND/ODER SECTION 4975 DES CODE („ENTSPRECHENDE VORSCHRIFTEN“) UND/ODER GESETZEN UND VERORDNUNGEN ENTSPRECHEN BZW. ENTSPRICHT, WONACH DIE VERMÖGENSWERTE DER EMITTENTIN ALS „PLAN ASSETS“ EINES SOLCHEN PLANS GEMÄSS SECTION 3 (42) ERISA, 29 C.F.R. SECTION 2510.3-101 ODER SONSTIGEN VORSCHRIFTEN ENTHALTEND ANGESEHEN WERDEN KÖNNTEN (DIE ZUM ERWERB ODER HALTEN SOLCHER ANLEIHEN BZW. DER DIESBEZÜGLICHEN

ANSPRÜCHE EINGESETZTEN VERMÖGENSWERTE STELLEN KEINE VERMÖGENSWERTE EINES BENEFIT PLAN INVESTORS ODER EINES SOLCHEN STAATLICHEN, KIRCHLICHEN ODER NICHT-US-PLANS DAR), UMFASSEN, SOWIE (B), DASS ER AUCH NICHT IM NAMEN EINES STAATLICHEN, KIRCHLICHEN ODER NICHT-US-PLANS HANDELT ODER EIN SOLCHER RECHTSTRÄGER IST UND DASS EIN SOLCHER ERWERB KEINEN AUSGENOMMENEN VERSTOSS GEGEN ENTSPRECHENDE VORSCHRIFTEN DARSTELLT ODER DARSTELLEN WIRD UND NICHT ZUR FOLGE HAT, DASS DIE EMITTENTIN EINZIG INFOLGE DER INVESTITION EINES SOLCHEN PLANS IN DIE EMITTENTIN DEN FÜR DEN PLAN GELTENDEN GESETZEN UND VERORDNUNGEN UNTERLIEGT; UND (2) DASS ER DIESE ANLEIHE ODER DIESBEZÜGLICHE ANSPRÜCHE NICHT VERÄUSSERT ODER ANDERWEITIG AN EINEN ERWERBER ODER SONSTIGEN ÜBERTRAGUNGSEMPFÄNGER ÜBERTRÄGT, DER NICHT GLEICHARTIGE ZUSICHERUNGEN, GEWÄHRLEISTUNGEN UND VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNGEN IN BEZUG AUF DEN ERWERB UND DAS HALTEN VON SOWIE DIE VERFÜGUNG ÜBER DIESE ANLEIHE ABGEGEBEN HAT. ERWERBE DIESER ANLEIHE BZW. DER DIESBEZÜGLICHEN ANSPRÜCHE DURCH ODER ÜBERTRAGUNGEN DIESER ANLEIHE BZW. DER DIESBEZÜGLICHEN ANSPRÜCHE AN EINEN BENEFIT PLAN INVESTOR, DIE GEGEN DIESE REGELUNGEN VERSTOSSEN, ENTFALTEN KEINE WIRKSAMKEIT; WEDER DIE EMITTENTIN NOCH DER TREUHÄNDER ERKENNEN EINEN SOLCHEN ERWERB ODER EINE SOLCHE ÜBERTRAGUNG AN. SOFERN DIE EMITTENTIN FESTSTELLT, DASS EIN BENEFIT PLAN INVESTOR DIESE ANLEIHE HÄLT, KANN DIE EMITTENTIN DEN VERKAUF ODER DIE ÜBERTRAGUNG AUF DIE IN DER ANGEBOTSUNTERLAGE BESCHRIEBENE WEISE HERBEIFÜHREN.

5. dass der Angebotsleger, der Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber und Dritte sich auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Kenntnisaufnahmen, Zusicherungen und Zustimmungen stützen werden, und erklärt, dass, falls Kenntnisaufnahmen, Zusicherungen oder Zustimmungen, die bei seinem Erwerb der Neuen Schuldtitel und des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erfolgten, nicht mehr zutreffen, er den Angebotsleger sowie den Nullkupon-Anleihen-Garantiegeber davon umgehend in Kenntnis setzen wird. Erwirbt er Neue Schuldtitel und den bedingten Zusätzlichen Kaufpreis treuhänderisch oder stellvertretend für Rechnung eines oder mehrerer Anleger, bei denen es sich zugleich um QIBs und QPs handelt, sichert er hiermit zu, dass er im Hinblick auf jeden dieser Anleger die alleinige Dispositionsbefugnis besitzt und vollumfänglich befugt ist, die vorstehenden Kenntnisaufnahmen, Zusicherungen und Zustimmungen abzugeben.

Australien

Kein in Zusammenhang mit den Neuen Schuldtitel erstellter Prospekt oder erstelltes anderes Informationsdokument (im Sinne des australischen *Corporations Act*) wurde oder wird bei der Australian Securities and Investments Commission („ASIC“) eingereicht. Die Nullkupon-Anleihen dürfen nicht (weder mittelbar noch unmittelbar) zur Begebung angeboten werden und es dürfen auch keine Aufforderungen zur Begebung oder Zeichnung der Neuen Schuldtitel in, nach oder aus Australien abgegeben werden (einschließlich eines Angebots oder einer Aufforderung, das bzw. die von einer Person in Australien erhalten wird), und keine Angebotsunterlage noch Werbe- oder sonstiges Angebotsmaterial bezüglich der Neuen Schuldtitel darf in Australien verteilt oder veröffentlicht werden, es sei denn, (i) die von jedem Angebotsempfänger oder Aufgeforderten zu zahlende Gegenleistung beträgt insgesamt mindestens AUD 500.000 (oder den Gegenwert in einer anderen Währung, wobei durch den Angebotsleger oder seine assoziierten Unternehmen geliehene Gelder unberücksichtigt bleiben) oder das Angebot oder die Aufforderung muss

ansonsten nicht gegenüber Anlegern gemäß Parts 6D.2 oder 7.9 des australischen *Corporations Act* offengelegt werden, (ii) das Angebot oder die Aufforderung stellt kein Angebot an einen Privatkunden (*retail client*) im Sinne von Section 761G des australischen *Corporations Act* dar, (iii) eine solche Maßnahme steht im Einklang mit allen anwendbaren Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien und (iv) eine solche Maßnahme erfordert nicht die Einreichung von Dokumenten bei der ASIC.

Kanada

Diese Angebotsunterlage stellt keinen Prospekt, keine Kommunikation und kein öffentliches Angebot im Zusammenhang mit den in dieser Angebotsunterlage beschriebenen Wertpapieren in einer der Provinzen oder Territorien Kanadas dar und darf auch unter keinen Umständen als ein solcher bzw. eine solche bzw. ein solches verstanden werden. Keine Wertpapieraufsichtsbehörde oder ähnliche Behörde in Kanada hat diese Angebotsunterlage überprüft, eine Entscheidung darüber erlassen oder eine Beurteilung der in dieser Angebotsunterlage beschriebenen Wertpapiere abgegeben. Jede gegenteilige Behauptung stellt eine strafbewehrte Handlung dar.

Japan

Die Neuen Schuldtitel sind und werden nicht nach dem japanischen *Financial Instruments and Exchange Law* (Gesetz Nr. 25 aus dem Jahr 1948 in der jeweils geltenden Fassung) registriert. Die Neuen Schuldtitel werden nicht und dürfen nicht (weder mittelbar noch unmittelbar) im Hoheitsgebiet von Japan oder an eine in Japan ansässige Person (dieser Begriff umfasst auch nach japanischem Recht errichtete Körperschaften oder Rechtsträger) zum Verkauf angeboten werden und dürfen im Hoheitsgebiet von Japan auch keinem Rechtsträger (weder mittelbar noch unmittelbar) für die Zwecke eines erneuten Angebots oder Weiterverkaufs und keiner in Japan ansässigen Person angeboten werden, es sei denn, dies erfolgt im Rahmen einer Befreiung von den Registrierungspflichten nach dem *Financial Instruments and Exchange Law* oder ansonsten in Übereinstimmung mit diesem Gesetz oder anderen anwendbaren Gesetzen und Rechtsvorschriften Japans.

Allgemeines

Die Verbreitung dieser Angebotsunterlage kann in bestimmten Rechtsordnungen durch Rechtsvorschriften eingeschränkt sein. Personen, die in den Besitz dieser Angebotsunterlage gelangen, werden vom Angebotsleger, den Offer Agents, den Agenten der Nullkupon-Anleihen und dem Tender Agent angehalten, sich selbst über derartige Beschränkungen zu informieren und diese zu beachten.

Weder diese Angebotsunterlage noch deren elektronische Übermittlung stellen ein Angebot zum Erwerb und/oder Tausch von Schuldtiteln dar, wann immer ein solches Angebot rechtlich unzulässig wäre. Insoweit werden Angebote von Schuldtiteln im Rahmen der Angebote von den Gläubigern nicht angenommen. In Rechtsordnungen, in denen die Wertpapiergesetze, die sogenannten Blue Sky Laws (Kapitalmarktgesetze zum Schutz der Anleger) oder sonstige Gesetze verlangen, dass ein Angebot durch einen zugelassenen Börsenmakler oder -händler zu erfolgen hat, und einer der Offer Agents oder eines seiner verbundenen Unternehmen ein solcher zugelassener Börsenmakler oder -händler in der entsprechenden Rechtsordnung ist, gilt dieses Angebot als durch diesen Offer Agent bzw. dessen verbundenes Unternehmen im Namen des Angebotslegers in dieser Rechtsordnung unterbreitet.

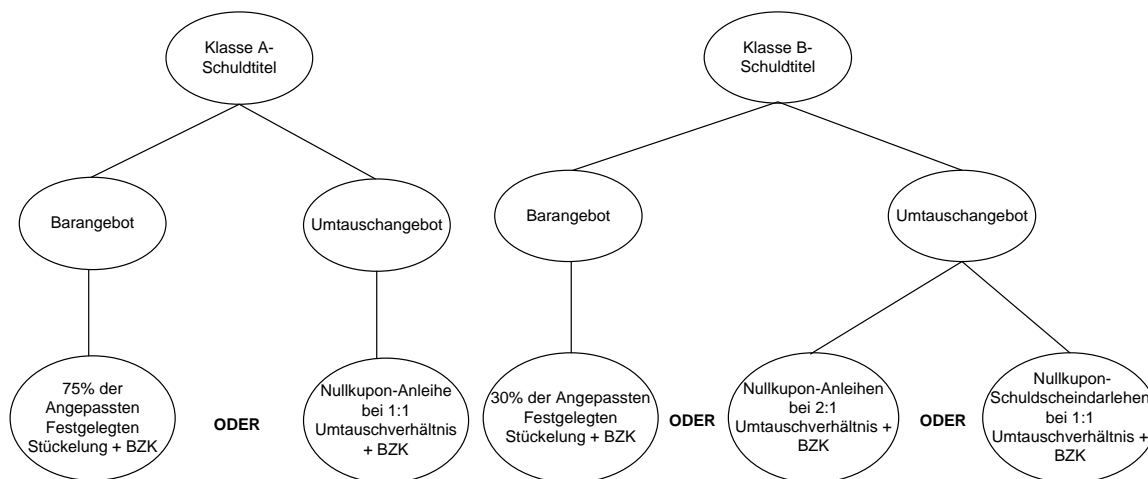
FRAGEN UND ANTWORTEN („Q&A“)

Allgemeine Fragen zu den Angeboten

Was sind die Angebote?

Der Angebotsleger unterbreitet ein Angebot, nach Wahl des Annehmenden Gläubigers (i) im Rahmen des Barangebots alle in Anhang A genannten Schuldtitel zum Klasse A-Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zuzüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises sowie alle in Anhang B genannten Schuldtitel zum Klasse B-Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zuzüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zu erwerben oder (ii) im Rahmen des Umtauschangebots (a) alle in Anhang A genannten Schuldtitel zum Klasse A-Umtauschverhältnis zuzüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises in die Nullkupon-Anleihen und (b) alle in Anhang B genannten Schuldtitel zum maßgeblichen Klasse B-Umtauschverhältnis zuzüglich des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises nach Wahl des Annehmenden Gläubigers in Nullkupon-Anleihen oder in Nullkupon-Schuldscheindarlehen umzutauschen.

Die folgende grafische Darstellung bietet eine visuelle Beschreibung der Angebote im Hinblick auf die maßgebliche Klasse des Schuldtitels:



Im Hinblick auf jede von einem Annehmenden Gläubiger gehaltene Serie von Schuldtiteln hat dieser Annehmende Gläubiger lediglich die Wahlmöglichkeit, entweder das Barangebot oder das Umtauschangebot anzunehmen, und kann nicht einen Teil dieser Serie im Rahmen des Barangebots und einen anderen Teil im Rahmen des Umtauschangebots einreichen. Die Entscheidung, Klasse B-Schuldtitel entweder in Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen zum maßgeblichen Umtauschverhältnis umzutauschen, kann nur in Bezug auf die jeweilige im Umtauschangebot eingereichte Serie von Klasse B-Schuldtiteln getroffen werden. Innerhalb einer Serie von Schuldtiteln können Gläubiger nicht wählen sowohl Nullkupon-Anleihen als auch Nullkupon-Schuldscheindarlehen zu erhalten.

Welche Wertpapiere sind Gegenstand der Angebote?

Die Schuldtitel, welche Gegenstand der Angebote sind, sind von der HETA ausgegebene vorrangige und nachrangige Schuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheine und Pfandbriefbank-Ansprüche, für die eine gesetzliche Ausfallsbürgschaft des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger als Ausfallsbürgen angeordnet ist. Eine vollständige Liste aller Schuldtitel ist in Anhang A bzw. Anhang B enthalten.

Wie lange werden die Angebote gelten?

Die Angebote beginnen am 6. September 2016 und enden am 7. Oktober 2016 um 17:00 Uhr MEZ.

Kann der Angebotszeitraum über den 7. Oktober 2016 hinaus verlängert werden?

Nein. Der Angebotszeitraum darf nicht kürzer oder länger als der in dieser Angebotsunterlage angegebene Zeitraum sein.

Kann der Angebotspreis von dem Angebotsleger während des Angebotszeitraums erhöht werden?

Nein. Der Angebotspreis ist der in dieser Angebotsunterlage angegebene Preis, und der Angebotsleger verfügt nur über die Möglichkeit zur Finanzierung dieses aktuellen Angebotspreises. Eine Finanzierung für einen höheren Angebotspreis steht dem Angebotsleger nicht zur Verfügung.

Was ist der Grund für die Angebote?

Die Angebote werden abgegeben, um die gesetzliche Haftung der Ausfallsbürgen zu begrenzen und Ansprüche der Gläubiger der HETA zu befriedigen, um eine geordnete Abwicklung der HETA zu ermöglichen, eine erhebliche Störung im Wirtschaftsleben Österreichs zu verhindern, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zu bewahren und die österreichische Volkswirtschaft zu schützen.

Was passiert, wenn ich die Angebote annehme?

Gläubiger, die die Angebote annehmen, erhalten nach ihrer Wahl entweder vorab einen Barbetrag oder (ii) Neue Schuldtitel, wobei in jedem Fall anteilig die erwarteten Erlöse aus der Abwicklung der HETA (d. h. die HETA-Kompensationszahlung), welche für bestimmte Schuldtitel EUR 0 (null) beträgt, zuzüglich der angebotenen Freiwilligen Prämie, und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger (d. h. die Ausgleichszahlung) angemessen berücksichtigt werden. Übersteigt der von dem Angebotsleger vereinnahmte Verwertungserlös der HETA (i) den maßgeblichen Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung oder (ii) den maßgeblichen Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung, wird den Annehmenden Gläubigern die Differenz über den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels ausgezahlt. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Kaufpreises oder (y) des Umtauschwertes und (z) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null. Das Risiko, dass die Erlöse aus der Abwicklung der HETA geringer ausfallen als die HETA-Kompensationszahlung, wird gänzlich vom Angebotsleger getragen.

Nach den Erklärungen des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger übersteigt der Gesamtbetrag der Ausgleichszahlung ihre gemeinschaftliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit i. S. d. § 2a FinStaG vor Berücksichtigung der Finanzierung der Republik Österreich. Das Land Kärnten hat erklärt, dass sich die fiktive Verschuldungsfähigkeit des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger unter Außerachtlassung jener Vermögenswerte und Zahlungsströme, die dem Bestands- und Funktionsschutz unterliegen, vor Berücksichtigung der Finanzierung der Republik

Österreich auf ca. EUR 800 Mio. beläuft. Die KLH-Rechtsnachfolger haben erklärt, dass vor Berücksichtigung der Finanzierung der Republik Österreich keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit i. S. d. § 2a FinStaG besteht. Aufgrund der finanziellen Mittel, die von der Republik Österreich bereitgestellt werden, beträgt der Gesamtbetrag der vom Land Kärnten und den KLH-Rechtsnachfolgern dem Angebotsleger zur Verfügung gestellten Ausgleichszahlung EUR 1,2 Mrd.

Was geschieht, wenn ich die Angebote nicht annehme und die Angebote erfolgreich sind?

Falls die Angebote erfolgreich sind, werden Gläubiger, die die Angebote nicht angenommen haben, in ihrem Recht, vom Land Kärnten und/oder den KLH-Rechtsnachfolgern Befriedigung zu erlangen, auf einen Betrag beschränkt, welcher der maßgeblichen Ausgleichszahlung entspricht. Dies geschieht unabhängig davon, ob der Ausfall im Hinblick auf ihre Ansprüche aus den Schuldtiteln nach Einnahme der Erlöse aus der Abwicklung der HETA die maßgebliche Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Schuldtitel übersteigen oder eine zusätzliche Gläubigerbeteiligung durch die FMA angeordnet wird.

Zusätzlich kann der Angebotsleger von Gläubigern, die die Angebote nicht annehmen, verlangen, dass diese entweder (i) ein Urteil gegen das Land Kärnten und/oder die KLH-Rechtsnachfolger erwirken oder (ii) umfassende für den Angebotsleger hinreichende Verzichtserklärungen abgeben, um eine Auszahlung der Ausgleichszahlung vom Angebotsleger zu erhalten.

Was geschieht, falls die Angebote nicht erfolgreich durchgeführt werden?

Es ist davon auszugehen, dass das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger die Zahlungen aus den Ausfallsbürgschaften bei Fälligkeit nicht leisten können.

In Österreich existieren keine gesetzlichen Vorschriften über die Durchführung von Insolvenzverfahren, die ein österreichisches Bundesland zum Gegenstand haben. Ebenso gibt es in Österreich keine Präzedenzfälle zur Schuldenrestrukturierung von Bundesländern oder sonstigen teilstaatlichen Gebilden. Insofern besteht erhebliche Rechtsunsicherheit hinsichtlich der Art und Weise, wie das Land Kärnten Zahlungen an die Gläubiger in einer Situation vornehmen kann, in der der Gesamtbetrag der Zahlungsverpflichtungen des Landes Kärnten zu seiner Insolvenz führen würde. Ohne ein formelles Insolvenzverfahren wäre die Durchsetzung von Ansprüchen gegen das Land Kärnten aller Voraussicht nach kostspielig und langwierig und der Ausgang eines solchen Verfahrens wäre ungewiss. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Beschränkungen, denen die Vollstreckung von Ansprüchen nach österreichischem Recht unterliegt, wenn notwendige öffentliche Aufgaben von einem österreichischen Bundesland wahrzunehmen sind.

Wie identifiziere ich meinen Schuldtitel in Anhang A und Anhang B?

Sowohl Anhang A als auch Anhang B haben zwei Abschnitte, einen für das Barangebot und einen für das Umtauschangebot, das sich auf die Nullkupon-Anleihen bezieht. Zusätzlich enthält Anhang B einen dritten Abschnitt für das Umtauschangebot, das sich auf die Nullkupon-Schuldscheindarlehen bezieht. Die Spalten „Beschreibung des Schuldtitels“ und „ISIN / ID-Nummer“ sind in den Abschnitten A und B jeweils dieselben.

Die Informationen in den Spalten „Beschreibung des Schuldtitels“ sowie „ISIN / ID-Nummer“ beruhen auf Informationen der HETA. Die einfachste Art Ihre Schuldtitel zu identifizieren, ist die ISIN oder ID-Nummer Ihres Schuldtitels in der maßgeblichen Spalte zu suchen. Wenn Sie der Inhaber eines Schuldscheins sind und die ID-Nummer des Schuldscheins nicht kennen sollten, sollten Sie die Informationen, die in der Spalte „Beschreibung des Schuldtitels“ enthalten sind und gewisse Konditionen eines Schuldscheins darlegen, überprüfen. Bitte beachten Sie, dass einige

Schuldscheine dieselbe Beschreibung haben können, obwohl es sich um verschiedene Schuldtitel handelt. Bitte beachten Sie zudem, dass der Angebotsleger (anders als die FMA in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016) keine spezifischen Teilansprüche unter Schuldscheinen angegeben hat, sondern stattdessen lediglich den ursprünglichen Schuldschein und dessen Nennbetrag (demnach wurden Teilabtretungen eines Schuldscheins in Anhang A und Anhang B nicht berücksichtigt). Bitte beachten Sie zudem, dass der Angebotsleger bei Schuldscheinen mit wechselnden Zinssätzen (z.B. fester Zinssatz in variablen Zinssatz) lediglich den ursprünglichen Zinssatz in der Beschreibung des Schuldscheins angegeben hat.

Darüber hinaus wurde in der Spalte „Beschreibung des Schuldtitels“ in manchen Fällen eine von der FMA abweichende Beschreibung der Schuldtitel in eckigen Klammern hinzugefügt. Diese zusätzliche Information wurde in Fällen erbracht, in denen die Beschreibung der FMA entweder von der Beschreibung durch die HETA abweicht oder in denen der Angebotsleger Grund zur Annahme hat, dass die Beschreibungen der FMA nicht zutreffend sind.

Wenn Sie nicht in der Lage sind, Ihren spezifischen Schuldtitel zu identifizieren (auch unter Berücksichtigung anderer in den maßgeblichen Anhängen enthaltener Informationen, wie zum Beispiel die Gesamtnominale und aufgelaufene Zinsen pro festgelegter Stückelung, in Betracht ziehend), wenden Sie sich bitte an den Tender Agent, um Hilfe bei der Identifikation Ihres Schuldtitels zu erhalten.

War die österreichische FMA in die Erstellung der Angebote eingebunden?

Die FMA war weder in den Prozess der Vorbereitung und der Abgabe der Angebote eingebunden noch hat sie, als Abwicklungsbehörde, Details zum Abwicklungsablauf bezüglich der HETA veröffentlicht (außer in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016).

Wer bietet an, meine Schuldtitel zu erwerben und/oder umzutauschen?

Der Angebotsleger, der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, ist eine juristische Person, welche gemäß dem K-AFG, einem vom Land Kärnten am 5. November 2015 erlassenen und am 14. Juli 2016 abgeänderten Gesetz, zur Durchführung und zum Vollzug der Angebote (Durchführung einer FinStaG Maßnahme), einschließlich des Erwerbs, der Verwaltung und Verwertung der Schuldtitel und, vorbehaltlich der erfolgreichen Durchführung der Angebote, von Ansprüchen aus den eingereichten Schuldtiteln der annehmenden Gläubiger sowie zur Abwicklung der Zahlung des allfälligen bedingten zusätzlichen Kaufpreises, errichtet wurde. Der Angebotsleger ist ferner zur Begebung von Anleihen (einschließlich der Nullkupon-Anleihen), zur Abtretung von Schuldscheindarlehen (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen), zum Umtausch eingereichter Schuldtitel in neue Schuldtitel, zum Rückkauf von Nullkupon-Anleihen und zum Erwerb von durch die Republik Österreich begebenen Anleihen und Schuldscheindarlehen (einschließlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen) im Rahmen der Angebote befugt.

Sind die Angebote mit Bedingungen verbunden?

Der Angebotsleger wird eingereichte Schuldtitel im Rahmen eines Angebots zum Abwicklungstag nur erwerben und/oder umtauschen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. sowohl das Klasse A-Angebot als auch das Klasse B-Angebot wurde jeweils von zumindest einem Viertel des kumulierten Gesamtnominales aller vom maßgeblichen Klasse A-Angebot bzw. Klasse B-Angebot jeweils erfassten Schuldtitel angenommen; und
2. eine qualifizierte Mehrheit von zumindest zwei Dritteln des kumulierten Gesamtnominales aller vom Klasse A-Angebot und Klasse B-Angebot gemeinsam erfassten Schuldtitel hat die Angebote angenommen.

Wird die Annahme von mindestens 25% des Gesamtnominales der einzelnen Schuldtitel oder von mindestens 25% des kumulierten Gesamtnominales aller Schuldtitel in jeder Klasse als Bedingung für den Vollzug der Angebote erforderlich?

Der Angebotsleger hat zwei Angebote unterbreitet: ein Angebot für vorrangige Schuldtitel (in Anhang A dieser Angebotsunterlage aufgeführt) und ein zusätzliches Angebot für nachrangige Schuldtitel (in Anhang B dieser Angebotsunterlage aufgeführt). Für eine rechtsverbindliche Annahme der Angebote müssen mindestens 25% des kumulierten Gesamtnominales aller in Anhang A erfassten Schuldtitel und mindestens 25% des kumulierten Gesamtnominales aller in Anhang B erfassten Schuldtitel die Angebote annehmen. Darüber hinaus müssen mindestens 2/3 des kumulierten Gesamtnominales aller in Anhang A und B gemeinsam erfassten Schuldtitel die Angebote annehmen, damit diese rechtsverbindlich werden und einen Erwerb der Schuldtitel zur Folge haben (§ 2a Abs. 4 FinStaG).

Welche verbindlichen Zusagen zur Annahme der Angebote hat der Angebotsleger von Gläubigern erhalten?

Am 18. Mai 2016 schlossen die Republik Österreich und bestimmte Gläubiger der Schuldnerin, auf die Schuldtitel mit einem Nominalbetrag von EUR 4.938.450.000 entfallen, das unverbindliche Memorandum of Understanding ab. Dazu gehören vorrangige Gläubiger, die insgesamt EUR 4.828.550.000 halten; das entspricht 48,7 Prozent des Gesamtnominales der Klasse A-Schuldtitel. Des Weiteren zählten dazu nachrangige Gläubiger, die insgesamt EUR 109.900.000 halten; das entspricht 12,3 Prozent des Gesamtnominales der Klasse B-Schuldtitel. Die oben genannte Gesamtnominalen der Schuldtitel, bezüglich derer Gläubiger des Angebotslegers Unterstützungszusagen (Support Undertakings) abgegeben haben, und die Aufschlüsselung desselben in Klasse A-Schuldtitel und Klasse B-Schuldtitel wurde vom Angebotsleger im Vertrauen auf Angaben dieser Gläubiger bezüglich ihrer jeweiligen Inhaberschaft der Schuldtitel mit entsprechendem ausstehenden Nennbetrag errechnet. Der Angebotsleger hat diese Inhaberschaften nicht eigenständig überprüft. Durch diese Angebotsunterlage werden die nach dem Memorandum of Understanding vereinbarten Bedingungen umgesetzt und der Angebotsleger hat nach Maßgabe des Memorandums of Understanding den Gläubigern, die Partei zum Memorandum of Understanding sind, die Möglichkeit gegeben, die Transaktionsdokumente, einschließlich dieser Angebotsunterlage, welche die Angebote umsetzen, zu überprüfen und zu kommentieren.

Zum Tag dieser Angebotsunterlage hat eine substantielle Anzahl von Gläubigern der Schuldnerin den Angebotsleger und/oder die Republik Österreich darüber informiert, dass sie bereit ist, an den Angeboten teilzunehmen, u.a. durch verbindliche und unverbindliche Zusagen zur Annahme der Angebote. Der Angebotsleger erwartet daher, dass die Angebote mit den gem. § 2a FinStaG gesetzlich erforderlichen Mehrheiten angenommen werden.

Hat der Angebotsleger von den Gläubigern verbindliche Zusagen in ausreichendem Ausmaß erhalten, um den Transaktionsbedingungen zu genügen?

Nein. Jedoch hat zum Tag dieser Angebotsunterlage eine substantielle Anzahl von Gläubigern der Schuldnerin den Angebotsleger und/oder die Republik Österreich darüber informiert, dass sie bereit ist, an den Angeboten teilzunehmen, u.a. durch verbindliche und unverbindliche Zusagen zur Annahme der Angebote. Der Angebotsleger erwartet daher, dass die Angebote mit den gem. § 2a FinStaG gesetzlich erforderlichen Mehrheiten angenommen werden.

Wird der Angebotsleger von annehmenden Gläubigern eingereichte Schuldtitel auch im Fall eines Scheiterns der Angebote erwerben bzw. umtauschen?

Nein. Der Angebotsleger verfügt lediglich über eine Finanzierung, um Schuldtitel zu erwerben, wenn die Angebote von den erforderlichen Mehrheiten im Sinne von § 2a Abs. 4 FinStaG angenommen werden.

Was geschieht, wenn ich meine Schuldtitel nicht einreiche und das Angebot erfolgreich ist?

Gläubiger, die ihre Schuldtitel nicht einreichen, halten diese Schuldtitel weiterhin gemäß deren maßgeblichen Bedingungen.

Nach § 2a Abs. 5 FinStaG führt die Bekanntmachung des Eintritts der vorstehend dargelegten Transaktionsbedingungen zu den folgenden Rechtswirkungen – auch für jene Gläubiger, die die Angebote ablehnen, sowie Gläubiger, deren Tender Anweisungen unwirksam sind oder wirksam widerrufen werden:

1. Ansprüche aus den Ausfallsbürgschaften auf Zahlung von Kapital und Zinsen und allfällige sonstige unter den maßgeblichen Schuldtiteln fällige Beträge werden auf einen Betrag in Höhe der maßgeblichen Ausgleichszahlung beschränkt; und
2. eine allfällige Zwangsvollstreckung in Bezug auf die Ausfallsbürgschaften ist nur bis zur Höhe der maßgeblichen Ausgleichszahlung zulässig.

Welche Verzichtserklärungen muss ich abgeben, um die Angebote anzunehmen?

Annehmende Gläubiger sollten beachten, dass im Fall des Erwerbs und/oder Umtauschs von Eingereichten Schuldtiteln durch den Angebotsleger alle bestehenden und künftigen Haftungs- und Sicherungsansprüche, die sich auf einen Eingereichten Schuldtitel beziehen und die zwischen dem Gläubiger dieses Eingereichten Schuldtitels und den Ausfallsbürgen als haftende Rechtspersonen bestehen, am Abwicklungstag auf den Angebotsleger übergehen (Hinweis gemäß § 2a Abs. 2 Z 5 FinStaG). Ansprüche, die sich aus den Neuen Schuldtiteln, der Nullkupon-Anleihen-Garantie, der Rückkaufverpflichtung und dem Verpfändungsvertrag ergeben, bleiben von diesen Verzichtserklärungen unberührt.

Welche Risiken gehen mit den Angeboten einher?

Eine Beschreibung der Risiken im Zusammenhang mit den Angeboten ist in dem Abschnitt „*Risikofaktoren und andere Überlegungen*“ in dieser Angebotsunterlage enthalten.

Werden Gründungskosten oder laufende Verwaltungskosten den „Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis“ verringern?

Nein. Diese Kosten werden vom Land Kärnten getragen.

Wird ein potenzieller „Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis“ in einer Fremdwährung gezahlt, falls der erworbene Schuldtitel auf diese Fremdwährung lautet?

Ja. In diesem Fall ist der Angebotsleger verpflichtet, den „Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis“ in der maßgeblichen Fremdwährung zu zahlen.

Wie wird der Angebotsleger für die Schuldtitel zahlen?

Die ABBAG hat sich dazu verpflichtet, dem Angebotsleger, für die Zwecke des Barangebots, Mittel in Höhe von insgesamt bis zu ca. EUR 6,59 Mrd. für die Zahlung des Kaufpreises abzüglich der Ausgleichszahlung zur Verfügung zu stellen und das Land Kärnten hat sich dazu verpflichtet, dem Angebotsleger, im eigenen Namen und im Namen der KLH-Rechtsnachfolger, Mittel in Höhe von

insgesamt bis zu EUR 1,2 Mrd. für die Zahlung der gesamten Ausgleichzahlung zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierungszusage der ABBAG im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung erstreckt sich ferner auf die Bereitstellung von Mitteln bis zu einer Höhe von EUR 9,28 Mrd. zur Finanzierung (a) von Rückkäufen der Nullkupon-Anleihen zum Rückkaufpreis, (b) des Endgültigen Rückzahlungsbetrags und (c) der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich, die der Angebotsleger an die Annehmenden Gläubiger von Klasse B-Schuldtiteln, die sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, abgetreten werden.

Als Sicherheit für die Finanzierung des Barangebots und der Ausreichung der Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Republik Österreich sind alle Eingereichten Schuldtitel, die der Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erwirbt oder die er in Nullkupon-Schuldscheindarlehen im Rahmen des Umtauschangebots umtauscht, Sicherungsgut unter einem erstrangigen Pfandrecht, das ausschließlich zugunsten der ABBAG gewährt wird. Als Sicherheit für die Finanzierung allfälliger Zahlungsverpflichtungen des Angebotslegers aus den Nullkupon-Anleihen wird der ABBAG ein erstrangiges Pfandrecht an allen Eingereichten Schuldtiteln, die in Nullkupon-Anleihen umgetauscht wurden, an dem Wertpapierdepot, auf welchem die entsprechenden Schuldtitel verwahrt werden, und an den entsprechenden Verrechnungskonten (sowie an von der Republik Österreich begebenen und vom Angebotsleger erworbenen Anleihen) und an Ansprüchen des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung gewährt, welches mit einem dem Sicherheitentreuhänder zu seinen Gunsten und zugunsten der Inhaber der Nullkupon-Anleihen gewährten erstrangigen Pfandrecht gleichrangig ist. Gemäß den Bestimmungen des Verpfändungsvertrags ist die ABBAG erst nach der vollständigen Erfüllung aller besicherten Verbindlichkeiten gegenüber dem Sicherheitentreuhänder zur Verwertung ihres Pfandrechts berechtigt. Falls Gläubiger von Nullkupon-Anleihen zum Erhalt eines Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises berechtigt sind, wird das zugunsten der ABBAG und des Sicherheitentreuhänders begründete Pfandrecht zu seinen eigenen Gunsten und zugunsten der Gläubiger der maßgeblichen Nullkupon-Anleihen von der ABBAG und dem Sicherheitentreuhänder freigegeben, soweit dies für die Bedienung dieses Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises erforderlich ist.

Die Finanzierungsvereinbarung unterliegt folgenden Rechten zur Kündigung und Vollstreckung: unzulässige Verwendung der Mittel durch den Angebotsleger, Nichtzahlung fälliger Beträge an die ABBAG, Verstoß des Angebotslegers gegen wesentliche Pflichten unter der Finanzierungsvereinbarung, die nicht innerhalb einer Frist von zehn (10) Bankarbeitstagen geheilt sind, Aufhebung oder Änderung des K-AFG ohne die Zustimmung der Republik Österreich, das Vorliegen eines Kündigungsgrunds unter den Konditionen und Bedingungen der Neuen Schuldtitel, Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über den Angebotsleger, die FMA als Abwicklungsbehörde ergreift Abwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Schuldnerin, die den Erwerb und/oder Umtausch Eingereichter Schuldtitel durch den Angebotsleger unterbinden würden, der Österreichische Verfassungsgerichtshof hebt § 2a FinStaG (bis zur Rechtswirksamkeit der Annahme der Angebote) ganz oder teilweise mit der Folge auf, dass die Rechtswirkungen nach § 2a Abs. 5 FinStaG keine weitere Anwendung finden und das Eintreten von Umständen, unter denen der Erwerb und/oder der Umtausch von Eingereichten Schuldtiteln nicht länger rechtlich möglich und zulässig ist. Ab der Annahme der Angebote durch die nach § 2a FinStaG erforderlichen Mehrheiten bis zum Vollzug der Angebote gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG kann die ABBAG die Finanzierungsvereinbarung nicht aus wichtigem Grund kündigen, es sei denn der Erwerb und/oder Umtausch der Schuldtitel wird rechtlich unmöglich oder rechtlich unzulässig.

Die Zahlung von EUR 1,2 Mrd. an den Angebotsleger durch das Land Kärnten, im eigenen Namen und im Namen der KLH-Rechtsnachfolger, ist vom Eintritt bestimmter Bedingungen abhängig, einschließlich der Erfüllung der Transaktionsbedingungen.

Werden derzeit Zinsen auf die Schuldtitel gezahlt?

Nein. Am 10. April 2016 (i) ordnete die FMA als die nach der – durch das BaSAG umgesetzten – BRRD zuständige österreichische Abwicklungsbehörde eine Gläubigerbeteiligung in Bezug auf alle Zinszahlungsverpflichtungen der Schuldnerin an, die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufen sind, und (ii) änderte die Bestimmungen aller Schuldtitel derart, dass zum 1. März 2015 sämtliche Schuldtitel einen Zinssatz von null haben.

Welche steuerlichen Auswirkungen hat die Einreichung meiner Schuldtitel?

Nach § 5 FinStaG sind Transaktionen, die zur Umsetzung des FinStaG erforderlich sind, von bundesgesetzlich geregelten Abgaben in Österreich ausgenommen. Der Angebotsleger hat eine an alle Annehmenden Gläubiger gerichtete Stellungnahme des Finanzamts für Gebühren, Verkehrssteuern und Glückspiel erhalten, dass der Erwerb und/oder Umtausch von Eingereichten Schuldtiteln (einschließlich der Abtretung von Ansprüchen unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen an das Klasse B-Umtauschangebot Annehmende Gläubiger am Abwicklungstag) keine Rechtsgeschäftsgebühren nach dem österreichischen Gebührengesetz verursacht und hat diese Stellungnahme auf seiner Website (<http://karntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>) veröffentlicht.

Sie sind im Zusammenhang mit der Annahme der Angebote grundsätzlich einkommensteuerpflichtig. Ausgewählte Angaben zu Steuern sind Seite 124 ff. dieser Angebotsunterlage zu entnehmen.

Gläubiger sind gehalten, eigene Berater im Hinblick auf die möglichen steuerlichen Folgen und ihre Depotbank im Hinblick auf den Einbehalt potentieller Quellensteuern nach dem jeweils auf sie oder auf den Verkauf und/oder Umtausch der von ihnen gehaltenen Schuldtitel und den Erhalt des maßgeblichen Kaufpreises, der Neuen Schuldtitel bzw. im Zusammenhang mit Neuen Schuldtiteln erhaltene Zahlungen sowie eines allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises anwendbaren Rechts in den maßgeblichen Rechtsordnungen zu konsultieren.

Gläubiger sind selbst dafür verantwortlich, Steuern bzw. ähnliche Abgaben und Gebühren abzuführen, die ihnen nach dem Recht einer betreffenden Rechtsordnung auferlegt werden. Sie haben in Bezug auf die Steuern, die im Zusammenhang mit den Angeboten anfallen, keine Rückgriffsrechte gegen die Schuldnerin, den Angebotsleger, das Land Kärnten, die KLH-Rechtsnachfolger, die ABBAG, die Republik Österreich, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents oder den Tender Agent.

Fragen zum Kaufpreis

Ist das Umtauschangebot ein besseres Angebot als das Barangebot?

Bezüglich des Klasse A-Angebots führt die Annahme des Klasse A-Barangebots beim Annehmenden Gläubiger zu einem sofortigen Mittelzufluss von 75% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen Klasse A-Schuldtitels. Das Klasse A-Umtauschangebot führt zur Ausgabe von Nullkupon-Anleihen mit einem wirtschaftlichen Wert in Höhe von 90% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen Klasse A-Schuldtitels. Zudem können Gläubiger nach den Bestimmungen der Rückkaufverpflichtung ihre Nullkupon-Anleihen während eines Zeitraums von 180 Tagen beginnend ab dem 1. Dezember

2016 zu einem nach den Bestimmungen der Rückkaufverpflichtung festzulegenden Preis veräußern, wodurch es Gläubigern ermöglicht wird, im Vergleich zum Barangebot höhere Erlöse für die Nullkupon-Anleihen zu vereinnahmen und entsprechende Mittelzuflüsse kurz nach deren Begebung zu realisieren (vgl. dazu den Abschnitt „Rückkaufverpflichtung“).

Bezüglich des Klasse B-Angebots führt die Annahme des Klasse B-Barangebots beim einreichenden Gläubiger zu einem sofortigen Mittelzufluss von 30% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen Klasse B-Schuldtitels. Das Klasse B-Umtauschangebot führt zur Ausgabe von Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen mit einem wirtschaftlichen Wert in Höhe von 45% der Angepassten Festgelegten Stückelung des maßgeblichen Klasse B-Schuldtitels.

Annehmende Gläubiger sollten bedenken, dass auf die Neuen Schuldtitel keine Zinsen entfallen, sondern dass diese zu einem Disagio bei Unterpriemission begeben werden und dass der Gläubiger bis zum maßgeblichen Fälligkeitstag des Neuen Schuldtitels keine Rendite erhält, es sei denn, der Gläubiger eines Neuen Schuldtitels veräußert diesen (worunter auch eine Veräußerung der Nullkupon-Anleihen an den Angebotsleger im Rahmen der Rückkaufverpflichtung fällt). Zudem sollten Gläubiger in diesem Zusammenhang beachten, dass die Nullkupon-Schuldscheindarlehen nicht Gegenstand der Rückkaufverpflichtung sind.

In dieser Angebotsunterlage sind alle wirtschaftlichen Kennzahlen dargelegt, die nach Auffassung des Angebotslegers erforderlich sind, damit ein Gläubiger eine fundierte Entscheidung für oder gegen die Annahme eines der Angebote treffen kann. Gläubiger sind gehalten, ihre eigenen Rechts-, Finanz- und Steuerberater zu möglichen Folgen der Annahme eines der Angebote zu Rate zu ziehen.

Ist im Rahmen der Angebote ein günstigerer Preis für diejenigen vorgesehen, die ein Angebot frühzeitig annehmen?

Nein. Da die Angebote in Übereinstimmung mit dem FinStaG erfolgen, das eine solche Möglichkeit nicht vorsieht, wird es keinen günstigeren Preis für diejenigen geben, die ein Angebot frühzeitig annehmen.

Was ist der Gesamtumfang der Angebote?

Der Angebotsleger bietet im Rahmen des Barangebots den Erwerb aller ausstehenden Klasse A-Schuldtitel und Klasse B-Schuldtitel nach Maßgabe der Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in dieser Angebotsunterlage angegeben sind, für einen Kaufpreis im Gesamtbetrag von bis zu ca. EUR 7,79 Mrd. (oder dessen Gegenwert in der Währung der maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel) an. Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht werden und dass alle Annehmenden Gläubiger sich für den Erhalt von Nullkupon-Anleihen entscheiden, wird der Angebotsleger Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennwerts von EUR 10,48 Mrd. begeben. Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht werden und dass alle Klasse B-Gläubiger sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, wird der Angebotsleger (i) Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 10,01 Mrd. und (ii) Nullkupon-Schuldscheindarlehen in Höhe eines Gesamtnennbetrags von EUR 0,92 Mrd. begeben.

Auf welchen Betrag wird sich der gesamte Kaufpreis im Barangebot für die Schuldtitel belaufen?

Der Gesamtkaufpreis im Barangebot besteht aus (i) dem Kaufpreis (d. h. die Summe der maßgeblichen allfälligen HETA-Kompensationszahlung, der maßgeblichen Ausgleichszahlung und

der Freiwilligen Prämie) in der Währung der einzelnen Eingereichten Schuldtitel und (ii) dem allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis.

Der Angebotsleger bietet die Barzahlung des Klasse A-Kaufpreises in der Währung der einzelnen Eingereichten Schuldtitel für alle in Anhang A enthaltenen Klasse A-Schuldtitel an. Der Klasse A-Kaufpreis beträgt (vorbehaltlich einer Rundung) 75 Prozent der Angepassten Festgelegten Stückelung für jeden Klasse A-Schuldtitel.

Der Angebotsleger bietet die Barzahlung des Klasse B-Kaufpreises in der Währung der einzelnen Eingereichten Schuldtitel für alle in Anhang A enthaltenen Klasse B-Schuldtitel an. Der Klasse B-Kaufpreis beträgt (vorbehaltlich einer Rundung) 30 Prozent der Angepassten Festgelegten Stückelung für jeden Klasse B-Schuldtitel.

Darüber hinaus zahlt der Angebotsleger innerhalb von vier Wochen nach rechtskräftiger Beendigung der Abwicklung der Schuldnerin jedem Annehmenden Gläubiger in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen Eingereichten Schuldtitels als einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels die Differenz zwischen der HETA Recovery und dem Kaufpreis abzüglich der Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Kaufpreises und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag von null.

Auf welchen Betrag wird sich die gesamte Gegenleistung für das Umtauschangebot für die Schuldtitel belaufen?

Die Gesamtgegenleistung für das Umtauschangebot besteht aus (i) der Gegenleistung für den Umtausch (d. h. der Summe aus der maßgeblichen allfälligen HETA-Kompensationszahlung, der maßgeblichen Ausgleichszahlung und der Freiwilligen Prämie) und (ii) dem allfälligen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis.

Der Angebotsleger schlägt vor, die Klasse A-Schuldtitel und Klasse B-Schuldtitel von Annehmenden Gläubigern, die das Umtauschangebot annehmen, in die Neuen Schuldtitel gemäß dem maßgeblichen Umtauschverhältnis umzutauschen:

- Jeder (wie nachstehend beschrieben umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Klasse A-Schuldtitels eines Annehmenden Gläubigers im Rahmen des Umtauschgebots wird in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen umgetauscht, und zwar auf den nächsten ganzen Euro gerundet, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet.
- Jeder (wie nachstehend beschrieben umgerechnete) Euro der Angepassten Festgelegten Stückelung jedes Klasse B-Schuldtitels eines Annehmenden Gläubigers im Rahmen des Umtauschgebots wird, nach Wahl des maßgeblichen das Umtauschangebot Annehmenden Gläubigers, gemäß den Vorgaben der Tender Anweisung (i) in einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen, dividiert durch 2 (zwei), umgetauscht und auf den nächsten ganzen Euro gerundet, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet, oder (ii) in

einen entsprechenden Nennbetrag der Nullkupon-Schuldscheindarlehen umgetauscht, gerundet auf den nächsten ganzen Euro, d. h. Dezimalstellen von EUR 0,50 und darüber werden auf den nächsten ganzen Euro aufgerundet, Dezimalstellen unter EUR 0,50 auf den nächsten ganzen Euro abgerundet. Die Entscheidung, Klasse B-Schuldtitel entweder in Nullkupon-Anleihen oder Nullkupon-Schuldscheindarlehen zum maßgeblichen Umtauschverhältnis umzutauschen, kann nur in Bezug auf die jeweilige im Umtauschangebot von dem einreichenden Gläubiger eingereichte Serie von Klasse B-Schuldtiteln getroffen werden.

Sofern dies zur Berechnung der Gegenleistung für das Umtauschangebot erforderlich ist, werden auf CHF und JPY lautende Beträge zu den FMA-Bescheidwechsellkursen (d. h. CHF 1,0636 je EUR 1 und JPY 134,05 je EUR 1) in EUR umgerechnet.

Am Abwicklungstag liefert der Angebotsleger den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel jedem Annehmenden Gläubiger, der ein Umtauschangebot annimmt, in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels oder stellt eine entsprechende Lieferung sicher. Hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen erfolgt die Lieferung (i) im Fall von eingereichten Schuldverschreibungen an das Wertpapierdepot, von dem aus die eingereichten Schuldverschreibungen eingereicht und gesperrt wurden, oder (ii) im Fall von eingereichten Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen an das Wertpapierdepot, das in der Tender Anweisung des Annehmenden Gläubigers angegeben ist. Ansprüche unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden vom Angebotsleger an die maßgeblichen Annehmenden Gläubiger jeweils im Zuge eines Abtretungsvertrages abgetreten. Die Unterzeichnung des jeweiligen Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger und die Versendung des unterzeichneten Dokuments an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax stellt die Lieferung dar. Um den wirksamen Abschluss des Abtretungsvertrages herbeizuführen, muss der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie dieses gegengezeichneten Dokuments an den Angebotsleger per Email an die Adresse office@kaf.gv.at zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, die sich aus dem maßgeblichen Umtauschverhältnis ergibt, ist in den entsprechenden Spalten in Teil 2 von Anhang A und Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben. Voraussetzung für die Abwicklung des Umtauschangebots durch den Tender Agent sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung des Umtauschangebots für Annehmende Gläubiger, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, kann sich verzögern, wenn Annehmende Gläubiger dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren. Die Lieferung eines Nullkupon-Schuldscheindarlehen erfolgt, sobald der Angebotsleger den entsprechenden Abtretungsvertrag unterzeichnet und dieses Dokument an den entsprechenden Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax abgeschickt hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Zusätzlich zur Lieferung des Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel am Abwicklungstag zahlt der Angebotsleger innerhalb von vier Wochen nach rechtskräftiger Beendigung der Abwicklung der Schuldnerin jedem Annehmenden Gläubiger, der das Umtauschangebot annimmt, in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots umgetauschten Eingereichten Schuldtitels einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten

Schuldtitels. Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis entspricht der Differenz zwischen (i) der HETA Recovery und (ii) dem maßgeblichen Umtauschwert minus der maßgeblichen Ausgleichszahlung für den entsprechenden Eingereichten Schuldtitel (wie in Teil 2 von Anhang A bzw. Teil 2 und 3 von Anhang B dargelegt). Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Umtauschwerts und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung geleistet wurden (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null.

Wird der Angebotsleger mit den Angeboten alle aufgelaufenen und nicht gezahlten Zinsen zahlen?

Die Angepasste Festgelegte Stückelung, auf der der maßgebliche Kaufpreis und die maßgebliche Gegenleistung für das Umtauschangebot basieren, enthält einen Anteil der bis zum 1. März 2015 (einschließlich) aufgelaufenen und nicht gezahlten Zinsen. Weitere Zinszahlungen werden jedoch nicht erwartet, weil die Abwicklungsbehörde in ihrem Mandatsbescheid vom 10. April 2016 (i) eine Gläubigerbeteiligung in Bezug auf alle Zinszahlungsverpflichtungen der Schuldnerin, die bis zum 28. Februar 2015 (einschließlich) aufgelaufen sind, angeordnet hat und (ii) die Bestimmungen aller Schuldtitel derart geändert hat, dass zum 1. März 2015 sämtliche Schuldtitel einen Zinssatz von null haben.

Außer als Teil des Kaufpreises oder des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises oder als Teil der Neuen Schuldtitel beabsichtigt der Angebotsleger nicht, für irgendeinen Zeitraum Zinsen in Bezug auf die durch den Angebotsleger im Rahmen der Angebote gekauften und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel zu zahlen.

Welcher Beitrag der Ausfallsbürgen liegt den Angeboten zugrunde?

Die Ausfallsbürgen werden zu den Angeboten den gemeinsamen Betrag von EUR 1,2 Mrd. beitrugen. Das Land Kärnten und die KLH-Rechtsnachfolger haben den Angebotsleger darauf hingewiesen, dass die Mittel gemäß § 2a Abs. 2 Z 10 FinStaG unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ausfallsbürgen berechnet wurden. Für weitere Informationen siehe „Erklärungen gemäß § 2a Abs. 2 Z 9 und Z 10 FinStaG“.

Wie wurden der Kaufpreis und die Gegenleistung für das Umtauschangebot ermittelt?

Der Kaufpreis in der Währung jedes Eingereichten Schuldtitels und die Gegenleistung für das Umtauschangebot bestehen jeweils aus (i) der maßgeblichen HETA-Kompensationszahlung, (ii) der maßgeblichen Ausgleichszahlung und (iii) der Freiwilligen Prämie. Gemäß § 2a Abs. 2 FinStaG ist in den Angeboten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schuldnerin beziehungsweise der Ausfallsbürgen angemessen zu berücksichtigen.

Sofern dies zur Berechnung der Gegenleistung für das Umtauschangebot erforderlich ist, werden auf CHF und JPY lautende Beträge zu den FMA-Bescheidwechselkursen (d. h. CHF 1,0636 je EUR 1 und JPY 134,05 je EUR 1) in EUR umgerechnet.

HETA-Kompensationszahlung

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der HETA wurde bei der Bestimmung des Gesamtbetrags der HETA-Kompensationszahlung gemäß § 2a Abs. 2 FinStaG angemessen berücksichtigt. Dies erfolgte durch Beiziehung eines Sachverständigen, der bestimmte öffentlich verfügbare

Informationen betreffend die HETA berücksichtigt hat. Der Gesamtbetrag der HETA-Kompensationszahlung beträgt ca. EUR 6,39 Mrd.

Im Hinblick auf jeden einzelnen Schuldtitel wird die HETA-Kompensationszahlung anhand der voraussichtlichen Erlöse, die in der Abwicklung der HETA auf jeden Schuldtitel entfallen, ermittelt.

Aufgrund ihres Ranges wurde für die Klasse A-Schuldtitel ein voraussichtlicher Verwertungserlös von (vorbehaltlich einer Rundung) 63,80 Prozent ihrer Angepassten Festgelegten Stückelung ermittelt, und zwar in Bezug auf alle Klasse A-Schuldtitel.

Aufgrund ihrer Nachrangigkeit wurde für die Klasse B-Schuldtitel ein voraussichtlicher Verwertungserlös von 0 (null) Prozent ermittelt.

Freiwillige Prämie

Um den Gläubigern einen Anreiz zu bieten, ihre Schuldtitel entsprechend den Angeboten einzureichen, bietet der Angebotsleger allen Gläubigern, die ihre Schuldtitel rechtswirksam einreichen, die Freiwillige Prämie als Teil des Kaufpreises im Barangebot und als Teil der Gegenleistung für das Umtauschangebot im Umtauschangebot an.

Ausgleichszahlung

Die Ausgleichszahlung für jeden Schuldtitel wurde berechnet durch Multiplikation von

- (i) einem Betrag von EUR 1,2 Mrd., der dem kombinierten vom Land Kärnten und den KLH-Rechtsnachfolgern dem Angebotsleger zur Verfügung gestellten Finanzierungsbetrag entspricht, und
- (ii) dem Bruchteil von
 - (A) der Angepassten Festgelegten Stückelung für jeden Schuldtitel, geteilt durch
 - (B) die gesamte Angepasste Festgelegte Stückelung für alle Klasse A-Schuldtitel und alle Klasse B-Schuldtitel, zusammengekommen,

und auf volle EUR 0,01, CHF 0,01 oder JPY 0,01 (wie maßgeblich) abgerundet.

Was ist der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis?

Innerhalb von vier Wochen nach rechtskräftiger Beendigung der Abwicklung der Schuldnerin zahlt der Angebotsleger jedem Annehmenden Gläubiger in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitels als einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels die Differenz zwischen der HETA Recovery und (i) dem Kaufpreis abzüglich der Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel oder (ii) dem maßgeblichen Umtauschwert abzüglich der Ausgleichszahlung. Für den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gilt (1) ein Höchstbetrag in Höhe der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (i) des maßgeblichen Kaufpreises, im Fall des Barangebots oder (ii) des maßgeblichen Umtauschwertes, im Fall des Umtauschangebots, und, in jedem Fall, allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) ein Mindestbetrag in Höhe von null.

Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis wird von einer unabhängigen Berechnungsstelle, die eine unabhängige, international anerkannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sein und vom Angebotsleger ausgewählt werden wird, im Auftrag des Angebotslegers in der Währung des

maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels für jeden vom Angebotsleger im Rahmen des Barangebots erworbenen Eingereichten Schuldtitel berechnet. Der Angebotsleger wird unter Zugrundelegung eines wirtschaftlich vernünftigen Aufwands den zum Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis berechtigten Personen die der Errechnung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises zugrundegelegten Berechnungen zugänglich machen.

Was geschieht, wenn die HETA Recovery den Betrag aus (i) dem Kaufpreis abzüglich der Ausgleichszahlung oder (ii) dem Umtauschwert abzüglich der Ausgleichszahlung übersteigt?

Für jede Festgelegte Stückelung der einzelnen vom Angebotsleger im Rahmen der Angebote erworbenen und/oder umgetauschten Eingereichten Schuldtitel gilt: Falls die vom Angebotsleger aus der Verwertung dieses Schuldtitels aus der Abwicklung der Schuldnerin erlangten Beträge den Betrag (i) des Kaufpreises abzüglich der Ausgleichszahlung bzw. (ii) des Umtauschwerts abzüglich der Ausgleichszahlung übersteigen, erhalten Gläubiger, die ihre Schuldtitel eingereicht haben und die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigten Informationen zur Verfügung stellen, innerhalb von vier Wochen nach dem Liquidationsstichtag

- (i) bei einer Annahme des Barangebots vonseiten der Gläubiger die Differenz zwischen (a) der HETA Recovery und (b) dem maßgeblichen Kaufpreis abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel (wie in Teil 1 von Anhang A und Anhang B jeweils dargelegt), vorbehaltlich (1) eines Höchstbetrags der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Kaufpreises und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers im Rahmen der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) eines Mindestbetrags von null; oder
- (ii) bei einer Annahme des Umtauschangebots vonseiten der Gläubiger die Differenz zwischen (a) der HETA Recovery und (b) den maßgeblichen Umtauschwert abzüglich der maßgeblichen Ausgleichszahlung für den maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel (wie in Teil 2 von Anhang A und Teil 2 und 3 von Anhang B jeweils dargelegt), vorbehaltlich (1) eines Höchstbetrags der Angepassten Festgelegten Stückelung in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels, abzüglich (x) des maßgeblichen Umtauschwerts und (y) allfälliger Zahlungen der Republik Österreich, des Landes Kärnten oder des Angebotslegers unter der maßgeblichen Rufo-Verpflichtungserklärung (gegebenenfalls umgerechnet in die Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldscheins zu dem am Tag der Zahlung Maßgeblichen Wechselkurs), und (2) eines Mindestbetrags von null.

Darf der Anspruch auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis abgetreten werden?

Vorbehaltlich der Einschränkungen nach jeweils anwendbarem Recht darf der Anspruch auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis abgetreten werden. Der Anspruch auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis wird nicht verbrieft und sollte nicht als handelbares Wertpapier angesehen werden. Dem Angebotsleger steht es frei, einen Nachweis über der Kette von Abtretungen an den Zessionar vom Einreichenden Gläubiger, der erstmalig zum Erhalt des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis berechtigt war, zu verlangen.

Ist der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis Teil der Schuldtitel oder ist er ein eigenes Wertpapier der HETA?

Nein. Der Bedingte Zusätzliche Kaufpreis stellt einen Anspruch gegen den Angebotsleger dar, dessen Wert von dem auf den Eingereichten Schuldtitel entfallenden Liquidationserlös der HETA abhängt. Zur Klarstellung: Er stellt weder einen Anspruch gegen die HETA dar noch begründet er ein Wertpapier derselben.

Wird der Anspruch auf den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis an einer Börse notiert sein?

Nein.

In welcher Währung wird der Kaufpreis gezahlt werden?

Der Kaufpreis wird in der maßgeblichen Nominalwährung eines jeden Schuldtitels gezahlt werden. So wird z. B. ein Gläubiger eines auf Euro lautenden Schuldtitels den Kaufpreis in Euro erhalten, ein Gläubiger eines auf Schweizer Franken lautenden Schuldtitels wird den Kaufpreis in Schweizer Franken erhalten und ein Gläubiger eines auf japanische Yen lautenden Schuldtitels wird den Kaufpreis in japanischen Yen erhalten.

Fragen im Zusammenhang mit den Neuen Schuldtiteln

Wer ist der Emittent der Nullkupon-Anleihen?

Der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds.

Wer ist der Garantiegeber der Nullkupon-Anleihen?

Die Republik Österreich.

Wer ist der Emittent (Kreditnehmer) der Nullkupon-Schuldscheindarlehen?

Die Republik Österreich.

Sind die Nullkupon-Schuldscheindarlehen besichert?

Nein.

Sind die Neuen Schuldtitel besichert?

Die Nullkupon-Anleihen werden durch ein erstrangiges Pfandrecht an den Eingereichten Schuldtiteln, die der Angebotsleger im Rahmen des Umtauschangebots im Tausch gegen Nullkupon-Anleihen erworben hat, an dem Wertpapierdepot, auf welchem die entsprechenden Schuldtitel verwahrt werden, an den entsprechenden Verrechnungskonten, an von der Republik Österreich begebenen und vom Angebotsleger erworbenen Anleihen und an Ansprüchen des Angebotslegers unter der Finanzierungsvereinbarung besichert.

Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden nicht besichert.

Wie werden die Fälligkeitstage für die Neuen Schuldtitel festgelegt?

Die Fälligkeit der Nullkupon-Anleihen und der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird am Tag der Fälligkeitsbestimmung berechnet. Die Fälligkeit

- (i) der Nullkupon-Anleihen wird anhand der unten angeführten Preisformel unter Verwendung des Nullkupon-Anleihen-Spread und eines Ausgabepreises in Höhe von 90% des Nominalwerts der Nullkupon-Anleihe ermittelt. Am 29. August 2016 wäre das Fälligkeitsdatum der Nullkupon-Anleihen unter Zugrundelegung der ZCB-Euro-Swap-

Rate in Höhe von 0,67% und dem Nullkupon-Anleihen-Spread (und demnach einem Gesamtzins in Höhe von 0,59%) auf den 9. September 2034 gefallen; und

- (ii) der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird anhand der unten angeführten Preisformel unter Verwendung eines Ausgabepreises in Höhe von 45% des Nennbetrags der Nullkupon-Schuldscheindarlehen ermittelt. Am 29. August 2016 wäre das Fälligkeitsdatum der Nullkupon-Schuldscheindarlehen unter Zugrundelegung einer RAGB-Null-Rate in Höhe von 1,456% auf den 8. Januar 2072 gefallen; und

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

Dabei gilt:

„**Zinstagequotient Actual/Actual**“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgebliche Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

„**n**“ steht für die Fälligkeit des jeweiligen Neuen Schuldtitels (berechnet in Jahren unter Zugrundelegung des Zinstagequotienten Actual/Actual).

„**Y**“ bezeichnet (i) im Fall der Nullkupon-Anleihen die Summe aus dem Nullkupon-Anleihen-Spread und der ZCB Euro Swap Rate für einen Zeitraum von *n* Jahren und (ii) im Fall der Nullkupon-Schuldscheindarlehen die RAGB-Null-Rate für einen Zeitraum von *n* Jahren.

Die Fälligkeitstage der Neuen Schuldtitel werden bei der vorläufigen Ergebnisbekanntmachung am oder um den 10. Oktober 2016 bekannt gegeben.

Was ist ein Schuldscheindarlehen?

Ein Schuldscheindarlehen ist ein abtretbares Darlehen, das durch einen Schuldschein verbrieft ist und ein im österreichischen und deutschen Markt übliches Finanzierungsinstrument.

Werden die Neuen Schuldtitel an einer Börse notiert sein?

Es ist beabsichtigt, dass die Nullkupon-Anleihen sobald wie möglich nach dem Abwicklungstag am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse notiert werden; jedoch werden Nullkupon-Anleihen, die an QIBs, die zugleich QPs sind, geliefert werden, nicht notiert, um maßgeblichen Wertpapiergesetzen der Vereinigten Staaten zu entsprechen.

Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden nicht an der Börse notiert werden.

Werden die Neuen Schuldtitel handelbar sein?

Es ist beabsichtigt, dass die Nullkupon-Anleihen sobald wie möglich nach ihrer Begebung am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse notiert werden. Soweit sich ein Handelsmarkt für die Nullkupon-Anleihen nach Begebung der Nullkupon-Anleihen entwickelt, werden die Nullkupon-Anleihen handelbar sein; jedoch werden Nullkupon-Anleihen, die an QIBs, die zugleich QPs sind, geliefert werden, nicht notiert, um maßgeblichen Wertpapiergesetzen der Vereinigten Staaten zu entsprechen.

Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden in Gänze oder in Teilbeträgen (jeweils bezogen auf den Nennbetrag) in Höhe von EUR 1.000.000 oder ganzzahligen Vielfachen davon im Wege von Abtretungen übertragbar sein.

Wie groß ist das Emissionsvolumen der Nullkupon-Anleihen?

Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht werden und dass alle Annehmenden Gläubiger sich für den Erhalt von Nullkupon-Anleihen entscheiden, wird der Angebotsleger Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennwerts von EUR 10,48 Mrd. begeben. Unter der Annahme, dass alle Schuldtitel im Rahmen des Umtauschangebots eingereicht werden und dass alle Klasse B-Gläubiger sich für den Erhalt von Nullkupon-Schuldscheindarlehen entscheiden, wird der Angebotsleger (i) Nullkupon-Anleihen in Höhe eines Gesamtnennwerts von EUR 10,01 Mrd. begeben und (ii) seine Ansprüche unter den Nullkupon-Schuldscheindarlehen in Höhe eines Gesamtnennwerts von EUR 0,92 Mrd. abtreten.

Welches Kreditrating haben die Neuen Schuldtitel?

Derzeit besteht kein Rating für die Kreditwürdigkeit des Angebotslegers.

Den Nullkupon-Anleihen wird voraussichtlich bei Begebung ein Rating von „Aa1 (stable)“ durch Moodys und ein Rating von „AA+(EXP)“ durch Fitch verliehen. Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden kein Rating erhalten. Ein Kreditrating stellt keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren dar und kann von der Ratingagentur jederzeit geändert, aufgehoben oder zurückgenommen werden. Es kann nicht gewährleistet werden, dass ein Kreditrating in einem bestimmten Zeitraum konstant bleiben wird oder dass es nicht von der Ratingagentur herabgestuft oder vollständig entzogen wird, wenn Umstände in der Zukunft dies nach ihrem Ermessen erfordern. Eine Aufhebung, eine Herabstufung oder ein Entzug des für die Nullkupon-Anleihen vergebenen Kreditratings – gleich ob aufgefordert oder unaufgefordert – zu einem gegebenen Zeitpunkt durch eine oder mehrere Ratingagenturen kann nachteilige Auswirkungen auf den Wert der Nullkupon-Anleihen und den Handel mit diesen haben.

Um welche Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen handelt es sich?

Auf die Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen hinsichtlich der Angebote wird im Abschnitt „Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen“ hingewiesen. Gläubiger sind gehalten, sich selbst über derartige Beschränkungen zu informieren und diese zu beachten.

Was sind die Unterschiede zwischen Nullkupon-Anleihen und Nullkupon-Schuldscheindarlehen?

Inhaber der Klasse A-Schuldtitel können ihre Eingereichten Schuldtitel nur in Nullkupon-Anleihen umtauschen.

Inhaber der Klasse B-Schuldtitel können ihre Eingereichten Schuldtitel entweder in Nullkupon-Anleihen oder in Nullkupon-Schuldscheindarlehen zum maßgeblichen Klasse B-Umtauschverhältnis umtauschen.

Die Unterschiede zwischen Nullkupon-Anleihen und Nullkupon-Schuldscheindarlehen sind u.a.:

- (i) Die Nullkupon-Anleihen werden vom Angebotsleger ausgegeben und von der Republik Österreich vollumfänglich und bedingungslos garantiert während die Nullkupon-Schuldscheindarlehen von der Republik Österreich unmittelbar ausgegeben werden;
- (ii) Die Nullkupon-Anleihen werden eine wesentlich kürzere Laufzeit als die Nullkupon-Schuldscheindarlehen haben;
- (iii) Die Nullkupon-Anleihen werden besichert, die Nullkupon-Schuldscheindarlehen hingegen nicht;
- (iv) Die Rückkaufverpflichtungen werden vom Angebotsleger lediglich für die Nullkupon-Anleihen angeboten; und
- (v) Es ist beabsichtigt, dass die Nullkupon-Anleihen sobald wie möglich nach ihrer Begebung am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse notiert werden; jedoch werden Nullkupon-Anleihen, die an QIBs, die zugleich QPs sind, geliefert werden, nicht notiert, um maßgeblichen Wertpapiergesetzen der Vereinigten Staaten zu entsprechen. Die Nullkupon-Schuldscheindarlehen werden nicht notiert.

Worum handelt es sich bei der Rückkaufverpflichtung?

Der Angebotsleger bietet an, die Nullkupon-Anleihen während eines Zeitraums von 180 Tagen, der am 1. Dezember 2016 beginnt, zurückzukaufen. Die Rückkaufverpflichtung gilt nur für die Nullkupon-Anleihen; es gibt keine ähnliche Rückkaufverpflichtung für die Nullkupon-Schuldscheindarlehen. Der Rückkaufpreis der Nullkupon-Anleihen wird täglich während des Rückkaufzeitraums anhand der unter „*Rückkaufverpflichtung – Rückkaufpreis*“ angegebenen Formel bestimmt. Weitere Angaben zur Rückkaufverpflichtung enthalten die Abschnitte „*Rückkaufverpflichtung*“ und „*Anhang I: Rückkaufverpflichtung*“.

Wann ist der Rückkaufzeitraum?

Der Rückkaufzeitraum beginnt am 1. Dezember 2016 und endet 180 Tage danach (30. Mai 2017).

Wie muss ich Rückkäufe meiner Nullkupon-Anleihen gemäß der Rückkaufverpflichtung beantragen?

Wenn Inhaber von Nullkupon-Anleihen während des Rückkaufzeitraums einen Rückkaufantrag stellen wollen, sollten sie das für einen Rückkaufantrag vorgesehene Formular und die entsprechende xls-Datei ausfüllen, das Anhang I beigefügt ist und dann ebenfalls auf der Internetseite des Angebotslegers (<http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>) veröffentlicht wird.

Fragen zum Verfahren zur Abgabe der Tender Anweisungen und zur Abwicklung der Angebote

Binnen welcher Frist muss ich entscheiden, ob ich meine Schuldtitel im Rahmen der Angebote einreiche?

Der letzte Zeitpunkt für Annahmen oder Widerrufe bezüglich der Angebote ist der 7. Oktober 2016.

Um sicherzustellen, dass die Tender Anweisungen vom Tender Agent bearbeitet und im Rahmen der Angebote berücksichtigt werden, müssen Gläubiger, die sich entscheiden, ihre Schuldtitel einzureichen, ihre gültigen Tender Anweisungen (einschließlich der Tender Anweisungen und Kopien in Papierform der Originaldokumente in Bezug auf Schuldscheine,

Namensschuldverschreibungen bzw. Pfandbriefbank-Ansprüche) bis zum 5. Oktober 2016 beim Tender Agent einreichen. Dieses Datum wird als Ende der Frist für Tender Anweisungen bezeichnet. Der Tender Agent kann nicht garantieren, dass Tender Anweisungen, die nach dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen, im Rahmen der Angebote berücksichtigt werden.

Schuldverschreibungsgläubigern wird empfohlen, mit jedem Intermediär und/oder Clearingsystem über den bzw. das die Gläubiger Schuldtitel halten, zu klären, wann diesem Intermediär und/oder dem Clearingsystem Tender Anweisungen oder Widerrufsanweisungen von einem Gläubiger zugehen müssen, damit dieser Gläubiger in der Lage ist, vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen die Angebote anzunehmen oder seine Annahme der Angebote zu widerrufen. Die von einem solchen Intermediär und jedem Clearingsystem gesetzten Fristen für die Abgabe von Tender Anweisungen und allfälliger Widerrufsanweisungen werden vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen enden.

Wie werden die endgültigen Ergebnisse der Angebote bekannt gegeben?

Sofern die Transaktionsbedingungen erfüllt sind, werden die endgültigen Ergebnisse der Angebote am Abwicklungstag in der FinStaG-Ergebnisbekanntmachung gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG bekannt gegeben. Die FinStaG-Ergebnisbekanntmachung erfolgt

- (i) über die Website des Angebotslegers; und
- (ii) durch Veröffentlichung einer Pressemitteilung über einen Nachrichtendienst; und
- (iii) im Falle von in Clearingsystemen gehaltenen Schuldverschreibungen durch Mitteilung an die betreffenden Clearingsysteme zur Weiterleitung an Direkte Teilnehmer sowie im Falle von Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, nach Maßgabe der Regelungen für Mitteilungen in den Bedingungen für den betreffenden Schuldtitel; und
- (iv) per E-Mail, Fax, das LMSS-Portal oder auf die ansonsten in den maßgeblichen Bedingungen festgelegte Weise (bei Schuldtiteln, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt); und
- (v) über die Websites der Luxemburger Wertpapierbörse, der Wiener Börse und/oder einer sonstigen Börse, an der die Schuldtitel gegebenenfalls notiert sind, bzw. auf eine sonstige von diesen Börsen geforderte Weise; und
- (vi) durch Veröffentlichung einer Pressemitteilung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung, in der Börsen-Zeitung, im Luxemburger Wort und im Tageblatt.

Wann erhalte ich eine Zahlung oder Neue Schuldtitel für die von mir eingereichten Schuldtitel?

Der Angebotsleger (i) zahlt den maßgeblichen Kaufpreis in der Währung eines jeden Eingereichten Schuldtitels für jeden Eingereichten Schuldtitel im Rahmen des Barangebots und (ii) liefert die maßgeblichen Neuen Schuldtitel jeweils am Abwicklungstag, der zugleich das Datum der FinStaG-Ergebnisbekanntmachung ist, voraussichtlich am oder um den 12. Oktober 2016.

Am Abwicklungstag liefert der Angebotsleger jedem Annehmenden Gläubiger, der ein Umtauschangebot annimmt, in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, der von dem Angebotsleger gemäß dem Umtauschangebot umgetauscht wurde, den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel oder stellt die entsprechende Lieferung sicher. Hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen erfolgt die Lieferung (i) im Fall von eingereichten Schuldverschreibungen an das Wertpapierdepot, von dem aus die eingereichten Schuldverschreibungen eingereicht und gesperrt wurden oder (ii) im Fall von

eingereichten Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen an das Wertpapierdepot, das in der Tender Anweisung des Annehmenden Gläubigers angegeben ist. Hinsichtlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen wird der Angebotsleger seine Ansprüche gegen die Republik Österreich unter den maßgeblichen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an die Annehmenden Gläubigern abtreten. Die Lieferung eines Nullkupon-Schuldscheindarlehen ist erfolgt, sobald der Angebotsleger den entsprechenden Abtretungsvertrag unterzeichnet und dieses Dokument an den entsprechenden Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax abgeschickt hat. Um den wirksamen Abschluss des Abtretungsvertrages herbeizuführen, muss der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie des gegengezeichneten Dokuments an den Angebotsleger unverzüglich per Email an die Adresse office@kaf.gv.at zurücksenden; das Original ist nachzusenden. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in Bezug auf die Angepasste Festgelegte Stückelung jedes Eingereichten Schuldtitels, die sich aus dem maßgeblichen Umtauschverhältnis ergibt, ist in den entsprechenden Spalten in Teil 2 von Anhang A und Teil 2 und 3 von Anhang B angegeben. Voraussetzung für die Abwicklung der Angebote durch den Tender Agent sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung der Angebote kann sich für einzelne Annehmende Gläubiger verzögern, wenn Annehmende Gläubiger dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren.

Insbesondere hinsichtlich der Nullkupon-Schuldscheindarlehen gilt die "Abwicklung" in Bezug auf Nullkupon-Schuldscheindarlehen als eingetreten durch (i) die Unterzeichnung eines Abtretungsvertrages durch den Angebotsleger, durch den der Angebotsleger seine Ansprüche gegenüber die Republik Österreich unter dem jeweiligen Nullkupon-Schuldscheindarlehen an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger abtritt und (ii) die Versendung des jeweiligen Abtretungsvertrages an den jeweiligen Annehmenden Gläubiger per Email oder Fax an die E-Mail-Adresse oder Fax-Nummer, welche in der jeweiligen Tender Anweisung angegeben wurde. Um den wirksamen Abschluss des Abtretungsvertrages herbeizuführen, muss der jeweilige Annehmende Gläubiger den jeweiligen Abtretungsvertrag gegenzeichnen und eine gescannte Kopie des gegengezeichneten Dokuments an den Angebotsleger unverzüglich per Email (office@kaf.gv.at) an den Angebotsleger zurücksenden. Die Abtretung wird nicht wirksam, wenn der Annehmende Gläubiger den gegengezeichneten Abtretungsvertrag nicht an den Angebotsleger zurückgesendet hat. Das Original des jeweiligen Schuldscheins wird dem jeweiligen Annehmenden Gläubiger (welcher den jeweiligen gegengezeichneten Abtretungsvertrag zurückgesendet hat) nicht am Abwicklungstag, sondern danach übergeben. Gläubiger, die den Erhalt von Nullkupon-Anleihen wählen, sollten zudem beachten, dass es weiterhin erforderlich ist, die erforderlichen Wirtschaftlich Berechtigter Informationen einzureichen, um den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis zu erhalten.

Der Angebotsleger wird den Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis in der Währung des maßgeblichen Eingereichten Schuldtitels für jeden Eingereichten Schuldtitel innerhalb von vier Wochen nach dem Tag zahlen, an welchem die Abwicklung der Schuldnerin rechtskräftig beendet wird.

Wie reiche ich meine Schuldtitel ein?

Der Angebotsleger akzeptiert die Einreichung von Schuldtiteln im Rahmen der Angebote nur dann, wenn dies im Wege rechtsgültiger Tender Anweisungen erfolgt. Für jeden Gläubiger muss für jede

von ihm eingereichte Serie von Schuldtiteln eine gesonderte Tender Anweisung abgegeben werden. Tender Anweisungen, die den in dieser Angebotsunterlage geregelten Verfahren nicht entsprechen, werden nicht angenommen.

Ein Schuldverschreibungsgläubiger, der Schuldverschreibungen über ein Clearingsystem hält, muss über das maßgebliche Clearingsystem und nach Maßgabe der Anforderungen dieses Clearingsystems eine gültige Tender Anweisung selbst übermitteln oder in seinem Namen übermitteln lassen, die in jedem Fall bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen dem Tender Agent zuzugehen hat. Der Zugang einer solchen Tender Anweisung beim maßgeblichen Clearingsystem wird entsprechend der üblichen Praxis dieses Clearingsystems bestätigt und hat die Sperrung der maßgeblichen Eingereichten Schuldtitel im Konto des Direkten Teilnehmers bei dem maßgeblichen Clearingsystem zur Folge, sodass im Hinblick auf die betreffenden Schuldtitel keine Übertragungen erfolgen können.

Um eine Namensschuldverschreibung im Rahmen eines Angebots einzureichen, muss ein Gläubiger einer Namensschuldverschreibung Folgendes selbst übermitteln oder in seinem Namen übermitteln lassen: (i) eine gültige Tender Anweisung (die dem in Anhang C dieser Angebotsunterlage aufgeführten Muster entspricht) sowie (ii) eine Kopie des Originals der Wertpapierurkunde, durch die die maßgebliche Namensschuldverschreibung verbrieft wird und aus der hervorgeht, dass der Gläubiger ein Inhaber der maßgeblichen Namensschuldverschreibung ist, und, falls der Name des Gläubigers nicht in dem Original der Wertpapierurkunde aufgeführt ist, (a) eine Kopie der (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus der/denen jeweils hervorgeht, dass der Gläubiger Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus der maßgeblichen Namensschuldverschreibung ist, die auf Grundlage der Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird, wobei die Übermittlung jeweils per E-Mail (und anschließend in Papierform (die dem Tender Agent bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein muss) und – im Fall der Wertpapierurkunde – durch Übersendung einer Kopie des Originals erfolgt., und zwar jeweils auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers und gemäß den Anforderungen der Bedingungen der maßgeblichen Namensschuldverschreibung sowie den Konditionen und Bedingungen der Angebote

Um seine Ansprüche und Forderungen aus einem Schuldschein im Rahmen eines Angebots einzureichen, muss ein Gläubiger eines Schuldscheins Folgendes selbst übermitteln oder in seinem Namen übermitteln lassen: (i) eine gültige Tender Anweisung (die dem in Anhang C zu dieser Angebotsunterlage aufgeführten Muster entspricht) sowie (ii) die Kopien der Originaldokumente in Bezug auf die Schuldscheine, aus denen Folgendes hervorgeht: (x) der maßgebliche Schuldschein und (y) der Status des Gläubigers als Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein, der auf Grundlage der Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird, wobei die Übermittlung jeweils per E-Mail (und anschließend in Papierform (die dem Tender Agent bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein muss) erfolgt, und zwar auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers und gemäß den Anforderungen der Bedingungen der maßgeblichen Schuldscheine und den Konditionen und Bedingungen der Angebote.

Um seine Ansprüche und Forderungen aus einem Pfandbriefbank-Anspruch im Rahmen des Klasse A-Angebots einzureichen, muss ein Gläubiger eines Pfandbriefbank-Anspruchs Folgendes übermitteln oder in seinem Namen übermitteln lassen: (i) eine gültige Tender Anweisung (die dem in Anhang C zu dieser Angebotsunterlage aufgeführten Muster entspricht) sowie (ii) die Kopien der Originaldokumente in Bezug auf den Pfandbriefbank-Anspruch, einschließlich allfälliger Bescheinigungen darüber, dass der Gläubiger des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs

Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der im Rahmen des Kauf- bzw. Umtauschgebots des Angebotslegers eingereicht wird, wobei die Übermittlung jeweils per E-Mail (und anschließend in Papierform (die dem Tender Agent bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein muss) erfolgt, und zwar auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers und gemäß den Anforderungen der Bedingungen des maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruchs und den Konditionen und Bedingungen der Angebote.

Um an dem Umtauschangebot teilnehmen und Nullkupon-Anleihen erhalten zu können, sollten Annehmende Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen sich dessen bewusst sein, dass sie entweder (i) ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten müssen oder (ii) einen direkten Teilnehmer von Euroclear/Clearstream, Luxemburg, der ein solches Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen müssen, in ihren Namen zu handeln. Die Abwicklung des Umtauschgebots erfolgt durch die Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Nullkupon-Anleihen an dieses Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot durch den Tender Agent am Abwicklungstag. Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen, die einen direkten Teilnehmer, der ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhält, beauftragen, müssen dem Tender Agent in der Tender Anweisung die Kontoangaben dieses direkten Teilnehmers zur Verfügung stellen. Damit diese Gläubiger den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel auf ihr eigenes Wertpapierdepot erhalten, müssen sie mit dem direkten Teilnehmer vereinbaren bzw. durch ihre Verwahrstelle sicherstellen lassen, dass der Lieferbare Nennbetrag der Neuen Schuldtitel in ihr Wertpapierdepot eingebucht wird. Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen, die ihr eigenes Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Konto unterhalten, müssen dem Tender Agent diese Euroclear-/ Clearstream, Luxemburg-Kontoangaben in der Tender Anweisung zur Verfügung stellen und werden diesen entsprechende Anweisungen des Tender Agents bei Euroclear-/Clearstream, Luxemburg eingeben müssen, damit die Nullkupon-Anleihen geliefert werden.

Voraussetzung für die Abwicklung der Angebote durch den Tender Agent sind vollständig ausgefüllte Tender Anweisungen. Die Abwicklung der Angebote für Annehmende Gläubiger, bei denen es sich um natürliche Personen handelt, kann sich verzögern, wenn Annehmende Gläubiger dem Tender Agent keine vollständig ausgefüllten Tender Anweisungen übermitteln. Weder der Angebotsleger noch die Offer Agents, einer der Agenten der Nullkupon-Anleihen oder der Tender Agent sind dafür verantwortlich, Gläubiger über Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit Tender Anweisungen zu informieren.

Müssen Tender Anweisungen für Schuldtitel mit Ausnahme von Schuldverschreibungen (Anhang C) an den Tender Agent nur per E-Mail oder nur in Papierform übermittelt werden?

Nein. Diese Tender Anweisungen müssen dem Tender Agent innerhalb des angegebenen Zeitraums sowohl per E-Mail als auch in Papierform zugegangen sein (siehe Seite 2 von Anhang C dieser Angebotsunterlage).

Muss jede Tender Anweisung für Schuldtitel mit Ausnahme von Schuldverschreibungen (Anhang C) ein US-Steuerformular enthalten?

Ja. Jeder annehmende Anleger ist verpflichtet, die Tender Anweisung zusammen mit einem sorgfältig ausgefüllten US-Steuerformular zu übermitteln. Anlegern wird dringend geraten, sich mit ihren Steuerberatern in Verbindung zu setzen.

Kann ich meine Tender Anweisungen widerrufen oder ändern?

Ja. Gläubiger können ihre Tender Anweisungen jederzeit vor Ende der Frist für Tender Anweisungen widerrufen oder ändern, vorausgesetzt, die Anweisungen zum Widerruf oder zur Änderung gehen dem Tender Agent vor Ende der Angebotsfrist zu. Schuldverschreibungsgläubiger werden darauf hingewiesen, dass sie allfällige von Intermediären und Clearingsystemen gesetzte Fristen einzuhalten haben.

Wie widerrufe oder ändere ich meine Tender Anweisungen?

Gläubiger, die ihr Widerrufsrecht ausüben oder ihre Tender Anweisung ändern möchten, müssen dies entsprechend den nachstehend beschriebenen Verfahren tun.

Eine Tender Anweisung kann

- (i) in Bezug auf Schuldverschreibungen durch einen Gläubiger – oder in seinem Namen durch den betreffenden Direkten Teilnehmer – durch Abgabe einer gültigen elektronischen Widerrufsanweisung beim entsprechenden Clearingsystem widerrufen oder geändert werden; oder
- (ii) in Bezug auf Schuldtitel, bei denen es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt, durch Abgabe eines ordnungsgemäß unterzeichneten Originals einer gültigen Widerrufsanweisung durch einen Gläubiger an den Tender Agent.

Derartige Widerrufs- oder Änderungsanweisungen müssen folgende Angaben enthalten:

- (i) die gesamte Festgelegte Stückelung (bzw. im Falle von Nullkupon-Schuldtiteln deren Amortisierten Nennbetrag) der Eingereichten Schuldtitel, auf den sich die ursprüngliche Tender Anweisung bezog; und den einmaligen Referenzcode, der sich auf die ursprüngliche Tender Anweisung bezieht;
- (ii) in Bezug auf Schuldverschreibungen das Wertpapierdepot, dem die Eingereichten Schuldtitel gutgeschrieben oder auf dem sie freigegeben werden, sowie alle sonstigen vom betreffenden Clearingsystem geforderten Informationen; und
- (iii) in Bezug auf alle anderen Schuldtitel außer Schuldverschreibungen alle sonstigen vom Tender Agent verlangten Informationen.

Gläubiger werden darauf hingewiesen, dass sie allfällige von Intermediären und Clearingsystemen gesetzte Fristen einzuhalten haben.

An wen kann ich mich wenden, wenn ich Fragen zu den Angeboten habe?

Unterlagen im Zusammenhang mit den Angeboten können über die Internetseite des Angebotslegers unter: www.kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at bezogen werden.

Informationersuchen im Zusammenhang mit den Angeboten sind an die Offer Agents zu richten: Citigroup Global Markets Limited (Tel.: +44 207 986 8969 oder E-Mail: liabilitymanagement.europe@citi.com) oder J.P. Morgan Securities plc (Tel.: +44 207 134 2468 oder E-Mail: emea_lm@jpmorgan.com).

Druckexemplare dieser Angebotsunterlage oder weitere Informationen im Zusammenhang mit den Verfahren zur Abgabe der Tender Anweisungen sind beim Tender Agent erhältlich bzw. zu erfragen:

Citibank, N.A., Niederlassung London
Citigroup Centre
33 Canada Square

Canary Wharf
London E14 5LB
United Kingdom

Telefon: +44 20 7508 3867

z. H.: Exchange Team – Agency & Trust

E-Mail: exchange.gats@citi.com

oder

Citibank, N.A., Niederlassung London

FAO: Exchange Team

Mail-Drop: 13-58

Canary Wharf

Citigroup Centre

33 Canada Square

London E14 5LB

United Kingdom

E-Mail: HETA.Instructions@citi.com

(Für die Abgabe von Tender Anweisungen durch die Inhaber von Namensschuldverschreibungen, Pfandbriefbank-Ansprüchen und Schuldscheinen)

Jedoch können weder der Angebotsleger noch der Tender Agent noch die Offer Agents zu der Sinnhaftigkeit einer Annahme der Angebote beraten; diesbezüglich sollten sich Gläubiger an ihre eigenen Berater wenden.

ANHANG A
BESCHREIBUNG DER KLASSE A-SCHULDTITEL
TEIL 1 – BARANGEBOT

Anhang A - Teil 1

Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (Währung des Schuldtitels)	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (EUR)	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Festgelegte Stückelung (EUR)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (EUR)	Angepasste Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Währung des Schuldtitels)	HETA-Kompensationszahlung (Währung des Schuldtitels)	Freiwillige Prämie (Währung des Schuldtitels)	Ausgleichszahlung (Währung des Schuldtitels)	Kaufpreis (Währung des Schuldtitels)	HETA-Kompensationszahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Festgelegten Stückelung)
Senior Schuldverschreibungen																			
1 Hblnt_EUR_3m-Euribor_2007-2015		XSO289201484	450.000.000	450.000.000	50.000	50.000	21	21	50,021	50,021	31.913,39	114,40	5.487,95	37.515,74	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,03%
2 Hblnt_EUR_3mEuribor_2007-2015		XSO292051835	500.000.000	500.000.000	50.000	50.000	14	14	50,014	50,014	31.909,11	114,38	5.487,22	37.510,71	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,02%
3 Hblnt_EUR17836179		XSO217836179	20.000.000	20.000.000	100.000	100.000	11	11	100,011	100,011	63.807,07	228,72	10.972,52	75.008,31	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
4 Hblnt_OHF_6mLibor_2007-2015		XSO293593421	200.000.000	188.040,617	100.000	94,020	43	43	100,043	94,061	63.827,53	228,80	10.976,04	75.032,37	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,03%
5 Hblnt_EUR_Inflationseinknt_2005-2015		XSO217878841	80.000.000	80.000.000	100.000	100.000	1,592	1,592	101,592	101,592	64.815,43	232,34	11.145,92	76.193,69	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	76,19%
6 Hblnt_EUR_3mEuribor_2005-2015		XSO218884194	20.000.000	20.000.000	50.000	50.000	4	4	50,004	50,004	31.902,55	114,36	5.486,09	37.503,00	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
7 Hblnt_EUR_10YCMS_2005-2015		XSO219714554	5.000.000	5.000.000	1.000	1.000	10	10	1,010	1,010	644,27	2,31	110,79	757,37	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,74%
[FMA: Hblnt_EUR_10YCMS_2005-2015]																			
8 Hblnt_EUR_4,25%_2003-2015		XSO169594057	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	3,010	3,010	103,010	103,010	65.720,65	235,58	11.301,58	77.257,81	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	77,26%
9 Hblnt_OHF_2,76_2007_2015		CH0028623145	600.000.000	564.121,850	5.000	4,701	76	71	5,076	4,772	3.238,49	11,61	556,90	3.807,00	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	76,14%
10 Hblnt_EUR_3mEuribor_2005-2016		XSO219079794	20.000.000	20.000.000	50.000	50.000	4	4	50,004	50,004	31.902,55	114,36	5.486,09	37.503,00	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
11 Hblnt_JPY_1,905_2006-2016		XSO268565586	5.000.000.000	37.299,515	100.000.000	745,990	804,333	6,000	100.804,333	751,991	64.313,164,70	230,537,76	11.059,547,58	75.603,250,04	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,60%
12 Hblnt_EUR_4,25%_2006		XSO272401356	1.250.000.000	1.250.000.000	1.000	1.000	14	14	1,014	1,014	646,99	2,32	111,26	760,57	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	76,06%
[FMA: Hblnt_EUR_4,25%_2006-2016]																			
13 Hblnt_EUR_3,42%_2005-2016		XSO232733492	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	1,083	1,083	101,083	101,083	64.490,95	231,18	11.090,12	75.812,25	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,81%
14 Hblnt_EUR_3mEuribor_2005-2017		XSO210195003	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	16	16	100,016	100,016	63.809,94	228,73	10.973,01	75.011,68	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
15 Hblnt_EUR_3mEuribor_2005-2017		XSO210264411	50.000.000	50.000.000	100.000	100.000	10	10	100,010	100,010	63.806,33	228,72	10.972,39	75.007,44	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
16 Hblnt_EUR_3,90%_2005-2017		XSO219321065	10.000.000	10.000.000	10.000	10.000	38	38	10,038	10,038	6.404,54	22,96	1.101,35	7.528,85	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,29%
17 HYPO ALPE-ADRIA ANL 07/17_EUR		XSO281875483	2.000.000.000	2.000.000.000	50.000	50.000	216	216	50,216	50,216	32.037,65	114,84	5.509,32	37.661,81	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,32%
18 Hblnt_EUR_3mEuribor_2004-2017		XSO184652567	10.000.000	10.000.000	1.000	1.000	0	0	1,000	1,000	638,07	2,29	109,72	750,08	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
19 Hblnt_EUR_3mEuribor+15BP_2004-2017		XSO184389397	65.000.000	65.000.000	100.000	100.000	6	6	100,006	100,006	63.803,86	228,71	10.971,97	75.004,54	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
20 Hblnt_EUR_3,72%_2006-2017		AT0000400624	20.000.000	20.000.000	100.000	100.000	3,575	3,575	103,575	103,575	66.081,06	235,87	11.363,56	77.681,49	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	77,68%
21 Hblnt_EUR_3mEuribor_2004-2017		XSO187818595	20.000.000	20.000.000	1.000	1.000	0	0	1,000	1,000	638,24	2,29	109,75	750,28	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,03%
22 Hblnt_EUR_4,07%_2005-2017		XSO215451633	5.000.000	5.000.000	10.000	10.000	385	385	10,385	10,385	6.625,44	23,75	1.139,34	7.788,53	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	77,89%
23 Hblnt_EUR_CMS-linked-2007-2017		XSO293592613	70.000.000	70.000.000	50.000	50.000	98	98	50,098	50,098	31.962,50	114,57	5.496,40	37.573,47	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,15%
24 Hblnt_EUR_CMS-linked_2007-2017		XSO293591995	10.000.000	10.000.000	50.000	50.000	98	98	50,098	50,098	31.962,50	114,57	5.496,40	37.573,47	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,15%
25 Hblnt_EUR_6mEuribor+17BP_2002-2017		XSO147028061	20.000.000	20.000.000	100.000	100.000	108	108	100,108	100,108	63.868,62	228,94	10.983,10	75.080,66	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,08%
26 Hblnt_EUR_6mEuribor+17BP_2002-2017		XSO147142276	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	100	100	100,100	100,100	63.863,52	228,93	10.982,23	75.074,68	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,07%
27 Hblnt_EUR_6mEuribor_2004-2017		XSO203692727	23.000.000	23.000.000	100.000	100.000	85	85	100,085	100,085	63.854,40	228,89	10.980,66	75.063,95	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,06%
28 Hblnt_EUR_12mEURIBOR/CMS-Spread-Option_2002-2017		XSO147285547	50.000.000	50.000.000	5.000.000	5.000.000	31,050	31,050	5.031,050	5.031,050	3.209,809,90	11,055,92	551,971,68	3.773,287,50	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,47%
[FMA: Hblnt_EUR_12mEURIBOR/CMS_2002-2017]																			
29 Hblnt_EUR_6,94%_2003-2017		XSO149185745	5.000.000	5.000.000	10.000	10.000	503	503	10,503	10,503	6.701,01	24,02	1.152,33	7.877,36	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	78,77%
30 Hblnt_EUR_Range_2002-2017		XSO148839243	5.000.000	5.000.000	100.000	100.000	5,180	5,180	105,180	105,180	67.104,84	240,54	11.539,62	78.885,00	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	78,89%
31 Hblnt_EUR_5,80%_2002-2017		XSO148494320	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	4,092	4,092	104,092	104,092	66.410,84	238,36	11.620,27	78.069,17	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	78,07%
32 Hblnt_EUR_4,4%_2003-2017		XSO169594727	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	3,056	3,056	103,056	103,056	65.749,44	235,69	11.306,54	77.291,67	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	77,29%
33 Hblnt_EUR_6mEuribor+15BP_2003-2017		XSO170738263	30.000.000	30.000.000	100.000	100.000	51	51	100,051	100,051	63.832,43	228,81	10.976,88	75.038,12	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,04%
34 Hblnt_EUR_fix_2002-2017		XSO149819004	10.000.000	10.000.000	100.000	100.000	3,724	3,724	103,724	103,724	66.175,63	237,21	11.379,62	77.792,66	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	77,79%
35 Hblnt_EUR_3mEuribor_2005-2017		XSO209755581	50.000.000	50.000.000	100.000	100.000	22	22	100,022	100,022	63.913,73	229,75	10.973,66	75.016,14	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,02%
36 Hblnt_EUR_6mEuribor+15BP_2003-2017		XSO171833030	50.000.000	50.000.000	100.000	100.000	25	25	100,025	100,025	63.815,82	228,75	10.974,02	75.018,59	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,02%
37 Hblnt_EUR_3mEuribor_2005-2017		XSO210342316	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	12	12	100,012	100,012	63.807,51	228,73	10.972,59	75.008,83	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
38 Hblnt_EUR_3mEuribor_2004-2017		XSO198512732	50.000.000	50.000.000	1.000	1.000	0	0	1,000	1,000	638,06	2,29	109,72	750,07	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
39 Hblnt_EUR_6mEuribor+18BP_2002-2017		XSO151684981	75.000.000	75.000.000	100.000	100.000	14	14	100,014	100,014	63.809,07	228,73	10.972,86	75.010,66	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
40 Hblnt_EUR_6mEuribor+17BP_2003-2017		XSO173505028	50.000.000	50.000.000	100.000	100.000	4	4	100,004	100,004	63.802,61	228,71	10.971,75	75.003,07	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
41 Hblnt_EUR_CMS-Spread-CAP 2006-2017		XSO244768635	100.000.000	100.000.000	100.000	100.000	13	13	100,013	100,013	63.808,43	228,73	10.972,75	75.009,91	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,01%
[FMA: Hblnt_EUR_CMS-Spread-CAP]																			
42 Hblnt_EUR_6mEuribor+18BP_2004-2017		XSO191136574	25.000.000	25.000.000	100.000	100.000	1	1	100,001	100,001	63.800,49	228,70	10.971,39	75.000,58	63,80%	0,23%	10,97%	75,00%	75,00%
43 Hblnt_EUR_4,54%_2004-2017		XSO200438223	20.000.000	20.000.000	100.000														

Anhang A - Teil 1

HETA-																	
Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (Währung des Schuldtitels)	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (EUR)	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Festgelegte Stückelung (EUR)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegt (Währung des Schuldtitels)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegt (EUR)	Angepasste Festgelegt (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegt (EUR)	HETA-Kompensations-zahlung (Währung des Schuldtitels)	Ausgleichs-zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichs-zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichs-zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (Währung des Schuldtitels)	Kaufpreis (EUR)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	
77 SSD_EUR_3,97%_2005-2016		80	10.000,00	10.000,00	10.000,00	3.263	3.263	10.003.263	10.003.263	6.382.081,00	22.877,29	1.097.488,72	7.502,47	75,00%	75,00%	75,00%	
78 SSD_EUR_3,93%_2006-2016		103	5.000,00	5.000,00	5.000,00	37.461	37.461	1.037.461	1.037.461	861.947,00	2.372,62	113.822,93	778.065,41	75,00%	75,00%	77,81%	
79 SSD_EUR_4,015%_2005-2016		63	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	38.500	38.500	1.038.500	662.563,00	2.375,03	113.936,97	778.075,00	75,00%	75,00%	77,89%	
80 SSD_EUR_4,27%_2006-2016		107	5.000,00	5.000,00	5.000,00	5.000,00	143.308	143.308	5.143.308	3.281.430,64	11.762,66	564.287,86	3.857.481,16	75,00%	75,00%	77,04%	
81 SSD_EUR_4,39%_2006-2016		109	10.000,00	10.000,00	1.000,00	1.000,00	27.182	27.182	1.027.182	555.342,06	2.349,15	112.695,23	770.366,44	75,00%	75,00%	77,15%	
82 SSD_EUR_4,31%_2006-2016		111	20.000,00	20.000,00	1.000,00	1.000,00	25.742	25.742	1.025.742	544.423,34	2.346,65	112.537,24	769.306,43	75,00%	75,00%	76,53%	
[FMA SSD_EUR_4,31%_2016]																	
83 SSD_EUR_3,74%_2006-2016		101	15.000,00	15.000,00	5.000,00	5.000,00	100.929	100.929	5.100.929	3.254.392,56	11.665,74	559.638,29	3.825.696,59	75,00%	75,00%	76,91%	
84 SSD_EUR_4,02%_2005-2016		62	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	19.274	19.274	1.019.274	650.296,79	2.331,06	111.827,62	764.455,47	75,00%	75,00%	76,45%	
85 SSD_EUR_5,64%_2005-2016_AO		62	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	22.642	22.642	1.022.642	652.445,72	2.338,76	112.197,16	766.961,54	75,00%	75,00%	76,45%	
[FMA SSD_EUR_CMS-Spread_2005-2016_AO]																	
86 SSD_EUR_3,50%_2005-2016		86	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	191.301	191.301	15.191.301	15.191.301	9.692.050,20	34.742,24	1.666.683,11	11.393.476,02	75,00%	75,00%	75,96%
87 SSD_EUR_6mEuribor+3,10%_2005-2016_AO		87	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	9.131	9.131	1.008.131	1.008.131	643.825,72	2.307,87	110.714,83	756.848,42	75,00%	75,00%	75,88%
88 SSD_EUR_4,40%_2006-2017		110	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	10.849	10.849	1.010.849	644.921,19	2.311,77	110.803,13	756.136,98	75,00%	75,00%	75,74%	
89 SSD_EUR_4,00%_2006-2016		114	40.000,00	40.000,00	1.000,00	1.000,00	9.863	9.863	1.009.863	644.292,60	2.309,54	110.795,12	757.397,26	75,00%	75,00%	75,74%	
90 SSD_EUR_3,75%_2006-2016		100	10.000,00	10.000,00	1.000,00	1.000,00	78.082	78.082	1.078.082	6.429.816,44	23.048,40	1.105.696,81	7.558.561,65	75,00%	75,00%	75,59%	
91 SSD_EUR_3,785%_2005-2016		69	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	77.774	77.774	10.077.774	6.429.619,80	23.047,69	1.105.662,99	7.558.330,48	75,00%	75,00%	75,58%	
92 SSD_EUR_3,76%_2005-2016		69	5.000,00	5.000,00	1.000,00	1.000,00	6.387	6.387	1.006.387	642.074,81	2.301,59	110.413,74	754.790,14	75,00%	75,00%	75,48%	
93 SSD_EUR_4,34%_2006-2017		116, 1	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	5.588	5.588	1.005.588	641.565,46	2.299,76	110.326,15	754.191,37	75,00%	75,00%	75,42%	
94 SSD_EUR_4,34%_2006-2017		116, 2	5.000,00	5.000,00	1.000,00	1.000,00	5.588	5.588	1.005.588	641.565,46	2.299,76	110.326,15	754.191,37	75,00%	75,00%	75,42%	
95 SSD_EUR_4,254%_2006-2017		118	40.000,00	40.000,00	1.000,00	1.000,00	5.478	5.478	1.005.478	641.494,81	2.299,51	110.314,00	754.108,32	75,00%	75,00%	75,41%	
96 SSD_EUR_4,200%_2007-2017		120	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	2.411	2.411	1.002.411	639.538,19	2.292,52	109.677,32	751.805,22	75,00%	75,00%	75,18%	
97 SSD_EUR_4,05%_2006-2017		123	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	1.684	1.684	1.001.684	639.061,88	2.290,79	109.895,62	751.248,29	75,00%	75,00%	75,12%	
98 SSD_EUR_4,16%_06-17		119	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	228	228	2.000.228	1.276.145,43	4.574,49	219.451,04	1.500.170,96	75,00%	75,00%	75,01%	
99 SSD_EUR_4,605%_2004-2017		45	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	451.546	451.546	10.451.546	6.668.086,25	23.930,50	1.146.670,83	7.838.699,28	75,00%	75,00%	77,39%	
100 SSD_EUR_4,10%_2006-2017		115	40.000,00	40.000,00	1.000,00	1.000,00	39.652	39.652	1.039.652	683.298,01	2.377,67	114.063,36	779.739,04	75,00%	75,00%	77,99%	
[FMA SSD_EUR_4,10_2006-2017]																	
101 SSD_EUR_6mEuribor+3,07%_2005-2017_AO		84	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	10.158	10.158	1.010.158	1.010.158	644.480,77	2.310,27	110.827,48	757.618,46	75,00%	75,00%	75,76%
[FMA SSD_EUR_6mEuribor+3,7%_2005-2017_AO]																	
102 SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO		92	15.000,00	15.000,00	1.000,00	1.000,00	48.473	48.473	1.048.473	668.926,03	2.397,84	115.031,18	798.355,05	75,00%	75,00%	78,64%	
103 SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO		94	20.000,00	20.000,00	1.000,00	1.000,00	48.473	48.473	1.048.473	668.926,03	2.397,84	115.031,18	786.355,05	75,00%	75,00%	78,64%	
104 SSD_EUR_6mEuribor+3,065%_2005-2017_AO		83	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	6.122	6.122	1.006.122	641.906,00	2.309,88	110.384,71	754.591,69	75,00%	75,00%	75,46%	
[FMA SSD_EUR_CMS-Spread_2005-2017_AO]																	
105 SSD_EUR_4,10%_2006-2017		124	10.000,00	10.000,00	1.000,00	1.000,00	29.205	29.205	1.029.205	656.633,10	2.363,78	112.917,24	771.904,12	75,00%	75,00%	77,19%	
106 SSD_EUR_4,275%_2007-2017		131	10.000,00	10.000,00	1.000,00	1.000,00	28.578	28.578	1.028.578	656.232,82	2.342,34	112.848,40	771.433,56	75,00%	75,00%	77,14%	
107 SSD_EUR_4,3%_07-17		127	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	28.745	28.745	1.028.745	656.339,44	2.352,72	112.866,74	771.558,90	75,00%	75,00%	77,16%	
108 SSD_EUR_4,3%_07-17		126	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	28.745	28.745	1.028.745	656.339,44	2.352,72	112.866,74	771.558,90	75,00%	75,00%	77,16%	
109 SSD_EUR_4,275%_2007-2017		132	10.000,00	10.000,00	1.000,00	1.000,00	28.578	28.578	1.028.578	656.232,82	2.352,34	112.848,40	771.433,56	75,00%	75,00%	77,14%	
110 SSD_EUR_4,3%_07-17		125	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	28.745	28.745	1.028.745	656.339,44	2.352,74	112.866,74	771.558,90	75,00%	75,00%	77,16%	
111 SSD_EUR_4,28%_2007-2017		130	30.000,00	30.000,00	1.000,00	1.000,00	28.612	28.612	1.028.612	656.254,14	2.352,42	112.852,07	771.458,33	75,00%	75,00%	77,15%	
112 SSD_EUR_4,3%_07-17		129	50.000,00	50.000,00	1.000,00	1.000,00	28.879	28.879	1.028.879	656.424,74	2.353,03	112.881,41	771.659,18	75,00%	75,00%	77,17%	
113 SSD_EUR_4,3%_07-17		128	150.000,00	150.000,00	1.000,00	1.000,00	28.745	28.745	1.028.745	656.339,44	2.352,72	112.866,74	771.558,90	75,00%	75,00%	77,16%	
114 SSD_EUR_6,74%_2005-2017_AO		69	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	37.686	37.686	1.037.686	662.043,83	2.373,17	113.847,69	778.264,69	75,00%	75,00%	77,83%	
[FMA SSD_EUR_CMS-Spread_2005-2017_AO]																	
115 SSD_EUR_6,74%_2005-2017_AO		90	25.000,00	25.000,00	1.000,00	1.000,00	37.686	37.686	1.037.686	662.043,83	2.373,17	113.847,69	778.264,69	75,00%	75,00%	77,83%	
116 SSD_EUR_4,44%_2006-2017		108	5.000,00	5.000,00	1.000,00	1.000,00	28.465	28.465	1.028.465	656.160,45	2.352,08	112.835,96	771.348,49	75,00%	75,00%	77,13%	
117 SSD_EUR_4,705%_2004-2017		23, 1	20.000,00	20.000,00	1.000,00	1.000,00	29.668	29.668	1.029.668	656.927,95	2.354,81	112.967,94	772.250,72	75,00%	75,00%	77,23%	
118 SSD_EUR_4,705%_2004-2017		23, 2	20.000,00	20.000,00	1.000,00	1.000,00	29.668	29.668	1.029.668	656.927,95	2.353,84	112.967,94	772.250,72	75,00%	75,00%	77,23%	
119 SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO		93	15.000,00	15.000,00	1.000,00	1.000,00	48.473	48.473	1.048.473	668.926,03	2.397,84	115.031,18	786.355,05	75,00%	75,00%	78,64%	
[FMA SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO]																	
120 SSD_EUR_4,68%_2004-2017		46	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	234.000	234.000	10.234.000	10.234.000	6.529.292,00	22.049,98	1.122.803,02	7.675.500,00	75,00%	75,00%	76,76%
121 SSD_EUR_4,735%_2004-2017		21, 54	13.000,00	13.000,00	1.000,00	1.000,00	23.675	23.675	1.023.675	653.104,65	2.341,13	112.310,47	767.756,25	75,00%	75,00%	76,78%	
122 SSD_EUR_4,735%_2004-2017		39	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	23.675	23.675	1.023.675	653.104,65	2.341,13	112.310,47	767.756,25	75,00%	75,00%	76,78%	
123 SSD_EUR_4,68%_2004-2017		40	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	23.400	23.400	1.023.400	652.920,00	2.340,50	112.280,30	767.550,00	75,00%	75,00%	76,76%	
124 SSD_EUR_4,725%_2004-2017		22	20.000,00	20.000,00	1.000,00	1.000,00	23.400	23.400	1.023.400	652.920,00	2.340,50	112.280,30	767.550,00	75,00%	75,00%	76,76%	
125 SSD_EUR_4,69%_2004-2017		24	14.000,00	14.000,00	1.000,00	1.000,00	23.450	23.450	1.023.450	652.961,10	2.340,61	112.285,79	767.587,00	75,00%	75,00%	76,76%	
126 SSD_EUR_4,735%_2004-2017		41	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.000,00	23.675	23.675	1.023.675	653.104,65	2.341,13	112.310,47	767.756,25	75,00%	75,00%	76,78%	
127 SSD_EUR_4,70%_2004-2017		44	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	151.706	151.706	7.151.706	4.562.788,15	16.355,83	784.632,00	5.363.779,18	75,00%	75,00%	76,63%	
128 SSD_EUR_5,16%_2003-2018		19	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	73.512	73.512	10.073.512	6.426.900,87	23.037,95	1.105.195,43	7.555.134,25	75,00%	75,00%	75,55%	
129 SSD_EUR_5,16%_2003-2018		49	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	73.512	73.512	10.073.512	6.426.900							

Anhang A - Teil 1

		Gesamtnominale zum 1. März 2015 (Währung des Schuldtitels)	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (EUR)	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Festgelegte Stückelung (EUR)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (EUR)	Angepasste Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)	HETA- Kompensations- zahlung (Währung des Schuldtitels)	Freiwillige Prämie (Währung des Schuldtitels)	Ausgleichs- zahlung (Währung des Schuldtitels)	Kaufpreis (Währung des Schuldtitels)	HETA- Kompensations- zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichs- zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Festgelegten Stückelung)
Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.																	
159 JPY Claim of Salzburger Landes-Hypothekenbank AG	JPY Claim of Salzburger Landes-Hypothekenbank AG	-	-	-	-	3,398	25	3,398	25	2,168.20	7.77	372.85	2,548.82	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	N/A
160 EUR Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	EUR Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	93,690,125	93,690,125	46,845,063	46,845,063	31,013	31,013	46,876,076	46,876,076	29,906,936.21	107,204.77	5,142,915.69	35,157,056.67	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.05%
161 CHF Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	CHF Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	6,250,000	5,876,269	3,125,000	2,938,135	(2,867)	(2,695)	3,122,133	2,935,439	1,991,920.97	7,140.26	342,538.65	2,341,599.88	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	74.93%
162 JPY Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	JPY Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	-	-	-	-	3,398	25	3,398	25	2,168.20	7.77	372.85	2,548.82	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	N/A
163 EUR Claim of Hypo Tirol Bank AG	EUR Claim of Hypo Tirol Bank AG	93,690,125	93,690,125	46,845,063	46,845,063	31,013	31,013	46,876,076	46,876,076	29,906,936.21	107,204.77	5,142,915.69	35,157,056.67	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.05%
164 CHF Claim of Hypo Tirol Bank AG	CHF Claim of Hypo Tirol Bank AG	6,250,000	5,876,269	3,125,000	2,938,135	(2,867)	(2,695)	3,122,133	2,935,439	1,991,920.97	7,140.26	342,538.65	2,341,599.88	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	74.93%
165 JPY Claim Hypo Tirol Bank AG	JPY Claim Hypo Tirol Bank AG	-	-	-	-	3,398	25	3,398	25	2,168.20	7.77	372.85	2,548.82	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	N/A
166 EUR Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG	EUR Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG	93,690,125	93,690,125	46,845,063	46,845,063	31,013	31,013	46,876,076	46,876,076	29,906,936.21	107,204.77	5,142,915.69	35,157,056.67	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.05%
167 CHF Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG	CHF Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG	6,250,000	5,876,269	3,125,000	2,938,135	(2,867)	(2,695)	3,122,133	2,935,439	1,991,920.97	7,140.26	342,538.65	2,341,599.88	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	74.93%
168 JPY Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG	JPY Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG	-	-	-	-	3,398	25	3,398	25	2,168.20	7.77	372.85	2,548.82	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	N/A
169 EUR Claim of Austrian Anadi Bank AG	EUR Claim of Austrian Anadi Bank AG	46,845,063	46,845,063	46,845,063	46,845,063	31,013	31,013	46,876,076	46,876,076	29,906,936.21	107,204.77	5,142,915.69	35,157,056.67	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.05%
170 CHF Claim of Austrian Anadi Bank AG	CHF Claim of Austrian Anadi Bank AG	3,125,000	2,938,135	3,125,000	2,938,135	(2,867)	(2,695)	3,122,133	2,935,439	1,991,920.97	7,140.26	342,538.65	2,341,599.88	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	74.93%
171 JPY Claim of Austrian Anadi Bank AG	JPY Claim of Austrian Anadi Bank AG	-	-	-	-	3,398	25	3,398	25	2,168.20	7.77	372.85	2,548.82	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	N/A
172 EUR Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG	EUR Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG	255,326,000	255,326,000	15,957,875	15,957,875	-	-	15,957,875	15,957,875	10,181,124.25	36,495.38	1,750,786.62	11,968,406.25	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.00%
173 CHF Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG	CHF Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG	185,000,000	173,937,571	11,562,500	10,871,098	-	-	11,562,500	10,871,098	7,376,875.00	26,443.24	1,268,556.78	8,671,875.00	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.00%
174 JPY Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG	JPY Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG	1,500,000,000	1,169,855	93,750,000	699,366	-	-	93,750,000	699,366	59,812,500.00	214,404.62	10,265,595.38	70,312,500.00	63.80%	0.23%	10.97%	75.00%	75.00%

*Die Senior Schuldverschreibung nr. 55 ist eine Nullkuponanleihe. Für diese ist die angegebene Festgelegte Stückelung EUR 100.000. Das Nominale dieses Instruments beträgt EUR 42.500.000, somit ist die Stückzahl 425.
Für Berechnungszwecke und Darstellungszwecke wird die Angepasste Festgelegte Stückelung bestimmt als EUR 85.583. Dies entspricht dem Amortisierten Nennbetrag zum 1. März 2015.
Die Angepasste Festgelegte Stückelung ist gleich der Festgelegten Stückelung multipliziert mit dem Verhältnis des Amortisierten Nennbetrags zum 1. März 2015 und dem Nominale zum 1. März 2015 für dieses Instrument.
*Bezüglich der ersten acht der in JPY denominierten neun Pfandbrief-Ansprüche:
Für diesen Schuldtitel ist keine "Festgelegte Stückelung" festgelegt. Die als "Angepasste Festgelegte Stückelung" angegebenen Beträge stellen Forderungen dar, die auf Zinsforderungen beruhen.

ANHANG A
BESCHREIBUNG DER KLASSE A-SCHULDTITEL
TEIL 2 – UMTAUSCHANGEBOT

Anhang A - Teil 2

Bezeichnung des Schuldinstituts	ISIN / Kenn-Nr.	Gesamt nominale		Gesamt nominale		Festgelegte		Festgelegte		Aufgelaufene		Angepasste		Angepasste		Umtausch-		Lieferbar		HETA-		HETA-		Ausgleichs-		Umtauschwert		Gegenleistung für das		Ausgleichszahlung		Gegenleistung für das		Gegenleistung für das																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
		zum 1. März 2015		zum 1. März 2015		Stücklegung		Stücklegung		Stücklegung		Zinsen		Stücklegung		Verhältnis		Kennbetrag		HETA-		HETA-		Ausgleichs-		Umtauschwert		Gegenleistung für das		Ausgleichszahlung		Gegenleistung für das		Gegenleistung für das																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
		(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)	(EUR)	(Währung des Schuldinstituts)

Anhang A - Teil 2

												HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		HETA-		H	
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	-------	--	---	--

ANHANG B
BESCHREIBUNG DER KLASSE B-SCHULDTITEL
TEIL 1 – BARANGEBOT

Anhang B - Teil 1

														HETA-Kompensations-					
		Gesamtnominale zum 1. März 2015 (Währung des Schuldtitels)	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (EUR)	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Festgelegte Stückelung (EUR)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (EUR)	Angepasste Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)	HETA-Kompensations- zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie zahlung (Währung des Schuldtitels)	Ausgleichs- zahlung (Währung des Schuldtitels)	Kaufpreis (Währung des Schuldtitels)	HETA-Kompensations- zahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Kaufpreis (als Prozentsatz der Festgelegten Stückelung)	
Nachrangliche Schuldverschreibungen																			
1	Hblnt_EUR_4,35%_06-16	XS0274117117	150.000.000	150.000.000	50.000	50.000	2.938	2.938	52.938	52.938	-	10.073,35	5.807,95	15.881,30	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
2	NR Hblnt_EUR_3mEuribor_2007-2017	XS0283714896	230.000.000	230.000.000	50.000	50.000	276	276	50.276	50.276	-	9.568,92	5.515,96	15.062,88	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,2%
3	NR Hblnt_EUR_5,03%_2004-2017	AT0000355334	10.000.000	10.000.000	100.000	100.000	5.535	5.535	105.535	105.535	-	20.081,92	11.878,56	31.660,48	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,7%
4	NR Hblnt_EUR_CMS_linked_2003-2017	XS0170866775	15.000.000	15.000.000	100.000	100.000	3.022	3.022	103.022	103.022	-	19.603,78	11.302,87	30.906,65	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,9%
5	NR Hblnt_EUR_FRN_2004-2017	QOXB9964079	20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	138.353	138.353	20.138.353	20.138.353	-	3.832.066,51	2.209.439,52	6.041.506,03	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,2%
6	NR Hblnt_EUR_FRN_2004-2017	XS0205170268	25.000.000	25.000.000	50.000	50.000	167	167	50.167	50.167	-	9.546,18	5.504,00	15.050,18	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,1%
7	NR Hblnt_EUR_4,875%_2004-2017	XS0184026374	15.000.000	15.000.000	100.000	100.000	7.240	7.240	107.240	107.240	-	20.406,36	11.765,61	32.171,97	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,2%
8	NR Hblnt_EUR_6mEuribor+49BP_2002-2017	XS0154247299	15.000.000	15.000.000	100.000	100.000	936	936	100.936	100.936	-	19.208,89	11.074,04	30.280,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,3%
9	HBA_EUR_5,73%_2001-2021	XS0139343635	15.000.000	15.000.000	100.000	100.000	1.273	1.273	101.273	101.273	-	19.271,00	11.111,00	30.382,00	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,4%
10	NR Hblnt_EUR_5,92%_2002-2022	XS0142938686	15.000.000	15.000.000	100.000	100.000	148	148	100.148	100.148	-	19.056,86	10.987,54	30.044,40	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,0%
11	NR Hblnt_EUR_7,5%NR_1994-2024	AT0000327101	60.000.000	4.360.370	1.000.000	72.673	57.083	4.148	1.057.083	76.821	-	201.149,20	115.975,80	317.125,00	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,7%
12	NR Hblnt_EUR_5,27%_2003-2028_20.03.2003 [FMA: NR Hblnt_EUR_5,27%_2003-2028]	XS0165863316	10.000.000	10.000.000	100.000	100.000	4.743	4.743	104.743	104.743	-	19.931,23	11.491,67	31.422,90	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,4%
13	NR Hblnt_EUR/USD-linked_1999-2029 [FMA: NR Hblnt_EUR/USD-linked_1999-2029_ZERO]	XS0097058720	13.894.059	13.894.059	100.000	100.000	-	-	277.881	277,881	-	52.877,17	30.487,18	83.364,35	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	83,4%
14	NR Hblnt_EUR_3mEuribor+49BP_2000-2030	XS0121202658	14.890.000	14.890.000	10.000	10.000	11	11	10.011	10.011	-	1.904,93	1.098,32	3.003,25	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,0%
15	NR Hblnt_EUR_FRN_2002-2032 [FMA: NR Hblnt_EUR_FRN_2002-2032]	XS0158550292	20.000.000	20.000.000	100.000	100.000	174	174	100.174	100,174	-	19.061,73	10.990,35	30.052,08	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,1%
Nachrangliche Schuldscheine																			
16	SSD_NR_EUR_4,49%_2006-2016 [FMA: SSD_NR_EUR_4,49%_2006-2017]	117-1	5.000.000	5.000.000	1.000.000	1.000.000	70.930	70.930	1.070.930	1.070.930	-	203.783,99	117.494,94	321.278,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
17	SSD_NR_EUR_4,49%_2006-2016	117-2/133	10.000.000	10.000.000	1.000.000	1.000.000	70.930	70.930	1.070.930	1.070.930	-	203.783,99	117.494,94	321.278,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
18	SSD_NR_EUR_4,5%_2006-2017	121	50.000.000	50.000.000	1.000.000	1.000.000	51.781	51.781	1.051.781	1.051.781	-	200.140,20	115.394,05	315.534,25	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
19	SSD_NR_EUR_4,28%_2006-2017	120	5.000.000	5.000.000	1.000.000	1.000.000	48.743	48.743	1.048.743	1.048.743	-	199.562,09	115.060,73	314.622,82	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,5%
20	SSD_NR_EUR_6mEuribor+0,3%_2007-2017	144	10.000.000	10.000.000	1.000.000	1.000.000	7.118	7.118	1.007.118	1.007.118	-	191.641,42	110.493,94	302.135,36	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,2%
21	SSD_NR_EUR_4,35%_2003-2017	33	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	147.417	147.417	5.147.417	5.147.417	-	979.486,52	564.738,69	1.544.225,21	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,9%
22	SSD_NR_EUR_4,35%_2003-2017	53	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	58.967	58.967	2.058.967	2.058.967	-	391.794,68	225.895,52	617.690,20	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,9%
23	SSD_NR_EUR_4,45%_2006-2017	104	15.000.000	15.000.000	1.000.000	1.000.000	25.847	25.847	1.025.847	1.025.847	-	195.205,26	112.548,73	307.753,99	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,8%
24	SSD_NR_EUR_3,7%_2005-2017	70	25.000.000	25.000.000	1.000.000	1.000.000	21.490	21.490	1.021.490	1.021.490	-	194.378,33	112.070,80	306.447,13	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,6%
25	SSD_NR_EUR_3,79%_2005-2017	72	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	60.966	60.966	1.060.966	1.060.966	-	201.888,10	116.401,83	318.289,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
26	SSD_NR_EUR_3,79%_2005-2017	71	2.000.000	2.000.000	1.000.000	1.000.000	60.966	60.966	1.060.966	1.060.966	-	201.888,10	116.401,83	318.289,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
27	SSD_NR_EUR_4,495%_2006-2017	112	3.000.000	3.000.000	1.000.000	1.000.000	72.073	72.073	1.072.073	1.072.073	-	204.001,45	117.620,32	321.621,77	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,2%
28	SSD_NR_EUR_3,80%_2005-2017	73	5.000.000	5.000.000	1.000.000	1.000.000	60.330	60.330	1.060.330	1.060.330	-	201.766,95	116.331,98	318.098,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
29	SSD_NR_EUR_3,80%_2005-2017	74	5.000.000	5.000.000	1.000.000	1.000.000	60.330	60.330	1.060.330	1.060.330	-	201.766,95	116.331,98	318.098,93	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
30	SSD_NR_EUR_4,56%_2006-2017	148	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	175.840	175.840	2.675.840	2.675.840	-	509.177,48	293.574,46	802.751,94	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
31	SSD_NR_EUR_4,56%_2006-2017	149	500.000	500.000	500.000	500.000	35.167	35.167	535.167	535.167	-	101.835,36	58.714,81	160.550,17	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
32	SSD_NR_EUR_3,80%_2006-2017	75	2.000.000	2.000.000	1.000.000	1.000.000	58.613	58.613	1.058.613	1.058.613	-	201.440,27	116.143,62	317.583,89	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,8%
33	SSD_NR_EUR_4,51%_2006-2017	113	5.000.000	5.000.000	1.000.000	1.000.000	69.244	69.244	1.069.244	1.069.244	-	203.463,22	117.308,99	320.773,21	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
34	SSD_NR_EUR_4,08%_2005-2017	58	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	628.096	628.096	10.628.096	10.628.096	-	2.022.388,29	1.166.040,46	3.188.428,75	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,9%
35	SSD_NR_EUR_4,08%_2005-2017	57	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	314.049	314.049	5.314.049	5.314.049	-	1.011.194,32	583.020,33	1.594.214,65	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,9%
36	SSD_NR_EUR_4,08%_2005-2017	56	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	628.096	628.096	10.628.096	10.628.096	-	2.022.388,29	1.166.040,46	3.188.428,75	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,9%
37	SSD_NR_EUR_3mEuribor+0,25%_2005-2017	66	25.000.000	25.000.000	1.000.000	1.000.000	64.774	64.774	1.064.774	1.064.774	-	202.612,57	116.819,53	319.432,10	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	31,9%
38	SSD_NR_EUR_3mEuribor+0,25%_2006-2017	105	15.000.000	15.000.000	1.000.000	1.000.000	3.557	3.557	1.003.557	1.003.557	-	190.963,83	110.103,26	301.067,09	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	30,1%
39	SSD_NR_EUR_4,60%_2006-2017	141	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000	482.193	482.193	7.482.193	7.482.193	-	1.423.763,84	820.893,92	2.244.657,76	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
40	SSD_NR_EUR_4,60%_2006-2017	143	7.000.000	7.000.000	7.000.000	7.000.000	482.193	482.193	7.482.193	7.482.193	-	1.423.763,84	820.893,92	2.244.657,76	0,00%	19,03%	10,97%	30,00%	32,1%
41	SSD_NR_EUR_4,60%_2006-2017	142	13.000.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000	895.502	895.502	13.895.502	13.895.502	-	2.644.133,08	1.524.5143,0						

ANHANG B
BESCHREIBUNG DER KLASSE B-SCHULDTITEL
TEIL 2 – UMTAUSCHANGEBOT (NULLKUPON-ANLEIHEN)

Anhang B - Teil 2

Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (Währung des Schuldtitels)	Gesamtnominale zum 1. März 2015 (EUR)	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Festgelegte Stückelung (EUR)	Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)		Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (EUR)		Angepasste Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)		Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)		Umtausch- verhältnis (für Neuen Schuldtitel Anleihen)	Lieferbarer Nennbetrag der Neuen Schuldtitel (EUR)	HETA- Kompensations- zahlung (Währung des Schuldtitels)	Freiwillige Prämie (Währung des Schuldtitels)	Ausgleichs- zahlung (Währung des Schuldtitels)	Umtauschwert (Barwert) (Währung des Schuldtitels)	Gegenleistung für das Umtauschverbot (Als Prozentangebots der Anpassungen Festgelegten Stückelung)	HETA- Kompensations- zahlung (Als Prozentangebots der Anpassungen Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangebots der Anpassungen Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangebots der Anpassungen Festgelegten Stückelung)	Gegenleistung für das Umtauschverbot / Umtauschwert (Barwert) (Als Prozentangebots der Anpassungen Festgelegten Stückelung)	Gegenleistung für das Umtauschverbot / Umtauschwert (Barwert) (Als Prozentangebots der Festgelegten Stückelung)																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																															

ANHANG B
BESCHREIBUNG DER KLASSE B-SCHULDTITEL
TEIL 3 – UMTAUSCHANGEBOT (NULLKUPON-SCHULDSCHEINDARLEHEN)

Anhang B - Teil 3

Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Gesamtnominale zum 1. März 2015		Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)		Aufgelaufene Zinsen für die Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)		Angepasste Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitels)		Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)		Umtauschverhältnis (für Nullkupon-Schuldverschreibungen)		Lieferbarer Nennbetrag des Neuen Schuldtitels (EUR)		HETA-Kompensationszahlung (Währung des Schuldtitels)		Freiwillige Prämie (Währung des Schuldtitels)		Ausgleichszahlung (Währung des Schuldtitels)		Umtauschwert (Barwert) (Währung des Schuldtitels)		Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)		HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)		Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)		Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)		Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)		Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	
		Währung des Schuldtitels	(EUR)	Stückelung	(EUR)	Zinsen	(EUR)	Stückelung	(EUR)	Stückelung	(EUR)	Umtauschverhältnis	Nennbetrag	Kompensationszahlung	Freiwillige Prämie	Ausgleichszahlung	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Freiwillige Prämie (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Ausgleichszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)	Umtauschwert	Gegenseitigung für das Umtauschen/ Umtauschen (Barwert) (EUR)	HETA-Kompensationszahlung (Als Prozentangabe der Angepassten Festgelegten Stückelung)

ANHANG C

MUSTER FÜR DIE TENDER ANWEISUNG FÜR SCHULDITEL MIT AUSNAHME VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN

TENDER ANWEISUNG

für Schuldtitel mit Ausnahme von Schuldverschreibungen
im Zusammenhang mit

Angeboten gemäß § 2a FinStaG des

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

*(in Österreich gemäß § 2 K-AFG errichtet und im Formenbuch des Landesgerichts Klagenfurt unter FN
456819v eingetragen)
(der „Angebotsleger“)*

an die Inhaber der in **Anhang A** dieser Angebotsunterlage beschriebenen Schuldtitel
(jeweils ein „**Klasse A-Schuldtitel**“ und zusammen die „**Klasse A-Schuldtitel**“)
der HETA ASSET RESOLUTION AG (die „**Schuldnerin**“),
zum (i) Kauf ihrer Klasse A-Schuldtitel gegen Barzahlung (das „**Klasse A-Barangebot**“) oder
(ii) Umtausch ihrer Klasse A-Schuldtitel in vom Angebotsleger auszugebende und von der Republik
Österreich vollumfänglich und bedingungslos garantierte, besicherte Nullkupon-Anleihen (die
„**Nullkupon-Anleihen**“), wie in Anhang D der Angebotsunterlage beschrieben (das „**Klasse A-
Umtauschangebot**“ und, zusammen mit dem Klasse A-Barangebot, das „**Klasse A-Angebot**“)

und

an die Inhaber der in **Anhang B** dieser Angebotsunterlage beschriebenen Schuldtitel
(jeweils ein „**Klasse B-Schuldtitel**“ und zusammen die „**Klasse B-Schuldtitel**“ und, zusammen mit den
Klasse A-Schuldtiteln, die „**Schuldtitel**“ und jeweils ein „**Schuldtitel**“) der Schuldnerin
zum (i) Kauf ihrer Klasse B-Schuldtitel gegen Barzahlung (das „**Klasse B-Barangebot**“ und, zusammen
mit dem Klasse A-Barangebot, das „**Barangebot**“) oder (ii) Umtausch ihrer Klasse B-Schuldtitel in
Nullkupon-Anleihen oder in langfristige Nullkupon-Schuldscheindarlehen der Republik Österreich (die
„**Nullkupon-Schuldscheindarlehen**“ und, zusammen mit den Nullkupon-Anleihen, die „**Neuen
Schuldtitel**“), wie in Anhang E der Angebotsunterlage beschrieben (das „**Klasse B-Umtauschangebot**“
und, zusammen mit dem Klasse B-Barangebot, das „**Klasse B-Angebot**“; das Klasse B-
Umtauschangebot zusammen mit dem Klasse A-Umtauschangebot das „**Umtauschangebot**“; das
Klasse B-Angebot zusammen mit dem Klasse A-Angebot die „**Angebote**“),

wie in der Angebotsunterlage vom 6. September 2016 beschrieben (die „**Angebotsunterlage**“). Den
hierin verwendeten definierten Begriffen kommt dieselbe Bedeutung zu wie in der Angebotsunterlage,
soweit der Zusammenhang keine anderweitige Auslegung erfordert.

Diese Tender Anweisung bezieht sich auf⁴

- ☐ **Schuldscheine**
- ☐ **Namensschuldverschreibungen**
- ☐ **Pfandbriefbank-Ansprüche**

⁴ Zutreffendes ankreuzen.

Die Angebote beginnen am 6. September 2016 und enden am 7. Oktober 2016 um 17.00 Uhr MEZ (das „Ende der Angebotsfrist“).

GLÄUBIGERN SOLLTE BEWUSST SEIN, DASS DEM TENDER AGENT TENDER ANWEISUNGEN UND FÜR SCHULDSCHINE, NAMENSSCHULDVERSCHREIBUNGEN ODER PFANDBRIEFBANK-ANSPRÜCHE JEWEILS KOPIEN DER ORIGINALURKUNDEN DER ENTSPRECHENDEN SCHULDSCHINE, NAMENSSCHULDVERSCHREIBUNGEN BZW. PFANDBRIEFBANK-ANSPRÜCHE BIS 17.00 UHR MEZ AM 5. OKTOBER 2016 ZUGEGANGEN SEIN MÜSSEN (DAS „ENDE DER FRIST FÜR TENDER ANWEISUNGEN“), UM SICHERZUSTELLEN, DASS DIE TENDER ANWEISUNGEN VON DEM TENDER AGENT BEARBEITET UND IM RAHMEN DER ANGEBOTE BERÜCKSICHTIGT WERDEN. DER TENDER AGENT KANN NICHT GARANTIEREN, DASS TENDER ANWEISUNGEN, DIE NACH ENDE DER FRIST FÜR TENDER ANWEISUNGEN ZUGEHEN, IM RAHMEN DER ANGEBOTE BERÜCKSICHTIGT WERDEN.

GLÄUBIGERN SOLLTE DES WEITEREN BEWUSST SEIN, DASS IM HINBLICK AUF DEPOTBANKEN, DIREKTE TEILNEHMER UND CLEARINGSYSTEME FRISTEN FÜR DAS EINREICHEN VON ANWEISUNGEN VOR DEM ENDE DER ANGEBOTSFRIST GELTEN; GLÄUBIGER SOLLTEN SICH DAHER BALDMÖGLICHST AN DEN INTERMEDIÄR WENDEN, ÜBER DEN SIE IHRE SCHULDTITEL HALTEN, UM DEN ORDNUNGSGEMÄSSEN UND PÜNKTLICHEN EINGANG VON ANWEISUNGEN SICHERZUSTELLEN.

GLÄUBIGER SIND BERECHTIGT, IHRE TENDER ANWEISUNGEN JEDERZEIT VOR ENDE DER ANGEBOTSFRIST ZU WIDERRUFEN ODER ZU ÄNDERN, WIE DIES IN DEN „KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER ANGEBOTE – WIDERRUFSRECHTE UND RECHTE ZUR ÄNDERUNG VON TENDER ANWEISUNGEN“ DARGELEGT IST, VORAUSGESETZT, DASS DIE ANWEISUNGEN ZUM WIDERRUF ODER ZUR ÄNDERUNG DEM TENDER AGENT VOR DEM ENDE DER FRIST FÜR TENDER ANWEISUNGEN ZUGEHEN (VORBEHALTLICH KÜRZERER VON EINEM INTERMEDIÄR ODER EINEM CLEARINGSYSTEM, ÜBER DAS INHABER IHRE SCHULDTITEL HALTEN, AUFERLEGTER FRISTEN).

In Bezug auf Schuldscheine gilt Folgendes: Ausschließlich Gläubiger, die entweder in dem maßgeblichen Schuldschein als Inhaber des Schuldscheins angeführt sind, oder Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein, die nicht ursprüngliche Darlehensgeber des betreffenden Schuldscheindarlehens sind und anhand (a) einer (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen durch eine Kopie des maßgeblichen Handelsregistrauszuges nachweisen können, dass sie Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein sind, können Tender Anweisungen übermitteln. Ein Gläubiger, dessen Name nicht auf dem maßgeblichen Schuldschein eingetragen ist oder der nicht den erforderlichen Nachweis erbringen kann, dass er Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein ist, der beim Angebotsleger eingereicht wird, hat zu veranlassen, dass der in den Unterlagen der Schuldnerin als Gläubiger der betreffenden Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein Ausgewiesene, über den er die maßgeblichen Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Schuldschein hält, bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen in seinem Namen eine Tender Anweisung an den Tender Agent abgibt. DIESER GLÄUBIGER HAT DAS FORMULAR IM NAMEN ALLER ZUGRUNDE LIEGENDEN ODER WIRTSCHAFTLICHEN INHABER AUSZUFÜLLEN.

In Bezug auf Namensschuldverschreibungen gilt Folgendes: Ausschließlich Gläubiger, deren Name auf einer Kopie der Wertpapierurkunde als Inhaber der Namensschuldverschreibungen aufgeführt ist, können Tender Anweisungen abgeben. Ein Gläubiger, dessen Name nicht auf der maßgeblichen Wertpapierurkunde eingetragen ist oder der nicht anhand (a) einer (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen durch eine Kopie des maßgeblichen Handelsregistrauszuges nachweisen kann, dass er Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus der

maßgeblichen Namensschuldverschreibung ist, die beim Angebotsleger eingereicht wird, hat zu veranlassen, dass der Registrierte Gläubiger, über den er die maßgeblichen Namensschuldverschreibungen hält, bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen in seinem Namen eine Tender Anweisung an den Tender Agent abgibt. **DIESER GLÄUBIGER HAT DAS FORMULAR IM NAMEN ALLER ZUGRUNDE LIEGENDEN ODER WIRTSCHAFTLICHEN INHABER AUSZUFÜLLEN.**

In Bezug auf Pfandbriefbank-Ansprüche gilt Folgendes: Nur Gläubiger, deren Name auf einer Kopie des Originaldokuments in Bezug auf den Pfandbriefbank-Anspruch aufgeführt ist, können Tender Anweisungen abgeben. Diese schließt allfällige Bescheinigungen darüber mit ein, dass der Gläubiger des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der im Rahmen des Kaufangebots und/oder Umtauschangebots des Angebotslegers eingereicht wird, wobei diese Bescheinigung im Falle der Pfandbriefbank eine rechtsgültige hierauf gerichtete Bestätigung der Pfandbriefbank ist und für den Fall, dass der betreffende Pfandbriefbank-Anspruch von der Pfandbriefbank abgetreten wurde, eine Bestätigung der Pfandbriefbank und des Gläubigers des Pfandbriefbank-Anspruchs aus der eine (Serie von) Abtretungserklärung(en) und die Tatsache, dass der Gläubiger der Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der durch die Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird, hervorgehen. Ein Gläubiger, dessen Name nicht auf dem maßgeblichen Originaldokument in Bezug auf den Pfandbriefbank-Anspruch eingetragen ist einschließlich allfälliger Bescheinigungen darüber, dass der Gläubiger des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, hat zu veranlassen, dass der in dem Originaldokument als Gläubiger der betreffenden Pfandbriefbank-Ansprüche hält, bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen in seinem Namen eine Tender Anweisung an den Tender Agent abgibt. **DIESER GLÄUBIGER HAT DAS FORMULAR IM NAMEN ALLER ZUGRUNDE LIEGENDEN ODER WIRTSCHAFTLICHEN INHABER AUSZUFÜLLEN.**

Der Tender Agent für die Angebote ist die **Citibank, N.A., London Branch.**

DIE AUSGEFÜLLTE TENDER ANWEISUNG UND DIESBEZÜGLICHE DOKUMENTE SIND WIE FOLGT AN DEN TENDER AGENT ZU ÜBERSENDEN:

- (I) Elektronische Kopie/eingescannte Tender Anweisung per E-Mail an:

HETA.Instructions@citi.com

E-Mail-Betreff: Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds – Umtauschangebot – _____⁵

UND

- (II) die ursprüngliche Tender Anweisung zusammen mit Kopien aller Originalurkunden, die sich auf die betreffenden Serien der Schuldtitel beziehen (wie nachstehend angegeben), per Kurier (auf Gefahr des Gläubigers) an:

CITIBANK, N.A., NIEDERLASSUNG LONDON
FAO: EXCHANGE TEAM
MAIL-DROP: 13-58
CITIGROUP CENTRE
CANADA SQUARE
CANARY WHARF
LONDON E14 5LB
UNITED KINGDOM,

⁵ Bitte geben Sie den einmaligen unter Ziffer 5 bezeichneten Referenzcode an.

wobei diese Dokumente in den o. g. Fällen (I) und (II) bis spätestens zum Ende der Frist für Tender Anweisungen beim Tender Agent eingehen müssen.

Bitte beachten:

Es empfiehlt sich, die Tender Anweisung eine geraume Zeit vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen beim Tender Agent einzureichen. Auf diese Weise können allfällige Fragen im Hinblick auf Ihr Formular rechtzeitig angesprochen und geklärt werden.

Gläubiger müssen alle nachstehenden Abschnitte 1 bis 10 ausfüllen; nur dann ist die Tender Anweisung ordnungsgemäß ausgefüllt.

Das Einreichen von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen bzw. Pfandbriefbank-Ansprüchen im Rahmen der Angebote gilt dann als erfolgt, wenn der Tender Agent Folgendes erhält:

- (i) eine gültige Tender Anweisung, die dieser Tender Anweisung entspricht; sowie
- (ii) (x) bei Schuldscheinen eine Kopie bzw. Kopien der Originalurkunden zum Nachweis des Schuldscheins und, soweit der Gläubiger des betreffenden Schuldscheins nicht der ursprüngliche Kreditgeber des maßgeblichen übertragbaren Darlehens ist, (a) eine (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus der/denen hervorgeht, dass der Gläubiger im Zusammenhang mit den Ansprüchen und Forderungen aus dem vom Angebotsleger zum Kauf und/oder Umtausch eingereichten Schuldschein der Kreditgeber ist, und (y) bei Namensschuldverschreibungen eine Kopie bzw. Kopien der Original-Wertpapierurkunde(n) der betreffenden Namensschuldverschreibung und, sofern der Gläubiger der maßgeblichen Original-Wertpapierurkunde nicht der in der/den maßgeblichen Original-Wertpapierurkunde(n) angegebene ursprüngliche Gläubiger ist, (a) eine (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus der/denen hervorgeht, dass der Gläubiger im Zusammenhang mit den Ansprüchen und Forderungen aus der betreffenden Original-Wertpapierurkunde der maßgeblichen Namensschuldverschreibung der Gläubiger ist, und (z) bei Pfandbriefbank-Ansprüchen eine Kopie bzw. Kopien der sich auf die betreffenden Pfandbriefbank-Ansprüche beziehenden Originalurkunden, einschließlich allfälliger Bescheinigungen, aus denen hervorgeht, dass der Gläubiger der maßgeblichen Pfandbriefbank-Ansprüche der Gläubiger im Zusammenhang mit den Ansprüchen und Forderungen aus dem betreffenden vom Angebotsleger zum Kauf und/oder Umtausch eingereichten Pfandbriefbank-Anspruch ist, wobei eine solche Bescheinigung im Falle der Pfandbriefbank eine rechtsgültige diesbezügliche Bestätigung der Pfandbriefbank sein muss, und, sofern die Pfandbriefbank den betreffenden Pfandbriefbank-Anspruch abgetreten hat, eine Bestätigung der Pfandbriefbank und des Gläubigers des Pfandbriefbank-Anspruchs, aus der eine (Serie von) Abtretungserklärung(en) sowie die Tatsache hervorgehen, dass der Gläubiger in Bezug auf die Ansprüche und Forderungen im Zusammenhang mit dem betreffenden dem Angebotsleger nach Maßgabe der Tender Anweisung eingereichten Pfandbriefbank-Anspruch der Gläubiger ist; und
- (iii) jegliche einschlägigen US-Steuerformulare;

jeweils per E-Mail (und anschließend in Papierform (die dem Tender Agent vor dem Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein muss, um sicherzustellen, dass die Tender Anweisung im Rahmen der Angebote berücksichtigt wird) auf alleinige Kosten und Gefahr des Gläubigers) und gemäß den Anforderungen der Bedingungen der maßgeblichen Schuldscheine, Namensschuldverschreibungen bzw. Pfandbriefbank-Ansprüche und den Konditionen und Bedingungen der Angebote. Durch Einreichen der Tender Anweisung und der Kopie/Kopien des Original-Schuldscheins, der Original-Wertpapierurkunde bzw. der Originalbescheinigung über den Pfandbriefbank-Anspruch erklärt der maßgebliche Gläubiger des betreffenden Schuldscheins, der betreffenden Namensschuldverschreibung

bzw. des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs, dass er den betreffenden Schuldschein, die betreffende Namensschuldverschreibung bzw. den betreffenden Pfandbriefbank-Anspruch nicht an Dritte abtreten wird, sodass keine Übertragungen oder Abtretungen des Schuldscheins, der Namensschuldverschreibung bzw. des Pfandbriefbank-Anspruchs stattfinden.

Gläubiger von Schuldscheinen, Wertpapierurkunden bzw. Pfandbriefbank-Ansprüchen sollten sich darüber bewusst sein, dass Tender Anweisungen in Bezug auf Schuldscheine, Namensschuldverschreibungen bzw. Pfandbriefbank-Ansprüche als am jeweils früheren der beiden nachfolgenden Termine abgegeben gelten: am Tag des Zugangs der maßgeblichen Tender Anweisung (und der dazugehörigen Dokumente) beim Tender Agent entweder per E-Mail oder in Papierform. Unabhängig davon müssen zur Feststellung, ob eine gültige Tender Anweisung abgegeben wurde, dem Tender Agent zudem die Tender Anweisung im Original und die Kopien der vorstehend genannten Dokumente (Schuldschein, Wertpapierurkunde(n) der betreffenden Namensschuldverschreibungen bzw. Originalurkunde(n) zum Nachweis der betreffenden Pfandbriefbank-Ansprüche) in Papierform bis zum Ende der Frist für Tender Anweisungen zugehen; Gläubiger müssen daher im Voraus alle allfälligen Vorkehrungen treffen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die betreffenden Originale bis zu dem erforderlichen Zeitpunkt ordnungsgemäß zugehen.

Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen, die am Umtauschangebot teilnehmen möchten, sollten sich darüber bewusst sein, dass sie ein Euroclear-/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot unterhalten müssen, um am Umtauschangebot teilnehmen und Nullkupon-Anleihen erhalten zu können. Die Abwicklung des Umtauschangebots hinsichtlich der Nullkupon-Anleihen erfolgt am Abwicklungstag durch Lieferung des maßgeblichen Lieferbaren Nennbetrags der Neuen Schuldtitel auf das maßgebliche Euroclear/Clearstream, Luxemburg-Wertpapierdepot durch den Tender Agent.

1. Beschreibung der Serie der einzureichenden Schuldtitel

Bezeichnung der Serie von Schuldtiteln (wie im betreffenden Schuldschein, der Wertpapierurkunde oder in der Bescheinigung über den Pfandbriefbank-Anspruch angegeben)	Bezugnahme auf Schuldschein, Namensschuldverschreibung oder Pfandbriefbank-Anspruch und Serien der Schuldtitelnummer(n) in Anhang A bzw. Anhang B ⁶	(Gesamte) eingereichte Festgelegte Stückelung ⁷

Die Angebote erfolgen nach Maßgabe der in der Angebotsunterlage enthaltenen Konditionen und vorbehaltlich der in der Angebotsunterlage enthaltenen Bedingungen, insbesondere des Abschnitts mit dem Titel „*Konditionen und Bedingungen der Angebote*“, der unter anderem auch eine Beschreibung der Transaktionsbedingungen enthält.

Durch Übermittlung dieser Tender Anweisung

- (i) nimmt der Gläubiger das Angebot des Angebotslegers, wie nachstehend unter Ziffer 2. beschrieben, an, (a) den o. g. Eingereichten Schuldtitel zum Gesamtkaufpreis für das Barangebot gegen Barzahlung zu erwerben (Kaufangebot) oder (b) den o. g. Eingereichten Schuldtitel zum entsprechenden Umtauschverhältnis in die maßgeblichen Neuen Schuldtitel umzutauschen, und es wird dadurch der Kauf- bzw. Umtauschvertrag für den Eingereichten Schuldtitel abgeschlossen, nur bedingt durch die Ausübung von Widerrufsrechten seitens des Gläubigers vor dem Ende der Angebotsfrist (vorausgesetzt, dass die Anweisungen zum Widerruf oder zur Änderung dem Tender Agent vor Ende der Frist für Tender Anweisungen zugegangen sein müssen, um sicherzustellen, dass solche Anweisungen vom Tender Agent bearbeitet werden) und ferner unter dem Vorbehalt der aufschiebenden Bedingung, dass die Transaktionsbedingungen erfüllt sind; und
- (ii) stimmt der Gläubiger zu, dem Angebotsleger zum Abwicklungstag alle Ansprüche und Forderungen des Gläubigers aus dem Eingereichten Schuldtitel abzutreten und zu übertragen und den Angebotsleger zu bevollmächtigen, die Schuldnerin in seinem Namen entsprechend von der Abtretung zu informieren. Im Fall eines Schuldscheins: Wenn und soweit der entsprechende Schuldschein besondere Abtretungsvoraussetzungen vorsieht, gelten diese besonderen Anforderungen als von dieser Tender Anweisung umfasst.

⁶ Siehe Spalte „ISIN/ID-Nummer“ in der Tabelle in Anhang A bzw. Anhang B der Angebots- und Umtauschangebotsunterlage.

⁷ Tender Anweisungen für einen Schuldschein und/oder eine Namensschuldverschreibung und/oder einen Pfandbriefbank-Anspruch sind in Bezug auf alle gehaltenen Ansprüche auf Zahlung von Kapital, Zinsen und sonstigen Beträgen im Hinblick auf den vollständigen Gesamtnennbetrag, der dem maßgeblichen Gläubiger aus dem Schuldtitel geschuldet wird, und in jedem Fall in Bezug auf einen Nennbetrag zu übermitteln, der mindestens der Festgelegten Stückelung des entsprechenden Schuldtitels entspricht (und können anschließend in Höhe von ganzen Vielfachen der anwendbaren Festgelegten Stückelung übermittelt werden).

Bitte beachten Sie, dass die Abwicklungsberechnungen auf den Angaben in dieser Aufgliederungstabelle beruhen. Allfällige Rundungen werden hier vorgenommen.

2. Wahl der Art des Angebots

Bitte wählen Sie, welche Art von Angebot Sie nach dieser Tender Anweisung annehmen möchten. Bitte beachten Sie, dass Sie sich entweder für das Barangebot **oder** für das Umtauschangebot entscheiden können.

Sofern Sie sich für die Annahme des Umtauschangebots entscheiden und es sich bei dem nach dieser Tender Anweisung eingereichten Schuldtitel um einen Klasse A-Schuldtitel handelt, wählen Sie bitte „Nullkupon-Anleihen“.

Sofern Sie sich für die Annahme des Umtauschangebots entscheiden und es sich bei dem nach dieser Tender Anweisung eingereichten Schuldtitel um einen Klasse B-Schuldtitel handelt, geben Sie bitte an, ob Sie „Nullkupon-Anleihen“ oder „Nullkupon-Schuldscheindarlehen“ erhalten möchten.⁸

Um die Angebote anzunehmen, müssen Sie außerdem bestätigen, dass Sie entweder (i) ein qualifizierter institutioneller Käufer („**QIB**“) wie in Rule 144A des *U.S. Securities Act of 1933* (der „**Securities Act**“) und ein qualifizierter Käufer im Sinne von Section 2(a)(51) des *U.S. Investment Company Act of 1940* („**QP**“) sind, oder (ii) eine Person sind, die keine US-Person (im Sinne der *Rule 902 der Regulation S*) ist, und die Anleihen im Rahmen von Offshore-Transaktionen gemäß *Rule 903* oder *Rule 904 der Regulation S* des US-amerikanischen *Securities Act* erwerben (eine „**Nicht-US-Person**“).

☐ **Barangebot**

☐ **Ich bin ein QIB und ein QP**

☐ **Ich bin keine US-Person**

oder

☐ **Umtauschangebot**

☐ **Nullkupon-Anleihen**

☐ **Ich verfüge über QIB- und QP-Status (Lieferung von Nullkupon-Anleihen gemäß *Rule 144A*)**

☐ **Ich bin eine Nicht-US-Person (Lieferung von Nullkupon-Anleihen gemäß *Regulation S*)**

☐ **Nullkupon-Schuldscheindarlehen (diese Option besteht nur für Klasse B-Schuldtitel)**

3. Bestätigungen

- (a) Durch das Einreichen der unterschriebenen Tender Anweisung bestätigen Sie hiermit gegenüber dem Angebotsleger, den Offer Agents, den Agenten der Nullkupon-Anleihen und dem Tender Agent,

⁸ Zutreffendes bitte ankreuzen.

- (i) dass Sie die Konditionen und Bedingungen der Angebote, die im Abschnitt mit dem Titel „*Konditionen und Bedingungen der Angebote*“ auf Seite 70 ff. der Angebotsunterlage enthalten sind, gelesen haben, diesen zustimmen und diese eingehalten haben;
- (ii) dass Sie die Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten, die im Abschnitt mit dem Titel „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten*“ auf Seite 90 ff. der Angebotsunterlage enthalten sind, gelesen haben, diesen zustimmen und diese eingehalten haben;
- (iii) dass Sie alle in den Abschnitten mit den Titeln „*Konditionen und Bedingungen der Angebote – Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen*“ auf Seite 82 ff. der Angebotsunterlage und „*Verfahren für die Teilnahme an den Angeboten – Weitere Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen*“ auf Seite 102 ff. der Angebotsunterlage enthaltenen Bestätigungen, Verpflichtungen, Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungserklärungen abgeben;
- (iv) dass Sie durch Annahme der Angebote und durch Einreichen des Eingereichten Schuldtitels den Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen, die im Abschnitt mit dem Titel „*Angebots- und Verbreitungsbeschränkungen*“ auf Seite 158 ff. der Angebotsunterlage enthalten sind, entsprechen;
- (v) dass Sie damit einverstanden sind, dass die Offer Agents, die Agenten der Nullkupon-Anleihen und/oder die Tender Agents Angaben zu Ihrer Identität an den Angebotsleger, die Agenten der Nullkupon-Anleihen, die Offer Agents und/oder den Tender Agent, die Schuldnerin und ihre jeweiligen Berater weitergeben;
- (vi) dass Sie hiermit folgende Dokumente einreichen:
 - (a) im Falle von Schuldscheinen eine Kopie bzw. Kopien der Original-Schuldscheine zum Nachweis des maßgeblichen Schuldscheins oder (a) einer (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus denen jeweils hervorgeht, dass Sie der Gläubiger aller Ansprüche und Forderungen aus den maßgeblichen Schuldscheinen sind, die vom Angebotsleger zu erwerben und/oder umzutauschen sind;
 - (b) im Falle von Namensschuldverschreibungen eine Kopie bzw. Kopien der Original-Wertpapierurkunden der betreffenden Namensschuldverschreibung oder (a) einer (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus denen jeweils hervorgeht, dass Sie der Gläubiger aller Ansprüche und Forderungen aus den maßgeblichen Wertpapierurkunden sind, die vom Angebotsleger zu erwerben und/oder umzutauschen sind; und
 - (c) im Falle von Pfandbriefbank-Ansprüchen eine Kopie bzw. Kopien der sich auf den maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch beziehenden Original-Dokumente, einschließlich allfälliger Bescheinigungen darüber, dass der

Gläubiger des betreffenden Pfandbriefbank-Anspruchs Gläubiger der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der im Rahmen des Kaufangebots und/oder Umtauschangebots des Angebotslegers eingereicht wird, wobei diese Bescheinigung im Falle der Pfandbriefbank eine rechtsgültige hierauf gerichtete Bestätigung der Pfandbriefbank ist und für den Fall, dass der betreffende Pfandbriefbank-Anspruch von der Pfandbriefbank abgetreten wurde, eine Bestätigung der Pfandbriefbank und des Gläubigers des Pfandbriefbank-Anspruchs, aus der die (Serie von) Abtretungserklärung(en) und die Tatsache, dass der Gläubiger der Inhaber der Ansprüche und Forderungen aus dem maßgeblichen Pfandbriefbank-Anspruch ist, der durch die Tender Anweisung beim Angebotsleger eingereicht wird, hervorgehen.

- (b) Durch das Einreichen der unterschriebenen Tender Anweisung bestätigen Sie hiermit gegenüber dem Angebotsleger und dem Tender Agent, dass⁹:

- ☐ Sie der Inhaber des Eingereichten Schuldtitels sind, für den Sie das/die Angebot(e) annehmen.
- ☐ Sie ein bevollmächtigter Intermediär sind und befugt sind, im Namen des zugrunde liegenden/wirtschaftlichen Inhabers des Eingereichten Schuldtitels zu handeln.

4. Angaben zum Gläubiger, der diese Tender Anweisung einreicht

Name des Gläubigers: _____

Anschrift:¹⁰ _____

Ansprechpartner: _____

Fax-Nummer : _____

E-Mail-Adresse: _____

Telefon-Nummer: _____

5. Bei Annahme des Barangebots: Anweisungen für die Barabwicklung zum Kaufpreis in der Währung eines jeden Eingereichten Schuldtitels

SWIFT-Anschrift der empfangenden Bank _____

Barmittelkonto zur Gutschrift (IBAN) _____

Kontonummer des Empfängers _____

Kontoname des Empfängers _____

⁹ Zutreffendes bitte ankreuzen.

¹⁰ Für den Fall, dass Klasse B-Gläubiger Nullkupon-Schuldscheindarlehen wählen: die Anschrift des Gläubigers/wirtschaftlich Berechtigten (soweit einschlägig) zur Lieferung des Originalschuldscheins.

6. Bei Annahme des Umtauschangebots: Anweisungen für die Lieferung von Nullkupon-Anleihen

Konto bei¹¹ ☐ Clearstream, Luxemburg

☐ Euroclear

Euroclear/Clearstream, Luxemburg

Kontonummer _____

Kontoname des Euroclear-/

Clearstream, Luxemburg-Kontos _____

7. Für den Fall der Annahme des Umtauschangebots durch Gläubiger, die die Nullkupon-Schuldscheindarlehen wählen: Kontodetails (das Konto muss von einem Kreditinstitut innerhalb der Single Euro Payment Area (SEPA) unterhalten werden):

SWIFT/BIC-Anschrift der empfangenden Bank: _____

Barmittelkonto zur Gutschrift (IBAN) _____

Kontonummer des Empfängers _____

Kontoname des Empfängers _____

8. Zusätzliche Informationen für die Zahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises

Name des Kreditinstituts _____

Ort des Kreditinstituts _____

SWIFT-Anschrift der empfangenden Bank _____

Barmittelkonto zur Gutschrift (IBAN) _____

Kontonummer des Empfängers _____

Kontoname des Empfängers _____

9. Einmaliger Referenzcode

Bitte tragen Sie hier einen Einmaligen Referenzcode ein, den wir verwenden können, wenn wir Kontakt mit Ihnen aufnehmen wollen. Bitte geben Sie einen beliebigen sechsstelligen alphanumerischen Code an. Bitte geben Sie	Geben Sie hier einen Einmaligen Referenzcode an (z. B. ABCD01).
--	---

¹¹ Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen haben folgende Optionen: Option A: Sie können gegenüber Euroclear/Clearstream, Luxemburg die Kontoverbindung eines direkten Teilnehmers angeben, der in ihrem Namen handelt. In diesem Fall müssen die betreffenden Gläubiger das Formular ausfüllen, indem sie die Kontoverbindung des betreffenden direkten Teilnehmers in diesem Abschnitt 6 angeben. Damit diese Gläubiger den Lieferbaren Nennbetrag der Neuen Schuldtitel bezüglich der Nullkupon-Anleihen auf ihr eigenes Wertpapierdepot erhalten, müssen sie mit dem direkten Teilnehmer vereinbaren oder über ihre Verwahrstelle sicherstellen lassen, dass der Lieferbare Nennbetrag der Neuen schuldtitel bezüglich der Nullkupon-Anleihen in ihr Wertpapierdepot eingebucht wird. Option B: Falls diese Gläubiger von Schuldscheinen, Namensschuldverschreibungen und Pfandbriefbank-Ansprüchen ihr eigenes Euroclear-/Clearstream-Konto unterhalten, müssen sie ihre Euroclear/Clearstream, Luxemburg-Kontoverbindung in diesem Abschnitt 6 angeben.

**diesen Referenzcode in der Betreffzeile an,
wenn Sie uns per E-Mail kontaktieren.**

10. Bitte hier unterschreiben

Unterschrift des Gläubigers

Falls der Gläubiger als bevollmächtigter Intermediär im Namen eines zugrunde liegenden/wirtschaftlichen Inhabers handelt, sichert dieser Gläubiger zu und gewährleistet, dass er rechtlich bevollmächtigt und vollumfänglich befugt ist, den betreffenden zugrunde liegenden/wirtschaftlichen Inhaber des Eingereichten Schuldtitels, der Gegenstand dieser Tender Anweisung ist, zu vertreten.

(Zeichnungsberechtigter)

Datum:

Name(n):

(Bitte in Druckbuchstaben schreiben)

Eigenschaft:

(Zeichnungsberechtigter)

Datum:

Name(n):

(Bitte in Druckbuchstaben schreiben)

Eigenschaft:

Nur im Fall eingetauschter Schuldscheine:

Gegenzeichnung durch den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fond:

Wir nehmen hiermit jede Abtretung und Übertragung, hinsichtlich jeden Schuldscheins, der in dieser Tender Anweisung genannt ist, an.

Klagenfurt am Wörthersee, den [●].[●]. 2016

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Abschließende Checkliste für Gläubiger¹²

- ☐ Ich habe die Abschnitte 1 bis 10 dieser Tender Anweisung ausgefüllt.
- ☐ Ich habe die entsprechenden Ausdrucke/Kopien beigefügt: (x) bei Schuldscheinen: Ausdrucke/Kopien der Originalurkunden zum Nachweis des Schuldscheins bzw. (a) eine (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus der/denen jeweils hervorgeht, dass Sie der Gläubiger aller Ansprüche und Forderungen aus dem vom Angebotsleger zu erwerbenden und/oder umzutauschenden Schuldschein sind; (y) bei Namensschuldverschreibungen: Ausdrucke/Kopien der Original-Wertpapierurkunden der betreffenden Namensschuldverschreibung bzw. (a) eine (Serie von) Abtretungserklärung(en) oder (b) im Falle von Umstrukturierungen oder Firmenänderungen eine Kopie des maßgeblichen Handelsregisterauszuges, aus der/denen jeweils hervorgeht, dass Sie der Gläubiger aller Ansprüche und Forderungen aus der/den betreffenden Original-Wertpapierurkunde(n) der maßgeblichen vom Angebotsleger zu erwerbenden und/oder umzutauschenden Namensschuldverschreibung sind; (z) bei Pfandbriefbank-Ansprüchen: Ausdrucke/Kopien der sich auf die betreffenden Pfandbriefbank-Ansprüche beziehenden Originalurkunden, einschließlich allfälliger Bescheinigungen, aus denen hervorgeht, dass der Gläubiger der maßgeblichen Pfandbriefbank-Ansprüche der Gläubiger im Zusammenhang mit den Ansprüchen und Forderungen aus dem maßgeblichen vom Angebotsleger zum Kauf und/oder Umtausch eingereichten Pfandbriefbank-Anspruch ist, wobei eine solche Bescheinigung im Falle von Pfandbriefbank-Ansprüchen¹³ eine rechtsgültige diesbezügliche Bestätigung der Pfandbriefbank darstellt, und, sofern die Pfandbriefbank den betreffenden Pfandbriefbank-Anspruch abgetreten hat, eine Bestätigung der Pfandbriefbank und des Gläubigers des Pfandbriefbank-Anspruchs, aus der die (Serie von) Abtretungserklärung(en) sowie die Tatsache hervorgehen, dass der Gläubiger der Ansprüche und Forderungen im Zusammenhang mit dem betreffenden dem Angebotsleger nach Maßgabe der Tender Anweisung eingereichten Pfandbriefbank-Anspruch der Gläubiger ist.
- ☐ Ich habe das betreffende US-Steuerformular beigefügt.

¹² Zutreffendes bitte ankreuzen.

ANHANG D
KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER NULLKUPON-ANLEIHEN

Die rechtlich bindenden Konditionen und Bedingungen der Anleihen sind in englischer Sprache abgefasst. Die nachstehende Übersetzung in die deutsche Sprache ist unverbindlich.

Konditionen und Bedingungen der Anleihen

Die EUR [●].000.000 besicherten garantierten Nullkupon-Anleihen fällig [●] (die „**Anleihen**“) des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (die „**Emittentin**“) werden durch einen Treuhandvertrag (der „**Treuhandvertrag**“) vom [●] 2016 zwischen der Emittentin, der Citicorp Trustee Company Limited (der „**Treuhänder**“, wobei der Begriff „Treuhänder“ alle Personen umfasst, die jeweils der oder die Treuhänder gemäß dem Treuhandvertrag sind) als Treuhänder für die Gläubiger der Anleihen sowie der Citibank, N.A., Niederlassung London als Sicherheitentreuhänder (der „**Sicherheitentreuhänder**“) begründet. Diese Emissionsbedingungen enthalten Zusammenfassungen des Treuhandvertrags und gelten vorbehaltlich der ausführlicheren Bestimmungen des Treuhandvertrags, der das Muster der Anleihen enthält. Abschriften des Treuhandvertrags und des Dienstleistungsvertrags (der „**Dienstleistungsvertrag**“) für die Anleihen vom [●] 2016 zwischen der Emittentin, dem Treuhänder, der Registerstelle (die „**Registerstelle**“), den Übertragungsstellen (jeweils eine „**Übertragungsstelle**“), der anfänglichen Hauptzahlstelle und allen anderen darin benannten Stellen, liegen zu üblichen Geschäftszeiten in der Hauptgeschäftsstelle des Treuhänders (gegenwärtig Citigroup Centre, Canada Square, Canary Wharf, London E14 5LB, Vereinigtes Königreich) und in den angegebenen Geschäftsstellen der jeweiligen Hauptzahlstelle (die „**Hauptzahlstelle**“), der Registerstelle und aller Übertragungsstellen zur Einsichtnahme bereit. „**Beauftragte Stellen**“ bezeichnet die Hauptzahlstelle, die Registerstelle, die Übertragungsstellen und alle etwaigen sonstigen Stellen, die jeweils für die Anleihen bestellt werden. Die Anleihegläubiger haben Ansprüche nach sämtlichen Bestimmungen des Treuhandvertrags; diese sind für die Anleihegläubiger verbindlich und gelten diesen gegenüber als bekannt; alle auf die Anleihegläubiger anwendbaren Bestimmungen des Dienstleistungsvertrags gelten als den Anleihegläubigern bekannt.

1 Begriffsbestimmungen

Definierte Begriffe, die nicht in diesen Emissionsbedingungen (die „**Bedingungen**“) definiert werden, haben jeweils die ihnen im Treuhandvertrag zugewiesene Bedeutung. Darüber hinaus haben die nachstehenden Begriffe die folgende Bedeutung:

„**ABBAG-Verpfändung**“ hat die diesem Begriff in Bedingung 6(ii) zugewiesene Bedeutung.

„**Verwendungstag**“ bezeichnet jeden Tag, an dem der Sicherheitentreuhänder den Verfügbaren Erlös nach Maßgabe dieser Bedingungen sowie der Bestimmungen des Treuhandvertrags verwendet.

„**Verfügbarer Erlös**“ bezeichnet in Bezug auf einen Verwertungsfall zu einem bestimmten Tag:

- (i) jegliche Beträge, die der Sicherheitentreuhänder in Bezug auf die Verwertung der Sicherheiten erhält, sowie sämtliche sonstigen der Emittentin bzw. dem Treuhänder zur Verfügung stehenden Barbeträge aus den Pfandgegenständen, abzüglich
- (ii) der Barbeträge, die bereits von dem Sicherheitentreuhänder nach Maßgabe von Bedingung 16 (*Verwendung der Verfügbaren Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten*) an einem Verwendungstag verwendet wurden.

„**Bedingter Zusätzlicher Kaufpreis**“ bezeichnet den allfälligen bedingten zusätzlichen Kaufpreis, der nach Maßgabe der Angebotsunterlage an bestimmte Anleihegläubiger zu zahlen ist.

„**Elektronische Zustimmung**“ hat diese diesem Begriff in Absatz 22 des Anhangs 3 zum *Trust Deed*, zugewiesene Bedeutung.

„**Verwertungsfall**“ hat die diesem Begriff in Bedingung 15(d) zugewiesene Bedeutung.

„**Verwertungsanweisung**“ hat die diesem Begriff in Bedingung 15(b) zugewiesene Bedeutung.

„**Verwertungsmitteilung**“ hat die diesem Begriff in Bedingung 15(c) zugewiesene Bedeutung.

„**Außerordentlicher Beschluss**“ ist ein Beschluss der (a), während einer gemäß den Vorschriften des *Trust Deed* ordentlich einberufenen und abgehaltenen Versammlung, mit einer Mehrheit von mindestens 75 Prozent der abgegebenen Stimmen, (b) durch Schriftlichen Beschluss oder (c) durch Elektronische Zustimmung gefasst wird.

„**Bundesanleihen**“ bezeichnet marktfähige, durch die Republik Österreich begebene Anleihen (unter der Voraussetzung, dass diese marktfähigen Anleihen deutschem oder englischem Recht unterliegen).

„**Garantiegeber**“ bezeichnet die Republik Österreich.

„**Schuldtitel**“ bezeichnet die in Anhang A der Angebotsunterlage beschriebenen Klasse A-Schuldtitel der HETA Asset Resolution AG und die in Anhang B der Angebotsunterlage beschriebenen Klasse B-Schuldtitel der HETA Asset Resolution AG.

„**Schuldverschreibungen**“ bezeichnet diejenigen Schuldtitel, die Inhaberschuldverschreibungen umfassen, die bei der Clearstream Banking, société anonyme, der Euroclear Bank SA/NV, der OeKB CSD GmbH (als Betreiber des österreichischen Clearingsystems) oder der SIX SIS AG, Olten, Schweiz (als Betreiber des schweizerischen Clearingsystems) gehalten werden.

„**OeBFA**“ bezeichnet die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H., Seilerstätte 24, A-1015 Wien, Österreich.

„**Angebotsunterlage**“ bezeichnet die Angebots- und Umtauschangebotsunterlage der Emittentin vom 6. September 2016.

„**Verpfändungsvertrag**“ hat die diesem Begriff in Bedingung 5(b) zugewiesene Bedeutung.

„**Pfandgegenstände**“ bezeichnet (A) die Verpfändeten HETA-Schuldtitel, (B) Verpfändete Bundesanleihen, (C) das (die) Wertpapierdepot(s), auf dem (denen) Verpfändete HETA-Schuldtitel, bei denen es sich um Schuldverschreibungen und Verpfändete Bundesanleihen handelt, verwahrt werden, und (D) die zugehörigen Verrechnungskonten sowie jegliche(s) Eigentum, Vermögenswerte und Beträge daraus, einschließlich, sofern es der Zusammenhang erlaubt, jegliche Teile dieser Pfandgegenstände, wie jeweils im Verpfändungsvertrag ausführlicher festgelegt.

„**Verpfändete Bundesanleihen**“ bezeichnet von der Emittentin jeweils mit Mitteln von einem Konto, welches ein Pfandgegenstand ist, erworbene Bundesanleihen.

„**Verpfändete HETA-Schuldtitel**“ bezeichnet die von der Emittentin gegen die Begebung der Anleihen erworbenen und von ihr jeweils in einem Wertpapierdepot, welches ein Pfandgegenstand ist, gehaltenen Schuldtitel.

„**Möglicher Verwertungsfall**“ bezeichnet den Eintritt eines oder mehrerer der folgenden Ereignisse:

- (i) die Emittentin versäumt es, nach dem Eintritt eines Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses, den Nennbetrag in Bezug auf die Anleihen am Tag der Vorzeitigen Rückzahlung zu zahlen, und der Garantiegeber versäumt es, die Zahlung nach Maßgabe der Garantie zu leisten;
- (ii) die Emittentin versäumt es, nach Mitteilung des Treuhänders bzw. der Anleihegläubiger an die Emittentin, dass die Anleihen infolge des Eintritts eines Kündigungsgrunds nach Maßgabe von Bedingung 11 (*Kündigungsgründe*) fällig und zahlbar geworden sind, am zehnten auf den Tag der Mitteilung folgenden Bankarbeitstag den Rückkaufpreis nach Maßgabe von Bedingung 11 zu zahlen, und der Garantiegeber versäumt es, die Zahlung nach Maßgabe der Garantie zu leisten; oder
- (iii) die Emittentin versäumt es, am Fälligkeitstag den Endgültigen Rückzahlungsbetrag zu zahlen, und der Garantiegeber versäumt es, die Zahlung nach Maßgabe der Garantie zu leisten.

„**Möglicher Kündigungsgrund**“ bezeichnet ein Ereignis oder einen Umstand aus welchem durch Übermittlung einer Mitteilung, durch Zeitablauf, Ausstellung eines Zertifikats bzw. Erfüllung einer anderen unter Bedingung 11 genannten Voraussetzung ein Kündigungsgrund erwachsen könnte.

„**Verbleibender Betrag**“ bezeichnet in Bezug auf eine Verwendung der Verfügbaren Erlöse im Zusammenhang mit einem Verwertungsfall sämtliche verbleibenden Erlöse (falls vorhanden) nach der Verwendung der Verfügbaren Erlöse zur Leistung der in Absatz (a) bis (d) von Bedingung 16 dargelegten Zahlungen (*Verwendung des Verfügbaren Erlöses aus der Verwertung von Sicherheiten*).

„**Besicherte(r) Gläubiger**“ bezeichnet jede Person, die berechtigt ist, durch Besicherte Zahlungsverpflichtungen begünstigt zu werden.

„**Besicherte Zahlungsverpflichtungen**“ bezeichnet die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus dem Treuhandvertrag, dem Verpfändungsvertrag und jeder Anleihe, zusammen mit der Verpflichtung der Emittentin, Zahlungen an den Treuhänder, den Sicherheitentreuhänder und die Beauftragten Stellen gemäß Bedingung 16 (*Verwendung der Verfügbaren Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten*) zu leisten.

„**Schriftlicher Beschluss**“ bezeichnet einen schriftlichen Beschluss, der von einer Anzahl von Gläubigern unterzeichnet wird, die gemeinsam mindestens 75 Prozent des Nennbetrags der ausstehenden Anleihen halten.

2 Form, Stückelung und Eigentumsrecht

Die Anleihen werden in der festgelegten Stückelung von EUR 1,00 (der „**Nennbetrag**“) begeben.

Die Anleihen werden durch Namenszertifikate („**Zertifikate**“) verbrieft; sofern nicht in Bedingung 3(a) etwas anderes vorgesehen ist, verbrieft jedes Zertifikat jeweils den gesamten Anleihebestand des jeweiligen Gläubigers.

Das Eigentum an den Anleihen geht durch Eintragung in das Register über, dessen Führung durch die Registerstelle nach Maßgabe der Bestimmungen des Dienstleistungsvertrags die Emittentin sicherstellt (das „**Anleiheregister**“). Sofern nicht etwas anderes von einem zuständigen Gericht angeordnet wird oder gesetzlich vorgeschrieben ist, gilt der Gläubiger (wie nachstehend definiert) einer Anleihe in jeder Hinsicht als ihr uneingeschränkter Eigentümer und darf als solcher behandelt werden, gleich ob sie überfällig ist oder nicht und ungeachtet einer etwaigen Mitteilung von Eigentumsrechten, Treuhandverhältnissen oder Rechten in Bezug auf die Anleihe, eines Vermerks auf dem Zertifikat, durch das sie verbrieft wird, oder des Diebstahls oder Verlusts des betreffenden Zertifikats und ist keine Person für eine entsprechende Behandlung des Gläubigers haftbar.

In diesen Bedingungen bezeichnet „**Anleihegläubiger**“ oder „**Gläubiger**“ die Person, auf deren Namen eine Anleihe eingetragen ist.

3 Übertragung von Anleihen

- (a) **Übertragung:** Ein Anleihebestand kann – vorbehaltlich Bedingung 3(d) – vollständig oder in Teilen nach Einreichung (in der angegebenen Geschäftsstelle der Registerstelle oder einer Übertragungsstelle) des Zertifikats/der Zertifikate, durch das bzw. die die zu übertragenden Anleihen verbrieft werden, zusammen mit dem ordnungsgemäß ausgefüllten und unterzeichneten Übertragungsformular, das auf dem/den Zertifikat(en) abgedruckt ist (oder zusammen mit einem anderen Übertragungsformular in der im Wesentlichen selben Form, das dieselben Zusicherungen und Bescheinigungen (sofern zutreffend) enthält, sofern die Emittentin keiner anderen Regelung zustimmt), und etwaigen sonstigen Nachweisen, die die Registerstelle oder Übertragungsstelle billigerweise verlangt, übertragen werden. Im Fall einer Übertragung lediglich eines Teils des durch ein Zertifikat verbrieften Anleihebestands wird für den Übertragungsempfänger ein neues Zertifikat über den übertragenen Teil und für den Übertragenden ein weiteres neues Zertifikat über den nicht übertragenen Restbestand ausgestellt. Im Fall einer Übertragung von Anleihen auf eine Person, die bereits Gläubiger von Anleihen ist, wird erst nach der Aushändigung des Zertifikats, durch das der bisherige Bestand verbrieft wird, ein neues Zertifikat ausgestellt, durch das der vergrößerte Bestand verbrieft wird. Alle Übertragungen von Anleihen und Eintragungen in das Anleiheregister erfolgen in Übereinstimmung mit den ausführlichen Vorschriften zur Übertragung von Anleihen, die dem Dienstleistungsvertrag beigelegt sind. Diese Vorschriften können von der Emittentin mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Garantiegebers, der Registerstelle und des Treuhänders geändert werden. Eine Abschrift der aktuellen Fassung der Vorschriften wird Anleihegläubigern von der Registerstelle auf Ersuchen zur Verfügung gestellt.
- (b) **Lieferung von neuen Zertifikaten:** Jedes neue Zertifikat, das gemäß Bedingung 3(a) auszustellen ist, steht innerhalb von drei Geschäftstagen nach dem Zugang eines ordnungsgemäß ausgefüllten Übertragungsformulars und der Einreichung des/der vorhandenen Zertifikats/Zertifikate zur Lieferung zur Verfügung. Die Lieferung neuer Zertifikate erfolgt an die angegebene Geschäftsstelle der Übertragungsstelle bzw. der

Registerstelle, bei der die Lieferung oder Einreichung des Übertragungsformulars oder Zertifikats erfolgt ist, oder – nach Wahl des Gläubigers, der die vorstehend genannte Lieferung oder Einreichung vornimmt und in dem maßgeblichen Übertragungsformular oder anderweitig schriftlich angegeben ist – durch Übersendung per unversichertem Brief auf das Risiko des Gläubigers, der Anspruch auf das neue Zertifikat hat, an die entsprechend angegebene Anschrift, sofern der betreffende Gläubiger keine andere Liefermethode beantragt und im Voraus die Kosten hierfür und/oder für die von ihm gewünschte Versicherung an die maßgebliche Übertragungsstelle bzw. Registerstelle zahlt. In dieser Bedingung 3 (b) bezeichnet „**Geschäftstag**“ einen Tag mit Ausnahme von Samstagen oder Sonntagen, an dem die Banken am Ort der angegebenen Geschäftsstelle der maßgeblichen Übertragungsstelle bzw. Registerstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet sind.

- (c) **Kostenfreie Übertragung:** Die Ausstellung und Eintragung von Zertifikaten bei einer Übertragung werden vorgenommen, ohne dass hierfür Gebühren von oder im Namen der Emittentin, der Registerstelle oder einer Übertragungsstelle erhoben werden, jedoch nach Zahlung etwaiger Steuern oder sonstiger behördlicher Abgaben, die möglicherweise im Zusammenhang damit erhoben werden (oder der Abgabe einer diesbezüglichen Freistellungserklärung, die von der Registerstelle oder der maßgeblichen Übertragungsstelle gegebenenfalls verlangt wird).
- (d) **Haltezeiträume:** In den folgenden Zeiträumen können Anleihegläubiger keine Eintragung der Übertragung einer Anleihe beantragen: (i) in dem Zeitraum von fünfzehn Tagen vor dem Fälligkeitstag für die Rückzahlung der Anleihe (einschließlich) und (ii) nachdem die Anleihe gemäß Bedingung 8 (b) zur Rückzahlung fällig geworden ist.

4 Garantie und Status

- (a) **Garantie:** Der Garantiegeber garantiert zugunsten der Gläubiger der Anleihen unbedingte und unwiderruflich die ordnungsgemäße und fristgerechte Zahlung aller von der Emittentin im Rahmen der Anleihen zu zahlenden Beträge. Seine diesbezüglichen Verpflichtungen sind in einer Garantie der Republik Österreich nach deutschem Recht vom [●] 2016 (die „**Garantie**“) geregelt. Die Verpflichtungen des Garantiegebers aus der Garantie begründen unmittelbare, unbesicherte, unbedingte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten des Garantiegebers, die gegenüber allen anderen jeweils ausstehenden unbesicherten und nicht nachrangigen Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten des Garantiegebers aus Finanzschulden gleichrangig sind.

Der Treuhänder ist unter keinen Umständen dazu verpflichtet oder angehalten, Maßnahmen oder Schritte zu ergreifen oder ein Verfahren einzuleiten oder Rechte, Befugnisse oder Rechtsbehelfe auszuüben oder Pflichten oder Aufgaben gemäß oder im Zusammenhang mit der Garantie zu erfüllen, sofern und solange er nicht zu seiner Zufriedenheit freigestellt und/oder abgesichert und/oder im Voraus mit Mitteln ausgestattet wurde.

- (b) **Status:** Die Anleihen begründen besicherte Verbindlichkeiten der Emittentin und sind untereinander zu jeder Zeit ohne jegliche Bevorrechtigung gleichrangig. Die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus den Anleihen sind – vorbehaltlich von Ausnahmen, die möglicherweise durch geltendes Recht vorgeschrieben werden – zu jeder Zeit mindestens gleichrangig mit allen ihren jeweiligen anderen gegenwärtigen und künftigen besicherten und nicht nachrangigen Verpflichtungen.

5 Sicherheiten

- (a) **Parallel Debt:** Wenn eine von der Emittentin an einen Besicherten Gläubiger (mit Ausnahme des Sicherheitentreuhänders) zu zahlende Besicherte Zahlungsverpflichtung fällig geworden ist, verspricht die Emittentin hiermit unwiderruflich und unbedingt im Wege eines abstrakten Schuldversprechens, einen Betrag in gleicher Höhe an den Sicherheitentreuhänder zu zahlen (dieses Zahlungsverprechen und die daraus resultierenden Verpflichtungen und Verbindlichkeiten, nachstehend die „**Parallel Debt**“), vorbehaltlich des Folgenden:
- (i) die Parallel Debt ist jeweils mit der maßgeblichen Besicherten Zahlungsverpflichtung gleichrangig;
 - (ii) die Parallel Debt ist selbstständig und unabhängig von allen Ansprüchen in Bezug auf die Besicherten Zahlungsverpflichtungen, mit der Maßgabe, dass:
 - (A) die Parallel Debt sich um den Betrag reduziert, in Höhe dessen Zahlungsverpflichtungen aus den Besicherten Zahlungsverpflichtungen erfüllt worden sind;
 - (B) die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus den Besicherten Zahlungsverpflichtungen sich um den Betrag reduzieren, in Höhe dessen die Parallel Debt erfüllt worden ist; und
 - (C) die Parallel Debt den Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus den Besicherten Zahlungsverpflichtungen entspricht;
 - (iii) die Parallel Debt wird fällig, wenn und soweit die Besicherten Zahlungsverpflichtungen fällig werden; und
 - (iv) für die Zwecke dieser Bedingung 5(a) handelt der Sicherheitentreuhänder in seinem eigenen Namen und für sich selbst und nicht als Beauftragter oder Vertreter einer anderen Partei hierzu, und alle dem Sicherheitentreuhänder zur Besicherung der Parallel Debt gewährten Sicherungsrechte werden dem Sicherheitentreuhänder in seiner Eigenschaft als Gläubiger der Parallel Debt gewährt. Dementsprechend erkennt die Emittentin an, dass der Sicherheitentreuhänder infolge der Parallel Debt seinen eigenen unabhängigen Anspruch als Gläubiger hat. Zur Klarstellung wird festgehalten, dass der Sicherheitentreuhänder ferner als Beauftragter der Besicherten Gläubiger (wie von dem Treuhänder vertreten) in Bezug auf die Besicherten Zahlungsverpflichtungen handelt.
- (b) **Sicherheiten:** Die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gegenüber dem Sicherheitentreuhänder im Rahmen des Treuhandvertrags und der Parallel Debt werden durch einen Verpfändungsvertrag vom [●] 2016 (der „**Verpfändungsvertrag**“) zwischen der Emittentin, dem Sicherheitentreuhänder als Pfandgläubiger und der ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes („**ABBAG**“) als zusätzlichem Pfandgläubiger (als Sicherheit für die Finanzierungszusagen der ABBAG gegenüber der Emittentin) besichert durch:
- (i) ein erstrangiges Pfandrecht an den Pfandgegenständen; und
 - (ii) ein erstrangiges Pfandrecht an den jeweiligen Finanzierungszusagen der ABBAG zur Finanzierung von Rückkäufen und des Endgültigen Rückzahlungsbetrags der Anleihen am Fälligkeitstag,

jeweils zugunsten des Sicherheitentreuhänders für sich selbst als fortdauernde Sicherheit für die vollständige Zahlungserfüllung und Leistung der Parallel Debt (solche Sicherheiten, die „**Sicherheiten**“). Jegliche vom Sicherheitentreuhänder aus den Sicherheiten nach Maßgabe des Treuhandvertrags und des Verpfändungsvertrags erlangte Erlöse müssen vom Sicherheitentreuhänder, sobald er diese erhält, nach Maßgabe der in Bedingung 16 enthaltenen Prioritätenfolge verwendet werden. Abschriften des Verpfändungsvertrags liegen zu üblichen Geschäftszeiten in der Hauptgeschäftsstelle des Sicherheitentreuhänders und den angegebenen Geschäftsstellen der Hauptzahlstelle zur Einsichtnahme bereit. Alle Bestimmungen des Verpfändungsvertrags gelten als den Anleihegläubigern bekannt und sind für sie verbindlich.

Vor dem Eintritt eines Möglichen Verwertungsfalls kann die Freigabe des Pfandrechts an den Pfandgegenständen aus den Sicherheiten nach Maßgabe des Verpfändungsvertrags sowie den darin enthaltenen näheren Ausführungen wie folgt erfolgen:

- (i) Bankguthaben sowie Verpfändete Bundesanleihen, soweit die Anleihegläubiger vor dem Fälligkeitstag einen Bedingten Zusätzlichen Kaufpreis gemäß den Bedingungen der Angebotsunterlage erhalten;
- (ii) Bankguthaben sowie Verpfändete HETA-Schuldtitel anteilig nach Rückkäufen während des Rückkaufzeitraums;
- (iii) Bankguthaben, soweit diese Barmittel in Bundesanleihen investiert werden sollen;
- (iv) Bankguthaben sowie Verpfändete Bundesanleihen, soweit die Erlöse daraus für die Erfüllung der Besicherten Zahlungsverpflichtungen (oder eines Teils davon) bei deren Fälligkeit verwendet werden sollen; und
- (v) Verpfändete HETA-Schuldtitel nach Ablauf des Rückkaufzeitraums unter der Voraussetzung, dass das Bankguthaben mindestens dem Betrag entspricht, der zum Erwerb von Bundesanleihen mit gleicher Fälligkeit und gleichem Gesamtnennbetrag der dann ausstehenden Anleihen vorhanden ist.

Ferner kann die Emittentin zur Finanzierung von Rückkäufen während des Rückkaufzeitraums sowie zur Erfüllung der Besicherten Zahlungsverpflichtungen (oder eines Teils davon) bei Fälligkeit die verpfändeten Finanzierungszusagen der ABBAG in Anspruch nehmen; zudem kann sie nach Ablauf des Rückkaufzeitraums einen Betrag bis zur Höhe des Nennbetrags der dann ausstehenden Anleihen in Anspruch nehmen, um diesen in Verpfändete Bundesanleihen zu investieren.

Außerdem werden Pfandgegenstände nach Maßgabe des Verpfändungsvertrags freigegeben, wenn und soweit der Garantiegeber von seinen Zahlungsverpflichtungen unter der Garantie frei wird.

- (c) **Rechte der Emittentin als Wirtschaftlich Berechtigter der Pfandgegenstände:** Vor dem Eintritt eines Verwertungsfalls kann die Emittentin mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der ABBAG und des Sicherheitentreuhänders (dieser handelnd auf schriftliche Anweisung des Treuhänders) oder mit der Genehmigung durch einen Außerordentlichen Beschluss jeweils nach Maßgabe des Treuhandvertrags und des Verpfändungsvertrags:

- (i) die Handlungen in Bezug auf die Pfandgegenstände vornehmen, die sie für zweckmäßig erachtet; und
- (ii) die mit dem Eigentum der Pfandgegenstände verbundenen Rechte ausüben, insbesondere (aber nicht abschließend und unter Ausschluss jeglicher Haftung für die Ausübung) Stimmrechte in Bezug auf das Eigentum sowie sämtliche Rechte zur Durchsetzung von Eigentumsrechten in Bezug auf das Eigentum.

Die Emittentin wird keine Rechte in Bezug auf die Pfandgegenstände ausüben, es sei denn, ihr wird die oben erwähnte Genehmigung und/oder Zustimmung erteilt; in diesem Fall handelt die Emittentin ausschließlich nach Maßgabe dieser Genehmigung und/oder Zustimmung. Zur Klarstellung wird festgehalten, dass im Zusammenhang mit einer Handlung oder Ausübung nach Maßgabe des Verpfändungsvertrags keine solche Genehmigung und/oder Zustimmung erforderlich ist.

6 Negativverpflichtung

Solange Anleihen ausstehend (wie im Treuhandvertrag definiert) sind, wird die Emittentin keine Grundpfandrechte, Belastungen, Verpfändungen, Pfandrechte oder sonstige Sicherheiten zur Besicherung von Verpflichtungen von Personen oder andere Verträge oder Vereinbarungen mit ähnlichen Auswirkungen („**Sicherungsrechte**“) an der Gesamtheit oder Teilen ihres gegenwärtigen oder künftigen Unternehmens, Vermögens oder Umsatzerlöses (einschließlich nicht abgerufenen Kapitals) bestellen oder ausstehend haben, um Fremdverbindlichkeiten zu besichern oder um Garantien oder Freistellungsverpflichtungen in Bezug auf Fremdverbindlichkeiten zu besichern, ohne gleichzeitig oder zuvor im Rahmen der Anleihen dasselbe Sicherungsrecht, das zur Besicherung entsprechender Fremdverbindlichkeiten, Garantien oder Freistellungsverpflichtungen bestellt wird oder besteht, oder ein anderes Sicherungsrecht, das entweder (i) von dem Treuhänder nach freiem Ermessen als für die Interessen der Anleihegläubiger nicht wesentlich weniger vorteilhaft erachtet wird oder (ii) durch einen Außerordentlichen Beschluss (wie im Treuhandvertrag definiert) der Anleihegläubiger gebilligt wird, zu bestellen.

Die Verpflichtungserklärung gemäß dem ersten Absatz dieser Bedingung 6 gilt nicht für:

- (i) den Verpfändungsvertrag;
- (ii) Sicherungsrechte, die von der Emittentin an beliebigen ihrer Vermögenswerte bestellt wurden, um Verbindlichkeiten der Emittentin gegenüber der ABBAG oder einem ihrer Rechtsnachfolger oder Abtretungsempfänger zu besichern (die „**ABBAG-Verpfändung**“);
- (iii) nachrangige Sicherungsrechte, die von der Emittentin an beliebigen ihrer Vermögenswerte bestellt werden, um den Anspruch des Garantiegebers gegen die Emittentin unter dem Garantierauftrag (das „**Nachrangige Garantiegeber Pfandrecht**“) zu besichern; und
- (iv) Sicherungsrechte, die unter nicht verhandelbaren, allgemeinen Bedingungen und Konditionen von Bankkonten, Wertpapierdepots oder Wertpapier-Clearingsystemen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Emittentin und der Durchführung der in Bedingung 7(i) bis (vi) aufgeführten Tätigkeiten gewährt werden.

7 Beschränkungen

Sofern nicht in diesen Bedingungen, dem Treuhandvertrag, dem Dienstleistungsvertrag, dem Verpfändungsvertrag oder der Rückkaufverpflichtung etwas anderes bestimmt oder vorgesehen ist und solange eine Anleihe ausstehend ist, darf die Emittentin ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Treuhänders oder die Billigung der Anleihegläubiger im Wege eines Außerordentlichen Beschlusses keine anderen Geschäftstätigkeiten oder Handelstätigkeiten ausüben, Vermögenswerte besitzen oder finanzielle Verbindlichkeiten eingehen, außer den folgenden:

- (i) Kauf von Schuldtiteln oder Unterbreitung von Angeboten für Schuldtitel;
- (ii) Begebung der Anleihen an Inhaber von Schuldtiteln im Austausch gegen den Erwerb der betreffenden Schuldtitel durch die Emittentin gemäß der Angebotsunterlage;
- (iii) Abschluss von langfristigen Nullkupon-Schuldscheindarlehen, die von der Republik Österreich begeben werden (die "**Nullkupon-Schuldscheindarlehen**"), und die Abtretung dieser Nullkupon-Schuldscheindarlehen an Gläubiger von Schuldtiteln gegen den Erwerb der betreffenden Schuldtitel durch die Emittentin gemäß der Angebotsunterlage;
- (iv) Halten und Verwaltung der Schuldtitel und Entgegennahme von Ausschüttungen oder Liquidationszahlungen von der HETA Asset Resolution AG auf diese;
- (v) Rückkauf von Anleihen von Anleihegläubigern gemäß und in Übereinstimmung mit diesen Bedingungen und der Rückkaufverpflichtung, einschließlich während des Rückkaufzeitraums;
- (vi) Anlage von Barmitteln in Bundesanleihen; und
- (vii) Kreditaufnahme bei der ABBAG, der Republik Österreich und dem Land Kärnten für die Zwecke von vorstehender Bedingung 7 (i) bis (vi) (einschließlich Kreditaufnahmen zur Deckung von Verwaltungsausgaben der Emittentin).

8 Rückzahlung und Erwerb

(a) Endgültige Rückzahlung:

Sofern sie nicht zuvor zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet wurden, werden die Anleihen am [•] (der „**Fälligkeitstag**“) zu ihrem Endgültigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt.

Der „**Endgültige Rückzahlungsbetrag**“ je Anleihe in der festgelegten Stückelung von EUR 1,00 je Anleihe entspricht dem Nennbetrag.

(b) Rückzahlung nach einem Vorzeitigen Rückzahlungsereignis:

Die Anleihen werden am zehnten Bankarbeitstag nach dem Eintritt eines Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses (der „**Vorzeitige Rückzahlungstag**“) vollständig aber nicht bloß teilweise zu ihrem Nennbetrag zurückgezahlt. Nach Eintritt eines Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses wird die Emittentin die Anleihegläubiger davon unverzüglich unwiderruflich gemäß der Bedingung 18 in Kenntnis setzen. Diese Mitteilung wird das Datum des Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses bezeichnen, sowie den damit zusammenhängenden Vorzeitigen Rückzahlungstag und die Tatsache, dass die

Anleihen an diesem Vorzeitigen Rückzahlungstag vollständig zum Nennbetrag zurückgezahlt werden.

Für die Zwecke dieser Bedingungen gilt:

„**Bankarbeitstag**“ bezeichnet einen Tag mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen, an dem die Banken in Wien, London und Frankfurt am Main für den Geschäftsverkehr geöffnet sind.

Ein „**Vorzeitiges Rückzahlungsereignis**“ tritt bei einem Dauerhaften Versäumnis der Emittentin, den Rückkauf anzubieten oder durchzuführen, ein.

„**Dauerhaftes Versäumnis**“ bezeichnet ein Versäumnis der Emittentin (gleich aus welchem Grund), (i) an vier oder mehr aufeinanderfolgenden Bankarbeitstagen während des Rückkaufzeitraums oder (ii) an insgesamt 13 oder mehr Bankarbeitstagen während des Rückkaufzeitraums oder (iii) an einem der beiden letzten Bankarbeitstage des Rückkaufzeitraums den Rückkauf anzubieten oder durch Lieferung gegen Zahlung durchzuführen, wobei ein solches Versäumnis als nicht eingetreten gilt, wenn (a) die Versäumnis daher rührt, dass eine Anleihegläubiger oder sein Beauftragter oder Intermediär der Emittentin die für die Abwicklung des Rückkaufs erforderlichen Informationen nicht zur Verfügung stellt oder das maßgebliche Clearingsystem nicht mit diesen Informationen versorgt, (b) die Versäumnis daher rührt, dass ein Anleihegläubiger oder sein Beauftragter oder Intermediär, der Emittentin keine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmitteilung und xls-Datei gemäß den Bedingungen der Rückkaufverpflichtung zur Verfügung gestellt hat, oder (c) die Abwicklung des Rückkaufs rechtswidrig ist oder werden würde.

„**Rückkauf**“ bezeichnet (i) die Gewährung des Rechtes an die wirtschaftlichen Eigentümer der Anleihen oder ihre bevollmächtigten Intermediäre, von der Emittentin den Rückkauf der Anleihen an jedem in den Rückkaufzeitraum fallenden Bankarbeitstag (ohne Volumenbeschränkungen) zum Rückkaufpreis zu fordern (das „**Rückverkaufsrecht**“) und (ii) Durchführung solcher Rückkäufe durch Lieferung gegen Zahlung, jeweils in Übereinstimmung mit den in der Rückkaufverpflichtung vorgesehenen ausführlichen Vorschriften zu Rückkäufen von Anleihen.

„**Rückkaufverpflichtung**“ bezeichnet die von der Emittentin abgeschlossene Verpflichtungsurkunde zum Rückkauf vom [●] 2016; Abschriften der Verpflichtungsurkunde zum Rückkauf liegen zu üblichen Geschäftszeiten in der Hauptgeschäftsstelle des Sicherheitentreuhänders und in den angegebenen Geschäftsstellen der Hauptzahlstelle zur Einsichtnahme bereit.

„**Rückkaufzeitraum**“ bezeichnet den Zeitraum vom 1. Dezember 2016 (einschließlich) bis zum 180. Kalendertag nach dem 1. Dezember 2016 (ausschließlich), wobei dieser Zeitraum für jeden Bankarbeitstag, an dem es die Emittentin versäumt, den Rückkaufpreis in Übereinstimmung mit der Rückkaufverpflichtung zu veröffentlichen oder einen Rückkauf abzuwickeln, jeweils in Übereinstimmung mit den Bedingungen der Rückkaufverpflichtung, automatisch um einen Bankarbeitstag verlängert wird, vorausgesetzt, dass kein Versäumnis als infolge (a) des Versäumnisses eines Anleihegläubigers oder seines Beauftragten oder Intermediärs, der Emittentin die für die Abwicklung des Rückkaufs erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen oder das maßgebliche Clearingsystem mit diesen Informationen zu versorgen, (b) des Versäumnisses eines Anleihegläubigers oder seines Beauftragten oder Intermediärs, der Emittentin eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmitteilung und xls-Datei gemäß

den Bedingungen der Rückkaufverpflichtung zur Verfügung zu stellen, oder (c) der Tatsache, dass die Abwicklung des Rückkaufs rechtswidrig ist oder wird, erfolgt gilt. Die Emittentin macht den Anleihegläubigern unverzüglich Mitteilung über eine Verlängerung des Rückkaufzeitraums nach Maßgabe von Bedingung 18 (*Mitteilungen*).

„**Rückkaufpreis**“ bezeichnet das Produkt aus (a) dem gesamten Nennbetrag der Anleihe, der nach Ausübung des Rückverkaufsrechts zurückgekauft oder der nach Bedingung 11 zurückgezahlt werden soll *multipliziert* mit (b) dem folgenden Bruch gerundet auf fünf Dezimalstellen und berechnet, durch die OeBFA, die gemäß der Rückkaufverpflichtung als Berechnungsstelle der Emittentin handelt, am maßgeblichen Feststellungstag:

$$\frac{1}{(1+Y)^n}$$

Dabei gilt:

„**Zinstagequotient Actual/Actual**“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgeblichen Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

„**Feststellungstag**“ bezeichnet den Tag, an dem der maßgebliche Rückkaufpreis von der Emittentin gemäß der Rückkaufverpflichtung oder gemäß Bedingung 11 dieser Bedingungen festzustellen ist.

„**Euro-Swap-Satz**“ bezeichnet den als Prozentsatz ausgedrückten Jahres-Swap-Satz für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Fälligkeitstag des Längeren Swaps bzw. dem Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps entspricht, der am Feststellungstag um 11.00 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) festgestellt und gegen 11.15 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) auf der Bloomberg-Seite ISDA unter „Fixing Rates – Euribor A“ (oder einer anderen Bildschirmseite von Bloomberg oder eines anderen Informationsdienstes, die die Nachfolgesseite dieser Bloomberg-Seite für die Zwecke der Anzeige des in diesem Absatz beschriebenen maßgeblichen Satzes ist) angezeigt wird. Ist der maßgebliche Satz an dem maßgeblichen Feststellungstag nicht verfügbar, entspricht der maßgebliche Satz dem maßgeblichen Satz an dem unmittelbar dem Feststellungstag vorangegangenen Tag, an dem ein maßgeblicher Satz verfügbar war. Zur Klarstellung: Es erfolgt keine Anpassung des Euro-Swap-Satzes für die Abwicklungsfrist von Rückkäufen.

Der „**Interpolierte Euro-Swap-Satz**“ wird am Feststellungstag durch einfache lineare Interpolation unter Bezugnahme auf zwei Euro-Swap-Sätze, von denen einer der Kürzere Swap-Satz und der andere der Längere Swap-Satz ist, anhand der folgenden Formel bestimmt:

$$I = p \times \text{Kürzerer Swap-Satz} + (1-p) \times \text{Längerer Swap-Satz}$$

Dabei gilt:

I = der Interpolierte Euro-Swap-Satz

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich);

ML = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Längeren Swaps (ausschließlich);

MS = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps (ausschließlich).

„**Längerer Swap-Satz**“ bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum „n“ am nächsten liegt, jedoch länger als dieser ist.

„**Fälligkeitstag des Längeren Swaps**“ bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Längeren Swap-Satz entspricht.

„**Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps**“ bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Kürzeren Swap-Satz entspricht.

„n“ steht für den Zeitraum der verbleibenden Laufzeit vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) (berechnet in Jahren anhand des Zinstagequotienten Actual/Actual und auf drei Dezimalstellen gerundet).

„**Kürzerer Swap-Satz**“ bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum „n“ am nächsten liegt, jedoch kürzer als dieser ist.

„**Spread**“ bezeichnet -8,0 Basispunkte.

„**TARGET-Geschäftstag**“ bezeichnet einen Tag, an dem das TARGET System für Zahlungen in Euro geöffnet ist.

„**TARGET-System**“ bezeichnet das bezeichnet das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System oder einen Nachfolger davon.

„Y“ steht für die Summe des Spread und des Interpolierten Euro-Swap-Satzes für eine Laufzeit von n Jahren.

Weder der Treuhänder noch der Sicherheitentreuhänder ist verpflichtet, das Vorliegen oder den Eintritt eines Dauerhaften Versäumnisses oder Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses zu überwachen, zu untersuchen oder zu überprüfen. Weder den Treuhänder noch den Sicherheitentreuhänder noch eine Beauftragte Stelle trifft eine Verpflichtung, Verantwortung oder Haftung für die Abgabe oder Nichtabgabe einer diesbezüglichen Mitteilung an die Emittentin oder einen Anleihegläubiger. Falls die Emittentin eine

Mitteilung über den Eintritt eines Dauerhaften Versäumnisses oder Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses an den Treuhänder oder den Sicherheitentreuhänder übersendet oder übersenden lässt, sind sowohl der Treuhänder als auch der Sicherheitentreuhänder berechtigt, ohne eine weitere Untersuchung abschließend auf diese Mitteilung zu vertrauen, ohne dass ihnen eine Haftung hierfür entsteht.

- (c) **Verzugszinsen:** Ab (i) dem Vorzeitigen Rückzahlungstag (sofern zutreffend) bzw. (ii) dem Fälligkeitstag entspricht der auf überfälliges Kapital einer Anleihe zu zahlende Zinssatz einem (als Prozentsatz ausgedrückten) Jahreszinssatz in Höhe der Emissionsrendite.

Für die Zwecke dieser Bedingung 8(c) beträgt die „**Emissionsrendite**“ [●] Prozent.

- (d) **Kauf:** Während des Rückkaufzeitraums ist die Emittentin nur zum Kauf von Anleihen nach Maßgabe der Rückkaufverpflichtung berechtigt. Nach Ablauf des Rückkaufzeitraums ist die Emittentin berechtigt, Anleihen am Markt oder auf sonstige Weise zum oder unter dem Marktpreis zu kaufen. Anleihen, die von der Emittentin während des Rückkaufzeitraums gemäß der Rückkaufverpflichtung oder von der Emittentin oder dem Garantiegeber gemäß dieser Bedingung 8(d) gekauft werden, berechtigen den Gläubiger, solange die Anleihen von der Emittentin, dem Garantiegeber, dem Land Kärnten oder einer Körperschaft, einem Trust, einem Fonds oder einer sonstigen Person oder einer von der Emittentin, dem Garantiegeber oder dem Land Kärnten beherrschten oder von dieser/diesem vollständig gehörenden juristischen Person oder in ihrem bzw. seinem Namen gehalten werden, nicht zur Abstimmung auf Versammlungen oder bei Außerordentlichen Beschlüssen der Anleihegläubiger und gelten für die Zwecke der Berechnung der Beschlussfähigkeit bei Abstimmungen über Außerordentliche Beschlüsse der Anleihegläubiger und für die Zwecke von Bedingung 14(a) nicht als ausstehend unter der Maßgabe, dass Anleihen, die Teil des gegenüber der ABBAG gewährten Sicherungsguts sind, als bis zur ihrer Kündigung als ausstehend gelten.
- (e) **Entwertung:** Alle Zertifikate, durch die von der Emittentin oder in ihrem Namen zurückgekaufte oder gekaufte Anleihen verbrieft werden, sind bei der Registerstelle zur Entwertung einzureichen; nach der Einreichung der Zertifikate werden die entsprechenden Anleihen mit sofortiger Wirkung entwertet. Zur Entwertung eingereichte Zertifikate dürfen nicht erneut ausgestellt oder weiterverkauft werden und die Emittentin wird von ihren Verpflichtungen in Bezug auf die betreffenden Anleihen befreit.

9 Zahlungen

- (a) **Zahlungsweise:**

- (i) Zahlungen von Kapital erfolgen (vorbehaltlich der Einreichung der maßgeblichen Zertifikate in der angegebenen Geschäftsstelle einer Übertragungsstelle oder der Registerstelle, falls anschließend keine weiteren Zahlungen mehr auf die durch die betreffenden Zertifikate verbrieften Anleihen zu leisten sind) an die Person, die am Geschäftstag vor dem Fälligkeitstag der Kapitalzahlung (der „**Stichtag**“) bei Geschäftsschluss in dem Anleiheregister eingetragen ist. Auf Antrag des Gläubigers an die angegebene Geschäftsstelle der Registerstelle oder einer Übertragungsstelle vor dem Stichtag kann die

betreffende Zahlung durch Überweisung auf ein auf die maßgebliche Währung lautendes Konto des Zahlungsempfängers bei einer Bank geleistet werden.

- (ii) Ist der nach der Einreichung des maßgeblichen Zertifikats gezahlte Kapitalbetrag niedriger als der ausstehende Nennbetrag des betreffenden Zertifikats, vermerkt die Registerstelle den entsprechend gezahlten Kapitalbetrag und stellt (falls dies von der Emittentin oder einem Anleihegläubiger beantragt wird) ein neues Zertifikat mit einem Nennbetrag in Höhe des noch nicht gezahlten ausstehenden Nennbetrags aus.
- (b) **Zahlungen unterliegen gesetzlichen Bestimmungen:** Sämtliche Zahlungen unterliegen in allen Fällen allen am Zahlungsort geltenden steuerlichen oder sonstigen Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien. Anleihegläubigern werden für diese Zahlungen keine Provisionen oder Aufwendungen in Rechnung gestellt.
- (c) **Zahlungsveranlassung:** Wenn eine Zahlung durch Überweisung auf ein Konto zu leisten ist, werden Zahlungsanweisungen (zur Wertstellung am Fälligkeitstag oder, falls dieser kein Geschäftstag ist, zur Wertstellung am ersten darauffolgenden Tag, der ein Geschäftstag ist) am letzten Tag vor dem Fälligkeitstag der Zahlung, an dem die Hauptzahlstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist, oder – im Fall von Kapitalzahlungen, bei denen das maßgebliche Zertifikat nicht in der angegebenen Geschäftsstelle einer Übertragungsstelle oder der Registerstelle eingereicht wurde – an einem Tag, an dem die Hauptzahlstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist und an dem das maßgebliche Zertifikat eingereicht wird, veranlasst.
- (d) **Bestellung von Beauftragten Stellen:** Die Hauptzahlstelle, die Registerstelle und die Übertragungsstellen, die anfänglich von der Emittentin bestellt wurden, und ihre jeweiligen angegebenen Geschäftsstellen sind nachstehend aufgeführt. Sofern nicht in dem Dienstleistungsvertrag etwas anderes vorgesehen ist, handeln die Hauptzahlstelle, die Registerstelle und die Übertragungsstellen ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber Anleihegläubigern und treten nicht in ein Vertretungs- oder Treuhandverhältnis zu diesen. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Treuhänders die Bestellung der Hauptzahlstelle, der Registerstelle oder einer Übertragungsstelle zu ändern oder zu beenden oder zusätzliche oder andere Übertragungsstellen zu bestellen, sofern die Emittentin zu jeder Zeit die folgenden Stellen unterhält, die jeweils von dem Treuhänder gebilligt wurden: (i) eine Hauptzahlstelle, (ii) eine Registerstelle, (iii) eine Übertragungsstelle und (iv) alle sonstigen Stellen, die möglicherweise durch eine Wertpapierbörse vorgeschrieben werden, an der Anleihen gegebenenfalls notiert sind.

Jegliche entsprechende Änderung oder jegliche Änderung einer der angegebenen Geschäftsstellen ist den Anleihegläubigern unverzüglich mitzuteilen.
- (e) **Zahlungsverzögerung:** Anleihegläubiger haben keinen Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen bei einer Verzögerung der Zahlung eines auf eine Anleihe geschuldeten Betrags über den Fälligkeitstag hinaus, falls der Fälligkeitstag kein Geschäftstag ist, falls der Anleihegläubiger mit der Einreichung seines Zertifikats in Verzug ist oder ihm die Einreichung des Zertifikats unmöglich ist (falls er dazu verpflichtet ist).
- (f) **Kein Geschäftstag:** Ist der für eine Zahlung auf eine Anleihe vorgesehene Tag kein Geschäftstag, so hat der Gläubiger erst am nächstfolgenden Geschäftstag Anspruch

auf Zahlung; ein Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verzögerung besteht nicht. In dieser Bedingung 9 bezeichnet „**Geschäftstag**“ einen Tag mit Ausnahme von Samstagen oder Sonntagen, an dem die Banken und Devisenmärkte am Ort der angegebenen Geschäftsstelle der Registerstelle und der Hauptzahlstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet sind, und bei dem es sich um einen TARGET-Geschäftstag handelt.

10 **Besteuerung**

Alle Zahlungen durch oder im Namen der Emittentin in Bezug auf die Anleihen werden ohne Einbehalt oder Abzug für Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren gleich welcher Art erfolgen, die von der Republik Österreich oder von einer zur Steuererhebung ermächtigten Behörde Österreichs auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder veranlagt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin, diejenigen zusätzlichen Beträge an die Anleihegläubiger zahlen, die erforderlich sind, damit die von den Anleihegläubigern empfangenen Beträge denjenigen Beträgen entsprechen, die sie ohne solche Einbehalte oder Abzüge empfangen hätten, jedoch mit der Ausnahme, dass in Bezug auf die folgenden Umstände keine zusätzlichen Beträge zahlbar sind:

- (a) Bezüglich Anleihen, die von oder im Namen eines Anleihegläubigers (oder von einem Treuhänder, Treugeber, Begünstigten, Partner, Mitglied oder Anteilseigner eines Anleihegläubigers oder von einem Inhaber der Kontrolle über einen Anleihegläubigers, wenn der Eigentümer eine Vermögensmasse, ein *trust*, ein *nominee*, eine Personengesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eine anderweitige Kapitalgesellschaft ist) oder eines wirtschaftlichen Eigentümers gehalten werden, der aufgrund einer gegenwärtigen oder früheren Verbindung zur Republik Österreich über den bloßen Umstand hinausgehend, dass er Gläubiger der Anleihen ist, zur Zahlung dieser Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren in Bezug auf die Anleihen verpflichtet ist bzw. diesen unterliegt, oder wenn der Einbehalt oder der Abzug durch Einreichung einer Nichtansässigkeitserklärung oder durch Geltendmachung eines vergleichbaren Anspruchs auf Befreiung gegenüber der zuständigen Steuerbehörde vermieden werden könnte; oder
- (b) Bezüglich Anleihen an einen, oder an Dritte im Namen eines, Eigentümer(s), der (die) den betreffenden Einbehalt oder Abzug rechtmäßig hätte vermeiden können (diesen jedoch nicht vermieden hat), indem er (sie) allen Zertifizierungs-, Identifizierungs-Melde- oder sonstigen gesetzlichen Vorschriften gegenüber der Steuerbehörde im Zusammenhang mit Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördlichen Gebühren, an dem Ort nachgekommen wäre, an dem das die Anleihe verbriefende Zertifikat zur Zahlung eingereicht wurde; oder
- (c) Bezüglich Anleihen, für die das sie verbriefende Zertifikat mehr als 30 Tage nach dem Maßgeblichen Tag zur Zahlung vorgelegt wird (soweit eine solche Vorlage erforderlich ist), es sei denn, dass der Anleihegläubigers bei Einreichung des die Anleihe verbriefenden Zertifikats zur Zahlung am letzten Tag dieses 30-tägigen Zeitraums einen Anspruch auf entsprechende zusätzliche Beträge gehabt hätte; oder
- (d) Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die in rechtmäßiger Weise auf eine Zahlung an oder zugunsten einer natürlichen Person nach Maßgabe der Richtlinie 2003/48/EG des Europäischen Rates in der jeweils geltenden Fassung sowie nach Maßgabe der Richtlinie 2014/48/EU des Europäischen Rates oder nach

Maßgabe anderer Umsetzungsakte der in der Sitzung des ECOFIN-Rats vom 26. Und 27. November 2000 gefällten Beschlüsse zur Zinsbesteuerung oder nach Maßgabe von Gesetzen zur Umsetzung oder Einhaltung dieser Richtlinie oder von Gesetzen, die eingeführt wurden, um der Richtlinie nachzukommen, auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder veranlagt werden; oder

- (e) Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die durch Nachweis der Zahlung unter einer Anleihe an eine andere in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ansässige Zahlstelle oder durch Annahme einer solchen Zahlung durch eine solche vermieden worden wären; oder
- (f) Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die auf andere Weise als durch Abzug oder Einbehalt aus Zahlungen auf die Anleihen zu entrichten sind; oder
- (g) Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die aufgrund einer Zahlung auf eine Anleihe durch die Emittentin an einen Gläubiger anfallen, wenn dieser Gläubiger ein Treuhänder, eine Personengesellschaft, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder eine sonstige Person ist, die nicht der alleinige wirtschaftliche Eigentümer der Anleihe ist, soweit diese Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördlichen Gebühren nicht angefallen wären, wäre dieser Gläubiger ein Begünstigter, Treugeber, Mitglied oder alleiniger wirtschaftlicher Eigentümer der Anleihe gewesen; oder
- (h) Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die aufgrund einer Rechtsänderung zahlbar sind, die später als 30 Tage nach Fälligkeit der entsprechenden Zahlung veröffentlicht wird, anfallen; oder
- (i) Nachlass-, Erbschaft-, Schenkung-, Mehrwert-, Verkehrs-, Verbrauchs-, Vermögenssteuer oder sonstige vergleichbare Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die in Bezug auf die Anleihen auferlegt werden; oder
- (j) Steuern, Abgaben, Veranlagungen oder behördliche Gebühren, die auferlegt oder einbehalten werden aufgrund der Bestimmungen 1471 bis 1474 des US Internal Revenue Code von 1986, in der jeweils gültigen Fassung (der "**Code**"), damit zusammenhängenden Verordnungen oder sonstigen amtlichen Richtlinien oder gemäß eines zwischenstaatlichen Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und einem Drittstaat, der der Umsetzung der U.S. Bestimmungen dient oder sonstiger in Zusammenhang mit dem Vorstehenden geschlossener Verträge (einschließlich von Verträgen, die im Hinblick auf die Bestimmung 1471(b)(1) des Code abgeschlossen wurden); oder
- (k) Aufgrund eines Zusammentreffens von mehreren der Tatbestände (a) bis (j).

Für die Zwecke dieser Bedingung 10 bezeichnet ein „**Maßgeblicher Tag**“ in Bezug auf eine Anleihe den Tag, an dem eine Zahlung auf die Anleihe erstmals fällig wird, oder (wenn ein Teil des zahlbaren Betrags ungerechtfertigt zurückgehalten oder verweigert wird) den Tag, an dem die Zahlung des ausstehenden Betrags in voller Höhe geleistet wird, oder (sofern früher) den Tag, der sieben Tage nach dem Tag liegt, an dem eine ordnungsgemäße Mitteilung an die Anleihegläubiger ergeht, dass bei weiterer Einreichung des die Anleihe verbriefenden Zertifikats gemäß den Bedingungen die betreffende Zahlung geleistet wird, sofern diese Zahlung auch tatsächlich nach der Einreichung erfolgt.

11 Kündigungsgründe

(a) Kündigungsgründe

Jedes der folgenden Ereignisse ist ein Kündigungsgrund im Hinblick auf die Anleihen (jeweils ein „**Kündigungsgrund**“):

- (i) **Nichtzahlung bei Fälligkeit:** die Emittentin oder der Garantiegeber ist über zehn Tage mit der Zahlung von auf die Anleihen bzw. die Garantie fälligen Beträgen in Verzug; oder
- (ii) **Verstoß gegen sonstige Verpflichtungen:** die Emittentin oder der Garantiegeber begeht einen Verstoß gegen eine ihrer/seiner wesentlichen Verpflichtungen im Rahmen der Anleihen, des Treuhandvertrags, der Garantie oder des Verpfändungsvertrags und dieser Verstoß wird nicht innerhalb von 30 Tagen ab der Abgabe einer Mitteilung der Anleihegläubiger oder des Treuhänders an die Emittentin bzw. den Garantiegeber über den Verstoß geheilt, sofern der Verstoß die Fähigkeit der Emittentin oder des Garantiegebers wesentlich beeinträchtigt, fällige Beträge unter der Anleihe bzw. unter der Garantie zu zahlen; oder
- (iii) **Insolvenz- und Verwertungsverfahren:**
 - (A) die Emittentin wird insolvent, bankrott oder überschuldet im Sinne der österreichischen Insolvenzordnung, wenn nicht innerhalb von 15 Tagen Abhilfe geschaffen wird; oder
 - (B) die Emittentin stellt einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines anderen insolvenzbezogenen Gerichtsverfahrens in der Republik Österreich; oder
 - (C) eine andere Person als die Emittentin stellt einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines anderen insolvenzbezogenen Gerichtsverfahrens in der Republik Österreich, es sei denn dieser Antrag ist offensichtlich betrügerisch oder wird innerhalb von 45 Tagen ab seiner Einreichung zurückgenommen; oder
 - (D) es wird ein Insolvenzverfahren oder Liquidationsverfahren oder ein vergleichbares Verfahren über das Vermögen der Emittentin eröffnet; oder
 - (E) die Emittentin stellt die Leistung von Zahlungen ein oder erklärt öffentlich ihre Unfähigkeit zur Bedienung ihrer finanziellen Verpflichtungen, und es wird nicht innerhalb von zwei Bankarbeitstagen Abhilfe geschaffen; oder
 - (F) die Emittentin wird liquidiert oder anderweitig aufgelöst oder die Emittentin veräußert einen wesentlichen Teil ihres Vermögens, und es wird nicht innerhalb von zwei Bankarbeitstagen Abhilfe geschaffen; oder
 - (G) die Emittentin ersucht um ein Moratorium oder bietet einem ihrer Gläubiger einen anderen Vergleich oder eine andere Vereinbarung an oder schließt einen solchen bzw. eine solche ab; oder
 - (H) es wird ein Vollstreckungsverfahren oder ein sonstiges gerichtliches Verfahren in Bezug auf Vermögenswerte der Emittentin über einen Betrag von mehr als EUR 1.000.000,00 (oder dem entsprechenden anhand des zum Zeitpunkt des Eintritts dieses Ereignisses aktuellen Euro-Umrechnungskurs errechneten Gegenwert) eingeleitet oder vollstreckt; oder

- (iv) **Änderung des Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetzes oder des Tätigkeitsumfangs:** (i) das Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetz und/oder die Satzung der Emittentin wird geändert und dies würde die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen unter den Anleihen zu erfüllen, wesentlich beeinträchtigen oder (ii) die Emittentin übt Tätigkeiten aus, die über die in Bedingung 7 (*Beschränkungen*) vorgesehenen oder gemäß Bedingung 7 (*Beschränkungen*) gebilligten oder genehmigten Tätigkeiten hinausgehen und dies würde die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen unter den Anleihen zu erfüllen, wesentlich beeinträchtigen; oder
- (v) **Garantie:** die Garantie ist or wird in einem rechtskräftigen Urteil oder einer rechtskräftigen Entscheidung einer zuständigen Behörde oder eines zuständigen Gerichts, gegen das bzw. die keine Berufung möglich ist, für unrechtmäßig, ungültig, undurchsetzbar oder anderweitig nicht in vollem Umfang rechtswirksam befunden oder ist dies laut einer Behauptung des Garantiegebers oder der Emittentin, und dieser Umstand dauert über 30 Tage nach dem Eintritt des Umstands an; oder
- (vi) **Kündigung und Fälligestellung von anderen Fremdverbindlichkeiten:** Fremdverbindlichkeiten der Emittentin von mehr als EUR 25.000.000,00 (oder der maßgeblichen anhand des zum Zeitpunkt des Eintritts dieses Ereignisses aktuellen Euro-Umrechnungskurs errechnete Gegenwert) werden nicht bei Fälligkeit gezahlt oder werden vor ihrer vorgesehenen Fälligkeit für fällig und zahlbar erklärt oder werden anderweitig fällig und zahlbar, oder ein Gläubiger der Emittentin ist berechtigt, Fremdverbindlichkeiten der Emittentin von mehr als EUR 25.000.000,00 (oder den maßgeblichen anhand des zum Zeitpunkt des Eintritts dieses Ereignisses aktuellen Euro-Umrechnungskurs errechneten Gegenwert) vor ihrer vorgesehenen Fälligkeit (unabhängig von deren Beschreibung) für fällig und zahlbar zu erklären, oder eine Zusage für Fremdverbindlichkeiten der Emittentin wird von einem Gläubiger widerrufen oder ausgesetzt oder steht der Emittentin anderweitig nicht mehr zur Verfügung, und dieser Umstand dauert jeweils über 30 Tage nach dem Eintritt des Umstands an; oder
- (vii) **Entgegenstehende staatliche Verfügung, Verordnung oder Rechtsvorschrift:** in oder von der Republik Österreich oder einem anderen Land mit Hoheitsgewalt über die Emittentin und ihr Vermögen wird eine staatliche Verfügung, Verordnung oder Rechtsvorschrift erlassen, durch die die Emittentin an der Einhaltung und Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Anleihen gehindert wird, und es wird nicht innerhalb von 90 Tagen ab dem Erlass der Verfügung, Verordnung oder Rechtsvorschrift Abhilfe geschaffen; oder
- (viii) **Nichtanerkennung und Ungültigerklärung:** die Emittentin erkennt eine Anleihe, den Treuhandvertrag oder den Verpfändungsvertrag (oder ein damit in Zusammenhang stehendes Dokument) nicht an oder gibt dies vor oder erklärt sie bzw. ihn für ungültig oder gibt dies vor oder zeigt ihre Absicht zur Nichtanerkennung oder Ungültigerklärung einer Anleihe, des Treuhandvertrags oder des Verpfändungsvertrags (oder eines damit in Zusammenhang stehenden Dokuments), und dieser Umstand dauert jeweils über 30 Tage nach dem Eintritt des Umstands an; oder

- (ix) **Rechtswidrigkeit und Unwirksamkeit:** es ist oder wird für die Emittentin rechtswidrig, eine ihrer Verpflichtungen, die gemäß einer Anleihe, dem Treuhandvertrag oder dem Verpfändungsvertrag (oder einem damit in Zusammenhang stehenden Dokument) für sie verbindlich ist, zu erfüllen, oder eine Verpflichtung der Emittentin im Rahmen einer Anleihe, des Treuhandvertrags oder des Verpfändungsvertrags (oder eines damit in Zusammenhang stehenden Dokuments) ist nicht oder nicht mehr rechtmäßig, rechtsgültig, rechtsverbindlich oder gemäß ihren bzw. seinen Bedingungen durchsetzbar, oder eine Anleihe, der Treuhandvertrag oder der Verpfändungsvertrag (oder ein damit in Zusammenhang stehendes Dokument) selbst ist nicht oder nicht mehr rechtmäßig, rechtsgültig, rechtsverbindlich oder gemäß ihren bzw. seinen Bedingungen durchsetzbar, und dieser Umstand dauert jeweils über 30 Tage nach dem Eintritt des Umstands an.

(b) Vorzeitige Fälligestellung

- (i) Ab Eintritt und Fortbestehen eines Kündigungsgrunds können der Treuhänder (unter den Voraussetzungen der unten ausgeführten Bedingung 11(b)) oder Gläubiger, auf die mindestens 25 Prozent des Kapitalbetrags der ausstehenden Anleihen entfallen, die Anleihen mit schriftlicher Mitteilung der Emittentin gegenüber für am zehnten Bankarbeitstag nach der Mitteilung fällig stellen und zwar zum auf diesen zehnten Bankarbeitstag von der OeBFA, die als Berechnungsstelle der Emittentin handelt, berechneten Rückkaufpreis, wobei es den Gläubigern der Mehrheit des ausstehenden Kapitalbetrags unter der entsprechenden Anleihe nach einer solchen Fälligestellung jedoch freisteht, diese Fälligestellung innerhalb dieser zehn Bankarbeitstagen zu widerrufen und auf den entsprechenden Möglichen Kündigungsgrund und den entsprechenden Kündigungsgrund zu verzichten bzw. den Treuhänder anzuweisen, dies nach Maßgabe der in dieser Bestimmung 11(b)(i) enthaltenen Regelungen zu tun, sollten alle Kündigungsgründe geheilt oder auf diese verzichtet worden sein.
- (ii) Der Treuhänder darf jederzeit, nach seinem Ermessen und ohne Ankündigung alle Schritte, Handlungen oder Verfahren gegen die Emittentin einleiten, die er für angebracht hält, um die Bestimmungen des Treuhandvertrags und der Anleihen zu verwerten, ist aber nicht dazu verpflichtet, solche Schritte, Handlungen oder Verfahren bezüglich des Treuhandvertrags oder der Anleihen einzuleiten (einschließlich und ohne darauf beschränkt zu sein, jeglicher Handlungen unter den Bestimmungen 11(a) und 11(b)(i) und jeglicher Schritte oder Handlungen entsprechend einer durch die Gläubiger der Anleihen der Bestimmung 11(b) nach abgegebenen Fälligestellungserklärung), es sei denn (a) er wurde, soweit einschlägig, unter Beachtung der in Bestimmung 14 (*Versammlungen der Anleihegläubiger, Änderungen und Rechtsverzicht*) enthaltenen Regelungen durch einen außerordentlichen Beschluss der Gläubiger dazu angewiesen oder von Gläubigern der Anleihen, auf die mindestens 25 Prozent des ausstehenden Kapitalbetrags der ausstehenden Anleihen entfallen, dazu schriftlich aufgefordert und (b) er wurde in jedem dieser Fälle zu seiner Zufriedenheit schadlos gehalten und/oder besichert und/oder vorrangig bedient.
- (iii) Sollten Gläubiger der Anleihen die Anleihen nach Bestimmung 11(b)(i) fällig stellen, darf der Treuhänder auf eine solche Fälligestellungserklärung vertrauen,

ohne diese weitergehend zu überprüfen oder gegenüber einer Partei diesbezüglich zu haften. Außer in den in Bestimmung 11(b) beschriebenen Fällen, ist kein Anleihegläubiger berechtigt, direkt gegen die Emittentin vorgehen, es sei denn, dass der Treuhänder innerhalb eines angemessenen Zeitraums nichts unternimmt, obwohl er eine diesbezügliche Verpflichtung hat, und dieses Versäumnis fortbesteht.

12 Verjährung

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen von Kapital auf die Anleihen verjähren und verfallen, sofern sie nicht innerhalb von zehn Jahren ab dem jeweiligen Maßgeblichen Tag geltend gemacht werden.

Für die Zwecke dieser Bedingung 12 bezeichnet „**Maßgeblicher Tag**“ in Bezug auf eine Anleihe den späteren der folgenden Tage:

- (i) den Tag, an dem eine Zahlung auf die Anleihe erstmals fällig wird, oder
- (ii) falls eine Zahlung ungerechtfertigt zurückgehalten oder verweigert wird, den Tag, an dem die Zahlung des ausstehenden Betrags in voller Höhe geleistet wird, oder (sofern früher) der Tag, an dem die Emittentin eine ordnungsgemäße Mitteilung gemäß Bedingung 18 an die Anleihegläubiger abgibt, dass bei weiterer Vorlage der maßgeblichen Anleihe gemäß diesen Bedingungen die betreffende Zahlung geleistet wird, sofern diese Zahlung auch tatsächlich nach Maßgabe dieser Bedingungen erfolgt.

13 Ersetzung von Zertifikaten

Geht ein Zertifikat verloren oder wird es gestohlen, beschädigt, unleserlich oder vernichtet, kann es vorbehaltlich der geltenden Gesetze, Rechtsvorschriften oder einschlägigen Vorschriften von Aufsichtsbehörden in der angegebenen Geschäftsstelle der Registerstelle oder einer etwaigen anderen Übertragungsstelle, die jeweils von der Emittentin für diesen Zweck benannt wird und deren Benennung den Anleihegläubigern mitgeteilt wird, jeweils nach Zahlung der in diesem Zusammenhang entstehenden Gebühren und Kosten durch den Antragsteller und zu Bedingungen im Hinblick auf Nachweis, Sicherheit, Freistellung und in sonstiger Hinsicht, die die Emittentin gegebenenfalls verlangt (sofern die Anforderungen vor dem Hintergrund der vorherrschenden Marktpraxis angemessen sind), ersetzt werden. Beschädigte oder unleserliche Zertifikate müssen eingereicht werden, bevor ein Ersatz ausgestellt wird.

14 Versammlungen der Anleihegläubiger, Änderungen und Rechtsverzicht

- (a) **Versammlungen der Anleihegläubiger:** Der Treuhandvertrag enthält Bestimmungen zur Einberufung von Versammlungen der Anleihegläubiger zur Erörterung von Angelegenheiten, die ihre Interessen betreffen, einschließlich der Billigung einer Änderung dieser Bedingungen oder Bestimmungen des Treuhandvertrags, des Verpfändungsvertrags oder der Garantie im Wege eines Außerordentlichen Beschlusses.

Versammlungen der Anleihegläubiger können von der Emittentin, dem Garantiegeber oder dem Treuhänder oder Anleihegläubigern, die mindestens 10 Prozent des zu dem betreffenden Zeitpunkt ausstehenden Nennbetrags der Anleihen halten, einberufen

werden. Die beschlussfähige Anzahl auf Versammlungen, die zur Erörterung eines Außerordentlichen Beschlusses einberufen wurden, beträgt zwei oder mehr Personen, die eine eindeutige Mehrheit des zu dem betreffenden Zeitpunkt ausstehenden Nennbetrags der Anleihen halten oder vertreten, oder – im Falle einer vertagten Versammlung – zwei oder mehr Personen, die Anleihegläubiger sind oder vertreten, unabhängig vom Nennbetrag der von ihnen gehaltenen oder vertretenen Anleihen, es sei denn, die Tagesordnung der Versammlung beinhaltet die Erörterung von Vorschlägen („**Vorbehaltene Angelegenheiten**“):

- (i) zur Änderung der Laufzeit der Anleihen oder anderweitigen Änderung des Tages, an dem ein Betrag auf die Anleihen zu zahlen ist;
- (ii) zur Verringerung oder Aufhebung eines auf die Anleihen zu zahlenden (überfälligen) Betrags;
- (iii) zur Änderung der für die Berechnung des Rückkaufpreises verwandten Methode oder zur Änderung der Eintrittsvoraussetzungen eines Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses;
- (iv) zur Änderung der Währung oder des Orts der Zahlung eines auf die Anleihen zu zahlenden Betrags;
- (v) zur Auferlegung von Bedingungen bzw. zur anderweitigen Änderung hinsichtlich der Verpflichtung der Emittentin zur Leistung von Zahlungen auf die Anleihen;
- (vi) zur Änderung der Kündigungsgründe;
- (vii) zur Änderung oder Aufhebung der Garantie;
- (viii) zur Änderung oder Aufhebung des Verpfändungsvertrags;
- (ix) zur Änderung des Rangs oder des anwendbaren Rechts der Anleihen;
- (x) zur Änderung der Gerichte, deren Gerichtsstand sich die Emittentin unterworfen hat, oder zur Änderung der Immunität in Bezug auf Gerichtsverfahren aus oder im Zusammenhang mit den Anleihen, auf die die Emittentin verzichtet hat;
- (xi) zur Änderung der Bestimmungen zum ausstehenden Nennbetrag der Anleihen sowie zur beschlussfähigen Anzahl auf Versammlungen der Anleihegläubiger oder der erforderlichen Mehrheit für die Fassung eines Außerordentlichen Beschlusses; oder
- (xii) zur Änderung der Liste Vorbehaltender Angelegenheiten,

in diesem Fall beträgt die beschlussfähige Anzahl zwei oder mehr Personen, die mindestens 75 Prozent – oder, im Falle einer vertagten Versammlung, mindestens 25 Prozent – des zu dem betreffenden Zeitpunkt ausstehenden Nennbetrags der Anleihen halten oder vertreten. Ein ordnungsgemäß gefasster Außerordentlicher Beschluss ist für Anleihegläubiger verbindlich (unabhängig davon, ob sie auf der Versammlung, auf der der Beschluss gefasst wurde, anwesend waren oder nicht).

Der Treuhandvertrag sieht vor, dass ein schriftlicher Beschluss, der von oder im Namen von Gläubigern, die mindestens 75 Prozent des ausstehenden Nennbetrags der Anleihen unterzeichnet wurde, für alle Zwecke genauso wirksam

ist wie ein Außerordentlicher Beschluss, der auf einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Versammlung der Anleihegläubiger gefasst wurde. Ein entsprechender schriftlicher Beschluss kann in einem Dokument in oder mehreren Dokumenten in derselben Form, die jeweils von oder im Namen eines oder mehrerer Anleihegläubiger unterzeichnet wurden, gefasst werden.

- (b) **Änderung dieser Bedingungen, des Treuhandvertrags, der Garantie oder des Verpfändungsvertrags:** Der Treuhänder ist berechtigt, ohne die Zustimmung der Anleihegläubiger (i) Änderungen dieser Bedingungen oder der Bestimmungen des Treuhandvertrags oder des Verpfändungsvertrags, die (nach Auffassung des Treuhänders) formeller, geringfügiger oder technischer Art sind oder der Berichtigung eines offenkundigen Fehlers dienen, und (ii) allen anderen Änderungen (sofern nicht im Treuhandvertrag etwas anderes vorgesehen ist) und Verzichtserklärungen oder Duldungen in Bezug auf Verstöße oder beabsichtigte Verstöße gegen diese Bedingungen oder Bestimmungen des Treuhandvertrags, die nach Auffassung des Treuhänders die Interessen der Anleihegläubiger nicht wesentlich beeinträchtigen, zuzustimmen. Entsprechende Änderungen, Duldungen oder Rechtsverzichte sind für die Anleihegläubiger verbindlich und werden, falls der Treuhänder dies verlangt, den Anleihegläubigern so bald wie möglich mitgeteilt. Gemäß Ziffer 1.4 der Garantie werden durch Änderungen oder Ergänzungen dieser Bedingungen oder der Bestimmungen des Treuhandvertrags die Rechte und Verpflichtungen des Garantiegebers aus der Garantie nicht berührt, sofern der Garantiegeber der Änderung oder Ergänzung nicht im Voraus schriftlich zugestimmt hat. Änderungen dieser Bedingungen oder der Bestimmungen des Treuhandvertrags, der Garantie oder des Verpfändungsvertrags bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Emittentin, des Garantiegebers und der ABBAG.
- (c) **Berechtigung des Treuhänders:** Der Treuhänder hat im Zusammenhang mit der Ausübung seiner Funktionen (darunter auch der in dieser Bedingung genannten Funktionen) die Interessen der Gesamtheit der Anleihegläubiger zu berücksichtigen, nicht jedoch die Folgen der Ausübung dieser Funktionen auf einzelne Anleihegläubiger; weder der Treuhänder noch Anleihegläubiger haben gegenüber der Emittentin Anspruch auf Entschädigungen oder Zahlungen im Zusammenhang mit den steuerlichen Auswirkungen einer entsprechenden Ausübung auf einzelne Anleihegläubiger.
- (d) **Ausschluss des österreichischen Kuratorengesetzes:** Aufgrund der Vertretung der Anleihegläubiger durch den Treuhänder sowie der Ermächtigung, Versammlungen der Anleihegläubiger nach Maßgabe dieser Bedingungen und des Treuhandvertrags abzuhalten, wird die Anwendung des österreichischen Gesetzes vom 24. April 1874 betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte (*Kuratorengesetz*) ausdrücklich ausgeschlossen.

15 Verwertung

- (a) **Verwertung:** Der Treuhänder kann zu einem beliebigen Zeitpunkt nach dem Eintritt eines Möglichen Verwertungsfalls nach seinem Ermessen und ohne weitere Mitteilung diejenigen Verfahren einleiten oder diejenigen Maßnahmen oder Schritte gegen die Emittentin ergreifen, die er für die Durchsetzung der Bedingungen des

Treuhandvertrags und/oder der Anleihen für geeignet hält, und/oder den Sicherheitentreuhänder anweisen, die erforderlichen Maßnahmen zur Verwertung der Sicherheiten gemäß dem Verpfändungsvertrag nach Maßgabe dieser Bedingung 15 zu ergreifen; er wird diese Verfahren bzw. diese Maßnahmen oder Schritte jedoch nur durchführen, sofern (a) er hierzu durch einen Außerordentlichen Beschluss angewiesen oder von Gläubigern der Anleihen, auf die mindestens 25 Prozent des ausstehenden Kapitalbetrags der ausstehenden Anleihen entfallen, dazu schriftlich aufgefordert wurde und (b) er zu seiner Zufriedenheit freigestellt und/oder abgesichert und/oder im Voraus mit Mitteln ausgestattet wurde. Außer in den in Bedingung 11(b) beschriebenen Fällen, ist kein Anleihengläubiger berechtigt, direkt gegen die Emittentin vorgehen, es sei denn, dass der Treuhänder innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht gegen die Emittentin vorgeht, obwohl er eine diesbezügliche Verpflichtung hat, und dieses Versäumnis fortbesteht.

- (b) **Treuhänder zur Verwertung der Sicherheiten:** Der Treuhänder kann zu einem beliebigen Zeitpunkt nach dem Eintritt eines Möglichen Verwertungsfalls nach seinem Ermessen und ohne weitere Mitteilung und sofern ein entsprechender Außerordentlicher Beschluss vorliegt (jeweils unter der Voraussetzung, dass der Treuhänder zu seiner Zufriedenheit freigestellt und/oder abgesichert und/oder im Voraus mit Mitteln ausgestattet wurde), den Sicherheitentreuhänder anweisen, die erforderlichen Maßnahmen zur Verwertung der Sicherheiten zu ergreifen (eine solche Anweisung die „**Verwertungsanweisung**“).
- (c) **Verwertungsmitteilung:** Nach dem Erhalt einer Verwertungsanweisung, jedoch vor der Ergreifung von Maßnahmen zur Verwertung der Sicherheiten hat der Sicherheitentreuhänder die Emittentin schriftlich davon in Kenntnis zu setzen (solche Mitteilung eine „**Verwertungsmitteilung**“), dass er – unter der Voraussetzung, dass er zu seiner Zufriedenheit freigestellt und/oder abgesichert und/oder im Voraus mit Mitteln ausgestattet wurde – beabsichtigt, die Sicherheiten zu verwerten, sofern er nicht ausdrücklich schriftlich davon in Kenntnis gesetzt wird, dass sämtliche Besicherten Zahlungsverpflichtungen am oder vor dem 10. Bankarbeitstag nach dem Tag der Verwertungsmitteilung erfüllt wurden.
- (d) **Verwertung von Sicherheiten:** Falls über einen Zeitraum von zehn Bankarbeitstagen nach der Verwertungsmitteilung weiterhin versäumt wird, sämtliche Besicherten Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen (der „**Verwertungsfall**“), hat der Sicherheitentreuhänder (unter der Voraussetzung, dass der Sicherheitentreuhänder zu seiner Zufriedenheit von der Emittentin freigestellt und/oder abgesichert und/oder im Voraus mit Mitteln ausgestattet wurde) die in dem Verpfändungsvertrag begründeten Sicherheiten gemäß den Bedingungen des Verpfändungsvertrags zu verwerten. Vorausgesetzt, dass der Sicherheitentreuhänder zu seiner Zufriedenheit freigestellt und/oder besichert und/oder vorab bedient wurde, ist er dazu verpflichtet, nach Erhalt der ersten Verwertungsanweisung des Treuhänders tätig zu werden, und ist gegenüber keiner Person hierfür haftbar. Ein von dem Sicherheitentreuhänder nach Maßgabe dieser Bedingung 15 (d) und des Verpfändungsvertrags erzielter Erlös ist nach dessen Erhalt unmittelbar an den Treuhänder zu zahlen, der diese Gelder treuhänderisch zu verwalten und nach Maßgabe der in Bedingung 16 (*Verwendung der Verfügbaren Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten*) angegebenen Prioritätenfolge zu verwenden hat.

16 Verwendung der Verfügbaren Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten

Vorbehaltlich und nach Maßgabe der Bestimmungen des Treuhandvertrags und des Verpfändungsvertrags und mit Wirkung vom Eintritt eines Verwertungsfalls oder nachdem die Anleihen fällig geworden sind verwaltet der Treuhänder oder der für diesen handelnde Sicherheitentreuhänder den von ihm aus dem Treuhandvertrag und/oder dem Verpfändungsvertrag erhaltenen Verfügbaren Erlös treuhänderisch, um den an jedem Verwendungstag geltenden Verfügbaren Erlös wie folgt anzuwenden:

- (a) erstens zur Zahlung oder Befriedigung von (A) Gebühren, Kosten, Honoraren, Aufwendungen und Verbindlichkeiten des Treuhänders oder eines Insolvenzverwalters bei der Vorbereitung oder Durchführung der *trusts* und der Wahrnehmung seiner Aufgaben aus dem Treuhandvertrag (einschließlich zu entrichtender Steuern, Rechtskosten, Kosten für die Verwertung von Sicherheiten und der Vergütung des Treuhänders) und (B) Gebühren, Kosten, Honoraren, Aufwendungen und Verbindlichkeiten des Sicherheitentreuhänders aus dem Treuhandvertrag und dem Verpfändungsvertrag (einschließlich zu entrichtender Steuern, Rechtskosten und der Vergütung des Sicherheitentreuhänders);
- (b) zweitens, gleichrangig (*pari passu*) zur Zahlung von zu diesem Zeitpunkt an die Beauftragten Stellen aus dem Dienstleistungsvertrag fälligen und zahlbaren Gebühren, Kosten, Honoraren, Aufwendungen und Verbindlichkeiten;
- (c) drittens, gleichrangig (*pari passu*) zur Zahlung von (A) Kapital, welches nach Eintritt eines Vorzeitigen Rückzahlungsereignisses fällig und zahlbar geworden ist, (B) einem zu diesem Zeitpunkt fälligen und zahlbaren Rückkaufpreis bzw. (C) eines zu diesem Zeitpunkt fälligen und zahlbaren Endgültigen Rückzahlungsbetrags sowie jeweils hierauf angefallener Verzugszinsen an die Inhaber von Anleihen; und
- (d) viertens zur Zahlung des Verbleibenden Betrags an die ABBAG und nach der Erfüllung von durch die ABBAG-Verpfändung besicherten Verbindlichkeiten den Garantiegeber unter dem Nachrangigen Garantiegeber Pfandrecht sowie anschließend an die Emittentin.

Falls die dem Treuhänder jeweils nach einem Verwertungsfall oder nachdem die Anleihen fällig geworden sind zur Verfügung stehenden Gelder zur Zahlung in Bezug auf die Anleihen gemäß dieser Bedingung 16 – außer in Fällen, in denen die Pfandgegenstände bereits ausgeschöpft sind – weniger als 10 Prozent des Nominalbetrags der zu diesem Zeitpunkt ausstehenden Anleihen betragen, ist der Treuhänder nicht verpflichtet, Zahlungen gemäß dieser Bedingung 16 zu leisten, und kann er diese Beträge auf einem Konto hinterlegen wie im nachstehenden Absatz beschrieben und diese Beträge einbehalten und die daraus erzielten Erträge kumulieren, bis die Beträge und kumulierten Erträge zusammen mit anderen gegenwärtig von dem Treuhänder kontrollierten und für die Zahlung zur Verfügung stehenden Mitteln mindestens 10 Prozent des Nominalbetrags der zu diesem Zeitpunkt ausstehenden Anleihen betragen, und sollen diese Beträge und Anhäufungen (nach Abzug von bzw. Rückstellungen für anwendbare(n) Steuern und Negativzinsen) wie in dieser Bedingung 16 angegeben verwendet werden.

Von dem Treuhänder gehaltene Gelder sind in seinem Namen auf einem nicht verzinslichen Konto bei einer Bank oder einem anderen Finanzinstitut zu hinterlegen, die der Treuhänder nach freiem Ermessen als geeignet erachtet. Die Parteien erkennen an und vereinbaren, dass – ungeachtet dessen, dass dieses Konto ein nicht verzinsliches Konto sein soll – für den Fall, dass der Zinssatz in Bezug auf bestimmte Währungen einen

negativen Wert annimmt, die Anwendung des Zinssatzes zu einer Belastung der von dieser Bank oder diesem Finanzinstitut gehaltenen Mittel mit Beträgen führen würde („Negativzins“).

17 Haftungsfreistellung des Treuhänders

Der Treuhandvertrag enthält Bestimmungen, die eine Haftungsfreistellung des Treuhänders sowie dessen Befreiung von Verantwortung vorsehen. Der Treuhänder und der Sicherheitentreuhänder sind jeweils berechtigt, geschäftliche Transaktionen mit der Emittentin, dem Garantiegeber und einem mit der Emittentin oder dem Garantiegeber verbundenen Unternehmen abzuschließen, ohne Rechenschaft über damit erzielte Gewinne ablegen zu müssen.

Der Treuhänder und der Sicherheitentreuhänder können jeweils, ohne gegenüber den Anleihegläubigern haftbar zu sein, auf Berichte, Bestätigungen oder Bescheinigungen oder auf Ratschläge von Wirtschaftsprüfern, Finanzberatern, Finanzinstituten oder anderen Sachverständigen vertrauen, unabhängig davon, ob diese an sie gerichtet sind und ob ihre diesbezügliche Haftung (gemäß den jeweiligen Bedingungen oder einer diesbezüglich von dem Treuhänder geschlossenen Mandatsvereinbarung oder in einer anderen Weise) durch Bezugnahme auf eine betragsmäßige Obergrenze, Methodik oder anderweitig beschränkt ist. Der Treuhänder und der Sicherheitentreuhänder können derartige Berichte, Bestätigungen oder Bescheinigungen oder Ratschläge annehmen und sind berechtigt, darauf zu vertrauen, und diese Berichte, Bestätigungen oder Bescheinigungen oder Ratschläge sind für die Emittentin, den Treuhänder, den Sicherheitentreuhänder und die Anleihegläubiger bindend.

Der Treuhänder und der Sicherheitentreuhänder werden jeweils von der Haftung für jegliche Verluste oder Diebstähle oder Wertminderungen der Pfandgegenstände sowie von jeglicher Verpflichtung, die Pfandgegenstände zu versichern oder deren Versicherung zu veranlassen, befreit. Weder der Treuhänder noch der Sicherheitentreuhänder sind für die Gültigkeit, den Wert, die Hinlänglichkeit oder die Verwertbarkeit (die weder der Treuhänder noch der Sicherheitentreuhänder geprüft hat) der Sicherheiten verantwortlich. Weder der Treuhänder noch der Sicherheitentreuhänder sind für die Überwachung oder Beaufsichtigung anderer Personen im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Emittentin verantwortlich, und sie dürfen davon ausgehen, dass diese Verpflichtungen erfüllt werden, sofern und solange ihnen nichts Gegenteiliges bekannt ist.

Weder der Treuhänder noch der Sicherheitentreuhänder oder die Beauftragten Stellen sind dazu angehalten oder verpflichtet, zu überwachen oder zu untersuchen, ob Ereignisse, Bedingungen oder Umstände, die zu einer vorzeitigen Rückzahlung der Anleihen führen könnten, vorliegen oder eingetreten sind, und sie tragen keinerlei Haftung dafür, dass sie auf Feststellungen, Berechnungen oder Mitteilungen vertrauen, die von oder im Namen der Emittentin zur Verfügung gestellt werden.

18 Mitteilungen

Mitteilungen an die Gläubiger der Anleihen sind an ihre jeweilige Anschrift im Anleiheregister zu übersenden und gelten am vierten Wochentag (mit der Ausnahme von Samstagen und Sonntagen) nach dem Tag ihrer Aufgabe als abgegeben. Mitteilungen an die Gläubiger der Anleihen sind ferner (solange die Anleihen an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert sind und die Regeln dieser Wertpapierbörse dies vorschreiben) in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung in Deutschland (was

voraussichtlich die *Börsen-Zeitung* sein wird) zu veröffentlichen. Entsprechende Mitteilungen gelten am Tag ihrer Veröffentlichung bzw., wenn sie mehrmals oder an verschiedenen Tagen veröffentlicht werden, am ersten Tag ihrer Veröffentlichung als abgegeben.

19 Gesetz zu vertraglichen Rechten Dritter von 1999

Keine Person ist zur Durchsetzung von Bestimmungen oder Bedingungen der Anleihen gemäß dem Gesetz zu vertraglichen Rechten Dritter von 1999 (*Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999*) berechtigt.

20 Anwendbares Recht und Gerichtsstand

(a) Anwendbares Recht:

Der Treuhandvertrag, die Anleihen sowie alle nicht vertraglichen Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit diesen unterliegen englischem Recht und werden nach diesem ausgelegt.

Die Garantie unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Grundsätze des deutschen Kollisionsrechts.

Mit Ausnahme seiner Ziffern 2.2, 3.4 und 10.1.7 unterliegt der Verpfändungsvertrag sowie alle daraus entstehenden vertraglichen oder gesetzlichen Rechte, Ansprüche und Verpflichtungen österreichischem Recht unter Ausschluss von dessen Kollisionsnormen. Ziffern 2.2, 3.4, 10.1.7 des Verpfändungsvertrags sowie alle aus diesen Ziffern entstehenden vertraglichen oder gesetzlichen Rechte, Ansprüche und Verpflichtungen unterliegen deutschem Recht.

Die Rückkaufverpflichtung sowie alle nicht vertraglichen Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit dieser unterliegen englischem Recht und werden nach diesem ausgelegt.

(b) Gerichtsstand:

Gerichtsstand für die Beilegung von Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Anleihen sind die Gerichte in England. Dementsprechend können etwaige Prozesse oder Verfahren aus oder im Zusammenhang mit den Anleihen („**Anleiheverfahren**“) bei diesen Gerichten anhängig gemacht werden. Gemäß dem Treuhandvertrag hat sich die Emittentin unwiderruflich dem Gerichtsstand dieser Gerichte unterworfen und, soweit ihr dies rechtlich möglich ist, unwiderruflich auf eine Immunität verzichtet, auf die sie andernfalls bei vor diesen Gerichten angestrebten Verfahren Anspruch hätte.

Der Garantiegeber hat in der Garantie ausschließlich zugunsten der einzelnen Anleihegläubiger unwiderruflich zugestimmt, dass sämtliche Klagen oder sonstige Gerichtsverfahren („**Garantieverfahren**“) aus oder im Zusammenhang mit der Garantie bei den Gerichten in Frankfurt am Main erhoben werden können.

Der Garantiegeber hat unter der Garantie, soweit er dazu rechtlich in der Lage ist, unwiderruflich auf jegliche Immunität verzichtet, die ihm anderenfalls möglicherweise in Rechtsstreitigkeiten vor Gerichten in Frankfurt am Main zustünden und hat sich in Bezug auf jegliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Garantie ergeben, mit der Gewährung jeglicher Befreiung oder der Aufnahme jeglicher

Verfahren vor den zuständigen Gerichten der Bundesrepublik Deutschland allgemein einverstanden erklärt einschließlich (ohne Beschränkung darauf) des Erlasses, der Durchsetzung oder Vollstreckung jeglichen Urteils oder gerichtlicher Entscheidung, das in solchen Rechtsstreitigkeiten ergehen kann, gegen jeglichen Vermögenswert (unabhängig von dessen Nutzung oder beabsichtigter Nutzung, mit Ausnahme gewisser geringfügiger Vermögenswerte wie die Ausstattung von Botschaften).

(c) **Zustellungsbevollmächtigter:**

Gemäß dem Treuhandvertrag hat die Emittentin unwiderruflich eine Stelle in England zu ihrem Bevollmächtigten für die Zustellung von Schriftverkehr bei Verfahren in England im Zusammenhang mit den Anleihen bestellt.

Der Garantiegeber der Garantie hat den Botschafter der Republik Österreich in der Bundesrepublik Deutschland zu seinem Bevollmächtigten für die Zustellung von Schriftverkehr im Zusammenhang mit Garantieverfahren aus oder im Zusammenhang mit der Garantie vor den deutschen Gerichten bestellt.

Terms and Conditions of the Bonds

The EUR [●],000,000 secured guaranteed zero coupon bonds due [●] (the “**Bonds**”) of Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (the “**Issuer**”) are constituted by a Trust Deed (the “**Trust Deed**”) dated [●] 2016 between the Issuer, Citicorp Trustee Company Limited (the “**Trustee**” which expression shall include all persons for the time being the trustee or trustees under the Trust Deed) as trustee for the holders of the Bonds and Citibank, N.A., London Branch as security agent (the “**Security Agent**”). These terms and conditions include summaries of, and are subject to, the detailed provisions of the Trust Deed, which includes the form of the Bonds. Copies of the Trust Deed, and of the Agency Agreement (the “**Agency Agreement**”) dated [●] 2016 relating to the Bonds between the Issuer, the Trustee, the registrar (the “**Registrar**”), any transfer agents (each a “**Transfer Agent**”), the initial principal paying agent and any other agents named in it, are available for inspection during usual business hours at the principal office of the Trustee (presently at Citigroup Centre, Canada Square, Canary Wharf, London E14 5LB) and at the specified offices of the principal paying agent for the time being (the “**Principal Paying Agent**”), the Registrar and any Transfer Agents. “**Agents**” means the Principal Paying Agent, the Registrar, the Transfer Agents and any other agent or agents appointed from time to time with respect to the Bonds. The Bondholders are entitled to the benefit of, are bound by, and are deemed to have notice of, all the provisions of the Trust Deed and are deemed to have notice of those applicable to them of the Agency Agreement.

1 Definitions

All capitalised terms that are not defined in these terms and conditions (the “**Conditions**”) will have the meanings given to them in the Trust Deed. In addition, the following expressions have the following meanings:

“**ABBAG Pledge**” has the meaning given to it in Condition 6(ii).

“**Application Date**” means each date on which the Security Agent applies the Available Proceeds in accordance with these Conditions and the provisions of the Trust Deed.

“**Available Proceeds**” means, with respect to an Enforcement Event, as of a particular day:

- (i) any amounts received by the Security Agent in respect of the enforcement of the Security and all other cash sums available to the Issuer or the Trustee, as the case may be, derived from the Pledged Assets; less
- (ii) any cash sums which have already been applied by the Security Agent pursuant to Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*) on any Application Date.

“**Contingent Additional Purchase Price**” means the contingent additional purchase price, if any, payable to certain Bondholders in accordance with the Offering Memorandum.

“**Electronic Consent**” has the meaning given to it in paragraph 22 of Schedule 3 to the Trust Deed.

“**Enforcement Event**” has the meaning given to it in Condition 15(d).

“**Enforcement Instruction**” has the meaning given to it in Condition 15(b).

“**Enforcement Notice**” has the meaning given to it in Condition 15(c).

“Extraordinary Resolution” means a resolution passed (a) at a meeting duly convened and held in accordance with the Trust Deed by a majority of at least 75 per cent. of the votes cast, (b) by a Written Resolution or (c) by an Electronic Consent.

“Government Bonds” means any marketable obligations issued by the Republic of Austria (provided that, in respect of marketable obligations, such obligations are governed by German or English law).

“Guarantor” means the Republic of Austria.

“Instruments” means the Class A Instruments of HETA Asset Resolution AG described in Annex A of the Offering Memorandum and the Class B Instruments of HETA Asset Resolution AG described in Annex B of the Offering Memorandum.

“Notes” means those Instruments comprising bearer notes that are held in Clearstream Banking, société anonyme, Euroclear Bank SA/NV, OeKB CSD GmbH (as the operator of the Austrian clearing system) or SIX SIS AG, Olten, Switzerland (as the operator of the Swiss clearing system).

“OeBFA” means Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H., Seilerstätte 24, A-1015 Vienna, Austria.

“Offering Memorandum” means the tender and exchange offer memorandum of the Issuer dated 6 September 2016.

“Pledge Agreement” has the meaning given to it in Condition 5(b).

“Pledged Assets” means (A) the Pledged HETA Instruments, (B) Pledged Government Bonds, (C) the securities deposit(s) where Pledged HETA Instruments that are Notes and Pledged Government Bonds are held and (D) the related cash accounts, and all property, assets and sums derived therefrom, including, where the context permits, any part of those Pledged Assets, in each case as further specified in the Pledge Agreement.

“Pledged Government Bonds” means Government Bonds acquired by the Issuer from time to time with funds from an account which is a Pledged Asset.

“Pledged HETA Instruments” means the Instruments acquired by the Issuer in exchange for the issuance of the Bonds and held by the Issuer from time to time on a securities deposit that is a Pledged Asset.

“Potential Enforcement Event” means the occurrence of one or more of the following events:

- (i) following the occurrence of an Early Redemption Event, the Issuer fails to pay the Principal Amount in respect of the Bonds on the Early Redemption Date and the Guarantor fails to make such payment pursuant to the Guarantee;
- (ii) following the Trustee or the Bondholders, as applicable, giving notice to the Issuer that the Bonds have become due and payable following the occurrence of an Event of Default in accordance with Condition 11, the Issuer fails to pay the Repurchase Price on the 10th Banking Day following such notice in accordance with Condition 11 and the Guarantor fails to make such payment pursuant to the Guarantee; or
- (iii) the Issuer fails to pay the Final Redemption Amount on the Maturity Date and the Guarantor fails to make such payment pursuant to the Guarantee.

“Potential Event of Default” means an event or circumstance which could with the giving of notice, lapse of time, issue of a certificate and/or fulfilment of any other requirement provided for in Condition 11 become an Event of Default.

“Residual Amount” means, with respect to an application of Available Proceeds in connection with an Enforcement Event, all remaining proceeds (if any) after the application of the Available Proceeds to satisfy the payments set out in paragraph (a) to (d) of Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*).

“Secured Creditor(s)” means each person that is entitled to the benefit of Secured Payment Obligations.

“Secured Payment Obligations” means the payment obligations of the Issuer under the Trust Deed, the Pledge Agreement and each Bond, together with any obligation of the Issuer to make payment to the Trustee, the Security Agent and the Agents pursuant to Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*).

“Written Resolution” means a resolution in writing signed by the holders of not less than 75 per cent. in nominal amount of the Bonds outstanding.

2 Form, Specified Denomination and Title

The Bonds are issued in the specified denomination of EUR 1.00 (the **“Principal Amount”**).

The Bonds are represented by registered certificates (**“Certificates”**) and, save as provided in Condition 3(a), each Certificate shall represent the entire holding of Bonds by the same holder.

Title to the Bonds shall pass by registration in the register that the Issuer shall procure to be kept by the Registrar in accordance with the provisions of the Agency Agreement (the **“Register”**). Except as ordered by a court of competent jurisdiction or as required by law, the holder (as defined below) of any Bond shall be deemed to be and may be treated as its absolute owner for all purposes whether or not it is overdue and regardless of any notice of ownership, trust or an interest in it, any writing on the Certificate representing it or the theft or loss of such Certificate and no person shall be liable for so treating the holder.

In these Conditions, **“Bondholder”** and **“holder”** means the person in whose name a Bond is registered.

3 Transfers of Bonds

- (a) **Transfer:** A holding of Bonds may, subject to Condition 3(d), be transferred in whole or in part upon the surrender (at the specified office of the Registrar or any Transfer Agent) of the Certificate(s) representing such Bonds to be transferred, together with the form of transfer endorsed on such Certificate(s) (or another form of transfer substantially in the same form and containing the same representations and certifications (if any), unless otherwise agreed by the Issuer), duly completed and executed and any other evidence as the Registrar or Transfer Agent may reasonably require. In the case of a transfer of part only of a holding of Bonds represented by one Certificate, a new Certificate shall be issued to the transferee in respect of the part transferred and a further new Certificate in respect of the balance of the holding not transferred shall be issued to the transferor. In the case of a transfer of Bonds to a person who is already a holder of Bonds, a new

Certificate representing the enlarged holding shall only be issued against surrender of the Certificate representing the existing holding. All transfers of Bonds and entries on the Register will be made in accordance with the detailed regulations concerning transfers of Bonds scheduled to the Agency Agreement. The regulations may be changed by the Issuer, with the prior written approval of the Guarantor, the Registrar and the Trustee. A copy of the current regulations will be made available by the Registrar to any Bondholder upon request.

- (b) **Delivery of New Certificates:** Each new Certificate to be issued pursuant to Condition 3(a) shall be available for delivery within three business days of receipt of a duly completed form of transfer and surrender of the existing Certificate(s). Delivery of the new Certificate(s) shall be made at the specified office of the Transfer Agent or of the Registrar (as the case may be) to whom delivery or surrender of such form of transfer or Certificate shall have been made or, at the option of the holder making such delivery or surrender as aforesaid and as specified in the relevant form of transfer or otherwise in writing, be mailed by uninsured post at the risk of the holder entitled to the new Certificate to such address as may be so specified, unless such holder requests otherwise and pays in advance to the relevant Transfer Agent or the Registrar (as the case may be) the costs of such other method of delivery and/ or such insurance as it may specify. In this Condition 3(b), "**business day**" means a day, other than a Saturday or Sunday, on which banks are open for business in the place of the specified office of the relevant Transfer Agent or the Registrar (as the case may be).
- (c) **Transfer Free of Charge:** Certificates on transfer shall be issued and registered without charge by or on behalf of the Issuer, the Registrar or any Transfer Agent, but upon payment of any tax or other governmental charges that may be imposed in relation to it (or the giving of such indemnity as the Registrar or the relevant Transfer Agent may require).
- (d) **Closed Periods:** No Bondholder may require the transfer of a Bond to be registered (i) during the period of 15 days ending on (and including) the due date for redemption of that Bond or (ii) after any such Bond has been called for redemption pursuant to Condition 8(b).

4 Guarantee and Status

- (a) **Guarantee:** The Guarantor has unconditionally and irrevocably guaranteed for the benefit of the holders of the Bonds the due and punctual payment of all amounts payable by the Issuer under the Bonds. Its obligations in that respect are set out in a German law governed guarantee of the Republic of Austria dated [●] 2016 (the "**Guarantee**"). The obligations of the Guarantor under the Guarantee constitute direct, unsecured, unconditional and unsubordinated obligations of the Guarantor, ranking *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated loan or bond indebtedness of the Guarantor resulting from financial debts (*Finanzschulden*) outstanding from time to time.

Under no circumstances will the Trustee be obliged or required to take any actions or steps or institute any proceedings or exercise any right, power or remedy or perform any duty or function under or in relation to the Guarantee unless and until it shall have been indemnified and/or secured and/or prefunded to its satisfaction.

- (b) **Status:** The Bonds constitute secured obligations of the Issuer and shall at all times rank *pari passu* and without any preference among themselves. The payment obligations of the Issuer under the Bonds shall, save for such exceptions as may be provided by applicable legislation, at all times rank at least equally with all their respective other present and future secured and unsubordinated obligations.

5 Security

- (a) **Parallel Debt:** If a Secured Payment Obligation that is payable by the Issuer to a Secured Creditor (other than the Security Agent) has become due, the Issuer hereby irrevocably and unconditionally, by way of an independent promise to perform obligations, promises to pay an equal amount to the Security Agent (such payment undertaking and the obligations and liabilities which are the result thereof, the "**Parallel Debt**"), subject to the following:
- (i) the Parallel Debt shall in each case rank with the same priority as the relevant Secured Payment Obligation;
 - (ii) the Parallel Debt is separate and independent from any claims in respect of the Secured Payment Obligations, provided that:
 - (A) the Parallel Debt shall be reduced to the extent that any payment obligations under the Secured Payment Obligations have been discharged;
 - (B) the payment obligations of the Issuer under the Secured Payment Obligations shall be reduced to the extent that the Parallel Debt has been discharged; and
 - (C) the Parallel Debt shall correspond to the Issuer's payment obligations under the Secured Payment Obligations;
 - (iii) the Parallel Debt will become due if and to the extent that the Secured Payment Obligations become due; and
 - (iv) for the purpose of this Condition 5(a), the Security Agent acts in its own name and on behalf of itself and not as agent or representative of any other party hereto and any security rights granted to the Security Agent to secure the Parallel Debt are granted to the Security Agent in its capacity as creditor of the Parallel Debt. Accordingly, the Issuer acknowledges that the Security Agent will have its own independent claim as creditor as a result of the Parallel Debt. For the avoidance of doubt, the Security Agent shall also act as agent for the Secured Creditors (as represented by the Trustee) in respect of the Secured Payment Obligations.
- (b) **Security:** The payment obligations of the Issuer to the Security Agent under the Trust Deed and the Parallel Debt are secured pursuant to a pledge agreement dated [●] 2016 (the "**Pledge Agreement**") between the Issuer, the Security Agent as pledgee and ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes ("**ABBAG**") as additional pledgee (as security for ABBAG's funding commitments towards the Issuer) by:
- (i) a first ranking pledge over the Pledged Assets; and

- (ii) a first ranking pledge over the respective funding commitments of ABBAG for funding any Repurchases and the Final Redemption Amount of the Bonds at the Maturity Date,

in each case in favour of the Security Agent for itself as continuing security for the full payment discharge and performance of the Parallel Debt (such security, the “**Security**”). Any proceeds of the Security realised by the Security Agent pursuant to the Trust Deed and the Pledge Agreement shall, upon receipt thereof, be applied by the Security Agent in accordance with the order of priority set out in Condition 16. Copies of the Pledge Agreement are available for inspection during usual business hours at the principal office of the Security Agent and at the specified offices of the Principal Paying Agent. The Bondholders are deemed to have notice of, and be bound by, all of the provisions of the Pledge Agreement.

Prior to the occurrence of a Potential Enforcement Event, Pledged Assets may be released from the Security in accordance with, and as further specified in, the Pledge Agreement, as follows:

- (i) cash on account and Pledged Government Bonds to the extent that Bondholders receive a Contingent Additional Purchase Price pursuant to the terms of the Offering Memorandum prior to the Maturity Date;
- (ii) cash on account and Pledged HETA Instruments proportionately following any Repurchases during the Repurchase Period;
- (iii) cash on account to the extent such cash is to be invested in Government Bonds;
- (iv) cash on account and Pledged Government Bonds to the extent the proceeds thereof are to be utilised to discharge the Secured Payment Obligations (or any part thereof) when due; and
- (v) Pledged HETA Instruments after the end of the Repurchase Period provided that cash on accounts equal at least the amount necessary to acquire Government Bonds with the same maturity and the same total nominal value as the Bonds then outstanding.

In addition, the Issuer may draw under the pledged funding commitments of ABBAG in order to fund any Repurchase during the Repurchase Period and in order to discharge the Secured Payment Obligations (or any part thereof) when due and, after the end of the Repurchase Period, an amount up to the nominal value of the Bonds then outstanding in order to invest such amount into the Pledged Government Bonds.

Furthermore, the Pledged Assets will be released in accordance with the Pledge Agreement if and to the extent that the Guarantor discharges its payment obligations under the Guarantee.

- (c) **Issuer’s Rights as Beneficial Owner of Pledged Assets:** Prior to the occurrence of an Enforcement Event, the Issuer may, with the prior written consent of ABBAG and the Security Agent (itself acting on the written instruction of the Trustee) or with the sanction of an Extraordinary Resolution, in each case in accordance with the Trust Deed and the Pledge Agreement:

- (i) take such action in relation to the Pledged Assets as it may think expedient; and
- (ii) exercise any rights incidental to the ownership of the Pledged Assets and, in particular (but without limitation and without responsibility for their exercise), any voting rights in respect of such property and all rights to enforce any ownership interests in respect of such property.

The Issuer will not exercise any rights with respect to Pledged Assets unless it has the sanction and/or consent referred to above and, if such sanction and/or consent is given, the Issuer will act only in accordance with such sanction and/or consent. For the avoidance of doubt, no such sanction and/or consent is required in connection with any action or exercise in accordance with the Pledge Agreement.

6 Negative Pledge

So long as any Bond remains outstanding (as defined in the Trust Deed), the Issuer will not create, or have outstanding, any mortgage, charge, lien, pledge or other security interest securing any obligation of any person or any other agreement or arrangement having a similar effect ("**Security Interest**"), upon the whole or any part of its present or future undertaking, assets or revenues (including any uncalled capital) to secure any indebtedness or to secure any guarantee or indemnity in respect of any indebtedness, without at the same time or prior thereto according to the Bonds the same security as is created or subsisting to secure any such indebtedness, guarantee or indemnity or such other security as either (i) the Trustee shall in its absolute discretion deem not materially less beneficial to the interest of the Bondholders or (ii) as shall be approved by an Extraordinary Resolution (as defined in the Trust Deed) of the Bondholders.

The undertaking pursuant to the first paragraph of this Condition 6 will not apply to

- (i) the Pledge Agreement;
- (ii) any Security Interest provided by the Issuer over any of its assets to secure any indebtedness of the Issuer to ABBAG or any of its successors or assigns (the "**ABBAG Pledge**");
- (iii) any junior ranking Security Interest provided by the Issuer over any of its assets to secure the recourse claim of the Guarantor vis-à-vis the Issuer under the agreement to deliver the Guarantee (*Garantieauftrag*) (the "**Junior Guarantor Pledge**"); and
- (iv) any Security Interest imposed pursuant to the non-negotiable standard terms and conditions of any bank accounts, securities deposit accounts or securities clearing systems in connection with the administration of the Issuer and the performance of the activities set forth in Conditions 7(i) – (vi).

7 Restrictions

Except as provided for or contemplated in these Conditions, the Trust Deed, the Agency Agreement, the Pledge Agreement or the Repurchase Commitment, and so long as any Bond remains outstanding, the Issuer shall not, without the prior consent in writing of the Trustee or the approval of Bondholders by way of Extraordinary Resolution, engage in any business or trade, own any assets or incur any financial liabilities other than:

- (i) purchasing or tendering for Instruments;
- (ii) issuing the Bonds to holders of Instruments in exchange for the Issuer having acquired such Instruments pursuant to the Offering Memorandum;
- (iii) entering into long-term zero coupon assignable loans (*Schuldscheindarlehen*) issued by the Republic of Austria (the “**Zero Coupon Assignable Loans**”) and assigning such Zero Coupon Assignable Loans to holders of Instruments in exchange for the Issuer having acquired such Instruments pursuant to the Offering Memorandum;
- (iv) holding and administering the Instruments and receiving any distributions or liquidation payments from HETA Asset Resolution AG thereon;
- (v) repurchasing any Bonds from Bondholders pursuant to and in accordance with these Conditions and the Repurchase Commitment, including during the Repurchase Period;
- (vi) investing cash in Government Bonds; and
- (vii) borrowing from ABBAG, the Republic of Austria and the Province of Carinthia for the purposes of Condition 7(i) – (vi) above (including borrowings to cover any administrative expenses of the Issuer).

8 Redemption and Purchase

(a) Final Redemption:

Unless previously redeemed, or purchased and cancelled, the Bonds will be redeemed at their Final Redemption Amount on [●] (the “**Maturity Date**”).

The “**Final Redemption Amount**” per Bond in the specified denomination of EUR 1.00 per Bond will be an amount equal to the Principal Amount.

(b) Redemption following an Early Redemption Event:

The Bonds shall be redeemed in whole, but not in part, at their Principal Amount on the tenth Banking Day following the occurrence of an Early Redemption Event (the “**Early Redemption Date**”). Following the occurrence of an Early Redemption Event, the Issuer will promptly provide the Bondholders with irrevocable notice thereof in accordance with Condition 18. Such notice will specify the date on which the Early Redemption Event occurred, the related Early Redemption Date and that the Bonds will be redeemed in whole at their Principal Amount on such Early Redemption Date.

For the purposes of these Conditions:

“**Banking Day**” means a day, other than a Saturday or Sunday, on which banks are open for business in Vienna, London and Frankfurt am Main.

An “**Early Redemption Event**” occurs upon a Permanent Failure by the Issuer to provide or to perform the Repurchase.

“**Permanent Failure**” means any failure by the Issuer (for whatever reason) to provide or perform (through delivery versus payment) the Repurchase (i) for four or more consecutive Banking Days during the Repurchase Period, (ii) on an aggregate of 13 or more Banking Days during the Repurchase Period or (iii) on

either of the last two Banking Days of the Repurchase Period, provided that no such failure shall be deemed to have occurred as a result of (a) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with, or input with the relevant clearing system, information necessary to settle the Repurchase, (b) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with a validly completed repurchase notice and xls file pursuant to the terms of the Repurchase Commitment or (c) settlement of the Repurchase being or becoming illegal.

“Repurchase” means the Issuer (i) granting beneficial owners of the Bonds or their authorised intermediaries the right to require the Issuer to repurchase the Bonds at the Repurchase Price on each Banking Day falling within the Repurchase Period (without volume limits) (the **“Resale Right”**) and (ii) performing (through delivery versus payment) the settlement of such repurchases, in each case in accordance with the detailed regulations concerning Repurchases of Bonds set forth in the Repurchase Commitment.

“Repurchase Commitment” means the Deed of Covenant to Repurchase entered into by the Issuer on [●] 2016, copies of which are available for inspection during usual business hours at the principal office of the Security Agent and at the specified offices of the Principal Paying Agent.

“Repurchase Period” means the period from and including 1 December 2016 to but excluding the 180th calendar day following 1 December 2016, provided that such period shall be automatically extended by one Banking Day for each Banking Day on which the Issuer fails to publish the Repurchase Price in accordance with the Repurchase Commitment or to settle any Repurchase, in each case, in accordance with the terms of the Repurchase Commitment, provided that no such failure shall be deemed to have occurred as a result of (a) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with, or input with the relevant clearing system, information necessary to settle the Repurchase, (b) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with a validly completed repurchase notice and xls file pursuant to the terms of the Repurchase Commitment or (c) settlement of the Repurchase being or becoming illegal. The Issuer will promptly provide the Bondholders with notice of any extension of the Repurchase Period in accordance with Condition 18.

“Repurchase Price” means the product of (a) the aggregate Principal Amount of the Bonds to be repurchased following exercise of the Resale Right or redeemed pursuant to Condition 11 *multiplied by* (b) the following fraction rounded to five decimal places calculated by OeBFA, acting as calculation agent of the Issuer pursuant to the Repurchase Commitment, on the relevant Determination Date:

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

where:

“Actual/Actual Day Count Fraction” means the actual number of days in the relevant period divided by 365 (or, if any portion of that period falls in a leap year, the sum of (A) the actual number of days in that portion of the period falling in a leap year divided by 366 and (B) the actual number of days in that portion of the period falling in a non-leap year divided by 365).

“Determination Date” means the date on which the relevant Repurchase Price is required to be determined by the Issuer pursuant to the Repurchase Commitment or Condition 11 hereof.

“Euro Swap Rate” means the annual swap rate for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Maturity Date Longer Swap or the Maturity Date Shorter Swap, respectively, expressed as a percentage, which is fixed at 11:00 a.m. CET (Frankfurt time) and appears on Bloomberg page ISDA under “Fixing Rates – Euribor A” (or another screen page of Bloomberg or another information service, which is the successor to such Bloomberg page for the purposes of displaying the relevant rate as described in this paragraph) at or around 11:15 a.m. CET (Frankfurt time), on the Determination Date. If the applicable rate is not available on the relevant Determination Date, the applicable rate shall be the applicable rate on the date immediately preceding the Determination Date on which an applicable rate was available. For the avoidance of doubt, there will be no adjustment of the Euro Swap Rate for the settlement period of any Repurchases.

The **“Interpolated Euro Swap Rate”** shall be calculated on the Determination Date using the straight-line interpolation by reference to two Euro Swap Rates one of which shall be the Shorter Swap Rate and the other of which shall be the Longer Swap Rate according to the following formula:

$$I = p \times \text{Shorter Swap Rate} + (1-p) \times \text{Longer Swap Rate}$$

where:

I = the Interpolated Euro Swap Rate

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date;

ML = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date Longer Swap;

MS = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date Shorter Swap.

“Longer Swap Rate” means the Euro Swap Rate with a maturity which is next closest to but longer than the period “n”.

“Maturity Date Longer Swap” means the maturity date for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Longer Swap Rate.

“Maturity Date Shorter Swap” means the maturity date for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Shorter Swap Rate.

“n” means the period of the term remaining from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date (calculated in years using the Actual/Actual Day Count Fraction and rounded to three decimal places).

“Shorter Swap Rate” means the Euro Swap Rate with a maturity which is next closest to but shorter than the period “n”.

“Spread” means -8.0 basis points.

“TARGET Business Day” means a day on which the TARGET System is open for the settlement of payments in euro.

“TARGET System” means the Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) system or any successor thereto.

“Y” means the sum of the Spread and the Interpolated Euro Swap Rate for a term of *n* years.

Neither the Trustee nor the Security Agent shall be obliged to monitor, enquire or satisfy itself as to whether any Permanent Failure or Early Redemption Event exists or has occurred. None of the Trustee, the Security Agent or any Agent shall have any obligation, responsibility or liability for giving or not giving any notice thereof to the Issuer or any Bondholder. If the Issuer gives a notice or procures that a notice is given to the Trustee or the Security Agent of the occurrence of a Permanent Failure or Early Redemption Event, each of the Trustee and the Security Agent shall be entitled to rely conclusively on such notice without further investigation and without incurring any liability for so doing.

- (c) **Default Interest:** As from (i) the Early Redemption Date (if any) or (ii) the Maturity Date, as applicable, the rate of interest payable in respect of any overdue principal of a Bond shall be a rate per annum (expressed as a percentage) equal to the Amortisation Yield.

For the purposes of this Condition 8(c), **“Amortisation Yield”** means [●] per cent..

- (d) **Purchase:** During the Repurchase Period the Issuer may only purchase Bonds in accordance with the Repurchase Commitment. Following the Repurchase Period, the Issuer may purchase Bonds in the open market or otherwise at or below market price. Any Bonds purchased by the Issuer during the Repurchase Period in accordance with the Repurchase Commitment or by the Issuer or the Guarantor pursuant to this Condition 8(d), while held by or on behalf of the Issuer, the Guarantor, the Province of Carinthia, or by a corporation, trust, fund or other person or legal entity controlled or wholly owned by the Issuer, the Guarantor or

the Province of Carinthia shall not entitle the holder to vote at any meetings or on Extraordinary Resolutions of the Bondholders and shall not be deemed to be outstanding for the purposes of calculating quorums for voting on Extraordinary Resolutions of the Bondholders or for the purposes of Condition 14(a), provided that any Bonds forming part of the collateral granted to ABBAG pursuant to the ABBAG Pledge shall remain outstanding for such purposes until their cancellation.

- (e) **Cancellation:** All Certificates representing Bonds repurchased or purchased by or on behalf of the Issuer shall be surrendered for cancellation to the Registrar and, upon surrender thereof, all such Bonds shall be cancelled forthwith. Any Certificates so surrendered for cancellation may not be reissued or resold and the obligations of the Issuer in respect of any such Bonds shall be discharged.

9 Payments

- (a) **Method of Payment:**
 - (i) Payments of principal shall be made (subject to surrender of the relevant Certificates at the specified office of any Transfer Agent or of the Registrar if no further payment falls to be made in respect of the Bonds represented by such Certificates) to the person shown on the Register at the close of business on the business day before the due date for payment thereof (the “**Record Date**”). Upon application by the holder to the specified office of the Registrar or any Transfer Agent before the Record Date, such payment may be made by transfer to an account in the relevant currency maintained by the payee with a bank.
 - (ii) If the amount of principal being paid upon surrender of the relevant Certificate is less than the outstanding principal amount of such Certificate, the Registrar will annotate the Register with the amount of principal so paid and will (if so requested by the Issuer or a Bondholder) issue a new Certificate with a principal amount equal to the remaining unpaid outstanding principal amount.
- (b) **Payments subject to Laws:** All payments are subject in all cases to any applicable fiscal or other laws, regulations and directives in the place of payment. No commission or expenses shall be charged to the Bondholders in respect of such payments.
- (c) **Payment Initiation:** Where payment is to be made by transfer to an account, payment instructions (for value the due date, or if that is not a business day, for value the first following day which is a business day) will be initiated on the last day on which the Principal Paying Agent is open for business preceding the due date for payment or, in the case of payments of principal where the relevant Certificate has not been surrendered at the specified office of any Transfer Agent or of the Registrar, on a day on which the Principal Paying Agent is open for business and on which the relevant Certificate is surrendered.
- (d) **Appointment of Agents:** The Principal Paying Agent, the Registrar, and the Transfer Agents initially appointed by the Issuer and their respective specified offices are listed below. Subject as provided in the Agency Agreement, the Principal Paying Agent, the Registrar, and the Transfer Agents act solely as agents of the Issuer and do not assume any obligation or relationship of agency or trust for or

with any Bondholder. The Issuer reserves the right at any time with the prior written approval of the Trustee to vary or terminate the appointment of the Principal Paying Agent, the Registrar, or any Transfer Agent and to appoint additional or other Transfer Agents, provided that the Issuer shall at all times maintain (i) a Principal Paying Agent, (ii) a Registrar, (iii) a Transfer Agent, and (iv) such other agents as may be required by any other stock exchange on which the Bonds may be listed, in each case, as approved by the Trustee.

Notice of any such change or any change of any specified office shall promptly be given to the Bondholders.

- (e) **Delay in Payment:** Bondholders will not be entitled to any interest or other payment for any delay after the due date in receiving the amount due on a Bond if the due date is not a business day, if the Bondholder is late in surrendering or cannot surrender its Certificate (if required to do so).
- (f) **Non-Business Days:** If any date for payment in respect of any Bond is not a business day, the holder shall not be entitled to payment until the next following business day nor to any interest or other sum in respect of such postponed payment. In this Condition 9, “**business day**” means a day (other than a Saturday or a Sunday) on which banks and foreign exchange markets are open for business in the place in which the specified offices of the Registrar and the Principal Paying Agent are located and which is a TARGET Business Day.

10 Taxation

All payments by or on behalf of the Issuer in respect of the Bonds shall be made free and clear of, and without withholding or deduction for, any taxes, duties, assessments or governmental charges of whatever nature imposed, levied, collected, withheld or assessed by the Republic of Austria or any authority therein or thereof having power to tax, unless such withholding or deduction is required by law. In that event the Issuer shall pay such additional amounts as will result in receipt by the Bondholders of such amounts as would have been received by them had no such withholding or deduction been required, except that no such additional amounts shall be payable in respect of:

- (a) any Bond held by or on behalf of a holder (or between a fiduciary, settlor, beneficiary, partner, member or shareholder of, or possessor of power over, the relevant holder, if the relevant holder is an estate, trust, nominee, partnership, limited liability company or corporation) or the beneficial owner who is liable or subject to such taxes, duties, assessments or governmental charges in respect of such Bond by reason of his having a present or former connection with the Republic of Austria other than the mere holding of the Bond or where the withholding or deduction could be avoided by the holder making a declaration of non-residence or other similar claim for exemption to the appropriate authority; or
- (b) any Bond to, or to a third party on behalf of, a holder who could lawfully avoid (but has not so avoided) such deduction or withholding by complying with any certification, identification, reporting or other statutory requirements taxes, duties, assessments or governmental charges, to any tax authority in the place where the Certificate representing the Bond is presented for payment; or
- (c) any Bond in respect of which the Certificate representing it is presented for payment (where presentation is required) more than 30 days after the Relevant

Date except to the extent that the holder of it would have been entitled to such additional amounts on surrendering the Certificate representing such Bond for payment on the last day of such period of 30 days; or

- (d) any such taxes, duties, assessments or governmental charges that are lawfully imposed, levied, collected, withheld or assessed on a payment to or for the benefit of an individual pursuant to European Council Directive 2003/48/EC (as amended from time to time, including through European Council Directive 2014/48/EU) or any other directive implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting 26 and 27 November 2000 on the taxation of savings income or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to such Directive; or
- (e) any such taxes, duties, assessments or governmental charges that would have been avoided by presenting for payment, or accepting payment from, the relevant Bond to another paying agent in a member state of the European Union; or
- (f) any such taxes, duties, assessments or governmental charges payable otherwise than by deduction or withholding from payments on the Bonds; or
- (g) any such taxes, duties, assessments or governmental charges imposed on or with respect to any payment by the Issuer to the holder of a Bond if such holder is a fiduciary or partnership, limited liability company or a person other than the sole beneficial owner of the Bond to the extent that such taxes, duties, assessments or governmental charges would not have been imposed on such payment had such holder been the beneficiary, settlor, member or sole beneficial owner of the Bond; or
- (h) any such taxes, duties, assessments or governmental charges payable by reason of a change in law that becomes effective or is published more than 30 days after the relevant payment of principal or interest becomes due; or
- (i) any estate, inheritance, gift, sales, transfer, excise, personal property or other similar taxes, duties, assessments or governmental charges imposed with respect to any Bond; or
- (j) any such taxes, duties, assessments or governmental charges that are imposed or withheld pursuant to Sections 1471 through 1474 of the U.S. Internal Revenue Code of 1986, as amended (the “**Code**”), any regulations promulgated thereunder, any official interpretations thereof, any fiscal or regulatory legislation, rules or official practices adopted pursuant to an intergovernmental agreement between a non-U.S. jurisdiction and the United States with respect to the foregoing sections of the Code or any agreements (including any agreements entered into pursuant to Section 1471(b)(1) of the Code) in connection with the foregoing; or
- (k) any combination of items (a) through (j).

For the purposes of this Condition 10, “**Relevant Date**” in respect of any Bond means the date on which payment in respect of it first becomes due or (if any amount of the money payable is improperly withheld or refused) the date on which payment in full of the amount outstanding is made or (if earlier) the date seven days after that on which notice is duly given to the Bondholders that, upon further surrender of the Certificate representing such Bond being made in accordance with the Conditions, such payment will be made, provided that payment is in fact made upon such surrender.

11 Events of Default

(a) Events of Default:

Each of the following is an Event of Default with respect to the Bonds (each, an “Event of Default”):

- (i) **Non-Payment:** default is made by the Issuer or the Guarantor for more than 10 days in the payment of amounts due in respect of the Bonds or the Guarantee, respectively; or
- (ii) **Breach of Other Obligations:** default is made by the Issuer or the Guarantor in the performance of any of their respective material obligations under the Bonds, the Trust Deed, the Guarantee or the Pledge Agreement and such default is not remedied within 30 days after notice of such default shall have been given to the Issuer or the Guarantor by the Bondholders or the Trustee, provided that such default is materially prejudicial to the ability of the Issuer or the Guarantor to make payments of amounts due in respect of the Bonds or the Guarantee, respectively; or
- (iii) **Insolvency and Enforcement Proceedings:**
 - (A) the Issuer becoming bankrupt or insolvent or over-indebted in the meaning of the Austrian Insolvency Act (*Insolvenzordnung*) unless remedied within 15 days; or
 - (B) any application being filed by the Issuer to initiate insolvency proceedings or any other insolvency related court proceeding in the Republic of Austria; or
 - (C) any application being filed by any person other than the Issuer to initiate insolvency proceedings or any other insolvency related court proceeding in the Republic of Austria, unless it is either apparently fraudulent or is withdrawn within 45 days upon filing; or
 - (D) insolvency proceedings or resolution proceedings or analogous proceedings are opened over the assets of the Issuer; or
 - (E) the Issuer ceases to effect payments or publicly announces its inability to meet its financial obligations, unless remedied within two Banking Days; or
 - (F) the Issuer is wound up or otherwise dissolved or the Issuer disposes of a substantial part of its assets, unless remedied within two Banking Days; or
 - (G) a moratorium being sought or any other compromise or arrangement with any of the Issuer’s creditors being offered or entered into by the Issuer; or
 - (H) an execution or other legal process being levied or enforced (*Vollstreckungsverfahren*) upon any of the assets of the Issuer in an amount in excess of EUR 1,000,000.00 (or its equivalent determined by reference to the relevant euro exchange rate on the date of such event); or

- (iv) **Change of Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetz or Scope of Activities:** (i) the Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetz and/or the charter of the Issuer is changed and such change would materially affect the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Bonds; or (ii) the Issuer undertakes activities beyond those contemplated by or consented to or approved pursuant to Condition 7 and such activities would materially affect the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Bonds; or
- (v) **Guarantee:** the Guarantee is or is found, in a non-appealable final judgment or decision by a competent authority or court, to be, or is claimed by the Guarantor or the Issuer to be, unlawful, invalid, unenforceable or otherwise not in full force and effect and such circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance; or
- (vi) **Cross default:** any indebtedness of the Issuer exceeding EUR 25,000,000.00 (or its equivalent determined by reference to the relevant euro exchange rate on the date of such event) is not paid when due, or is declared to be or otherwise becomes due and payable prior to its specified maturity; or any creditor of the Issuer becomes entitled to declare any indebtedness of the Issuer exceeding EUR 25,000,000.00 (or its equivalent determined by reference to the relevant euro exchange rate on the date of such event) due and payable prior to its specified maturity (however described) or any commitment for any indebtedness of the Issuer is cancelled or suspended by a creditor or otherwise becomes unavailable to the Issuer and, in each case, such circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance; or
- (vii) **Conflicting governmental order, decree or enactment:** any governmental order, decree or enactment is made in or by the Republic of Austria or in any other country having jurisdiction over the Issuer and its assets whereby the Issuer is prevented from observing and performing its obligations under the Bonds and this situation is not cured within 90 days after such order, decree or enactment is made; or
- (viii) **Repudiation and rescission:** the Issuer rescinds or purports to rescind or repudiates or purports to repudiate any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) or evidences an intention to rescind or repudiate a Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) and, in each case, such circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance; or
- (ix) **Unlawfulness and invalidity:** it is or becomes unlawful for the Issuer to perform any of its obligations expressed to be binding upon it under any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (and any document in relation thereto), or any obligation of the Issuer under any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) is not or ceases to be legal, valid, binding or enforceable in accordance with their terms, or any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) ceases to be legal, valid, binding, enforceable or effective in accordance with its terms and, in each case, such

circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance.

(b) **Acceleration:**

- (i) If an Event of Default occurs and is continuing, the Trustee (subject as provided below in this Condition 11(b)) or the holders of at least 25 per cent. in principal amount of the outstanding Bonds may declare by notice in writing to the Issuer the Bonds to be due and repayable on the 10th Banking Day following such declaration at the Repurchase Price calculated by OeBFA, acting as calculation agent of the Issuer, in respect of such 10th Banking Day; provided, however, that, after such acceleration, the holders of a majority in aggregate principal amount of the outstanding Bonds may, within such 10 Banking Days period, rescind and annul such acceleration and waive the related Potential Event of Default and Event of Default (or instruct the Trustee to do so subject as provided in this Condition 11(b)) if all Events of Default have been cured or waived.
- (ii) The Trustee may at any time, at its discretion and without notice, take such steps, actions or proceedings against the Issuer as it may think fit to enforce the provisions of the Trust Deed and the Bonds, but it shall not be bound to take any such proceedings or any other step or action in relation to the Trust Deed or the Bonds (including, without limitation any action under Condition 11(a) or 11(b)(i) and any step or action consequent to any declaration of acceleration given by the holders of the Bonds pursuant to this Condition 11(b)) unless (a) subject, where applicable, to the provisions of Condition 14, it has been so directed by an Extraordinary Resolution of the holders of the Bonds or so requested in writing by the holders of at least 25 per cent. in principal amount of the Bonds then outstanding and (b) in each case, it has been indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction.
- (iii) In the event that holders of Bonds declare the Bonds to be accelerated pursuant to Condition 11(b)(i), the Trustee shall be entitled to rely on such declaration without any further investigation or liability to any party in connection therewith. Other than as provided in Condition 11(b), no holder of Bonds shall be entitled to proceed directly against the Issuer unless the Trustee, having become bound so to proceed, fails so to do within a reasonable period and the failure shall be continuing.

12 Prescription

Claims against the Issuer for payment of principal in respect of the Bonds shall be prescribed and become void unless made within 10 years from the appropriate Relevant Date.

For the purpose of this Condition 12, “**Relevant Date**” means, in respect of any Bond, whichever is the later of:

- (i) the date on which payment in respect of it first becomes due; and
- (ii) if any payment is improperly withheld or refused the date on which payment in full of the amount outstanding is made or (if earlier) the date on which notice is duly

given by the Issuer to the Bondholders in accordance with Condition 18 that, upon further presentation of the relevant Bond, where required pursuant to these Conditions, being made, such payment will be made, provided that such payment is in fact made as provided in these Conditions.

13 Replacement of Certificates

If any Certificate is lost, stolen, mutilated, defaced or destroyed, it may be replaced, subject to applicable laws, regulations or other relevant regulatory authority regulations, at the specified office of the Registrar or such other Transfer Agent as may from time to time be designated by the Issuer for that purpose and notice of whose designation is given to Bondholders, in each case on payment by the claimant of the fees and costs incurred in connection therewith and on such terms as to evidence, security, indemnity and otherwise as the Issuer may require (provided that the requirement is reasonable in light of prevailing market practice). Mutilated or defaced Certificates must be surrendered before replacements will be issued.

14 Meetings of Bondholders, Modification and Waiver

- (a) **Meetings of Bondholders:** The Trust Deed contains provisions for convening meetings of Bondholders to consider matters affecting their interests, including the sanctioning by Extraordinary Resolution of a modification of any of these Conditions or any provisions of the Trust Deed, the Pledge Agreement or the Guarantee.

Such a meeting may be convened by the Issuer, the Guarantor or the Trustee or Bondholders holding not less than 10 per cent. in principal amount of the Bonds for the time being outstanding. The quorum for any meeting convened to consider an Extraordinary Resolution will be two or more persons holding or representing a clear majority in principal amount of the Bonds for the time being outstanding, or at any adjourned meeting two or more persons being or representing Bondholders whatever the principal amount of the Bonds held or represented, unless the business of such meeting includes consideration of proposals ("**Reserved Matters**"):

- (i) to modify the maturity of the Bonds or otherwise change the date on which any amount is payable on the Bonds;
- (ii) to reduce or cancel any amount, including any overdue amount, payable on the Bonds;
- (iii) to change the method used to calculate the Repurchase Price or the requirements for the occurrence of an Early Redemption Event;
- (iv) to change the currency or place of payment of any amount payable on the Bonds;
- (v) impose any condition on or otherwise modify the Issuer's obligation to make payments on the Bonds;
- (vi) to change the Events of Default;
- (vii) to modify or cancel the Guarantee;
- (viii) to modify or cancel the Pledge Agreement;

- (ix) to change the ranking or governing law of the Bonds;
- (x) to change the courts to whose jurisdiction the Issuer has submitted or to change any immunity waived by the Issuer in relation to legal proceedings arising out of or in connection with the Bonds;
- (xi) to modify the provisions concerning the principal amount outstanding of the Bonds, the quorum required at any meeting of Bondholders or the majority required to pass an Extraordinary Resolution; or
- (xii) to change this list of Reserved Matters,

in which case the necessary quorum will be two or more persons holding or representing not less than 75 per cent., or at any adjourned meeting not less than 25 per cent., in principal amount of the Bonds for the time being outstanding. Any Extraordinary Resolution duly passed shall be binding on Bondholders (whether or not they were present at the meeting at which such resolution was passed).

The Trust Deed provides that a resolution in writing signed by or on behalf of the holders of not less than 75 per cent. in principal amount of the Bonds outstanding shall for all purposes be as valid and effective as an Extraordinary Resolution passed at a meeting of Bondholders duly convened and held. Such a resolution in writing may be contained in one document or several documents in the same form, each signed by or on behalf of one or more Bondholders.

- (b) **Modification of these Conditions, the Trust Deed, the Guarantee or the Pledge Agreement:** The Trustee may agree, without the consent of the Bondholders, to (i) any modification of any of these Conditions or any of the provisions of the Trust Deed or the Pledge Agreement, that is (in the opinion of the Trustee) of a formal, minor or technical nature or is made to correct a manifest error, and (ii) any other modification (except as mentioned in the Trust Deed), and any waiver or authorisation of any breach or proposed breach, of any of these Conditions or any of the provisions of the Trust Deed that is in the opinion of the Trustee not materially prejudicial to the interests of the Bondholders. Any such modification, authorisation or waiver shall be binding on the Bondholders and, if the Trustee so requires, such modification shall be notified to the Bondholders as soon as practicable. Pursuant to Clause 1.4 of the Guarantee any amendments of or additions to any of these Conditions or any provisions of the Trust Deed will not have any effect on the rights and obligations of the Guarantor under the Guarantee unless the Guarantor has given its prior written consent to such amendment or addition. There will be no modification of any of these Conditions or any provisions of the Trust Deed, the Guarantee or the Pledge Agreement without the prior written consent of the Issuer, the Guarantor and ABBAG.
- (c) **Entitlement of the Trustee:** In connection with the exercise of its functions (including but not limited to those referred to in this Condition) the Trustee shall have regard to the interests of the Bondholders as a class and shall not have regard to the consequences of such exercise for individual Bondholders and the Trustee shall not be entitled to require, nor shall any Bondholder be entitled to claim, from the Issuer any indemnification or payment in respect of any tax consequence of any such exercise upon individual Bondholders.

- (d) **Preclusion of the Austrian Trustee Act:** As a result of the representation of the Bondholders by the Trustee and the ability to hold Bondholder meetings in accordance with these Conditions and the Trust Deed, the application of the Austrian Trustee Act (*Gesetz vom 24. April 1874 betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte - Kuratorengezet*) shall be expressly precluded.

15 Enforcement

- (a) **Enforcement:** At any time after the occurrence of a Potential Enforcement Event, the Trustee may, at its discretion and without further notice, institute such proceedings or take such actions or steps against the Issuer as it may think fit to enforce the terms of the Trust Deed and/or the Bonds and/or instruct the Security Agent to take the necessary steps to enforce the Security under the Pledge Agreement in accordance with this Condition 15, but it will not take any such proceedings or any such actions or steps unless (a) it shall have been so directed by an Extraordinary Resolution or so requested in writing by Bondholders holding at least 25 per cent. in principal amount of the Bonds outstanding, and (b) it shall have been indemnified and/or secured and/or prefunded to its satisfaction. Other than as provided in Condition 11(b), no Bondholder may proceed directly against the Issuer unless the Trustee, having become bound so to proceed, fails to do so within a reasonable time and such failure is continuing.
- (b) **Trustee to Enforce Security:** At any time after the occurrence of a Potential Enforcement Event, the Trustee may at its discretion and without notice, and if directed by an Extraordinary Resolution, shall (provided, in each case, that the Trustee shall have been indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction) instruct the Security Agent to take the necessary steps to enforce the Security (such instruction, the “**Enforcement Instruction**”).
- (c) **Enforcement Notice:** Following receipt of an Enforcement Instruction but prior to taking any steps to enforce the Security, the Security Agent shall notify the Issuer in writing (such notice being an “**Enforcement Notice**”) that, subject to its having been indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction, it intends to enforce the Security unless it receives express written notice that all Secured Payment Obligations have been discharged on or before the 10th Banking Day following the date of the Enforcement Notice.
- (d) **Enforcement of Security:** If the failure to discharge all Secured Payment Obligations continues for 10 Banking Days following the giving of the Enforcement Notice (the “**Enforcement Event**”), the Security Agent shall (provided that the Security Agent shall have been indemnified and/or secured and/or pre-funded by the Issuer to its satisfaction) enforce the Security constituted by the Pledge Agreement in accordance with the terms thereof. Subject to its being indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction, the Security Agent shall be obliged to act on the first such Enforcement Instruction received from the Trustee and shall have no liability to any person for so doing. Any proceeds realised by the Security Agent pursuant to this Condition 15(d) and the Pledge Agreement shall, upon receipt thereof, be paid directly to the Trustee who shall hold such moneys on

trust and apply such moneys in accordance with the order of priority set out in Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*).

16 Application of Available Proceeds of Enforcement of Security

Subject to and in accordance with the terms of the Trust Deed and the Pledge Agreement, with effect from the occurrence of an Enforcement Event or at any time after the Bonds become due and payable, the Trustee or the Security Agent on its behalf will hold the Available Proceeds received by it under the Trust Deed and/or the Pledge Agreement on trust to apply them as they stand on each Application Date as follows:

- (a) first, in payment or satisfaction of (A) any fees, costs, charges, expenses and liabilities of the Trustee or any receiver in preparing and executing the trusts and carrying out its functions under the Trust Deed (including any taxes required to be paid, legal fees, the cost of realising any Security and the Trustee's remuneration) and (B) any fees, costs, charges, expenses and liability of the Security Agent under the Trust Deed and the Pledge Agreement (including any taxes required to be paid, legal fees and the Security Agent's remuneration);
- (b) secondly, *pari passu*, in payment of any fees, costs, charges, expenses and liabilities then due and payable to the Agents under the Agency Agreement;
- (c) thirdly, *pari passu*, in payment of (A) any principal due and payable following the occurrence of an Early Redemption Event, (B) any Repurchase Price then due and payable and/or (C) any Final Redemption Amount then due and payable, as applicable, and, in each case, any Default Interest accrued thereon to the holders of Bonds; and
- (d) fourthly, in payment of the Residual Amount to ABBAG and, following discharge of any indebtedness secured by the ABBAG Pledge, to the Guarantor under the Junior Guarantor Pledge and, thereafter, to the Issuer.

If the amount of moneys available to the Trustee for payment in respect of the Bonds under this Condition 16 at any time following an Enforcement Event or at any time after the Bonds become due and payable, other than where the Pledged Assets have been exhausted, amount to less than 10 per cent. of the nominal amount of the Bonds then outstanding, the Trustee shall not be obliged to make any payments under this Condition 16 and may, place such amounts on deposit as provided in the following paragraph and may retain such amounts and accumulate the resulting income until the amounts and the accumulations, together with any other funds for the time being under the Trustee's control and available for such payment, amount to at least 10 per cent. of the nominal amount of the Bonds then outstanding and then such amounts and accumulations (after deduction of, or provision for, any applicable taxes and negative interest) shall be applied as specified in this Condition 16.

Moneys held by the Trustee shall be deposited in its name in a non-interest bearing account at such bank or other financial institution as the Trustee may, in its absolute discretion, think fit. The parties acknowledge and agree that notwithstanding that such account is intended to be a non-interest bearing account in the event that the interest rate in respect of certain currencies is a negative value, the application thereof would result in amounts being debited from funds held by such bank or financial institution ("**negative interest**").

17 Indemnification of the Trustee

The Trust Deed contains provisions for the indemnification of the Trustee and for its relief from responsibility. Each of the Trustee and the Security Agent is entitled to enter into business transactions with the Issuer, the Guarantor and any entity related to the Issuer or the Guarantor without accounting for any profit.

Each of the Trustee and the Security Agent may rely without liability to Bondholders on a report, confirmation or certificate or any advice of any accountants, financial advisers, financial institution or any other expert, whether or not addressed to it and whether their liability in relation thereto is limited (by its terms or by any engagement letter relating thereto entered into by the Trustee or in any other manner) by reference to a monetary cap, methodology or otherwise. Each of the Trustee and the Security Agent may accept and shall be entitled to rely on any such report, confirmation or certificate or advice and such report, confirmation or certificate or advice shall be binding on the Issuer, the Trustee, the Security Agent and the Bondholders.

Each of the Trustee and the Security Agent is exempted from liability with respect to any loss or theft or reduction in value of the Pledged Assets and from any obligation to insure or to procure the insuring of the Pledged Assets. Neither the Trustee nor the Security Agent shall be responsible for the validity, value, sufficiency and enforceability (which neither the Trustee nor the Security Agent has investigated) of the Security. Neither the Trustee nor the Security Agent is responsible for monitoring or supervising the performance by any other person of its obligations to the Issuer and may assume these are being performed unless and until it has actual knowledge to the contrary.

None of the Trustee, the Security Agent or the Agents shall be required or obliged to monitor or enquire as to whether any event, condition or circumstance which could lead to an early redemption of the Bonds exists or has occurred and shall suffer no liability whatsoever for relying on the determination, calculation or any notice provided by or on behalf of the Issuer.

18 Notices

Notices to the holders of Bonds shall be mailed to them at their respective addresses in the Register and deemed to have been given on the fourth weekday (being a day other than a Saturday or a Sunday) after the date of mailing. Notices to the holders of Bonds shall also be given (so long as the Bonds are listed on the Frankfurt Stock Exchange and the rules of that Stock Exchange so require) in a leading newspaper having general circulation in Germany (which is expected to be the *Börsen-Zeitung*). Any such notice shall be deemed to have been given on the date of such publication or, if published more than once or on different dates, on the first date on which publication is made.

19 Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999

No person shall have any right to enforce any term or condition of the Bonds under the Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999.

20 Governing Law and Jurisdiction

(a) **Governing Law:**

The Trust Deed, the Bonds and any non-contractual obligations arising out of or in connection with them are governed by, and shall be construed in accordance with, English law.

The Guarantee is governed by the laws of the Federal Republic of Germany without giving effect to the principles of conflict of laws thereof.

The Pledge Agreement, other than Clauses 2.2, 3.4 and 10.1.7 thereof, and all contractual or statutory rights, claims and obligations thereunder are governed by the laws of Austria excluding its conflict of law rules. Clauses 2.2, 3.4 and 10.1.7 of the Pledge Agreement and all contractual or statutory rights, claims and obligations thereunder are governed by the laws of the Federal Republic of Germany.

The Repurchase Commitment and any non-contractual obligations arising out of or in connection with it are governed by, and shall be construed in accordance with, English law.

(b) **Jurisdiction:**

The courts of England are to have jurisdiction to settle any disputes that may arise out of or in connection with the Bonds and accordingly any legal action or proceedings arising out of or in connection with any Bonds ("**Bond Proceedings**") may be brought in such courts. Pursuant to the Trust Deed, the Issuer has irrevocably submitted to the jurisdiction of such courts and, to the extent that it is legally able to do so, has irrevocably waived any immunity to which it might otherwise be entitled in proceedings brought before such courts.

The Guarantor has in the Guarantee, for the exclusive benefit of each of the Bondholders, irrevocably agreed that any action or other legal proceedings ("**Guarantee Proceedings**") arising out of or in connection with the Guarantee may be instituted in the courts of Frankfurt am Main.

To the extent that it is legally able to do so, the Guarantor has in the Guarantee irrevocably waived any immunity to which it might otherwise be entitled in proceedings brought before the courts of Frankfurt am Main and consented generally in respect of any proceedings arising out of or in connection with the Guarantee to the giving of any relief or the issue of any process in the competent courts of the Federal Republic of Germany in connection with such proceedings including, without limitation, the making, enforcement or execution against any property whatsoever (irrespective of its use or intended use except for certain minor property such as the equipment of embassies) of any judgment or court order which may be given in such proceedings.

(c) **Agent for Service of Process:**

Pursuant to the Trust Deed, the Issuer has irrevocably appointed an agent in England to receive service of process in any Proceedings in England based on the Bonds.

The Guarantor in the Guarantee appointed the Ambassador of the Republic of Austria in the Federal Republic of Germany as its authorised agent for service of

process in connection with any Guarantee Proceedings arising out of or in connection with the Guarantee before the German courts.

ANHANG E
KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER NULLKUPON-
SCHULDSCHEINDARLEHEN

Datum [●] 2016

Nullkupon-Schuldscheindarlehen von 2016/20xx/[*römische Ziffer*]

Schuldscheindarlehensvertrag

zwischen dem

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Völkermarkter Ring 21-23

A-9020 Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

und der

Republik Österreich

vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur

Seilerstätte 24

A-1015 Wien, Österreich

Der

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Völkermarkter Ring 21-23

A-9020 Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

(im Folgenden der "Darlehensgläubiger", wobei dieser Begriff auch alle Rechtsnachfolger oder Abtretungsempfänger gemäß diesem Schuldscheindarlehen einschließt)

gewährt der

Republik Österreich

vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur

Seilerstätte 24

A-1015 Wien, Österreich

(im Folgenden der "Darlehensschuldner")

ein Nullkupon-Schuldscheindarlehen fällig zum [●].[●].20xx

(das "Darlehen")

im Nennbetrag von

EUR [●]

(in Buchstaben: EUR [●])

(der "Nennbetrag")

Die Darlehensgläubigerin und der Darlehensschuldner werden im Folgenden auch als die "Parteien" und einzeln jeweils als eine "Partei" bezeichnet.

Die Parteien vereinbaren Folgendes:

1. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt am [●].[●].2016 ("Valuta") zum Kurs von [●],[●]% des Nennbetrages (entspricht EUR [●]) auf das Konto der Republik Österreich, IBAN: AT150010000000111007 bei der Oesterreichischen Nationalbank (SWIFT: NABAATWW).

Die Republik Österreich verpflichtet sich, unverzüglich ab Valuta zu Händen des Darlehensgläubigers einen Schuldschein gemäß dem als **Anlage 1** beigefügten Muster auszustellen.

"Bankarbeitstag" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System 2 geöffnet sind, um Zahlungen abzuwickeln.

2. Verzinsung

(a) Während der Laufzeit erfolgen keine periodischen Zinszahlungen auf das Darlehen.

(b) Zahlt der Darlehensnehmer das Darlehen nicht bei Endfälligkeit zurück, wird der

ausstehende Nennbetrag verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem das Darlehen zur Rückzahlung fällig wird (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung des Darlehens vorangeht, wobei der gesetzliche Zinssatz für Verzugszinsen Anwendung findet.

3. Das Darlehen ist in Höhe des Nennbetrages am [●].[●].20xx ("Fälligkeitstag") zur Rückzahlung fällig.
4. Fällt der Fälligkeitstag für eine Zahlung unter diesem Darlehen auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Darlehensgläubiger vor dem nächsten Zahltag keinen Anspruch auf diese Zahlung. Der Darlehensgläubiger ist nicht berechtigt, Verzugszinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

"Zahltag" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem alle betroffenen Bereiche des Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System 2 geöffnet sind, um Zahlungen abzuwickeln.

5. Das Darlehen ist beiderseits unkündbar. Etwaige Kündigungsrechte des Darlehensschuldners nach § 489 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches (in der jeweils geltenden Fassung) sind ausgeschlossen.
6. Der Darlehensschuldner verzichtet hinsichtlich der Darlehensforderung auf Aufrechnung und Zurückbehaltungsrechte, solange und soweit das Darlehen zum Sicherungsvermögen im Sinne von § 125 des deutschen Versicherungsaufsichtsgesetzes (in der jeweils geltenden Fassung) oder zu einer aufgrund gesetzlicher Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland gebildeten Deckungsmasse für Schuldverschreibungen gehört; das gilt auch im Falle der Insolvenz.
7. Die Abtretung der Darlehensforderung im Ganzen oder in Teilbeträgen von mindestens EUR 1.000.000,00 oder einem ganzzahligen Vielfachen (jeweils bezogen auf den Nennbetrag) davon durch den Darlehensgläubiger (der "Zedent") an einen Dritten (der "Zessionar") ist zulässig. Blankoabtretungen sind ausgeschlossen. Jede Abtretung bedarf der Schriftform (wobei eine telekommunikative Übermittlung i.S.v. § 127 Abs. 2 Satz 1 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches der für die Abtretung erforderlichen Erklärungen ausreicht) und hat in Form und Inhalt dem diesem Vertrag als **Anlage 2** beigefügten Muster einer Abtretungsvereinbarung zu entsprechen.

Dem Zessionar stehen, sofern in diesem Vertrag nicht anders bestimmt ist, die gleichen Rechte und Ansprüche zu, die sich für den Zedenten aus diesem Darlehensvertrag ergeben.

Aufgrund der Abtretung steht dem Zedenten kein Anspruch auf eine abgegrenzte Zahlung gegen den Darlehensschuldner zu.

Die Abtretung ist dem Darlehensschuldner unverzüglich unter Angabe des Datums der Wirksamkeit der Abtretung anzuzeigen.

In jedem Fall hat der Darlehensschuldner Zahlungen auf das Darlehen ausschließlich auf ein Konto des Darlehensgläubigers, welches bei einem Kreditinstitut innerhalb des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) unterhalten wird, zu überweisen.

Geht dem Darlehensschuldner die Abtretungsanzeige später als einen Monat vor dem Tag zu, an dem eine Zahlung auf das Darlehen fällig wird, muss der Zessionar eine Zahlung des Darlehensschuldners an den Zedenten mit schuldbefreiender Wirkung gegen sich gelten lassen.

8. Der Schuldschein ist nach Rückzahlung des Darlehens unaufgefordert und unverzüglich dem Darlehensschuldner zurückzugeben.
9. Die Verpflichtungen des Darlehensschuldners aus diesem Darlehen stellen unmittelbare, unbesicherte, unbedingte und nicht nachrangige Verpflichtungen des Darlehensschuldners dar und stehen im gleichen Rang mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten des Darlehensschuldners aus jeweils ausstehenden Finanzschulden.
10. Der Darlehensschuldner verpflichtet sich zugunsten des Darlehensgläubigers, bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehens keine dinglichen Sicherheiten für Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten des Darlehensschuldners aus Finanzschulden zu bestellen, ohne das Darlehen vorher oder gleichzeitig gleichrangig und anteilig zu besichern.
11. Sämtliche von dem Darlehensschuldner auf das Darlehen zu zahlenden Beträge werden ohne Abzug oder Einbehalt von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben oder sonstigen Gebühren jedweder Art geleistet, die von der Republik Österreich, ihren Gebietskörperschaften oder von Behörden oder anderen Stellen der Republik Österreich mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern, Abgaben oder Gebühren auferlegt werden, sofern nicht der Darlehensschuldner kraft Gesetzes oder einer sonstigen Rechtsvorschrift zu einem solchen Abzug oder Einbehalt verpflichtet ist. In diesem Fall wird der Darlehensschuldner diejenigen zusätzlichen Beträge zahlen, die erforderlich sind, damit die vom Darlehensgläubiger erhaltenen Nettobeträge nach einem solchen Abzug oder Einbehalt den betreffenden Beträgen entsprechen, welche der Darlehensgläubiger ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt erhalten hätte; der Darlehensschuldner hat jedoch keine solchen zusätzlichen Beträge zu zahlen:
 - (a) wenn ein solcher Abzug oder Einbehalt nicht erforderlich wäre, falls der Darlehensgläubiger oder eine für ihn handelnde Person das erforderliche Formular oder die erforderliche Bescheinigung oder Erklärung zur Nichtansässigkeit nach schriftlicher Aufforderung durch den Darlehensschuldner vorgelegt bzw. abgegeben hätte oder einen ähnlichen Anspruch auf Befreiung geltend gemacht hätte und der Darlehensgläubiger durch eine solche Vorlage, Abgabe oder Geltendmachung berechtigt gewesen wäre, den Abzug zu vermeiden; oder
 - (b) wenn der Darlehensgläubiger zur Entrichtung solcher Steuern, Abgaben oder sonstigen Gebühren in Bezug auf das Darlehen deswegen verpflichtet ist, weil er eine Verbindung zur Republik Österreich aufweist, die nicht nur darin besteht, dass er Darlehensgläubiger ist, Rechte unter dem Darlehen durchsetzt oder Zahlungen auf das Darlehen erhält; oder

- (c) wenn ein solcher Abzug oder Einbehalt eine Zahlung an eine natürliche Person betrifft und gemäß der Richtlinie 2003/48/EG bzw. ab dem 1. Januar 2017 im Rahmen des automatischen Informationsaustausches gemäß der Richtlinie 2014/107/EU des Rates oder einer anderen Richtlinie, die die Beschlüsse der Sitzung des ECOFIN-Rates vom 26.-27. November 2000 zur Besteuerung von Spareinkünften umsetzt, oder aufgrund rechtlicher Bestimmungen vorzunehmen ist, die eine solche Richtlinie umsetzen, einhalten oder zum Zwecke der Anpassung an eine solchen Richtlinie eingeführt worden sind.

12. Mitteilungen

Sämtliche Mitteilungen im Rahmen dieses Darlehensvertrages sind (i) per Brief oder Telefax und (ii) in deutscher Sprache abzugeben.

Sämtliche Mitteilungen im Rahmen dieses Darlehensvertrages an den Darlehensschuldner sind an die folgende Anschrift oder an eine Ersatzanschrift zu richten, sofern der Darlehensschuldner den anderen Parteien die jeweilige Ersatzanschrift mindestens sieben (7) Bankarbeitstage im Voraus mitgeteilt hat.

Republik Österreich
vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
Seilerstätte 24
A-1015 Wien, Österreich
Zu Händen: [●]
Telefax:[●]

Sämtliche Mitteilungen im Rahmen dieses Darlehensvertrages an den Darlehensgläubiger sind an die auf den Unterschriftseiten dieses Darlehensvertrages bzw., im Fall eines Zessionars, der entsprechenden Abtretungsvereinbarung genannte Anschrift oder an eine Ersatzanschrift zu richten, sofern die betreffende Partei den anderen Parteien die jeweilige Ersatzanschrift mindestens sieben (7) Bankarbeitstage im Voraus mitgeteilt hat.

13. Verschiedenes

- (a) Dieser Darlehensvertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (b) Etwaige nichtvertragliche Rechte und Pflichten, die aus oder im Zusammenhang mit diesem Darlehensvertrag entstehen, unterliegen ebenfalls dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (c) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Darlehensvertrag oder über seine Wirksamkeit ergebenden Streitigkeiten (einschließlich solcher über deliktsrechtliche Ansprüche) zwischen den Parteien, für die kein anderer ausschließlicher Gerichtsstand besteht, ist das sachlich zuständige Gericht in Frankfurt am Main, Deutschland.
- (d) Soweit rechtlich zulässig verzichtet der Darlehensschuldner hiermit unwiderruflich auf jegliche Immunität, die ihm anderenfalls möglicherweise in Rechtsstreitigkeiten vor

solchen Gerichten zusteht, und erklärt sich hiermit in Bezug auf jegliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Darlehen ergeben, mit der Gewährung jeglicher Befreiung oder der Aufnahme jeglicher Verfahren im Zusammenhang mit solchen Rechtsstreitigkeiten allgemein einverstanden, einschließlich (ohne Beschränkung darauf) des Erlasses, der Durchsetzung oder Vollstreckung jeglichen Urteils oder Entscheidung, das bzw. die in solchen Rechtsstreitigkeiten ergehen kann, gegen jeglichen Vermögenswert (unabhängig vom Belegenheitsort eines solchen Vermögenswerts und von dessen Nutzung oder beabsichtigter Nutzung, mit Ausnahme gewisser geringfügiger Vermögenswerte wie die Ausstattung von Botschaften).

- (e) Für Rechtsstreitigkeiten vor deutschen Gerichten aus oder im Zusammenhang mit dem Darlehen bestellt der Darlehensschuldner hiermit den jeweiligen Botschafter der Republik Österreich in der Bundesrepublik Deutschland unwiderruflich zu seinem Zustellungsbevollmächtigten (Vollmacht zur Entgegennahme von Zustellungen gemäß § 171 der deutschen Zivilprozessordnung). Der Darlehensschuldner trägt dafür Sorge, dass der jeweilige Botschafter der Republik Österreich in der Bundesrepublik Deutschland von dieser Bestellung Kenntnis erlangt.
- (f) Änderungen und Ergänzungen dieses Darlehensvertrags sowie der Verzicht auf sich aus diesem Darlehensvertrag ergebende Rechte bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Schriftformklausel.
- (g) Die diesem Darlehensvertrag beigelegten Anlagen (Muster des Schuldscheins und Muster der Abtretungsvereinbarung) gelten als Bestandteil dieses Darlehensvertrages.
- (h) Sollte eine Bestimmung dieses Darlehensvertrags oder eine später in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise nichtig sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Darlehensvertrag herausstellen, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der nichtigen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Darlehensvertrags gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss des Darlehensvertrags bedacht hätten. Beruht die Nichtigkeit einer Bestimmung auf einem darin festgelegten Maß der Leistung oder der Zeit, so gilt die Bestimmung mit einem dem ursprünglichen Maß am nächsten kommenden rechtlich zulässigen Maß als vereinbart.
- (i) Dieser Darlehensvertrag wurde in zwei Ausfertigungen unterzeichnet. Jede Ausfertigung gilt als Original.

Klagenfurt am Wörthersee, am [●].[●].2016

Wien, am [●].[●].2016

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

**Republik Österreich
vertreten durch die
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur**

Anlage 1

(Muster-Schuldschein)

Republik Österreich

Nullkupon-Schuldscheindarlehen von 2016/20xx/[*römische Ziffer*]

SCHULDSCHEIN

Die Republik Österreich,
vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur,
Seilerstätte 24, A-1015 Wien, Österreich
(im Folgenden der "Darlehensschuldner")

bestätigt, von dem

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds
Völkermarkter Ring 21-23
A-9020 Klagenfurt am Wörthersee, Österreich
(im Folgenden der "Darlehensgläubiger")

ein Nullkupon-Darlehen fällig zum [●].[●].20xx
(das "Darlehen")

im Nennbetrag in Höhe von EUR [●]
(in Buchstaben: Euro [●] [●])
(der "Nennbetrag")

zu den im dem als Anhang beigegeführten Schuldscheindarlehensvertrag vom [●].[●].[2016]
festgelegten Bedingungen erhalten zu haben.

Wien, am [●].[●].2016

Republik Österreich
vertreten durch die
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur

Anhang: Schuldscheindarlehensvertrag

Anlage 2

(Muster der Abtretungsvereinbarung)

ABTRETUNGSVEREINBARUNG

Forderungsabtretung von Ansprüchen gegen die

Republik Österreich

vertreten durch die

Österreichische Bundesfinanzierungsagentur

Seilerstätte 24

A-1015 Wien, Österreich

("Darlehensschuldner")

aus einem Nullkupon-Schuldscheindarlehen fällig am [●].[●]. 20xx

zwischen

im Folgenden der "Zedent"

und

im Folgenden der "Zessionar"

bestätigt durch den Schuldschein vom [●] (der "Schuldschein")

1. Der Zedent tritt hiermit seine (Teil)-Forderung gegen den Darlehensschuldner aufgrund des in Kopie beigefügten Schuldscheindarlehensvertrages (der "Darlehensvertrag") in Höhe von EUR [●] (bezogen auf den Nennbetrag) (die "übernommenen Ansprüche") mit Wirkung zum xx.xx.xxxx (der "Übertragungstichtag") ab.
2. Der Zessionar nimmt hiermit die Abtretung an.
3. Der Zessionar verpflichtet sich, alle weiteren Abtretungen von Forderungen oder Ansprüchen aus dem Schuldscheindarlehensvertrag, die ihm hierdurch abgetreten werden, nur in einer Art und Form vorzunehmen, die dieser Abtretungsvereinbarung entspricht.
4. Der Zessionar bestätigt, dass er
 - (a) eine Kopie des Darlehensvertrags (als Anhang zu dieser Abtretungsvereinbarung) und sämtliche weiteren Dokumente und Informationen erhalten hat, die er im Zusammenhang mit dem Abschluss dieser Abtretungsvereinbarung benötigt, und

- (b) eine eigene Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Darlehensschuldners durchgeführt hat und weiterhin durchführen wird. Er bestätigt ferner, dass er selbst die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit des Darlehensvertrags, des Schuldscheins und dieser Abtretungsvereinbarung geprüft hat und dass er diesbezüglich nicht auf den Zedenten oder auf Aussagen des Zedenten vertraut hat, und erkennt an, dass der Zedent keine Haftung hinsichtlich der Rechtswirksamkeit oder Durchsetzbarkeit, des Darlehensvertrags, des Schuldscheins oder hinsichtlich der finanziellen Lage des Darlehensschuldners übernimmt.

5. Gewährleistungen

Der Zedent sichert zu und gewährleistet im Wege einer verschuldensunabhängigen Garantie, dass:

- (a) er der rechtliche und wirtschaftliche Eigentümer der übernommenen Ansprüche ist;
 - (b) die übernommenen Ansprüche frei von Belastungen und Rechten Dritter sind; und
 - (c) die übernommenen Ansprüche übertragbar sind.
6. Nach Abschluss dieser Abtretungsvereinbarung hat der Zedent diese Abtretung dem Darlehensschuldner unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Diese Anzeige muss folgende Informationen enthalten:
- (a) Name und Adresse des Zessionars
 - (b) Datum des Übertragungstichtags

Eine Kopie dieser Abtretungsvereinbarung ist der Anzeige beizulegen.

Sämtliche Mitteilungen im Rahmen dieser Abtretungsvereinbarung sind (i) per Brief oder Telefax und (ii) in deutscher Sprache abzugeben.

Sämtliche Mitteilungen im Rahmen dieser Abtretungsvereinbarung sind an die auf den Unterschriftseiten angegebenen Anschriften oder an eine Ersatzanschrift zu richten, sofern die betreffende Partei den anderen Parteien die jeweilige Ersatzanschrift mindestens 14 Kalendertage im Voraus mitgeteilt hat.

7. Der Darlehensschuldner darf alle Leistungen auf das folgende Konto des Zessionars im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) erbringen:

Kontoinhaber: _____

BIC: _____

IBAN: _____

8. Geht dem Darlehensschuldner die Abtretungsanzeige später als einen Monat vor einer Zahlungsfälligkeit zu, muss der Zessionar eine Zahlung des Darlehensschuldners an den Zedenten mit schuldbefreiender Wirkung gegen sich gelten lassen.
9. Der Zedent ist verpflichtet, bei Wirksamwerden der Abtretung dem Zessionar den in seinem Besitz befindlichen Schuldschein, im Falle einer Teilabtretung eine beglaubigte Abschrift desselben, unverzüglich nach Eintritt des Übertragungstichtags auszuliefern.
10. Der Zessionar verpflichtet sich zugunsten des Darlehensschuldners, dem Darlehensschuldner den Schuldschein (sofern der Zessionar den Schuldschein erhalten und nicht infolge einer weiteren Abtretungsvereinbarung übertragen hat) nach vollständiger Erfüllung aller Verpflichtungen des Darlehensschuldners aus dem Darlehensvertrag unverzüglich auszuliefern.
11. Diese Abtretungsvereinbarung unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
12. Etwaige nichtvertragliche Rechte und Pflichten, die aus oder im Zusammenhang mit dieser Abtretungsvereinbarung entstehen, unterliegen ebenfalls dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
13. Änderungen und Ergänzungen dieser Abtretungsvereinbarung sowie der Verzicht auf sich aus dieser Abtretungsvereinbarung ergebende Rechte bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Schriftformklausel.
14. Diese Abtretungsvereinbarung wurde in zwei Ausfertigungen unterzeichnet. Jede Ausfertigung gilt als Original.

Anhang zur Abtretungsvereinbarung: Kopie des Darlehensvertrags

[Ort], am xx.xx.xxxx

[●] als Zedent

Adresse: [●]

Zu Händen: [●]

Telefax: [●]

Email: [●]

[Ort], am xx.xx.xxxx

[●] als Zessionar

Adresse: [●]

Zu Händen: [●]

Telefax: [●]

Email: [●]

ANHANG F
KONDITIONEN UND BEDINGUNGEN DER NULLKUPON-ANLEIHEN-GARANTIE

Diese Garantie ist in englischer Sprache mit deutscher Übersetzung abgefasst. Die englische Fassung ist die rechtlich verbindliche Fassung und allein maßgeblich.

GARANTIE

der

Republik Österreich

(die "**Garantin**")

zugunsten der Gläubiger der

EUR xx,xxx,000,000

Null-Kupon-Schuldverschreibungen von 2016
fällig [●]

(ISIN [●])

(die "**Schuldverschreibungen**")

begeben vom

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

(eingrichtet in Österreich gemäß § 2 Kärntner
Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – K-AFG)

(der "**Emittent**")

This Guarantee is drawn up in the English language and provided with a German language translation. The English version shall be the only legally binding version and shall prevail alone.

GUARANTEE

of the

Republic of Austria

(the "**Guarantor**")

for the benefit of the holders of the

EUR xx,xxx,000,000

Zero Coupon Bonds of 2016
due [●]

(ISIN [●])

(the "**Bonds**")

issued by

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

(established in Austria pursuant to § 2 of the
Carinthian Compensation Payment Fund Act
(*Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz – K-AFG*)

(the "**Issuer**")

Die Begriffe, die in dieser Garantie verwendet werden und in den als Annex 1 beigefügten Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen (die "**Anleihebedingungen**") definiert sind, haben in dieser Garantie die gleiche Bedeutung wie in den Anleihebedingungen, soweit sie in dieser Garantie nicht anderweitig definiert sind.

Artikel 1

Verpflichtungen der Garantin

- 1.1 Die Garantin sichert zu, gemäß § 1 Abs. 1 Haftungsgesetz-Kärnten, BGBl. I Nr. 69/2016, i.V.m. § 82 Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. I Nr. 139/2009 in der geltenden Fassung, ermächtigt zu sein, diese Garantie abzugeben.

Unless otherwise defined herein, terms used in this Guarantee and defined in the Terms and Conditions of the Bonds set out in Annex 1 hereto (the "**Terms and Conditions**") shall in this Guarantee have the meanings attributed to them in the Terms and Conditions unless they are otherwise defined in this Guarantee.

Clause 1

Undertakings of the Guarantor

- 1.1 The Guarantor represents that it is entitled to issue this Guarantee according to § 1(1) of the Guarantee Act for Carinthia (*Haftungsgesetz-Kärnten*), Federal Law Gazette (*Bundesgesetzblatt – BGBl.*) I No. 69/2016, adopted in connection with § 82 of the Federal Budget Act 2013 (*Bundeshaushaltsgesetz 2013*), Federal Law Gazette I

No. 139/2009, as amended.

- | | |
|--|---|
| <p>1.2 Die Garantin übernimmt hiermit nach Maßgabe dieser Garantie gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen (die "Anleihegläubiger" und jeweils ein "Anleihegläubiger") die unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die ordnungsgemäße und pünktliche Zahlung aller nach Maßgabe der Anleihebedingungen zur Zahlung auf die Schuldverschreibungen vorgesehenen Beträge (einschließlich jeglicher aufgrund einer teilweisen oder vollständigen Kündigung oder vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen zahlbarer Beträge) durch den Emittenten, wenn und soweit diese Beträge zur Zahlung vorgesehen sind, gleich ob bei Endfälligkeit, vorzeitiger Rückzahlung oder anderweitig (jedoch vorbehaltlich der nach Maßgabe der Anleihebedingungen anwendbaren Nachfristen) (die "Garantierten Verbindlichkeiten").</p> <p>1.3 Falls der Emittent eine Garantierte Verbindlichkeit nicht pünktlich zahlt, wird die Garantin aus eigenem Antrieb oder auf erstes schriftliches Anfordern eines Anleihegläubigers (jeweils unter Verwendung des als Annex 2 beigefügten Musters und Nachweis der Berechtigung durch Beifügung eines tagesaktuellen Depotauszugs) den Betrag oder die Beträge, die der Emittent nicht gezahlt hat, zahlen oder deren Zahlung veranlassen. Werden ausstehende Schuldverschreibungen nicht mehr im Clearingsystem gehalten, kann der Nachweis der Berechtigung auch durch Vorlage anderer geeigneter Dokumente geführt werden.</p> <p>1.4 Soweit die Rechte und Pflichten unter dieser Garantie durch Bezugnahme auf die Anleihebedingungen bestimmt oder konkretisiert werden, ist die im Annex 1 wiedergegebene Fassung der Anleihebedingungen maßgeblich.</p> | <p>1.2 The Guarantor hereby unconditionally and irrevocably guarantees, subject to the terms of this Guarantee, for the benefit of the holders of the Bonds (the "Bondholders" and each a "Bondholder") the due and punctual payment of all amounts scheduled to be paid by the Issuer under the Bonds in accordance with the Terms and Conditions (including any amounts payable as result of any termination or early redemption of the Bonds in whole or in part) when and as such amounts shall become scheduled to be paid, whether at maturity, upon redemption or otherwise (however subject to any applicable grace period pursuant to the Terms and Conditions) (the "Guaranteed Obligations").</p> <p>1.3 In the case of any failure by the Issuer in the punctual payment of all or any part of any Guaranteed Obligation, the Guarantor shall, at its own initiative or upon first written demand by any Bondholder (in each case using the form set out in Annex 2 hereto and evidencing its entitlement by attaching an up-to-date custody account statement), pay or procure to be paid the amount or amounts in respect of which the Issuer has failed to make such payment. If Bonds outstanding are no longer being held through the Clearing System, the entitlement may also be evidenced through presentation of other suitable documents.</p> <p>1.4 To the extent that the rights and obligations under this Guarantee are determined or specified by reference to the Terms and Conditions, the version of the Terms and Conditions set out in Annex 1 hereto shall be relevant. Any</p> |
|--|---|

Nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen der Anleihebedingungen, sonstige Vereinbarungen zwischen dem Emittenten und den Anleihegläubigern oder eine Ersetzung des Emittenten lassen die Rechte und Pflichten der Garantin unter dieser Garantie unberührt, es sei denn, derartige Änderungen, Ergänzungen, sonstige Vereinbarungen oder Ersetzungen sind jeweils mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Garantin erfolgt. Hat die Garantin ihre vorherige schriftliche Zustimmung zu einer solchen Änderung, Ergänzung, sonstigen Vereinbarung oder Ersetzung erteilt, bestimmen sich die Rechte und Pflichten der Garantin aus dieser Garantie unter Einbeziehung dieser Änderung, Ergänzung, sonstigen Vereinbarung bzw. Ersetzung.

- 1.5 Diese Garantie ist unwiderruflich und unbedingt sowie unabhängig von Wert, Echtheit, Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit der Schuldverschreibungen. Die Garantin verzichtet auf sämtliche Einwendungen und Einreden, insbesondere aufgrund von Anfechtungs-, Aufrechnungs- und/oder Zurückbehaltungsrechten gegenüber Ansprüchen von Anleihegläubigern unter dieser Garantie.
- 1.6 Die Verpflichtungen der Garantin aus dieser Garantie sind selbständig und unabhängig von der Wirksamkeit der Zahlungsverpflichtungen des Emittenten aus den Schuldverschreibungen. Insbesondere bestehen die Verpflichtungen der Garantin aus dieser Garantie selbständig und unabhängig davon, ob bundes- oder landesgesetzliche Grundlagen für die Begebung der Schuldverschreibungen ganz oder teilweise unwirksam sind oder nachträglich durch gerichtliche Entscheidung ganz oder teilweise für unwirksam erklärt oder durch Gesetz ganz oder teilweise aufgehoben werden oder die Schuldverschreibungen,

subsequent amendments of or additions to the Terms and Conditions, any other agreements between the Issuer and the Bondholders or any substitution of the Issuer will not have any effect on the rights and obligations of the Guarantor under this Guarantee, unless such amendments, additions, other agreements or substitutions have, in each case, been made with the prior written consent of the Guarantor. If the Guarantor has provided its prior written consent to such amendment, addition, other agreement or substitution, the determination of the rights and obligations of the Guarantor under this Guarantee shall take into account such amendment, addition, other agreement and substitution, respectively.

- 1.5 The Guarantee is irrevocable and unconditional, irrespective of value, genuineness, validity or enforceability of the Bonds and the Guarantor waives any objections (*Einwendungen und Einreden*), in particular, on the basis of contestation rights (*Anfechtungsrechte*), rights of set-off and/or counterclaim in relation to the claims of any Bondholder under this Guarantee.
- 1.6 The obligations of the Guarantor under this Guarantee are independent from and irrespective of the validity of the payment obligations of the Issuer under the Bonds. In particular, the obligations of the Guarantor under this Guarantee are independent from and irrespective of whether any federal or state law (*bundes- oder landesgesetzliche Grundlagen*) underlying the issuance of the Bonds is invalid in whole or in part, subsequently declared invalid in whole or in part pursuant to any judgment or repealed, in whole or in part, by any statute or whether, as a result of the enactment of any federal or state law (*Bundes- oder Landesgesetz*), the Bonds, any claims

Ansprüche daraus oder darunter zur Zahlung vorgesehene Beträge (einschließlich jeglicher aufgrund einer teilweisen oder vollständigen Kündigung oder vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen zahlbarer Beträge) aufgrund eines Bundes- oder Landesgesetzes herabgesetzt, umgewandelt, einem Pflichtumtausch unterworfen, unwirksam oder nichtig werden.

Bezugnahmen in dieser Garantie auf zur Zahlung vorgesehene Beträge oder auf zahlbare Beträge gelten im Fall der Unwirksamkeit oder Undurchsetzbarkeit der Schuldverschreibungen so, als ob die Schuldverschreibungen wirksam und durchsetzbar wären.

- 1.7 Die Garantin ist bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme dieser Garantie gemäß Artikel 1.3 nicht berechtigt, irgendwelche Einwendungen oder Einreden geltend zu machen, welche der Emittent gegen seine Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen erheben könnte.
- 1.8 Die Verpflichtungen der Garantin aus dieser Garantie stellen unmittelbare, unbesicherte, unbedingte und nicht nachrangige Verpflichtungen der Garantin dar und stehen im gleichen Rang mit allen anderen unbesicherten und nicht nachrangigen Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten der Garantin aus jeweils ausstehenden Finanzschulden.
- 1.9 Die Garantin verpflichtet sich zugunsten der Anleihegläubiger, solange Schuldverschreibungen ausstehen, keine dinglichen Sicherheiten für Darlehens- oder Anleiheverbindlichkeiten der Garantin aus Finanzschulden zu bestellen, ohne die Garantie vorher oder gleichzeitig gleichrangig und anteilig zu besichern. Diese Verpflichtung besteht jedoch nur bis zu dem Zeitpunkt, an dem

thereunder or any amounts scheduled to be payable thereunder (including any amounts payable as result of any termination or early redemption of the Bonds in whole or in part) are reduced, converted, subject to a mandatory exchange, rendered invalid or void.

Any reference in this Guarantee to amounts scheduled to be paid or amounts payable shall, in the case of an invalidity or unenforceability of the Bonds, apply as if the Bonds were valid and enforceable.

- 1.7 If the prerequisites for demanding a payment under this Guarantee set out in Clause 1.3 are met, the Guarantor is not entitled to raise any objections or defences which the Issuer may have in respect of its payment obligations under the Bonds.
- 1.8 The obligations of the Guarantor under this Guarantee constitute direct, unsecured, unconditional and unsubordinated obligations of the Guarantor, ranking *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated loan or bond indebtedness of the Guarantor resulting from financial debts (*Finanzschulden*) outstanding from time to time.
- 1.9 The Guarantor undertakes for the benefit of the Bondholders that for as long as any Bonds shall remain outstanding, but only up to the time at which all amounts payable under the Terms and Conditions have been provided to, or to the order of, the Clearing System, it will not create any security interest *in rem* (*dingliche Sicherheit*) in respect of any loan or bond indebtedness of the Guarantor resulting

alle nach den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge dem Clearingsystem oder an dessen Order zur Verfügung gestellt worden sind.

1.10 Sämtliche von der Garantin auf die Garantie zu zahlenden Beträge werden ohne Abzug oder Einbehalt von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben oder sonstigen Gebühren jedweder Art geleistet, die von der Republik Österreich, ihren Gebietskörperschaften oder von Behörden oder anderen Stellen der Republik Österreich mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern, Abgaben oder Gebühren auferlegt werden, sofern nicht die Garantin kraft Gesetzes oder einer sonstigen Rechtsvorschrift zu einem solchen Abzug oder Einbehalt verpflichtet ist. In diesem Fall wird die Garantin diejenigen zusätzlichen Beträge zahlen, die erforderlich sind, damit die von den Anleihegläubigern erhaltenen Nettobeträge nach einem solchen Abzug oder Einbehalt den betreffenden Beträgen entsprechen, welche die Anleihegläubiger ohne einen solchen Abzug oder Einbehalt erhalten hätten; die Garantin hat jedoch keine solchen zusätzlichen Beträge zu zahlen:

(a) wenn ein solcher Abzug oder Einbehalt nicht erforderlich wäre, falls der betreffende Anleihegläubiger oder eine für ihn handelnde Person das erforderliche Formular oder die erforderliche Bescheinigung oder Erklärung zur Nichtansässigkeit vorgelegt bzw. abgegeben hätte oder einen ähnlichen Anspruch auf Befreiung geltend gemacht hätte und dieser Anleihegläubiger durch eine solche Vorlage, Abgabe oder Geltendmachung berechtigt gewesen wäre, den Abzug zu vermeiden; oder

(b) an einen Anleihegläubiger, wenn

from financial debts, without at the same time or prior thereto securing the Guarantee equally and rateably therewith.

1.10 All amounts payable by the Guarantor in respect of this Guarantee shall be made free and clear of and without deduction or withholding for or on account of any present or future taxes, duties, assessments or governmental charges of whatever nature imposed or levied by or on behalf of the Republic of Austria or any political subdivision of the Republic of Austria or any authority therein or thereof having power to tax, unless the Guarantor is required by law to make such deduction or withholding of such taxes, duties, assessments or governmental charges. In that event, the Guarantor will pay such additional amounts as may be necessary in order that the net amounts received by the Bondholders after such deduction or withholding shall equal the respective amounts which would have been receivable in respect of this Guarantee in the absence of such deduction or withholding, except that no such additional amounts shall be payable with respect to this Guarantee:

(a) where such deduction or withholding would not be required if the relevant Bondholder or any person acting on his behalf had presented the required form or certificate or had made the required declaration of non-residence or similar claim for exemption upon the presentation or making of which that Bondholder would have been entitled to avoid such deduction or withholding; or

(b) to a Bondholder where such

dieser Anleihegläubiger zur Entrichtung solcher Steuern, Abgaben oder sonstigen Gebühren in Bezug auf die Garantie deswegen verpflichtet ist, weil er eine Verbindung zur Republik Österreich aufweist, die nicht nur darin besteht, dass er Schuldverschreibungen hält, Rechte unter den Schuldverschreibungen durchsetzt oder Zahlungen auf diese Schuldverschreibungen erhält oder die Position als Begünstigter unter dieser Garantie hält und Rechte darunter durchsetzt oder Zahlungen darunter erhält; oder

- (c) wenn ein solcher Abzug oder Einbehalt eine Zahlung an eine natürliche Person betrifft und gemäß der Richtlinie 2003/48/EG bzw. ab dem 1. Januar 2017 im Rahmen des automatischen Informationsaustausches gemäß der Richtlinie 2014/107/EU des Rates oder einer anderen Richtlinie, die die Beschlüsse der Sitzung des ECOFIN-Rates vom 26.-27. November 2000 zur Besteuerung von Spareinkünften umsetzt, oder aufgrund rechtlicher Bestimmungen vorzunehmen ist, die eine solche Richtlinie umsetzen, einhalten oder zum Zwecke der Anpassung an eine solchen Richtlinie eingeführt worden sind.

Artikel 2

Ansprüche aus der Garantie

Diese Garantie stellt einen echten Vertrag zugunsten der jeweiligen Anleihegläubiger als begünstigte Dritte gemäß § 328 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch dar, die den Anleihegläubigern das Recht gibt, Erfüllung der hierin übernommenen Verpflichtungen unmittelbar von der Garantin zu verlangen und

Bondholder is liable to such taxes, duties, assessments or governmental charges in respect of the Guarantee by reason of his having a connection with the Republic of Austria, other than the mere holding of any Bonds, the enforcement of rights under such Bonds, the receipt of any payments in respect of such Bonds or the position as a beneficiary under this Guarantee and the enforcement of rights and the receipt of payments thereunder; or

- (c) where such deduction or withholding is imposed on a payment to an individual and is required to be made pursuant to European Council Directive 2003/48/EC and, as of 1 January 2017, in connection with the automatic exchange of information pursuant to Council Directive 2014/107/EU, respectively, or any other directive implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting of 26-27 November 2000 on the taxation of savings income or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to, any such directive.

Clause 2

Benefit of the Guarantee

This Guarantee constitutes a genuine contract for the benefit of the respective Bondholders as third parties (*echter Vertrag zugunsten Dritter*) pursuant to § 328 (1) of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) giving rise to the right of the Bondholders to require performance of the obligations assumed hereby directly from the

diese Verpflichtungen unmittelbar gegen die Garantin durchzusetzen. Die Anleihegläubiger können zur Durchsetzung von Ansprüchen unter dieser Garantie unmittelbar Klage gegen die Garantin erheben, ohne dass zunächst ein Verfahren gegen den Emittenten eingeleitet werden muss.

Artikel 3 Zahlungen

- 3.1 Die Garantin wird durch Zahlung an das Clearingsystem oder an dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit. Solange ausstehende Schuldverschreibungen in Form von einer oder mehreren Global- oder Sammelurkunden im Clearingsystem gehalten werden, ist die Garantin nicht zur direkten Zahlung an Anleihegläubiger verpflichtet.
- 3.2 Vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Regelungen entspricht der Verzugszinssatz unter dieser Garantie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen gemäß Ziffer 8(c) der Anleihebedingungen.

Artikel 4 Erlöschen der Garantie

Diese Garantie erlischt durch die unwiderrufliche, vollständige und endgültige Rückzahlung sämtlicher Schuldverschreibungen oder durch die unwiderrufliche, vollständige und endgültige Erfüllung sämtlicher in dieser Garantie eingegangener Verpflichtungen.

Falls eine Zahlungsverpflichtung des Emittenten aus den Schuldverschreibungen nach ihrer Erfüllung innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten nach einer solchen Erfüllung wiederbegründet wird, stellt diese wiederbegründete Zahlungsverpflichtung bis zum Ablauf von 12 Monaten ab dem Endfälligkeitstag (*Maturity Date*) weiterhin eine Garantierte Verbindlichkeit dar.

Guarantor and to enforce such obligations directly against the Guarantor. The Bondholders may enforce claims under this Guarantee directly in legal actions or proceedings against the Guarantor without being required to institute legal actions or proceedings against the Issuer first.

Clause 3 Payments

- 3.1 The Guarantor shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System. As long as the Bonds remain outstanding and are being held in the form of one or several global certificates through the Clearing System, the Guarantor will not be required to make any direct payment to any Bondholder under this Guarantee.
- 3.2 Subject to any mandatory provisions of law, the rate of interest for default under this Guarantee shall correspond to the default rate of interest applicable to the Bonds in accordance with Condition 8(c) of the Terms and Conditions.

Clause 4 Expiry of Guarantee

This Guarantee expires upon final and irrevocable redemption in full of all Bonds or upon final and irrevocable discharge in full of all obligations under this Guarantee.

If, after a discharge of a payment obligation of the Issuer under the Bonds, such payment obligation is subsequently reinstated within a period of twelve months from such discharge, such reinstated payment obligation shall continue to qualify as a Guaranteed Obligation until the lapse of 12 months after the Maturity Date.

Artikel 5
Anwendbares Recht; Gerichtsstand;
Gerichtliche Geltendmachung der
Garantie

- 5.1 Diese Garantie unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechts.
- 5.2 Die Garantin erklärt sich unwiderruflich und ausschließlich zugunsten der Anleihegläubiger damit einverstanden, dass die Gerichte in Frankfurt am Main für sämtliche Klagen oder sonstige rechtliche Verfahren ("**Rechtsstreitigkeiten**") aus oder im Zusammenhang mit dieser Garantie ausschließlich zuständig sind.
- 5.3 Soweit rechtlich zulässig verzichtet die Garantin hiermit unwiderruflich auf jegliche Immunität, die ihr anderenfalls möglicherweise in Rechtsstreitigkeiten vor solchen Gerichten zusteht, und erklärt sich hiermit in Bezug auf jegliche Rechtsstreitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Garantie ergeben, mit der Gewährung jeglicher Befreiung oder der Aufnahme jeglicher Verfahren im Zusammenhang mit solchen Rechtsstreitigkeiten allgemein einverstanden, einschließlich (ohne Beschränkung darauf) des Erlasses, der Durchsetzung oder Vollstreckung jeglichen Urteils oder Entscheidung, das bzw. die in solchen Rechtsstreitigkeiten ergehen kann, gegen jeglichen Vermögenswert (unabhängig vom Belegenheitsort eines solchen Vermögenswerts und von dessen Nutzung oder beabsichtigter Nutzung, mit Ausnahme gewisser geringfügiger Vermögenswerte wie die Ausstattung von Botschaften).
- 5.4 Für Rechtsstreitigkeiten vor deutschen Gerichten aus oder im Zusammenhang mit dieser Garantie bestellt die Garantin hiermit den jeweiligen Botschafter der

Clause 5
Governing Law; Place of Jurisdiction;
Enforcement of the Guarantee

- 5.1 This Guarantee shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany without giving effect to the principles of conflict of laws thereof.
- 5.2 The Guarantor, for the exclusive benefit of each of the Bondholders, hereby irrevocably agrees that the courts of Frankfurt am Main shall have exclusive jurisdiction for any action or other legal proceedings ("**Proceedings**") arising out of or in connection with this Guarantee.
- 5.3 To the extent that it is legally able to do so, the Guarantor hereby irrevocably waives any immunity to which it might otherwise be entitled in Proceedings brought before such courts and hereby consents generally in respect of any Proceedings arising out of or in connection with this Guarantee to the giving of any relief or the issue of any process in connection with such Proceedings including, without limitation, the making, enforcement or execution against any property whatsoever (irrespective of where such property is located and of its use or intended use except for certain minor property such as the equipment of embassies) of any judgment or decision which may be given in such Proceedings.
- 5.4 The Guarantor hereby irrevocably appoints the Ambassador from time to time of the Republic of Austria in the Federal Republic of Germany as its

Republik Österreich in der Bundesrepublik Deutschland unwiderruflich zu ihrem Zustellungsbevollmächtigten (Vollmacht zur Entgegennahme von Zustellungen gemäß § 171 der deutschen Zivilprozessordnung). Die Garantin trägt dafür Sorge, dass der jeweilige Botschafter der Republik Österreich in der Bundesrepublik Deutschland von dieser Bestellung Kenntnis erlangt.

authorised agent for service of process in connection with any Proceedings arising out of or in connection with this Guarantee before German courts (Power of Attorney to Accept Service of Process pursuant to Section 171 of the German Civil Procedure Code (*Zivilprozessordnung*)). The Guarantor shall procure that the Ambassador from time to time of the Republic of Austria in the Federal Republic of Germany will become aware of such appointment.

5.5 Jeder Anleihegläubiger kann in jedem Rechtsstreit gegen die Garantin und in jedem Rechtsstreit, in dem er und die Garantin Partei sind, seine Rechte aus dieser Garantie auf der Grundlage einer von einer vertretungsberechtigten Person der Zahlstelle als Kopie dieser Garantie bescheinigten Kopie der Garantie ohne Vorlage des Originals im eigenen Namen wahrnehmen und durchsetzen.

5.5 On the basis of a copy of this Guarantee certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Paying Agent, each Bondholder may protect and enforce in his own name his rights arising under this Guarantee in any legal proceedings against the Guarantor or to which such Bondholder and the Guarantor are parties, without the need for production of the original of this Guarantee in such proceedings.

5.6 Ist oder wird eine Bestimmung dieser Garantie rechtswidrig, unwirksam oder nicht durchführbar, so bleibt davon die Rechtmäßigkeit, Gültigkeit oder Durchsetzbarkeit der anderen Bestimmungen dieser Garantie unberührt. Die rechtswidrige, unwirksame oder nicht durchführbare Bestimmung gilt als durch die rechtmäßige, wirksame und durchführbare Bestimmung ersetzt, die wirtschaftlich dem Zweck der rechtswidrigen, unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt.

5.6 Should any provision contained in this Guarantee be or become invalid, illegal or unenforceable, the validity, legality and enforceability of the remaining provisions of this Guarantee shall not in any way be affected or impaired. Such invalid, illegal or unenforceable provision shall be deemed to be replaced by a valid, legal and enforceable provision which commercially most closely approximates the intention of the invalid, illegal or unenforceable provision.

5.7 Citibank, N.A., London Branch, welche diese Garantie entgegen nimmt, handelt nicht als Treuhänder oder in einer ähnlichen Eigenschaft für die Anleihegläubiger. Citibank, N.A., London Branch verpflichtet sich, das Original dieser Garantie bis zur Erfüllung aller Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen und dieser Garantie in Verwahrung zu halten.

5.7 Citibank, N.A., London Branch which accepts this Guarantee, is not acting as trustee or in a similar capacity for the Bondholders. Citibank, N.A., London Branch undertakes to hold the original of this Guarantee in custody until all obligations under the Bonds and this Guarantee have been fulfilled.

5.8 Jegliche Änderungen dieser Garantie und jegliche Befreiung des Garanten von Verpflichtungen aus dieser Garantie bedürfen der Zustimmung der Anleihegläubiger, es sei denn, diese erfolgen im Einklang mit den Anleihebedingungen.

5.9 Diese Garantie ist in englischer Sprache mit deutscher Übersetzung abgefasst. Die englische Fassung ist die rechtlich verbindliche Fassung und allein maßgeblich.

5.8 Any amendment of this Guarantee and any release of the Guarantor from any of its obligations arising under this Guarantee will, unless made in accordance with the Terms and Conditions, require the consent of the Bondholders.

5.9 This Guarantee is drawn up in the English language and provided with a German language translation. The English version shall be the only legally binding version and shall prevail alone.

Wien, [●] 2016

REPUBLIK ÖSTERREICH

Für den Bundesminister für Finanzen:

Wir nehmen die Bedingungen der vorstehenden Garantie ohne Haftung, Gewähr oder Rückgriff an und handeln weder als Bevollmächtigter noch als Treuhänder noch in ähnlicher Funktion für die Anleihegläubiger.

London, [●] 2016

CITIBANK, N.A., LONDON BRANCH

Vienna, [●] 2016

REPUBLIC OF AUSTRIA

For the Federal Minister of Finance:

We accept the terms of the above Guarantee without recourse, warranty or liability and without acting as agent, fiduciary or in any similar capacity for any Bondholders.

London, [●] 2016

Annex 1 TERMS AND CONDITIONS

Terms and Conditions of the Bonds

The EUR [●],000,000 secured guaranteed zero coupon bonds due [●] (the “**Bonds**”) of Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (the “**Issuer**”) are constituted by a Trust Deed (the “**Trust Deed**”) dated [●] 2016 between the Issuer, Citicorp Trustee Company Limited (the “**Trustee**” which expression shall include all persons for the time being the trustee or trustees under the Trust Deed) as trustee for the holders of the Bonds and Citibank, N.A., London Branch as security agent (the “**Security Agent**”). These terms and conditions include summaries of, and are subject to, the detailed provisions of the Trust Deed, which includes the form of the Bonds. Copies of the Trust Deed, and of the Agency Agreement (the “**Agency Agreement**”) dated [●] 2016 relating to the Bonds between the Issuer, the Trustee, the registrar (the “**Registrar**”), any transfer agents (each a “**Transfer Agent**”), the initial principal paying agent and any other agents named in it, are available for inspection during usual business hours at the principal office of the Trustee (presently at Citigroup Centre, Canada Square, Canary Wharf, London E14 5LB) and at the specified offices of the principal paying agent for the time being (the “**Principal Paying Agent**”), the Registrar and any Transfer Agents. “**Agents**” means the Principal Paying Agent, the Registrar, the Transfer Agents and any other agent or agents appointed from time to time with respect to the Bonds. The Bondholders are entitled to the benefit of, are bound by, and are deemed to have notice of, all the provisions of the Trust Deed and are deemed to have notice of those applicable to them of the Agency Agreement.

1 Definitions

All capitalised terms that are not defined in these terms and conditions (the “**Conditions**”) will have the meanings given to them in the Trust Deed. In addition, the following expressions have the following meanings:

“**ABBAG Pledge**” has the meaning given to it in Condition 6(ii).

“**Application Date**” means each date on which the Security Agent applies the Available Proceeds in accordance with these Conditions and the provisions of the Trust Deed.

“**Available Proceeds**” means, with respect to an Enforcement Event, as of a particular day:

- (i) any amounts received by the Security Agent in respect of the enforcement of the Security and all other cash sums available to the Issuer or the Trustee, as the case may be, derived from the Pledged Assets; less
- (ii) any cash sums which have already been applied by the Security Agent pursuant to Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*) on any Application Date.

“**Contingent Additional Purchase Price**” means the contingent additional purchase price, if any, payable to certain Bondholders in accordance with the Offering Memorandum.

“**Electronic Consent**” has the meaning given to it in paragraph 22 of Schedule 3 to the Trust Deed.

“**Enforcement Event**” has the meaning given to it in Condition 15(d).

“Enforcement Instruction” has the meaning given to it in Condition 15(b).

“Enforcement Notice” has the meaning given to it in Condition 15(c).

“Extraordinary Resolution” means a resolution passed (a) at a meeting duly convened and held in accordance with the Trust Deed by a majority of at least 75 per cent. of the votes cast, (b) by a Written Resolution or (c) by an Electronic Consent.

“Government Bonds” means any marketable obligations issued by the Republic of Austria (provided that, in respect of marketable obligations, such obligations are governed by German or English law).

“Guarantor” means the Republic of Austria.

“Instruments” means the Class A Instruments of HETA Asset Resolution AG described in Annex A of the Offering Memorandum and the Class B Instruments of HETA Asset Resolution AG described in Annex B of the Offering Memorandum.

“Notes” means those Instruments comprising bearer notes that are held in Clearstream Banking, société anonyme, Euroclear Bank SA/NV, OeKB CSD GmbH (as the operator of the Austrian clearing system) or SIX SIS AG, Olten, Switzerland (as the operator of the Swiss clearing system).

“OeBFA” means Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H., Seilerstätte 24, A-1015 Vienna, Austria.

“Offering Memorandum” means the tender and exchange offer memorandum of the Issuer dated 6 September 2016.

“Pledge Agreement” has the meaning given to it in Condition 5(b).

“Pledged Assets” means (A) the Pledged HETA Instruments, (B) Pledged Government Bonds, (C) the securities deposit(s) where Pledged HETA Instruments that are Notes and Pledged Government Bonds are held and (D) the related cash accounts, and all property, assets and sums derived therefrom, including, where the context permits, any part of those Pledged Assets, in each case as further specified in the Pledge Agreement.

“Pledged Government Bonds” means Government Bonds acquired by the Issuer from time to time with funds from an account which is a Pledged Asset.

“Pledged HETA Instruments” means the Instruments acquired by the Issuer in exchange for the issuance of the Bonds and held by the Issuer from time to time on a securities deposit that is a Pledged Asset.

“Potential Enforcement Event” means the occurrence of one or more of the following events:

- (i) following the occurrence of an Early Redemption Event, the Issuer fails to pay the Principal Amount in respect of the Bonds on the Early Redemption Date and the Guarantor fails to make such payment pursuant to the Guarantee;
- (ii) following the Trustee or the Bondholders, as applicable, giving notice to the Issuer that the Bonds have become due and payable following the occurrence of an Event of Default in accordance with Condition 11, the Issuer fails to pay the Repurchase Price on the 10th Banking Day following such notice in accordance with Condition 11 and the Guarantor fails to make such payment pursuant to the Guarantee; or

- (iii) the Issuer fails to pay the Final Redemption Amount on the Maturity Date and the Guarantor fails to make such payment pursuant to the Guarantee.

“Potential Event of Default” means an event or circumstance which could with the giving of notice, lapse of time, issue of a certificate and/or fulfilment of any other requirement provided for in Condition 11 become an Event of Default.

“Residual Amount” means, with respect to an application of Available Proceeds in connection with an Enforcement Event, all remaining proceeds (if any) after the application of the Available Proceeds to satisfy the payments set out in paragraph (a) to (d) of Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*).

“Secured Creditor(s)” means each person that is entitled to the benefit of Secured Payment Obligations.

“Secured Payment Obligations” means the payment obligations of the Issuer under the Trust Deed, the Pledge Agreement and each Bond, together with any obligation of the Issuer to make payment to the Trustee, the Security Agent and the Agents pursuant to Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*).

“Written Resolution” means a resolution in writing signed by the holders of not less than 75 per cent. in nominal amount of the Bonds outstanding.

2 Form, Specified Denomination and Title

The Bonds are issued in the specified denomination of EUR 1.00 (the **“Principal Amount”**).

The Bonds are represented by registered certificates (**“Certificates”**) and, save as provided in Condition 3(a), each Certificate shall represent the entire holding of Bonds by the same holder.

Title to the Bonds shall pass by registration in the register that the Issuer shall procure to be kept by the Registrar in accordance with the provisions of the Agency Agreement (the **“Register”**). Except as ordered by a court of competent jurisdiction or as required by law, the holder (as defined below) of any Bond shall be deemed to be and may be treated as its absolute owner for all purposes whether or not it is overdue and regardless of any notice of ownership, trust or an interest in it, any writing on the Certificate representing it or the theft or loss of such Certificate and no person shall be liable for so treating the holder.

In these Conditions, **“Bondholder”** and **“holder”** means the person in whose name a Bond is registered.

3 Transfers of Bonds

- (a) **Transfer:** A holding of Bonds may, subject to Condition 3(d), be transferred in whole or in part upon the surrender (at the specified office of the Registrar or any Transfer Agent) of the Certificate(s) representing such Bonds to be transferred, together with the form of transfer endorsed on such Certificate(s) (or another form of transfer substantially in the same form and containing the same representations and certifications (if any), unless otherwise agreed by the Issuer), duly completed and executed and any other evidence as the Registrar or Transfer Agent may reasonably require. In the case of a transfer of part only of a holding of Bonds represented by one Certificate, a new Certificate shall be issued to the transferee

in respect of the part transferred and a further new Certificate in respect of the balance of the holding not transferred shall be issued to the transferor. In the case of a transfer of Bonds to a person who is already a holder of Bonds, a new Certificate representing the enlarged holding shall only be issued against surrender of the Certificate representing the existing holding. All transfers of Bonds and entries on the Register will be made in accordance with the detailed regulations concerning transfers of Bonds scheduled to the Agency Agreement. The regulations may be changed by the Issuer, with the prior written approval of the Guarantor, the Registrar and the Trustee. A copy of the current regulations will be made available by the Registrar to any Bondholder upon request.

- (b) **Delivery of New Certificates:** Each new Certificate to be issued pursuant to Condition 3(a) shall be available for delivery within three business days of receipt of a duly completed form of transfer and surrender of the existing Certificate(s). Delivery of the new Certificate(s) shall be made at the specified office of the Transfer Agent or of the Registrar (as the case may be) to whom delivery or surrender of such form of transfer or Certificate shall have been made or, at the option of the holder making such delivery or surrender as aforesaid and as specified in the relevant form of transfer or otherwise in writing, be mailed by uninsured post at the risk of the holder entitled to the new Certificate to such address as may be so specified, unless such holder requests otherwise and pays in advance to the relevant Transfer Agent or the Registrar (as the case may be) the costs of such other method of delivery and/ or such insurance as it may specify. In this Condition 3(b), “**business day**” means a day, other than a Saturday or Sunday, on which banks are open for business in the place of the specified office of the relevant Transfer Agent or the Registrar (as the case may be).
- (c) **Transfer Free of Charge:** Certificates on transfer shall be issued and registered without charge by or on behalf of the Issuer, the Registrar or any Transfer Agent, but upon payment of any tax or other governmental charges that may be imposed in relation to it (or the giving of such indemnity as the Registrar or the relevant Transfer Agent may require).
- (d) **Closed Periods:** No Bondholder may require the transfer of a Bond to be registered (i) during the period of 15 days ending on (and including) the due date for redemption of that Bond or (ii) after any such Bond has been called for redemption pursuant to Condition 8(b).

4 Guarantee and Status

- (a) **Guarantee:** The Guarantor has unconditionally and irrevocably guaranteed for the benefit of the holders of the Bonds the due and punctual payment of all amounts payable by the Issuer under the Bonds. Its obligations in that respect are set out in a German law governed guarantee of the Republic of Austria dated [●] 2016 (the “**Guarantee**”). The obligations of the Guarantor under the Guarantee constitute direct, unsecured, unconditional and unsubordinated obligations of the Guarantor, ranking *pari passu* with all other unsecured and unsubordinated loan or bond indebtedness of the Guarantor resulting from financial debts (*Finanzschulden*) outstanding from time to time.

Under no circumstances will the Trustee be obliged or required to take any actions or steps or institute any proceedings or exercise any right, power or remedy or

perform any duty or function under or in relation to the Guarantee unless and until it shall have been indemnified and/or secured and/or prefunded to its satisfaction.

- (b) **Status:** The Bonds constitute secured obligations of the Issuer and shall at all times rank *pari passu* and without any preference among themselves. The payment obligations of the Issuer under the Bonds shall, save for such exceptions as may be provided by applicable legislation, at all times rank at least equally with all their respective other present and future secured and unsubordinated obligations.

5 Security

- (a) **Parallel Debt:** If a Secured Payment Obligation that is payable by the Issuer to a Secured Creditor (other than the Security Agent) has become due, the Issuer hereby irrevocably and unconditionally, by way of an independent promise to perform obligations, promises to pay an equal amount to the Security Agent (such payment undertaking and the obligations and liabilities which are the result thereof, the “**Parallel Debt**”), subject to the following:
 - (i) the Parallel Debt shall in each case rank with the same priority as the relevant Secured Payment Obligation;
 - (ii) the Parallel Debt is separate and independent from any claims in respect of the Secured Payment Obligations, provided that:
 - (A) the Parallel Debt shall be reduced to the extent that any payment obligations under the Secured Payment Obligations have been discharged;
 - (B) the payment obligations of the Issuer under the Secured Payment Obligations shall be reduced to the extent that the Parallel Debt has been discharged; and
 - (C) the Parallel Debt shall correspond to the Issuer's payment obligations under the Secured Payment Obligations;
 - (iii) the Parallel Debt will become due if and to the extent that the Secured Payment Obligations become due; and
 - (iv) for the purpose of this Condition 5(a), the Security Agent acts in its own name and on behalf of itself and not as agent or representative of any other party hereto and any security rights granted to the Security Agent to secure the Parallel Debt are granted to the Security Agent in its capacity as creditor of the Parallel Debt. Accordingly, the Issuer acknowledges that the Security Agent will have its own independent claim as creditor as a result of the Parallel Debt. For the avoidance of doubt, the Security Agent shall also act as agent for the Secured Creditors (as represented by the Trustee) in respect of the Secured Payment Obligations.
- (b) **Security:** The payment obligations of the Issuer to the Security Agent under the Trust Deed and the Parallel Debt are secured pursuant to a pledge agreement dated [●] 2016 (the “**Pledge Agreement**”) between the Issuer, the Security Agent as pledgee and ABBAG – Abbaumanagementgesellschaft des Bundes (“**ABBAG**”)

as additional pledgee (as security for ABBAG's funding commitments towards the Issuer) by:

- (i) a first ranking pledge over the Pledged Assets; and
- (ii) a first ranking pledge over the respective funding commitments of ABBAG for funding any Repurchases and the Final Redemption Amount of the Bonds at the Maturity Date,

in each case in favour of the Security Agent for itself as continuing security for the full payment discharge and performance of the Parallel Debt (such security, the "**Security**"). Any proceeds of the Security realised by the Security Agent pursuant to the Trust Deed and the Pledge Agreement shall, upon receipt thereof, be applied by the Security Agent in accordance with the order of priority set out in Condition 16. Copies of the Pledge Agreement are available for inspection during usual business hours at the principal office of the Security Agent and at the specified offices of the Principal Paying Agent. The Bondholders are deemed to have notice of, and be bound by, all of the provisions of the Pledge Agreement.

Prior to the occurrence of a Potential Enforcement Event, Pledged Assets may be released from the Security in accordance with, and as further specified in, the Pledge Agreement, as follows:

- (i) cash on account and Pledged Government Bonds to the extent that Bondholders receive a Contingent Additional Purchase Price pursuant to the terms of the Offering Memorandum prior to the Maturity Date;
- (ii) cash on account and Pledged HETA Instruments proportionately following any Repurchases during the Repurchase Period;
- (iii) cash on account to the extent such cash is to be invested in Government Bonds;
- (iv) cash on account and Pledged Government Bonds to the extent the proceeds thereof are to be utilised to discharge the Secured Payment Obligations (or any part thereof) when due; and
- (v) Pledged HETA Instruments after the end of the Repurchase Period provided that cash on accounts equal at least the amount necessary to acquire Government Bonds with the same maturity and the same total nominal value as the Bonds then outstanding.

In addition, the Issuer may draw under the pledged funding commitments of ABBAG in order to fund any Repurchase during the Repurchase Period and in order to discharge the Secured Payment Obligations (or any part thereof) when due and, after the end of the Repurchase Period, an amount up to the nominal value of the Bonds then outstanding in order to invest such amount into the Pledged Government Bonds.

Furthermore, the Pledged Assets will be released in accordance with the Pledge Agreement if and to the extent that the Guarantor discharges its payment obligations under the Guarantee.

- (c) **Issuer's Rights as Beneficial Owner of Pledged Assets:** Prior to the occurrence of an Enforcement Event, the Issuer may, with the prior written consent of ABBAG

and the Security Agent (itself acting on the written instruction of the Trustee) or with the sanction of an Extraordinary Resolution, in each case in accordance with the Trust Deed and the Pledge Agreement:

- (i) take such action in relation to the Pledged Assets as it may think expedient; and
- (ii) exercise any rights incidental to the ownership of the Pledged Assets and, in particular (but without limitation and without responsibility for their exercise), any voting rights in respect of such property and all rights to enforce any ownership interests in respect of such property.

The Issuer will not exercise any rights with respect to Pledged Assets unless it has the sanction and/or consent referred to above and, if such sanction and/or consent is given, the Issuer will act only in accordance with such sanction and/or consent. For the avoidance of doubt, no such sanction and/or consent is required in connection with any action or exercise in accordance with the Pledge Agreement.

6 Negative Pledge

So long as any Bond remains outstanding (as defined in the Trust Deed), the Issuer will not create, or have outstanding, any mortgage, charge, lien, pledge or other security interest securing any obligation of any person or any other agreement or arrangement having a similar effect ("**Security Interest**"), upon the whole or any part of its present or future undertaking, assets or revenues (including any uncalled capital) to secure any indebtedness or to secure any guarantee or indemnity in respect of any indebtedness, without at the same time or prior thereto according to the Bonds the same security as is created or subsisting to secure any such indebtedness, guarantee or indemnity or such other security as either (i) the Trustee shall in its absolute discretion deem not materially less beneficial to the interest of the Bondholders or (ii) as shall be approved by an Extraordinary Resolution (as defined in the Trust Deed) of the Bondholders.

The undertaking pursuant to the first paragraph of this Condition 6 will not apply to

- (i) the Pledge Agreement;
- (ii) any Security Interest provided by the Issuer over any of its assets to secure any indebtedness of the Issuer to ABBAG or any of its successors or assigns (the "**ABBAG Pledge**");
- (iii) any junior ranking Security Interest provided by the Issuer over any of its assets to secure the recourse claim of the Guarantor vis-à-vis the Issuer under the agreement to deliver the Guarantee (*Garantieauftrag*) (the "**Junior Guarantor Pledge**"); and
- (iv) any Security Interest imposed pursuant to the non-negotiable standard terms and conditions of any bank accounts, securities deposit accounts or securities clearing systems in connection with the administration of the Issuer and the performance of the activities set forth in Conditions 7(i) – (vi).

7 Restrictions

Except as provided for or contemplated in these Conditions, the Trust Deed, the Agency Agreement, the Pledge Agreement or the Repurchase Commitment, and so long as any

Bond remains outstanding, the Issuer shall not, without the prior consent in writing of the Trustee or the approval of Bondholders by way of Extraordinary Resolution, engage in any business or trade, own any assets or incur any financial liabilities other than:

- (i) purchasing or tendering for Instruments;
- (ii) issuing the Bonds to holders of Instruments in exchange for the Issuer having acquired such Instruments pursuant to the Offering Memorandum;
- (iii) entering into long-term zero coupon assignable loans (*Schuldscheindarlehen*) issued by the Republic of Austria (the “**Zero Coupon Assignable Loans**”) and assigning such Zero Coupon Assignable Loans to holders of Instruments in exchange for the Issuer having acquired such Instruments pursuant to the Offering Memorandum;
- (iv) holding and administering the Instruments and receiving any distributions or liquidation payments from HETA Asset Resolution AG thereon;
- (v) repurchasing any Bonds from Bondholders pursuant to and in accordance with these Conditions and the Repurchase Commitment, including during the Repurchase Period;
- (vi) investing cash in Government Bonds; and
- (vii) borrowing from ABBAG, the Republic of Austria and the Province of Carinthia for the purposes of Condition 7(i) – (vi) above (including borrowings to cover any administrative expenses of the Issuer).

8 Redemption and Purchase

(a) Final Redemption:

Unless previously redeemed, or purchased and cancelled, the Bonds will be redeemed at their Final Redemption Amount on [●] (the “**Maturity Date**”).

The “**Final Redemption Amount**” per Bond in the specified denomination of EUR 1.00 per Bond will be an amount equal to the Principal Amount.

(b) Redemption following an Early Redemption Event:

The Bonds shall be redeemed in whole, but not in part, at their Principal Amount on the tenth Banking Day following the occurrence of an Early Redemption Event (the “**Early Redemption Date**”). Following the occurrence of an Early Redemption Event, the Issuer will promptly provide the Bondholders with irrevocable notice thereof in accordance with Condition 18. Such notice will specify the date on which the Early Redemption Event occurred, the related Early Redemption Date and that the Bonds will be redeemed in whole at their Principal Amount on such Early Redemption Date.

For the purposes of these Conditions:

“**Banking Day**” means a day, other than a Saturday or Sunday, on which banks are open for business in Vienna, London and Frankfurt am Main.

An “**Early Redemption Event**” occurs upon a Permanent Failure by the Issuer to provide or to perform the Repurchase.

“Permanent Failure” means any failure by the Issuer (for whatever reason) to provide or perform (through delivery versus payment) the Repurchase (i) for four or more consecutive Banking Days during the Repurchase Period, (ii) on an aggregate of 13 or more Banking Days during the Repurchase Period or (iii) on either of the last two Banking Days of the Repurchase Period, provided that no such failure shall be deemed to have occurred as a result of (a) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with, or input with the relevant clearing system, information necessary to settle the Repurchase, (b) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with a validly completed repurchase notice and xls file pursuant to the terms of the Repurchase Commitment or (c) settlement of the Repurchase being or becoming illegal.

“Repurchase” means the Issuer (i) granting beneficial owners of the Bonds or their authorised intermediaries the right to require the Issuer to repurchase the Bonds at the Repurchase Price on each Banking Day falling within the Repurchase Period (without volume limits) (the **“Resale Right”**) and (ii) performing (through delivery versus payment) the settlement of such repurchases, in each case in accordance with the detailed regulations concerning Repurchases of Bonds set forth in the Repurchase Commitment.

“Repurchase Commitment” means the Deed of Covenant to Repurchase entered into by the Issuer on [●] 2016, copies of which are available for inspection during usual business hours at the principal office of the Security Agent and at the specified offices of the Principal Paying Agent.

“Repurchase Period” means the period from and including 1 December 2016 to but excluding the 180th calendar day following 1 December 2016, provided that such period shall be automatically extended by one Banking Day for each Banking Day on which the Issuer fails to publish the Repurchase Price in accordance with the Repurchase Commitment or to settle any Repurchase, in each case, in accordance with the terms of the Repurchase Commitment, provided that no such failure shall be deemed to have occurred as a result of (a) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with, or input with the relevant clearing system, information necessary to settle the Repurchase, (b) the failure of a Bondholder or its agent or intermediary to provide the Issuer with a validly completed repurchase notice and xls file pursuant to the terms of the Repurchase Commitment or (c) settlement of the Repurchase being or becoming illegal. The Issuer will promptly provide the Bondholders with notice of any extension of the Repurchase Period in accordance with Condition 18.

“Repurchase Price” means the product of (a) the aggregate Principal Amount of the Bonds to be repurchased following exercise of the Resale Right or redeemed pursuant to Condition 11 *multiplied by* (b) the following fraction rounded to five decimal places calculated by OeBFA, acting as calculation agent of the Issuer pursuant to the Repurchase Commitment, on the relevant Determination Date:

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

where:

“Actual/Actual Day Count Fraction” means the actual number of days in the relevant period divided by 365 (or, if any portion of that period falls in a leap year, the sum of (A) the actual number of days in that portion of the period falling in a leap year divided by 366 and (B) the actual number of days in that portion of the period falling in a non-leap year divided by 365).

“Determination Date” means the date on which the relevant Repurchase Price is required to be determined by the Issuer pursuant to the Repurchase Commitment or Condition 11 hereof.

“Euro Swap Rate” means the annual swap rate for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Maturity Date Longer Swap or the Maturity Date Shorter Swap, respectively, expressed as a percentage, which is fixed at 11:00 a.m. CET (Frankfurt time) and appears on Bloomberg page ISDA under “Fixing Rates – Euribor A” (or another screen page of Bloomberg or another information service, which is the successor to such Bloomberg page for the purposes of displaying the relevant rate as described in this paragraph) at or around 11:15 a.m. CET (Frankfurt time), on the Determination Date. If the applicable rate is not available on the relevant Determination Date, the applicable rate shall be the applicable rate on the date immediately preceding the Determination Date on which an applicable rate was available. For the avoidance of doubt, there will be no adjustment of the Euro Swap Rate for the settlement period of any Repurchases.

The **“Interpolated Euro Swap Rate”** shall be calculated on the Determination Date using the straight-line interpolation by reference to two Euro Swap Rates one of which shall be the Shorter Swap Rate and the other of which shall be the Longer Swap Rate according to the following formula:

$$I = p \times \text{Shorter Swap Rate} + (1-p) \times \text{Longer Swap Rate}$$

where:

I = the Interpolated Euro Swap Rate

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date;

ML = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date Longer Swap;

MS = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date Shorter Swap.

“Longer Swap Rate” means the Euro Swap Rate with a maturity which is next closest to but longer than the period “n”.

“Maturity Date Longer Swap” means the maturity date for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Longer Swap Rate.

“Maturity Date Shorter Swap” means the maturity date for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Shorter Swap Rate.

“n” means the period of the term remaining from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date (calculated in years using the Actual/Actual Day Count Fraction and rounded to three decimal places).

“Shorter Swap Rate” means the Euro Swap Rate with a maturity which is next closest to but shorter than the period “n”.

“Spread” means -8.0 basis points.

“TARGET Business Day” means a day on which the TARGET System is open for the settlement of payments in euro.

“TARGET System” means the Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) system or any successor thereto.

“Y” means the sum of the Spread and the Interpolated Euro Swap Rate for a term of *n* years.

Neither the Trustee nor the Security Agent shall be obliged to monitor, enquire or satisfy itself as to whether any Permanent Failure or Early Redemption Event exists or has occurred. None of the Trustee, the Security Agent or any Agent shall have any obligation, responsibility or liability for giving or not giving any notice thereof to the Issuer or any Bondholder. If the Issuer gives a notice or procures that a notice is given to the Trustee or the Security Agent of the occurrence of a Permanent Failure or Early Redemption Event, each of the Trustee and the Security Agent shall be entitled to rely conclusively on such notice without further investigation and without incurring any liability for so doing.

- (c) **Default Interest:** As from (i) the Early Redemption Date (if any) or (ii) the Maturity Date, as applicable, the rate of interest payable in respect of any overdue principal of a Bond shall be a rate per annum (expressed as a percentage) equal to the Amortisation Yield.

For the purposes of this Condition 8(c), **“Amortisation Yield”** means [●] per cent..

- (d) **Purchase:** During the Repurchase Period the Issuer may only purchase Bonds in accordance with the Repurchase Commitment. Following the Repurchase Period, the Issuer may purchase Bonds in the open market or otherwise at or below market price. Any Bonds purchased by the Issuer during the Repurchase Period in accordance with the Repurchase Commitment or by the Issuer or the Guarantor pursuant to this Condition 8(d), while held by or on behalf of the Issuer, the Guarantor, the Province of Carinthia, or by a corporation, trust, fund or other person or legal entity controlled or wholly owned by the Issuer, the Guarantor or

the Province of Carinthia shall not entitle the holder to vote at any meetings or on Extraordinary Resolutions of the Bondholders and shall not be deemed to be outstanding for the purposes of calculating quorums for voting on Extraordinary Resolutions of the Bondholders or for the purposes of Condition 14(a), provided that any Bonds forming part of the collateral granted to ABBAG pursuant to the ABBAG Pledge shall remain outstanding for such purposes until their cancellation.

- (e) **Cancellation:** All Certificates representing Bonds repurchased or purchased by or on behalf of the Issuer shall be surrendered for cancellation to the Registrar and, upon surrender thereof, all such Bonds shall be cancelled forthwith. Any Certificates so surrendered for cancellation may not be reissued or resold and the obligations of the Issuer in respect of any such Bonds shall be discharged.

9 Payments

- (a) **Method of Payment:**

- (i) Payments of principal shall be made (subject to surrender of the relevant Certificates at the specified office of any Transfer Agent or of the Registrar if no further payment falls to be made in respect of the Bonds represented by such Certificates) to the person shown on the Register at the close of business on the business day before the due date for payment thereof (the “**Record Date**”). Upon application by the holder to the specified office of the Registrar or any Transfer Agent before the Record Date, such payment may be made by transfer to an account in the relevant currency maintained by the payee with a bank.
 - (ii) If the amount of principal being paid upon surrender of the relevant Certificate is less than the outstanding principal amount of such Certificate, the Registrar will annotate the Register with the amount of principal so paid and will (if so requested by the Issuer or a Bondholder) issue a new Certificate with a principal amount equal to the remaining unpaid outstanding principal amount.

- (b) **Payments subject to Laws:** All payments are subject in all cases to any applicable fiscal or other laws, regulations and directives in the place of payment. No commission or expenses shall be charged to the Bondholders in respect of such payments.
- (c) **Payment Initiation:** Where payment is to be made by transfer to an account, payment instructions (for value the due date, or if that is not a business day, for value the first following day which is a business day) will be initiated on the last day on which the Principal Paying Agent is open for business preceding the due date for payment or, in the case of payments of principal where the relevant Certificate has not been surrendered at the specified office of any Transfer Agent or of the Registrar, on a day on which the Principal Paying Agent is open for business and on which the relevant Certificate is surrendered.
- (d) **Appointment of Agents:** The Principal Paying Agent, the Registrar, and the Transfer Agents initially appointed by the Issuer and their respective specified offices are listed below. Subject as provided in the Agency Agreement, the Principal Paying Agent, the Registrar, and the Transfer Agents act solely as agents of the Issuer and do not assume any obligation or relationship of agency or trust for or

with any Bondholder. The Issuer reserves the right at any time with the prior written approval of the Trustee to vary or terminate the appointment of the Principal Paying Agent, the Registrar, or any Transfer Agent and to appoint additional or other Transfer Agents, provided that the Issuer shall at all times maintain (i) a Principal Paying Agent, (ii) a Registrar, (iii) a Transfer Agent, and (iv) such other agents as may be required by any other stock exchange on which the Bonds may be listed, in each case, as approved by the Trustee.

Notice of any such change or any change of any specified office shall promptly be given to the Bondholders.

- (e) **Delay in Payment:** Bondholders will not be entitled to any interest or other payment for any delay after the due date in receiving the amount due on a Bond if the due date is not a business day, if the Bondholder is late in surrendering or cannot surrender its Certificate (if required to do so).
- (f) **Non-Business Days:** If any date for payment in respect of any Bond is not a business day, the holder shall not be entitled to payment until the next following business day nor to any interest or other sum in respect of such postponed payment. In this Condition 9, "**business day**" means a day (other than a Saturday or a Sunday) on which banks and foreign exchange markets are open for business in the place in which the specified offices of the Registrar and the Principal Paying Agent are located and which is a TARGET Business Day.

10 Taxation

All payments by or on behalf of the Issuer in respect of the Bonds shall be made free and clear of, and without withholding or deduction for, any taxes, duties, assessments or governmental charges of whatever nature imposed, levied, collected, withheld or assessed by the Republic of Austria or any authority therein or thereof having power to tax, unless such withholding or deduction is required by law. In that event the Issuer shall pay such additional amounts as will result in receipt by the Bondholders of such amounts as would have been received by them had no such withholding or deduction been required, except that no such additional amounts shall be payable in respect of:

- (a) any Bond held by or on behalf of a holder (or between a fiduciary, settlor, beneficiary, partner, member or shareholder of, or possessor of power over, the relevant holder, if the relevant holder is an estate, trust, nominee, partnership, limited liability company or corporation) or the beneficial owner who is liable or subject to such taxes, duties, assessments or governmental charges in respect of such Bond by reason of his having a present or former connection with the Republic of Austria other than the mere holding of the Bond or where the withholding or deduction could be avoided by the holder making a declaration of non-residence or other similar claim for exemption to the appropriate authority; or
- (b) any Bond to, or to a third party on behalf of, a holder who could lawfully avoid (but has not so avoided) such deduction or withholding by complying with any certification, identification, reporting or other statutory requirements taxes, duties, assessments or governmental charges, to any tax authority in the place where the Certificate representing the Bond is presented for payment; or
- (c) any Bond in respect of which the Certificate representing it is presented for payment (where presentation is required) more than 30 days after the Relevant

Date except to the extent that the holder of it would have been entitled to such additional amounts on surrendering the Certificate representing such Bond for payment on the last day of such period of 30 days; or

- (d) any such taxes, duties, assessments or governmental charges that are lawfully imposed, levied, collected, withheld or assessed on a payment to or for the benefit of an individual pursuant to European Council Directive 2003/48/EC (as amended from time to time, including through European Council Directive 2014/48/EU) or any other directive implementing the conclusions of the ECOFIN Council meeting 26 and 27 November 2000 on the taxation of savings income or any law implementing or complying with, or introduced in order to conform to such Directive; or
- (e) any such taxes, duties, assessments or governmental charges that would have been avoided by presenting for payment, or accepting payment from, the relevant Bond to another paying agent in a member state of the European Union; or
- (f) any such taxes, duties, assessments or governmental charges payable otherwise than by deduction or withholding from payments on the Bonds; or
- (g) any such taxes, duties, assessments or governmental charges imposed on or with respect to any payment by the Issuer to the holder of a Bond if such holder is a fiduciary or partnership, limited liability company or a person other than the sole beneficial owner of the Bond to the extent that such taxes, duties, assessments or governmental charges would not have been imposed on such payment had such holder been the beneficiary, settlor, member or sole beneficial owner of the Bond; or
- (h) any such taxes, duties, assessments or governmental charges payable by reason of a change in law that becomes effective or is published more than 30 days after the relevant payment of principal or interest becomes due; or
- (i) any estate, inheritance, gift, sales, transfer, excise, personal property or other similar taxes, duties, assessments or governmental charges imposed with respect to any Bond; or
- (j) any such taxes, duties, assessments or governmental charges that are imposed or withheld pursuant to Sections 1471 through 1474 of the U.S. Internal Revenue Code of 1986, as amended (the “**Code**”), any regulations promulgated thereunder, any official interpretations thereof, any fiscal or regulatory legislation, rules or official practices adopted pursuant to an intergovernmental agreement between a non-U.S. jurisdiction and the United States with respect to the foregoing sections of the Code or any agreements (including any agreements entered into pursuant to Section 1471(b)(1) of the Code) in connection with the foregoing; or
- (k) any combination of items (a) through (j).

For the purposes of this Condition 10, “**Relevant Date**” in respect of any Bond means the date on which payment in respect of it first becomes due or (if any amount of the money payable is improperly withheld or refused) the date on which payment in full of the amount outstanding is made or (if earlier) the date seven days after that on which notice is duly given to the Bondholders that, upon further surrender of the Certificate representing such Bond being made in accordance with the Conditions, such payment will be made, provided that payment is in fact made upon such surrender.

11 Events of Default

(a) Events of Default:

Each of the following is an Event of Default with respect to the Bonds (each, an “Event of Default”):

- (i) **Non-Payment:** default is made by the Issuer or the Guarantor for more than 10 days in the payment of amounts due in respect of the Bonds or the Guarantee, respectively; or
- (ii) **Breach of Other Obligations:** default is made by the Issuer or the Guarantor in the performance of any of their respective material obligations under the Bonds, the Trust Deed, the Guarantee or the Pledge Agreement and such default is not remedied within 30 days after notice of such default shall have been given to the Issuer or the Guarantor by the Bondholders or the Trustee, provided that such default is materially prejudicial to the ability of the Issuer or the Guarantor to make payments of amounts due in respect of the Bonds or the Guarantee, respectively; or
- (iii) **Insolvency and Enforcement Proceedings:**
 - (A) the Issuer becoming bankrupt or insolvent or over-indebted in the meaning of the Austrian Insolvency Act (*Insolvenzordnung*) unless remedied within 15 days; or
 - (B) any application being filed by the Issuer to initiate insolvency proceedings or any other insolvency related court proceeding in the Republic of Austria; or
 - (C) any application being filed by any person other than the Issuer to initiate insolvency proceedings or any other insolvency related court proceeding in the Republic of Austria, unless it is either apparently fraudulent or is withdrawn within 45 days upon filing; or
 - (D) insolvency proceedings or resolution proceedings or analogous proceedings are opened over the assets of the Issuer; or
 - (E) the Issuer ceases to effect payments or publicly announces its inability to meet its financial obligations, unless remedied within two Banking Days; or
 - (F) the Issuer is wound up or otherwise dissolved or the Issuer disposes of a substantial part of its assets, unless remedied within two Banking Days; or
 - (G) a moratorium being sought or any other compromise or arrangement with any of the Issuer’s creditors being offered or entered into by the Issuer; or
 - (H) an execution or other legal process being levied or enforced (*Vollstreckungsverfahren*) upon any of the assets of the Issuer in an amount in excess of EUR 1,000,000.00 (or its equivalent determined by reference to the relevant euro exchange rate on the date of such event); or

- (iv) **Change of Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetz or Scope of Activities:** (i) the Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetz and/or the charter of the Issuer is changed and such change would materially affect the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Bonds; or (ii) the Issuer undertakes activities beyond those contemplated by or consented to or approved pursuant to Condition 7 and such activities would materially affect the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Bonds; or
- (v) **Guarantee:** the Guarantee is or is found, in a non-appealable final judgment or decision by a competent authority or court, to be, or is claimed by the Guarantor or the Issuer to be, unlawful, invalid, unenforceable or otherwise not in full force and effect and such circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance; or
- (vi) **Cross default:** any indebtedness of the Issuer exceeding EUR 25,000,000.00 (or its equivalent determined by reference to the relevant euro exchange rate on the date of such event) is not paid when due, or is declared to be or otherwise becomes due and payable prior to its specified maturity; or any creditor of the Issuer becomes entitled to declare any indebtedness of the Issuer exceeding EUR 25,000,000.00 (or its equivalent determined by reference to the relevant euro exchange rate on the date of such event) due and payable prior to its specified maturity (however described) or any commitment for any indebtedness of the Issuer is cancelled or suspended by a creditor or otherwise becomes unavailable to the Issuer and, in each case, such circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance; or
- (vii) **Conflicting governmental order, decree or enactment:** any governmental order, decree or enactment is made in or by the Republic of Austria or in any other country having jurisdiction over the Issuer and its assets whereby the Issuer is prevented from observing and performing its obligations under the Bonds and this situation is not cured within 90 days after such order, decree or enactment is made; or
- (viii) **Repudiation and rescission:** the Issuer rescinds or purports to rescind or repudiates or purports to repudiate any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) or evidences an intention to rescind or repudiate a Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) and, in each case, such circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance; or
- (ix) **Unlawfulness and invalidity:** it is or becomes unlawful for the Issuer to perform any of its obligations expressed to be binding upon it under any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (and any document in relation thereto), or any obligation of the Issuer under any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) is not or ceases to be legal, valid, binding or enforceable in accordance with their terms, or any Bond, the Trust Deed or the Pledge Agreement (or any document in relation thereto) ceases to be legal, valid, binding, enforceable or effective in accordance with its terms and, in each case, such

circumstances continue for more than 30 days after the occurrence of such circumstance.

(b) **Acceleration:**

- (i) If an Event of Default occurs and is continuing, the Trustee (subject as provided below in this Condition 11(b)) or the holders of at least 25 per cent. in principal amount of the outstanding Bonds may declare by notice in writing to the Issuer the Bonds to be due and repayable on the 10th Banking Day following such declaration at the Repurchase Price calculated by OeBFA, acting as calculation agent of the Issuer, in respect of such 10th Banking Day; provided, however, that, after such acceleration, the holders of a majority in aggregate principal amount of the outstanding Bonds may, within such 10 Banking Days period, rescind and annul such acceleration and waive the related Potential Event of Default and Event of Default (or instruct the Trustee to do so subject as provided in this Condition 11(b)) if all Events of Default have been cured or waived.
- (ii) The Trustee may at any time, at its discretion and without notice, take such steps, actions or proceedings against the Issuer as it may think fit to enforce the provisions of the Trust Deed and the Bonds, but it shall not be bound to take any such proceedings or any other step or action in relation to the Trust Deed or the Bonds (including, without limitation any action under Condition 11(a) or 11(b)(i) and any step or action consequent to any declaration of acceleration given by the holders of the Bonds pursuant to this Condition 11(b)) unless (a) subject, where applicable, to the provisions of Condition 14, it has been so directed by an Extraordinary Resolution of the holders of the Bonds or so requested in writing by the holders of at least 25 per cent. in principal amount of the Bonds then outstanding and (b) in each case, it has been indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction.
- (iii) In the event that holders of Bonds declare the Bonds to be accelerated pursuant to Condition 11(b)(i), the Trustee shall be entitled to rely on such declaration without any further investigation or liability to any party in connection therewith. Other than as provided in Condition 11(b), no holder of Bonds shall be entitled to proceed directly against the Issuer unless the Trustee, having become bound so to proceed, fails so to do within a reasonable period and the failure shall be continuing.

12 Prescription

Claims against the Issuer for payment of principal in respect of the Bonds shall be prescribed and become void unless made within 10 years from the appropriate Relevant Date.

For the purpose of this Condition 12, "**Relevant Date**" means, in respect of any Bond, whichever is the later of:

- (i) the date on which payment in respect of it first becomes due; and
- (ii) if any payment is improperly withheld or refused the date on which payment in full of the amount outstanding is made or (if earlier) the date on which notice is duly

given by the Issuer to the Bondholders in accordance with Condition 18 that, upon further presentation of the relevant Bond, where required pursuant to these Conditions, being made, such payment will be made, provided that such payment is in fact made as provided in these Conditions.

13 Replacement of Certificates

If any Certificate is lost, stolen, mutilated, defaced or destroyed, it may be replaced, subject to applicable laws, regulations or other relevant regulatory authority regulations, at the specified office of the Registrar or such other Transfer Agent as may from time to time be designated by the Issuer for that purpose and notice of whose designation is given to Bondholders, in each case on payment by the claimant of the fees and costs incurred in connection therewith and on such terms as to evidence, security, indemnity and otherwise as the Issuer may require (provided that the requirement is reasonable in light of prevailing market practice). Mutilated or defaced Certificates must be surrendered before replacements will be issued.

14 Meetings of Bondholders, Modification and Waiver

- (a) **Meetings of Bondholders:** The Trust Deed contains provisions for convening meetings of Bondholders to consider matters affecting their interests, including the sanctioning by Extraordinary Resolution of a modification of any of these Conditions or any provisions of the Trust Deed, the Pledge Agreement or the Guarantee.

Such a meeting may be convened by the Issuer, the Guarantor or the Trustee or Bondholders holding not less than 10 per cent. in principal amount of the Bonds for the time being outstanding. The quorum for any meeting convened to consider an Extraordinary Resolution will be two or more persons holding or representing a clear majority in principal amount of the Bonds for the time being outstanding, or at any adjourned meeting two or more persons being or representing Bondholders whatever the principal amount of the Bonds held or represented, unless the business of such meeting includes consideration of proposals ("**Reserved Matters**"):

- (i) to modify the maturity of the Bonds or otherwise change the date on which any amount is payable on the Bonds;
- (ii) to reduce or cancel any amount, including any overdue amount, payable on the Bonds;
- (iii) to change the method used to calculate the Repurchase Price or the requirements for the occurrence of an Early Redemption Event;
- (iv) to change the currency or place of payment of any amount payable on the Bonds;
- (v) impose any condition on or otherwise modify the Issuer's obligation to make payments on the Bonds;
- (vi) to change the Events of Default;
- (vii) to modify or cancel the Guarantee;
- (viii) to modify or cancel the Pledge Agreement;

- (ix) to change the ranking or governing law of the Bonds;
- (x) to change the courts to whose jurisdiction the Issuer has submitted or to change any immunity waived by the Issuer in relation to legal proceedings arising out of or in connection with the Bonds;
- (xi) to modify the provisions concerning the principal amount outstanding of the Bonds, the quorum required at any meeting of Bondholders or the majority required to pass an Extraordinary Resolution; or
- (xii) to change this list of Reserved Matters,

in which case the necessary quorum will be two or more persons holding or representing not less than 75 per cent., or at any adjourned meeting not less than 25 per cent., in principal amount of the Bonds for the time being outstanding. Any Extraordinary Resolution duly passed shall be binding on Bondholders (whether or not they were present at the meeting at which such resolution was passed).

The Trust Deed provides that a resolution in writing signed by or on behalf of the holders of not less than 75 per cent. in principal amount of the Bonds outstanding shall for all purposes be as valid and effective as an Extraordinary Resolution passed at a meeting of Bondholders duly convened and held. Such a resolution in writing may be contained in one document or several documents in the same form, each signed by or on behalf of one or more Bondholders.

- (b) **Modification of these Conditions, the Trust Deed, the Guarantee or the Pledge Agreement:** The Trustee may agree, without the consent of the Bondholders, to (i) any modification of any of these Conditions or any of the provisions of the Trust Deed or the Pledge Agreement, that is (in the opinion of the Trustee) of a formal, minor or technical nature or is made to correct a manifest error, and (ii) any other modification (except as mentioned in the Trust Deed), and any waiver or authorisation of any breach or proposed breach, of any of these Conditions or any of the provisions of the Trust Deed that is in the opinion of the Trustee not materially prejudicial to the interests of the Bondholders. Any such modification, authorisation or waiver shall be binding on the Bondholders and, if the Trustee so requires, such modification shall be notified to the Bondholders as soon as practicable. Pursuant to Clause 1.4 of the Guarantee any amendments of or additions to any of these Conditions or any provisions of the Trust Deed will not have any effect on the rights and obligations of the Guarantor under the Guarantee unless the Guarantor has given its prior written consent to such amendment or addition. There will be no modification of any of these Conditions or any provisions of the Trust Deed, the Guarantee or the Pledge Agreement without the prior written consent of the Issuer, the Guarantor and ABBAG.
- (c) **Entitlement of the Trustee:** In connection with the exercise of its functions (including but not limited to those referred to in this Condition) the Trustee shall have regard to the interests of the Bondholders as a class and shall not have regard to the consequences of such exercise for individual Bondholders and the Trustee shall not be entitled to require, nor shall any Bondholder be entitled to claim, from the Issuer any indemnification or payment in respect of any tax consequence of any such exercise upon individual Bondholders.

- (d) **Preclusion of the Austrian Trustee Act:** As a result of the representation of the Bondholders by the Trustee and the ability to hold Bondholder meetings in accordance with these Conditions and the Trust Deed, the application of the Austrian Trustee Act (*Gesetz vom 24. April 1874 betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte - Kuratorenengesetz*) shall be expressly precluded.

15 Enforcement

- (a) **Enforcement:** At any time after the occurrence of a Potential Enforcement Event, the Trustee may, at its discretion and without further notice, institute such proceedings or take such actions or steps against the Issuer as it may think fit to enforce the terms of the Trust Deed and/or the Bonds and/or instruct the Security Agent to take the necessary steps to enforce the Security under the Pledge Agreement in accordance with this Condition 15, but it will not take any such proceedings or any such actions or steps unless (a) it shall have been so directed by an Extraordinary Resolution or so requested in writing by Bondholders holding at least 25 per cent. in principal amount of the Bonds outstanding, and (b) it shall have been indemnified and/or secured and/or prefunded to its satisfaction. Other than as provided in Condition 11(b), no Bondholder may proceed directly against the Issuer unless the Trustee, having become bound so to proceed, fails to do so within a reasonable time and such failure is continuing.
- (b) **Trustee to Enforce Security:** At any time after the occurrence of a Potential Enforcement Event, the Trustee may at its discretion and without notice, and if directed by an Extraordinary Resolution, shall (provided, in each case, that the Trustee shall have been indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction) instruct the Security Agent to take the necessary steps to enforce the Security (such instruction, the “**Enforcement Instruction**”).
- (c) **Enforcement Notice:** Following receipt of an Enforcement Instruction but prior to taking any steps to enforce the Security, the Security Agent shall notify the Issuer in writing (such notice being an “**Enforcement Notice**”) that, subject to its having been indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction, it intends to enforce the Security unless it receives express written notice that all Secured Payment Obligations have been discharged on or before the 10th Banking Day following the date of the Enforcement Notice.
- (d) **Enforcement of Security:** If the failure to discharge all Secured Payment Obligations continues for 10 Banking Days following the giving of the Enforcement Notice (the “**Enforcement Event**”), the Security Agent shall (provided that the Security Agent shall have been indemnified and/or secured and/or pre-funded by the Issuer to its satisfaction) enforce the Security constituted by the Pledge Agreement in accordance with the terms thereof. Subject to its being indemnified and/or secured and/or pre-funded to its satisfaction, the Security Agent shall be obliged to act on the first such Enforcement Instruction received from the Trustee and shall have no liability to any person for so doing. Any proceeds realised by the Security Agent pursuant to this Condition 15(d) and the Pledge Agreement shall, upon receipt thereof, be paid directly to the Trustee who shall hold such moneys on

trust and apply such moneys in accordance with the order of priority set out in Condition 16 (*Application of Available Proceeds of Enforcement of Security*).

16 Application of Available Proceeds of Enforcement of Security

Subject to and in accordance with the terms of the Trust Deed and the Pledge Agreement, with effect from the occurrence of an Enforcement Event or at any time after the Bonds become due and payable, the Trustee or the Security Agent on its behalf will hold the Available Proceeds received by it under the Trust Deed and/or the Pledge Agreement on trust to apply them as they stand on each Application Date as follows:

- (a) first, in payment or satisfaction of (A) any fees, costs, charges, expenses and liabilities of the Trustee or any receiver in preparing and executing the trusts and carrying out its functions under the Trust Deed (including any taxes required to be paid, legal fees, the cost of realising any Security and the Trustee's remuneration) and (B) any fees, costs, charges, expenses and liability of the Security Agent under the Trust Deed and the Pledge Agreement (including any taxes required to be paid, legal fees and the Security Agent's remuneration);
- (b) secondly, *pari passu*, in payment of any fees, costs, charges, expenses and liabilities then due and payable to the Agents under the Agency Agreement;
- (c) thirdly, *pari passu*, in payment of (A) any principal due and payable following the occurrence of an Early Redemption Event, (B) any Repurchase Price then due and payable and/or (C) any Final Redemption Amount then due and payable, as applicable, and, in each case, any Default Interest accrued thereon to the holders of Bonds; and
- (d) fourthly, in payment of the Residual Amount to ABBAG and, following discharge of any indebtedness secured by the ABBAG Pledge, to the Guarantor under the Junior Guarantor Pledge and, thereafter, to the Issuer.

If the amount of moneys available to the Trustee for payment in respect of the Bonds under this Condition 16 at any time following an Enforcement Event or at any time after the Bonds become due and payable, other than where the Pledged Assets have been exhausted, amount to less than 10 per cent. of the nominal amount of the Bonds then outstanding, the Trustee shall not be obliged to make any payments under this Condition 16 and may, place such amounts on deposit as provided in the following paragraph and may retain such amounts and accumulate the resulting income until the amounts and the accumulations, together with any other funds for the time being under the Trustee's control and available for such payment, amount to at least 10 per cent. of the nominal amount of the Bonds then outstanding and then such amounts and accumulations (after deduction of, or provision for, any applicable taxes and negative interest) shall be applied as specified in this Condition 16.

Moneys held by the Trustee shall be deposited in its name in a non-interest bearing account at such bank or other financial institution as the Trustee may, in its absolute discretion, think fit. The parties acknowledge and agree that notwithstanding that such account is intended to be a non-interest bearing account in the event that the interest rate in respect of certain currencies is a negative value, the application thereof would result in amounts being debited from funds held by such bank or financial institution ("**negative interest**").

17 Indemnification of the Trustee

The Trust Deed contains provisions for the indemnification of the Trustee and for its relief from responsibility. Each of the Trustee and the Security Agent is entitled to enter into business transactions with the Issuer, the Guarantor and any entity related to the Issuer or the Guarantor without accounting for any profit.

Each of the Trustee and the Security Agent may rely without liability to Bondholders on a report, confirmation or certificate or any advice of any accountants, financial advisers, financial institution or any other expert, whether or not addressed to it and whether their liability in relation thereto is limited (by its terms or by any engagement letter relating thereto entered into by the Trustee or in any other manner) by reference to a monetary cap, methodology or otherwise. Each of the Trustee and the Security Agent may accept and shall be entitled to rely on any such report, confirmation or certificate or advice and such report, confirmation or certificate or advice shall be binding on the Issuer, the Trustee, the Security Agent and the Bondholders.

Each of the Trustee and the Security Agent is exempted from liability with respect to any loss or theft or reduction in value of the Pledged Assets and from any obligation to insure or to procure the insuring of the Pledged Assets. Neither the Trustee nor the Security Agent shall be responsible for the validity, value, sufficiency and enforceability (which neither the Trustee nor the Security Agent has investigated) of the Security. Neither the Trustee nor the Security Agent is responsible for monitoring or supervising the performance by any other person of its obligations to the Issuer and may assume these are being performed unless and until it has actual knowledge to the contrary.

None of the Trustee, the Security Agent or the Agents shall be required or obliged to monitor or enquire as to whether any event, condition or circumstance which could lead to an early redemption of the Bonds exists or has occurred and shall suffer no liability whatsoever for relying on the determination, calculation or any notice provided by or on behalf of the Issuer.

18 Notices

Notices to the holders of Bonds shall be mailed to them at their respective addresses in the Register and deemed to have been given on the fourth weekday (being a day other than a Saturday or a Sunday) after the date of mailing. Notices to the holders of Bonds shall also be given (so long as the Bonds are listed on the Frankfurt Stock Exchange and the rules of that Stock Exchange so require) in a leading newspaper having general circulation in Germany (which is expected to be the *Börsen-Zeitung*). Any such notice shall be deemed to have been given on the date of such publication or, if published more than once or on different dates, on the first date on which publication is made.

19 Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999

No person shall have any right to enforce any term or condition of the Bonds under the Contracts (Rights of Third Parties) Act 1999.

20 Governing Law and Jurisdiction

(a) **Governing Law:**

The Trust Deed, the Bonds and any non-contractual obligations arising out of or in connection with them are governed by, and shall be construed in accordance with, English law.

The Guarantee is governed by the laws of the Federal Republic of Germany without giving effect to the principles of conflict of laws thereof.

The Pledge Agreement, other than Clauses 2.2, 3.4 and 10.1.7 thereof, and all contractual or statutory rights, claims and obligations thereunder are governed by the laws of Austria excluding its conflict of law rules. Clauses 2.2, 3.4 and 10.1.7 of the Pledge Agreement and all contractual or statutory rights, claims and obligations thereunder are governed by the laws of the Federal Republic of Germany.

The Repurchase Commitment and any non-contractual obligations arising out of or in connection with it are governed by, and shall be construed in accordance with, English law.

(b) **Jurisdiction:**

The courts of England are to have jurisdiction to settle any disputes that may arise out of or in connection with the Bonds and accordingly any legal action or proceedings arising out of or in connection with any Bonds ("**Bond Proceedings**") may be brought in such courts. Pursuant to the Trust Deed, the Issuer has irrevocably submitted to the jurisdiction of such courts and, to the extent that it is legally able to do so, has irrevocably waived any immunity to which it might otherwise be entitled in proceedings brought before such courts.

The Guarantor has in the Guarantee, for the exclusive benefit of each of the Bondholders, irrevocably agreed that any action or other legal proceedings ("**Guarantee Proceedings**") arising out of or in connection with the Guarantee may be instituted in the courts of Frankfurt am Main.

To the extent that it is legally able to do so, the Guarantor has in the Guarantee irrevocably waived any immunity to which it might otherwise be entitled in proceedings brought before the courts of Frankfurt am Main and consented generally in respect of any proceedings arising out of or in connection with the Guarantee to the giving of any relief or the issue of any process in the competent courts of the Federal Republic of Germany in connection with such proceedings including, without limitation, the making, enforcement or execution against any property whatsoever (irrespective of its use or intended use except for certain minor property such as the equipment of embassies) of any judgment or court order which may be given in such proceedings.

(c) **Agent for Service of Process:**

Pursuant to the Trust Deed, the Issuer has irrevocably appointed an agent in England to receive service of process in any Proceedings in England based on the Bonds.

The Guarantor in the Guarantee appointed the Ambassador of the Republic of Austria in the Federal Republic of Germany as its authorised agent for service of

process in connection with any Guarantee Proceedings arising out of or in connection with the Guarantee before the German courts.

Annex 2
Muster eines Zahlungsverlangens aus der Garantie / Form of Payment Demand
under the Guarantee

Absender/From:

[Anleihegläubiger/Bondholder]

[Adresse/Address]

An/To:

Republik Österreich
Bundesministerium für Finanzen
Gruppe III/B
Johannesgasse 5
A-1010 Wien

**Garantie der Republik Österreich vom [●]
2016 (die „Garantie“) in Bezug auf die
EUR [●] Null-Kupon-Schuldverschreibungen
von 2016, fällig [●] (ISIN [●]) des Kärntner
Ausgleichszahlungs-Fonds (die
„Schuldverschreibungen“)**

**Guarantee of the Republic of Austria of [●]
2016 (the “Guarantee”) in respect of the
EUR [●] Zero Coupon Bonds of 2016 due [●]
(ISIN [●]) of Kärntner Ausgleichszahlungs-
Fonds (the “Bonds”)**

Zahlungsverlangen aus der Garantie

Payment Demand under the Guarantee

Wir/ich verlange(n) hiermit Zahlung aus der
Garantie in einem Betrag von

We/I herewith demand payment under the
Guarantee in an amount of

EUR _____

Meine/Unsere Berechtigung als Gläubiger der
Schuldverschreibungen wird [durch den
anliegenden tagesaktuellen Depotauszug]
[anderen Nachweis einsetzen, falls die
Schuldverschreibungen nicht mehr im
Clearingsystem gehalten werden] nachgewiesen.

My/our entitlement as a holder of the Bonds is
evidenced by the [up-to-date custody account
statement][insert other evidence if the Bonds are
no longer held in the clearing system] attached
hereto.

Datum/Date: _____

Unterschrift(en)/Signature(s): _____

Anlage(n)/Attachment(s): [Depotauszug/Custody account statement][anderer Nachweis, falls die
Bonds nicht mehr im Clearingsystem gehalten werden / other evidence if the bonds are no longer
held in the clearing system]

ANHANG G
MUSTER DES PFANDVERTRAGS

**P f a n d b e s t e l l u n g s - u n d
P f a n d v e r t r a g**

ü b e r

**K o n t o g u t h a b e n , W e r t -
p a p i e r d e p o t s , W e r t p a -
p i e r e u n d F o r d e r u n g e n**

P l e d g e A g r e e m e n t

o n

**a c c o u n t b a l a n c e s , s e -
c u r i t i e s d e p o s i t s ,
b o n d s a n d r e c e i v a b l e s**

zwischen

by and between

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Völkermarkter Ring 21-23
9020 Klagenfurt am Wörthersee

(die "Pfundbestellerin")

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Völkermarkter Ring 21-23
9020 Klagenfurt am Wörthersee

(the "Pledgor")

und

and

**ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft
des Bundes**

Renngasse 6-8/Wächtergasse 1,
1010 Wien
("ABBAG")

**ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft
des Bundes**

Renngasse 6-8/Wächtergasse 1,
1010 Wien
("ABBAG")

und

and

**Citibank, N.A., London Branch
Citigroup Centre
33 Canada Square
Canary Wharf
London
E14 5LB
Vereinigtes Königreich**

**Citibank, N.A., London Branch
Citigroup Centre
33 Canada Square
Canary Wharf
London
E14 5LB
United Kingdom**

(der "**Sicherheitentreuhänder**", gemeinsam mit ABBAG die "**Pfandgläubiger**" und jeder ein "**Pfandgläubiger**" und die Pfandgläubiger gemeinsam mit der Pfandbestellerin die "**Parteien**" und jede eine "**Partei**")

(the "**Security Agent**", and together with ABBAG the "**Pledgees**" and each of them a "**Pledgee**" and the Pledgees together with the Pledgor the "**Parties**" and each of them a "**Party**")

I N H A L T / T A B L E O F C O N T E N T S

1.	AUSLEGUNG	6
1.	INTERPRETATION.....	6
2.	VERPFÄNDUNG DES PFANDGEGENSTANDS.....	21
2.	PLEDGE OF PLEDGED COLLATERAL.....	21
3.	MODUS DER VERPFÄNDUNG	23
3.	PERFECTION OF PLEDGES	23
4.	FREILASSUNGSVERPFLICHTUNG BEI RÜCKKAUF.....	29
4.	RELEASE UPON REPURCHASE	29
5.	BESSERUNGSANSPRUCH.....	37
5.	CONTINGENT ADDITIONAL PURCHASE PRICE.....	37
6.	ZIEHUNG FINANZIERUNGS-ANSPRUCH / INVESTITION IN BUNDESANLEIHEN	38
6.	DRAWING UNDER THE FINANCING CLAIM / INVESTMENT INTO GOVERNMENT BONDS	38
7.	ZAHLUNG UNTER GARANTIE	41
7.	PAYMENT UNDER THE GUARANTEE	41
8.	VERFÜGUNGEN	42
8.	EXERCISE OF RIGHTS	42
9.	ZUSICHERUNGEN, GEWÄHRLEISTUNGEN UND VERPFLICHTUNGEN	44
9.	REPRESENTATIONS, WARRANTIES AND COVENANTS.....	44
10.	PFANDVERWERTUNG	48
10.	ENFORCEMENT OF PLEDGE	48
11.	VERTEILUNG ZWISCHEN DEN PFANDGLÄUBIGERN, HERAUSGABEVERPFLICHTUNG	52
11.	APPLICATION OF PROCEEDS, TURN OVER.....	52
12.	FREIGABEVERPFLICHTUNG.....	52
12.	RELEASE OBLIGATION	52
13.	MITTEILUNGEN	53
13.	NOTICES	53
14.	KEIN SCHLÜSSIGER VERZICHT	55
14.	NO IMPLICIT WAIVER	55
15.	VERSCHWIEGENHEITSVERPFLICHTUNG	55
15.	CONFIDENTIALITY	55
16.	SONSTIGES	56
16.	MISCELLANEOUS	56
17.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	59
17.	FINAL PROVISIONS.....	59

<p>Dieser Pfandbestellungs- und Pfandvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen (der "Verpfändungsvertrag") wird abgeschlossen am 2 September 2016 zwischen:</p>	<p>This pledge agreement on account balances, securities deposits, bonds and receivables (the "Pledge Agreement") is entered into on 2 September 2016 between:</p>
<p>(A) Kärntner Ausgleichszahlungsfonds, einem Landesfonds errichtet nach dem Kärntner Ausgleichszahlungsfonds-Gesetz (K-AFG) mit dem Sitz in Klagenfurt am Wörthersee und der Geschäftsanschrift Völkermarkter Ring 21-23, 9020 Klagenfurt am Wörthersee (die "Pfandbestellerin" oder der "Fonds");</p>	<p>(A) Kärntner Ausgleichszahlungsfonds, a fund duly incorporated and validly existing under the Act on Compensation Fund of the province of Carinthia (K-AFG) with its seat in Klagenfurt am Wörthersee and the business address at Völkermarkter Ring 21-23, 9020 Klagenfurt am Wörthersee (the "Pledgor" or the "Fund");</p>
<p>(B) ABBAG-Abbaumanagement-gesellschaft des Bundes, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach dem Recht der Republik Österreich mit dem Sitz in Wien und der Geschäftsanschrift Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter FN 421754b ("ABBAG"); und</p>	<p>(B) ABBAG-Abbaumanagement-gesellschaft des Bundes, a limited liability company duly incorporated and validly existing under the laws of Austria with its seat in Vienna and business address at Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, registered with the companies' register of the commercial court of Vienna under FN 421754b ("ABBAG"); and</p>
<p>(C) Citibank, N.A., London Branch eine nationale Vereinigung nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika, 33 Canada Square, Canary Wharf, London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich (der "Sicherheitentreuhänder", gemeinsam mit ABBAG die "Pfandgläubiger" und jeder ein "Pfandgläubiger").</p>	<p>(C) Citibank, N.A., London Branch, a national association duly incorporated and validly existing under the laws of the United States of America, 33 Canada Square, Canary Wharf, London, E14 5LB, United Kingdom, as security agent (the "Security Agent", together with ABBAG the "Pledgees" each a "Pledgee").</p>
<p>Präambel</p>	<p>Preamble</p>
<p>(A) Der Fonds wird gemäß § 2a FinStaG Angebote zum Erwerb bestimmter, von HETA begebener Schuldtitel ge-</p>	<p>(A) Pursuant to § 2a FinStaG the Fund will make offers in accordance with the conditions of the tender and ex-</p>

<p>mäß den Bedingungen der mit 6 September 2016 datierten Angebotsunterlage (<i>offer memorandum</i>, das "OM") legen. Das OM sieht vor, dass die Inhaber der angebotsrelevanten Schuldtitel diese Schuldtitel im Barangebot an den Fonds verkaufen. Alternativ sieht das OM die Wahlmöglichkeit vor, dass die angebotsrelevanten Schuldtitel gegen vom Fonds begebene Nullkupon-Anleihen (wie nachfolgend beschrieben) eingetauscht werden können ("Umtauschangebot-Schuldtitel"). Gläubiger nicht-nachrangiger Schuldtitel (Class A Holder) können ihre Schuldtitel gegen eine vom Fonds begebene und vom Bund garantierte Nullkuponanleihe deren Laufzeit zwei Bankarbeitstage vor dem Durchführungstag (<i>Settlement</i>) der Angebote wie im OM vorgesehen festgelegt wird (das "Nullkupon-Instrument") eintauschen. Gläubiger nachrangiger Schuldtitel (Class B Holder) können ihre Schuldtitel entweder im Verhältnis 2:1 in das Nullkupon-Instrument (dh zwei Klasse B Schuldtitel für ein Nullkupon-Instrument) oder im Verhältnis 1:1 in ein vom Bund begebenes unbesichertes Schulscheinanleihen eintauschen.</p>	<p>change offering memorandum dated 6 September 2016 (<i>offer memorandum</i>, the "OM") to purchase certain instruments of HETA. The OM states that the holders of offer-relevant instruments shall sell their instruments to the Fund under the cash offer. Alternatively the OM includes the option to exchange the offer-relevant instruments for zero coupon bonds (as described below) issued by the Fund ("Exchange Offer Instruments"). Holders of non-subordinated instruments (Class A Holders) can exchange their instruments for zero coupon bonds, the term of which will be determined two Banking Days before the Settlement Date as set forth in the OM and which is issued by the Fund and guaranteed by the Republic (the "Zero Coupon Bond"). Holders of subordinated instruments (Class B Holders) can exchange their instruments for either a Zero Coupon Bond at a conversion rate of 1 to 2 (ie two Class B instruments for one Zero Coupon Bond) or unsecured assignable loans issued by the Republic at a ratio of 1 to 1.</p>
<p>(B) Gemäß dem OM ist der Fonds verpflichtet, den Inhabern der Nullkupon-Instrumente ein Pfandrecht an den Umtauschangebot-Schuldtiteln zur Absicherung der Ansprüche aus dem Nullkupon-Instrument zu gewähren. Von der Verpfändung umfasst sind auch alle Eingänge auf die Schuldtitel, wobei Eingänge, die zur Bedienung des Besserungsanspruchs für Inhaber von Schuldtiteln, die das</p>	<p>(B) According to the OM the Fund is obliged to grant the holders of Zero Coupon Bonds a pledge on the Exchange Offer Instruments in order to secure claims under the Zero Coupon Bonds. The pledge shall be granted also with respect to all payments on the instruments, however, any payments necessary to fulfill the contingent additional purchase price of owners of instru-</p>

<p>Angebot gemäß § 2a FinStaG angenommen haben, erforderlich sind, aus der Pfandhaftung gemäß diesem Verpfändungsvertrag freigelassen werden. Zu diesem Zweck wird der Fonds auch die Guthaben auf dem Rückführungskonto-Umtausch zugunsten des Sicherheitentreuhänders verpfänden. Für Zwecke der Pfandbestellung wird Citibank, N.A., London Branch gemäß dem Trust Deed zum Sicherheitentreuhänder für die Inhaber der Nullkupon-Instrumente bestellt werden, die Bestimmungen des Trust Deeds gelten für den Security Agent auch im Hinblick auf die Erfüllung seiner Pflichten unter diesem Verpfändungsvertrag.</p>	<p>ments who have accepted the offer pursuant to § 2a FinStaG, shall be released from the pledge in accordance with this Pledge Agreement. The Fund will also grant a pledge over the Repayment Account Exchange to the Security Agent. For purposes of the pledge Citibank, N.A., London Branch is to be appointed as Security Agent for the holders of the Zero Coupon Bonds pursuant to and in accordance with the Trust Deed, the provisions of which shall apply to the Security Agent in respect of the performance of its duties under this Pledge Agreement.</p>
<p>(C) Der Fonds hat die Verpflichtung, binnen einer bestimmten Frist Nullkupon-Instrumente zu einem bestimmten Preis zurückzukaufen. Wenn und soweit der Fonds Nullkupon-Instrumente erwirbt, sind verpfändete Umtauschangebot-Schuldtitel vom unter diesem Verpfändungsvertrag bestellten Pfandrecht mit entsprechender Nominale vom Sicherheitentreuhänder freizulassen.</p>	<p>(C) The Fund is obliged to repurchase the Zero Coupon Bonds within a certain time for a certain price. If and to the extent to which the Fund purchases Zero Coupon Bonds, the corresponding amount of Exchange Offer Instruments shall be released by the Security Agent.</p>
<p>(D) ABBAG und der Fonds haben am 2 September 2016 eine Vereinbarung über die Durchführung von Maßnahmen nach § 2 Abs 2 Z 5 und Z 6 des ABBAG-Gesetzes abgeschlossen (die "ABBAG/Fonds-Vereinbarung"). Nach dieser ergreift die ABBAG im Rahmen ihres Unternehmensgegenstands nach § 2 Abs. 1 Z 2 ABBAG-Gesetz und nach Maßgabe ihrer Beauftragung durch den Bundesminister für Finanzen nach § 2 Abs. 2 Z 5 und Z 6 ABBAG-</p>	<p>(D) ABBAG and the Fund have concluded an agreement, dated 2 September 2016, relating to the implementation of actions pursuant to § 2 (2) No. 5 and 6 ABBAG-Act (the "ABBAG/Fund-Agreement"). Under this, ABBAG takes actions in accordance with its business purpose pursuant to § 2 (1) No. 2 ABBAG Act and in accordance with the instructions by the Federal Minister of Finance pursuant to § 2 (2) No. 5 und No. 6 ABBAG-Act against the Fund,</p>

<p>Gesetz gegenüber dem Fonds Maßnahmen, durch die die Abwicklung einer Abbaugesellschaft oder eines Rechtsträgers nach § 1 FinStaG sichergestellt wird.</p>	<p>by which wind-down of a wind-down unit or of a legal entity in the meaning of § 1 FinStaG is guaranteed.</p>
<p>(E) Im Rahmen der ABBAG-Maßnahmen stellt die ABBAG dem Fonds finanzielle Mittel zur Verfügung, damit der Fonds die von den Angeboten gemäß § 2a FinStaG erfassten Schuldtitel der HETA ASSET RESOLUTION AG ("HETA"), für die eine landesgesetzlich angeordnete Ausfallsbürgschaft des Landes Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger besteht, und die (i) nicht nachrangige oder (ii) nachrangige Verbindlichkeit der HETA begründen, erwerben, verwalten und verwerten kann, Kreditoperationen im Sinne des K-AFG durchführen kann und über die erforderlichen Mittel verfügt, um die Ausgleichszahlungen nach § 2a FinStaG vollständig zu leisten. Zu diesem Zweck ergreift die ABBAG die in Punkt 4 Abs. 6 der ABBAG/Fonds Vereinbarung genannte vorrangig rückzahlbare ABBAG-Maßnahme I und die gegenüber der ABBAG-Maßnahme I nachrangig rückzahlbare ABBAG-Maßnahme II.</p>	<p>(E) Within the scope of the ABBAG-Actions ABBAG provides the Fund with financial means necessary to purchase, manage and dispose of the instruments of HETA ASSET RESOLUTION AG ("HETA"), that are subject to the offers pursuant to § 2a FinStaG and for which there is a statutory guarantee of the province of Carinthia and the KLH-Successors and which constitutes a (i) non-subordinated or (ii) subordinated liability of HETA, to enact credit operations in accordance with K-AFG and to make compensation payments in full pursuant to § 2a FinStaG. To this end, ABBAG takes the senior repayable ABBAG-Action I and ABBAG-Action II, subordinated with regard to ABBAG-Action I, as provided for in clause 4 (6) of the ABBAG/Fund-Agreement.</p>
<p>(F) Zur Sicherstellung der Forderungen der ABBAG auf Rückzahlung gemäß der ABBAG/Fonds-Vereinbarung der dem Fonds durch die ABBAG-Maßnahmen (wie unten definiert) zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel verpflichtet sich der Fonds, an die ABBAG die Umtauschangebot-Schuldtitel zu verpfänden. Von der Verpfändung umfasst sind auch alle Eingänge auf die Schuldtitel, wobei Eingänge die zur Bedienung des Besserungsanspruchs für Inhaber von Schuldtiteln, die das Angebot</p>	<p>(F) To secure ABBAG's claims for repayment of the funds provided by means of the ABBAG-Actions (as defined below) pursuant to the ABBAG/Fund-Agreement the Fund undertakes to grant a pledge over the Exchange Offer Instruments to ABBAG. The pledge shall be granted also with respect to all payments on the instruments, however, any payments necessary to fulfill the contingent additional purchase price of owners of instruments who have accepted the offer pursuant to § 2a</p>

gemäß § 2a FinStaG angenommen haben, erforderlich sind, aus der Pfandhaftung gemäß diesem Verpfändungsvertrag freigelassen werden. Zu diesem Zweck wird der Fonds auch die Guthaben auf dem Rückführungskonto-Umtausch zugunsten der ABBAG verpfänden.	FinStaG, shall be released from the pledge in accordance with this Pledge Agreement. The Fund will also grant a pledge over the Repayment Account Exchange to ABBAG.
(G) Der Sicherheitentreuhänder, ABBAG und der Fonds sind übereingekommen, dass ABBAG ihr Pfandrecht gemäß dieser Vereinbarung erst nach vollständiger Befriedigung der Ansprüche des Sicherheitentreuhänders geltend machen kann.	(G) The Security Agent, ABBAG and the Fund agreed, that according to this Pledge Agreement ABBAG will assert its pledge after a complete satisfaction of the Security Agent's claims.
ES WIRD DAHER FOLGENDES VEREINBART:	NOW, THEREFORE, IT IS AGREED AS FOLLOWS:

1. Auslegung	1. Interpretation
1.1 Definitionen	1.1. Definitions
Die folgenden Begriffe haben die ihnen nebenstehend zugewiesene Bedeutung:	The following terms have the following meanings:
"ABBAG/Fonds-Vereinbarung" hat die Bedeutung gemäß Präambelpunkt (D).	"ABBAG/Fund-Agreement" has the meaning ascribed to it in the Preamble Clause (D).
"ABBAG-Gesetz" bedeutet das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes idgF.	"ABBAG-Act" means the Federal Act on the Establishment of a Wind-Down Management Company of the Federal Government, as amended.
"ABBAG-Maßnahme I" hat die Bedeutung die diesem Begriff in der ABBAG/Fonds-Vereinbarung gegeben wird.	"ABBAG-Action I" has the meaning ascribed to it in the ABBAG/Fund-Agreement.
"ABBAG-Maßnahme II" hat die Bedeutung die diesem Begriff in der ABBAG/Fonds-Vereinbarung	"ABBAG-Action II" has the meaning ascribed to it in the ABBAG/Fund-Agreement.

gegeben wird.		
" ABBAG-Maßnahme III " hat die Bedeutung die diesem Begriff in der ABBAG/Fonds-Vereinbarung gegeben wird.		" ABBAG-Action III " has the meaning ascribed to it in the ABBAG/Fund-Agreement.
" ABBAG-Maßnahme IV " hat die Bedeutung die diesem Begriff in der ABBAG/Fonds-Vereinbarung gegeben wird.		" ABBAG-Action IV " has the meaning ascribed to it in the ABBAG/Fund-Agreement.
" ABBAG-Maßnahmen " bedeutet ABBAG-Maßnahme I ABBAG-Maßnahme II, ABBAG-Maßnahme III und ABBAG-Maßnahme IV.		" ABBAG-Actions " means ABBAG-Action I, ABBAG-Action II, ABBAG-Action III and ABBAG-Action IV.
" ABGB " bedeutet das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch idgF.		" ABGB " means the Austrian Civil Code, as amended.
" Angepasste Nominale " bedeutet in Bezug auf ein vorrangiges Depotwertpapier die in der relevanten Zeile, Spalte "Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)" der Anlage ./4.2.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderung Class A</i>), Teil A und in Bezug auf ein nachrangiges Depotwertpapier die in der relevanten Zeile, Spalte "Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)" der Anlage ./4.3.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderungen Class B</i>), Teil A festgelegte Nominale.		" Adjusted Nominal Value " means, with respect to a senior Deposit Bond the nominal value set-out in the relevant line, column "Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)" (Adjusted determined nomination of bond unit (EUR)) of Exhibit ./4.2.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class A</i>), Part A and with respect to a subordinated Deposit Bond the nominal value set-out in the relevant line, column "Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)" (Adjusted determined nomination of bond unit (EUR)) of Exhibit ./4.3.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class B</i>), Part A.
" Anleihebedingungen " bedeutet die " <i>Terms and Conditions of the Bonds</i> " vom Durchführungstag zu denen der Fonds das Nullkupon-Instrument begeben wird.		" Bond Conditions " means the " <i>Terms and Conditions of the Bonds</i> " dated on the Settlement Date, pursuant to which the Fund will issue the Zero Coupon Bond.

<p>"Bankarbeitstag" ist jeder Tag, an dem Kreditinstitute für den allgemeinen bankgeschäftlichen Geschäftsverkehr in Wien, London und Frankfurt am Main geöffnet sind.</p>	<p>"Banking Day" means a day, on which banks are open for general banking transactions in Vienna, London and Frankfurt am Main.</p>
<p>"Banken" bedeutet die Kontoführende Bank und jede Depotführende Bank.</p>	<p>"Banks" means the Account Bank and any Deposit Bank.</p>
<p>"Besicherte Forderungen" bedeutet die Besicherten Forderungen ABBAG und die Besicherten Forderungen ST.</p>	<p>"Secured Obligations" means the Secured Obligations ABBAG and the Secured Obligations SA.</p>
<p>"Besicherte Forderungen ABBAG" bedeutet sämtliche gegenwärtig bestehenden und künftig entstehenden, bedingten oder unbedingten, fälligen oder betagten geldwerten Rechte, Ansprüche und Forderungen, die ABBAG aus oder im Zusammenhang mit der ABBAG/Fonds-Vereinbarung gegen die Pfandbestellerin zustehen oder zustehen werden und deren Gläubiger ABBAG ist, gleich ob diese auf vertraglicher oder gesetzlicher Grundlage entstehen, und einschließlich sämtlicher vertraglicher, gesetzlicher oder sonstiger Rückzahlungsansprüche aus oder in Zusammenhang mit den ABBAG-Maßnahmen.</p>	<p>"Secured Obligations ABBAG" means all present and future, actual and contingent, due or undue pecuniary rights, claims and receivables, ABBAG has or will have under or in connection with the ABBAG/Fund-Agreement against the Pledgor and the creditor of which is ABBAG, regardless whether based on contract or law and including all contractual, statutory or other claims for repayment of or in connection with the ABBAG-Actions.</p>
<p>"Besicherte Forderungen ST" bedeutet sämtliche gegenwärtig bestehenden und künftig entstehenden, bedingten oder unbedingten, fälligen oder betagten geldwerten Rechte, Ansprüche und Forderungen, die dem Sicherheitentreuhänder aus oder im Zusammenhang mit (i) dem Trust Deed oder (ii) den Parallelschuld-</p>	<p>"Secured Obligations SA" means all present and future, actual and contingent, due or undue pecuniary rights, claims and receivables, the Security Agent has or will have under or in connection with the (i) the Trust Deed or (ii) the parallel debt provisions in the Bond Conditions in each case against the Pledgor, regardless</p>

bestimmungen in den Anleihebedingungen jeweils gegen die Pfandbestellerin zustehen oder zustehen werden, gleich ob diese auf vertraglicher oder gesetzlicher Grundlage entstehen, und einschließlich sämtlicher vertraglicher, gesetzlicher oder sonstiger Rückzahlungsansprüche aus oder in Zusammenhang mit den vorerwähnten Ansprüchen aus dem Trust Deed und den Parallelschuldbestimmungen in den Anleihebedingungen.	whether based on contract or law and including all contractual, statutory or other claims for repayment of or in connection with the claims mentioned above under the Trust Deed and the parallel debt provisions in the Bond Conditions.
" BGB " bedeutet das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch idgF.	" BGB " means the German Civil Code, as amended.
" Bundesanleihe " bedeutet jede Anleihe der Republik Österreich die die Pfandbestellerin gemäß Punkt 6 erwirbt.	" Government Bond " means each bond issued by the Republic of Austria, acquired by the Pledgor in accordance with Clause 6.
" Cancellation Account " bedeutet das Euroclear Konto Nr 23520.	" Cancellation Account " means the Euroclear Account nr 23520.
" Depotführende Bank " bedeutet in Bezug auf die Umtauschangebot-Depots jedes der in Anlage ./1A (<i>Depotführende Bank und Depots</i>), Teil A genannten Kreditinstitute.	" Deposit Bank " means in connection with the Exchange Offer each financial institution listed in Exhibit ./1A (<i>Deposit Bank and Deposits</i>), Part A.
" Depotwertpapiere " bedeutet Schuldverschreibungen und sonstige verbriefte Schuldtitel, sowie jegliche Rechte oder Ansprüche im Zusammenhang mit einem der vorgenannten Aktiva, die gegenwärtig oder zukünftig auf den Umtauschangebot-Depots gehalten werden, am Durchführungstag sind diese insbesondere die in Anlage ./1D (<i>Depotwertpapiere</i>) genannten Wertpapiere.	" Deposit Bonds " means bonds and other securitized debt instruments, including all rights and claims in connection with such an asset, that are credited on the Exchange Offer Deposit from time to time, being the instruments listed in Exhibit ./1D (<i>Deposit Bonds</i>) on the Settlement Date.
" Durchführungstag " bezeichnet	" Settlement Date " means the

den Tag, an dem die Pfandbestellerin die Umtauschangebot-Schuldtitel rechtsgeschäftlich erwirbt (<i>Settlement Date</i>).	day on which the Pledgor acquires the Exchange Offer Bonds.
"Ende der Pfandhaftung" hat die Bedeutung gemäß Punkt 2.4.1.	"End of Security Period" has the meaning ascribed to it in Clause 2.4.1.
"FinStaG" bedeutet das Finanzmarktstabilitätsgesetz idgF.	"FinStaG" means the Financial Market Stability Act, as amended.
"Finanzierungs-Anspruch" bedeutet die Ansprüche der Pfandbestellerin gegen die ABBAG auf Auszahlung der ABBAG-Maßnahme I und der ABBAG-Maßnahme II mit Ausnahme jenes Teils dieser ABBAG-Maßnahmen, der zur Finanzierung der Ausgleichszahlung (wie in der ABBAG/Fonds-Vereinbarung definiert) notwendig ist.	"Financing Claim" means the Pledgor's claims against ABBAG for payment of ABBAG-Action I and ABBAG-Action II except to the extent such ABBAG-Actions are necessary for financing the compensation payment (as defined in the ABBAG/Fund-Agreement).
"Forderungen aus den Depotwertpapieren" bedeutet sämtliche mit den Depotwertpapieren verbundenen Zinsansprüche sowie andere Zahlungsansprüche (einschließlich auf Rückzahlung des Kapitals), Rechte, Forderungen und vermögensrechtliche Ansprüche, die der Pfandbestellerin in Zusammenhang mit den Depotwertpapieren zustehen, zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten und Ansprüchen.	"Claims under Deposit Bonds" means any and all interest claims as well as other payment claims (including repayment of capital), rights, receivables and other claims of the Pledgor under or in connection with the Deposit Bonds, and any and all ancillary rights and claims.
"Freizulassende Schuldtitel" bedeutet in Bezug auf eine Rückkaufs-Benachrichtigung die gemäß Punkt 4.2 und 4.3 ermittelten Schuldtitel.	"Release Instruments" means with regard to a Repurchase Notification the instruments determined pursuant to Clauses 4.2 and 4.3.
"Garantie" bedeutet die von der Republik an die Gläubiger des	"Guarantee" means the German law guarantee issued or to be is-

Nullkupon-Instruments begebene oder zu begebende Garantie unter deutschem Recht.	sued by the Republic to the holders of Zero Coupon Bonds.
"HETA" hat die Bedeutung gemäß Präambelpunkt (E).	"HETA" has the meaning ascribed to it in the Preamble Clause (E).
"K-AFG" bedeutet das Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz idgF.	"K-AFG" means the Carinthian Compensation Fund Act, as amended.
"KLH" bedeutet Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding, die auf Grundlage des Landesgesetzes, mit dem die Auflösung der Kärntner Landesholding geregelt und das Kärntner Landesholding-Gesetz aufgehoben wurde, LBGl. Nr 28/2016, aufgelöst wurde.	"KLH" means the Kärntner Lands- und Hypothekenbank-Holding, that has been resolved based on the federal act on the resolution of the Kärntner Landesholding and repeal of the Kärntner Landesholding Gesetz, LBGl. Nr 28/2016.
"KLH-Rechtsnachfolger" bedeutet (i) der Fonds "Sondervermögen Kärnten" als Gesamtrechtsnachfolger der KLH und (ii) die Anstalt "Kärntner Beteiligungsverwaltung" als Einzelrechtsnachfolger der KLH nach den Bestimmungen des § 1409 ABGB.	"KLH-Successor" means (i) the fund "Sondervermögen Kärnten", the legal successor of KLH, and (ii) "Kärntner Beteiligungsverwaltung", an institution under public law, as single legal successor of KLH pursuant to § 1409 ABGB.
"Konten" bedeutet das Rückführungskonto-Umtausch und jedes diesbezügliche Verrechnungskonto.	"Accounts" means the Repayment Account Exchange and each related Settlement Account.
"Kontoführende Bank" bedeutet in Bezug auf das Rückführungskonto-Umtausch die OeKB.	"Account Bank" means with respect to the Repayment Account Exchange OeKB.
"K-LHG" bedeutet das Kärntner Landesholding-Gesetz des Landes Kärnten idF LGBl 10/2014.	"K-LHG" means the Carinthian State-Holding Act, LGBl 10/2014, as amended.
"Nullkupon-Instrument" hat die Bedeutung gemäß Präambelpunkt (A).	"Zero Coupon Bond" has the meaning ascribed to it in Preamble Clause (A).
"Nominale Differenzbetrag"	"Nominal Value Difference"

"Nachrang" hat die Bedeutung, die diesem Begriff in Punkt 4.3.1 und Punkt 4.3.2 gegeben wird.	"Subordinated" has the meaning ascribed to it in Clause 4.3.1 and Clause 4.3.1.
"Nominale Differenzbetrag Vorrang" hat die Bedeutung, die diesem Begriff in Punkt 4.2.1 und Punkt 4.2.2 gegeben wird.	"Nominal Value Difference Senior" has the meaning ascribed to it in Clause 4.2.1 and Clause 4.2.2.
"Nominale Freizulassende Schuldtitel" bedeutet Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel und Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel.	"Nominal Value Release Instruments" means Nominal Value Senior Release Instruments and Nominal Value Subordinated Release Instruments.
"Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel" bedeutet in Bezug auf die gemäß einer Rückkaufs-Benachrichtigung auf dem Sperrdepot gutgebuchten Nullkupon-Instrumente der gemäß Anlage ./4.1.2 (<i>Berechnung Nominale Freizulassende Schuldtitel</i>) berechnete Betrag.	"Nominal Value Subordinated Release Instruments" means with respect to Zero Coupon Bonds credited to the Blocked Deposit pursuant to a Repurchase Notification the amount calculated according to Exhibit ./4.1.2 (<i>Calculation Nominal Value Release Instruments</i>).
"Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel" bedeutet in Bezug auf die gemäß einer Rückkaufs-Benachrichtigung auf dem Sperrdepot gutgebuchten Nullkupon-Instrumente der gemäß Anlage ./4.1.2 (<i>Berechnung Nominale Freizulassende Schuldtitel</i>) berechnete Betrag.	"Nominal Value Senior Release Instruments" means with respect to Zero Coupon Bonds credited to the Blocked Deposit pursuant to a Repurchase Notification the amount calculated according to Exhibit ./4.1.2 (<i>Calculation Nominal Value Release Instruments</i>).
"OeBFA" bedeutet Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H, mit Sitz in Wien und der Geschäftsadresse Seilerstätte 24, 1015 Wien, eingetragen unter FN 35060i.	"OeBFA" means the Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H (<i>Austrian Federal Financing Agency</i>) with its seat in Vienna and business address at Seilerstätte 24, 1015 Vienna, registered under FN 35060i.
"OeKB" bedeutet Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, mit Sitz in Wien und der	"OeKB" means the Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (<i>Austrian Control Bank</i>)

Geschäftsadresse Am Hof, 1010 Wien, eingetragen unter FN 85749b.	with its seat in Vienna and business address at Am Hof, 1010 Vienna, registered under FN 85749b.
" OeKB CSD " bedeutet OeKB CSD GmbH mit Sitz in Wien und der Geschäftsadresse Strauchgasse 1-3, 1010 Wien, eingetragen unter FN 428085m.	" OeKB CSD " means the OeKB CSD GmbH (<i>Central Securities Depository</i>) with its seat in Vienna and business address at Strauchgasse 1-3, 1010 Vienna, registered under FN 428085m.
" OM " hat die Bedeutung gemäß Präambelpunkt (A).	" OM " has the meaning ascribed to it in Preamble Clause (A).
" Pfandbriefbank " bedeutet Pfandbriefbank (Österreich) AG, mit Sitz in Wien und der Geschäftsadresse Brucknerstraße 8, 1040 Wien, eingetragen unter FN 422885s.	" Pfandbriefbank " means Pfandbriefbank (Österreich) AG with its seat in Vienna and business address at Brucknerstraße 8, 1040 Vienna, registered under FN 422885s.
" Pfandbrief-Forderungen " bedeutet die Forderungen der Pfandbestellerin gegenüber HETA, die die Pfandbestellerin von der Pfandbriefbank und/oder Mitgliedsinstituten der Pfandbriefbank und/oder von Gewährträgern der Mitgliedsinstitute der Pfandbriefbank im Austausch gegen Nullkupon-Instrumente erworben hat oder erwerben wird und die aufgrund von Emissionen der Pfandbriefbank als Emittentin für Rechnung der HETA entstanden sind; am Durchführungstag sind diese insbesondere unter den in Anlage ./1B (<i>Pfandbrief-Forderungen</i>) aufgeführten Instrumenten und dem PfBrStG.	" Pfandbrief-Receiveables " means the receivables of the Pledgor against HETA, which the Pledgor has purchased or will purchase from Pfandbriefbank and/or member institutions of Pfandbriefbank and/or guarantors of the member institutions of Pfandbriefbank in exchange for Zero Coupon Bonds and which arise from Pfandbriefbank's issuances as issuer for the account of HETA, being the instruments mentioned under the Exhibit ./1B (<i>Pfandbrief-Receiveables</i>) and the PfBrStG on the Settlement Date.
PfBrStG " bedeutet das Bundesgesetz über die Pfandbriefstelle der österreichischen Landeshypotheken-Banken idgF.	" PfBrStG " means the federal act on <i>Pfandbriefstelle</i> of the Austrian Landeshypotheken-Banken, as amended.

<p>"Pfandgegenstand" bedeutet sämtliche gegenwärtige und zukünftige</p>	<p>"Pledged Collateral" means any and all current and future</p>
<p>(i) Guthaben, Erträge, Zinsen und andere Beträge, die auf den Konten jeweils ausgewiesen und/oder gutgeschrieben sind, darauf anfallen, auflaufen und/oder entstehen, sowie sämtliche sonstige derzeit bestehende oder künftig erwachsende Rechte an, und Forderungen und Ansprüche aus den Konten, zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten (einschließlich Gestaltungsrechten) und Ansprüchen;</p>	<p>(i) credit, profit, interest and other amounts, which are accounted on and/or credited to the Accounts, accrue or arise thereon, as well as all other currently existing or future rights to and receivables and claims from the Accounts, together with all related ancillary rights (including rights to amend) and claims;</p>
<p>(ii) Ansprüche und Forderungen gegen die Depotführende Bank aus den Umtauschangebot-Depots, zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten (einschließlich Gestaltungsrechten), einschließlich sämtlicher auf den Umtauschangebot-Depots auflaufenden und / oder verbuchten Forderungen aus den Depotwertpapieren und dem Anspruch auf Ausfolgung der Depotwertpapiere;</p>	<p>(ii) rights and claims against the Deposit Bank under the Exchange Offer Depots, including all related ancillary rights (including rights to amend), including any and all receivables from Deposit Bonds credited to or accrued on the Exchange Offer Deposit and the right to demand release of Deposit Bonds;</p>
<p>(iii) die Depotwertpapiere, sowie sämtliche mit diesen Depotwertpapieren verbundenen Zinsansprüche sowie andere Zahlungsansprüche (einschließlich solcher auf Rückzahlung des Kapitals),</p>	<p>(iii) the Deposit Bonds, as well as any and all related interest claims and other payment claims (including those for repayment of capital), rights, claims, receivables and monetary claims and</p>

Rechte, Ansprüche, Forderungen und vermögensrechtlichen und sachenrechtlichen Ansprüche, die der Pfandbestellerin in Zusammenhang mit den Depotwertpapieren zustehen, einschließlich des Miteigentums am Sammelbestand der jeweiligen Depotwertpapiere, jeweils zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten und Ansprüchen; und	rights in rem of the Pledgor in connection with the Deposit Bonds, including the co-ownership over the collective holding of the respective Deposit Bonds, together with all related ancillary rights and claims; and
(iv) die Verpfändeten Forderungen,	(iv) the Pledged Receivables,
jedoch mit Ausnahme von Ansprüchen gegenüber dem Land Kärnten, der KLH und der KLH-Rechtsnachfolger aus Depotwertpapieren und Verpfändeten Forderungen, die ihre Grundlage in der landesgesetzlich angeordneten Haftung gemäß § 4 K-LHG und § 5 K-LHG haben (bzw gehabt haben).	except for claims against the Province of Carinthia, KLH and the KLH-Successors deriving from Deposit Bonds and Pledged Receivables and that are or have been based on the guarantee pursuant to the federal act § 4 K-LHG and § 5 K-LHG.
" Pfandrecht-D " hat die Bedeutung gemäß Punkt 2.2.1.	" Pledge-D " has the meaning ascribed to it in Clause 2.2.1.
" Pfandrecht-OE " hat die Bedeutung gemäß Punkt 2.1.1.	" Pledge-OE " has the meaning ascribed to it in Clause 2.1.1.
" Pfandrechte " hat die Bedeutung gemäß Punkt 2.2.1.	" Pledges " has the meaning ascribed to it in Clause 2.2.1.
" Republik " bedeutet die Republik Österreich (auch " Bund ").	" Republic " means the Republic of Austria (also " Federation ").
" Rückführungskonto-Rückkauf " bedeutet das Konto der Pfandbestellerin bei OeKB lautend auf KAF – Rückführungskonto-Rückkauf mit der Kontonummer IBAN AT311000031005025013, ein-	" Repayment Account Repurchase " means the Pledgor's account with OeKB in name of KAF – Rückführungskonto-Rückkauf with the account number IBAN AT311000031005025013, includ-

schließlich aller Unterkonten (Subkonten) zu diesem Konto.	ing all sub-accounts to this account.
"Rückführungskonto-Umtausch" bedeutet die folgenden Konten der Pfandbestellerin bei der OeKB, mit der Kontobezeichnung KAF - Rückführungskonto-Umtausch mit den Kontonummern IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (EUR), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (JPY) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (CHF), einschließlich aller Unterkonten (Subkonten) zu diesen Konten.	"Repayment Account Exchange" means the following accounts of the Pledgor with OeKB, all named KAF - Rückführungskonto-Umtausch with the account numbers IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (EUR), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (JPY) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (CHF), including all sub-accounts to these accounts.
"Rückkaufbestätigung" bedeutet eine Bestätigung der OeBFA über eingegangene Order über den Verkauf von Nullkupon-Instrumenten gemäß Rückkaufverpflichtungserklärung an die Pfandbestellerin während der Rückkaufsperiode.	"Repurchase Confirmation" means the confirmation by OeBFA for orders received for the sale of Zero Coupon Bond according to the Repurchase Commitment to the Pledgor during the Repurchase Period.
"Rückkauf-Depot" bedeutet das in Anlage ./1A (<i>Depotführende Bank und Depots</i>), Teil B genannte, ausschließlich an ABBAG verpfändete Wertpapierdepot.	"Repurchase Deposit" means the securities deposit accounts exclusively pledged to ABBAG, set-out in Exhibit ./1A (<i>Deposit Bank and Deposits</i>), Part B.
"Rückkaufs-Benachrichtigung" hat die Bedeutung gemäß Punkt 4.1.4.	"Repurchase Notification" has the meaning ascribed to it in Clause 4.1.4.
"Rückkaufsperiode" hat jene Bedeutung, die diesem Begriff in der Rückkaufverpflichtungserklärung gegeben wird.	"Repurchase Period" has the meaning ascribed to it in the Repurchase Commitment.
"Rückkaufverpflichtungserklärung" bedeutet die Erklärung des Fonds an die Inhaber des Nullkupon-Instruments vom 2 September 2016.	"Repurchase Commitment" means the declaration of the Fund to the holders of Zero Coupon Bond dated 2 September 2016.

<p>"Sperrdepot" bedeutet das Wertpapierdepot im Namen der Pfandbestellerin bei OeKB CSD GmbH, mit der Depotnummer 205600, das zugunsten der ABBAG gesperrt und zugunsten der ABBAG verpfändet ist.</p>	<p>"Blocked Deposit" means the securities deposit on Pledgor's behalf with OeKB CSD GmbH, deposit number 205600, blocked and pledged in favor of ABBAG.</p>
<p>"SSD-OE" bedeutet die gemäß § 2a FinStaG unter den ABBAG-Maßnahmen durch die Pfandbestellerin im Austausch gegen Nullkupon-Instrumente erworbenen Schuldscheindarlehen der HETA, die österreichischem Recht unterliegen; am Durchführungstag sind diese insbesondere die in Anlage ./1C (<i>Schuldscheindarlehen</i>) aufgeführten Schuldscheindarlehen, die österreichischem Recht unterliegen.</p>	<p>"SSD-OE" means the assignable loans issued by HETA governed by Austrian law, acquired by the Pledgor in exchange for Zero Coupon Bonds pursuant to § 2a FinStaG under ABBAG-Actions, being the promissory note loans governed by Austrian law listed in Exhibit ./1C (<i>Promissory Loan Notes</i>) on the Settlement Date.</p>
<p>"SSD-D" bedeutet die gemäß § 2a FinStaG unter den ABBAG-Maßnahmen durch die Pfandbestellerin im Austausch gegen Fonds-Anleihen erworbenen Schuldscheindarlehen der HETA, die deutschem Recht unterliegen; am Durchführungstag sind diese insbesondere die in Anlage ./1C (<i>Schuldscheindarlehen</i>) aufgeführten Schuldscheindarlehen, die deutschem Recht unterliegen.</p>	<p>"SSD-D" means the assignable loans, issued by HETA governed by German law, acquired by the Pledgor in exchange for Zero Coupon Bonds pursuant to § 2a FinStaG under ABBAG-Actions, being the promissory note loans governed by German law listed in Exhibit ./1C (<i>Promissory Loan Notes</i>) on the Settlement Date.</p>
<p>"SSD" bedeutet die SSD-OE und die SSD-D zusammen.</p>	<p>"SSD" means the SSD-OE and the SSD-D together.</p>
<p>"Stichtag" bedeutet der erste Bankarbeitstag nach Ende der Rückkaufsperiode.</p>	<p>"Relevant Date" means the first Banking Day after the end of the Repurchase Period.</p>
<p>"Stichtag Umbuchung" hat die Bedeutung gemäß Punkt 4.1.2.</p>	<p>"Cut Off Date" has the meaning ascribed to it in Clause 4.1.2.</p>
<p>"Trust Deed" bedeutet die Vereinbarung zwischen, inter alia, Ci-</p>	<p>"Trust Deed" means the deed entered into between, inter alia,</p>

<p>ticorp Trustee-Company Limited als Trustee (der "Bond Trustee"), dem Sicherheitentreuhänder und der Pfandbestellerin unter anderem über die Bestellung des Bond Trustee und des Sicherheitentreuhänders in der Fassung am oder um den Durchführungstag.</p>	<p>Citicorp Trustee-Company Limited as trustee (the "Bond Trustee"), the Security Agent, and the Pledgor regarding, among other things, the appointment of the Bond Trustee and the Security Agent, to be signed on or around the Settlement Date.</p>
<p>"UGB" bedeutet das Unternehmensgesetzbuch idgF.</p>	<p>"UGB" means the Austrian Enterprise Code, as amended.</p>
<p>"Umtauschangebot-Depot" bedeutet das in Anlage ./1A (<i>Depot-führende Bank und Depots</i>), Teil A (<i>Umtauschangebot-Depot</i>) genannte Wertpapierdepot, das von der Pfandbestellerin unterhalten wird, einschließlich der diesen Wertpapierdepots zugeordneten Verrechnungskonten.</p>	<p>"Exchange Offer Deposit" means the security deposit account mentioned in Exhibit ./1A (<i>Deposit Bank and Deposits</i>), Part A (<i>Exchange Offer Deposits</i>), maintained by the Pledgor, including the respective Settlement Accounts.</p>
<p>"Umtauschangebot-Schuldtitel" hat die Bedeutung gemäß Präambelpunkt (A).</p>	<p>"Exchange Offer Instruments" has the meaning ascribed to it in Preamble Clause (A).</p>
<p>"Verpfändete Forderungen" bedeutet die Forderungen unter den SSDs, die Pfandbrief-Forderungen, die Forderungen aus den Depotwertpapieren und der Finanzierungs-Anspruch.</p>	<p>"Pledged Receivables" means the receivables under the SSD, the Pfandbrief-Receivables, receivables arising from Deposit Bonds and the Financing Claim.</p>
<p>"Verpfändete Nachrangige Forderungen" bedeutet die Verpfändeten Forderungen gemäß Anlage ./4.3.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderungen Class B</i>), Teil B.</p>	<p>"Pledged Subordinated Receivables" means the Pledged Receivables pursuant to Exhibit ./4.3.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class B</i>), Part B.</p>
<p>"Verpfändete Schuldtitel" bedeutet die Depotwertpapiere, die Pfandbrief-Forderungen und die SSD.</p>	<p>"Pledged Debt Instruments" means the Deposit Bonds, the Pfandbrief-Receivables and the SSD.</p>
<p>"Verpfändete Vorrangige Forderungen" bedeutet die Verpfändeten Forderungen gemäß</p>	<p>"Pledged Senior Receivables" means the Pledged Receivables pursuant to Exhibit ./4.2.1 (<i>List of</i></p>

<p>Anlage ./4.2.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderungen Class A</i>), Teil B.</p>	<p><i>Deposit Bonds and Pledged Receivables Class A</i>), Part B.</p>
<p>"Verrechnungskonto" bedeutet jedes bei einer Depotführenden Bank geführte Verrechnungskonto zum Umtauschangebot-Depot, einschließlich allen Unterkonten (Subkonten) zu einem solchen Konto, insbesondere die in Anlage ./1A (<i>Depotführende Bank und Depots</i>) genannten Verrechnungskonten.</p>	<p>"Settlement Account" means any and all settlement account at any Deposit Bank for an Exchange Offer Deposit, including all sub-accounts to such account, in particular those listed in Exhibit ./1A (<i>Deposit Bank and Deposits</i>).</p>
<p>"Verwertungsfälle" bedeutet der Verwertungsfall ABBAG und der Verwertungsfall ST und "Verwertungsfall" bedeutet einer davon.</p>	<p>"Enforcement Events" means the Enforcement Event ABBAG and Enforcement Event SA and each an "Enforcement Event".</p>
<p>"Verwertungsfall ABBAG" hat die Bedeutung gemäß Punkt 10.1.2.</p>	<p>"Enforcement Event ABBAG" has the meaning ascribed to it in Clause 10.1.2.</p>
<p>"Verwertungsfall ST" hat die Bedeutung gemäß Punkt 10.1.1.</p>	<p>"Enforcement Event SA" has the meaning ascribed to it in Clause 10.1.1.</p>
<p>"Verwertender Pfandgläubiger" hat die Bedeutung gemäß Punkt 10.1.3.</p>	<p>"Enforcing Pledgee" has the meaning ascribed to it in Clause 10.1.3.</p>
<p>"Vorwoche" hat die Bedeutung gemäß Punkt 4.5.1.</p>	<p>"Preceding Week" has the meaning ascribed to it in Clause 4.5.1.</p>
<p>"Zahlstelle" bedeutet jede gemäß den Bedingungen der Depotwertpapiere oder SSD bestellte Zahlstelle.</p>	<p>"Paying Agent" means any and all paying agent appointed according to the conditions of the Deposit Bonds or SSD.</p>
<p>1.2 Auslegung von Begriffen</p>	<p>1.2. Interpretation</p>
<p>1.2.1 Verweise in diesem Verpfändungsvertrag auf Artikel, Ziffern, Punkte, Paragraphen, Anlagen oder Anhänge ohne weitere Be-</p>	<p>1.2.1. References in this Pledge Agreement to sections, numbers, clauses, articles, annexes or exhibits without further description</p>

	zeichnung gelten als Verweise auf Artikel, Ziffern, Punkte, Paragraphen, Anlagen oder Anhänge dieses Verpfändungsvertrags.		shall refer to the relevant sections, numbers, clauses, articles, annexes or exhibits of this Pledge Agreement.
1.2.2	Wann immer in diesem Verpfändungsvertrag auf eine Handlung, eine Tatsache oder eine Bedingung verwiesen wird, die eine Partei dieses Verpfändungsvertrags "garantiert", ist ein solcher Verweis als abstraktes Garantieverprechen der betreffenden Partei iSd § 880a 2. Fall ABGB zu verstehen.	1.2.2.	Any reference to an action, a fact or a condition in this Pledge Agreement, which a Party of this Pledge Agreement ensures, shall have the meaning of a guarantee in the meaning of § 880a number 2 ABGB.
1.2.3	Verweise in diesem Verpfändungsvertrag auf Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder sonstige Bestimmungen genereller Anwendbarkeit (unabhängig davon, ob in Gesetzesrang oder nicht) gelten als Verweise auf deren jeweils geltende oder wieder verlautbarte Fassung und beinhalten allfällige Nachfolgebestimmungen.	1.2.3.	References in this Pledge Agreement to laws, regulations, directives and other provisions of general applicability (irrespective of the status of force of law) shall have the meaning of the valid version and include any other successor provisions.
1.2.4	Ein Verweis auf die Pfandbestellerin oder einen Pfandgläubiger beinhaltet auch deren jeweilige Gesamtrechtsnachfolger.	1.2.4.	A reference to the Pledgor or any Pledgee includes also their legal successors.
1.2.5	Die Überschriften in diesem Verpfändungsvertrag dienen der Übersichtlichkeit und haben keinen Einfluss auf die Auslegung der jeweiligen Vertragsbestimmungen.	1.2.5.	The headings of this Pledge Agreement are inserted for convenience of reference only and are not intended to have an effect on the interpretation of the respective contractual provisions.
1.2.6	Rechte und Pflichten die den Pfandgläubigern eingeräumt oder auferlegt werden, stehen jedem Pfandgläubiger einzeln zu und treffen jeden Pfandgläubiger einzeln.	1.2.6.	All rights and obligations of the Pledgees shall be granted to and imposed on each Pledgee separately.

2.	Verpfändung des Pfandgegenstands	2.	Pledge of Pledged Collateral
2.1	Pfandversprechen nach österreichischem Recht	2.1.	Granting Clause pursuant to Austrian law
2.1.1	Die Pfandbestellerin verpfändet hiermit alle Pfandgegenstände mit Ausnahme der Forderungen aus den SSD-D als Sicherheit für die Besicherten Forderungen an die Pfandgläubiger (jedes Pfandrecht an einem der oben genannten Pfandgegenstände wird im Folgenden als " Pfandrecht-OE " bezeichnet).	2.1.1.	The Pledgor hereby pledges all Pledged Collateral except the claims under the SSD-D to the Pledgees as security for the Secured Obligations (each pledge over such Pledged Collateral a " Pledge-OE ").
2.1.2	Die Pfandgläubiger erklären die Annahme des Pfandversprechens und der gemäß Punkt 2.1.1 eingeräumten Pfandrechte-OE.	2.1.2.	The Pledgees hereby accept the granting of the pledge and the Pledges-OE granted pursuant to Clause 2.1.1.
2.2	Verpfändung nach deutschem Recht	2.2.	Granting Clause pursuant to German law
2.2.1	Die Pfandbestellerin verpfändet hiermit alle Forderungen aus den SSD-D als Sicherheit für die Besicherten Forderungen an die Pfandgläubiger (jedes Pfandrecht an den oben genannten Pfandgegenständen wird im Folgenden als " Pfandrecht-D " und zusammen mit dem Pfandrecht-OE als die " Pfandrechte " bezeichnet).	2.2.1.	The Pledgor hereby pledges all claims under the SSD-D to the Pledgees as security for the Secured Obligations (each pledge over such Pledged Collateral a " Pledge-D " and together with the Pledge-OE the " Pledges ").
2.2.2	Die Pfandgläubiger erklären hiermit die Annahme der Verpfändung gemäß Punkt 2.2.1.	2.2.2.	The Pledgees hereby accept the pledges pursuant to Clause 2.2.1.
2.3	Rang der Pfandrechte	2.3.	Ranking of the Pledges
2.3.1	Die Pfandrechte sind im ersten Rang bestellt. Die Pfandrechte der beiden Pfandgläubiger sind gleichrangig.	2.3.1.	The Pledges constitute first ranking pledges. The Pledges of the Pledgees rank equal.

<p>2.3.2 Die Gültigkeit und Durchsetzbarkeit eines der Pfandrechte ist unabhängig von der Gültigkeit und Durchsetzbarkeit der anderen Pfandrechte. Dieser Verpfändungsvertrag ist unabhängig von irgendeiner anderen Sicherheit oder Garantie, die in Zusammenhang mit irgendeiner Besicherten Forderung gegenüber einem Pfandgläubiger bestellt oder beigebracht wurde oder wird.</p>	<p>2.3.2. The validity and effect of a Pledge is independent from the validity and effect of the other Pledges. This Pledge Agreement is independent from any other collateral or guarantee granted or provided to a Pledgee for or in connection with any of the Secured Obligations.</p>
<p>2.4 Dauer der Pfandrechte</p>	<p>2.4. Term of Pledges</p>
<p>2.4.1 Die Pfandrechte bleiben, vorbehaltlich einer allfälligen Freilassung von Pfandgegenständen gemäß Punkt 4 und Punkt 5 und vorbehaltlich eines allfälligen Austausches von Pfandgegenständen gemäß Punkt 6 zugunsten des Sicherheitentreuhänders bis zum Termin der vollständigen und unanfechtbaren Erfüllung sämtlicher Besicherten Forderungen ST und zugunsten der ABBAG bis zum Termin der vollständigen und unanfechtbaren Erfüllung der Besicherten Forderungen ABBAG (das "Ende der Pfandhaftung") unbeschadet einer etwaigen Veränderung in den Eigentumsverhältnissen oder der Rechtsform der Pfandbestellerin aufrecht und unverändert bestehen.</p>	<p>2.4.1. Subject to a release, if any, of Pledged Collateral pursuant to Clauses 4 and 5 and subject to an exchange of Pledged Collateral pursuant to Clause 6, the Pledges shall remain in full force and effect vis-à-vis the Security Agent until full and irrevocable discharge of all Secured Obligations SA and vis-à-vis ABBAG until full and irrevocable discharge of all Secured Obligations ABBAG ("End of Security Period") regardless of any change in ownership or legal form of the Pledgor.</p>
<p>2.4.2 Eine Änderung, Ergänzung oder durchgreifende Neufassung der Vereinbarungen, die den Besicherten Forderungen zugrunde liegen oder eines Teils derselben führt nicht zum Erlöschen der Pfandrechte, sondern diese bleiben in den genannten Fällen bis</p>	<p>2.4.2. In case of any amendment, supplement or variation to the agreements (or any part thereof) underlying the Secured Obligations, including in case of a novation, the Pledges shall not lapse but shall remain valid until the End of Security Period. This</p>

	zum Ende der Pfandhaftung bestehen, und zwar auch im Fall einer Novation. Diese Bestimmung gilt als Erklärung des besonderen Einverständnisses gemäß § 1378 ABGB.		Clause shall serve as express consent in accordance with § 1378 ABGB.
2.4.3	Eine Zustimmung der Pfandgläubiger zur Aufhebung oder Änderung der Pfandrechte-D nach § 1276 Abs. 1 BGB wird hiermit ausdrücklich verweigert.	2.4.3.	The Pledgees hereby expressly refuse to accept revocation or amendment of the Pledges-D pursuant to § 1276 (1) BGB.
3.	Modus der Verpfändung	3.	Perfection of Pledges
	Die nachfolgenden Bestimmungen gelten nur insoweit für die Verpfändung der Pfandrechte-D, als nicht in Punkt 3.4 etwas anderes vereinbart ist.		The following provisions apply only to such extent to the pledge of the Pledges-D, as not otherwise specified in Clause 3.4.
3.1	Allgemeine Verpflichtung	3.1.	General Obligation
	Die Pfandbestellerin verpflichtet sich hiermit unbedingt und unwiderruflich, aus eigenem alle in diesem Verpfändungsvertrag angeführten sowie auf Verlangen wenigstens eines Pfandgläubigers, unverzüglich alle nach anwendbarem Recht (auch künftig) erforderlichen oder zweckmäßigen Schritte zur Bestellung, Begründung, Aufrechterhaltung und zum Schutz der Pfandrechte sowie des Rangs der Pfandrechte zu setzen. Die Pfandbestellerin wird den Pfandgläubigern binnen angemessener Frist Nachweise über die von ihr gesetzten Schritte gemäß Punkt 3.2 vorgesehenen Schritte, übermitteln und die Pfandgläubiger werden der Pfandbestellerin mitteilen, ob aus ihrer Sicht weitere Schritte zu setzen sind und diese weiteren erforderlichen		The Pledgor hereby irrevocably and unconditionally undertakes to take immediately on its own initiative all actions listed in this Pledge Agreement as well as at the request of at least one Pledgee all such actions necessary or useful from time to time pursuant to applicable laws to create, perfect, maintain and protect the pledges and the ranking thereof. The Pledgor shall provide the Pledgees within a reasonable time after taking such actions evidence of the actions provided for in Clause 3.2, and the Pledgees shall inform the Pledgor if they consider further actions necessary and specify such necessary further actions. The Pledgees reserve the right to demand in writing further necessary actions to be taken by the Pledgor.

	Schritte bestimmt bezeichnen. Den Pfandgläubigern bleibt unbenommen, von der Pfandbestellerin jederzeit schriftlich die Setzung weiterer erforderlichen Schritte zu verlangen.	
3.2	Besondere Schritte zur Begründung der Pfandrechte	3.2. Specific steps to be taken
3.2.1	Rückführungskonto-Umtausch, Umtauschangebot Depots, Depotwertpapiere und Verrechnungskonten	3.2.1. Repayment Account Exchange, Exchange Offer Depot, Deposit Bonds and Settlement Accounts
3.2.1.1	<p>Die Pfandbestellerin verpflichtet sich, unverzüglich, längstens aber binnen 3 (drei) Bankarbeitstagen ab Unterzeichnung dieses Verpfändungsvertrags und in weiterer Folge nochmals am Durchführungstag:</p> <p>(i) die Kontoführende Bank gemäß dem diesem Verpfändungsvertrag als Anlage ./3.2.1.1A (<i>Muster des Verständigungsschreibens Rückführungskonto-Umtausch</i>) angeschlossenen Schreiben von der Verpfändung der betreffenden Pfandgegenstände per Fax oder per E-Mail zu verständigen; und</p> <p>(ii) die genannte Depotführende Bank gemäß der diesem Verpfändungsvertrag als Anlage ./3.2.1.1B (<i>Muster des Verständigungsschreibens Depotführende Bank</i>) angeschlossenen Schreiben von der Verpfändung der betreffenden Pfandgegenstände per Fax oder per E-Mail zu verständigen.</p>	<p>3.2.1.1. The Pledgor hereby undertakes to immediately, but in no event later than within 3 (three) Banking Days after signing of this Pledge Agreement and in addition on the Settlement Date</p> <p>(i) notify the Account Bank about the pledge of the relevant Pledged Collateral by sending a notification letter corresponding to Exhibit ./3.2.1.1A (<i>Specimen Notification of Account Bank for Repayment Account Exchange</i>) via fax or E-Mail; and</p> <p>(ii) notify the Deposit Bank by sending a notification letter corresponding to Exhibit ./3.2.1.1B (<i>Specimen Notification of Deposit Bank</i>) of the pledge of the relevant Pledged Collateral via fax or E-Mail.</p>

<p>3.2.1.2 Die Pfandbestellerin verpflichtet sich, alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, dass die jeweilige Bank unverzüglich, längstens aber binnen 3 (drei) Bankarbeitstagen ab Zugang jedes Schreibens gemäß Punkt 3.2.1.1 dieses zur Kenntnis nimmt, entsprechend gegenzeichnet und an die Pfandgläubiger retourniert.</p>	<p>3.2.1.2. The Pledgor shall use reasonable endeavors that the respective bank acknowledges and countersigns each notification pursuant to Clause 3.2.1.1 and delivers such acknowledgement to the Pledgees immediately, but in no event later than within 3 (three) Banking Days upon receipt of each such notification.</p>
<p>3.2.2 Verpfändete Forderungen und Depotwertpapiere</p>	<p>3.2.2. Pledged Claims and Deposit Bonds</p>
<p>3.2.2.1 Die Pfandbestellerin verpflichtet sich, am Durchführungstag HETA als Drittschuldnerin des betreffenden Pfandgegenstands gemäß dem diesem Verpfändungsvertrag als Anlage ./3.2.2.1 (<i>Muster des Verständigungsschreibens HETA</i>) angeschlossenen Schreiben von der Verpfändung dieses Pfandgegenstands per Fax oder per E-Mail zu verständigen.</p>	<p>3.2.2.1. The Pledgor hereby undertakes to notify HETA, as debtor of the relevant Pledged Collateral about the pledge of this Pledged Collateral by sending a notification letter corresponding to Exhibit ./3.2.2.1 (<i>Specimen Notification HETA</i>) via fax or E-Mail on the Settlement Date.</p>
<p>3.2.2.2 Sofern nach den Bedingungen der Depotwertpapiere oder SSD Zahlungen des Emittenten (Drittschuldners) durch diesen zwingend an eine Zahlstelle zu leisten sind, verpflichtet sich die Pfandbestellerin, am Durchführungstag die jeweilige Zahlstelle gemäß dem diesem Verpfändungsvertrag als Anlage ./3.2.2.2 (<i>Muster des Verständigungsschreibens Zahlstellen</i>) angeschlossenen Schreiben von der Verpfändung des Pfandgegenstands per Fax oder per E-Mail zu verständigen und unwiderruflich anzuweisen, dass Zahlungen von der Zahlstelle ausschließlich auf das Rückführungskonto-Umtausch zu leisten sind.</p>	<p>3.2.2.2. If the terms of the Deposit Bonds or SSD provide for mandatory payment by the issuer (debtor) to a Paying Agent, the Pledgor hereby undertakes to notify the relevant Paying Agent about the pledge of the Pledged Collateral by sending a notification letter corresponding to Exhibit ./3.2.2.2 (<i>Specimen Notification of Paying Agents</i>) via fax or E-Mail on the Settlement Date and irrevocably instruct the Paying Agent, to make payments exclusively to the Repayment Account Exchange.</p>

<p>3.2.2.3 Sofern es sich bei den Depotwertpapieren um Namenspapiere, Orderpapiere oder registrierte Wertpapiere handelt, verpflichtet sich die Pfandbestellerin, unverzüglich, längstens aber binnen 3 (drei) Bankarbeitstagen nach dem Durchführungstag, sämtliche in diesem Verpfändungsvertrag beschriebenen Schritte zur wirksamen Begründung der Pfandrechte zugunsten der Pfandgläubiger zu setzen, insbesondere auf Aufforderung der Pfandgläubiger die mit diesen schriftlich (E-Mail reicht aus) abgestimmten allenfalls erforderlichen Pfandindossamente zu setzen.</p>	<p>3.2.2.3. In case any of the Deposit Bonds are personal or registered securities or order instruments, the Pledgor hereby undertakes to take all actions set out in this Pledge Agreement necessary to validly perfect the Pledges for the benefit of the Pledgees immediately, but in no event later than within 3 (three) Banking Days after the Settlement Date, in particular, upon request by the Pledgees, to affix an endorsement for pledge, agreed on in writing (E-Mail shall be sufficient) with the Pledgees, to the relevant instrument.</p>
<p>3.2.2.4 Die Pfandbestellerin verständigt hiermit ABBAG, als Schuldnerin des Finanzierungs-Anspruches, und ABBAG nimmt hiermit zur Kenntnis, dass der Finanzierungs-Anspruch gemäß dieser Vereinbarung an die Pfandgläubiger verpfändet ist.</p>	<p>3.2.2.4. The Pledgor hereby notifies ABBAG, as debtor of the Financing Claim, and ABBAG hereby acknowledges that the Financing Claim is pledged under this Pledge Agreement to the Pledgees.</p>
<p>3.2.3 Verpflichtungen im Hinblick auf sämtliche Pfandgegenstände</p>	<p>3.2.3. Obligations with regard to all Pledged Collateral</p>
<p>3.2.3.1 Die Pfandbestellerin verpflichtet sich, (i) unverzüglich, längstens aber binnen 3 (drei) Bankarbeitstagen ab Unterzeichnung dieses Verpfändungsvertrags und in weiterer Folge nochmals (ii) am Durchführungstag, die Pfandrechte gemäß anwendbarem Recht in ihren Büchern, Debitorenkonten und in allen Offene-Posten-Listen zu vermerken (Buchvermerk) und sicherzustellen, dass diese Pfandrechte für jede Person, die die Bücher der Pfandbestellerin ein- sieht, leicht ersichtlich und offen-</p>	<p>3.2.3.1. The Pledgor shall (i) without delay, and in any case not later than within 3 (three) Banking Days after signing of this Pledge Agreement and (ii) on the Settlement Date record the Pledges in its books, debtor accounts and in every list of open accounts in accordance with Austrian law so as to ensure that any person inspecting the account records easily becomes aware of the Pledges over the Pledged Collateral. The Pledgor shall include the following text in its accounts: "<i>Pledged in</i></p>

<p>kundig sind. Die Pfandbestellerin wird folgenden Buchvermerk setzen: "Verpfändet im ersten Rang an <i>ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und Citibank, N.A., London Branch</i> aufgrund Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen [Datum des Verpfändungsvertrags]. [Datum des Buchvermerks]".</p>	<p><i>first ranking to ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und Citibank, N.A., London Branch according to a first ranking pledge agreement over account balances, securities deposits, bonds and receivables [Date of Pledge Agreement]. [Date of book entry]".</i></p>
<p>3.2.3.2 Die Pfandbestellerin verpflichtet sich nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Verpfändungsvertrags, die unter Punkt 3.2 gemachten Verständigungen bis zum Ende der Pfandhaftung nicht zu widerrufen und die gemäß Punkt 3.2.3.1 gesetzten Buchvermerke bis zum Ende der Pfandhaftung nicht zu entfernen und vollumfänglich aufrecht zu erhalten.</p>	<p>3.2.3.2. Subject to the terms of this Pledge Agreement, the Pledgor undertakes not to revoke the notifications made pursuant with Clause 3.2 until the End of the Security Period and not to delete but to fully maintain the book entries pursuant to Clause 3.2.3.1 until the End of the Security Period.</p>
<p>3.2.3.3 Die Erfüllung der unter den Punkten 3.2.1 bis 3.2.3 genannten Verpflichtungen ist jedem Pfandgläubiger auf dessen Verlangen von der Pfandbestellerin nach Ablauf der entsprechenden vertraglich vorgesehenen Verständigungsfristen jederzeit unverzüglich durch Übermittlung von Kopien der jeweiligen Verständigungen und Buchvermerke nachzuweisen. Die Pfandbestellerin wird jedem Pfandgläubiger bzw. jeweils einem von einem Pfandgläubiger namhaft gemachten Dritten (z.B. Rechtsanwälte oder Wirtschaftsprüfer) binnen angemessener Frist ab Aufforderung Zugang zu ihren Büchern, Debitorenkonten, und zu allen Offene-</p>	<p>3.2.3.3. Upon request of a Pledgee and after expiry of the relevant notification periods, the Pledgor shall evidence compliance with the obligations pursuant to Clauses 3.2.1 through 3.2.3 to such Pledgee by sending copies of the relevant notifications and book entries. The Pledgor shall allow, within a reasonable time upon request, each Pledgee or one third party (e.g. lawyer or auditor) named by such Pledgee, provided it is ensured that such lawyer or auditor does not have a conflict of interest, to inspect its books, debtor accounts and list of open receivables, in order to verify that the book entries have been made.</p>

	<p>Posten-Listen ermöglichen, sodass sich diese von der Setzung der Buchvermerke gemäß Punkt 3.2.3.1 überzeugen können und sofern sichergestellt ist, dass der namhaft gemachte Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer keinerlei Interessenskonflikt hat.</p>	
3.3	Vollmacht	3.3. Power of Attorney
3.3.1	<p>Die Pfandbestellerin bevollmächtigt und beauftragt jeden Pfandgläubiger, die unter Punkt 3.2 vorgesehenen Verständigungen vorzunehmen und alle sonstigen zur Bestellung, Begründung, Aufrechterhaltung und zum Schutz der Pfandrechte sowie des Rangs der Pfandrechte rechtlich (auch zukünftig) erforderlich werdenden Schritte zu setzen. Die Pfandgläubiger werden von diesem Recht nur Gebrauch machen, wenn die Pfandbestellerin ihren Verpflichtungen gemäß Punkt 3.2 nicht vollständig oder rechtzeitig nachkommen sollte.</p>	<p>3.3.1. The Pledgor authorizes and instructs each Pledgee to make the notifications provided in Clause 3.2 and to take any and all other actions that may now or in the future be legally necessary to grant, perfect, maintain or secure the Pledges and the ranking of the Pledges. The Pledgees will only act upon such authorization and instruction if the Pledgor does not fully comply with its obligations pursuant to Clause 3.2 or does not do so in a timely manner.</p>
3.3.2	<p>Die Pfandbestellerin wird am Tag der Unterfertigung dieses Verpfändungsvertrags die als Anlage ./3.3.2 (<i>Muster der Vollmacht</i>) angeschlossenen Vollmachten in zweifacher Ausfertigung unterschreiben und jeweils ein Original an jede Pfandgläubigerin übergeben. Die Pfandbestellerin verpflichtet sich, diese Vollmachten für die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages nicht zu widerrufen.</p>	<p>3.3.2. On the day of signing of this Pledge Agreement the Pledgor shall sign the power of attorney attached hereto as Exhibit ./3.3.2 (<i>Specimen of Power of Attorney</i>) in two counterparts and hand over one original to each Pledgee. The Pledgor undertakes not to revoke these powers of attorney for the duration of this Pledge Agreement.</p>
3.4	Verpfändung der Pfandrechte-D	3.4. Pledge of Pledges-D

	<p>Abweichend von den vorhergehenden Bestimmungen in Punkt 3 über den Modus der Verpfändung gelten für die Verpfändung der Pfandrechte-D zusätzlich die nachfolgenden Bestimmungen. Wenn nicht ausdrücklich von den unter Punkt 3 vorhergehenden Bestimmungen abgewichen wird, haben diese Bestimmungen auch für die Verpfändung der Pfandrechte-D Geltung.</p>	<p>In addition to the preceding provisions in Clause 3 the following provisions shall apply to the pledge of the Pledges-D. If the following provisions do not expressly deviate from the preceding provisions in Clause 3, the preceding provisions also shall apply to the pledge of the Pledges-D.</p>
3.4.1	<p>Punkt 3.2.1 findet auf die Bestellung der Pfandrechte-D keine Anwendung.</p>	<p>3.4.1. Clause 3.2.1 shall not apply to the pledge of the Pledges-D.</p>
3.4.2	<p>Abweichend von Punkt 3.2.3.1 ist ein Buchvermerk für das Wirksamwerden der Pfandrechte-D keine Voraussetzung, dies gilt ebenfalls für alle weiteren vorhergehenden oder nachfolgenden Bestimmungen im Zusammenhang mit dem sogenannten Buchvermerk nach österreichischem Recht.</p>	<p>3.4.2. Notwithstanding Clause 3.2.3.1 the Pledges-D become effective without a book entry (<i>Buchvermerk</i>). The same applies to all other previous or following provisions with regard to the so-called book entry (<i>Buchvermerk</i>) under Austrian law.</p>
4.	<p>Freilassungsverpflichtung bei Rückkauf</p>	<p>4. Release upon repurchase</p>
4.1	<p>Rückkaufbestätigung und Rückkaufs-Benachrichtigung</p>	<p>4.1. Repurchase Confirmation and Repurchase Notification</p>
4.1.1	<p>Die Pfandbestellerin hat OeBFA anzuweisen, jede Rückkaufbestätigung am gleichen Tag, an dem die jeweilige Rückkaufbestätigung an die Pfandbestellerin übermittelt wird auch an die Pfandgläubiger zur Information zu übermitteln.</p>	<p>4.1.1. The Pledgor shall instruct OeBFA to provide the Pledgees with the respective Repurchase Confirmation on the same day, on which the Pledgor is provided with such Repurchase Confirmation for information purposes.</p>

<p>4.1.2 Während der Rückkaufsperiode wird die Pfandbestellerin oder OeBFA, im Auftrag der Pfandbestellerin, die Pfandgläubiger wöchentlich, spätestens bis Montag, 9 (neun) Uhr CET über</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Anzahl der Nullkupon-Instrumente, die am unmittelbar vorangegangenen Freitag (der "Stichtag Umbuchung") um 16:30 (sechzehn dreißig) Uhr CET auf dem Sperrdepot gebucht waren; b) die Nominale Freizulassenden Vorrangige Schuldtitel und die Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel, jeweils berechnet gemäß Anlage ./4.1.2 (<i>Berechnung Nominale Freizulassende Schuldtitel</i>) für die unter Unterpunkt (a) genannten Nullkupon-Instrumente; und c) die entsprechenden Freizulassenden Schuldtitel, samt allenfalls freizulassenden Verpfändeten Forderungen, schriftlich gemäß der Vorlage laut Anlage ./4.1.3 (<i>Muster Rückkaufs-Benachrichtigung und Kenntnisnahme</i>) (die "Rückkaufs-Benachrichtigung"), informieren. 	<p>4.1.2. The Pledgor shall or shall instruct OeBFA to inform the Pledgees, every week during the Repurchase Period, but not later than Monday, 9:00 am (nine) CET, with</p> <ul style="list-style-type: none"> a) the number of Zero Coupon Bonds, that have been credited to the Blocked Deposit on the immediately preceding Friday (the "Cut Off Date") at 4:30 pm (four thirty) CET; b) the Nominal Value Senior Release Instruments and the Nominal Value Subordinated Release Instruments, each of them calculated pursuant to Exhibit ./4.1.2 (<i>Calculation Nominal Value Release Instruments</i>) for the Zero Coupon Bonds pursuant to subclause (a); and c) the corresponding Release Instruments, including Pledged Receivables to be released, if any, <p>by sending a notification corresponding to the template in Exhibit ./4.1.3 (<i>Specimen Repurchase Notification and Acknowledgement</i>) (the "Repurchase Notification").</p>
<p>4.1.3 Die Rückkaufs-Benachrichtigung hat eine entsprechende, von der Pfandbestellerin oder von der OeBFA im Namen der Pfandbestellerin ordnungsgemäß unterfertigte Umbuchungsanweisung,</p>	<p>4.1.3. The Repurchase Notification shall include a transfer instruction to OeKB CSD, duly signed by the Pledgor or the OeBFA on behalf of the Pledgor, corresponding to the template in Exhibit ./4.1.3 (<i>Spec-</i></p>

	gemäß der Vorlage laut Anlage ./4.1.3 (<i>Muster Rückkauf-Benachrichtigung und Kenntnisnahme</i>), an OeKB CSD zu enthalten.		<i>imen Repurchase-Notification and Acknowledgement</i>).
4.1.4	Sofern es zu dem Zeitpunkt der Rückkauf-Benachrichtigung bereits eine (Rück-)Zahlung auf Depotwertpapiere gab, ist jener Teil dieser Zahlung, der prozentuell dem Anteil der freizulassenden Depotwertpapiere an allen Depotwertpapieren entspricht, ebenfalls freizulassen.	4.1.4.	If at the time of a Repurchase Agreement (re)payments have already been made with respect to Deposit Bonds, a part of such payments shall also be released that corresponds to the share the Deposit Bonds to be released represent of the total the Deposit Bonds.
4.2	Ermittlung der Freizulassenden Vorrangigen Schuldtitel	4.2.	Determining of Release Senior Instruments
4.2.1	Die Liste der vorrangigen Depotwertpapiere gemäß Anlage ./4.2.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderung Class A</i>), Teil A, ist nach der Angepassten Nominale pro Stück geordnet. Zuerst ist jenes Stück Depotwertpapier freizulassen, das am Beginn der Liste steht und dessen Angepasste Nominale der Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel entspricht oder, wenn ein solches Depotwertpapier nicht existiert, jenes Stück Depotwertpapier dessen Angepasste Nominale geringer als die Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel ist, jedoch am wenigsten von der Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel abweicht, wobei ein Differenzbetrag übrigbleibt (dieser Differenzbetrag die " Nominale Differenzbetrag Vorrang ").	4.2.1.	In the list pursuant to Exhibit ./4.2.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class A</i>), Part A, the senior Deposit Bonds are ranked according to their Adjusted Nominal Value per instrument. First, the Deposit Bond coming first in the list and with an Adjusted Nominal Value corresponding to the Nominal Value Senior Release Instrument or, if there is no such Deposit Bond, the Deposit Bond with an Adjusted Nominal Value lower than the Nominal Value Senior Release Instrument but with the lowest deviation (such deviation the " Nominal Value Difference Senior ") shall be released.
4.2.2	Wenn die Nominale Differenzbetrag Vorrang größer ist als EUR 0,- (null) ist zusätzlich jenes	4.2.2.	If the Nominal Value Difference Senior exceeds EUR 0,- (zero), the Deposit Bond coming next in

<p>Stück Depotwertpapier freizulassen, das in der Liste gemäß Anlage ./4.2.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderung Class A</i>), Teil A, an nächster Stelle steht und dessen Angepasste Nominale der Nominale Differenzbetrag Vorrang entspricht oder geringer als der Nominale Differenzbetrag Vorrang ist, jedoch am wenigsten von der Nominale Differenzbetrag Vorrang abweicht, wobei ein Differenzbetrag übrigbleibt (dieser Differenzbetrag ist dann der neue "Nominale Differenzbetrag Vorrang"). Dieser Vorgang ist solange zu wiederholen, bis (i) die Angepasste Nominale der ermittelten freizulassenden Depotwertpapiere der Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel entspricht oder (ii) die Differenz zwischen (y) der Angepassten Nominale der ermittelten freizulassenden Depotwertpapiere und (z) der Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel kleiner ist als die kleinste Angepasste Nominale eines Depotwertpapiere. Im Unterfall (ii) sind Verpfändete Vorrangige Forderungen in Höhe dieser Differenz freizulassen.</p>	<p>the list pursuant to Exhibit ./4.2.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class A</i>), Part A, and with an Adjusted Nominal Value corresponding to the Nominal Value Difference Senior or, if there is no such Deposit Bond, the Deposit Bond with an Adjusted Nominal Value lower than the Nominal Value Difference Senior but with the lowest deviation (such deviation the new "Nominal Value Difference Senior") shall be released. This process shall be repeated until (i) the Adjusted Nominal Value of all Deposit Bonds to be released equals the Nominal Value Senior Release Instruments or (ii) the deviation of (y) the Adjusted Nominal Value of the Deposit Bonds to be released from (z) the Nominal Value Senior Release Instruments is lower than the lowest Adjusted Nominal Value of a Deposit Bond. In the event of sub clause (ii), an amount of Pledged Senior Receivables equal to such the amount of such deviation shall be released.</p>
<p>4.2.3 Haben mehrere Depotwertpapiere die gleiche Angepasste Nominale so ist zuerst jenes Depotwertpapier freizulassen, das in der Liste laut Anlage ./4.2.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderung Class A</i>), Teil A, die niedrigste Ordnungsnummer aller solchen Depotwertpapiere hat.</p>	<p>4.2.3. If several Deposit Bonds have the same Adjusted Nominal Value, the Deposit Bond that ranks first pursuant to the list attached as Exhibit ./4.2.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class A</i>), Part A shall be released first.</p>
<p>4.2.4 Klarstellend wird festgehalten, dass sofern keine Depotwertpa-</p>	<p>4.2.4. For the avoidance of doubt, in case no more Deposit Bonds ex-</p>

	<p>piere mehr vorhanden sind, Verpfändete Vorrangige Forderungen in Höhe der Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel freizulassen sind. Die Pfandbestellerin oder die OeBFA im Namen der Pfandbestellerin kann die Reihenfolge, in der Verpfändete Vorrangige Forderungen freizulassen sind frei wählen.</p>	<p>ist, Pledged Senior Receivables in the amount of the Nominal Value Senior Release Instruments shall be released. The Pledgor or the OeBFA on behalf of the Pledgor may choose in its own discretion in which order Pledged Senior Receivables are released.</p>
4.3	Ermittlung der Freizulassenden Nachrangigen Schuldtitel	4.3. Determining of Release Subordinated Instruments
4.3.1	<p>Die Liste der nachrangigen Depotwertpapiere gemäß Anlage ./4.3.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderungen Class B</i>), Teil A ist nach der Angepassten Nominale pro Stück geordnet. Zuerst ist jenes Stück Depotwertpapier freizulassen, das am Beginn der Liste steht und dessen Angepasste Nominale der Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel entspricht oder, wenn ein solches Depotwertpapier nicht existiert, jenes Stück Depotwertpapier dessen Angepasste Nominale geringer als die Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel ist, jedoch am wenigsten von der Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel abweicht, wobei ein Differenzbetrag übrigbleibt (dieser Differenzbetrag die "Nominale Differenzbetrag Nachrang").</p>	<p>4.3.1. In the list pursuant to Exhibit ./4.3.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class B</i>), Part A the subordinated Deposit Bonds are ranked according to their Adjusted Nominal Value per instrument. First, the Deposit Bond coming first in the list and with an Adjusted Nominal Value corresponding to the Nominal Value Subordinated Release Instrument or, if there is no such Deposit Bond, the Deposit Bond with an Adjusted Nominal Value lower than the Nominal Value Subordinated Release Instrument but with the lowest deviation (such deviation the "Nominal Value Difference Subordinated") shall be released.</p>
4.3.2	<p>Wenn die Nominale Differenzbetrag Nachrang größer ist als EUR 0,- (null) ist zusätzlich jenes Depotwertpapier freizulassen, das in der Liste gemäß Anlage ./4.3.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und</i></p>	<p>4.3.2. If the Nominal Value Difference Subordinated exceeds EUR 0,- (zero), a Deposit Bond coming next in the list pursuant to Exhibit ./4.3.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class B</i>),</p>

<p><i>Verpfändeten Forderungen Class B</i>), Teil A an nächster Stelle steht und dessen Angepasste Nominale der Nominale Differenzbetrag Nachrang entspricht oder geringer als die Nominale Differenzbetrag Nachrang ist, jedoch am wenigsten von der Nominale Differenzbetrag Nachrang abweicht, wobei ein Differenzbetrag übrigbleibt (dieser Differenzbetrag ist dann der neue "Nominale Differenzbetrag Nachrang"). Dieser Vorgang ist solange zu wiederholen, bis (i) die Angepasste Nominale der ermittelten freizulassenden Depotwertpapiere, der Nominale Freizulassende Nachrangigen Schuldtitel entspricht oder (ii) die Differenz zwischen (y) der angepassten Nominale der ermittelten freizulassenden Depotwertpapiere und (z) der Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel kleiner ist als die kleinste Angepasste Nominale eines Depotwertpapiere. Im Unterfall (ii) sind Verpfändete Nachrangige Forderungen in Höhe dieser Differenz freizulassen.</p>	<p>Part A and with an Adjusted Nominal Value corresponding to the Nominal Value Difference Subordinated or, if there is no such Deposit Bond, the Deposit Bond with an Adjusted Nominal Value lower than the Nominal Value Difference Subordinated but with the lowest deviation (such deviation the new "Nominal Value Difference Subordinated") shall be released. This process shall be repeated until (i) the Adjusted Nominal Value of all Deposit Bonds to be released equals the Nominal Value Subordinated Release Instruments or (ii) the deviation of (y) the Adjusted Nominal Value of the Deposit Bonds to be released from (z) the Nominal Value Subordinated Release Instruments is lower than the lowest Adjusted Nominal Value of a Deposit Bond. In the event of sub clause (ii), an amount of Pledged Subordinated Receivables equal to such the amount of such deviation shall be released.</p>
<p>4.3.3 Haben mehrere Depotwertpapiere die gleiche Nominale so ist zuerst jenes Depotwertpapier freizulassen, dass in der Liste laut Anlage ./4.3.1 (<i>Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderungen Class B</i>), Teil A die niedrigste Ordnungsnummer aller solchen Depotwertpapiere hat.</p>	<p>4.3.3. If several Deposit Bonds have the same Adjusted Nominal Value, the Deposit Bond that ranks first pursuant to the list attached as Exhibit ./4.3.1 (<i>List of Deposit Bonds and Pledged Receivables Class B</i>), Part A shall be released first.</p>
<p>4.3.4 Zur Klarstellung wird festgehalten, dass sofern keine Depotwertpapiere mehr vorhanden sind, Verpfändete Nachrangige Forderungen in Höhe der Nominale</p>	<p>4.3.4. For the avoidance of doubt, in case no more Deposit Bonds exist, Pledged Subordinated Receivables in the amount of the Nominal Value Subordinated Release</p>

	Freizulassende Nachrangige Schuldtitel freizulassen sind. Die Pfandbestellerin oder die OeBFA im Namen der Pfandbestellerin kann die Reihenfolge, in der Verpfändete Nachrangige Forderungen freizulassen sind frei wählen.		Instruments shall be released. The Pledgor or the OeBFA on behalf of the Pledgor may choose in its own discretion in which order Pledged Subordinated Receivables are released.
4.3.5	Zur Klarstellung wird festgehalten, dass die Freizulassenden Schuldtitel von der Pfandbestellerin oder von OeBFA im Auftrag der Pfandbestellerin, nicht aber von den Pfandgläubigern, gemäß Punkt 4.2 und 4.3 ermittelt werden.	4.3.5.	For the avoidance of doubt, the Release Instruments shall be determined by the Pledgor or OeBFA, upon instruction of the Pledgor, pursuant to Clauses 4.2 and 4.3, not by the Pledgees.
4.3.6	Die Haftung der Pfandbestellerin für die Berechnung gemäß Punkt 4 ist auf Fälle des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit beschränkt. Keiner der Pfandgläubiger haftet für Berechnungen oder Bestimmungen die eine Partei gemäß den Bestimmungen dieses Verpfändungsvertrages anstellt.	4.3.6.	The Pledgor shall only be liable for the calculation pursuant to Clause 4 in case of intent or gross negligence. Neither of the Pledgees shall incur any liability to any person for any calculations or determinations carried out by any Party under the terms of this Pledge Agreement.
4.4	Kenntnisnahmen	4.4.	Acknowledgement
4.4.1	Aufschiebend bedingt mit der Buchung einer entsprechenden Anzahl von Nullkupon-Instrumenten auf den Cancellation Account, sind die gemäß Punkt 4.2 und Punkt 4.3 für die gesamten, in der jeweiligen Rückkauf-Benachrichtigung genannten Nullkupon-Instrumente zu bestimmenden Freizulassenden Schuldtitel hiermit vom Sicherheitentreuhänder freigelassen. Der Vollständigkeit halber wird festgehalten, dass der Sicherheitentreuhänder nicht zur Überprüfung oder zur Anstellung von Nachforschungen im Zusammenhang mit	4.4.1.	Subject to the transfer of the relevant number of Zero Coupon Bonds to the Cancellation Account the Release Instruments determined in accordance with Clause 4.2 and 4.3 for all Zero Coupon Bonds referred to in the relevant Repurchase Notification shall thereupon be released from the Pledge. For the avoidance of doubt it is stated that the Security Agent shall not monitor and shall have no obligation to investigate the transfer of the Zero Coupon Bonds to the Cancellation Account. The Pledge in favor of ABBAG shall remain valid.

	der Buchung der Nullkupon-Instrumente auf den Cancellation Account verpflichtet ist. Das Pfandrecht zugunsten der ABBAG bleibt weiterhin aufrecht.	
4.4.2	Der Sicherheitentreuhänder hat ohne Nachforschungen anzustellen und ohne dafür zu haften die Rückkaufs-Benachrichtigung bis zum Geschäftsschluss am Tag nach Erhalt der Rückkaufs-Benachrichtigung zur Kenntnisnahme ordnungsgemäß gegengefertigt an ABBAG, die Pfandbestellerin und OeKB CSD per E-mail zu übermitteln. Für den Fall, dass die Rückkaufs-Benachrichtigung vom Sicherheitentreuhänder an einem Tag empfangen wird, der kein Bankarbeitstag in London ist, hat der Sicherheitentreuhänder die Rückkaufs-Benachrichtigung bis zum Geschäftsschluss am folgenden Bankarbeitstag in London wie oben beschrieben zur Kenntnis zu nehmen.	4.4.2. The Security Agent shall without enquiry and without liability acknowledge the Repurchase-Notification by duly countersigning it and sending it to ABBAG, the Pledgor and OeKB CSD via E-mail by close of business on the Banking Day following in London its receipt of the Repurchase Notification. In the event that the Repurchase Notification is received by the Security Agent on a day which is not a Banking Day in London, the Security Agent shall acknowledge the Repurchase Notification as described above by close of business on the next following Banking Day in London.
4.5	Ausgleich	4.5. Adjustment
4.5.1	Während der Rückkaufsperiode wird die Pfandbestellerin oder OeBFA auf Anweisung der Pfandbestellerin, am letzten Bankarbeitstags jedes Monats (i) den Pfandgläubigern entsprechende Depotauszüge des Rückkauf-Depots und des Umtauschangebot-Depots, eine Aufstellung der freigelassenen und der noch verpfändeten Verpfändeten Forderungen sowie die Nominale der noch ausständigen Nullkupon-Instrumente übermitteln, (ii) auf dieser Basis berechnen, ob die bis dahin tatsächlich auf das Rück-	4.5.1. During the Repurchase Period, the Pledgor or OeBFA on behalf of the Pledgor, shall on the last Banking Day of each month (i) provide the Pledgees with account statements of the Repurchase Deposit and the Exchange Offer Deposit, an overview of the released and the still pledged Pledged Receivables as well as with the nominal value of the outstanding Zero Coupon Bonds, (ii) on this basis calculate whether the Release Instruments actually transferred to the Repurchase Deposit or otherwise released cor-

<p>kauf-Depot übertragenen oder sonst freigelassenen Freizulassenden Schuldtitel dem Nominale der tatsächlich auf den Cancellation Account gebuchten Nullkupon-Instrumenten entsprechen, berechnet gemäß Anlage ./4.1.2 (<i>Berechnung Nominale Freizulassende Schuldtitel</i>), und (iii), falls dem nicht der Fall sein sollte, die entsprechend umzubuchenden Pfandgegenstände gemäß den Punkten 4.2 und 4.3 ermitteln und den Pfandgläubigern mitteilen und den Pfandgläubigern eine schriftliche Benachrichtigung, dass eine solche Umbuchung vorgenommen werden soll schicken.</p>	<p>respond to the nominal amount of all Zero Coupon Bonds that have been transferred to the Cancellation Account, calculated in accordance with Exhibit ./4.1.2 (<i>Calculation Nominal Value Release Instruments</i>) and (iii) in case the Release Instruments do not correspond to the cancelled Zero Coupon Bonds, determine, in accordance with Clauses 4.2 and 4.3 the Pledged Collateral to be transferred and send a written notification that such transfer is required to be made to the Pledgees.</p>
<p>4.5.2 Die Pfandgläubiger werden (ohne Nachforschung und Haftung) eine allfällig vorgeschlagene Umbuchung binnen 2 (zwei) Bankarbeitstagen ab Erhalt der schriftlichen Mitteilung gemäß Punkt 4.5.1 schriftlich zur Kenntnis nehmen. Die Pfandbestellerin wird unmittelbar nach Erhalt dieser Kenntnisnahme die entsprechenden Umbuchungen gemäß Punkt 4.5.1 (iii) veranlassen.</p>	<p>4.5.2. The Pledgees shall acknowledge (without enquiry and without liability) in writing the written notification of any such proposed transfer, if any, within 2 (two) Banking Days upon receipt of the notification pursuant to Clause 4.5.1. The Pledgor shall transfer the relevant Pledged Collateral as specified in (iii) of Clause 4.5.1 immediately after receipt of such acknowledgment.</p>
<p>5. Besserungsanspruch</p>	<p>5. Contingent Additional Purchase Price</p>
<p>5.1 ABBAG, vorbehaltlich der Rückführung der ABBAG-Maßnahme I, und der Sicherheitentreuhänder lassen hiermit, die Pfandrechte an auf den Konten erliegenden Beträgen und an Bundesanleihen in Höhe der aggregierten Besserungsansprüche (wie gemäß OM bestimmt) für jene Depotwertpapiere, die am Stichtag auf dem</p>	<p>5.1. The Security Agent and, provided that the ABBAG-Action I, has been repaid, ABBAG hereby release the Pledges over any amounts credited to the Accounts and over Government Bonds in the amount of the aggregate Contingent Additional Purchase Price (as defined and determined in accordance with the OM) for all De-</p>

	Umtauschangebot-Depot gebucht waren, Zug um Zug gegen Nachweis der Berechnung der Besserungsansprüche frei und genehmigen in diesem Umfang Überweisungen vom Rückführungskonto-Umtausch.		posit Bonds credited to the Exchange Offer Deposit at the Relevant Date upon receiving evidence of the calculation of the Contingent Additional Purchase Price and consent to a transfer of such amounts from the Repayment Account Exchange.
5.2	Der gemäß Punkt 5.1 freizulassende Betrag ist von der Pfandbestellerin nach vollständiger Abwicklung der HETA zu berechnen und den Pfandgläubigern schriftlich mitzuteilen.	5.2.	The amount to be released pursuant to Clause 5.1 shall be calculated by the Pledgor after final liquidation of HETA and notified to the Pledgees in writing.
5.3	Zum Nachweis der Freilassung gemäß diesem Punkt 5 werden die Pfandgläubiger binnen 3 (drei) Bankarbeitstagen nach Erhalt der Benachrichtigung diese ordnungsgemäß gegenfertigen und an ABBAG übermitteln.	5.3.	As evidence for the release pursuant to this Clause 5 the Pledgees will countersign within 3 (three) Banking Days such notification and send it to ABBAG.
6.	Ziehung Finanzierungs-Anspruch / Investition in Bundesanleihen	6.	Drawing under the Financing Claim / Investment into Government Bonds
6.1	Ziehung Finanzierungs-Anspruch	6.1.	Drawing under the Financing Claim
6.1.1	Nach vollständiger Abwicklung des Rückkaufs gemäß der Rückkaufsverpflichtungserklärung und Überweisung aller auf dem Sperrdepot liegenden Nullkupon-Instrumente auf den Cancellation Account wird die Pfandbestellerin den Pfandgläubigern die Nominale der dann noch ausstehenden Nullkupon-Instrumente und deren aktuellen Barwert, berechnet gemäß der im OM festgelegten Formel (der " Ausstehende Barwert "), sowie den Betrag des Barwerts einer Anleihe der Republik Öster-	6.1.1.	After full implementation of the repurchase pursuant to the Repurchase Commitment and transfer of all Zero Coupon Bonds from the Blocked Deposit to the Cancellation Account the Pledgor will notify the Pledgees of the nominal value of the then outstanding Zero Coupon Bonds and their discounted value, calculated pursuant to the formula provided for in the OM as at such date (the " Outstanding Discounted Value ") and the amount of the discounted nominal value of a bond

	<p>reich bei gleicher Restlaufzeit und gleichem ausstehendem Gesamtnominale wie die Nullkupon-Instrumente schriftlich mittels Benachrichtigung gemäß Anlage ./6.1.1 (<i>Muster Ziehung Finanzierung</i>) mitteilen. Der Mitteilung ist eine Bestätigung des Registrars (wie in den Anleihebedingungen definiert) über die Ausstehende Nominale beizulegen.</p>	<p>issued by the Republic of Austria with the same maturity and the same outstanding nominal value as the Zero Coupon Bonds in writing by sending a notification corresponding to Exhibit ./6.1.1 (<i>Specimen Drawing Notice</i>). The Pledgor shall attach a confirmation of the Registrar (as defined in the Bond Conditions) confirming the Outstanding Nominal Value.</p>
6.1.2	<p>In der Mitteilung gemäß Punkt 6.1.1 wird die Pfandbestellerin den Pfandgläubigern auch den auf den Konten gutgeschriebenen Betrag mitteilen.</p>	<p>6.1.2. The notification pursuant to Clause 6.1.1 shall also include a confirmation by the Pledgor to the Pledgees of the amount standing to the credit of the Accounts.</p>
6.1.3	<p>Die Pfandgläubiger lassen hiermit alle noch vorhandenen Depot-Wertpapiere und Verpfändeten Forderungen gegen Zahlung eines EUR-Betrages, der dem Barwert einer Anleihe der Republik Österreich bei gleicher Restlaufzeit und gleichem ausstehendem Gesamtnominale wie die Nullkupon-Instrumente abzüglich eines allfälligen auf den Konten gutgeschriebenen Betrages entspricht, frei. Zum Nachweis werden die Pfandgläubiger die Mitteilung ohne Nachforschungen anzustellen und ohne dafür zu haften gemäß Punkt 6.1.1 gegenfertigen und an die Pfandbestellerin übermitteln.</p>	<p>6.1.3. The Pledgees hereby release all Deposit Bonds still credited to the Exchange Offer Deposit and all Pledged Receivables against payment of a EUR-amount corresponding to the discounted nominal value of a bond issued by the Republic of Austria with the same maturity and the same outstanding nominal value as the Zero Coupon Bonds minus any amount standing to the credit of the Accounts. As confirmation the Pledgees shall duly countersign the notification without enquiry and without liability pursuant to Clause 6.1.1 and send it to the Pledgor.</p>
6.1.4	<p>Nach Erhalt der ordnungsgemäß gegengefertigten Mitteilung wird die Pfandbestellerin den Finanzierungs-Anspruch in Höhe des Barwerts einer Anleihe der Republik Österreich bei gleicher Restlaufzeit und gleichem ausstehendem Gesamtnominale wie die Nullku-</p>	<p>6.1.4. After receipt of the duly countersigned notification, the Pledgor shall draw an amount under the Financing Claim corresponding to the discounted nominal value of a bond issued by the Republic of Austria with the same maturity and the same outstanding nomi-</p>

	pon-Instrumente abzüglich eines allfälligen auf den Konten gutgeschriebenen Betrages ziehen. Die Ziehung hat so zu erfolgen, dass die Auszahlung direkt auf das Rückführungskonto-Umtausch erfolgt.		nal value as the Zero Coupon Bonds minus any amount standing to the credit of the Accounts. The drawing shall be executed so that payment is made to the Repayment Account Exchange.
6.2	Investitionsverpflichtung der Pfandbestellerin	6.2.	Pledgor's obligation to invest
	Die Pfandbestellerin ist verpflichtet, nach Ende der Rückkaufperiode EUR-Guthaben auf dem Rückführungskonto-Umtausch binnen angemessener Frist nach deren Eingang nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Verpfändungsvertrags zum Erwerb von in EUR denominierten Anleihen der Republik Österreich nach englischem oder deutschem Recht mit gleicher Restlaufzeit und gleichem ausstehendem Gesamtnominale wie die Nullkupon-Instrumente zu verwenden.		After the termination of the Repurchase Period the Pledgor shall invest all EUR- amounts standing to the credit of the Repayment Account Exchange within a reasonable period after receipt of such amounts and in accordance with the terms of this Pledge Agreement in EUR denominated bonds issued by the Republic subject to English or German law with the same maturity and the same total nominal value as the Zero Coupons Bonds.
6.3	Aufrechterhaltung der Sicherheiten	6.3.	Maintaining of Pledge
	Die Pfandbestellerin wird sicherstellen, dass die Bundesanleihen Zug-um-Zug gegen Zahlung des Emissions- oder Kaufpreises dem Umtauschangebot-Depot gutgebracht werden und wird am Tag des Erwerbs einer Bundesanleihe in Bezug auf diese die in Punkt 3.2 vorgesehenen Schritte setzen.		The Pledgor shall ensure that the Government Bonds shall be transferred to the Exchange Offer Deposit against payment of the issue or purchase price and will take the steps set-out in Clause 3.2 on the day of acquisition of such Government Bonds.
6.4	Vorwegzustimmung	6.4.	Ex ante Consent
	Die Pfandgläubiger stimmen zu, dass auf dem Verrechnungskonto erliegende EUR-Beträge zum Ankauf von Bundesanleihen verwenden		The Pledgees hereby agree that EUR-amounts credited to the Settlement Account may be used for the acquisition of Government

	det werden soweit diese Bundesanleihen unmittelbar nach Erwerb auf das Umtauschangebots-Depot gebucht und zugunsten der Pfandgläubiger verpfändet werden.		Bonds if such Government Bonds are transferred to the Exchange Offer Deposit and pledged to the Pledgees immediately after the acquisition of such Government Bonds.
7.	Zahlung unter Garantie	7.	Payment under the Guarantee
7.1	Aufschiebend bedingt mit der Zahlung der Republik unter der Garantie gemäß den Bestimmungen der Garantie wird der gesamte Pfandgegenstand freigelassen.	7.1.	If the Republic pays under the Guarantee in accordance with the terms of the Guarantee the entire Pledged Collateral shall be released.
7.2	<p>Für den Fall, dass zum Zeitpunkt der Zahlung der Republik unter der Garantie ein Rechtsmittelverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof oder dem Europäischen Gericht hinsichtlich der Garantie anhängig ist, verpflichtet sich die Republik,</p> <p>(i) die gemäß dem vorangehenden Punkt 7.1 freigelassenen Pfandgegenstände bis zu einer endgültigen und rechtswirksamen Entscheidung in einem der oben genannten Verfahren nicht zu verwerten und treuhändig zu verwalten (allfällige Kosten einer treuhändigen Verwaltung werden aus dem Treugut beglichen); und</p> <p>(ii) sofern in der rechtskräftigen Gerichtsentscheidung ein beihilferechtlicher Verstoß hinsichtlich der Garantie festgestellt wurde, erforderlichenfalls der Verpfändung an den Sicherheitentreuhänder oder dem Wiederaufleben des Pfandrechts im entsprechenden Umfang</p>	7.2.	<p>If at the time of payment proceedings are pending before the European Court or the General Court with respect to the Guarantee, the Republic undertakes,</p> <p>(i) not to enforce against the Pledged Collateral released pursuant to Clause 7.1 and to hold such Pledged Collateral on trust until a final and enforceable decision in such a proceeding is obtained (any costs of holding the Pledged Collateral on trust shall be paid out of proceeds from the Pledged Collateral); and</p> <p>(ii) if such enforceable decision holds that the Guarantee violates state-aid provisions, to consent to the granting of the pledge or the reinstatement of the pledge, to the extent necessary, in the relevant extent, the same amount, rank and at the same terms.</p>

<p>in derselben Höhe, demselben Rang und zu denselben Bedingungen zuzustimmen.</p>	
<p>7.3 Der Garant wird die Zahlung gemäß den Bestimmungen der Garantie schriftlich bestätigen und nach Erhalt der Kopie einer SWIFT-Zahlungsbestätigung (M103) über Zahlung an den Principal Paying Agent (wie in den Anleihebedingungen definiert) wird der Sicherheitentreuhänder die Freilassung innerhalb einer angemessenen Zeit bestätigen.</p>	<p>7.3. The Guarantor shall certify in writing payment in accordance with the terms of the Guarantee and following receipt by the Security Agent of copy of the SWIFT confirmation (M103) of payment to the Principal Paying Agent (as defined in the Bond Conditions) the Security Agent shall confirm the release in writing within reasonable time.</p>
<p>8. Verfügungen</p>	<p>8. Exercise of Rights</p>
<p>8.1 Vor Eintritt eines Verwertungsfalls</p>	<p>8.1. Until an Enforcement Event</p>
<p>8.1.1 Bis zum Ende der Pfandhaftung hat die Pfandbestellerin, mit Ausnahme der in diesem Verpfändungsvertrag geregelten Fälle oder mit vorheriger schriftlicher Kenntnisnahme der Pfandgläubiger, keine Berechtigung, Abbuchungen, Zahlungen und Überweisungen von den Konten vorzunehmen oder über die Depotwertpapiere oder die Verpfändeten Forderungen zu verfügen. Die Pfandgläubiger sind hiermit unwiderruflich dazu bevollmächtigt und ermächtigt, die Banken anzuweisen, mit Ausnahme der in diesem Verpfändungsvertrag geregelten Fälle oder ohne vorherige Kenntnisnahme der Pfandgläubiger keine Abbuchungen, Zahlungen oder Überweisungen von den Konten auszuführen und keine Verfügungen über die Depotwertpapiere auszuführen.</p>	<p>8.1.1. Until the End of the Security Period the Pledgor may not, except as permitted under this Pledge Agreement or with the prior written acknowledgment by the Pledgees, make debits, payments or transfers from the Accounts or dispose of the Deposit Bonds or the Pledged Receivables. The Pledgees are hereby irrevocably authorized to instruct the Banks, except as provided for in this Pledge Agreement or with the prior acknowledgment of the Pledgees, not to perform any debit, payment or transfer from the Accounts and not to permit any disposal of the Deposit Bonds.</p>

8.1.2	Vor Eintritt eines Verwertungsfalles ist die Pfandbestellerin befugt, ihre Rechte unter dem Finanzierungs-Anspruch auszuüben, insbesondere auch Zahlung unter dem Finanzierungs-Anspruch, etwa gemäß Punkt 6.1, an sich zu verlangen.	8.1.2.	Until an Enforcement Event has occurred, the Pledgor may exercise its rights under the Financing Claims, including demand payment under the Financing Claims, as for example pursuant to clause 6.1.
8.2	Erlaubte Verfügungen	8.2.	Permitted Disposals
8.2.1	Eine Überweisung vom Verrechnungskonto auf das Rückführungskonto-Umtausch ist jederzeit, auch nach Eintritt eines Verwertungsfalles, zulässig. Eine Überweisung vom Rückführungskonto-Umtausch auf das Verrechnungskonto ist bis zum Eintritt eines Verwertungsfalles zulässig.	8.2.1.	A transfer from the Settlement Account to the Repayment Account Exchange shall always be permitted, also after the occurrence of an Enforcement Event. A transfer from the Repayment Account Exchange to the Settlement Account shall be permitted until the occurrence of an Enforcement Event.
8.2.2	ABBAG stimmt hiermit bereits jetzt jeder Übertragung von Depotwertpapieren von dem Umtauschangebot-Depot auf das Rückkauf-Depot zu und nimmt diese Übertragungen zur Kenntnis.	8.2.2.	ABBAG hereby acknowledges and consents to all transfers of Deposit Bonds from the Exchange Offer Deposit to the Repurchase Deposit.
8.2.3	Überweisungen von einem Rückführungskonto-Umtausch auf ein anderes Rückführungskonto-Umtausch sind bis zum Eintritt eines Verwertungsfalles zulässig.	8.2.3.	Transfers from one Repayment Account Exchange to another Repayment Account Exchange shall be permitted until the occurrence of an Enforcement Event
8.2.4	Bei Fälligkeit eines Nullkupon-Instruments ist die Pfandbestellerin berechtigt, jenen Teil des gesamten Pfandgegenstands der aus Kontoguthaben oder Bundesanleihen besteht zur Bedienung (im Fall von Bundesanleihen, nach deren Veräußerung) dieses Nullkupon-Instruments zu verwenden, der dem Anteil dieses Null-	8.2.4.	If a Zero Coupon Bond becomes due and payable the Pledgor may use the part of the entire Pledged Collateral consisting of account balances and Government Bond, that corresponds to the share of such Zero Coupon Bond of all outstanding Zero Coupon Bonds at the relevant point in time, in order to repay (in case of Govern-

	<p>kupon-Instruments an allen zu diesem Zeitpunkt ausstehenden Nullkupon-Instrumente entspricht. Die Pfandgläubiger werden eine entsprechende Kenntnisnahme binnen 4 (vier) Bankarbeitstagen ab schriftlicher Aufforderung durch die Pfandbestellerin unterfertigen und an die Pfandbestellerin übermitteln.</p>	<p>ment Bonds after the sale thereof) such Zero Coupon Bond. The Pledgees will sign and return a corresponding acknowledgement within not more than 4 (four) Banking Days upon written request by the Pledgee.</p>
8.3	Nach Eintritt eines Verwertungs-falls	8.3. After occurrence of an Enforcement Event
8.3.1	<p>Nach Eintritt eines Verwertungs-falls sind nach Maßgabe von Punkt 10 die jeweiligen Guthaben auf den Konten unverzüglich an (i) den Sicherheitentreuhänder auf ein von dem Sicherheitentreuhänder bekanntzugebendes Konto oder (ii), nach vollständiger Befriedigung der Besicherten Forderungen ST, an die ABBAG auf ein von der ABBAG bekanntzugebendes Konto zu überweisen sowie, falls anwendbar, sämtliche Erträge aus den Pfandgegenständen einzuziehen und gemäß Punkt 10 zu verwenden.</p>	<p>8.3.1. After the occurrence of an Enforcement Event and taking into account Clause 10 any amounts standing to the credit of the Accounts shall be immediately transferred to (i) the Security Agent to an account specified by the Security Agent or (ii), after repayment of all Secured Obligations SA to ABBAG to an account specified by ABBAG and, if applicable, any proceeds from the Pledged Collateral shall be collected and used in accordance with Clause 10.</p>
8.3.2	<p>Bis zu einer Auszahlung, Überweisung oder, falls anwendbar, Einziehung, Aufrechnung, Aneignung oder Verwendung an Zahlungen statt werden die Pfandgegenstände von der Pfandbestellerin treuhändig zugunsten der Pfandgläubiger gehalten und sind von anderen Vermögenswerten der Pfandbestellerin zu trennen.</p>	<p>8.3.2. Until pay-out, transfer or, if applicable, collection, set-off, appropriation or the use in lieu of payment the Pledgor shall hold the Pledged Collateral in trust for the benefit of the Pledgees and shall separate such Pledged Collateral from other assets of the Pledgor.</p>
9.	Zusicherungen, Gewährleistungen und Verpflichtungen	9. Representations, Warranties and Covenants
9.1	Zusicherungen und Gewährleis-	9.1. Representations and Warranties

tungen		
Die Pfandbestellerin leistet Gewähr, dass:		The Pledgor represents and warrants, that:
9.1.1 der Abschluss dieses Verpfändungsvertrags, die Erfüllung der diesbezüglichen Verpflichtungen durch die Pfandbestellerin und eine allfällige Verwertung der Pfandrechte zu keiner Verletzung des K-AFG oder sonst auf den Fonds anwendbarer Rechtsvorschriften führt und unter Berücksichtigung von Punkt 9.1.2 auch keine Verletzung gemäß irgendeinem Vertrag bedeutet, durch den die Pfandbestellerin gebunden ist;		9.1.1. the entering into this Pledge Agreement, the fulfillment of the relevant obligations by the Pledgor and the enforcement, if any, of the Pledges do not violate the K-AFG or any other law applicable to the Pledgor and does, subject to Clause 9.1.2, not violate any agreement binding upon the Pledgor;
9.1.2 sie den Pfandgegenstand in ihrem alleinigen, rechtmäßigen, unbeschränkten und (mit Ausnahme der Pfandrechte aufgrund dieses Verpfändungsvertrags, mit Ausnahme allfälliger Rechte von Clearing- und Settlementssystemen und mit Ausnahme von allfälligen gegenüber den Rechten der Pfandgläubiger nachrangigen Pfandrechten zugunsten der ABBAG und/oder der Republik und Rechten und Ansprüchen des Bond Trustee und des Security Agent aus dem Trust Deed) unbelasteten Eigentum halten wird, sofern ihr der Pfandgegenstand am Durchführungstag frei von Rechten Dritter in ihr Eigentum übertragen wird;		9.1.2. the Pledgor will be the sole, lawful, unrestricted and unencumbered owner of the Pledged Collateral (subject to the Pledges pursuant to this Pledge Agreement, any rights of clearing- and settlement systems and with regard to the rights of the Pledgees subordinated pledges for the benefit of ABBAG and/or the Republic and subject to any rights or claims the Bond Trustee and the Security Agent may have under the Trust Deed), provided that the Pledged Collateral is transferred to it on the Settlement Date free and clear of any rights of third parties;
9.1.3 sie keine Maßnahmen gesetzt hat oder setzen wird, durch die am Tag des Erwerbs eines Pfandgegenstands eine Einräumung von Pfandrechten im ersten Rang an diesem Pfandgegenstand zugunsten der Pfandgläubiger wie gemäß		9.1.3. on the day of the acquisition of the Pledged Collateral it has not taken and thereafter it will not take actions that may prevent the granting of a first ranking pledge over the Pledged Collateral to the Pledgees pursuant to the terms of

	den Bestimmungen dieses Verpfändungsvertrags vorgesehen, verhindert wird; und		this Pledge Agreement; and
9.1.4	die Pfandbestellerin auf gemeinsames schriftliches Verlangen der Pfandgläubiger und deren Kosten hinsichtlich der Verpfändeten Schuldtitel gegenüber HETA alle Maßnahmen setzen wird, einschließlich Rechtsbehelfe ergreifen, Rechtsmittel erheben und allfällige Stimmrechte ausüben wird, die für den Wert der Sicherheitenrechte wesentlich sind.	9.1.4.	upon a joint written request of both Pledgees and at their costs, the Pledgor will take all actions, including legal measures, appeals and the exercise of voting rights, with regard to the Pledged Debt Instruments, that may be material to the value of the security rights.
9.2	Verpflichtungen	9.2.	Covenants
	Bis zum Ende der Pfandhaftung ist es der Pfandbestellerin untersagt:		Until the End of the Security Period the Pledgor shall not:
9.2.1	den Pfandgegenstand (zur Gänze oder in Teilen) ohne die vorherige schriftliche Kenntnisnahme der Pfandgläubiger abzutreten, zu übertragen oder zu belasten, auch keine nachrangigen Pfand- oder Sicherungsrechte, Treuhand-schaften oder Fruchtgenussrechte an dem Pfandgegenstand (mit Ausnahme von allfälligen gegenüber den Rechten der Pfandgläubiger nachrangigen Pfandrechten zugunsten der ABBAG und/oder der Republik) oder Teilen desselben zu begründen oder sonst über den Pfandgegenstand zu verfügen, es sei denn, in Übereinstimmung mit diesem Verpfändungsvertrag;	9.2.1.	without the prior written acknowledgment of the Pledgees transfer, assign or encumber the Pledged Collateral (in whole or in part), grant any subordinated pledges or security rights, trusts or usufruct rights with regard to the Pledged Collateral or parts thereof (except with regard to the rights of the Pledgees subordinated pledges for the benefit of ABBAG and/or the Republic) or otherwise dispose over the Pledged Collateral, except in accordance with this Pledge Agreement;
9.2.2	außer den in diesem Verpfändungsvertrag vorgesehenen Fällen, ohne die vorherige schriftliche Kenntnisnahme der Pfandgläubiger Maßnahmen oder Hand-	9.2.2.	take any actions or measures or allow any actions or measures to be taken that may impair the Pledges, the value of the Pledged Collateral or their validity, except

	lungen zu setzen oder zu gestatten, durch die die Pfandrechte oder der Wert des Pfandgegenstandes geschmälert oder ihre Gültigkeit beeinträchtigt werden könnte; und		in accordance with this Pledge Agreement or with the prior written acknowledgement of the Pledgees; and
9.2.3	weder die Konten noch das Umtauschangebots-Depot zu schließen.	9.2.3.	not to close the Accounts or the Exchange Offer Deposit
9.3	Nachtrags- und Informationspflichten	9.3.	Obligation relating to Exhibits and information
9.3.1	Die Pfandbestellerin wird zeitnahe nach Ende der Angebotsfrist und vor dem Durchführungstag auf Grundlage der vom Sicherheiten-treuhänder als Tender Agent im Rahmen der Angebote gemäß OM erlangten Informationen die Anlagen ./.1B (<i>Pfandbrief-Forderungen</i>) bis ./.1D (<i>Depotwertpapiere</i>) mit den unter dem Angebot erworbenen Umtauschangebot-Schuldtiteln vervollständigen und den Pfandgläubigern zur Verfügung stellen. Die Parteien vereinbaren bereits jetzt, dass die durch die Pfandbestellerin derart vervollständigten Anlagen ./.1B (<i>Pfandbrief-Forderungen</i>) bis ./.1D (<i>Depotwertpapiere</i>) die noch nicht (vollständig) ausgefüllten Anlagen ./.1B (<i>Pfandbrief-Forderungen</i>) bis ./.1D (<i>Depotwertpapiere</i>), die am Tag der Unterzeichnung diesem Verpfändungsvertrag angeschlossen sind, ersetzen.	9.3.1.	The Pledgor shall within a reasonable period of time after the end of the offer period and prior to the Settlement Date provide the Pledgees on the basis of the information received from the Tender Agent for the offers pursuant to the OM with Exhibits ./.1B (<i>Pfandbrief-Receivables</i>) through ./.1D (<i>Deposit Bonds</i>) duly completed with the Exchange Offer Instruments actually acquired under the exchange offer. The Parties hereby agree, that the so completed Exhibits ./.1B (<i>Pfandbrief-Receivables</i>) through ./.1D (<i>Deposit Bonds</i>) shall substitute the not completed Exhibit ./.1B (<i>Pfandbrief-Receivables</i>) through ./.1D (<i>Deposit Bonds</i>), attached to this Pledge Agreement on the date of signing of this Pledge Agreement.
9.3.2	Die Pfandbestellerin wird den Pfandgläubigern zeitnahe nach Ende der Angebotsfrist und vor dem Durchführungstag auf Grundlage der vom Sicherheiten-	9.3.2.	The Pledgor shall within a reasonable period of time after the end of the offer period and prior to the Settlement Date inform the Pledgees of the aggregate nomi-

	<p>treuhänder als Tender Agent im Rahmen der Angebote gemäß OM erlangten Informationen den Gesamtbetrag der Nominale aller vorrangigen (Class A Instruments, wie im OM definiert) Umtauschangebot-Schuldtitel, den Gesamtbetrag der Nominale aller nachrangigen (Class B Instruments, wie im OM definiert) Umtauschangebot-Schuldtitel und die Gesamtnominale aller ausgegebenen Nullkupon-Instrumente mitteilen.</p>	<p>nal amount of all senior (Class A Instruments, as defined in the OM) Exchange Offer Instruments, the aggregate nominal amount of all subordinated (Class B Instruments, as defined in the OM) Exchange Offer Instruments and the aggregate amount of the Zero Coupon Bonds.</p>
9.3.3	<p>Die Pfandbestellerin wird am Tag des Erwerbs einer Bundesanleihe den Pfandgläubigern die ISIN der betreffenden Bundesanleihe mitteilen.</p>	<p>9.3.3. On the day of acquisition of a Government Bond the Pledgor shall notify the Pledgees of the ISIN of such Government Bond.</p>
10.	Pfandverwertung	10. Enforcement of Pledge
	<p>Die nachfolgenden Bestimmungen gelten nur insoweit für die Verwertung der Pfandrechte-D, als nicht in Punkt 10.1.7 etwas anderes vereinbart ist.</p>	<p>The following provisions apply to the enforcement of the Pledges-D only to the extent not otherwise provided for below.</p>
10.1	Verwertungsverfahren	10.1. Enforcement Procedure
10.1.1	<p>Wird eine Besicherte Forderung ST (entweder zum Fälligkeitstermin oder in Folge einer rechtmäßigen Fälligstellung) nicht oder nicht vollständig erfüllt und wird die fällige Forderung nicht binnen 10 (zehn) Bankarbeitstagen ab (i) schriftlicher Zahlungsaufforderung und Androhung der Verwertung an die Pfandbestellerin mit Kopie an die Republik durch den Sicherheitentreuhänder und (ii), wenn die nicht oder nicht vollständig erfüllte Besicherte Forderung ST eine Forderung aus der Parallel-</p>	<p>10.1.1. In case a Secured Obligations SA is not or is not fully discharged when falling due (either at its due date or following a legitimate acceleration), and such due receivable is not fully discharged within 10 (ten) Banking Days upon (i) written payment request and notification by the Security Agent that the Pledges will be enforced being sent to the Pledgor, with a copy to the Republic and (ii), in case the not or not fully discharged Secured Obligations SA is a claim under the parallel debt</p>

<p>schuldbestimmungen in den Anleihebedingungen ist, schriftlicher Zahlungsaufforderung an die Republik Österreich als Garantin der Nullkupon-Instrumente nicht vollständig erfüllt, so tritt Pfandreife ein (der "Verwertungsfall ST").</p>	<p>provision in the Bond Conditions, written payment request to the Republic as Guarantor of the Zero Coupon Bonds, the Pledges may be enforced (the "Enforcement Event SA").</p>
<p>10.1.2 Wird nach vollständiger Befriedigung aller Besicherten Forderungen ST eine Besicherte Forderung ABBAG bei Fälligkeit (entweder zum Fälligkeitstermin oder in Folge einer rechtmäßigen Fälligstellung) nicht oder nicht vollständig bezahlt, so kann ABBAG die Pfandbestellerin zur Bezahlung der fälligen, aber nicht bezahlten Forderung schriftlich auffordern und die Verwertung der Pfandrechte androhen. Wird die fällige Forderung binnen 10 (zehn) Bankarbeitstagen ab schriftlicher Zahlungsaufforderung und Androhung der Verwertung an die Pfandbestellerin nicht vollständig bezahlt so tritt Pfandreife ein (der "Verwertungsfall ABBAG").</p>	<p>10.1.2. In case a Secured Obligations ABBAG is not or not fully discharged when falling due (either at its due date or following a legitimate acceleration) and provided that the Secured Obligations SA have been discharged in full, ABBAG may demand in writing payment of the due but unpaid amount from the Pledgor as debtor and inform the Pledgor that if such due but unpaid amount is not discharged the Pledges will be enforced. If the due but unpaid amount is not discharged within 10 (ten) Banking Days upon such written notification to the Pledgor the Pledges may be enforced (the "Enforcement Event ABBAG").</p>
<p>10.1.3 Für den Fall des Eintritts eines Verwertungsfalls hinsichtlich einer Besicherten Forderung ist der jeweilige Pfandgläubiger (der "Verwertende Pfandgläubiger") zur Verwertung durch Einziehung der Verpfändeten Forderungen und ausschließlich hinsichtlich der Bundesanleihen zur gerichtlichen und außergerichtlichen Pfandverwertung gemäß §§ 466a ff ABGB berechtigt. Die Verwertung durch Veräußerung, Tausch oder sonstige Übertragung der Pfandgegenstände, mit Ausnahme der Bundesanleihen, ist ausdrücklich ausgeschlossen und</p>	<p>10.1.3. If an Enforcement Event has occurred and continues to exist with regard to a Secured Obligation, the relevant Pledgee (the "Enforcing Pledgee") is entitled to enforce the Pledges by collecting the Pledged Receivables and, solely with regard to the Government Bonds, to enforce the Pledges in and out of court pursuant to §§ 466 et seq ABGB. The enforcement by way of sale, trade or other transfer of Pledged Collateral, other than Government Bonds, is explicitly excluded and enforcement is restricted to collection of receivables.</p>

		auf den einzigen Fall der Einziehung der Forderungen beschränkt.
10.1.4		<p>Nach Eintritt eines Verwertungs-falls ist der Verwertende Pfandgläubiger in Bezug auf die Pfandgegenstände (mit Ausnahme der Bundesanleihen) ausschließlich berechtigt unter Beachtung von Punkt 10.1.3 dieses Verpfändungsvertrags von der jeweiligen Bank zu verlangen, das jeweilige Guthaben auf den Konten unverzüglich auf ein von dem Verwertenden Pfandgläubiger bekanntzugebendes Konto zu überweisen und von den sonstigen Schuld-nern der Pfandgegenstände und jeder allfälligen Zahlstelle zu ver-langen, Zahlungen auf die Pfandgegenstände direkt an den Verwertenden Pfandgläubiger auf ein von diesem bekanntzugebendes Konto zu überweisen.</p>
10.1.5		<p>Nach Maßgabe von Punkt 10.1.3 verzichtet die Pfandbestellerin hiermit, soweit unter anwendbarem Recht zulässig, auf allfällige Anfechtungs- und Aufrechnungsrechte in Zusammenhang mit dem Pfandgegenstand und anerkennt, dass ihr hinsichtlich einer Verwertung durch die Pfandgläubiger unter Beachtung von Punkt 10.1.3 kein Recht der Einwendung zusteht sowie weiters, dass die Pfandgläubiger in Zusammenhang mit solchen Maßnahmen keinerlei Haftung gegenüber der Pfandbestellerin trifft, es sei denn, im Fall von vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten und eines Verstoßes gegen Punkt 10.1.3.</p>

10.1.4. If an Enforcement Event occurred and continues to exist, the Enforcing Pledgee may, with respect to the Pledged Collateral (excluding Government Bonds), subject to Clause 10.1.3, only request the relevant Bank to transfer any amounts standing to the credit of the Accounts immediately to an account specified by the Enforcing Pledgee and request the other debtors of the Pledged Collateral and any Paying Agent to make all payments under or in connection with the Pledged Collateral, in particular the Pledged Receivable, directly to the Enforcing Pledgee to an account specified by the Enforcing Pledgee.

10.1.5. Subject to Clause 10.1.3., the Pledgor hereby waives and releases to the fullest extent permitted by law any right of revocation and any right to set-off with regard to the Pledged Collateral and acknowledges, that it has no defenses against the enforcement by the Pledgees in accordance with Clause 10.1.3 and that the Pledgees shall not be liable vis-à-vis the Pledgor in connection with the enforcement, except for gross negligence or intent or any violation of Clause 10.1.3.

10.1.6	Im Fall der Verwertung ist die Pfandbestellerin verpflichtet, den Pfandgläubigern Unterstützung in angemessenem Umfang zukommen zu lassen.	10.1.6.	In case of enforcement the Pledgor shall appropriately assist the Pledgees.
10.1.7	Verwertung der Pfandrechte-D	10.1.7.	Enforcement of the Pledges-D
	Abweichend von den vorhergehenden Bestimmungen der Pfandverwertung, gelten für die Verwertung der Pfandrechte-D die nachfolgenden Bestimmungen. Wenn nicht ausdrücklich von den vorhergehenden Bestimmungen abgewichen wird, gelten diese Bestimmungen auch für die Verwertung der Pfandrechte-D.		The following provisions shall apply for the enforcement of the Pledges-D. If the following provisions do not expressly deviate from the preceding provisions in Clause 3, these provisions shall also apply to the enforcement of the Pledges-D.
10.1.7.1	Punkt 10.1.3 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass der Verwertende Pfandgläubiger nach Eintritt eines Verwertungsfalls ausschließlich zur Einziehung der verpfändeten Forderungen nach § 1282 BGB berechtigt ist. Alle sonstigen Rechte und Rechtsmittel im Verwertungsfall gemäß §§ 1273 und 1204 ff. BGB finden vorliegend keine Anwendung.	10.1.7.1.	Clause 10.1.3 shall apply, provided that the Enforcing Pledgee is solely entitled to collect the pledged receivables pursuant to § 1282 BGB after the occurrence of an Enforcement Event. All other rights and remedies in an enforcement event pursuant to §§ 1273 and §§ 1204 et seq BGB shall not apply.
10.1.7.2	Abweichend von § 1277 S. 1 BGB und § 1234 BGB stimmt die Pfandbestellerin hiermit ausdrücklich zu, dass ein vollstreckbarer Titel oder eine Vollstreckungsandrohung zur Verwertung der Pfandrechte-D nicht erforderlich sind. Klarstellend wird festgehalten, dass vor einem Verwertungsfall nicht verwertet werden darf.	10.1.7.2.	By way of derogation from § 1277 S 1 BGB and § 1234 BGB, the Pledgor hereby expressly agrees that an enforcement order or a threat of enforcement is not necessary to enforce the Pledges-D. For avoidance of doubt it is stated that no enforcement may be initiated prior to an Enforcement Event.
10.1.7.3	Punkt 10.1.5 wird dahingehend konkretisiert, dass im Hinblick auf die Verwertung der Pfandrechte-D § 1211 S. 1 BGB und § 1224 BGB	10.1.7.3.	In order to specify Clause 10.1.5, § 1211 S 1 BGB and § 1224 BGB shall not apply with regard to the

	vorliegend keine Anwendung finden.		enforcement of the Pledges-D.
11.	Verteilung zwischen den Pfandgläubigern, Herausgabeverpflichtung	11.	Application of proceeds, turn over
11.1	Die Erlöse aus einer Pfandverwertung stehen zuerst dem Sicherheitentreuhänder und nach vollständiger Befriedigung der Besicherten Forderungen ST der ABBAG zu.	11.1.	The proceeds of enforcement shall first be paid to the Security Agent and, after full discharge of the Secured Obligations SA, to ABBAG.
11.2	Der Sicherheitentreuhänder verpflichtet sich zur Herausgabe eines nach Erfüllung aller Besicherten Forderungen ST allenfalls verbleibenden Überschusses an ABBAG.	11.2.	The Security Agent undertakes to pay any enforcement proceeds exceeding the Secured Obligations SA to ABBAG.
11.3	ABBAG verpflichtet sich zur Herausgabe eines nach Erfüllung aller Besicherten Forderungen ABBAG allenfalls verbleibenden Überschusses an die Pfandbestellerin.	11.3.	ABBAG undertakes to pay any enforcement proceeds exceeding the Secured Obligations ABBAG to the Pledgor.
12.	Freigabeverpflichtung	12.	Release Obligation
12.1	Die dann noch bestehenden Pfandrechte sind zum Ende der Pfandhaftung freizugeben, indem die Pfandgläubiger auf Verlangen der Pfandbestellerin binnen angemessener Frist schriftlich der Freigabe der Pfandrechte zustimmen. Der Vollständigkeit halber wird festgehalten, dass die Pfandrechte akzessorisch sind und somit nach vollständiger und unanfechtbarer Erfüllung der Besicherten Forderungen ex lege enden. Für die Pfandrechte-D folgt dies aus §§ 1273, 1252 BGB.	12.1.	At the End of the Security Period the then still existing Pledges shall be released. Upon request of the Pledgor the Pledgees shall consent to the release in writing within reasonable time. For the avoidance of doubt it is stated that the Pledges are accessory and will, thus, automatically terminate upon full and irrevocable discharge of the Secured Obligations. For the Pledges-D this follows from §§ 1273, 1252 BGB.
12.2	Die Freigabeverpflichtung gemäß	12.2.	The release obligation pursuant to

	Punkt 12.1 gilt dann nicht, wenn der betroffene Pfandgläubiger gesetzlich verpflichtet sein sollte, den Pfandgegenstand oder Teile des Pfandgegenstands an einen Dritten zu übertragen.		Clause 12.1 shall not be applicable if the relevant Pledgee is obliged by law to transfer the Pledged Collateral or part thereof to a third party.
12.3	Sofern Zahlungen zur Befriedigung der Besicherten Forderungen gemäß anwendbarem Recht für unwirksam erklärt oder angefochten oder verringert werden, bleiben die Verpflichtungen der Pfandbestellerin aus diesem Verpfändungsvertrag bestehen und diese Zahlungen gelten nicht als vollständig und unanfechtbar erfüllt. In diesem Fall besteht keine Freigabeverpflichtung gemäß diesem Punkt 12.	12.3.	If payments for the discharge of Secured Obligations are challenged, declared void or otherwise diminished, the obligations of the Pledgor pursuant to this Pledge Agreement remain valid and such payments shall not be deemed to be made in full and irrevocably. In this case, there is no obligation to release any of the Pledges pursuant to this Clause 12.
13.	Mitteilungen	13.	Notices
13.1	Alle Mitteilungen im Zusammenhang mit diesem Verpfändungsvertrag müssen schriftlich erfolgen und können, soweit im Einzelfall nichts anderes bestimmt ist, persönlich, per Telefax oder per E-Mail an die folgenden Adressen erfolgen:	13.1.	Any notice in connection with the this Pledge Agreement shall be made in writing and can be made, unless otherwise specified, in person, telefax or email to the addresses as follows:
	(a) Pfandbestellerin: Adresse: Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds Völkermarkter Ring 21-23 9021 Klagenfurt am Wörthersee Österreich Telefax: 0436 5152 4425 E-Mail: office@kaf.gv.at		(a) Pledgor: Address: Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds Völkermarkter Ring 21-23 9021 Klagenfurt Austria Telefax: 0436 5152 4425 E-Mail: office@kaf.gv.at
	(b) Sicherheitentreuhänder: Adresse: Citigroup Centre 33 Canada Square Canary Wharf		(b) Security Agent: Address: Citigroup Centre 33 Canada Square Canary Wharf

<p>London E14 5LB Vereinigtes Königreich Telefax: +44 20 7500 5877</p>	<p>London E14 5LB United Kingdom Telefax: +44 20 7500 5877</p>
<p>(c) ABBAG: Adresse: ABBAG- Abbaumanagementgesellschaft des Bundes Wächtergasse 1 1010 Wien Österreich Telefax: +43 1 919 511 644 E-Mail: bern- hard.perner@abbag.at und office@abbag.at</p>	<p>(c) ABBAG: Address: ABBAG- Abbaumanagementgesellschaft des Bundes Wächtergasse 1 1010 Vienna Austria Telefax: +43 1 919 511 644 E-Mail: bern- hard.perner@abbag.at and office@abbag.at</p>
<p>Jede Partei kann ihre Anschrift unter Einhaltung einer Frist von 5 (fünf) Bankarbeitstagen durch Mitteilung an die anderen Parteien ändern.</p>	<p>Each Party may change its address by giving the other Parties 5 (five) Banking Days prior notice.</p>
<p>13.2 Soweit nicht nachstehend abweichend geregelt, gilt jede schriftliche Mitteilung in Zusammenhang mit diesem Verpfändungsvertrag als zugegangen:</p>	<p>13.2. Unless otherwise stated below, any and all written notification is deemed to be received:</p>
<p>(a) wenn persönlich übergeben, am Tag der Übergabe;</p>	<p>(a) if submitted personally, on the day of delivery;</p>
<p>(b) wenn per Fax versandt, bei Erhalt der relevanten Sendebestätigung durch den Absender; oder</p>	<p>(b) if sent by fax when the relevant delivery receipt is received by the sender, or</p>
<p>(c) wenn per E-Mail versandt, bei Erhalt der Lesebestätigung oder, wenn eine solche nicht angefordert wurde, bei Versand, vorausgesetzt dass der Absender nicht binnen 24 (vierundzwanzig) Stunden nach Versand der E-Mail eine Fehlermeldung erhält.</p>	<p>(c) email when the relevant receipt of such communication being read is given, or where no read receipt is requested by the sender, at the time of sending, provided that no delivery failure notification is received by the sender within 24 (twenty-four) hours of sending</p>

		such e-mail.
	Eine Mitteilung, die an einem anderen Tag als einem Bankarbeitstag oder nach 18:00 Uhr (CET) am Empfangsort eingeht, gilt als am nächsten Bankarbeitstag zugegangen.	A notification received on a day other than a Banking Day or received after 6:00 pm (CET) shall be deemed received the next succeeding Banking Day.
14.	Kein schlüssiger Verzicht	14. No implicit waiver
	Eine etwaige Nichtausübung, verzögerte Ausübung oder nur teilweise Ausübung von unter diesem Verpfändungsvertrag bestehenden Rechten durch die Pfandgläubiger oder die Pfandbestellerin kann nicht als Verzicht oder Teilverzicht auf derartige Rechte ausgelegt werden und schließt eine spätere Ausübung solcher Rechte nicht aus. Ein Verzicht durch die Pfandgläubiger oder die Pfandbestellerin ist nur dann wirksam, wenn er schriftlich erklärt wird.	A failure or delay or partial exercise of the Pledgees in exercising any right shall not operate as a waiver or partial waiver of any right under this Pledge Agreement and shall not preclude any other further exercise. A waiver by the Pledgees or the Pledgor shall only be effective if expressly declared in writing.
15.	Verschwiegenheitsverpflichtung	15. Confidentiality
15.1	Die Vertragsparteien verpflichten sich, über den Abschluss und den Inhalt des gegenständlichen Verpfändungsvertrags gegenüber Dritten strikte Verschwiegenheit zu bewahren, soweit nicht eine gesetzliche Auskunftspflicht besteht oder eine Vertragspartei von den anderen Vertragsparteien von der Verschwiegenheitspflicht ausdrücklich schriftlich entbunden wurde. Diese Verschwiegenheitsverpflichtung gilt nicht, (i) soweit eine Information über Abschluss und Inhalt dieses Verpfändungsvertrags für die Bestellung, Begründung, Aufrechterhaltung,	15.1. The Parties agree to keep this Pledge Agreement and the fact that this Pledge Agreement has been entered into strictly confidential, unless disclosure is required by law or with the express written consent of the other Parties. This obligation for confidentiality shall not apply (i) if any information on the conclusion and terms of this Pledge Agreement is required for granting, perfecting, maintaining, enforcing and protection of the Pledge, (ii) towards the creditors of the Zero Coupon Bonds, and (iii) towards the Re-

	Verwertung und zum Schutz der Pfandrechte sowie des Rangs der Pfandrechte erforderlich ist, (ii) gegenüber den Gläubigern der Nullkupon-Instrumente und (iii) gegenüber der Republik Österreich.		public.
15.2	Allfällige Offenlegungserfordernisse in gerichtlichen oder verwaltungsbehördlichen Verfahren oder gegenüber der Europäischen Kommission oder gegenüber dem Bund oder gegenüber dem Kärntner Landtag oder in Ausschüssen des Kärntner Landtags sowie gegenüber gesetzlich oder beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteten Beratern einer Partei stellen keine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht dar.	15.2.	Any disclosure requirements in judicial or administrative proceedings or to the European Commission or the Republic or the Carinthian State Parliament or in committees of the Carinthian State Parliament and to advisors of a Party, who are bound by law or a professional obligation to maintain confidentiality, does not breach the obligation for confidentiality.
15.3	Die allfällige Abgabe von Erklärungen gegenüber Medien in Bezug auf den gegenständlichen Verpfändungsvertrag bedarf einer vorherigen Einigung der Vertragsparteien über die Abgabe und den Inhalt der Erklärung.	15.3.	Any statement to the media in connection with this Pledge Agreement requires Parties' prior consent to the declaration and its content.
16.	Sonstiges	16.	Miscellaneous
16.1	Einheitliches Dokument	16.1.	Single document
	Dieser Verpfändungsvertrag bildet ein einheitliches Dokument zwischen den Parteien und geht allen vorhergehenden Bestimmungen und Vereinbarungen in Bezug auf den Gegenstand dieses Verpfändungsvertrags vor. Für den Fall von Widersprüchen zwischen Bestimmungen dieses Verpfändungsvertrags und anderen zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarungen gehen die Best-		This Pledge Agreement shall be deemed to be a single document between the Parties and precedes any and all previous provisions. In the event of conflicts between the provisions of this Pledge Agreement and any other arrangements entered into by the Parties the provisions of this Pledge Agreement shall prevail.

	immungen dieses Verpfändungsvertrages vor.		
16.2	Kosten; Gebühren	16.2.	Costs; Expenses
	<p>Die Pfandbestellerin trägt die Kosten und Auslagen sowie allfällige Rechtsberatungskosten des Sicherheitentreuhänders, die in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Verhandlung dieses Verpfändungsvertrags angefallen sind, sofern und soweit dies zwischen dem Sicherheitentreuhänder und der Pfandbestellerin separat vereinbart wurde. Die Pfandbestellerin trägt die Kosten und Auslagen, sowie allfällige Rechts-, sonstige Beratungs- und Gutachterkosten des Sicherheitentreuhänders, in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Verhandlung eventueller Nachträge oder Änderungen zu diesem Verpfändungsvertrag, oder mit der Durchsetzung oder Vollstreckung dieses Verpfändungsvertrags oder jeglicher Nachträge oder Änderungen dazu in Übereinstimmung mit den Bedingungen des Trust Deed. Darüber hinaus hat jede (auch andere) Partei ihre eigenen Kosten und Ausgaben, sowie allfällige Rechts-, sonstige Beratungs- und Gutachterkosten die mit der Vorbereitung, Verhandlung, Durchführung oder Vollstreckung dieses Verpfändungsvertrags oder jeglicher Nachträge oder Änderungen dazu entstehen, selbst zu tragen. Ein Ausgleichsanspruch gegen die anderen Parteien besteht diesbezüglich nicht. Dieser Verpfändungsvertrag sowie alle damit zusammenhängenden Maßnahmen</p>		<p>The Pledgor shall bear the costs and expenses, as well as any legal fees of the Security Agent that have accrued in relation to the preparation and negotiation of this Pledge Agreement if and to the extent separately agreed between the Security Agent and the Pledgor. The Pledgor shall bear the costs and expenses, as well as any legal fees, other advisory fees and experts' costs of the Security Agent which are related to the preparation and negotiation of any supplements and amendments to this Pledge Agreement, or which are related to the execution and enforcement of this Pledge Agreement or of any supplements and amendments thereto in accordance with the terms of the Trust Deed. Other than as set-out above, each (other) Party shall bear its costs and expenses, as well as any legal fees, other advisory fees and experts' costs, which are related to the preparation, negotiation, execution and enforcement of this Pledge Agreement or of any supplements and amendments thereto. Other than described above, the Parties have no claim for compensation against the other Parties. This Pledge Agreement and all related actions are in accordance with the implementation of the FinStaG and the Liability Act of Carinthia, and, thus pursuant to § 5 FinStaG and § 2 Liability Act of Carinthia is not subject to taxes regulated by</p>

<p>erfolgen in Durchführung des FinStaG und des Haftungsgesetzes Kärnten und sind daher gemäß § 5 FinStaG und § 2 Haftungsgesetz Kärnten von den bundesgesetzlich geregelten Abgaben, Bundesverwaltungsabgaben und Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren befreit. Sonstige Abgaben und Gebühren, gehen zu Lasten des Fonds.</p>	<p>federal act, federal administrative fees and court and legal administrative fees. All other charges and fees will be at the expense of the Fund.</p>
<p>16.3 Abtretung; Übertragung</p>	<p>16.3. Transfer; Assignment</p>
<p>16.3.1 ABBAG ist berechtigt und die Pfandbestellerin und der Sicherheitentreuhänder erteilen hiermit ihre ausdrückliche schriftliche Zustimmung, ihre Rechte und Pflichten aus und/oder in Zusammenhang mit den Besicherten Forderungen ABBAG und/oder diesem Verpfändungsvertrag zur Gänze oder teilweise an die Republik sowie der Republik unmittelbar zurechenbare Rechtsträger abzutreten oder zu übertragen und somit auch ihre Position als Pfandgläubiger zur Gänze oder teilweise im Weg der Vertragsübernahme zu übertragen. Die Pfandbestellerin und der Sicherheitentreuhänder stimmen bereits jetzt der Weitergabe und Offenlegung der der ABBAG zur Verfügung stehenden Informationen (auch solcher, die dem Bankgeheimnis unterliegen) betreffend die Pfandbestellerin, den Pfandgegenstand sowie die gegenständliche Vertragsbeziehung an die Republik sowie der Republik unmittelbar zurechenbare Rechtsträger zu. Die Abtretung von Rechten und Pflichten und/oder die Übertragung der Position als Pfandgläubiger im Wege</p>	<p>16.3.1. ABBAG may and the Pledgor and the Security Agent hereby expressly give their written consent assign or transfer its rights and obligations arising from and/or in connection with the Secured Obligations ABBAG and/or this Pledge Agreement, in whole or in part, to the Republic and legal entities directly attributable to the Republic, and may, thus, transfer its position as Pledgee in whole or in part by way of a transfer of contract. The Pledgor and the Security Agent hereby consent to the passing on and disclosure of information available to ABBAG regarding the Pledgor, the Pledged Collateral and the respective contractual relationship (including those subject to banking secrecy) to the Republic and the legal entities directly attributable to the Republic. The assignment of rights and obligations and/or the transfer of Pledgee's position to other persons by way of a contract transfer is subject to Pledgor's and the respective other Pledgee's prior written consent, which may only be refused for</p>

	der Vertragsübernahme an andere Personen ist nur mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Pfandbestellerin und des jeweils anderen Pfandgläubigers zulässig, die jedoch nur aus sachlich gerechtfertigten Gründen verweigert werden darf.		good cause.
16.3.2	Ohne die vorherige schriftliche Zustimmung der Pfandgläubiger, die ohne Angabe von Gründen verweigert werden darf, kann die Pfandbestellerin keine Rechte und/oder Pflichten aus dem Verpfändungsvertrag ganz oder teilweise abtreten oder übertragen. Die Pfandbestellerin bestätigt, dass diese Bestimmung im Einzelnen ausgehandelt wurde und nicht gröblich benachteiligend iSd § 1396 a ABGB ist. Eine Abtretung der Rechte und/oder Pflichten aus dem Verpfändungsvertrag nach dem Laufzeitende des Nullkupon-Instruments an den Bund oder eine im Einflussbereich des Bundes stehende Gesellschaft ist zulässig und bedarf keiner Zustimmung der Pfandgläubiger.	16.3.2.	The Pledgor may not assign or transfer any rights and/or obligations under the Pledge Agreement in whole or in part without Pledgees' prior written consent, such consent may be withheld without giving any reasons. The Pledgor confirms, that this provision has been individually negotiated and is not grossly disadvantageous pursuant to § 1396 a ABGB. A transfer of rights and/or obligations under this Pledge Agreement after the maturity of the Zero Coupon Bonds to the Republic or a company attributable to the Republic is permitted and is not subject to the consent of the Pledgees.
16.3.3	Der Sicherheitentreuhänder kann seine Recht und Pflichten unter diesem Verpfändungsvertrag abtreten oder übertragen wenn er gemäß Punkt 16 des Trust Deeds seine Funktion niederlegt oder entfernt wird.	16.3.3.	The Security Agent may assign or transfer its rights and obligations under this Pledge Agreement if it retires or is removed in accordance with clause 16 of the Trust Deed.
17.	Schlussbestimmungen	17.	Final provisions
17.1	Schriftform	17.1.	Written form
	Änderungen dieses Verpfändungsvertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die		Any amendments of this Pledge Agreement shall only be in writing. This shall also apply to any

	Aufhebung oder Änderung dieses Schriftformerfordernisses.		amendment or waiver of this Clause.
17.2	Anwendbares Recht	17.2.	Governing law
17.2.1	Dieser Verpfändungsvertrag, mit Ausnahme der Punkte 2.2, 3.4, 10.1.7, unterliegt in Bezug auf alle vertraglichen oder außervertraglichen Rechte, Ansprüche oder Verpflichtungen österreichischem Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des österreichischen internationalen Privatrechts.	17.2.1.	This Pledge Agreement (except for Clauses 2.2, 3.4, 10.1.7) and all contractual or statutory rights, claims and obligations thereunder shall be governed by the laws of Austria excluding its conflict of law rules.
17.2.2	Die Punkte 2.2, 3.4 und 10.1.7 unterliegen in Bezug auf alle vertraglichen oder außervertraglichen Rechte, Ansprüche oder Verpflichtungen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.	17.2.2.	Clauses 2.2, 3.4 and 10.1.7 and all contractual or statutory rights, claims and obligations thereunder shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany.
17.3	Gerichtsstand	17.3.	Jurisdiction
	Für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Verpfändungsvertrag wird als ausschließlicher Gerichtsstand das sachlich in Handelssachen und örtlich für Wien-Innere Stadt zuständige Gericht vereinbart.		All disputes arising out of or in connection with this Pledge Agreement shall exclusively be referred to and resolved by the court competent in commercial matters of the first district of Vienna, Austria.
17.4	Salvatorische Klausel	17.4.	Severability
17.4.1	Wenn eine Bestimmung des Verpfändungsvertrags rechtswidrig, unwirksam oder nicht durchsetzbar sein oder werden sollte, so hat dies keinen Einfluss auf die Rechtmäßigkeit, Wirksamkeit oder Durchsetzbarkeit aller anderen Bestimmungen dieses Verpfändungsvertrags.	17.4.1.	Should any provision of this Pledge Agreement be or become unlawful, invalid or unenforceable, this shall not affect the legality, validity and enforceability of the remaining provisions of this Pledge Agreement.
17.4.2	An die Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine Bestim-	17.4.2.	The unlawful, invalid or unenforceable provision shall be sub-

	<p>mung, die dem wirtschaftlichen Ergebnis der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung möglichst nahe kommt.</p>	<p>stituted by a provision that carries out, as far as may be lawful, valid and enforceable, the intent of the unlawful, invalid or unenforceable provision.</p>
17.4.3	<p>Die Bestimmung gemäß (a) und (b) gelten sinngemäß im Fall einer Lücke dieses Verpfändungsvertrags.</p>	<p>17.4.3. The provisions pursuant to (a) and (b) shall apply mutatis mutandis in case of a gap of this Pledge Agreement.</p>
17.5	<p>Herrschende Fassung</p>	<p>17.5. Prevailing Version</p>
	<p>Die deutsche Fassung dieses Verpfändungsvertrages geht der englischen Fassung vor.</p>	<p>The German version of this Pledge Agreement shall prevail over the English version.</p>
17.6	<p>Wirksamkeit</p>	<p>17.6. Effectiveness</p>
17.6.1	<p>Citibank, N.A., London Branch ("Citibank") schließt diesen Verpfändungsvertrag am heutigen Tag unter der Bedingung ab, dass der Trust Deed unterfertigt wird und die Parteien vereinbaren und nehmen zur Kenntnis, dass Citibank keine Pflichten unter diesem Verpfändungsvertrag hat, bis der Trust Deed unterfertigt ist und Citibank als Sicherheitentreuhänder bestellt ist, und dass Citibank keine Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Unterfertigung dieses Verpfändungsvertrages am heutigen Tag eingeht.</p>	<p>17.6.1. Citibank, N.A., London Branch ("Citibank") enters into this Pledge Agreement on the date hereof subject to the execution of the Trust Deed and the parties hereto agree and acknowledge that Citibank shall have no obligations under this Pledge Agreement until such time as the Trust Deed is executed and delivered and Citibank has been appointed as Security Agent thereunder and that Citibank shall incur no liability with regard to its execution of this Pledge Agreement on the date hereof.</p>
17.6.2	<p>Zwischen der Pfandbestellerin und ABBAG wird dieser Verpfändungsvertrag am heutigen Tag wirksam.</p>	<p>17.6.2. Notwithstanding Clause 17.6.1 above, the Pledge Agreement shall become valid between the Pledgor and ABBAG on the date hereof.</p>

Unterschriftsseite / Signature Page

Pfandbestellerin / Pledgor

Wien/Vienna, am/this __ September 2016

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

vertreten durch / represented by:

Pfandgläubiger / Pledgees

Wien/Vienna, am/this __ September 2016

**ABBAG Abbaumanagementgesellschaft
des Bundes**

vertreten durch / represented by:

London_, am/this __ September 2016

Citibank, N.A., London Branch

vertreten durch / represented by:

Anlage ./1A / Exhibit ./1A
Depotführende Bank und Depots / Deposit Bank and Deposits

Teil A – Umtauschangebot-Depot / Part A - Exchange Offer Deposit

Depotführende Bank / Deposit Bank	Depotnummer / Number	Kontonummer des zugehörigen Verrechnungskontos / Account nr of corresponding Settlement Account
OeKB CSD GmbH	205400	

Teil B – Rückkauf-Depot / Part - B Repurchase Deposit

Depotführende Bank / Deposit Bank	Depotnummer / Number	Kontonummer des zugehörigen Verrechnungskontos / Account nr of corresponding Settlement Account
OeKB CSD GmbH	205500	

Anlage ./1B / Exhibit ./1B
Pfandbrief-Forderungen / Pfandbrief-Receivables

*[**Note:** Ausschließlich Pfandbrief-Forderungen die im Austausch gegen Nullkupon-Instrumente erworben wurden. / Pfandbrief-Receivables purchased in exchange for Zero Coupon Bonds only.]*

Anlage ./1C / Exhibit ./1C
Schuldscheindarlehen / Promissory Loan Notes

[**Note:** Ausschließlich Schuldscheindarlehen die im Austausch gegen Nullkupon-Instrumente erworben wurden. / Promissory Note Loans purchased in exchange for Zero Coupon Bonds only.]

[illegible]

Anlage ./1D / Exhibit ./1D
Depotwertpapiere / Deposit Bonds

*[**Note:** Ausschließlich Depotwertpapiere die im Austausch gegen Nullkupon-Instrumente erworben wurden. / Deposit Bonds purchased in exchange for Zero Coupon Bonds only]*

Anlage ./3.2.1.1A
Muster des Verständigungsschreibens Rückführungskonto-Umtausch

[*Briefkopf der Pfandbestellerin*]

PER FAX
[*OeKB AG*]
[*Adresse Kontoführende Bank*]

in Kopie an: Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

_____, am _____

Verpfändung von Bankkonten

Sehr geehrte Damen und Herren!

1. Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass wir mit Wirkung vom [*Datum*] gemäß Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen vom [*Datum*] sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Guthaben, einschließlich Erträgen, Zinsen und anderen Beträgen, die auf den Konten IBAN AT25 1000 0310 0502 5024, IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020, einschließlich allfälliger Unterkonten (Subkonten) dazu (die "**Konten**"), die von uns bei Ihnen unterhalten werden, jeweils ausgewiesen und/oder gutgeschrieben sind, darauf anfallen, auflaufen und/oder entstehen, sowie sämtliche sonstige derzeit bestehenden oder künftig erwachsenden Rechte an und Forderungen und Ansprüche aus diesen Konten, zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten (einschließlich Gestaltungsrechten) und Ansprüchen (der "**Pfandgegenstand**") an ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und Citibank, N.A., London Branch (die

"Pfandgläubiger") zur Besicherung von Ansprüchen der Pfandgläubiger gegen uns im ersten Rang verpfändet haben.

2. Wir weisen Sie an:
 - (i) den Pfandgegenstand mit Wirkung vom [*Datum dieses Schreibens*] als zugunsten der Pfandgläubiger im ersten Rang verpfändet zu kennzeichnen (*Pfandvermerk*);
 - (ii) ohne die vorherige Kenntnissnahme der Pfandgläubiger, die schriftlich nachzuweisen ist, keine Abbuchung, Zahlung, Überweisung oder sonstige Verfügung von diesen Konten auszuführen, dh die Konten als zugunsten der Pfandgläubiger gesperrt zu behandeln;
 - (iii) abweichend von Punkt (ii) oben bedarf eine Überweisung von den Konten auf die folgenden Konten IBAN AT31 1000 0310 0502 5013, IBAN AT32 1000 0311 5000 0031 und IBAN AT26 1000 0311 5000 0042 keiner Kenntnissnahme der ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, sondern lediglich der Citibank, N.A., London Branch;
 - (iv) abweichend von Punkt (ii) oben bedarf eine Überweisung von den Konten auf das folgende Konto IBAN [Verrechnungskonto des Umtauschangebot-Depots] keiner Kenntnissnahme der Pfandgläubiger;
 - (v) abweichend von Punkt (ii) oben bedarf eine Überweisung von einem der Konten auf ein anderes der Konten keiner Kenntnissnahme der Pfandgläubiger; und
 - (vi) nach Erhalt einer Verständigung durch einen Pfandgläubiger vom Eintritt eines Verwertungsfalls sämtliche Beträge auf den Konten unverzüglich auf ein von diesem Pfandgläubiger bekanntzugebendes Konto zu überweisen.
3. Wir weisen Sie darauf hin, dass die in diesem Verständigungsschreiben gegebenen Instruktionen nur durch eine von den Pfandgläubigern mitunterzeichnete schriftliche Verständigung widerrufen oder geändert werden können.
4. Dieses Verständigungsschreiben unterliegt österreichischem Recht.
5. Weiters ersuchen wir Sie, unverzüglich, längstens aber binnen 3 (drei) Bankarbeitstagen ab dem Zugang dieser Verständigung die Kenntnissnahme dieser Verständigung sowie die Verpfändung des Pfandgegenstands den Pfandgläubigern gegenüber durch Gegenzeichnung dieser Anzeige und Retournierung eines Originals an jeden der Pfandgläubiger zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- An: 1. Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: [Ansprechperson ABBAG]
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

Wir bestätigen den Erhalt der Verpfändungsanzeige des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds vom [Datum] (die "**Verpfändungsanzeige**"). In der Verpfändungsanzeige verwendete Begriffe haben in dieser Bestätigung dieselbe Bedeutung.

Weiters bestätigen wir, von der mit Wirkung zum [Datum] erfolgten Verpfändung des Pfandgegenstands verständigt worden zu sein, und nehmen die Verpfändung im ersten Rang sowie den Umfang des Pfandrechts zur Kenntnis.

Wir verzichten zugunsten der Pfandgläubiger auf unser Pfandrecht am Pfandgegenstand gemäß Punkt [•] unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen (sowie alle sonstigen uns am Pfandgegenstand allenfalls zustehenden Sicherungs-, Aufrechnungs-, Zurückbehaltungs- und sonstigen Rechte) und verpflichten uns, keine uns daraus zustehenden Rechte am Pfandgegenstand geltend zu machen.

Weiters verzichten wir auf eine Aufrechnung zwischen Ansprüchen des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds in Bezug auf den Pfandgegenstand und Verbindlichkeiten des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds uns gegenüber.

_____, am _____

[Firmenwortlaut Kontoführende Bank]

Exhibit ./3.2.1.1A
Specimen Notification of Account Bank for Repayment Account Exchange

[Letterhead of Pledgor]

BY FAX
[OeKB AG]
[address of Account Bank]

with a copy to: Citibank, N.A., London Branch
attn.: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn.: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: [•]

_____, this _____

Pledge of Bank Account

Ladies and Gentlemen!

1. We hereby notify you that with effect as of [date] according to a pledge agreement over account balances, securities deposits, bonds and receivables dated [date], we have pledged any and all our current and future credit, including profit, interest and other amounts which are accounted on, accrue or arise on and/or are credited to the accounts IBAN AT25 1000 0310 0502 5024, IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 and IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 maintained by us, including sub-accounts thereto, (the "**Accounts**") as well as all other currently existing or future rights to and receivables and claims from such Accounts together with all related ancillary rights (including rights to amend) and claims (the "**Pledged Collateral**") to ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes and Citibank, N.A., London Branch (the "**Pledgees**") in the first rank as security for claims of the Pledgees against us.

2. We instruct you
 - (i) to mark the Pledged Collateral as being pledged to the Pledgees in the first rank (*Pfandvermerk*) with effect as of [*date of this letter*];
 - (ii) not to execute any debiting, payment, transfer or any other disposal regarding the Accounts without the acknowledgement of the Pledgees, which has to be confirmed in writing, i.e. to treat the Accounts as blocked in favor of the Pledgees;
 - (iii) notwithstanding clause (ii) above, a transfer from the Accounts to the following account IBAN AT31 1000 0310 0502 5013, IBAN AT32 1000 0311 5000 0031 und IBAN AT26 1000 0311 5000 0042 is not subject to the acknowledgement of ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, but merely subject to the acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch;
 - (iv) notwithstanding clause (ii) above, a transfer from the Accounts to the following account IBAN [Settlement Account of the Exchange Offer Deposit] is not subject to the acknowledgement of the Pledgees;
 - (v) notwithstanding clause (ii) above, a transfer from one Account to another Account is not subject to the acknowledgement of the Pledgees; and
 - (vi) upon receipt of a notification by a Pledgee that an Enforcement Event has occurred, to transfer without delay all amounts from the Accounts to an account named by this Pledgee.
3. Please note that the instructions contained in this notification letter may not be revoked or changed other than by a written instrument duly countersigned by the Pledgees.
4. This notification letter is governed by Austrian law.
5. Furthermore, we kindly request that you confirm the acknowledgement of this notification and of the pledge over the Pledged Collateral towards the Pledgees by returning a duly countersigned original of this notice to each of the Pledgees without delay, but at the latest within 3 (three) Banking Days upon receipt of this notification.

Kind regards

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- To: 1. Citibank, N.A., London Branch
attn.: [●]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn.: [*contact person ABBAG*]
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

We confirm receipt of the notification of pledge by Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds dated [*date*] (the "**Notification of Pledge**"). Terms used in the Notification of Pledge shall have the same meaning when used in this confirmation.

We further confirm to have been notified of the first ranking pledge over the Pledged Collateral with effect as of [*date*], and acknowledge both the rank and the extent of the pledge.

We waive our pledge over the Pledged Collateral pursuant to clause [●] of our terms and conditions in favour of the Pledgees (as well as any other security interests, rights of set-off and retention and any other rights with regard to the Pledged Collateral held by us) and undertake not to enforce any rights accruing to us therefrom.

We further waive to off-set claims of the Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds regarding the Pledged Collateral against obligations of the Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds towards us.

_____, this _____

[*company name Account Bank*]

Anlage ./3.2.1.1B
Muster des Verständigungsschreibens Depotführende Bank

[*Briefkopf der Pfandbestellerin*]

PER FAX
OeKB CSD GmbH
Strauchgasse 3
1010 Wien
Fax: +43 1 53127 4020

in Kopie an: Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

_____, am _____

Verpfändung von Wertpapieren und eines Wertpapierdepots

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass wir mit Wirkung vom [Datum] gemäß Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen vom [Datum]

- (i) Schuldverschreibungen und sonstige verbriefte Schuldtitel, sowie jegliche Rechte oder Ansprüche im Zusammenhang mit einem der vorgenannten Aktiva, einschließlich der nachfolgenden Depotwertpapiere (alle zusammen die "**Depotwertpapiere**"), die gegenwärtig oder zukünftig auf dem nachfolgend genannten Wertpapierdepot (das "**Wertpapierdepot**"), die von uns bei Ihnen unterhalten werden, jeweils ausgewiesen und/oder verbucht sind, sowie sämtliche mit den Depotwertpapieren verbundenen Zinsansprüche sowie andere Zahlungsansprüche (einschließlich solcher auf Rückzahlung des Kapitals), Rechte, Ansprüche, Forderungen und vermögensrechtliche und sachenrechtliche Ansprüche, die uns in Zusammenhang mit den Depotwertpapieren zustehen, einschließlich des

Miteigentums am Sammelbestand der jeweiligen Depotwertpapiere, jeweils zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten und Ansprüchen;

- (ii) sämtliche gegenwärtigen und zukünftigen Guthaben, einschließlich Erträge, Zinsen und anderen Beträgen, die auf zu dem Wertpapierdepot zugehörigen Verrechnungskonten einschließlich allfälliger Unterkonten (Subkonten) (die "**Konten**"), die von uns bei Ihnen unterhalten werden, jeweils ausgewiesenen und/oder gutgeschriebenen sind, darauf anfallen, auflaufen und/oder entstehen, sowie sämtliche sonstige derzeit bestehenden oder künftig erwachsenden Rechte an und Forderungen und Ansprüche aus diesen Konten, zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten (einschließlich Gestaltungsrechten) und Ansprüchen; sowie
- (iii) sämtliche sonstige derzeit bestehende oder künftig erwachsende Rechte an, und Forderungen und Ansprüche aus diesem Wertpapierdepot und Konten, zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten und Ansprüchen, insbesondere dem Anspruch auf Ausfolgung der Depotwertpapiere

(zusammen der "**Pfandgegenstand**", wobei allfällige Ansprüche gegenüber dem Land Kärnten und der KLH-Rechtsnachfolger aus Depotwertpapieren, die ihre Grundlage in der landesgesetzlich angeordneten Haftung gemäß § 4 K-LHG und § 5 K-LHG haben (bzw gehabt haben) ausgenommen sind) an ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und Citibank, N.A., London Branch (die "**Pfandgläubiger**") zur Besicherung von Ansprüchen der Pfandgläubiger gegen uns im ersten Rang verpfändet haben.

[Depotwertpapiere:

Emittentin	ISIN
HETA ASSET RESOLUTION AG	[•]

]¹

Wertpapierdepot:

Kreditinstitut	Depotnummer
OeKB CSD	205400

Verrechnungskonten zu dem Wertpapierdepot

Kreditinstitut	Kontonummer
----------------	-------------

¹ Anm.: Auflistung der Depotwertpapiere ist erst in Verständigung am Durchführungstag aufzunehmen. Verständigung zum Zeitpunkt des Pfandvertrags kann diese Angabe noch nicht enthalten.

OeKB CSD	[•]

2. Wir weisen Sie an:

- (i) die Konten und das Wertpapierdepot mit Wirkung vom [*Datum dieses Schreibens*] als zugunsten der Pfandgläubiger im ersten Rang verpfändet zu kennzeichnen (*Pfandvermerk*);
- (ii) die Depotwertpapiere mit Wirkung vom [*Datum dieses Schreibens*] als Wertpapierdepotführer/Drittverwahrer für die Pfandgläubiger innezuhaben;
- (iii) ohne die vorherige Kenntnisnahme der Pfandgläubiger, die schriftlich (auch per Fax) nachzuweisen ist, keine Verfügungen über die Depotwertpapiere und das Wertpapierdepot durch uns zuzulassen und keine Verfügungen über die Depotwertpapiere und das Wertpapierdepot durchzuführen, dh das Wertpapierdepot als zugunsten der Pfandgläubiger gesperrt zu halten;
- (iv) abweichend von Punkt (iii) oben bedarf eine Übertragung von dem Wertpapierdepot auf das folgende Depot Nr 205500 bei OeKB CSD keiner Kenntnisnahme der ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, sondern lediglich der Citibank, N.A., London Branch;
- (v) bis zum Erhalt einer gemeinsamen schriftlichen Verständigung durch die Pfandgläubiger über die Pfandfreilassung ohne die vorherige schriftliche Kenntnisnahme (auch per Fax) der Pfandgläubiger keine Abbuchung, Zahlung oder Überweisung von den Konten auszuführen, dh die Konten als zugunsten der Pfandgläubiger gesperrt zu behandeln;
- (vi) abweichend von Punkt (v) sind Abbuchungen zulässig, wenn mit den abgebuchten Beträgen in EUR denominatede Anleihen der Republik Österreich erworben werden und diese Anleihen auf das Wertpapierdepot gebucht werden, auch ohne Zustimmung oder Kenntnisnahme der Pfandgläubiger zulässig;
- (vii) abweichend von Punkt (v) sind Überweisungen auf die von der OeKB AG geführten Konten IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (Umtausch / EUR), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (Umtausch / JPY) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (Umtausch / CHF) jederzeit auch ohne Kenntnisnahme der Pfandgläubiger zulässig; und
- (viii) nach Erhalt einer Verständigung durch einen Pfandgläubiger vom Eintritt eines Verwertungsfalls sämtliche Beträge auf den Konten unverzüglich auf ein von diesem Pfandgläubiger bekanntzugebendes Konto zu überweisen.

3. Wir weisen Sie darauf hin, dass die in diesem Verständigungsschreiben gegebenen Instruktionen nur durch eine von den Pfandgläubigern mitunterzeichnete schriftliche Verständigung widerrufen oder geändert werden können.

4. Dieses Verständigungsschreiben unterliegt österreichischem Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des österreichischen internationalen Privatrechts.

5. Weiters ersuchen wir Sie, unverzüglich, längstens aber binnen drei (3) Bankarbeitstagen ab dem Zugang dieser Verständigung die Kenntnisnahme dieser Verständigung sowie die Verpfändung des Pfandgegenstands der Pfandgläubiger gegenüber durch Gegenzeichnung dieser Anzeige und Retournierung eines Originals an jeden der Pfandgläubiger zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- An: 1. Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

Wir bestätigen den Erhalt der Verpfändungsanzeige des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds vom [Datum] (die "**Verpfändungsanzeige**"). In der Verpfändungsanzeige verwendete Begriffe haben in dieser Bestätigung dieselbe Bedeutung.

Weiters bestätigen wir, von der mit Wirkung zum [Datum] erfolgten Verpfändung des Pfandgegenstands verständigt worden zu sein, und nehmen die Verpfändung im ersten Rang sowie den Umfang des Pfandrechts zur Kenntnis.

Wir verzichten zugunsten der Pfandgläubigerin auf unser Pfandrecht am Pfandgegenstand gemäß Punkt 3.16 unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen (sowie alle sonstigen uns am Pfandgegenstand allenfalls zustehenden Sicherungs-, Aufrechnungs-, Zurückbehaltungs- und sonstigen Rechte) und verpflichten uns, keine uns daraus zustehenden Rechte am Pfandgegenstand geltend zu machen.

Weiters verzichten wir auf eine Aufrechnung zwischen Ansprüchen des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds in Bezug auf den Pfandgegenstand und Verbindlichkeiten des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds uns gegenüber.

_____, am _____

[Firmenwortlaut Depotführende Bank]

Exhibit ./3.2.1.1B
Specimen Notification of Deposit Bank

[Letterhead of Pledgor]

BY FAX
OeKB CSD GmbH
Strauchgasse 3
1010 Wien
Fax: +43 1 53127 4020

with a copy to: Citibank, N.A., London Branch

attn.: [•]

Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom

Fax: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes

attn.: Herr Niedermüller

Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria

Fax: +43 1 919 511 644

_____, this _____

Pledge of securities and [a security deposit] / [several security deposits]

Ladies and Gentlemen!

We hereby notify you that with effect as of *[date]* according to a pledge agreement over account balances, securities deposits, bonds and receivables dated *[date]* we have pledged

- (i) bonds and other securitized debt instruments, as well as all rights and claims in connection with such an asset, including the following deposit bonds (collectively, the "**Deposit Bonds**"), that are credited and/or accrued on the following securities deposit (the "**Securities Deposit**") maintained by us with yourselves, respectively, from time to time as well as any and all related interest claims and other payment claims (including those for repayment of capital), rights, claims, receivables and monetary claims and rights in rem of us in connection with the Deposit Bonds, including the co-ownership over the collective

- holding of the respective Deposit Bonds, together with all related ancillary rights and claims;
- (ii) any and all our current and future credit, including profit, interest and other amounts which are accounted on, accrue or arise on and/or are credited to the Settlement Accounts corresponding to the Securities Deposit maintained by us with yourselves, including sub-accounts, if any, thereto (the "**Accounts**") as well as all other currently existing or future rights to and receivables and claims from such Accounts together with all related ancillary rights (including rights to amend) and claims; as well as
 - (iii) all other currently existing or future rights to and receivables and claims from such Securities Deposit and accounts, together with all related ancillary rights and claims, in particular the right to demand release of Deposit Bonds

(collectively, the "**Pledged Collateral**", except, however, for any claims against the Province of Carinthia and the KLH-Successors deriving from Deposit Bonds that are (or have been) based on the statutory guarantee pursuant to § 4 K-LHG and § 5 K-LHG) to ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes and Citibank, N.A., London Branch (the "**Pledgees**") in the first rank as security for claims of the Pledgees against us.

[Deposit Bonds:

Issuer	ISIN
HETA ASSET RESOLUTION AG	[•]

]²

Securities Deposit:

Credit institution	Deposit number
OeKB CSD	205400

Settlement Accounts to the Securities Deposit[s]

Credit institution	Account number
[•]	[•]

² Note: List of Deposit Bonds only to be included in notification on the Settlement Date. Notification as of date of the pledge agreement cannot include this specification.

2. We instruct you:
 - (i) to mark the Accounts and the Securities Deposit as being pledged to the Pledgees in the first rank (*Pfandvermerk*) with effect as of [*date of this letter*];
 - (ii) to hold the Deposit Bonds with effect as of [*date of this letter*] as agent (*Wertpapierdepotführer/Drittverwahrer*) for the Pledgees;
 - (iii) not to permit any disposal regarding the Deposit Bonds and the Securities Deposit by us and not to execute any disposal regarding the Deposit Bonds and the Securities Deposit until receipt of the Pledgees' joint written (also by Fax) acknowledgement, i.e. to hold the Securities Deposit as blocked in favor of the Pledgees;
 - (iv) notwithstanding clause (iii) above, a transfer from the Securities Deposit to the following deposit nr. 205500 with OeKB CSD is not subject to the acknowledgement of ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, but merely subject to the acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch;
 - (v) not to execute any debiting, payment, transfer or any other disposal regarding the Deposit Bonds and the Securities Deposit without the acknowledgement of the Pledgees, which has to be confirmed in writing (also by Fax), i.e. to treat the Deposit Bonds and the Securities Deposit as blocked in favor of the Pledgees;
 - (vi) notwithstanding clause (v), debits are permitted without the Pledgees' acknowledgement if the debited amounts are used to purchase bonds of the Republic of Austria denominated in EUR and such bonds are credited to the Securities Deposit;
 - (vii) notwithstanding clause (v), transfers to the account with OeKB AG IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (Exchange Offer / EUR), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (Exchange Offer / JPY) and IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (Exchange Offer / CHF) are permitted any time without the Pledgees' acknowledgement; and
 - (viii) upon receipt of a notification by a Pledgee that an Enforcement Event has occurred, to transfer without delay all amounts from the Accounts to an account named by this Pledgee.
3. Please note that the instructions contained in this notification letter may not be revoked or changed other than by a written instrument duly countersigned by the Pledgees.
4. This notification letter is governed by Austrian law, excluding its conflict of law rules.
5. Furthermore, we kindly request that you confirm the acknowledgement of this notification and of the pledge over the Pledged Collateral towards the Pledgees by returning a duly countersigned original of this notice to each of the Pledgees without delay, but at the latest within 3 (three) business days upon receipt of this notification.

Kind regards

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- To: 1. Citibank, N.A., London Branch
attn.: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn.: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

We confirm receipt of the notification of pledge by Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds dated [date] (the "**Notification of Pledge**"). Terms used in the Notification of Pledge shall have the same meaning when used in this confirmation.

We further confirm to have been notified of the first ranking pledge over the Pledged Collateral with effect as of [date], and acknowledge both the rank and the extent of the pledge.

We waive our pledge over the Pledged Collateral pursuant to clause 3.16 of our terms and conditions in favour of the Pledgees (as well as any other security interests, rights of set-off and retention and any other rights with regard to the Pledged Collateral held by us) and undertake not to enforce any rights accruing to us therefrom.

We further waive to off-set claims of the Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds regarding the Pledged Collateral against obligations of the Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds towards us.

_____, this _____

[company name Deposit Bank]

Anlage ./3.2.2.1
Muster des Verständigungsschreibens HETA

[Briefkopf der Pfandbestellerin]

PER FAX
HETA ASSET RESOLUTION AG
Alpen-Adria-Platz 1
9020 Klagenfurt am Wörthersee
Österreich

in Kopie an: Citibank, N.A., London Branch

zH: [•]

Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes

zH: Herr Niedermüller

Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

_____, am _____

Verpfändung von Wertpapieren und Forderungsrechten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass wir mit Wirkung vom *[Datum]* gemäß Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen vom *[Datum]*

- (i) Schuldverschreibungen und sonstige verbrieft oder unverbrieft Schuldtitel, sowie jegliche Rechte oder Ansprüche im Zusammenhang mit einem der vorgenannten Aktiva, wobei es sich am Durchführungstag um die nachfolgenden Depotwertpapiere, die HETA ASSET RESOLUTION AG (vormals Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) ("**HETA**") als Emittentin begeben hat, handelt (alle zusammen die "**Depotwertpapiere**") sowie sämtliche mit den Depotwertpapieren verbundenen Zinsansprüche sowie andere Zahlungsansprüche (einschließlich auf Rückzahlung des Kapitals), Rechte, Ansprüche, Forderungen und vermögensrechtliche und sachenrechtliche Ansprüche, die uns in Zusammenhang mit den Depotwertpapieren zustehen, einschließlich des Sammelbestands and den jeweiligen

Depotwertpapieren, jeweils zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten und Ansprüchen (die "**Forderungen aus den Depotwertpapieren**");

- (ii) sämtliche Forderungen die vormalis der Pfandbriefbank (Österreich) AG gegenüber HETA zustanden, einschließlich jenen Forderungen aus den nachfolgend angeführten Instrumenten und dem Bundesgesetz über die Pfandbriefstelle der österreichischen Landeshypotheken-Banken idgF (die "**Pfandbrief-Forderungen**"); und
- (iii) sämtliche Forderungen gegenüber HETA aus Schuldscheindarlehen ("**SSD**"), einschließlich den nachfolgend angeführten Schuldscheindarlehen (die "**SSD-Verbindlichkeiten**")

(zusammen der "**Pfandgegenstand**", wobei allfällige Ansprüche gegenüber dem Land Kärnten und der Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding aus Depotwertpapieren, Forderungen aus Depotwertpapieren, Pfandbrief-Forderungen und SSD-Verbindlichkeiten, die ihre Grundlage in der landesgesetzlich angeordneten Haftung gemäß § 4 K-LHG und § 5 K-LHG haben (bzw gehabt haben) ausgenommen sind) an ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und Citibank, N.A., London Branch (die "**Pfandgläubiger**") zur Besicherung von Ansprüchen der Pfandgläubiger gegen uns im ersten Rang verpfändet haben. Die SSD-Verbindlichkeiten wurden sowohl unter österreichischem als auch unter deutschem Recht verpfändet.

Depotwertpapiere:

Emittentin	ISIN
HETA ASSET RESOLUTION AG	[•]

Pfandbrief-Forderungen³:

[•]

SSD-Verbindlichkeiten:

Bezeichnung des SSD	Datum des SSD

³ Genaue Ausgestaltung der Liste TBD.

2. Wir verständigen Sie hiermit darüber, dass:
 - (i) der Pfandgegenstand mit Wirkung vom [*Datum dieses Schreibens*] zugunsten der Pfandgläubiger im ersten Rang verpfändet wurde; und
 - (ii) HETA Zahlungen unter den Depotwertpapieren, Forderungen aus den Depotwertpapieren, Pfandbrief-Forderungen und SSD-Verbindlichkeiten schuldbefreiend ausschließlich auf das Konto der Pfandbestellerin bei OeKB mit der Kontonummer IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (für EUR-Beträge), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (für JPY-Beträge) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (für CHF-Beträge) leisten kann. Sofern nach den Bedingungen der Depotwertpapiere oder SSD Zahlungen des Emittenten (Schuldners) zwingend an eine Zahlstelle zu leisten sind, darf HETA diese Zahlungen weiterhin an die jeweilige Zahlstelle leisten.
 - (iii) Abweichend von Punkt (ii) oben bedarf eine Änderung dieser Verständigung, wonach Zahlungen für alle oder Teile der Depotwertpapiere und/oder SSD-Verbindlichkeiten schuldbefreiend ausschließlich auf die Konten IBAN AT31 1000 0310 0502 5013, IBAN AT32 1000 0311 5000 0031 und IBAN AT26 1000 0311 5000 0042 zu leisten sind, keiner Zustimmung oder Kenntnisnahme der ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, sondern lediglich einer Kenntnisnahme der Citibank, N.A., London Branch.
3. Wir weisen Sie darauf hin, dass die in diesem Verständigungsschreiben gegebenen Instruktionen nur durch eine von den Pfandgläubigern mitunterzeichnete schriftliche Verständigung widerrufen oder geändert werden können.
4. Dieses Verständigungsschreiben unterliegt österreichischem Recht.
5. Weiters ersuchen wir Sie, unverzüglich, längstens aber binnen drei (3) Bankarbeitstagen ab dem Zugang dieser Verständigung die Kenntnisnahme dieser Verständigung sowie die Verpfändung des Pfandgegenstands den Pfandgläubigern gegenüber durch Gegenzeichnung dieser Anzeige und Retournierung eines Originals an jeden der Pfandgläubiger zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- An: 1. Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

Wir bestätigen den Erhalt der Verpfändungsanzeige des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds vom [Datum] (die "**Verpfändungsanzeige**"). In der Verpfändungsanzeige verwendete Begriffe haben in dieser Bestätigung dieselbe Bedeutung.

Weiters bestätigen wir, von der mit Wirkung zum [Datum] erfolgten Verpfändung des Pfandgegenstands verständigt worden zu sein, und nehmen zur Kenntnis, dass wir Zahlungen unter den Depotwertpapieren, Forderungen aus den Depotwertpapieren, Pfandbrief-Forderungen und SSD-Verbindlichkeiten schuldbefreiend ausschließlich auf das Konto der Pfandbestellerin bei OeKB AG mit der Kontonummer IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (für EUR-Beträge), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (für JPY-Beträge) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (für CHF-Beträge) leisten können wobei dies dann nicht gilt, wenn nach den Bedingungen der Depotwertpapiere oder SSD Zahlungen von uns zwingend an eine Zahlstelle zu leisten sind.

_____, am _____

HETA ASSET RESOLUTION AG

Exhibit./3.2.2.1
Specimen Notification to HETA

[Letterhead of Pledgor]

BY FAX
HETA ASSET RESOLUTION AG
Alpen-Adria-Platz 1
9020 Klagenfurt am Wörthersee
AUSTRIA

With a copy to: Citibank, N.A., London Branch
attn.: [●]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn.: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

_____, this _____

Pledge of securities and receivables

Ladies and Gentlemen!

This is to inform you that with effect as of *[date]* pursuant to a pledge agreement over account balances, securities deposits, bonds and receivables dated *[date]*, we have pledged

- (i) Bonds and other securitized or non-securitized debt instruments, as well as any and all rights or claims in connection with such an asset, whereas as of the Settlement Date the following Deposit Bonds issued by HETA ASSET RESOLUTION (formerly Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) ("**HETA**") as issuer shall be included (collectively, the "**Deposit Bonds**") as well as any and all of our interest claims and other payment claims (including repayment of capital), rights, claims, receivables and monetary claims and rights in rem accruing to us in connection with the Deposit Bonds, including the collective holding of the respective Deposit Bonds, in each case together with all related ancillary rights and claims (the "**Claims under Deposit Bonds**");

- (ii) any and all claims formerly held with Pfandbriefbank (Österreich) AG against HETA, including the claims under the following instruments and the federal act on *Pfandbriefstelle* of the Austrian Landeshypotheken-Banken in valid version (the "**Pfandbrief-Receivables**"); and
- (iii) any and all claims against HETA under Zero Coupon Bonds ("SSD"), including the following promissory note loans (the "**SSD-Liabilities**")

(collectively, the "**Pledged Collateral**", except, however, for any claims against the Province of Carinthia and the Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding deriving from Deposit Bonds, Claims under Deposit Bonds, Pfandbrief-Receivables and SSD-Liabilities that are (or have been) based on the statutory guarantee pursuant to § 4 K-LHG and § 5 K-LHG) to ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes and Citibank, N.A., London Branch (the "**Pledgees**") in the first rank as security for claims of the Pledgees against us. The SSD-Liabilities have been pledged under Austrian as well as German law.

Deposit Bonds:

Issuer	ISIN
HETA ASSET RESOLUTION AG	[•]

Pfandbrief-Receivables⁴:

[•]

SSD-Liabilities:

Description of SSD	Date of SDD

2. We hereby notify you that:

- (i) the Pledged Collateral has been pledged in the first rank with effect as of [*date of this letter*] in favour of the Pledgees; and
- (ii) for payments of HETA under the Deposit Bonds, Claims under Deposit Bonds, Pfandbrief-Receivables and SSD-Liabilities to have discharging effect they shall be paid to the account of the Pledgees held with OeKB AG with account number IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (regarding EUR-amounts), IBAN AT65 1000 0311

⁴ Exact table format TBD.

5000 0019 (regarding JPY-amounts) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (regarding CHF-amounts). If the terms of the Deposit Bonds or SSD provide for mandatory payment by the issuer (debtor) to a Paying Agent, HETA may continue to effect such payments to the respective Paying Agent.

- (iii) Notwithstanding clause (ii) above, an amendment of this notification changing the account to which payments for part or all of the Deposit Bonds and/or SSD-Liabilities shall be paid into as full satisfaction to the accounts IBAN AT31 1000 0310 0502 5013, IBAN AT32 1000 0311 5000 0031 und IBAN AT26 1000 0311 5000 0042 does only require the acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch, but not of ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes.
- 3. Please note that the instructions contained in this notification letter may not be revoked or changed other than by a written instrument duly countersigned by the Pledgees.
- 4. This notification letter is governed by Austrian law.
- 5. Furthermore, we kindly request that you confirm the acknowledgement of this notification and of the pledge over the Pledged Collateral towards the Pledgees by returning a duly countersigned original of this notice to each of the Pledgees without delay, but at the latest within 3 (three) business days upon receipt of this notification.

Kind regards

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- To: 1. Citibank, N.A., London Branch
attn.: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn.: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

We confirm receipt of the notification of pledge by Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds dated [date] (the "**Notification of Pledge**"). Terms used in the Notification of Pledge shall have the same meaning when used in this confirmation.

We further confirm to have been notified of the pledge over the Pledged Collateral with effect as of [date], and acknowledge that for payments under the Deposit Bonds, Claims under Deposit Bonds, Pfandbrief-Receivables and SSD-Liabilities to have discharging effect we must effect such payments to the account of the Pledgees held with OeKB AG with account number IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (regarding EUR-amounts), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (regarding JPY-amounts) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (regarding CHF-amounts), which, however, shall not apply, if the terms of the Deposit Bonds or SSD provide for mandatory payment by the issuer (debtor) to a Paying Agent

.

_____, this _____

HETA ASSET RESOLUTION AG

Anlage ./3.2.2.2
Muster des Verständigungsschreibens Zahlstellen

[*Briefkopf der Pfandbestellerin*]

PER FAX

[*Firmenwortlaut Zahlstelle*]

[*Adresse Zahlstelle*]

in Kopie an: Citibank, N.A., London Branch

zH: [•]

Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich

Fax Nummer: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes

zH: Herr Niedermüller

Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich

Fax Nummer: +43 1 919 511 644

_____, am _____

Verpfändung von Wertpapieren und Forderungsrechten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass wir mit Wirkung vom [*Datum*] gemäß Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen vom [*Datum*]

- (i) [Schuldverschreibungen, die HETA ASSET RESOLUTION AG (vormals Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) ("**HETA**") als Emittentin begeben hat und nach deren Bedingungen [*Firmenwortlaut der Zahlstelle*] als Zahlstelle bestellt wurde (alle zusammen die "**Depotwertpapiere**") sowie sämtliche mit den Depotwertpapieren verbundenen Zinsansprüche sowie andere Zahlungsansprüche (einschließlich auf Rückzahlung des Kapitals), Rechte, Ansprüche, Forderungen und vermögensrechtliche und sachenrechtliche Ansprüche, die uns in Zusammenhang mit den Depotwertpapieren zustehen, einschließlich des Sammelbestands an den jeweiligen Depotwertpapieren, jeweils zusammen mit allen damit verbundenen Nebenrechten und Ansprüchen (die "**Forderungen aus den Depotwertpapieren**")]; und]
- (ii) [sämtliche Forderungen gegenüber HETA aus Schuldscheindarlehen ("**SSD**"), einschließlich den nachfolgend angeführten Schuldscheindarlehen, nach deren Bedingungen [*Firmenwortlaut der Zahlstelle*] als Zahlstelle bestellt wurde (die "**SSD-Verbindlichkeiten**")]

(zusammen der "**Pfandgegenstand**", wobei allfällige Ansprüche gegenüber dem Land Kärnten und der Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding aus Depotwertpapieren, Forderungen aus Depotwertpapieren und SSD-Verbindlichkeiten, die ihre Grundlage in der landesgesetzlich angeordneten Haftung gemäß § 4 K-LHG und § 5 K-LHG haben (bzw gehabt haben) ausgenommen sind) an ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes und Citibank, N.A., London Branch (die "**Pfandgläubiger**") zur Besicherung von Ansprüchen der Pfandgläubiger gegen uns im ersten Rang verpfändet haben.

[Depotwertpapiere:

Emittentin	ISIN
HETA ASSET RESOLUTION AG	[•]
]

[SSD-Verbindlichkeiten:

Bezeichnung des SSD	Datum des SSD
]

- Wir verständigen Sie hiermit darüber, dass Zahlungen, die Sie in Ihrer Funktion als Zahlstelle unter den [Depotwertpapieren][und][SSD-Verbindlichkeiten] von HETA zur Weiterleitung an die Inhaber der [Depotwertpapieren][und][SSD-Verbindlichkeiten] erhalten und die an uns als Inhaber der [Depotwertpapieren][und][SSD-Verbindlichkeiten] durch die Zahlstelle zu überweisen sind, schuldbefreiend ausschließlich auf unser Konto bei Oesterreichische Kontrollbank AG mit der Kontonummer IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (für EUR-Beträge), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (für JPY-Beträge) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (für CHF-Beträge), jeweils BIC OEKOATWW geleistet werden können.
- Wir weisen Sie darauf hin, dass die in diesem Verständigungsschreiben gegebenen Instruktionen nur durch eine von den Pfandgläubigern mitunterzeichnete schriftliche Verständigung widerrufen oder geändert werden können.
- Abweichend von Punkt 3 oben bedarf eine Änderung dieser Verständigung, wonach Zahlungen für alle oder Teile der Depotwertpapiere und/oder SSD-Verbindlichkeiten schuldbefreiend ausschließlich auf die Konten IBAN AT31 1000 0310 0502 5013, IBAN AT32 1000 0311 5000 0031 und IBAN AT26 1000 0311 5000 0042 zu leisten sind, keiner Zustimmung oder Kenntnisnahme der ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, sondern lediglich einer Kenntnisnahme der Citibank, N.A., London Branch.
- Dieses Verständigungsschreiben unterliegt österreichischem Recht.

6. Weiters ersuchen wir Sie, unverzüglich, längstens aber binnen drei (3) Bankarbeitstagen ab dem Zugang dieser Verständigung die Kenntnisnahme dieser Verständigung sowie die Verpfändung des Pfandgegenstands den Pfandgläubigern gegenüber durch Gegenzeichnung dieser Anzeige und Retournierung eines Originals an jeden der Pfandgläubiger zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- An: 1. Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

Wir bestätigen den Erhalt der Verpfändungsanzeige des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds vom [Datum] (die "**Verpfändungsanzeige**"). In der Verpfändungsanzeige verwendete Begriffe haben in dieser Bestätigung dieselbe Bedeutung.

Weiters bestätigen wir, von der mit Wirkung zum [Datum] erfolgten Verpfändung des Pfandgegenstands verständigt worden zu sein, und nehmen zur Kenntnis, dass wir Zahlungen, die wir der Pfandbestellerin unter den Depotwertpapieren, Forderungen aus den [Depotwertpapieren] [und] [SSD-Verbindlichkeiten] weiterleiten müssen, schuldbefreiend ausschließlich auf das Konto der Pfandbestellerin bei Oesterreichische Kontrollbank AG mit der Kontonummer IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (für EUR-Beträge), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (für JPY-Beträge) und IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (für CHF-Beträge), jeweils BIC OEKOATWW leisten können.

_____, am _____

[Firmenwortlaut der Zahlungsstelle]

Exhibit./3.2.2.2
Specimen Notification of Paying Agents

[Letterhead of Pledgor]

BY FAX

[Company name of Paying Agent]

[address of Paying Agent]

with a copy to: Citibank, N.A., London Branch
attn: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

_____, this _____

Pledge of Bonds and Receivables

Dear Sir or Madame,

This is to inform you that with effect as of [date] pursuant to a Pledge Agreement over account balances, securities deposits, bonds and receivables dated [date] we have granted a pledge over

- (i) [Bonds issued by HETA ASSET RESOLUTION AG (formerly Hypo Alpe-Adria Bank International AG) ("**HETA**") having [company name of the paying agent] as paying agent pursuant to the terms and conditions of the bonds (together the "**Deposit Bonds**") as well as any and all of our interest claims as well as our other payment claims (including repayment of capital), rights, receivables and other claims under or in connection with the Deposit Bonds, including the collective holding of the respective Deposit Bonds, each of them together with any and all ancillary rights and claims ("**Claims under Deposit Bonds**"); and]
- (ii) [all of HETA's liabilities as debtor under promissory note loans ("**SSD**"), including the following promissory note loans having [company name of the paying agent] as paying agent pursuant to the terms and conditions of these promissory note loans (the "**SSD-Liabilities**")]

(together the "**Pledged Collateral**", except for any claims against the Province of Carinthia and the Kärntner Landes- und Hypothekenbank-Holding deriving from Deposit Bonds and Claims under Deposit Bonds and SSD-Liabilities and that are or have been based on the guarantee pursuant to the federal act § 4 K-LHG and § 5 K-LHG) to ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes and Citibank, N.A., London Branch (the "**Pledgees**") to provide a first ranking security for rights and claims of the Pledgees against us.

[Deposit Bonds:

Issuer	ISIN
HETA ASSET RESOLUTION AG	[•]
]

[SSD-Liabilities:

Denomination of the SSD	Date of the SDD
]

2. We hereby notify you that any payments of HETA made to you in your function as paying agent under the [Deposit Bonds] [and] [SSD-Liabilities] for the purpose of forwarding the payment to the holder of the [Deposit Bonds] [and] [SSD-Liabilities], may only be recognized as full satisfaction if paid into our account held with Oesterreichische Kontrollbank AG having the account number IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (for EUR-amounts), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (for JPY-amounts) and IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (for CHF-amounts), in each case BIC OEKOATWW;
3. Please note that the instructions contained in this letter may not be revoked or changed other than by a written instrument duly countersigned by the Pledgees.
4. Notwithstanding clause 3 above, an amendment of this notification changing the account to which payments for part or all of the Deposit Bonds and/or SSD-Liabilities shall be paid into as full satisfaction to the accounts IBAN AT31 1000 0310 0502 5013, IBAN AT32 1000 0311 5000 0031 und IBAN AT26 1000 0311 5000 0042 does only require the acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch, but not of ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes.
5. This notification is governed by Austrian law.
6. Furthermore, we kindly request that you confirm your receipt and acknowledgement of this letter and of the pledge over the Pledged Collateral towards the Pledgees by returning duly countersigned copies hereof to each Pledgee without delay, at the latest within 3 (three) business days after receipt of this notification.

Yours sincerely,

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

- To: 1. Citibank, N.A., London Branch
attn: [●]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877
2. ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

We confirm the receipt of the notification of pledge by the Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds dated [date] (the "**Notification of Pledge**"). Terms used in this confirmation shall have the same meaning given to such terms in the Notification of Pledge.

We further confirm that we have been notified of the pledge of the Pledged Collateral with effect as of [date], and acknowledge that payments, which we are obliged to forward to the Pledgee under the Deposit Bonds, Claims under [Deposit Bonds] [and] [SSD-Liabilities] may only be recognized as full satisfaction if paid into to the account of the Pledgee held with Oesterreichische Kontrollbank AG with the account number IBAN AT25 1000 0310 0502 5024 (for EUR-amount), IBAN AT65 1000 0311 5000 0019 (for JPY-amounts) and IBAN AT38 1000 0311 5000 0020 (for CHF-amounts), in each case BIC OEKOATWW.

_____, this _____

[company name of the Paying Agent]

<p style="text-align: center;">Anlage ./3.3.2 Muster der Vollmacht</p>	<p style="text-align: center;">Exhibit ./3.3.2 Specimen of Power of Attorney</p>
<p style="text-align: center;">Spezialvollmacht</p>	<p style="text-align: center;">Power of Attorney</p>
<p>Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, ein Landesfonds errichtet nach dem Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz (K-AFG) mit dem Sitz in Klagenfurt am Wörthersee und der Geschäftsanschrift Völkermarkter Ring 21-23, 9020 Klagenfurt am Wörthersee (der "Fonds"), vertreten durch Mag. Ulrich Zafoschnig und Mag. Hans Schönegger</p>	<p>Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, a fund duly incorporated and validly existing under the Act on Compensation Fund of the province of Carinthia (K-AFG) with its seat in Klagenfurt am Wörthersee and the business address at Völkermarkter Ring 21-23, 9020 Klagenfurt am Wörthersee (the "Fund"), represented by Mag. Ulrich Zafoschnig and Mag. Hans Schönegger</p>
<p>bevollmächtigt hiermit unwiderruflich</p>	<p>herewith irrevocably instructs and grants power of attorney to</p>
<p>ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, eingetragen im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter FN 421754b und</p>	<p>ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes, Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, registered with the companies' register of the commercial court of Vienna under FN 421754b ("ABBAG") and</p>
<p>Citibank, N.A., London Branch, Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf, London, E14 5LB, UK (die "Citibank")</p>	<p>Citibank, N.A., London Branch, Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf, London, E14 5LB, UK (the "Citibank")</p>
<p>(ABBAG und Citibank die "Bevollmächtigten") und zwar jeweils einzeln</p>	<p>(ABBAG and Citibank together the "Agents") each of them individually</p>

1. im Namen und auf Rechnung des Fonds die gemäß Punkt 3.2 des zwischen dem Fonds und den Bevollmächtigten am __ September 2016 abgeschlossenen Pfandbestellungsvertrags über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen (der " Pfandvertrag ") vorgesehenen Begründungs- und Verwertungsschritte zu setzen, dh. insbesondere die konto- und depotführenden Banken sowie die HETA ASSET RESOLUTION AG und allfällige Zahlstellen gemäß den im Pfandvertrag als Muster angehängten Schreiben von den Verpfändungen des Pfandgegenstands zu verständigen;	1. to represent the Fund in its name and on its account pursuant to Clause 3.2 of the pledge agreement on account balances, securities deposits, bonds and receivables, entered into by and between the Fund and the Agents on __ September 2016 (the " Pledge Agreement ") in taking the steps to perfect and enforce the pledge, i.e. in particular to make the notifications to the account-holding and custodian banks as well as to HETA ASSET RESOLUTION AG and any paying agents pursuant to the specimen notifications of the pledge of the pledged collateral as attached to the Pledge Agreement;
2. alle sonstigen zur Bestellung, Begründung, Aufrechterhaltung und zum Schutz der Pfandrechte sowie des Rangs der Pfandrechte rechtlich (auch zukünftig) erforderlich werdenden Schritte zu setzen; und	2. to take any and all other actions that may now or in the future be legally necessary to grant, perfect, maintain or secure the pledges and the ranking of the pledges; and
3. alle sonstigen mit den in Punkt 1. und Punkt 2. bezeichneten Tätigkeiten verbundenen Handlungen vorzunehmen, Erklärungen abzugeben und zu empfangen und Unterschriften beglaubigt und unbeglaubigt zu leisten.	3. to take any and all other actions in connection with activities mentioned in Clauses 1 and 2, to issue and receive declarations and to sign with and without notarization.
4. Die Bevollmächtigten sind befugt, diese Vollmacht ganz oder zum Teil an Dritte zu übertragen.	4. The Agents are entitled to grant sub-power of attorney wholly or partially to third parties within this Power of Attorney.
5. Diese Vollmacht unterliegt österreichischem Recht.	5. This Power of Attorney is governed by Austrian law.
Wien, am __ September 2016	Vienna, this __ September 2016
<hr/>	<hr/>

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds* vertreten durch: Mag. Ulrich Zafoschnig und Mag. Hans Schönegger	Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds* represented by: Mag. Ulrich Zafoschnig and Mag. Hans Schönegger
* Unterschrift sollte aus Beweisgründen notariell beglaubigt werden . Der Notar muss auch die Zeichnungsbefugnis der Vertreter bestätigen.	* For reasons of proof the signatures should be notarized . The notary public has to confirm the signing authority of the representatives.

Anlage ./4.1.2
Berechnung Nominale Freizulassende Schuldtitel

Berechnung **Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel:**

Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel = Gesamtbetrag der Nominale rückzukaufen-der *Nullkupon-Instrumente* gem Rückkaufs-Benachrichtigung* Gesamtbetrag der Nominale aller vorrangigen (Class A) Umtauschangebot-Schuldtitel / Gesamtnominale der gesamten ausgegebenen Nullkupon-Instrumente.

Berechnung **Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel:**

Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel = Gesamtbetrag der Nominale rückzukaufen-der Nullkupon-Instrumente gem Rückkaufs-Benachrichtigung * Gesamtbetrag der Nominale aller nachrangigen (Class B) Umtauschangebot-Schuldtitel / Gesamtnominale der gesamten ausgegebenen Nullkupon-Instrumente.

Exhibit./4.1.2
Calculation Nominal Value Release Instruments

Calculation Nominal Value Senior Release Instruments:

Nominal Value Senior Release Instruments = Total amount of *Zero Coupon Bonds* to be repurchased pursuant to Repurchase Notification * Total amount of nominal value of all senior (Class A) Exchange Offer Instruments / Total nominal value of the issued Zero Coupon Bonds.

Calculation Nominal Value Subordinated Release Instruments:

Nominal Value Subordinated Release Instruments = Total amount of Zero Coupon Bonds to be repurchased pursuant to Repurchase Notification * Total amount of nominal value of all subordinated (Class B) Exchange Offer Instruments / Total nominal value of issued Zero Coupon Bonds.

Anlage ./4.1.3
Muster Rückkaufs-Benachrichtigung und Kenntnisnahme

[Briefkopf der Pfandbestellerin]

PER FAX

Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

OeKB CSD GmbH
zH: *[Ansprechperson]*
Strauchgasse 1-3, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 53127 4020

_____, am _____

Betreff: Rückkaufs-Benachrichtigung und Kenntnisnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

1. Wir beziehen uns auf den Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen vom [DATUM] (der "**Pfandvertrag**"). Definierte Begriffe, die in dieser Verständigung nicht definiert wurden, haben in dieser Verständigung jene Bedeutung, die ihnen im Pfandvertrag zugewiesen wird.
2. Dies ist eine Rückkaufs-Benachrichtigung zum Stichtag Umbuchung [DATUM].

3. Am Stichtag Umbuchung, 16:30 CET waren insgesamt [•] Stück Nullkupon-Instrumente mit einer Nominale von insgesamt EUR [•] auf dem Sperrdepot gutgebucht (die "**Sperrdepot Anleihen**").
4. In Anlage 2 finden Sie die Nominale Freizulassende Vorrangige Schuldtitel, die Nominale Freizulassende Nachrangige Schuldtitel, sowie die gemäß Punkt 4.2 und 4.3 des Pfandvertrags im Zusammenhang mit dem Rückkauf der Relevanten Anleihen freizulassenden Depotwertpapiere (die "**Relevanten Freizulassenden Depotwertpapiere**") und Verpfändeten Forderungen (die "**Relevanten Freizulassenden Forderungen**").
5. [Bis dato gab es keine Zahlungen der HETA auf Depotwertpapiere und Verpfändete Forderungen.] [Wir haben Zahlungen in Höhe von EUR [•] von HETA auf Depotwertpapiere und Verpfändete Forderungen erhalten. Der den Relevanten Freizulassenden Depotwertpapieren und den Relevanten Freizulassenden Forderungen zuzuweisende Anteil beträgt EUR [•].]
6. Wir weisen hiermit die OeKB CSD GmbH an, vorbehaltlich der Kenntnisnahme der Citibank, N.A., London Branch als Pfandgläubiger, die Relevanten Freizulassenden Depotwertpapiere vom Umtauschangebot-Depot auf das Rückkauf-Depot zu übertragen.
7. Wir verständigen hiermit HETA, als Schuldnerin der Relevanten Freizulassenden Forderungen, und sämtliche relevante Zahlstellen dass die Relevanten Freizulassenden Forderungen, vorbehaltlich der Kenntnisnahme der Citibank, N.A., London Branch als Pfandgläubigern nicht mehr gemäß dem Pfandvertrag sondern gemäß dem zwischen der Pfandbestellerin und der ABBAG geschlossenen Verpfändungsvertrag vom [DATUM] ("**Verpfändungsvertrag ABBAG**") verpfändet sind. Diese Erklärung dient als Drittschuldnerverständigung gemäß Punkt [•] des Verpfändungsvertrages ABBAG.

Mit freundlichen Grüßen

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

2 Anlagen

Wir, Citibank, N.A., London Branch, in unserer Funktion als Sicherheitentreuhänder und Pfandgläubiger unter dem Pfandvertrag nehmen hiermit (ohne Nachforschung oder Haftung) die Freilassung der Relevanten Freizulassenden Depotwertpapiere und der Relevanten Freizulassenden Forderungen [, sowie eines Betrages in Höhe von EUR [•]] gemäß dieser Rückkauf-Benachrichtigung Zug um Zug mit der Umbuchung der Sperrdepot Anleihen auf den Cancellation Account, welchen wir nicht überwachen oder Nachforschungen dazu anstellen, zur Kenntnis.

London, [DATUM]

Citibank, N.A., London Branch

Ergeht an ABBAG, und OeKB CSD

Anlage 1 – Übersicht Nominale Freizulassende Schuldtitel und Relevante Freizulassende Depotwertpapiere und Relevante Freizulassende Forderungen
[siehe separates Excel Sheet]

[illegible]

Exhibit ./4.1.3
Specimen Repurchase-Notification and Acknowledgement

[Letterhead of Pledgor]

BY FAX

Citibank, N.A., London Branch
attn: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

OeKB CSD GmbH
attn: [contact person]
Strauchgasse 1-3, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 53127 4020

_____, this _____

Re.: Repurchase Notification and Acknowledgement

Dear Sir or Madame!

1. We refer to the pledge agreement on account balances, securities deposits, bonds and receivables dated [date] (the "**Pledge Agreement**"). Defined terms used but not defined in this notification shall have the meaning given to such terms in the Pledge Agreement.
2. This is a Repurchase Confirmation for the Cut Off Date [date].

3. On the Cut Off Date, at 4:30 pm CET [•] Zero Coupon Bonds with a total nominal value of EUR [•] have been standing to the credit on the Cancellation Account ("**Cancellation Bonds**").
4. Please find in Annex 2 the Nominal Value Senior Release Instruments, the Nominal Value Subordinated Release Instruments and the Deposit Bonds to be released (the "**Relevant Release Deposit Bonds**") and the Pledged Claims to be released (the "**Relevant Release Claims**") each pursuant to Clause 4.2 and 4.3 of the Pledge Agreement.
5. [There have been no payments by HETA on the Deposit Bonds and Pledged Receivables until today.] [We have received payments by HETA on the Deposit Bonds and Pledged Receivables in the amount of EUR [•]. The share attributable to the Relevant Release Deposit Bonds and the Relevant Release Claims amounts to EUR [•].]
6. We hereby instruct OeKB CSD GmbH, subject to the acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch as Pledgee, to transfer the Relevant Release Deposit Bonds from the Exchange Deposit to the Repurchase Deposit.
7. We hereby inform HETA, as debtor of the Relevant Release Claims, and each relevant Paying Agent that the Relevant Release Claims are upon acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch as pledgee, no longer pledged under the Pledge Agreement but pledged under the pledge agreement entered into on [DATE] between the Pledgor and ABBAG (the "**Pledge Agreement ABBAG**"). This declaration shall serve as debtor notification pursuant to clause [•] of the Pledge Agreement ABBAG.

Yours sincerely

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

2 Annexes

We, Citibank, N.A., London Branch, in our function as Security Agent and Pledgee under the Pledge Agreement hereby acknowledge (without enquiry or liability) the release of the Relevant Release Deposit Bonds and the Relevant Release Claims [as well as the release of an amount equal to EUR [•]] pursuant to the Repurchase Notification dated [date] upon transfer of the Cancellation Bonds to the Cancellation Account, which we shall not monitor or investigate.

London, [DATE]

Citibank, N.A., London Branch

To be sent to ABBAG and OeKB CSD

Annex 1 – Overview Nominal Value Release Instruments, Relevant Release Deposit Bonds and
Relevant Release Claims
[see separate excel sheet]

Anlage ./4.2.1 / Exhibit ./4.2.1

**Liste der Depotwertpapiere *und Verpfändeten Forderungen* Class A / List of Deposit
Bonds and Pledged Receivables Class A**

Teil A / Part A

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
Teil A - Senior Schuldverschreibungen / Part A - Senior Deposit Bonds						
1	HBInt_EUR_12mEURIBOR&CMS-Spread-Option_2002-2017 [FMA: HBInt_EUR_12mEURIBOR&CMS_2002-2017]	XS0147285547	EUR	5.000.000,00	5.031.050,00	5.031.050,00
2	HBInt_AUD/JPY-linked_2003-2033_10.03.2003 [FMA: HBInt_AUD/JPY-linked_2003-2033]	XS0165060012	JPY	100.000.000,00	102.210.555,28	762.480,83
3	HBInt_JPY_1,905_2006-2016	XS0268565586	JPY	100.000.000,00	100.804.333,38	751.990,55
4	HBInt_EUR_CMS_2003-2023	XS0165190066	EUR	100.000,00	109.010,07	109.010,07
5	HBInt_EUR_Range_2002-2017	XS0148839243	EUR	100.000,00	105.180,00	105.180,00
6	HBInt_4,625%_2003-2018_EUR [FMA: HBInt_EUR_4,625%_2003-2018]	XS0162472517	EUR	100.000,00	104.573,61	104.573,61
7	HBInt_EUR_4,70%_2003-2018	XS0163694978	EUR	100.000,00	104.295,28	104.295,28
8	HBInt_EUR_5,80%_2002-2017	XS0148494320	EUR	100.000,00	104.092,22	104.092,22
9	HBInt_EUR_fix_2002-2017	XS0149819004	EUR	100.000,00	103.723,56	103.723,56
10	HBInt_EUR_3,72%_2006-2017	AT0000A00EZ4	EUR	100.000,00	103.575,33	103.575,33
11	HBInt_EUR_4,4%_2003-2017	XS0169594727	EUR	100.000,00	103.055,56	103.055,56
12	HBInt_EUR_4,25%_2003-2015	XS0169594057	EUR	100.000,00	103.010,42	103.010,42
13	HBInt_EUR_CMS-Spread_2005-2017	XS0232318831	EUR	100.000,00	102.934,25	102.934,25
14	HBInt_EUR_CMS-Spread_2005-2017	XS0232319300	EUR	100.000,00	102.934,25	102.934,25
15	HBInt_EUR_CMS-Spread_2005-2017	XS0232727411	EUR	100.000,00	102.934,25	102.934,25
16	HBInt_EUR_CMS-Spread_2005-2017	XS0232727684	EUR	100.000,00	102.934,25	102.934,25
17	HBInt_EUR_4,54%_2004-2017	XS0200438223	EUR	100.000,00	101.990,14	101.990,14
18	HBInt_EUR_Inflationsgelinkt_2005-2015	XS0217878841	EUR	100.000,00	101.591,59	101.591,59
19	HBInt_EUR_3,42%_2005-2016	XS0232733492	EUR	100.000,00	101.083,00	101.083,00
20	HBInt_EUR_5,04%_2003-2023	AT0000345483	EUR	100.000,00	100.224,00	100.224,00
21	HBInt_EUR_6mEuribor+17BP_2003-2018	XS0162348857	EUR	100.000,00	100.208,66	100.208,66
22	HBInt_EUR_6mEuribor+20BP_2003-2043	XS0164569187	EUR	100.000,00	100.184,64	100.184,64
23	HBInt_EUR_6mEuribor_2003-2018	XS0163390163	EUR	100.000,00	100.179,64	100.179,64
24	HBInt_EUR_6mEuribor+22BP_2003-2043_26.3.2003 [FMA: HBInt_EUR_6mEuribor+22BP_2003-2043]	XS0166280346	EUR	100.000,00	100.175,93	100.175,93
25	HBInt_EUR_6mEuribor+17BP_2003-2018	XS0163694895	EUR	100.000,00	100.146,10	100.146,10
26	HBInt_EUR_6mEuribor+18BP_2003-2018_19.03.2003 [FMA: HBInt_EUR_6mEuribor+18BP_2003-2018]	XS0165821074	EUR	100.000,00	100.141,21	100.141,21
27	HBInt_EUR_6mEuribor+18BP_2003-2018	XS0165863233	EUR	100.000,00	100.130,43	100.130,43
28	HBInt_EUR_6mEuribor+17BP_2002-2017	XS0147028061	EUR	100.000,00	100.107,56	100.107,56
29	HBInt_EUR_6mEuribor+17BP_2002-2017	XS0147142276	EUR	100.000,00	100.099,57	100.099,57
30	HBInt_EUR_6moEuribor_2004-2017	XS0203692727	EUR	100.000,00	100.085,26	100.085,26
31	HBInt_EUR_6mEuribor+15BP_2003-2017	XS0170738263	EUR	100.000,00	100.050,83	100.050,83

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
32	HBInt_EUR_3mEuribor+22BP_2003-2043_28.3.2003 [FMA: HBInt_EUR_3mEuribor+22BP_2003-2043]	XS0166422823	EUR	100.000,00	100.041,08	100.041,08
33	HBInt_EUR_6mEuribor+15BP_2003-2017	XS0171833030	EUR	100.000,00	100.024,80	100.024,80
34	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2017	XS0209755981	EUR	100.000,00	100.021,53	100.021,53
35	HBInt_EUR_6mEuribor+17BP_2003-2018	XS0161493811	EUR	100.000,00	100.015,94	100.015,94
36	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2017	XS0210195003	EUR	100.000,00	100.015,58	100.015,58
37	HBInt_EUR_6mEuribor+19BP_2002-2017	XS0151684981	EUR	100.000,00	100.014,22	100.014,22
38	HBInt_EUR_CMS-Spread-CAP_2006-2017 [FMA: HBInt_EUR_CMS-Spread-CAP]	XS0244768635	EUR	100.000,00	100.013,21	100.013,21
39	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2017	XS0210342316	EUR	100.000,00	100.011,78	100.011,78
40	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2015	XS0217836179	EUR	100.000,00	100.011,08	100.011,08
41	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2017	XS0210264411	EUR	100.000,00	100.009,92	100.009,92
42	HBInt_EUR_3mEuribor+15BP_2004-2017	XS0184385937	EUR	100.000,00	100.006,05	100.006,05
43	HBInt_EUR_6mEuribor+17BP_2003-2017	XS0173650028	EUR	100.000,00	100.004,10	100.004,10
44	HBInt_EUR_6mEuribor+16BP_2004-2017	XS0191139574	EUR	100.000,00	100.000,77	100.000,77
45	HBInt_CHF_6mLibor_2007-2015	XS0293593421	CHF	100.000,00	100.043,14	94.060,87
46	HBInt_EUR_5,10%_2003-2018_ZERO_21.03.2003 [FMA: HBInt_EUR_5,10%_2003-2018_ZERO]	XS0165935247	EUR	100.000,00	85.571,24	85.571,24
47	HYPO ALPE-ADRIA ANL.07/17_EUR	XS0281875483	EUR	50.000,00	50.215,75	50.215,75
48	HBInt_EUR_CMS-linked_2007-2017	XS0293591995	EUR	50.000,00	50.097,96	50.097,96
49	HBInt_EUR_CMS-linked-2007-2017	XS0293592613	EUR	50.000,00	50.097,96	50.097,96
50	HBInt_EUR_3m-Euribor_2007-2015	XS0289201484	EUR	50.000,00	50.020,98	50.020,98
51	HBInt_EUR_3mEuribor_2007-2015	XS0292051835	EUR	50.000,00	50.014,28	50.014,28
52	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2015	XS0218884194	EUR	50.000,00	50.003,99	50.003,99
53	HBInt_EUR_3moEuribor_2005-2016	XS0219079794	EUR	50.000,00	50.003,99	50.003,99
54	HBInt_EUR_6,94%_2003-2017	XS0149185745	EUR	10.000,00	10.503,15	10.503,15
55	HBInt_EUR_4,07%_2005-2017	XS0215451633	EUR	10.000,00	10.384,70	10.384,70
56	HBInt_EUR_3,90%_2005-2017	XS0210372065	EUR	10.000,00	10.038,47	10.038,47
57	HBInt_CHF_2,76_2007_2015	CH0028623145	CHF	5.000,00	5.076,01	4.772,48
58	HBInt_EUR_4.25%_2006 [FMA: HBInt_EUR_4.25%_2006-2016]	XS0272401356	EUR	1.000,00	1.014,09	1.014,09
59	HBInt_EUR_10YCMS_2005.2015 [FMA: HBInt_EUR_10YCMS_2005-2015]	XS0219714564	EUR	1.000,00	1.009,83	1.009,83
60	HBInt_EUR_3moEuribor_2004-2017	XS0187818595	EUR	1.000,00	1.000,38	1.000,38
61	HBInt_EUR_3moEuribor_2004-2017	XS0184652567	EUR	1.000,00	1.000,11	1.000,11
62	HBInt_EUR_3moEuribor_2004-2017	XS0198512732	EUR	1.000,00	1.000,09	1.000,09

Teil B / Part B

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
Part B - Senior Schuldscheine & Pfandbriefbank-Forderungen / Part B - Senior Pledged Receivables						
63	EUR Claim of Hypo Bank Burgenland AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
64	EUR Claim of Hypo NOE Gruppe Bank AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
65	EUR Claim of Oberösterreichische Landesbank AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
66	EUR Claim of Salzburger Landes-Hypothekenbank AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
67	EUR Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
68	EUR Claim of Hypo Tirol Bank AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
69	EUR Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
70	EUR Claim of Austrian Anadi Bank AG		EUR	46.845.062,50	46.876.075,56	46.876.075,56
71	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	20	EUR	30.000.000,00	31.171.391,67	31.171.391,67
72	SSD_EUR_4,835%_2003-2023	13	EUR	25.000.000,00	26.165.698,63	26.165.698,63
73	SSD_EUR_4,835%_03-23	52	EUR	25.000.000,00	26.165.698,63	26.165.698,63
74	SSD_EUR_4,28%_2007-2015	138	EUR	25.000.000,00	26.067.068,50	26.067.068,50
75	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	5	EUR	20.000.000,00	20.780.927,78	20.780.927,78
76	SSD_EUR_4,725%_2004-2017	22	EUR	20.000.000,00	20.472.500,00	20.472.500,00
77	SSD_EUR_5,125%_2003-2018	9	EUR	20.000.000,00	20.146.027,40	20.146.027,40
78	EUR Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG		EUR	15.957.875,00	15.957.875,00	15.957.875,00
79	SSD_EUR_4,7%_2003-2018	14	EUR	15.000.000,00	15.654.083,34	15.654.083,34
80	SSD_EUR_4,7%_2003-2018	19	EUR	15.000.000,00	15.654.083,34	15.654.083,34
81	SSD_EUR_4,7%_2003-2018	11	EUR	15.000.000,00	15.654.083,34	15.654.083,34
82	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	32	EUR	15.000.000,00	15.585.695,84	15.585.695,84
83	SSD_EUR_3,50%_2005-2016	86	EUR	15.000.000,00	15.191.301,37	15.191.301,37
84	CHF Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG		CHF	11.562.500,00	11.562.500,00	10.871.098,16
85	SSD_EUR_5,58%_2003-2023	4	EUR	10.000.000,00	10.507.550,69	10.507.550,69
86	SSD_EUR_4,605%_2004-2017	45	EUR	10.000.000,00	10.451.545,84	10.451.545,84
87	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	12	EUR	10.000.000,00	10.390.463,89	10.390.463,89
88	SSD_EUR_4,68%_2004-2017	46	EUR	10.000.000,00	10.234.000,00	10.234.000,00
89	SSD_EUR_3,91%_2005-2015	67	EUR	10.000.000,00	10.175.682,19	10.175.682,19
90	SSD_EUR_3,545%_2005-2015 [FMA: SSD_EUR_3,545%_2003-2015]	91	EUR	10.000.000,00	10.088.382,19	10.088.382,19
91	SSD_EUR_3,75%_2006-2016	100	EUR	10.000.000,00	10.078.082,19	10.078.082,19
92	SSD_EUR_3,785%_2005-2016	59	EUR	10.000.000,00	10.077.773,98	10.077.773,98
93	SSD_EUR_5,16%_2003-2018	1	EUR	10.000.000,00	10.073.512,33	10.073.512,33
94	SSD_EUR_5,16%_2003-2018	49	EUR	10.000.000,00	10.073.512,33	10.073.512,33
95	SSD_EUR_3,725%_2006-2016	102	EUR	10.000.000,00	10.021.431,51	10.021.431,51
96	SSD_EUR 6m Euribor+0,09%_2007-2015 [FMA: SSD_EUR 6m Euribor_2007-2015]	140	EUR	10.000.000,00	10.012.234,17	10.012.234,17

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
97	SSD_EUR_3,97%_2005-2016	60	EUR	10.000.000,00	10.003.263,01	10.003.263,01
98	SSD_EUR_4,70%_2004-2017	44	EUR	7.000.000,00	7.151.705,56	7.151.705,56
99	SSD_EUR_4,7%_2003-2018	18	EUR	5.000.000,00	5.218.027,78	5.218.027,78
100	SSD_EUR_4,67%_03-18	17	EUR	5.000.000,00	5.195.231,95	5.195.231,95
101	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	28	EUR	5.000.000,00	5.195.231,95	5.195.231,95
102	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	29	EUR	5.000.000,00	5.195.231,95	5.195.231,95
103	SSD_EUR_4,67%_2003-2018	36	EUR	5.000.000,00	5.195.231,95	5.195.231,95
104	SSD_EUR_4,27%_2006-2016	107	EUR	5.000.000,00	5.143.308,22	5.143.308,22
105	SSD_EUR_3,74%_2006-2016	101	EUR	5.000.000,00	5.100.928,77	5.100.928,77
106	SSD_EUR_4,67%_03-18	16	EUR	4.000.000,00	4.156.185,56	4.156.185,56
107	CHF Claim of Hypo Bank Burgenland AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
108	CHF Claim of Hypo NOE Gruppe Bank AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
109	CHF Claim of Oberösterreichische Landesbank AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
110	CHF Claim of Salzburger Landes-Hypothekenbank AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
111	CHF Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
112	CHF Claim of Hypo Tirol Bank AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
113	CHF Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
114	CHF Claim of Austrian Anadi Bank AG		CHF	3.125.000,00	3.122.133,19	2.935.439,25
115	SSD_EUR_4,16%_06-17	119	EUR	2.000.000,00	2.000.227,95	2.000.227,95
116	SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO	94	EUR	1.000.000,00	1.048.473,40	1.048.473,40
117	SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO	92	EUR	1.000.000,00	1.048.473,40	1.048.473,40
118	SSD_EUR_6,72%_2005-2017_AO [FMA: SSD_EUR 6,72%_2003-2017_AO]	93	EUR	1.000.000,00	1.048.473,40	1.048.473,40
119	SSD_EUR_4,10%_2006-2017 [FMA: SSD_EUR_4,10_2006-2017]	115	EUR	1.000.000,00	1.039.652,05	1.039.652,05
120	SSD_EUR_4,67%_03-18	15	EUR	1.000.000,00	1.039.046,39	1.039.046,39
121	SSD_EUR_4,015%_2005-2016	63	EUR	1.000.000,00	1.038.500,00	1.038.500,00
122	SSD_EUR_6,74%_2005-2017_AO [FMA:SSD_EUR_CMS-Spread 2005-2017_AO]	89	EUR	1.000.000,00	1.037.686,25	1.037.686,25
123	SSD_EUR_6,74%_2005-2017_AO	90	EUR	1.000.000,00	1.037.686,25	1.037.686,25
124	SSD_EUR_3,83%_2006-2016	103	EUR	1.000.000,00	1.037.460,55	1.037.460,55
125	SSD_EUR_4,705%_2004-2017	23_1	EUR	1.000.000,00	1.029.667,64	1.029.667,64
126	SSD_EUR_4,705%_2004-2017	23_2	EUR	1.000.000,00	1.029.667,64	1.029.667,64
127	SSD_EUR_4,10%_2006-2017	124	EUR	1.000.000,00	1.029.205,48	1.029.205,48
128	SSD_EUR_4,32%_2007-2017	129	EUR	1.000.000,00	1.028.878,90	1.028.878,90
129	SSD_EUR_4,3% 07-17	127	EUR	1.000.000,00	1.028.745,21	1.028.745,21
130	SSD_EUR_4,3% 07-17	126	EUR	1.000.000,00	1.028.745,21	1.028.745,21
131	SSD_EUR_4,3% 07-17	128	EUR	1.000.000,00	1.028.745,21	1.028.745,21

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
132	SSD_EUR_4,3% 07-17	125	EUR	1.000.000,00	1.028.745,21	1.028.745,21
133	SSD_EUR_4,28%_2007-2017	130	EUR	1.000.000,00	1.028.611,51	1.028.611,51
134	SSD_EUR_4,275%_2007_2017	131	EUR	1.000.000,00	1.028.578,08	1.028.578,08
135	SSD_EUR_4,275%_2007_2017	132	EUR	1.000.000,00	1.028.578,08	1.028.578,08
136	SSD_EUR_4,44%_2006-2017	108	EUR	1.000.000,00	1.028.464,66	1.028.464,66
137	SSD_EUR_4,39%_2006-2016	109	EUR	1.000.000,00	1.027.181,92	1.027.181,92
138	SSD_EUR_4,31%_2006-2016 [FMA: SSD_EUR_4,31%_2016]	111	EUR	1.000.000,00	1.025.741,92	1.025.741,92
139	SSD_EUR_4,25%_2007-2015	135	EUR	1.000.000,00	1.025.732,88	1.025.732,88
140	SSD_EUR_4,735%_2004-2017	21_54	EUR	1.000.000,00	1.023.675,00	1.023.675,00
141	SSD_EUR_4,735%_2004-2017	39	EUR	1.000.000,00	1.023.675,00	1.023.675,00
142	SSD_EUR_4,735%_2004-2017	41	EUR	1.000.000,00	1.023.675,00	1.023.675,00
143	SSD_EUR_4,69%_2004-2017	24	EUR	1.000.000,00	1.023.450,00	1.023.450,00
144	SSD_EUR_4,68%_2004-2017	40	EUR	1.000.000,00	1.023.400,00	1.023.400,00
145	SSD_EUR_6,48%_2005-2016_AO [FMA:SSD_EUR-CMS-Spread_2005-2016_AO]	82	EUR	1.000.000,00	1.022.642,19	1.022.642,19
146	SSD_EUR_4,20%_2007-15	139	EUR	1.000.000,00	1.020.827,40	1.020.827,40
147	SSD_EUR_4,41%_2007-2015	134	EUR	1.000.000,00	1.020.177,26	1.020.177,26
148	SSD_EUR_4,02%_2005-2016	62	EUR	1.000.000,00	1.019.273,97	1.019.273,97
149	SSD_EUR_4,40%_2006-2016	110	EUR	1.000.000,00	1.010.849,32	1.010.849,32
150	SSD_EUR_6mEuribor+3,07%_2005_2017_AO [FMA: SSD_EUR_6mEuribor+3,7%_2005_2017_AO]	84	EUR	1.000.000,00	1.010.157,94	1.010.157,94
151	SSD_EUR_4,00%_2006-2016	114	EUR	1.000.000,00	1.009.863,01	1.009.863,01
152	SSD_EUR_6MEuribor+3,10%_2005-2016_AO	87	EUR	1.000.000,00	1.009.131,22	1.009.131,22
153	SSD_EUR_3,76%_2005-2016	69	EUR	1.000.000,00	1.006.386,85	1.006.386,85
154	SSD_EUR_6mEuribor+3,065%_2005_2017_AO [FMA:SSD_EUR_CMS-Spread_2005-2017_AO]	83	EUR	1.000.000,00	1.006.122,25	1.006.122,25
155	SSD_EUR_4,34%_2006_2017	116_2	EUR	1.000.000,00	1.005.588,49	1.005.588,49
156	SSD_EUR_4,34%_2006_2017	116_1	EUR	1.000.000,00	1.005.588,49	1.005.588,49
157	SSD_EUR_4,254%_2006-2017	118	EUR	1.000.000,00	1.005.477,75	1.005.477,75
158	SSD_EUR_3,7%_2006-2016	95	EUR	1.000.000,00	1.003.142,47	1.003.142,47
159	SSD_EUR_3,7%_2006-2016	98	EUR	1.000.000,00	1.002.736,99	1.002.736,99
160	SSD_EUR_3,7%_2006-2016	97	EUR	1.000.000,00	1.002.736,99	1.002.736,99
161	SSD_EUR_3,7%_2006-2016	96	EUR	1.000.000,00	1.002.736,99	1.002.736,99
162	SSD_EUR_3,7%_2006-2016	99	EUR	1.000.000,00	1.002.736,99	1.002.736,99
163	SSD_EUR_4%_2006-2017	122	EUR	1.000.000,00	1.002.410,96	1.002.410,96
164	SSD_EUR_4,05%_2006-2017	123	EUR	1.000.000,00	1.001.664,38	1.001.664,38
165	SSD_EUR_3,97%_2005-2016	61	EUR	1.000.000,00	1.000.326,30	1.000.326,30

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
166	JPY Claim of Pfandbriefbank (Österreich) AG		JPY	93.750.000,00	93.750.000,00	699.365,91
167	JPY Claim of Hypo Bank Burgenland AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
168	JPY Claim of Hypo NOE Gruppe Bank AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
169	JPY Claim of Oberösterreichische Landesbank AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
170	JPY Claim of Salzburger Landes-Hypothekenbank AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
171	JPY Claim of Landes-Hypothekenbank Steiermark AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
172	JPY Claim Hypo Tirol Bank AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
173	JPY Claim of Vorarlberger Landes-Hypothekenbank AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35
174	JPY Claim of Austrian Anadi Bank AG		JPY	0,00	3.398,44	25,35

Anlage ./4.3.1

**Liste der Depotwertpapiere und Verpfändeten Forderungen Class B / List of Deposit
Bonds and Pledged Receivables Class B**

Teil A / Part A

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
Part A - Nachrangige Schuldverschreibungen / Part A - Subordinated Deposit						
Bonds						
1	NR HBInt_EUR_FRN_2004-2017	QOXDB9964079	EUR	20.000.000,00	20.138.353,42	20.138.353,42
2	NR HBInt_EUR/USD-linked_1999-2029 [FMA: NR HBInt_EUR/USD-linked_1999-2029_ZERO]	XS0097058720	EUR	100.000,00	277.881,18	277.881,18
3	NR HBInt_EUR_4,875%_2004-2017	XS0184026374	EUR	100.000,00	107.239,91	107.239,91
4	NR HBInt_EUR_5,03%_2004-2017	AT0000355334	EUR	100.000,00	105.534,93	105.534,93
5	NR HBInt_EUR_5,27%_2003-2028_20.03.2003 [FMA: NR HBInt_EUR_5,27%_2003-2028]	XS0165863316	EUR	100.000,00	104.743,00	104.743,00
6	NR HBInt_EUR_CMS_linked_2003-2017	XS0170866775	EUR	100.000,00	103.022,16	103.022,16
7	HBA_EUR_5,73%_2001-2021	XS0139343635	EUR	100.000,00	101.273,33	101.273,33
8	NR HBInt_EUR_6mEuribor+65BP_2002-2017	XS0154247299	EUR	100.000,00	100.936,43	100.936,43
9	NR HBInt_EUR_FRN_NR_2002-2032 [FMA: NR HBInt_EUR_FRN NR_2002-2032]	XS0158550292	EUR	100.000,00	100.173,60	100.173,60
10	NR HBInt_EUR_5,92%_2002-2022	XS0142938686	EUR	100.000,00	100.148,00	100.148,00
11	NR HBInt_EUR_7,5%NR_1994-2024	AT0000327101	ATS	1.000.000,00	1.057.083,33	76.821,24
12	HBInt_EUR_4,35%_06-16	XS0274117117	EUR	50.000,00	52.937,65	52.937,65
13	NR HBInt_EUR_3mEuribor_2007-2017	XS0283714896	EUR	50.000,00	50.276,29	50.276,29
14	NR HBInt_EUR_FRN_NR_2004-2017	XS0205170268	EUR	50.000,00	50.167,26	50.167,26
15	NR HBInt_EUR_3mEuribor+49BP_2000-2030	XS0121202658	EUR	10.000,00	10.010,84	10.010,84

Teil B / Part B

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
Part B - Nachrangige Schuldscheine / Part B - Subordinated Pledeged						
Receivables						
16	SSD_NR_EUR_4,517%_2007-2017	146	EUR	20.000.000,00	21.314.931,71	21.314.931,71
17	SSD_NR_EUR_4,60%_2006-2017	142	EUR	13.000.000,00	13.895.501,63	13.895.501,63
18	SSD_NR_EUR_4,08%_2005-2017	58	EUR	10.000.000,00	10.628.095,84	10.628.095,84
19	SSD_NR_EUR_4,08%_2005-2017	56	EUR	10.000.000,00	10.628.095,84	10.628.095,84
20	SSD_NR_EUR_4,60%_2006-2017	141	EUR	7.000.000,00	7.482.192,55	7.482.192,55
21	SSD_NR_EUR_4,60%_2006-2017	143	EUR	7.000.000,00	7.482.192,55	7.482.192,55
22	SSD_NR_EUR_4,97%_2003-2017	34	EUR	5.000.000,00	5.362.446,10	5.362.446,10
23	SSD_NR_EUR_4,97%_2003-2017	30	EUR	5.000.000,00	5.362.446,10	5.362.446,10
24	SSD_NR_EUR_4,08%_2005-2017	57	EUR	5.000.000,00	5.314.048,82	5.314.048,82
25	SSD_NR_EUR_5%_2003-2018	25	EUR	5.000.000,00	5.231.249,09	5.231.249,09
26	SSD_NR_EUR_4,35%_2003-2017	33	EUR	5.000.000,00	5.147.417,35	5.147.417,35
27	SSD_NR_EUR_4,517%_2007-2017	145	EUR	4.000.000,00	4.262.986,65	4.262.986,65
28	SSD_NR_EUR_5%_2003-2018	26	EUR	3.000.000,00	3.138.750,68	3.138.750,68
29	SSD_NR_EUR_4,56%_2006-2017	148	EUR	2.500.000,00	2.675.839,79	2.675.839,79
30	SSD_NR_EUR_5%_2003-2018	27	EUR	2.000.000,00	2.092.500,45	2.092.500,45
31	SSD_NR_EUR_4,35%_2003-2017	53	EUR	2.000.000,00	2.058.967,35	2.058.967,35
32	SSD_NR_EUR_4,495%_2006-2017	112	EUR	1.000.000,00	1.072.072,57	1.072.072,57
33	SSD_NR_EUR_4,49%_2006-2016 [FMA: SSD_NR_EUR_4,49%_2006-2017]	117-1	EUR	1.000.000,00	1.070.929,76	1.070.929,76
34	SSD_NR_EUR_4,49%_2006-2016	117-2/133	EUR	1.000.000,00	1.070.929,76	1.070.929,76
35	SSD_NR_EUR_4,51%_2006-2017	113	EUR	1.000.000,00	1.069.244,01	1.069.244,01
36	SSD_NR_EUR_3mEuribor+0,25%_2005-2017	66	EUR	1.000.000,00	1.064.773,68	1.064.773,68
37	SSD_NR_EUR_3,79%_2005-2017	72	EUR	1.000.000,00	1.060.966,44	1.060.966,44
38	SSD_NR_EUR_3,79%_2005-2017	71	EUR	1.000.000,00	1.060.966,44	1.060.966,44
39	SSD_NR_EUR_3,80%_2005-2017	73	EUR	1.000.000,00	1.060.329,74	1.060.329,74
40	SSD_NR_EUR_3,80%_2005-2017	74	EUR	1.000.000,00	1.060.329,74	1.060.329,74
41	SSD_NR_EUR_3,80%_2005-2017	75	EUR	1.000.000,00	1.058.612,96	1.058.612,96
42	SSD_NR_EUR_3,63%_2005-2017	80	EUR	1.000.000,00	1.053.692,17	1.053.692,17
43	SSD_NR_EUR_3,618%_2005-2017	79	EUR	1.000.000,00	1.053.621,74	1.053.621,74
44	SSD_NR_EUR_3,614%_2005-2017	81	EUR	1.000.000,00	1.053.348,55	1.053.348,55
45	SSD_NR_EUR_4,5%_2006-2017	121	EUR	1.000.000,00	1.051.780,82	1.051.780,82
46	SSD_NR_EUR_4,28%_2006-2017	120	EUR	1.000.000,00	1.048.742,74	1.048.742,74
47	SSD_NR_EUR_4,45%_2006-2017	104	EUR	1.000.000,00	1.025.846,61	1.025.846,61
48	SSD_NR_EUR_3,7%_2005-2017	70	EUR	1.000.000,00	1.021.490,44	1.021.490,44
49	SSD_NR_EUR_6mEuribor+0,3%_2007-2017	144	EUR	1.000.000,00	1.007.117,86	1.007.117,86
50	SSD NR EUR 3mEuribor+0,25% 2006-2017	105	EUR	1.000.000,00	1.003.556,98	1.003.556,98

Nr	Bezeichnung des Schuldtitels	ISIN / Kenn-Nr.	Währung	Festgelegte Stückelung (Währung des Schuldtitel)	Angepasste Festgelegte	
					Stückelung (Währung des Schuldtitels)	Angepasste Festgelegte Stückelung (EUR)
51	SSD_NR_EUR_4,56%_2006-2017	149	EUR	500.000,00	535.167,23	535.167,23

Anlage ./ 6.1.1
Muster Ziehung Finanzierung

[Briefkopf der Pfandbestellerin]

PER FAX

Citibank, N.A., London Branch
zH: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, Vereinigtes Königreich
Fax Nummer: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
zH: Herr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 919 511 644

[OeKB CSD GmbH]
zH: *[Ansprechperson]*
Strauchgasse 1-3, 1010 Wien, Österreich
Fax Nummer: +43 1 53127 4020

_____, am _____

Betreff: Ziehung unter Finanzierung

Sehr geehrte Damen und Herren!

1. Wir beziehen uns auf den Pfandbestellungsvertrag über Kontoguthaben, Wertpapierdepots, Wertpapiere und Forderungen vom [DATUM] (der "**Pfandvertrag**"). Definierte Begriffe, die in dieser Verständigung nicht definiert wurden, haben in dieser Verständigung jene Bedeutung, die ihnen im Pfandvertrag zugewiesen wird.

2. Dies ist eine Mitteilung gemäß Punkt 6.1.1 des Verpfändungsvertrags.
3. Die Rückkaufsperiode ist am [DATUM] abgelaufen. Am [DATUM CANCELLATION ALLER RÜCKGEKAUFTEN ZCBS] sind noch [•] Nullkupon-Instrumente mit einer gesamten Nominale von EUR [•] ausständig. In Anlage 1 finden Sie die Bestätigung des Registrars über die noch ausstehenden Nullkupon-Instrumente.
4. Auf dem Rückführungskonto Umtausch sind derzeit EUR [•] gutgeschrieben.
5. Der Barwert der gemäß Punkt 6.1.3 des Verpfändungsvertrages zu erwerbenden Anleihe der Republik Österreich mit gleicher Laufzeit und gleichem ausstehenden Gesamtnominale wie die noch ausständigen Nullkupon-Instrumente beträgt EUR [•].
6. Zum Ankauf der unter Punkt 5 genannten Bundesanleihe werden wir daher einen Betrag in Höhe von EUR [•] (das entspricht dem in Punkt 5 genannten Betrags abzüglich des in Punkt 4 genannten Betrags) unter dem Finanzierungs-Anspruch ziehen.
7. Wir weisen hiermit die OeKB CSD GmbH an, vorbehaltlich der Kenntnisnahme der Citibank, N.A., London Branch als Pfandgläubiger, alle Depotwertpapiere und Verpfändete Forderungen vom Umtauschangebot-Depot auf das Rückkauf-Depot zu übertragen.
8. Wir verständigen hiermit HETA, als Schuldnerin der Verpfändeten Forderungen, und sämtliche relevante Zahlstellen dass die Verpfändeten Forderungen, vorbehaltlich der Kenntnisnahme der Citibank, N.A., London Branch als Pfandgläubigern, nicht mehr gemäß dem Pfandvertrag sondern gemäß dem zwischen der Pfandbestellerin und der ABBAG geschlossenen Verpfändungsvertrag vom [DATUM] ("**Verpfändungsvertrag ABBAG**") verpfändet sind. Diese Erklärung dient als Drittschuldnerverständigung gemäß Punkt [•] des Verpfändungsvertrages ABBAG.

Mit freundlichen Grüßen

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

1 Anlage

Wir, Citibank, N.A., London Branch, in unserer Funktion als Sicherheitentreuhänder und Pfandgläubiger unter dem Pfandvertrag nehmen hiermit (ohne Nachforschung oder Haftung) der Freilassung der Depotwertpapiere und der Verpfändeten Forderungen Zug um Zug gegen Zahlung von EUR [BETRAG GEM PUNKT 6 OBEN] auf das Rückführungskonto Umtausch, welches wir nicht überwachen oder Nachforschungen dazu anstellen, zur Kenntnis.

London, [DATUM]

Citibank, N.A., London Branch

Ergeht an ABBAG und OeKB CSD

Anlage 1 - Bestätigung Registrar und Leermeldung Sperrdepot

Exhibit ./6.1.1
Specimen Drawing Notice

[Letterhead of Pledgor]

BY FAX

Citibank, N.A., London Branch
attn.: [•]
Citigroup Centre, 33 Canada Square, Canary Wharf,
London, E14 5LB, United Kingdom
Fax: +44 20 7500 5877

ABBAG-Abbaumanagementgesellschaft des Bundes
attn.: Mr Niedermüller
Renngasse 6-8/Wächtergasse 1, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 919 511 644

[OeKB CSD GmbH]
attn.: [Contact person]
Strauchgasse 1-3, 1010 Vienna, Austria
Fax: +43 1 53127 4020

_____, this _____

Subject: Drawing under the Financing Claim

Ladies and Gentlemen!

1. We refer to the pledge agreement on account balances, securities deposits, bonds and receivables dated [DATUM] (the "**Pledge Agreement**"). Defined terms used but not defined in this notification shall have the meaning given to such terms in the Pledge Agreement.
2. This is a notification pursuant to clause 6.1.1 of the Pledge Agreement.
3. The Repurchase Period expired on [DATE]. On [DATE OF CANCELLATION OF ALL REPURCHASED ZCBS] there are [•] Zero Coupon Bonds with an aggregate nominal value

of EUR [•] outstanding. Please find the confirmation of the Registrar of the outstanding Zero Coupon Bonds in Annex 1.

4. There are EUR [•] credited to the Repayment Account Exchange.
5. The discounted nominal value of the bond to be acquired pursuant to clause 6.1.3 of the Pledge Agreement and to be issued by the Republic of Austria with the same maturity and the same outstanding aggregate nominal value as the outstanding Zero Coupon Bonds amounts to EUR [•].
6. For purposes of the acquisition of the government bond specified in clause 5 above, we will draw an amount equal to EUR [•] (this amount equals to the amount set-out in clause 5 above less the amount set-out in clause 4 above) under the Financing Claim.
7. We hereby instruct OeKB CSD GmbH, subject to the acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch as Pledgee, to transfer all Deposit Bonds from the Exchange Deposit to the Repurchase Deposit.
8. We hereby inform HETA, as debtor of the Pledged Receivables, and each relevant Paying Agent that the Pledged Receivables are upon acknowledgement of Citibank, N.A., London Branch as pledgee, no longer pledged under the Pledge Agreement but pledged under the pledge agreement entered into on [DATE] between the Pledgor and ABBAG (the "**Pledge Agreement ABBAG**"). This declaration shall serve as debtor notification pursuant to clause [•] of the Pledge Agreement ABBAG.

Kind regards

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

1 Annex

We, Citibank, N.A., London Branch, in our function as Security Agent and Pledgee under the Pledge Agreement hereby acknowledge (without enquiry or liability) the release of the Deposit Bonds and the Pledged Receivables upon payment of EUR [AMOUNT AS SET OUT IN CLAUSE 6 ABOVE] to the Repayment Account Exchange, which we shall not monitor or investigate.

London, [DATE]

Citibank, N.A., London Branch

To be sent to ABBAG and OeKB CSD

Annex 1 – Confirmation registrar and empty signal Blocked Deposit

ANHANG H

TEIL 1 – RUFO-ERKLÄRUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH

An:

[*Alle Gläubiger der Schuldnerin*]

Die Republik Österreich erklärt hiermit bedingungslos und unwiderruflich,

1. dass seit dem 1. Mai 2016 bis zum Datum dieser Angebotsunterlage weder sie selbst noch ein von ihr beherrschter oder finanzierter Rechtsträger (i) einem Gläubiger der HETA ASSET RESOLUTION AG („**HETA**“) ein finanziell günstigeres Angebot für den Erwerb und/oder Umtausch von Schuldtiteln (wie in der Angebots- und Umtauschangebotsunterlage vom 6. September 2016 (die „**Angebotsunterlage**“) des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds („**K-AF**“) definiert) unterbreitet hat, (ii) mit Gläubigern der HETA auf freiwilliger Basis eine sonstige Transaktion zu finanziell günstigeren Bedingungen bezüglich solcher Schuldtitel eingegangen ist oder (iii) die Beilegung von Gerichtsverfahren bezüglich der Schuldtitel, an denen Gläubiger der HETA beteiligt sind, zu finanziell günstigeren Bedingungen vereinbart hat, jeweils im Vergleich zu den Konditionen und Bedingungen der Angebote, die der K-AF im Rahmen der Angebotsunterlage abgeben wird, und soweit sie nicht
 - (a) allen anderen Gläubiger der HETA zeitgleich diese finanziell günstigeren Angebote, Transaktionen oder Beilegungen angeboten hat; oder
 - (b) nach Maßgabe einer vollstreckbaren Gerichtsentscheidung Zahlungen an Gläubiger der HETA geleistet hat, sofern die betreffende Entscheidung nicht aus einer Anerkenntnis oder einer nicht erfolgten Ergreifung nach anwendbarem Recht verfügbarer, vernünftiger Rechtsmittel oder -behelfe resultiert;
2. dass weder sie selbst noch ein von ihr beherrschter oder finanzierter Rechtsträger (i) einem Gläubiger der HETA ein finanziell günstigeres Angebot für den Erwerb und/oder Umtausch von Schuldtiteln (wie in der Angebotsunterlage definiert) unterbreiten wird oder (ii) mit Gläubigern der HETA auf freiwilliger Basis eine sonstige Transaktion zu finanziell günstigeren Bedingungen bezüglich solcher Schuldtitel eingehen wird oder (iii) die Beilegung von Gerichtsverfahren bezüglich der Schuldtitel, an denen Gläubiger der HETA beteiligt sind, zu finanziell günstigeren Bedingungen vereinbaren wird, jeweils im Vergleich zu den Konditionen und Bedingungen der Angebote, die der K-AF im Rahmen der Angebotsunterlage abzugeben hat. Die vorstehenden Bestimmungen sind nicht anwendbar, wenn allen anderen Gläubigern der HETA, die das Angebot des K-AF nach der Angebotsunterlage angenommen haben, zeitgleich diese finanziell günstigeren Angebote, Transaktionen oder Beilegungen angeboten werden.
3. Unbeschadet des Vorstehenden sind Zahlungen an Gläubiger der HETA, die nach Maßgabe einer vollstreckbaren Gerichtsentscheidung erfolgen, zu erlauben, sofern diese Entscheidung nicht aus einer Anerkenntnis oder einer nicht erfolgten Ergreifung nach anwendbarem Recht verfügbarer, vernünftiger Rechtsmittel oder -behelfe resultiert. Die vorstehenden Pflichten enden, falls nach Ende der Angebotsfrist (wie in der Angebotsunterlage definiert) die Transaktionsbedingungen (wie in der Angebotsunterlage definiert) nicht erfüllt sind.

4. Diese Erklärung unterliegt dem Recht Österreichs unter Ausschluss seiner Kollisionsnormen.

Republik Österreich

ANHANG H

TEIL 2 – RUFO-ERKLÄRUNG DES LANDES KÄRNTEN

An:

alle Gläubiger der Schuldnerin HETA ASSET RESOLUTION AG

Das Land Kärnten erklärt hiermit bedingungslos und unwiderruflich,

1. dass seit dem 1. Mai 2016 bis zum Datum dieser Angebots- und Umtauschunterlage vom 6. September 2016 weder es selbst noch ein von ihm beherrschter oder finanzierter Rechtsträger (i) einem Gläubiger der HETA ASSET RESOLUTION AG („**HETA**“) ein finanziell günstigeres Angebot für den Erwerb und/oder Umtausch von Schuldtiteln (wie in der Angebots- und Umtauschangebotsunterlage vom 6. September 2016 definiert (die „**Angebotsunterlage**“) des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds („**K-AF**“) definiert) unterbreitet hat, (ii) mit Gläubigern der HETA auf freiwilliger Basis eine sonstige Transaktion zu finanziell günstigeren Bedingungen bezüglich solcher Schuldtitel eingegangen ist oder (iii) die Beilegung von Gerichtsverfahren bezüglich der Schuldtitel, an denen Gläubiger der HETA beteiligt sind, zu finanziell günstigeren Bedingungen vereinbart hat, jeweils im Vergleich zu den Konditionen und Bedingungen der Angebote, die der K-AF im Rahmen der Angebotsunterlage abgeben wird, und soweit sie nicht
 - (a) allen anderen Gläubigern der HETA zeitgleich diese finanziell günstigeren Angebote, Transaktionen oder Beilegungen angeboten hat; oder
 - (b) nach Maßgabe einer vollstreckbaren Gerichtsentscheidung Zahlungen an Gläubiger der HETA geleistet hat, sofern die betreffende Entscheidung nicht aus einer Anerkenntnis oder einer nicht erfolgten Ergreifung nach anwendbarem Recht verfügbarer, vernünftiger Rechtsmittel oder -behelfe resultiert;
2. dass weder es selbst noch ein von ihm beherrschter oder finanzierter Rechtsträger (i) einem Gläubiger der HETA ein finanziell günstigeres Angebot für den Erwerb und/oder Umtausch von Schuldtiteln (wie in der Angebotsunterlage definiert) unterbreiten wird oder (ii) mit bestimmten Gläubigern der HETA auf freiwilliger Basis eine sonstige Transaktion zu finanziell günstigeren Bedingungen bezüglich solcher Schuldtitel eingehen wird oder (iii) die Beilegung von Gerichtsverfahren bezüglich der Schuldtitel, an denen Gläubiger der HETA beteiligt sind, zu finanziell günstigeren Bedingungen vereinbaren wird, jeweils im Vergleich zu den Konditionen und Bedingungen der Angebote, die der K-AF im Rahmen der Angebotsunterlage abzugeben hat. Die vorstehenden Bestimmungen sind nicht anwendbar, wenn allen anderen Gläubigern der HETA, die das Angebot des K-AF nach der Angebotsunterlage angenommen haben, zeitgleich diese finanziell günstigeren Angebote, Transaktionen oder Beilegungen angeboten werden.
3. Unbeschadet des Vorstehenden sind Zahlungen an Gläubiger der HETA bezüglich der Schuldtitel (ungeachtet des Rechtsgrunds und einschließlich allfälliger Zahlungen des Landes Kärnten, der Kärntner Beteiligungsverwaltung und des Sondervermögens Kärnten (zusammen die Rechtsnachfolger der Kärntner Landes- und Hypothekenbank Holding (Kärntner Landesholding)) unter gesetzlichen Ausfallsbürgschaften), die nach Maßgabe einer vollstreckbaren Gerichtsentscheidung erfolgen, zu erlauben, sofern diese Entscheidung nicht aus einem Anerkenntnis oder einer nicht erfolgten Ergreifung nach anwendbarem Recht verfügbarer, vernünftiger Rechtsmittel oder -behelfe resultiert.

Zahlungen an Pfandbriefbank (Österreich) AG zur Erfüllung ihrer rechtlichen (§ 2 Pfandbriefstelle-Gesetz) und vertraglichen (Stabilisierungsvereinbarung vom April 2015) Pflichten in Höhe von insgesamt bis zu EUR 10 Millionen gelten im Übrigen nicht als Verletzung dieser Verpflichtungserklärung. Die vorstehenden Pflichten enden, falls nach Ende der Angebotsfrist (wie in der Angebotsunterlage definiert) die Transaktionsbedingungen (wie in der Angebotsunterlage definiert) nicht erfüllt sind.

4. Diese Erklärung unterliegt dem Recht Österreichs unter Ausschluss seiner Kollisionsnormen.

Land Kärnten

ANHANG I
RÜCKKAUFVERPFLICHTUNG

Diese **VERPFLICHTUNGSSURKUNDE ZUM RÜCKKAUF** (diese "**Rückkaufverpflichtung**") wird am 6. September 2016 abgeschlossen.

This **DEED OF COVENANT TO REPURCHASE** (this "**Repurchase Commitment**") is made on 6 September 2016.

DURCH

(1) den **Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds** (der "**Angebotsleger**")

BY

(1) **Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds** (the "**Offeror**")

ZUGUNSTEN VON

(2) den **Gläubigern** (wie nachstehend definiert)

IN FAVOUR OF

(2) the **Holders** (as defined below).

WONACH

- (A) Der Angebotsleger beabsichtigt die Ausgabe mittelfristiger Nullkupon-Anleihen (ISIN XS1484645533 und XS1484645616) (die "**Nullkupon-Anleihen**") am oder um den 12. Oktober 2016 bei Annahme der Angebote (wie nachstehend definiert) in Übereinstimmung mit den Konditionen und vorbehaltlich der Bedingungen, die in der Angebotsunterlage enthalten sind.
- (B) Der Angebotsleger möchte den Inhabern von Schuldtiteln (wie in der Angebotsunterlage (wie nachstehend definiert) definiert) einen Anreiz bieten, die Angebote (wie nachstehend definiert) anzunehmen, indem er sich verpflichtet bis zu sämtliche Nullkupon-Anleihen nach deren Ausgabe in Übereinstimmung mit dieser Rückkaufverpflichtung zurückzukaufen.

WHEREAS

- (A) The Offeror intends to issue medium term zero coupon bonds (ISIN XS1484645533 and XS1484645616) (the "**Zero Coupon Bonds**") on or around 12 October 2016 upon acceptance of the Offers (as defined below) in accordance with the terms and on the conditions set forth in the Offering Memorandum.
- (B) The Offeror wishes to incentivise holders of the Instruments (as defined in the Offering Memorandum (as defined below)) to accept the Offers (as defined below) by undertaking to repurchase up to all of the Zero Coupon Bonds following their issuance in accordance with this Repurchase Commitment.

Ziffer 1 Definitionen

- 1.1 Definierte Begriffe, die in dieser Rückkaufverpflichtung verwendet aber nicht an anderer Stelle definiert werden, haben die Bedeutung, die ihnen unten zugewiesen wird.

"**Bankarbeitstag**" bezeichnet einen Tag, mit Ausnahme von Samstagen und Sonntagen, an dem die Banken in Wien, London und Frankfurt am Main geöffnet sind.

"**Wirtschaftlicher Eigentümer**" ist jede Person mit Verfügungsbefugnis zur Veräußerung einer Nullkupon-Anleihe oder der das Recht zusteht, über diese Veräußerung zu disponieren.

Clause 1 Definitions

- 1.1 Capitalized terms used in this Repurchase Commitment but not otherwise defined shall have the meaning ascribed to them below.

"**Banking Day**" means a day, other than a Saturday or Sunday, on which banks are open for business in Vienna, London and Frankfurt am Main.

"**Beneficial Owner**" means any person who has the power to dispose, or direct the disposition of, any Zero Coupon Bonds.

"Gläubiger" bezeichnet jeglichen Wirtschaftlichen Eigentümer der Nullkupon-Anleihen, zu einem Zeitpunkt während des Rückkaufzeitraums.

"Angebotsunterlage" bezeichnet die Angebotsunterlage des Angebotslegers vom 6. September 2016 die sich, unter anderem, auf den Austausch bestimmter Schuldtitel der HETA ASSET RESOLUTION AG gegen Nullkupon-Anleihen bezieht.

"Angebote" bezeichnet die Angebote zum Kauf und/oder Austausch bestimmter Schuldtitel der HETA ASSET RESOLUTION AG zu den in der Angebotsunterlage dargelegten Bestimmungen.

"Rückkauf" bezeichnet den Rückkauf der Rückkaufanleihen durch den Angebotsleger nachdem ein Gläubiger sein Rückverkaufsrecht in Übereinstimmung mit dieser Rückkaufverpflichtung ausgeübt und eine Rückkaufsmittelung rechtsgültig ausgefüllt hat.

"Rückkaufsanleihen" bezeichnet den gesamten Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen, wie sie in einer rechtsgültig ausgefüllten und übermittelten Rückkaufsmittelung dargelegt ist.

"Rückkaufsmittelung" bezeichnet die Rückkaufsmittelung in der Form, wie sie in Anhang A dieser Rückkaufverpflichtung enthalten ist.

"Verkäufer" bezeichnet jeden Gläubiger, der sich dazu entschieden hat, sein Rückverkaufsrecht in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.1 auszuüben.

"Holder" means any Beneficial Owner of the Zero Coupon Bonds, from time to time, during the Repurchase Period.

"Offering Memorandum" means the offering memorandum of the Offeror dated 6 September 2016 relating to, *inter alia*, the exchange of certain debt instruments of HETA ASSET RESOLUTION AG for Zero Coupon Bonds.

"Offers" means the offers to purchase and/or exchange certain debt instruments of HETA ASSET RESOLUTION AG upon the terms set forth in the Offering Memorandum.

"Repurchase" means the repurchase by the Offeror of the Repurchase Bonds following exercise by a Holder of the Resale Right in accordance with this Repurchase Commitment and the validly completed Repurchase Notice.

"Repurchase Bonds" means the aggregate principal amount of Zero Coupon Bonds set forth on a validly completed and transferred Repurchase Notice.

"Repurchase Notice" means the repurchase notice in the form set forth in Exhibit A of this Repurchase Commitment.

"Seller" means each Holder electing to exercise its Resale Right in accordance with Section 2.1

1.2 Auslegung.

1.2.1 Jegliche Bezugnahme in dieser Rückkaufverpflichtung auf einen Abschnitt bezieht sich auf einen Abschnitt dieses Dokumentes es sei denn es wird ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

1.2.2 Sämtliche Bezugnahmen in dieser Rückkaufverpflichtung auf eine Vereinbarung, Urkunde oder ein anderes Dokument (einschließlich der Angebotsunterlage) sollen in der Weise ausgelegt werden, dass es sich um eine Bezugnahme auf die von Zeit zu Zeit geänderten, ergänzten, ersetzt oder erneuerten Fassungen dieser Vereinbarung, Urkunde oder dieses andere Dokument handelt.

1.2 Interpretation.

1.2.1 Any reference in this Repurchase Commitment to a Section is, unless otherwise stated, to a section hereof.

1.2.2 All references in this Repurchase Commitment to an agreement, instrument or other document (including the Offering Memorandum) shall be construed as a reference to that agreement, instrument or other document as the same may be amended, supplemented, replaced or novated from time to time.

1.2.3 Any reference in this Repurchase Commitment to any legislation (whether primary legislation or regulations or other subsidiary legislation made pursuant to primary legislation) shall be construed as

- 1.2.3 In dieser Rückkaufverpflichtung soll jegliche Bezugnahme auf Gesetzgebung (egal, ob es sich um primäre Rechtsvorschriften oder Verordnungen oder andere nachgeordnete Rechtsvorschriften handelt, die gemäß Primärrecht erlassen wurden) in der Weise ausgelegt werden, dass es sich um eine Bezugnahme auf die Gesetzgebung in der geänderten, oder von Zeit zu Zeit geänderten, oder neu erlassenen Fassung handelt.
- 1.2.4 Überschriften und Unterüberschriften dienen nur der Übersichtlichkeit und haben keinen Einfluss auf die Auslegung dieser Rückkaufverpflichtung.

Ziffer 2

Rückverkaufsrecht der Gläubiger

- 2.1 Rückverkaufsrecht.
- 2.1.1 Der Angebotsleger gewährt hiermit unwiderruflich einem jeden Gläubiger das Recht (das "**Rückverkaufsrecht**"), nach Erhalt der Rückkaufsmitteilung durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H., Seilerstätte 24, A-1015 Vienna, Österreich (FN 35060i; "**OeBFA**"), die im Auftrag des Angebotslegers als Berechnungsstelle agiert (wie hierin beschrieben), in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.1.2, vom Angebotsleger den Rückkauf sämtlicher oder einer bestimmten Menge des von einem Gläubiger gehaltenen Nennbetrags von Nullkupon-Anleihen, wie in der Rückkaufsmitteilung bestimmt, zu einem dem Rückkaufpreis entsprechenden Preis, in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht, zu fordern.
- 2.1.2 Das Rückverkaufsrechts gilt erst zu dem Zeitpunkt als ausgeübt, an dem eine in Übereinstimmung mit diesem Abschnitt 2.1.2 rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmitteilung bei der im Auftrag des Angebotslegers handelnden OeBFA eingegangen ist. Die Rückkaufsmitteilung muss lesbar, vollständig und richtig ausgefüllt werden sowie ordnungsgemäß ausgefertigt und durch den Verkäufer übermittelt werden. Der in der Rückkaufsmitteilung angeführte Handelstag muss ident sein mit dem Tag der Übermittlung an die OeBFA. Die rechtsgültig ausgefüllte

a reference to such legislation as the same may have been, or may from time to time be, amended or re-enacted.

- 1.2.4 Headings and sub-headings are for ease of reference only and shall not affect the construction of this Repurchase Commitment.

Clause 2

Resale Right of Holders

- 2.1 Resale Right.
- 2.1.1 The Offeror hereby irrevocably grants to each Holder the right (the "**Resale Right**"), upon receipt by Österreichische Bundesfinanzierungsagentur Ges.m.b.H., Seilerstätte 24, A-1015 Vienna, Austria (FN 35060i; "**OeBFA**"), acting for the Offeror as calculation agent as described herein, of a Repurchase Notice in accordance with Section 2.1.2, to require the Offeror to repurchase all or any amount of the principal amount of Zero Coupon Bonds held by such Holder as set forth in the Repurchase Notice at a price equal to the Repurchase Price, subject to compliance with applicable law.
- 2.1.2 The Resale Right shall only be deemed exercised upon receipt of a validly completed Repurchase Notice by OeBFA, acting on behalf of the Offeror, in accordance with this Section 2.1.2. The Repurchase Notice shall be completed legibly, completely and correctly and be duly executed and delivered by the Seller. The trade date specified in the Repurchase Notice must be identical to the day of the delivery of the Repurchase Notice to OeBFA. The validly completed Repurchase Notice shall be delivered to OeBFA, acting on behalf of the Offeror, by way of email to the following email address: buyback@oebfa.at. The email shall include the duly signed Repurchase Notice and an identical xls-file².

² An xls-file of the Repurchase Notice may be found on the Offeror's webpage at <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>

Rückkaufsmittelung muss der OeBFA, die im Namen des Angebotslegers handelt, per E-Mail an die Adresse buyback@oebfa.at übermittelt werden. Der Inhalt der E-Mail ist die ordnungsgemäß unterschriebene Rückkaufsmittelung und eine idente xls-Datei¹.

Der Gläubiger muss – als Anhang zur Rückkaufsmittelung – einen Nachweis des Eigentums des Gläubigers an den Rückkaufsanleihen übermitteln. Dieser Eigentumsnachweis kann in Form einer SWIFT-Nachricht, die die Bestände an Nullkupon-Anleihen des Gläubigers zeigt, durch einen von einer depotführenden Bank des Gläubigers erstellten Nachweis oder in anderer angemessenen Art und Weise erfolgen.

2.1.3 Nach Erhalt einer rechtsgültig ausgefüllten Rückkaufsmittelung und der xls-Datei in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.1.2, sind der Angebotsleger und der Verkäufer verpflichtet, die Rückkäufe gemäß den in dieser Rückkaufverpflichtung festgesetzten Bedingungen abzuwickeln (der "**Rückkaufvertrag**").

2.1.4 Für den Fall das eine unvollständige oder fehlerhafte Rückkaufsmittelung bei der OeBFA eingereicht wird, wird der Angebotsleger und/oder OeBFA angemessene Bemühungen vornehmen, um den Wirtschaftlichen Eigentümer oder dessen Vermittler zu kontaktieren, um diesen von der Unvollständigkeit oder Fehlerhaftigkeit zu benachrichtigen. Wenn keine geänderte Rückkaufsmittelung der OeBFA innerhalb von 24 Stunden nach Kontaktaufnahme durch die OeBFA übermittelt wird, führt dies nicht zu einem bindenden Rückkaufvertrag, wie in Abschnitt 2.1.3 dargestellt. Zur Vermeidung von Missverständnissen wird klargestellt, dass der Erhalt einer unvollständigen oder fehlerhaften Rückkaufsmittelung nicht zu einem bindenden Rückkaufvertrag, wie in Abschnitt 2.1.3 dargestellt, führt.

2.2 Rückkaufpreis.

2.2.1 In dieser Rückkaufverpflichtung bezeichnet der "**Rückkaufpreis**" das Produkt aus (a) dem gesamten

The Holder shall submit, as an attachment to the Repurchase Notice, proof of ownership of Repurchase Bonds by the Holder. Such proof of ownership may be provided in the form of a SWIFT message showing the holdings of Zero Coupon Bonds of the Holder, a certificate issued by the custodian bank of the Holder or by other appropriate means.

2.1.3 Upon receipt of a validly completed Repurchase Notice and the xls-file in accordance with Section 2.1.2, the Offeror and the Seller shall be obligated to settle the Repurchases, subject to the conditions set forth in this Repurchase Commitment (the "**Repurchase Agreement**").

2.1.4 In the event that an incomplete or defective Repurchase Notice is submitted to OeBFA, the Offeror and/or OeBFA will use reasonable endeavours to contact the Beneficial Owner or its intermediary to notify such person of such incompleteness or defectiveness. If no amended Repurchase Notice is delivered to OeBFA within 24 hours after being contacted by OeBFA this shall not result in a binding Repurchase Agreement as set forth in Section 2.1.3. For the avoidance of doubt, however, receipt of an incomplete or defective Repurchase Notice shall not result in a binding Repurchase Agreement as set forth in Section 2.1.3.

2.2 Repurchase Price.

2.2.1 For the purposes of this Repurchase Commitment, the "**Repurchase Price**" shall mean the product of (a) the

¹ Eine xls-Datei der Rückkaufsmittelung findet sich auf der Webseite des Angebotslegers unter <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>

Nennbetrag der Nullkupon-Anleihen, der nach Ausübung des Rückverkaufsrechts zurückgekauft werden soll *multipliziert mit* (b) dem folgenden Bruch (der "**Rückkaufpreisbruchteil**") gerundet auf fünf Dezimalstellen und berechnet am maßgeblichen Feststellungstag:

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

Dabei gilt:

„Zinstagequotient Actual/Actual“ bezeichnet die tatsächliche Anzahl von Tagen im maßgeblichen Zeitraum geteilt durch 365 (oder, für den Fall, dass der Zeitraum teilweise in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 366 und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zeitraums, die nicht in das Schaltjahr fallen, geteilt durch 365).

"Feststellungstag" bezeichnet den Tag, an dem die OeBFA vom Verkäufer eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung und eine idente xls-Datei in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.1.2 erhalten hat, wobei gilt, dass, sollte der Erhalt durch die OeBFA nicht auf einen Bankarbeitstag fallen, der Feststellungstag auf den folgenden Bankarbeitstag fällt.

"Euro-Swap-Satz" bezeichnet den als Prozentsatz ausgedrückten Jahres-Swap-Satz für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Fälligkeitstag des Längeren Swaps bzw. dem Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps entspricht, der am Feststellungstag um 11.00 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) festgestellt und gegen 11.15 Uhr MEZ (Ortszeit Frankfurt) auf der Bloomberg-Seite ISDA unter „Fixing Rates – Euribor A“ (oder einer anderen Bildschirmseite von Bloomberg oder eines anderen Informationsdienstes, die die Nachfolgesite dieser Bloomberg-Seite für die Zwecke der Anzeige des in diesem Absatz beschriebenen maßgeblichen Satzes ist) angezeigt wird. Ist der maßgebliche Satz an dem maßgeblichen Feststellungstag nicht verfügbar, entspricht der maßgebliche Satz dem maßgeblichen Satz an dem unmittelbar dem Feststellungstag vorangegangenen Tag, an dem ein maßgeblicher Satz verfügbar war. Zur Klarstellung: Es erfolgt keine Anpassung

aggregate principal amount of the Zero Coupon Bonds to be repurchased following exercise of the Resale Right *multiplied by* (b) the following fraction (the "**Repurchase Price Fraction**") rounded to five decimal places calculated on the relevant Determination Date:

$$\frac{1}{(1 + Y)^n}$$

where:

"Actual/Actual Day Count Fraction" means the actual number of days in the relevant period divided by 365 (or, if any portion of that period falls in a leap year, the sum of (A) the actual number of days in that portion of the period falling in a leap year divided by 366 and (B) the actual number of days in that portion of the period falling in a non-leap year divided by 365).

"Determination Date" means the date of receipt by OeBFA of a validly completed Repurchase Notice and an identical xls-file in accordance with Section 2.1.2 from the Seller; provided that if the date of receipt by OeBFA is not a Banking Day, then the Determination Date shall be the next subsequent Banking Day.

"Euro Swap Rate" means the annual swap rate for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Maturity Date Longer Swap or the Maturity Date Shorter Swap, respectively, expressed as a percentage, which is fixed at 11:00 a.m. CET (Frankfurt time) and appears on Bloomberg page ISDA under "Fixing Rates – Euribor A" (or another screen page of Bloomberg or another information service, which is the successor to such Bloomberg page for the purposes of displaying the relevant rate as described in this paragraph) at or around 11.15 a.m. CET (Frankfurt time) on the Determination Date. If the applicable rate is not available on the relevant Determination Date, the applicable rate shall be the applicable rate on the date immediately preceding the Determination Date on which an applicable rate was available. For avoidance of doubt, there will be no adjustment of the Euro Swap Rate for the settlement period of any Repurchases.

The **"Interpolated Euro Swap Rate"** shall be calculated on the Determination Date using the straight-line interpolation by reference to two Euro Swap Rates

des Euro-Swap-Satzes für die Abwicklungsfrist von Rückkäufen.

Der "**Interpolierte Euro-Swap-Satz**" wird am Feststellungstag durch einfache lineare Interpolation unter Bezugnahme auf zwei Euro-Swap-Sätze, von denen einer der Kürzere Swap-Satz und der andere der Längere Swap-Satz ist, anhand der folgenden Formel bestimmt:

$$I = p \times \text{Kürzerer Swap-Satz} + (1-p) \times \text{Längerer Swap-Satz}$$

Dabei gilt:

I = der Interpolierte Euro-Swap-Satz

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich);

ML = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Längeren Swaps (ausschließlich);

MS = Anzahl der Tage vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps (ausschließlich).

"**Längerer Swap-Satz**" bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum " n " am nächsten liegt, jedoch länger als dieser ist.

"**Fälligkeitstag**" bezeichnet den Fälligkeitstag der Nullkupon-Anleihen.

"**Fälligkeitstag des Längeren Swaps**" bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Längeren Swap-Satz entspricht.

"**Fälligkeitstag des Kürzeren Swaps**" bezeichnet den Fälligkeitstag für Euro-Swap-Geschäfte mit einem Fälligkeitstag, der dem Kürzeren Swap-Satz entspricht.

" n " steht für den Zeitraum der verbleibenden Laufzeit vom zweiten TARGET-Geschäftstag nach dem Feststellungstag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (ausschließlich) (berechnet in Jahren anhand des Zinstagequotienten

one of which shall be the Shorter Swap Rate and the other of which shall be the Longer Swap Rate according to the following formula:

$$I = p \times \text{Shorter Swap Rate} + (1-p) \times \text{Longer Swap Rate}$$

where:

I = the Interpolated Euro Swap Rate

$$p = \frac{(ML - C)}{(ML - MS)}$$

C = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date;

ML = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date Longer Swap;

MS = the number of days from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date Shorter Swap.

"**Longer Swap Rate**" means the Euro Swap Rate with a maturity which is next closest to but longer than the period " n ".

"**Maturity Date**" means the maturity date for the Zero Coupon Bonds.

"**Maturity Date Longer Swap**" means the maturity date for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Longer Swap Rate.

"**Maturity Date Shorter Swap**" means the maturity date for euro swap transactions with a maturity date corresponding to the Shorter Swap Rate.

" n " means the period of the term remaining from and including the second TARGET Business Day following the Determination Date to but excluding the Maturity Date (calculated in years using the Actual/Actual Day Count Fraction and rounded to three decimal places).

"**Shorter Swap Rate**" means the Euro Swap Rate with a maturity which is next closest to but shorter than the period " n ".

"**Spread**" means -8.0 basis points.

Actual/Actual und auf drei Dezimalstellen gerundet).

"Kürzerer Swap-Satz" bezeichnet den Euro-Swap-Satz mit einer Fälligkeit, die dem Zeitraum " n " am nächsten liegt, jedoch kürzer als dieser ist.

"Spread" bezeichnet -8,0 Basispunkte.

"Y" steht für die Summe des Spread und des Interpolierten Euro-Swap-Satzes für eine Laufzeit von n Jahren.

"TARGET-Geschäftstag" bezeichnet einen Tag an dem das TARGET System für Zahlungen in Euro geöffnet ist.

"TARGET System" bezeichnet das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System oder einen Nachfolger davon.

"Y" means the sum of the Spread and the Interpolated Euro Swap Rate for a term of n years.

"TARGET Business Day" means a day on which the TARGET System is open for the settlement of payments in euro.

"TARGET System" means the Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) system or any successor thereto.

2.2.2 Der Angebotsleger hat OeBFA unwiderruflich damit beauftragt, im Namen des Angebotslegers den Rückkaufpreis im Hinblick auf einen jeden Rückkauf zu berechnen. OeBFA berechnet den Rückkaufpreisbruchteil an jedem Bankarbeitstag während des Rückkaufzeitraums nach der Veröffentlichung der in Abschnitt 2.2.1 beschriebenen erforderlichen Informationen auf Bloomberg um circa 11:15 Uhr mitteleuropäischer Zeit (Ortszeit Frankfurt). Die Veröffentlichung des Rückkaufpreises durch den Angebotsleger erfolgt unter Verwendung des von der OeBFA berechneten Rückkaufpreisbruchteiles und unter Annahme eines gesamten Nennbetrags von Nullkupon-Anleihen in Höhe von EUR 100, an jedem Bankarbeitstag während des Rückkaufzeitraums um circa 12:00 Uhr Mittag mitteleuropäischer Zeit (Ortszeit Frankfurt) auf seiner Webseite unter <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>. Wenn der Angebotsleger den Rückkaufpreis aufgrund technischer oder anderweitiger Gründe nicht auf seiner Webseite veröffentlicht, muss der Rückkaufpreis auf der Webseite der OeBFA veröffentlicht werden.

2.3 Rückkaufzeitraum. Ein Gläubiger ist nur während des Zeitraumes vom 1. Dezember 2016 (einschließlich) bis zum 180. Kalendertag nach dem 1. Dezember 2016 (ausschließlich) in der Lage, das Rückverkaufsrecht auszuüben (der **"Anfängliche Rückkaufzeitraum"**),

2.2.2 The Offeror has irrevocably appointed OeBFA to calculate, on behalf of the Offeror, the Repurchase Price with respect to each Repurchase. OeBFA shall calculate the Repurchase Price Fraction on each Banking Day during the Repurchase Period following publication of the required data described in Section 2.2.1 on Bloomberg at approximately 11:15 a.m. CET (Frankfurt time). The Offeror shall publish the Repurchase Price, using the Repurchase Price Fraction calculated by OeBFA and assuming an aggregate principal amount of Zero Coupon Bonds of EUR 100, on each Banking Day during the Repurchase Period at approximately 12:00 noon CET (Frankfurt time) on its webpage at <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at/>. If the Offeror fails to publish the Repurchase Price on its webpage due to technical reasons or otherwise, the Repurchase Price shall be published on the webpages of OeBFA.

2.3 Repurchase Period. A Holder shall only be able to exercise the Resale Right in the period from and including 1 December 2016 to but excluding the 180th calendar day following 1 December 2016 (the **"Initial Repurchase Period"**), provided that such period shall be

wobei dieser Zeitraum für jeden Bankarbeitstag, an dem es der Angebotsleger versäumt, den Rückkaufpreis in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.2 zu veröffentlichen oder einen Rückkauf in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.4 abzuwickeln, automatisch um einen Bankarbeitstag verlängert wird, vorausgesetzt dass keiner dieser Fehler daher resultieren, dass (a) ein Gläubiger oder dessen Vertreter oder Vermittler es unterlassen haben, dem Angebotsleger oder dem jeweiligen Clearingsystem die notwendigen Informationen zukommen zu lassen, um den Rückkauf abzuwickeln, (b) ein Gläubiger oder sein Vertreter oder Vermittler es unterlassen haben, dem Angebotsleger eine rechtmäßig ausgefüllte Rückkaufsmittelung samt xls-Datei in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.1.2 zukommen zu lassen oder (c) die Abwicklung des Rückkaufs rechtswidrig geworden ist (der "**Rückkaufzeitraum**"). Der Angebotsleger veröffentlicht jegliche Erweiterung des Anfänglichen Rückkaufzeitraums auf seiner Webseite: <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at>.

2.4 Closing.

- 2.4.1 Die Abwicklung eines jeden Rückkaufs ("**Abwicklung**") erfolgt am achten (8.) Bankarbeitstag nachdem der Angebotsleger eine rechtsgültig ausgefüllte Rückkaufsmittelung samt xls-Datei in Übereinstimmung mit Abschnitt 2.1.2 erhalten hat.
- 2.4.2 Die Abwicklung erfolgt durch das jeweilige Clearingsystem, in dem die Nullkupon-Anleihen gehalten werden und in Übereinstimmung mit den Vorschriften und Bestimmungen dieses Clearingsystems. Bei Abwicklung liefert der Verkäufer die Rückkaufsanleihen an den Angebotsleger in das in Abschnitt 2.4.3 bezeichnete Wertpapierdepot gegen Zahlung des Rückkaufpreises an den Verkäufer oder seinen Vermittler, im Wege sofort verfügbarer Mittel.
- 2.4.3 Jeder Verkäufer hat dafür zu sorgen, dass seine depotführende Bank mindestens zwei (2) Bankarbeitstage vor der Abwicklung Anweisungen erteilt, wonach die Rückkaufsanleihen an den Angebotsleger über das Wertpapierdepot-Nr. 67242 der OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Wien, Österreich (FN 428085m; "**OeKB**

automatically extended by one Banking Day for each Banking Day on which the Offeror fails to publish the Repurchase Price in accordance with Section 2.2 or fails to settle any Repurchase in accordance with Section 2.4, provided that no such failure shall be deemed to have occurred as a result of (a) the failure of a Holder or its agent or intermediary to provide the Offeror with, or input with the relevant clearing system, information necessary to settle the Repurchase, (b) the failure of a Holder or its agent or intermediary to provide the Offeror with a validly completed Repurchase Notice and the xls-file in accordance with Section 2.1.2 or (c) settlement of the Repurchase becoming illegal (the "**Repurchase Period**"). The Offeror shall publish any extension of the Initial Repurchase Period on its webpage: <http://kaerntner-ausgleichszahlungsfonds.gv.at>.

2.4 Closing.

- 2.4.1 The settlement of each Repurchase ("**Settlement**") shall occur on the eighth (8th) Banking Day following the Offeror's receipt of a validly completed Repurchase Notice and the xls-file in accordance with Section 2.1.2.
- 2.4.2 Settlement shall occur through the relevant clearing system in which the Zero Coupon Bonds are held in accordance with the rules and regulations of such clearing system. At the Settlement, the Seller shall deliver the Repurchase Bonds to the Offeror in the securities account specified in Section 2.4.3 against payment to the Seller or its intermediary, in immediately available funds, of the Repurchase Price.
- 2.4.3 Each Seller shall ensure that, at least two (2) Banking Days prior to Settlement, its custodian bank issues instructions to deliver the Repurchase Bonds to the Offeror through securities deposit no. 67242 of OeKB CSD GmbH, Strauchgasse 1-3, A-1010 Vienna, Austria (FN 428085m; "**OeKB CSD**") with Clearstream (CEDELULLXXX) to the benefit of securities deposit no. 205600 of the Offeror with OeKB CSD (OCSDATWWXXX) against the payment

CSD") bei Clearstream (CEDELULLXXX) auf das Wertpapierdepot-Nr. 205600 des Angebotslegers bei OeKB CSD (OCSDATWWXXX) gegen Zahlung des Rückkaufpreises zu liefern sind. Wenn diese Anweisungen nicht erteilt werden und keine Abwicklung innerhalb des in Abschnitt 2.4.1 festgelegten Zeitraumes erfolgt, ist der Angebotsleger – nach eigenem Ermessen – berechtigt, entweder die Lieferung der Rückkaufsanleihen gegen Zahlung des Rückkaufpreises zu verlangen oder den Rückkauf zu annullieren. Jeglicher Ausfall der Abwicklung, der dadurch entsteht, dass der Verkäufer diesen Abschnitt 2.4.3. nicht einhält, führt nicht zu einer Verlängerung des in Abschnitt 2.3. dargelegten Anfänglichen Rückkaufzeitraumes.

- 2.5 Zusicherungen, Garantien und Verpflichtungen des Verkäufers. Als Bedingung für die Verpflichtung des Angebotslegers aus dieser Rückkaufsverpflichtung, erklärt der Verkäufer dem Angebotsleger zu dem Zeitpunkt, an dem der Angebotsleger die Rückkaufsmittelung erhält sowie bei Abwicklung, die folgende Zusicherungen, Garantien und Verpflichtungen:
- 2.5.1 der Verkäufer hat diese Rückkaufverpflichtung, einschließlich der hierin enthaltenen Bedingungen und der Rückkaufsmittelung, gelesen, verstanden und akzeptiert;
- 2.5.2 der Verkäufer ist (i) der Wirtschaftliche Eigentümer der Rückkaufsanleihen oder (ii) ein berechtigter Vermittler des Wirtschaftlichen Eigentümers der Rückkaufsanleihen, der die Befugnis hat an Stelle des Wirtschaftlichen Eigentümers der Rückkaufsanleihen zu handeln;
- 2.5.3 die Rückkaufsanleihen sind frei von jeglichen Pfandrechten, Belastungen und anderen Sicherungsrechten oder anderen Rechten Dritter, einschließlich jeglicher bedingter oder anderweitiger Rechte Dritter zum Kauf oder darauf die Rückkaufsanleihen zum Kauf angeboten zu bekommen;
- 2.5.4 der Verkäufer ist rechtmäßiger Eigentümer und hat das Recht und die Befugnis zum Verkauf und zur Übertragung des vollständigen rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentums an den Rückkaufsanleihen in

of the Repurchase Price. If such instructions are not issued and Settlement does not occur within the time period set forth in Section 2.4.1, the Offeror shall be entitled, in its sole discretion, to either demand delivery of the Repurchase Bonds in exchange for the Repurchase Price or to cancel the Repurchase. Any failure of Settlement to occur as a result of the Seller's failure to comply with this Section 2.4.3. shall not result in an extension of the Initial Repurchase Period as set forth in Section 2.3.

- 2.5 Representations, Warranties and Covenants of the Seller. As a condition of the obligations of the Offeror hereunder, the Seller represents, warrants and covenants to the Offeror on the date of receipt of the Repurchase Notice by the Offeror and at Settlement as follows:
- 2.5.1 the Seller has read, understood and accepted this Repurchase Commitment, including the terms thereof and the Repurchase Notice;
- 2.5.2 the Seller is (i) the Beneficial Owner of the Repurchase Bonds or (ii) an authorized intermediary of the Beneficial Owner of the Repurchase Bonds, having authority to act on behalf of the underlying Beneficial Owner of the Repurchase Bonds;
- 2.5.3 the Repurchase Bonds are free from all liens, charges and other encumbrances and other third party rights, including any rights, contingent or otherwise, for third parties to purchase or to be offered for purchase the Repurchase Bonds;
- 2.5.4 the Seller has valid title to, and the legal right and power to sell and transfer full legal and beneficial interest in the Repurchase Bonds in accordance with this Repurchase Commitment, and the sale and delivery of the Repurchase Bonds on the terms of this Repurchase Commitment will pass valid title to, and the full legal and beneficial interest in, the Repurchase Bonds to the Offeror;
- 2.5.5 other than executing the Repurchase Notice and entering into the Repurchase

- Übereinstimmung mit dieser Rückkaufsverpflichtung und durch den Verkauf und die Lieferung der Rückkaufsanleihen gemäß den Bestimmungen dieser Rückkaufsverpflichtung wird das vollständige rechtliche und wirtschaftliche Eigentum an den Rückkaufsanleihen auf den Angebotsleger übertragen;
- 2.5.5 der Verkäufer hat – mit Ausnahme der Ausfertigung der Rückkaufsmitteilung und des Abschlusses des Rückkaufvertrags – keinen anderen Vertrag und keine andere Vereinbarung mit irgendeiner anderen Person in Bezug auf den Verkauf der Rückkaufsanleihen geschlossen;
- 2.5.6 vorbehaltlich der Vollendung der Abwicklung und keiner Rückabwicklung der Abwicklung im Nachhinein, verzichtet der Verkäufer hiermit auf jegliche Ansprüche gegen den Angebotsleger und OeBFA im Zusammenhang mit dem Rückkauf und den Rückkaufsanleihen;
- 2.5.7 der Vollzug des Rückkaufs wird weder zur Entstehung oder Auslösung eines Verstoßes gegen oder Verzugsfalls (ob durch Zeitablauf oder auf andere Weise) im Zusammenhang mit den Gesellschaftsdokumenten des Verkäufers, oder sonstigen einschlägigen Verträgen oder geltenden Rechtsvorschriften führen noch zur Auferlegung von Pfandrechten auf Vermögensrechte des Verkäufers oder sonstigen Strafen nach diesen Dokumenten, Verträgen oder Vorschriften, es sei denn ein solcher Verstoß, Verzugsfall oder eine solche Auferlegung von Pfandrechten oder sonstigen Strafen führt im Einzelfall und in der Gesamtschau nicht zur Verhinderung, Einschränkung oder wesentlichen Verzögerung des Vollzugs des Rückkaufs;
- 2.5.8 es ist dem Verkäufer nicht gestattet, die durch den Rückkauf erhaltene Gegenleistung für irgendwelche rechtswidrigen Beiträge, Geschenke, Einladungen oder andere unzulässige Ausgaben in Bezug auf politische Aktivitäten zu verwenden und er wird keine Handlung vornehmen, die der Förderung eines Angebots, eines Versprechens oder einer Autorisierung jedweder unmittelbar oder mittelbar rechtswidriger Zahlungen oder Zuwendungen dient die zugunsten einer, ausländischen oder inländischen
- Agreement, the Seller has not entered into any agreement or arrangement with any person in relation to the sale of the Repurchase Bonds;
- 2.5.6 subject to completion of the Settlement and no subsequent unwinding of the Settlement, the Seller hereby waives any claims against the Offeror and OeBFA in connection with the Repurchase and the Repurchase Bonds;
- 2.5.7 the consummation of the Repurchase will not conflict with, violate, constitute a breach of or a default (with the passage of time or otherwise) under, or result in the imposition of a lien on any assets of the Seller or any penalty under or pursuant to, the Seller's charter documents, any other applicable agreement or any applicable law, except, such conflicts, violations, breaches, defaults, or impositions that, individually or in the aggregate, will not prevent, impair or materially delay the consummation of the Repurchase.
- 2.5.8 the Seller shall not use any consideration from the Repurchase for any unlawful contribution, gift, entertainment or other unlawful expense relating to political activity and will not make or take an act in furtherance of an offer, promise or authorisation of any direct or indirect unlawful payment or benefit to any foreign or domestic government or regulatory official or employee, including of any government-owned or controlled entity or of a public international organisation, or any person acting in an official capacity for or on behalf of any of the foregoing, or any political party or party official or candidate for political office in connection with the Repurchase; in connection with its participation in the Repurchase it will use any consideration received from the Repurchase in accordance with applicable anti-money laundering and anti-terrorism laws and will not be in violation of any provision of the Foreign Corrupt Practices Act of 1977, as amended, or any applicable law or regulation implementing the OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions, or commit an offence under the Bribery Act 2010 of the United Kingdom, or any other applicable anti bribery or anti-corruption laws and will not make, offer, agree, request or take an act in furtherance of any unlawful bribe or other unlawful benefit, including,

Regierung oder Amtsperson oder eines Mitarbeiters, einschließlich jeglicher staatseigener oder staatlich kontrollierter Unternehmen oder internationaler Organisationen oder jeglicher Person, die in einer offiziellen Funktion oder im Namen einer der Vorgenannten tätig ist oder jegliche politische Partei oder politischer Parteifunktionär oder Kandidat eines politischen Amtes, im Zusammenhang mit dem Rückkauf getätigt wird; im Zusammenhang mit der Beteiligung am Rückkauf wird jegliche aus dem Rückkauf erhaltene Gegenleistung von ihm in Übereinstimmung mit anwendbaren Geldwäschebekämpfungs- und Antiterrorgesetzen verwendet werden und ohne Verletzung der Vorschriften des US-amerikanischen Gesetzes über korrupte Praktiken im Ausland von 1977, in der jeweils gültigen Fassung, oder eines jeglichen anderen anwendbaren Gesetzes oder jeglicher anwendbaren Vorschrift in Umsetzung des OECD-Abkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr oder des Begehens einer strafbaren Handlung gemäß des Bestechungsgesetzes von 2010 des Vereinigten Königreiches oder jedweder anderer anwendbaren Anti-Bestechungs- oder Anti-Korruptions-Gesetze und er wird keine Handlung vornehmen, anbieten, verlangen oder einer solchen zustimmen, die eine rechtswidrige Bestechung oder einen anderen ungesetzlichen Vorteil fördert, einschließlich (aber nicht abschließend), der Gewährung eines jeglichen Nachlasses oder von, Schmiergeldzahlungen, Zahlungen, mit denen die Zahlungsmoral beeinflusst werden soll, Bestechungsgeldern oder jeglichen anderen rechtswidrigen oder unzulässigen Zahlungen oder Zuwendungen; und

- 2.5.9 weder der Verkäufer noch irgendein mit ihm verbundenes Unternehmen oder Direktoren, leitende Angestellte oder andere Personen, die für oder im Namen des Verkäufers oder eines der mit ihm verbundenen Unternehmen handeln, ist ein Individuum oder ein Unternehmen ("**Person**"), oder gehört einer Person oder wird von einer Person kontrolliert, die: (i) der Gegenstand jedweder Sanktionen ist, die durch die Regierung der Vereinigten Staaten angeordnet oder durchgesetzt worden sind, einschließlich (aber nicht abschließend) durch die

without limitation, any rebate, payoff, influence payment, kickback or other unlawful or improper payment or benefit; and

- 2.5.9 neither the Seller nor any of its affiliates nor any director, officer or other person acting for or on behalf of the Seller or any of its affiliates, is an individual or entity ("**Person**") that is, or is owned or controlled by a Person that is: (i) the subject of any sanctions administered or enforced by the United States Government, including, without limitation, the U.S. Department of the Treasury's Office of Foreign Assets Control, the United Nations Security Council, the European Union, Her Majesty's Treasury or other relevant sanctions authority (collectively, "**Sanctions**"), or (ii) located, organised or resident in a country or territory that is, or whose government is, the subject of comprehensive Sanctions.

Abteilung des US-amerikanischen Finanzbüros zur Kontrolle ausländischer Vermögen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die Europäische Union, das Finanzministerium Ihrer Majestät oder jedwede zuständige Behörde mit Sanktionierungsbefugnissen (gemeinsam, "**Sanktionen**"), oder (ii) befindet sich, wurde organisiert oder wohnt/hat seinen Sitz in einem Land oder Territorium, welches selbst – oder dessen Regierung – umfassenden Sanktionen unterliegt.

- 2.6 Zusicherungen und Garantien des Angebotslegers. Der Angebotsleger sichert zu und garantiert dem Verkäufer zu dem Zeitpunkt, an dem der Angebotsleger die Rückkaufsmittelteilung erhält, sowie bei Abwicklung das Folgende:
- 2.6.1 der Angebotsleger ist im Vollbesitz der erforderlichen Ermächtigung und Autorisierung, um diese Rückkaufverpflichtung einzugehen, jeglichen Rückkaufsvertrag abzuschließen sowie die in dieser Rückkaufverpflichtung vorgesehenen Transaktionen durchzuführen;
- 2.6.2 der Angebotsleger hat alle Handlungen vorgenommen, die zur ordnungsmäßigen Genehmigung im Zusammenhang mit der Ausfertigung und Übermittlung dieser Rückkaufverpflichtung sowie der Ausführung, der unter dieser Rückkaufverpflichtung vorgesehen Transaktionen, erforderlich sind;
- 2.6.3 der Rückkaufsvertrag wird für den Angebotsleger eine gültige, rechtlich wirksame und verbindliche Verpflichtung begründen, die gegen den Angebotsleger in Übereinstimmung mit den hierin enthaltenen Bedingungen durchsetzbar ist;
- 2.6.4 weder die Ausfertigung, Übermittlung oder Ausführung dieser Rückkaufverpflichtung noch die Durchführung jeglichen Rückkaufs werden dazu führen, dass es zu einem Konflikt mit, einer Verletzung von, einem Verstoß gegen, einem Ausfall (durch Zeitablauf oder auf andere Art und Weise) oder zur Verhängung eines Pfandrechts an einem Vermögenswert des Angebotslegers kommt oder zu irgendeiner Sanktion gemäß der Gesellschaftsdokumente des Angebotslegers sowie jeglicher anderer anwendbaren Vereinbarung oder

- 2.6 Representations and Warranties of the Offeror. The Offeror represents and warrants to the Seller on the date of receipt of the Repurchase Notice by the Offeror and at Settlement as follows:
- 2.6.1 the Offeror has all requisite power and authority to enter into this Repurchase Commitment, to enter into any Repurchase Agreement and to carry out the transactions contemplated by this Repurchase Commitment;
- 2.6.2 the execution and delivery of this Repurchase Commitment and the performance of the transactions contemplated by this Repurchase Commitment have been duly authorized by all necessary action on its part;
- 2.6.3 the Repurchase Agreement will constitute a legal, valid and binding obligation of the Offeror, enforceable against the Offeror in accordance with its terms;
- 2.6.4 Neither the execution, delivery or performance of this Repurchase Commitment nor the consummation of any Repurchase will conflict with, violate, constitute a breach of or a default (with the passage of time or otherwise) under, or result in the imposition of a lien on any assets of the Offeror or any penalty under or pursuant to, the Offeror's charter documents, any other applicable agreement or any applicable law, except, such conflicts, violations, breaches, defaults, or impositions that, individually or in the aggregate, will not prevent, impair or materially delay the consummation of the Repurchase; and
- 2.6.5 subject to completion of the Settlement and no subsequent unwinding of the Settlement, the Offeror and OeBFA hereby waives any claims against the Seller in connection with the Repurchase and the Repurchase Bonds.

jeglichen anwendbaren Rechts, mit Ausnahme solcher Konflikte, Verletzungen, Verstöße, Verzugsfälle oder Auferlegung von Strafen, die die Durchführung des Rückkaufs verhindern, beeinträchtigen oder wesentlich erschweren oder verzögern; sowie

- 2.6.5 vorbehaltlich der Vollendung der Abwicklung und keiner Rückabwicklung der Abwicklung im Nachhinein, verzichten der Angebotsleger und OeBFA hiermit auf jegliche Ansprüche gegen den Verkäufer im Zusammenhang mit dem Rückkauf und den Rückkaufsanleihen.

Ziffer 3 Beendigung

Diese Rückkaufverpflichtung erlischt automatisch und hat keine weitere rechtliche Wirkung zum früheren Zeitpunkt von entweder (i) der Beendigung und/oder dem Ablauf der Angebote, sofern keine Nullkupon-Anleihen ausgegeben werden oder (ii) sechs (6) Wochen nach dem Ablauf des Rückkaufzeitraums.

Ziffer 4 Begünstigte der Rückkaufverpflichtung

- 4.1 Diese Rückkaufverpflichtung entfaltet ihre Wirksamkeit als einseitige Rechtserklärung zugunsten des Gläubigers.
- 4.2 Diese Rückkaufverpflichtung stellt zugunsten eines jeden Gläubigers, die Durchsetzung dieser Rückkaufverpflichtung gegen den Angebotsleger sicher.
- 4.3 Es sind keine weiteren Maßnahmen von Seiten des Angebotslegers erforderlich, damit ein Gläubiger seine direkten Ansprüche gegen den Angebotsleger aus dieser Rückkaufverpflichtung durchsetzen kann.

Ziffer 5 Verschiedenes

- 5.1 Soweit nach anwendbarem Recht zulässig, verzichten sowohl der Angebotsleger als auch der Verkäufer auf ihr Recht, den Rückkauf wegen Ungültigkeit des Vertrages, Irrtum, Betrug, Wucher, Verjährung oder Änderung des Geschäftsgegenstandes anzufechten.
- 5.2 Im Hinblick auf die Verpflichtung des Angebotslegers, den Rückkaufpreis zu zahlen oder im Hinblick auf die

Clause 3 Termination

This Repurchase Commitment shall automatically terminate and be of no further force and effect upon the earlier of (i) the termination and/or expiration of the Offers if no Zero Coupon Bonds are issued, and (ii) six (6) weeks following expiration of the Repurchase Period.

Clause 4 Benefit of Repurchase Commitment

- 4.1 This Repurchase Commitment shall take effect as a deed poll for the benefit of the Holders.
- 4.2 This Repurchase Commitment shall enure to the benefit of each Holder, who shall be entitled to enforce this Repurchase Commitment against the Offeror.
- 4.3 No further action shall be required on the part of the Offeror for a Holder to enjoy its direct rights to enforce this Repurchase Commitment against the Offeror.

Clause 5 Miscellaneous

- 5.1 To the extent permitted by applicable law, each of the Offeror and the Seller waives the right to contest the Repurchase on the grounds of validity of contract, error, fraud, usury and lapse or change of business purpose.
- 5.2 There shall be no rights of set off of the obligation to pay the Repurchase Price

- Verpflichtung eines jeden Verkäufers, die Rückkaufsanleihen an den Angebotsleger zu liefern, ist eine Aufrechnung ausgeschlossen.
- 5.3 Sollten irgendwelche in dieser Rückkaufverpflichtung enthaltenen Regelungen unwirksam, rechtswidrig oder nicht durchsetzbar sein oder werden, so wird die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Regelungen dieser Rückkaufverpflichtung in keiner Weise hiervon betroffen oder beeinträchtigt. Eine in dieser Weise unwirksame, rechtswidrige oder nicht durchsetzbare Regelung gilt als durch eine wirksame, rechtmäßige und durchsetzbare Bestimmung ersetzt, die wirtschaftlich der unwirksamen, unrechtmäßigen oder nicht durchsetzbaren Regelung am nächsten kommt.
- 5.4 Es existieren keine anderen Vereinbarungen oder Abreden (egal, ob schriftlicher oder mündlicher Art) mit Bezug auf diese Rückkaufverpflichtung. Der Angebotsleger ist nicht berechtigt, diese Rückkaufverpflichtung abzuändern, zu widerrufen oder zu beenden, es sei denn dies ist hierin ausdrücklich anders geregelt.
- 5.5 Diese Rückkaufverpflichtung und sämtliche außervertragliche Verpflichtungen, die aus dieser Rückkaufverpflichtung entstehen oder mit ihr im Zusammenhang stehen, unterliegen englischem Recht und sollen in Übereinstimmung mit diesem ausgelegt werden.
- 5.6 Die Gerichte von England sind für jegliche Streitigkeiten zuständig, die sich aus dieser Rückkaufverpflichtung ergeben oder im Zusammenhang mit dieser entstehen könnten und dementsprechend können jegliche rechtlichen Schritte oder Verfahren, die wegen oder in Zusammenhang mit dieser Rückkaufverpflichtung ("**Verfahren**") entstehen vor diesen Gerichten anhängig gemacht werden. Der Angebotsleger unterwirft sich unwiderruflich der Gerichtsbarkeit dieser Gerichte und verzichtet auf jegliche Einwände gegen Verfahren vor solchen Gerichten mit der Begründung des Gerichtsstandes oder mit der Begründung der Einrede der Unzuständigkeit des Gerichts. Dieser Abschnitt 5.6 kommt jedem Gläubiger zu Gute und stellt keine Beschränkung des Rechts dieses Gläubigers dar, Verfahren
- by the Offeror against the Seller or of the obligation of any Seller to deliver the Repurchase Bonds to the Offeror.
- 5.3 Should any provision contained in this Repurchase Commitment be or become invalid, illegal or unenforceable, the validity, legality and enforceability of the remaining provisions of this Repurchase Commitment shall not in any way be affected or impaired. Such invalid, illegal or unenforceable provision shall be deemed to be replaced by a valid, legal and enforceable provision which commercially most closely approximates the intention of the invalid, illegal or unenforceable provision.
- 5.4 No other agreements or understandings (whether written or oral) exist with respect to this Repurchase Commitment. The Offeror may not amend, revoke or terminate this Repurchase Commitment, except as otherwise stated herein.
- 5.5 This Repurchase Commitment and any non-contractual obligations arising out of or in connection with it shall be governed by and construed in accordance with English law.
- 5.6 The courts of England are to have jurisdiction to settle any disputes which may arise out of or in connection with this Repurchase Commitment and accordingly any legal action or proceedings arising out of or in connection with this Repurchase Commitment ("**Proceedings**") may be brought in such courts. The Offeror irrevocably submits to the jurisdiction of such courts and waives any objections to Proceedings in any such courts on the ground of venue or on the ground that the Proceedings have been brought in an inconvenient forum. This Section 5.6 is for the benefit of each Holder and shall not limit the right of any Holder to take Proceedings in any other court of competent jurisdiction nor shall the taking of Proceedings in any one or more jurisdictions preclude the taking of

bei anderen zuständigen Gericht durchzuführen und auch soll die Verfahrensführung in einer oder mehreren Jurisdiktionen nicht dazu führen, dass Verfahren in anderen Jurisdiktionen ausgeschlossen sind (egal ob zeitgleich mit diesem oder nicht).

5.7 Der Angebotsleger benennt Law Debenture Corporate Services Limited, 5th Floor, 100 Wood Street, London EC2V 7EX, Vereinigtes Königreich unwiderruflich, um für ihn an seiner Stelle, Klagezustellungen für Verfahren in England zu erhalten. Diese Zustellungen gelten bei Aushändigung an diesen Prozessbevollmächtigten als erfolgt (egal, ob das Dokument dem Angebotsleger weitergeleitet wurde und egal ob der Angebotsleger es auch tatsächlich erhalten hat). Dies berührt in keiner Weise das Recht in irgendeiner anderen gesetzlich erlaubten Art und Weise eine Klage zuzustellen.

5.8 Diese Rückkaufverpflichtung ist in englischer Sprache verfasst und mit einer deutschsprachigen Übersetzung versehen. Die englische Fassung ist die einzig rechtlich verbindliche Version und ist daher alleine maßgeblich.

Proceedings in any other jurisdiction (whether concurrently or not).

5.7 The Offeror irrevocably appoints Law Debenture Corporate Services Limited, 5th Floor, 100 Wood Street, London EC2V 7EX, the United Kingdom to receive, for it and on its behalf, service of process in any Proceedings in England. Such service shall be deemed completed on delivery to such process agent (whether or not it is forwarded to and received by the Offeror). Nothing shall affect the right to serve process in any other manner permitted by law.

5.8 This Repurchase Commitment is drawn up in the English language and provided with a German language translation. The English version shall be the only legally binding version and shall prevail alone.

ZU URKUND DESSEN wurde diese Urkunde durch den Angebotsleger ausgefertigt und ihre Ausfertigung ist bestimmt für und erfolgt hiermit an dem oben als erstes genannten Datum.

ALS URKUNDE AUSGEFERTIGT im Auftrag des **KÄRNTNER AUSGLEICHSZAHLUNGSFONDS**, einer nach dem Recht der Republik Österreich gegründeten juristischen Person durch Ulrich Zafoschnig und Hans Schönegger, Personen, die – in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Republik Österreich – im Auftrag der juristischen Person handelt.

IN WITNESS whereof, this deed has been executed by the Offeror and is intended to be and is hereby delivered on the date first before written.

EXECUTED AS A DEED on behalf of **KÄRNTNER AUSGLEICHSZAHLUNGSFONDS**, a legal entity formed under the laws of the Republic of Austria, by Ulrich Zafoschnig and Hans Schönegger, being a persons who, in accordance with the laws of Republic of Austria, are acting under the authority of the entity.

Unterschrift: _____

Name: _____

Titel: _____

Unterschrift: _____

Name: _____

Titel: _____

Signature: _____

Name: _____

Title: _____

Signature: _____

Name: _____

Title: _____

Exhibit A

Repurchase Notice
Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Email instructions to buyback@oebfa.at

The following Repurchase Notice is to be used in connection with the Repurchase Commitment of Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds dated 6. September 2016 (the "Repurchase Commitment"). No other forms will be accepted. Repurchase Notices will only be accepted if they are completed legibly, completely and correctly and be duly executed and delivered by the Holder or its authorized intermediary to OeBFA within the Repurchase Period in accordance with Section 2.1.2 of the Repurchase Commitment. Please note that, in addition to completing this Repurchase Notice and the xls-file in accordance with Section 2.1.2 and delivering it to OeBFA, you must instruct your custodian bank to issue instructions to deliver the Repurchase Bonds to the Offeror to the benefit of securities deposit no. 205600 of the Offeror with OeKB CSD (OCSDATWXXX) concurrently against the payment of the Repurchase Price. Failure to complete this form in accordance with the Repurchase Commitment and to instruct your custodian bank with regards to delivery of the Repurchase Bonds could result in the delay and/or cancellation of the Repurchase. For questions regarding the Repurchase Commitment or this Repurchase Notice, please contact your financial advisor. Capitalized terms used herein have their meaning in the Repurchase Commitment.

CONTACT DETAILS

Name (Surname, Given name):

Telephone Number:

Email-Address:

Please check (as applicable):

☐ You are the Beneficial Owner of the Repurchase Bonds for which you exercise the Resale Right.
☐ You are an authorised intermediary and have authority to act on behalf of the underlying Beneficial Owner of the Repurchase Bonds.

Table with 2 main sections: REPURCHASE BOND DETAILS and SETTLEMENT INSTRUCTIONS. Includes columns for ISIN, Principal Amount in EUR, Trade Date, Delivering Depository BIC, Securities account of Delivering Bank, BIC11 of Delivering Bank, and Contact Details of Delivering Bank (Name, Telephone Number, Email Address).

CONFIRMATIONS

By completing this Repurchase Notice and submitting it to OeBFA, you hereby confirm that:

- you have read, understood and accepted the Repurchase Commitment and this Repurchase Notice and you agree to be bound by their terms;
- you acknowledge that the information provided in this Repurchase Notice is true and correct and that the failure to provide the information requested herein and the xls-file in accordance with Section 2.1.2 may result in a delay or cancellation of Settlement;
- as of the date of this Repurchase Notice the representations and warranties stated in Section 2.5 of the Repurchase Commitment are true and correct in all respects and will be true as of the date of Settlement (as defined in the Repurchase Commitment) and that you have complied, and will comply, with all covenants set forth in Section 2.5 of the Repurchase Commitment.
- you have included with this Repurchase Notice the proof of ownership of the Repurchase Bonds as required in Section 2.1.2 of the Repurchase Commitment.

SECURITY ACCOUNT OF THE OFFEROR

In respect of this Repurchase Notice, for a successful transfer of the Repurchase Price, only accounts in EEA countries, in Switzerland, in Canada, in the US, in Australia and in Hong Kong are accepted. Banks where certain settlement barriers exist (eg. due to sanctions etc.) will not be accepted.

The delivery to the benefit of securities deposit no. 205600 of the Offeror with OeKB CSD is made through securities deposit no. 67242 of OeKB CSD with Clearstream (CEDELULLXXX). Custodian entities, which hold a deposit at OeKB CSD and also keep the Repurchase Bonds with this deposit, can directly deliver them within the system of OeKB CSD.

SIGNATURES

If the signatory is acting as an authorised intermediary on behalf of any underlying Beneficial Owner, such signatory represents and warrants that s/he is legally empowered and fully authorised to represent the relevant underlying Beneficial Owner of the Repurchase Bonds which are the subject of this Repurchase Notice.

Title:

Name:

Date:

Signed:

Anhang A

Rückkaufsmitteilung

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Anweisung per E-Mail an buyback@oebfa.at

Die folgende Rückkaufsmitteilung ist nur im Zusammenhang mit der Rückkaufverpflichtung des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds vom 6. September 2016 (die "Rückkaufverpflichtung") zu verwenden. Die Mitteilung ist nur mit diesem Formular gültig. Rückkaufsmitteilungen werden nur angenommen, sofern sie lesbar, vollständig und richtig ausgefüllt und durch den Gläubiger oder einen berechtigten Vermittler ordnungsgemäß ausgefertigt sind und vor Ablauf des Rückkaufszeitraums gemäß den Bedingungen des Abschnitts 2.1.2 der Rückkaufverpflichtung an die OeBFA übermittelt werden. Beachten Sie bitte, dass zusätzlich zur Übermittlung dieser Rückkaufsmitteilung und der xls-Datei an die OeBFA gemäß Abschnitt 2.1.2 eine Anweisung an Ihre Depotbank erforderlich ist, dass diese Anweisungen zur Lieferung der Rückkaufsanleihen an den Angebotsleger zu Gunsten des Wertpapierkontos Nr. 205600 des Angebotslegers bei der OeKB CSD (OCSDATWWXXX), Zug-um-Zug gegen Zahlung des Rückkaufspreises erteilt. Falls dieses Formblatt nicht gemäß der Rückkaufverpflichtung ausgefüllt wird oder Ihre Depotbank hinsichtlich der Lieferung der Rückkaufsanleihen nicht angewiesen wird, kann dies zur Verzögerung bzw. Annullierung des Rückkaufs führen. Bei Fragen zur Rückkaufverpflichtung oder zu dieser Rückkaufsmitteilung wenden Sie sich bitte an Ihren Finanzberater. Die hierin verwendeten Begriffe haben die ihnen in der Rückkaufverpflichtung zugewiesene Bedeutung.

KONTAKTDATEN

Name (Nachname, Vorname):	
Telefonnummer:	
E-Mail Adresse:	

Bitte zutreffendes ankreuzen:

- ☐ Sie sind der Wirtschaftliche Eigentümer der Rückkaufsanleihen für welche Sie das Rückverkaufsrecht ausüben.
- ☐ Sie sind ein berechtigter Vermittler und haben die Befugnis an Stelle des genannten Wirtschaftlichen Eigentümers der Rückkaufsanleihen zu handeln.

ANGABEN ZU DEN RÜCKKAUFSANLEIHEN			ABWICKLUNGSANWEISUNGEN					
			Kontaktaten der liefernden Bank					
ISIN	Nennbetrag in EUR	Handelstag (TT.MM.JJJJ)	BIC der Lagerstelle der liefernden Bank	Wertpapierkonto bei der liefernden Bank	BIC11 der liefernden Bank	Name (Nachname, Vorname)	Telefonnummer	E-Mail Adresse

BESTÄTIGUNGEN

Durch das Ausfüllen und die Übermittlung dieser Rückkaufsmitteilung an die OeBFA bestätigen Sie Folgendes:

- Sie haben die Rückkaufverpflichtung und diese Rückkaufsmitteilung gelesen, verstanden und akzeptiert und stimmen ihren Bedingungen verbindlich zu;
- Sie versichern, dass die in dieser Rückkaufsmitteilung übermittelten Angaben zutreffend und wahr sind und nehmen zur Kenntnis, dass die Nichtangabe der hierin und in der xls-Datei abgefragten Informationen gemäß Abschnitt 2.1.2 zur Verzögerung oder Annullierung der Abwicklung führen kann;
- zum Datum dieser Rückkaufsmitteilung sind die Zusicherungen und Garantien gemäß Abschnitt 2.5 der Rückkaufverpflichtung in jeder Hinsicht zutreffend und wahr und werden auch zum Zeitpunkt der Abwicklung (entsprechend der in der Rückkaufverpflichtung enthaltenen Definition) wahr sein und Sie haben alle Verpflichtungen gemäß Abschnitt 2.5 der Rückkaufverpflichtung erfüllt und werden diese Verpflichtungen weiterhin erfüllen;
- Sie haben – wie gemäß Abschnitt 2.1.2 der Rückkaufverpflichtung gefordert – dieser Rückkaufsmitteilung einen Eigentumsnachweis zu den Rückkaufsanleihen beigelegt.

WERTPAPIERKONTO DES ANGEBOTSLEGRS

Für die Zwecke dieser Rückkaufsmitteilung sind für die erfolgreiche Überweisung des Rückkaufspreises nur Konten in EWR-Staaten, der Schweiz, Kanada, den USA, Australien und Hong Kong zulässig. Banken die Transaktionsbeschränkungen (z.B. Sanktionen, etc.) unterliegen, werden nicht akzeptiert.

Die Lieferung an das Wertpapierkonto Nr. 205600 des Angebotslegers bei der OeKB CSD wird vorgenommen über das Wertpapierkonto Nr. 67242 der OeKB CSD bei der Clearstream (CEDELULLXXX). Verwahrstellen, die ein Wertpapierkonto bei der OeKB CSD führen und die Rückkaufsanleihen in diesem Konto verwahren, können die Rückkaufsanleihen direkt innerhalb des Systems der OeKB CSD liefern.

UNTERSCHRIFTEN

Sofern der Unterzeichner als berechtigter Vermittler an Stelle des Wirtschaftlichen Eigentümers auftritt, so versichert der Unterzeichner, dass er/sie ordentlich rechtlich bevollmächtigt und berechtigt ist, an Stelle des genannten Wirtschaftlichen Eigentümers der Rückkaufsanleihen, die dieser Rückkaufsmitteilung zugrunde liegen, zu handeln.

Titel: _____ Name: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

ANHANG J
QIB REPRESENTATION LETTER

QIB Representation Letter

[Letterhead of Qualified Institutional Buyer]

To:

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Völkermarkter Ring 21 – 23

A-9020 Klagenfurt am Wörthersee

Austria

[You must also send a copy of this letter to the financial intermediary through which your acceptance of the Offers (as defined below) is made. Accordingly, please insert the name, address and other contact details of the relevant financial intermediary.]

Re: the Offering Memorandum of Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds (the "Offeror") dated September 5, 2016 (the "Offering Memorandum").

Ladies and Gentlemen:

This letter is delivered to you in connection with our proposed participation in the offers (the "Offers") to purchase (i) up to €9,917 million aggregate principal amount of the Class A Instruments (the "Class A Instruments") set forth in Annex A of the Offering Memorandum, issued by HETA ASSET RESOLUTION AG, a stock corporation established under Austrian law ("HETA ASSET RESOLUTION"), in exchange for (a) at the election of the holder of the Class A Instruments (1) cash consideration (the "Class A Cash Offer") or (2) secured zero coupon bonds to be issued by the Offeror, fully and unconditionally guaranteed by the Republic of Austria (the "Zero Coupon Bonds"), and (b) the contingent right to receive an additional amount of cash (the "Contingent Additional Purchase Price") to be paid within four weeks from the liquidation of HETA ASSET RESOLUTION, and (ii) up to €893 million aggregate principal amount of the Class B Instruments (the "Class B Instruments" and, together with the Class A Instruments, the "Instruments") set forth in Annex B of the Offering Memorandum issued by HETA ASSET RESOLUTION in exchange for (a) at the election of the holder of the Class B Instruments (1) cash consideration (the "Class B Cash Offer", and together with the Class A Cash Offer, the "Cash Offers"), (2) Zero Coupon Bonds, or (3) zero coupon assignable loans (*Schuldscheindarlehen*) to be issued by the Republic of Austria (the "Zero Coupon Assignable Loans", and together with the Zero Coupon Bonds, the "New Debt Instruments"), and (b) the Contingent Additional Purchase Price to be paid within four weeks from the liquidation of HETA ASSET RESOLUTION. Terms used herein but not otherwise defined have the meanings given to them by Regulation S under the Securities Act.

[IF ACCEPTING THE CASH OFFERS:

By our acceptance of any funds received pursuant to the Cash Offers, we hereby represent that we, and any account with respect to which we exercise sole investment discretion, are a QIB that is also a QP, and are aware that the delivery to us of the cash consideration and the Contingent Additional Purchase Price is being made in a transaction exempt from registration under the Securities Act.]

[IF ACCEPTING THE EXCHANGE OFFERS:

By our acceptance of any New Debt Instruments (including, where applicable, the Zero Coupon Bond Guarantee) and the Contingent Additional Purchase Price, we confirm that:

1. We represent that we are acquiring the New Debt Instruments, the related guarantees and the Contingent Additional Purchase Price for our own account or an account with respect to which we exercise sole investment discretion and that we and any such account are a QIB that is also a QP, and are aware that the delivery to us is being made in a private transaction pursuant to Section 4(a)(2) of the Securities Act;
2. We acknowledge that the New Debt Instruments, the Zero Coupon Bond Guarantee and the Contingent Additional Purchase Price have not been and will not be registered under the Securities Act and may not be offered or sold as set forth below;
3. As a purchaser in a private placement of securities that have not been registered under the Securities Act, we have acquired the New Debt Instruments and the Contingent Additional Purchase Price for our own account, or for the account of one or more other QIBs that are also QPs for which we are acting as a duly authorised fiduciary or agent with sole investment discretion with respect to each such account and with full authority to make the acknowledgments, representations and agreements herein with respect to each such account, in each case for investment and not with a view to any resale or distribution (within the meaning of the U.S. securities laws) of any such New Debt Instrument or Contingent Additional Purchase Price.
4. We represent that we (a) are not a broker-dealer which owns and invests on a discretionary basis less than U.S.\$25 million in securities of unaffiliated issuers, (b) are not a participant-directed employee plan, such as a 401(k) plan, (c) were not formed for the purpose of investing in the New Debt Instruments or the Offeror and (d) will provide notice of the applicable transfer restrictions to any subsequent transferees;
5. We have received a copy of the Offering Memorandum and have had access to such financial and other information concerning the Offeror, the Republic of Austria and the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price as we have deemed necessary in connection with making our own investment decision to purchase the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price. We acknowledge that none of the Offer Agents or any of their affiliates has made any representation to us with respect to the Offeror or the offering or sale of any of the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price. We further acknowledge that neither the Offeror nor any person representing the Offeror (excluding the Offer Agents) has made any representation to us with respect to the Offeror or the offering or sale or exercise of any of the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price other than as set forth herein or in the Offering Memorandum which has been delivered to us, and upon which we are relying solely in making our investment decision with respect to any of the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price. We have held and will hold any offering materials, including the Offering Memorandum, we receive directly or indirectly from the Offeror or the Offer Agents in confidence, and we understand that any such information received by us is solely for us and not to be redistributed or duplicated by us. We acknowledge that we have read and agreed to the matters stated in the section entitled "*Offer and Distribution*" in the Offering Memorandum.
6. We are not entitled to rely on any investigation that any other person may have conducted with respect to the New Debt Instruments, the Contingent Additional Purchase Price or the

Offeror, and no such persons has made any representation to us, express or implied, with respect thereto.

7. We have conducted our own investigation with respect to the New Debt Instruments, the Contingent Additional Purchase Price, the Offeror, and the Republic of Austria.
8. We have received all information that we believe is necessary or appropriate in connection with our investment in the New Debt Instruments and the Contingent Additional Purchase Price.
9. We have made our own assessment and have satisfied ourselves concerning the relevant tax, legal, currency and other economic considerations relevant to our investment in the New Debt Instruments and the Contingent Additional Purchase Price.
10. We, and each other QIB that is a QP, if any, for whose account we are acquiring any of the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price, in the normal course of business, invest in or purchase securities similar to the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price, have such knowledge and experience in financial and business matters that we are capable of evaluating the merits and risks of purchasing any of the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price and are aware that we must bear the economic risk of an investment in each of the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price into which it may be exercised for an indefinite period of time and are able to bear such risk for an indefinite period.
11. We are not an affiliate (as defined in Rule 501(b) under the Securities Act) of the Offeror or the Republic of Austria, and we are not acting on behalf of an affiliate of the Offeror or the Republic of Austria.
12. We acknowledge that if a beneficial owner of a New Debt Instrument or the Contingent Additional Purchase Price who is required to be a QIB who is also a QP is at any time not such a QIB who is also a QP, the Offeror may (i) compel such beneficial owner to sell its New Debt Instruments or the Contingent Additional Purchase Price to a person who is not a U.S. person in an offshore transaction within the meaning of Regulation S under the Securities Act or who is a QIB who is also a QP and who is, in each case, otherwise qualified to purchase such New Debt Instruments or Contingent Additional Purchase Price in a transaction exempt from registration under the Securities Act or (ii) compel the beneficial owner to sell such New Debt Instruments or Contingent Additional Purchase Price to the Offeror or an affiliate of it at a price equal to the least of (x) the purchase price paid by the beneficial owner for such New Debt Instruments or Contingent Additional Purchase Price, (y) 100 per cent. of the principal amount thereof or (z) the fair market value thereof. The Offeror has the right to refuse to honour the transfer of New Debt Instruments or Contingent Additional Purchase Price to a person who is not a QIB and a QP.
13. We understand and acknowledge that our acceptance, holding and disposition of New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price constitutes a representation and agreement by us that at the time of purchase and throughout the period we hold such New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price or any interest therein (1) either (i) we are not, and are not acting on behalf of (and for so long as we hold such New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price (or any interest therein) will not be, or be acting on behalf of), a Benefit Plan Investor (as defined in Section 3(42) of the United States Employee Retirement Income Security Act of 1974, as amended ("ERISA") or a governmental, church or non U.S. plan which is subject to any federal,

state, local, non U.S. or other laws or regulations that are substantially similar to the fiduciary responsibility and/or the prohibited transaction provisions of ERISA and/or Section 4975 of the United States Internal Revenue Code of 1986, as amended (the "Code") ("Similar Laws") and/or laws or regulations that provide that the assets of the Offeror could be deemed to include "plan assets" of such plan under the Plan Assets Regulation issued by the United States Department of Labor, 29 C.F.R. Section 2510.3-101, as modified by Section 3(42) of ERISA, or otherwise, and no part of the assets used by us to acquire or hold such New Debt Instruments and the Contingent Additional Purchase Price or any interest therein constitutes the assets of such Benefit Plan Investor or such plan, or (ii) we are, or are we acting on behalf of, a governmental, church or non U.S. plan, and such acceptance or holding of such New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price does not and will not result in a non-exempt violation of any Similar Laws, and will not subject the Offeror to any laws, rules or regulations applicable to such plan solely as a result of the investment in the Offeror by such plan; and (2) we will not sell or otherwise transfer any note or interest therein to any person without first obtaining these same foregoing representations, warranties and covenants from that person with respect to its acquisition, holding and disposition of such New Debt Instrument and Contingent Additional Purchase Price.

14. We agree that if we should resell or otherwise transfer the New Debt Instruments or the Contingent Additional Purchase Price within the time period referred to in Rule 144(d) under the Securities Act with respect to such transfer, we will do so only (a) (i) to the Offeror; (ii) to a QIB that is also a QP; (iii) outside the United States to non-U.S. Persons in compliance with Rule 904 of Regulation S under the Securities Act; (iv) in transactions otherwise exempt from the registration requirements of the Securities Act; or (b) pursuant to an effective registration statement under the Securities Act; in each case, in accordance with any applicable securities laws of any state of the United States;
15. We understand that each Zero Coupon Bond sold will bear a legend to the following effect unless otherwise agreed by the Offeror and the holder thereof (unless such Zero Coupon Bond has been sold pursuant to a registration statement that has been declared effective under the Securities Act):

THIS BOND AND THE GUARANTEES RELATED TO THIS BOND HAVE NOT BEEN REGISTERED UNDER THE UNITED STATES SECURITIES ACT OF 1933 (THE "SECURITIES ACT"), AND ACCORDINGLY, THIS BOND MAY NOT BE OFFERED OR SOLD EXCEPT AS SET FORTH IN THE FOLLOWING SENTENCE. BY ITS ACQUISITION HEREOF, THE HOLDER REPRESENTS THAT (1) IT IS A QUALIFIED INSTITUTIONAL BUYER ("QIB") (AS DEFINED IN RULE 144A UNDER THE SECURITIES ACT) THAT IS ALSO A QUALIFIED PURCHASER ("QP") WITHIN THE MEANING OF SECTION 2(a)(51)(A) OF THE US INVESTMENT COMPANY ACT OF 1940 (THE "INVESTMENT COMPANY ACT") OR IT IS ACQUIRING THIS BOND (2) IN AN OFFSHORE TRANSACTION IN RELIANCE ON REGULATION S UNDER THE SECURITIES ACT OR (3) IN A TRANSACTION OTHERWISE EXEMPT FROM THE REGISTRATION REQUIREMENTS OF THE SECURITIES ACT.

THE HOLDER REPRESENTS THAT (1) IS NOT A BROKER-DEALER THAT OWNS AND INVESTS ON A DISCRETIONARY BASIS LESS THAN U.S.\$25,000,000 IN SECURITIES OF UNAFFILIATED ISSUERS; (2) IT IS NOT A PARTICIPANT-DIRECTED EMPLOYEE PLAN, SUCH AS A 401(k) PLAN; (3) IT IS HOLDING THIS BOND FOR ITS OWN ACCOUNT OR FOR THE ACCOUNT OF ANOTHER QIB THAT IS ALSO A QP; (4) IT WAS NOT FORMED FOR THE PURPOSE OF INVESTING IN THE NOTES OR THE ISSUER; AND (5) IT WILL

PROVIDE NOTICE OF THE FOREGOING TRANSFER RESTRICTIONS TO ITS SUBSEQUENT TRANSFEREES. TRANSFER IN VIOLATION OF THE FOREGOING WILL BE OF NO FORCE OR EFFECT, WILL BE VOID AB INITIO AND WILL NOT OPERATE TO TRANSFER ANY RIGHTS TO THE TRANSFEREE, NOTWITHSTANDING ANY INSTRUCTIONS TO THE CONTRARY TO THE ISSUER OF THIS BOND, THE TRUSTEE OR ANY INTERMEDIARY. NO REPRESENTATION CAN BE MADE AS TO THE AVAILABILITY OF ANY EXEMPTION UNDER THE SECURITIES ACT FOR RESALES OF THIS BOND.

THE HOLDER (1) AGREES THAT IT WILL NOT WITHIN THE TIME PERIOD REFERRED TO IN RULE 144(d) UNDER THE SECURITIES ACT AS IN EFFECT WITH RESPECT TO SUCH TRANSFER, RESELL OR OTHERWISE TRANSFER THIS BOND EXCEPT (A) (I) TO KÄRNTNER AUSGLEICHSAHLUNGS-FONDS; (II) TO A QIB THAT IS ALSO A QP; OR (III) OUTSIDE THE UNITED STATES IN AN OFFSHORE TRANSACTION TO A NON-US PERSON IN COMPLIANCE WITH RULE 904 OF REGULATION S UNDER THE SECURITIES ACT; (IV) IN A TRANSACTION OTHERWISE EXEMPT FROM THE REGISTRATION REQUIREMENTS OF THE SECURITIES ACT; OR (B) PURSUANT TO AN EFFECTIVE REGISTRATION STATEMENT UNDER THE SECURITIES ACT, IN EACH CASE, IN ACCORDANCE WITH ANY APPLICABLE SECURITIES LAWS OF ANY STATE OF THE UNITED STATES; AND (2) AGREES THAT IT WILL DELIVER TO EACH PERSON TO WHOM THIS BOND IS TRANSFERRED A NOTICE SUBSTANTIALLY TO THE EFFECT OF THIS LEGEND. IN CONNECTION WITH ANY TRANSFER OF THIS BOND WITHIN THE TIME PERIOD REFERRED TO ABOVE, THE HOLDER MUST CHECK THE APPROPRIATE BOX SET FORTH ON THE REVERSE HEREOF RELATING TO THE MANNER OF SUCH TRANSFER AND SUBMIT THIS CERTIFICATE TO THE TRUSTEE. AS USED HEREIN, THE TERMS "OFFSHORE TRANSACTION" AND "UNITED STATES" HAVE THE MEANINGS GIVEN TO THEM BY REGULATION S UNDER THE SECURITIES ACT. THE TRUST DEED CONTAINS A PROVISION REQUIRING THE TRUSTEE TO REFUSE TO REGISTER ANY TRANSFER OF THIS BOND IN VIOLATION OF THE FOREGOING RESTRICTIONS.

THE BENEFICIAL OWNER HEREOF HEREBY ACKNOWLEDGES THAT, IF AT ANY TIME WHILE IT HOLDS AN INTEREST IN THIS BOND IT IS A PERSON WHO IS NOT A QIB THAT IS ALSO A QP, THE ISSUER MAY (A) COMPEL IT TO SELL ITS INTEREST IN THIS BOND TO A PERSON (1) WHO IS ALSO A QIB THAT IS ALSO A QP AND WHO IS OTHERWISE QUALIFIED TO PURCHASE THIS BOND IN A TRANSACTION EXEMPT FROM REGISTRATION UNDER THE SECURITIES ACT OR (2) IN AN OFFSHORE TRANSACTION TO A PERSON THAT IS NOT A U.S. PERSON IN ACCORDANCE WITH RULE 903 OR 904 OF REGULATION S OR (B) COMPEL THE BENEFICIAL OWNER TO SELL ITS INTEREST IN THIS BOND TO THE ISSUER OR AN AFFILIATE OF THE ISSUER OR TRANSFER ITS INTEREST IN THIS BOND TO A PERSON DESIGNATED BY OR ACCEPTABLE TO THE ISSUER AT A PRICE EQUAL TO THE LEAST OF (X) THE PURCHASE PRICE THEREFOR PAID BY THE BENEFICIAL OWNER, (Y) 100 PERCENT OF THE PRINCIPAL AMOUNT THEREOF OR (Z) THE FAIR MARKET VALUE THEREOF. THE ISSUER HAS THE RIGHT TO REFUSE TO HONOUR A TRANSFER OF AN INTEREST IN THIS BOND TO A PERSON WHO IS NOT A QIB AND ALSO A QP. THE ISSUER HAS NOT BEEN AND WILL NOT BE REGISTERED UNDER THE INVESTMENT COMPANY ACT.

THE ISSUER MAY COMPEL EACH BENEFICIAL OWNER HEREOF TO CERTIFY PERIODICALLY THAT SUCH OWNER IS A QIB AND ALSO A QP.

BY ACCEPTING THIS BOND (OR ANY INTEREST IN THE BONDS REPRESENTED HEREBY) EACH BENEFICIAL OWNER HEREOF, AND EACH FIDUCIARY ACTING ON BEHALF OF THE BENEFICIAL OWNER (BOTH IN ITS INDIVIDUAL AND CORPORATE CAPACITY), WILL BE DEEMED TO REPRESENT, WARRANT AND AGREE THAT, DURING THE PERIOD IT HOLDS ANY INTEREST IN THIS BOND (1) EITHER (A) IT IS NOT, AND IT IS NOT ACTING ON BEHALF OF (AND FOR SO LONG AS IT HOLDS THIS BOND (OR ANY INTEREST THEREIN) WILL NOT BE, OR BE ACTING ON BEHALF OF) AN EMPLOYEE BENEFIT PLAN (AS DEFINED IN SECTION 3(3) OF THE EMPLOYEE RETIREMENT INCOME SECURITY ACT OF 1974, AS AMENDED ("ERISA") SUBJECT TO THE PROVISIONS OF PART 4 OF SUBTITLE B OF TITLE I OF ERISA, A PLAN TO WHICH SECTION 4975 OF THE U.S. INTERNAL REVENUE CODE OF 1986, AS AMENDED ("CODE"), APPLIES, OR ANY ENTITY WHOSE UNDERLYING ASSETS INCLUDE "PLAN ASSETS" UNDER SECTION 3(42) OF ERISA, 29 C.F.R. SECTION 2510.3-101 OR OTHERWISE BY REASON OF SUCH AN EMPLOYEE BENEFIT PLAN'S OR PLAN'S INVESTMENT IN SUCH ENTITY (EACH, A "BENEFIT PLAN INVESTOR") OR A GOVERNMENTAL, CHURCH OR NON U.S. PLAN WHICH IS SUBJECT TO ANY FEDERAL, STATE, LOCAL, NON U.S. OR OTHER LAWS OR REGULATIONS THAT ARE SUBSTANTIALLY SIMILAR TO THE FIDUCIARY RESPONSIBILITY AND/OR THE PROHIBITED TRANSACTION PROVISIONS OF ERISA AND/OR SECTION 4975 OF THE CODE ("SIMILAR LAWS") AND/OR LAWS OR REGULATIONS THAT PROVIDE THAT THE ASSETS OF THE ISSUER COULD BE DEEMED TO INCLUDE "PLAN ASSETS" OF SUCH PLAN UNDER SECTION 3(42) OF ERISA, 29 C.F.R. SECTION 2510.3-101 OR OTHERWISE, AND NO PART OF THE ASSETS TO BE USED BY IT TO PURCHASE OR HOLD SUCH BONDS OR ANY INTEREST HEREIN CONSTITUTES THE ASSETS OF ANY BENEFIT PLAN INVESTOR OR SUCH A GOVERNMENTAL, CHURCH OR NON U.S. PLAN OR (B) IT IS, OR IS ACTING ON BEHALF OF A GOVERNMENTAL, CHURCH OR NON U.S. PLAN, AND SUCH ACQUISITION DOES NOT AND WILL NOT RESULT IN A NON EXEMPT VIOLATION OF ANY SIMILAR LAWS AND WILL NOT SUBJECT THE ISSUER TO ANY LAWS, RULES OR REGULATIONS APPLICABLE TO SUCH PLAN SOLELY AS A RESULT OF THE INVESTMENT IN THE ISSUER BY SUCH PLAN; AND (2) IT WILL NOT SELL OR OTHERWISE TRANSFER THIS BOND OR ANY INTEREST HEREIN OTHERWISE THAN TO A PURCHASER OR TRANSFEREE THAT IS DEEMED TO MAKE THESE SAME REPRESENTATIONS, WARRANTIES AND AGREEMENTS WITH RESPECT TO ITS PURCHASE, HOLDING AND DISPOSITION OF THIS BOND. NO PURCHASE BY OR TRANSFER TO A BENEFIT PLAN INVESTOR OF THIS BOND, OR ANY INTEREST HEREIN, WILL BE EFFECTIVE, AND NEITHER THE ISSUER NOR THE TRUSTEE WILL RECOGNIZE ANY SUCH ACQUISITION OR TRANSFER. IN THE EVENT THAT THE ISSUER DETERMINES THAT THIS BOND IS HELD BY A BENEFIT PLAN INVESTOR, THE ISSUER MAY CAUSE A SALE OR TRANSFER IN THE MANNER DESCRIBED IN THE OFFERING MEMORANDUM.

16. We have the power and authority to make the acknowledgments, representations and agreements set out in this letter on our own behalf and on behalf of any account for which we are purchasing the New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price. We acknowledge that the Offeror and its affiliates and others will rely upon the truth and accuracy of the foregoing acknowledgements, representations and agreements. We understand that the Offeror is relying on this letter in order to comply with the Securities Act and other U.S. state securities laws. We irrevocably authorise any account operator, which includes any nominee, custodian or other financial intermediary through which we sold our New Debt Instruments and Contingent Additional Purchase Price, to provide the Offeror with a copy of this letter and such

information regarding our identity and holding of interests in the Offeror (including pertinent account information and details of our identity and contact information) as is necessary or appropriate to facilitate our participation in the Offers. We irrevocably authorise the addressees to produce this letter to any interested party in any administrative or legal proceedings or official enquiry with respect to the matters covered herein.

17. We undertake promptly to notify the addressees if, at any time prior to October 12, 2016, any of the foregoing ceases to be true.

THIS LETTER SHALL BE GOVERNED BY, AND CONSTRUED IN ACCORDANCE WITH, THE LAWS OF THE STATE OF NEW YORK.

[Name of Qualified Institutional Buyer]

By:

Name:

Title:

Date:

Address:

Telephone number:

Please note that this investor letter does not represent an acceptance of the Offers. To participate in the Offers, please contact your financial intermediary. Please also send a copy of this letter to your financial intermediary.

DER ANGEBOTSLEGER

Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds

Völkermarkter Ring 21–23
9020 Klagenfurt am Wörthersee
Österreich

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für Finanzen/Abteilung III/6
Johannesgasse 5
A-1010 Wien

DIE OFFER AGENTS

Citigroup Global Markets Limited

Citigroup Centre
33 Canada Square
London E14 5LB
Vereinigtes Königreich

Telefon: +44 20 7986 8969

z. H.: Liability Management Group

E-Mail: liabilitymanagement.europe@citi.com

J.P. Morgan Securities plc

25 Bank Street
Canary Wharf
London E14 5JP
Vereinigtes Königreich

Telefon: +44 207 134 2468

z. H.: Liability Management Group

E-Mail: emea_lm@jpmorgan.com

DER TENDER AGENT

Citibank, N.A., London Branch

Citigroup Centre
33 Canada Square
London E14 5LB
Vereinigtes Königreich

Telefon: +44 20 7508 3867

z.H.: Exchange Team – Agency & Trust

E-mail: exchange.gats@citi.com

oder

FAO: Exchange Team
Mail-Drop: 13-58
Canary Wharf
Citigroup Centre
33 Canada Square
London E14 5LB
Vereinigtes Königreich

E-mail: HETA.Instructions@citi.com

(für die Abgabe von Tender Anweisungen durch die Gläubiger von
Namensschuldverschreibungen, Pfandbriefbank-Ansprüchen und Schuldscheinen)

DER ANLEIHENTREUHÄNDER

Citicorp Trustee Company Limited

Citigroup Centre
Canada Square
Canary Wharf
London E14 5LB
Vereinigtes Königreich

SICHERHEITENTREUHÄNDER UND HAUPTZAHLSTELLE

Citibank, N.A., London Branch

Citigroup Centre
Canada Square
Canary Wharf
London E14 5LB
Vereinigtes Königreich